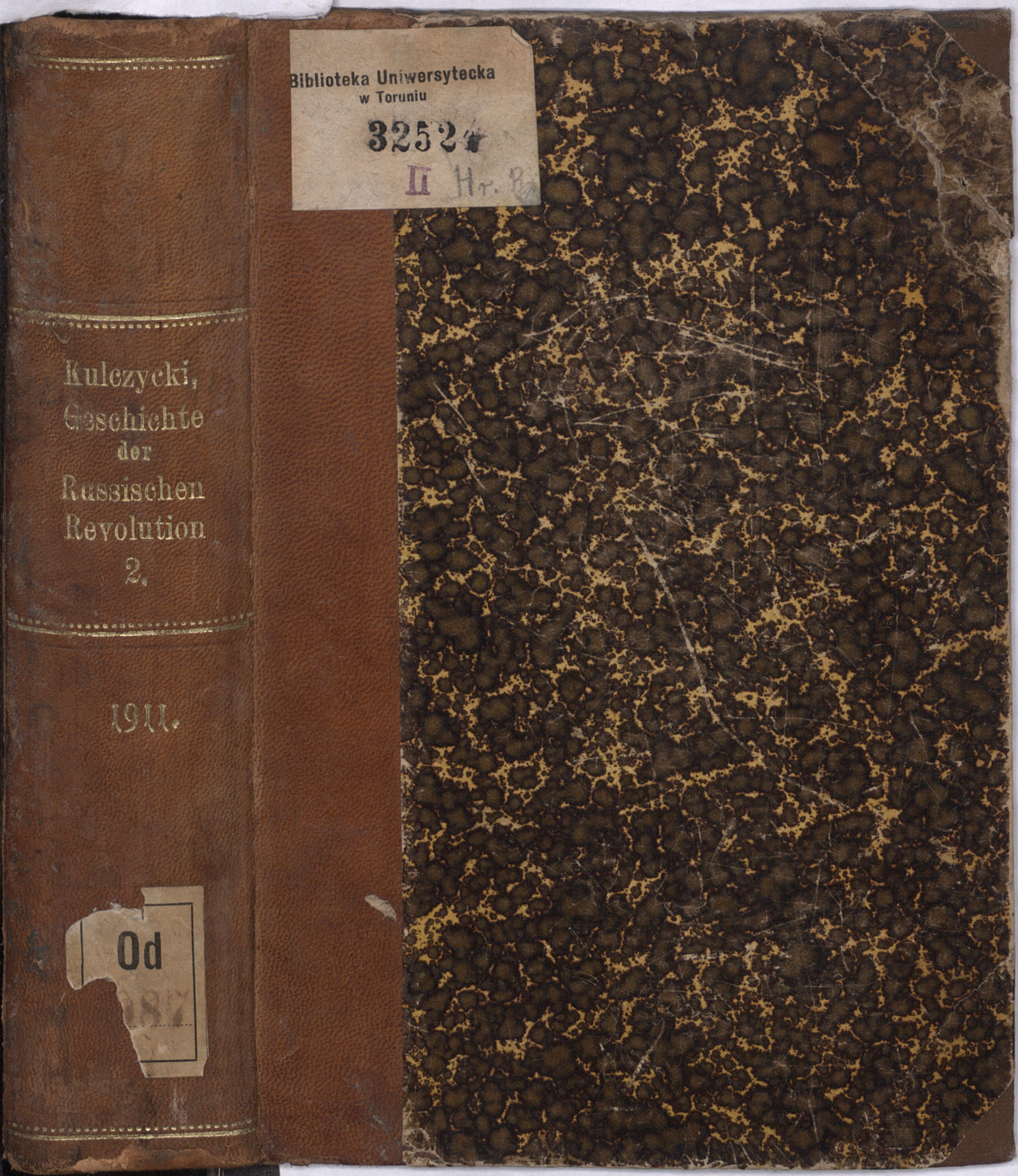
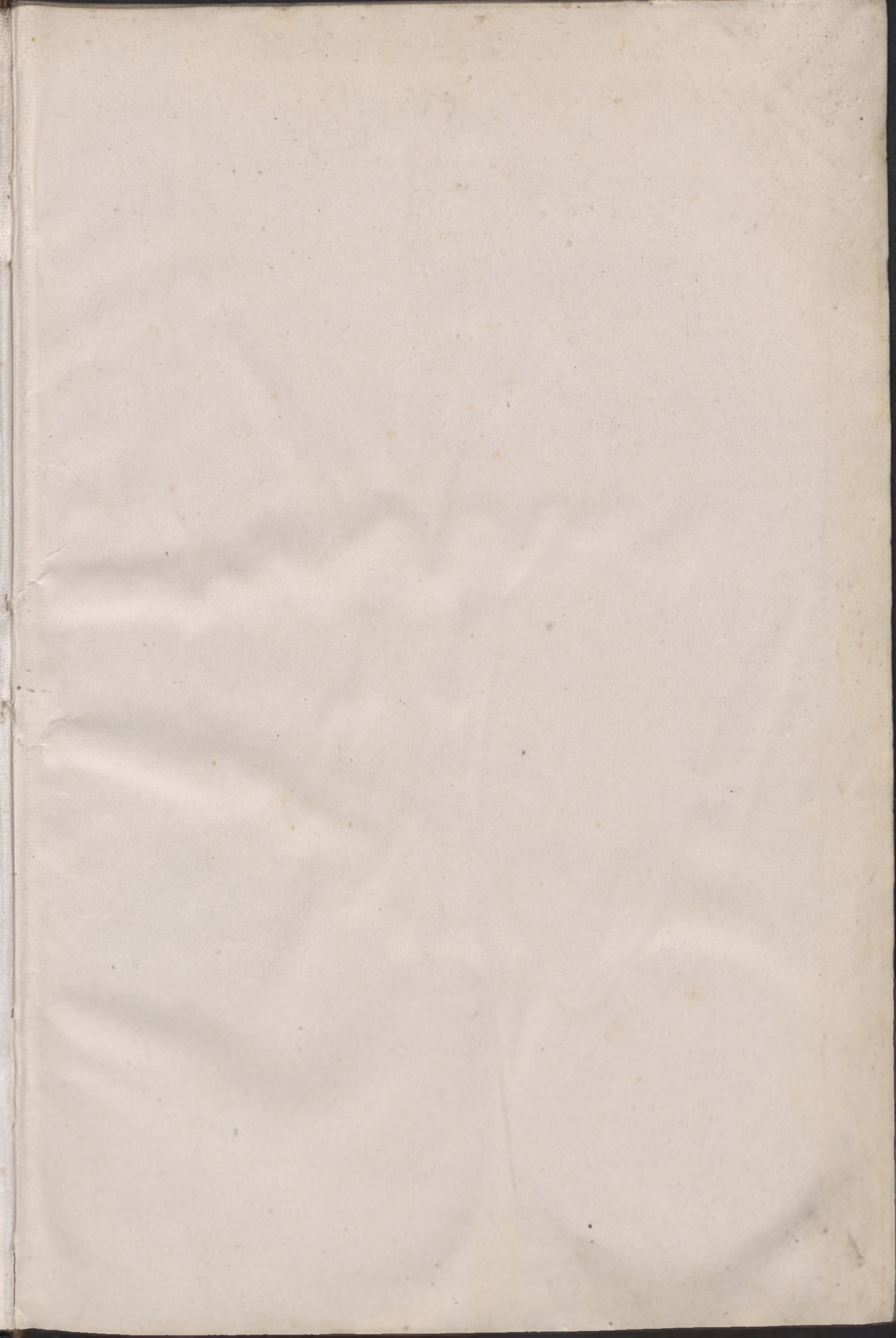
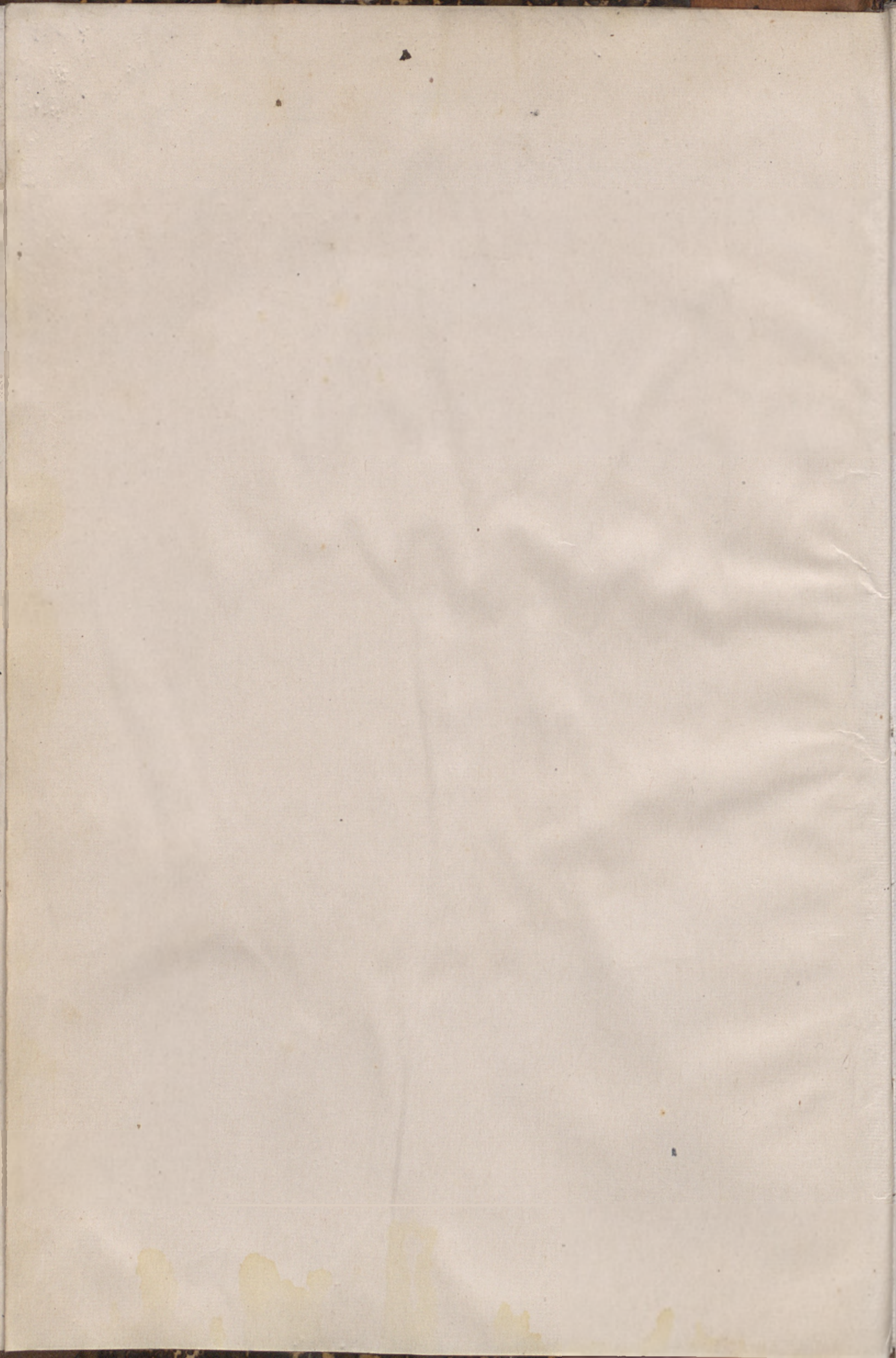

Kulczycki,
Geschichte
der
Russischen
Revolution
2.
1911.

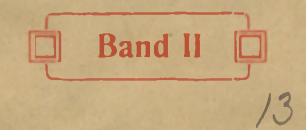




Ludwig Kulczycki:

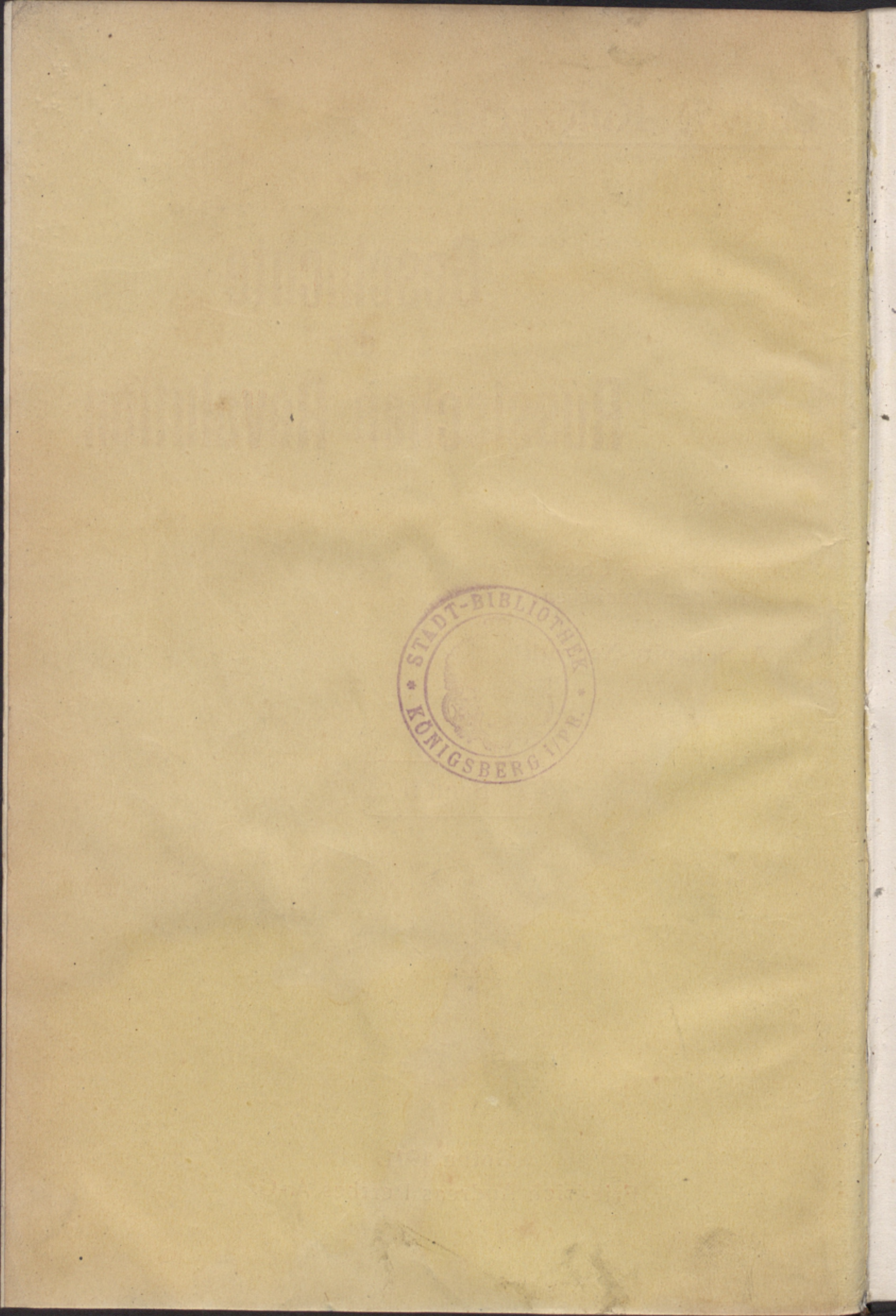
Geschichte der Russischen Revolution

Einzig autorisierte Übersetzung
aus dem Polnischen
von
A. Schapire-Neurath





Gotha 1911.
Friedrich Andreas Perthes A.-G.


STADT-BIBLIOTHEK
KÖNIGSBERG I/PR.

Geschichte der russischen Revolution.

Von

Ludwig Kulczycki.

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Polnischen

von

Anna Schapire-Neurath.

Band II.

Vom Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen, bis zum Verfall der Organisation „Volksfreiheit“ (1870 bis 1886).



Gotha 1911.

Friedrich Andreas Perthes A.-G.


STADT-BIBLIOTHEK
KÖNIGSBERG i/PR.

Vorrede.

In dem vorliegenden Bande schildere ich die Entwicklung der russischen revolutionären Bewegung von 1870 bis 1886.

Im ersten Bande dieser Arbeit habe ich eingehend jene Umstände erörtert, die für die historische Entwicklung des russischen Volkes, für die Geschichte einzelner Schichten und des Staates von besonderer Bedeutung waren. In dem Zeitabschnitt, der uns im vorliegenden Bande beschäftigt, gingen im Leben des russischen Volkes und Staates keine grundlegenden Änderungen vor, wie dies etwa zur Zeit der Reformen Alexanders II. der Fall war. Ich habe mich daher für diesen Zeitabschnitt damit begnügt, die allgemeinen Entwicklungstendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Zustände zu schildern. Im dritten Bande werde ich mich von neuem mit den wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen befassen, die gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Rußland stattfanden. Im dritten Bande gedenke ich auch wenigstens in allgemeinen Zügen die revolutionäre Bewegung unter jenen nichtrussischen Nationen zu schildern, die dem russischen Staate einverleibt sind; in der Zeit von 1870 bis 1886 war eine solche Bewegung bei ihnen noch gar nicht vorhanden oder erst im Entstehen begriffen.

In der heutigen Geschichtschreibung herrscht, namentlich wenn es sich um die sozialen und politischen Zustände des 19. Jahrhunderts handelt, eine starke Tendenz, alle Einzelheiten im Programm und in der Taktik der handelnden Parteien durch wirtschaftliche Faktoren zu erklären. Vergleichen wir diese Tendenz mit den früheren Methoden der Geschichtschreibung, so bedeutet sie sicherlich einen großen Fortschritt.

Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten meiner Interpretation der materialistischen Geschichtsauffassung eingehen; ich habe sie in meinem „Abriß einer allgemeinen Soziologie“ [1]) sowie in anderen Arbeiten niedergelegt. Ich beschränke mich auf eine einzige Bemerkung.

Je geringfügiger eine soziale und politische Bewegung in irgendeinem Lande ist, je kürzere Zeit sie währt, desto größer ist auch die Rolle, die Faktoren zweiten und dritten Grades in ihr spielen, desto schwerer läßt sie sich auch von dem allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund ableiten. Und umgekehrt, je größer der Umfang einer Bewegung wird, je festere Wurzeln sie schlägt, desto größer ist auch ihre Abhängigkeit von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen einer gewissen Zeit und einer gewissen Örtlichkeit.

Auf den Charakter kleiner Revolutionsgruppen sind häufig sehr geringfügige Umstände von Einfluß, die mit den persönlichen Verhältnissen einzelner hervorragender Mitglieder zusammenhängen. Die charakteristischen Eigenschaften der Gruppe um Tkatschew, die Blanquis Theorien huldigte und jakobinische Tendenzen hatte, finden z. B. unmöglich ihre Erklärung in den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Zuständen Rußlands.

Ich habe aus diesem Grunde auch nicht den Weg gewagter Hypothesen über die Entstehung einzelner, wenig umfangreicher revolutionärer Strömungen in Rußland beschritten, sondern mich damit begnügt, einen allgemeinen Zusammenhang zwischen der Richtung der revolutionären Bewegung und den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen des Landes zu konstatieren.

Lemberg, den 18. Oktober 1910.

Ludwig Kulczycki.

---

1) In polnischer Sprache.

Inhalt.

Zweiter Teil.

Vom Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen bis zum Verfall der Organisation „Volksfreiheit". Die Zeiten der bäuerlichen Propaganda und des Terrorismus. (1870 bis 1886.)

Erstes Kapitel.

Die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse in Rußland von den siebziger Jahren bis zur Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

I.

Die russischen Bauern hatten, wie wir bereits wissen, bei der Aufhebung der Leibeigenschaft weniger Grund und Boden erhalten, als sie vorher zur Nutznießung gehabt hatten; so war denn auch ihre wirtschaftliche Lage nach Einführung der berühmten Reform im allgemeinen sehr schwierig. Dem Mangel an eigenem Ackerboden suchte die Bauernschaft durch Pachtverträge abzuhelfen, die sie mit den großen Grundbesitzern abschloß; doch war der Pachtschilling infolge der starken Nachfrage hoch. Die Großgrundbesitzer nutzten die schwierige Lage der Bauern aus und verstanden es, sie in ein Abhängigkeitsverhältnis zu zwingen; mehr als einmal kam es zwischen Bauern und Gutsherren infolge von Pachtstreitigkeiten zu blutigen Zusammenstößen. Aber auch diese Konflikte arteten nicht so häufig in gewaltsame agrarische Unruhen aus, wie vor der Reform der bäuerlichen Verhältnisse.

Die Kolonisation der freien, zum Ackerbau geeigneten Gebiete im Reich konnte sich infolge der ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Regierung einer Übersiedlung der Bauern in den Weg legte, nicht beträchtlich entwickeln. Man hatte den Bauern große Zahlungen zugunsten ihrer früheren Herren auferlegt und die Folge war, daß sie nun durch die Verhältnisse tatsächlich an ihre Heimatgemeinde gefesselt waren. Die Gemeinden weigerten sich, für die Verpflichtungen der Wegziehenden

gutzusagen und zwangen auf diese Weise die einzelnen, im Dorfe zu verbleiben. Überdies tat auch die Regierung auf Drängen der großen Grundbesitzer alles, um so viel Arbeitskräfte wie möglich auf dem Lande zu halten; die Industrie, die noch in ihren Anfangsstadien war, hatte gleichfalls nur für einen geringen Teil von ihnen Verwendung.

Nach der Reform der bäuerlichen Verhältnisse wanderte der Grundbesitz in Rußland vielfach von einer Hand in die andere. In der Zeit von 1863 bis 1893 wechselten die Grundbesitzer häufig; der Adel verkaufte eine Reihe von Gütern an Kaufleute, Kleinbürger und Bauern [1]).

Die Kaufleute und Kleinbürger, die Grundbesitz erwarben, führten verschiedene Verbesserungen in der Landwirtschaft ein; im allgemeinen entsprach jedoch die Landwirtschaft des damaligen Großbesitzes in Rußland keineswegs den Anforderungen der zeitgenössischen Agronomie und Technik. Die Verhältnisse haben sich seither nicht wesentlich gebessert.

Nach der Durchführung der bäuerlichen Reform überließ die Regierung bis zum Beginn der 1880er Jahre die Bauern ihrem Schicksal. Sie glaubte mit der Aufhebung der Leibeigenschaft alles Nötige getan zu haben und beschränkte sich darauf, die im Manifest vom 19. Februar 1861 niedergelegten Grundsätze auch auf jene bäuerlichen Gruppen auszudehnen, die anfangs nicht von ihnen berührt worden waren [2]).

Die Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden und die natürliche Entwicklung der wirtschaftlichen Zustände in der Richtung des Kapitalismus taten das Ihrige; eine immer größere Differenzierung der bäuerlichen Verhältnisse trat ein. Die russischen Bauern begannen in folgende Gruppen zu zerfallen: 1) in die wohlhabenden, die genügenden Grund und Boden besaßen und ihn nicht nur frei und gut bestellten, sondern auch beträchtliche Gewinne erzielten. Diese Schicht begann auch mitunter mit der Landwirtschaft zusammenhängende gewerbliche Unternehmungen zu betreiben und beschäftigte eigene Arbeiter; 2) in die mittel-

1) Maslow, Die Agrarfrage, Bd. II, S. 225—226 (in russischer Sprache).

2) Bekanntlich betraf die Reform von 1861 nur die Bauern adliger Gutsbesitzer.

mäßig begüterten, die ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit nur mühsam aufrecht erhielten, und 3) in die ganz armen Bauern, die nur ganz kleine Höfe ohne oder solche mit sehr geringfügigem Inventar besaßen und gezwungen waren, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um sich durchzuschlagen.

Die erste Gruppe bildete und bildet heute noch die bäuerliche Bourgeoisie, sie vereinigt in ihren Händen beträchtlichen Grundbesitz; ihr gehört auch ein immer noch wachsender großer Anteil des bäuerlichen Gesamtinventars im Reiche. Schon gegen Ende der 1870er Jahre betrug diese Gruppe 20 Prozent der gesamten Bauernschaft. Die ärmsten Bauern, die nur ganz kleine Grundstücke besaßen oder die Nutznießung von ihnen hatten, bildeten damals 50 Prozent der bäuerlichen Bevölkerung.

Diese Differenzierung der bäuerlichen Verhältnisse nach der Reform von 1861 ging allmählich, aber ständig vor sich; manche Forscher, wie Fürst Wasiltschikow und Orlow, wandten ihr denn auch ihre Aufmerksamkeit zu; die Mehrzahl der damaligen Volkswirte und besonders die Radikalen merkten diesen Prozeß überhaupt nicht und betrachteten die Bauernschaft nach wie vor meist als eine einheitliche Gruppe; soweit ihnen der Differenzierungsprozeß damals auffiel, wollten sie in ihm nur eine pathologische, vorübergehende Erscheinung sehen, die sich bei etwas gutem Willen der Regierung und der Gesellschaft wieder beseitigen lassen würde. Auf keinen Fall wollten sie in ihr die natürliche Entwicklung des russischen Kapitalismus erkennen, dessen Herrschaft in Rußland sie überhaupt nicht zugeben wollten.

Da die Idealisierung der russischen Ackergemeinde in der revolutionären Bewegung, wie wir bereits sahen und noch weiter sehen werden, eine bedeutsame Rolle spielte, wollen wir uns ein wenig bei ihrer Charakteristik aufhalten.

Die russische Ackergemeinde ist ein Familienverband; der Grund und Boden bildet den gemeinsamen Besitz der Familien und wird periodisch zur Benutzung unter sie verteilt. Sie ist nicht mit der Verwaltungsgemeinde identisch, die eine Einrichtung bäuerlicher Selbstverwaltung ist. Am häufigsten setzt sich die Ackergemeinde aus einem Dorf zusammen, manchmal aber auch aus zweien, dreien und noch mehr. Es kommt auch vor,

daß ein Teil des Dorfes zu einer Ackergemeinde (Obschtschina) gehört, während ein anderer den Teil einer zweiten bildet.

In einer solchen Ackergemeinde kann der einzelne keine Bestimmung über irgendein Stück Boden treffen. Nur der gesamte Verband oder alle Mitglieder der Ackergemeinde (nicht der Verwaltungsgemeinde) stellen in der allgemeinen Versammlung die Aufteilung und die Zuweisung der Felder fest. Die Versammlung könnte sogar die gemeinsame Bestellung sämtlicher Felder der Gemeinde beschließen. Gewöhnlich nehmen die Bauern jedoch nur das Weideland und die Wiesen in gemeinsame Benutzung, seltener schon ist es bei den Wäldern der Fall, das Ackerland aber wird stets von einer Verteilung bis zur nächsten von den Familien einzeln bestellt. Derartige Aufteilungen werden in der letzten Zeit alle neun bis zwölf Jahre vorgenommen, mitunter aber auch viel seltener. Sie werden durch die Bevölkerungszunahme innerhalb der Gemeinde hervorgerufen sowie durch das Bestreben, jede Familie mit genügendem Ackerland zu versehen. In dieser Hinsicht besteht also tatsächlich die Tendenz, gleiche Nutznießung zu gewähren. Dieses Bestreben ist jedoch nicht das einzig vorherrschende und wird häufig durch ein anderes aufgehoben, das dahin geht, jenen Familien mehr Felder zuzuweisen, die besseres Inventar und überhaupt mehr Mittel besitzen, die also auch eher imstande sind, den Verpflichtungen gegen den Staat, das Ziemstwo und die Gemeinde nachzukommen.

Bei der Aufteilung des Gemeindebodens unter die einzelnen Familien gehen die Bauern nicht in allen Gegenden von den gleichen Gesichtspunkten aus. Das Recht läßt ihnen in dieser Hinsicht volle Freiheit. In manchen Gemeinden wird der Boden nach der Anzahl der Arbeitskräfte aufgeteilt, die in den einzelnen Familien zur Verfügung stehen; in anderen wieder richtet man sich nach der Zahl der Konsumenten; manche ziehen nur die männlichen Familienmitglieder in Betracht, andere auch die Frauen. Manchmal berücksichtigen die Bauern auch, ob die einzelnen Hausväter noch außerhalb des Gemeindebesitzes Grund und Boden besitzen. Es gibt ganze und teilweise Aufteilungen der Felder, wenn etwa Felder durch den Tod eines Gemeindemitgliedes frei werden.

In seinen neuesten Untersuchungen sucht Katschorowski[1]) den Nachweis zu erbringen, daß in der letzten Zeit die Gleichheitsbestrebungen, die dahin gehen, den einzelnen bäuerlichen Familien die gleichen Vorteile zu sichern, die Oberhand gewinnen; seiner Ansicht nach liegt also nichts weniger als ein Verfall der demokratischen Form des Gemeindeeigentums an Grund und Boden vor; er findet im Gegenteil, daß sich diese Form noch entwickelt. Ich werde auf diese Ansicht noch weiterhin zurückkommen, hier beschränke ich mich auf die Darstellung der herrschenden Zustände in der russischen Ackergemeinde.

Von großer Wichtigkeit sind die Angaben über die Häufigkeit der Aufteilungen, da aus ihnen hervorgeht, in welcher Weise und ob überhaupt das Gemeindeeigentum an Grund und Boden praktische Bedeutung besitzt. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft nahmen die Bauern einige Jahrzehnte hindurch überhaupt keine Neuverteilungen vor und verhielten sich zuwartend. Der Grund hierfür läßt sich nur schwer erkennen; vielleicht machte sich in diesem kurzen Zeitraum tatsächlich kein Bedürfnis nach neuen Teilungen geltend. Dafür wurden sie später um so häufiger vorgenommen.

In der bereits genannten Arbeit stellt Wenjaminow sehr interessante Daten über diesen Gegenstand zusammen.

Katschorowski, auf dessen Untersuchungen der eben angeführte Verfasser seine Ausführungen stützt, hat Material über die Teilung von Gemeindeackerboden in 191 Kreisen gesammelt, die von alters her zu Rußland gehören und mehr als die Hälfte des Reiches ausmachen. Dieses Gebiet umfaßt 87000 Ackergemeinden, in denen 4 Millionen Bauernfamilien auf 45 Millionen Desjatinen wohnen. Die ganz genauen und sicheren Mitteilungen beziehen sich auf 73811 Ackergemeinden, die von 3582780 Familien bewohnt sind.

Das Material bleibt also auch dann noch sehr umfangreich, wenn wir es auf jene Daten beschränken, die der Kritik voll-

---

1) Ich denke hier an die Werke dieses Verfassers über das Gewohnheitsrecht in Rußland und in der russischen Gemeinde. Wenjaminow hat diese Untersuchungen in einer kleinen Arbeit unter dem Titel „Die bäuerliche Obschtschina“ verallgemeinert und popularisiert.

kommen standhalten. Die Schlüsse, die sich aus ihm ableiten lassen, sind daher unstreitig von großer Wichtigkeit, wenn auch nicht völlig ausschlaggebend.

Die Zahl der Ackergemeinden, in denen im Verlauf von 45 Jahren, seit der Aufhebung der Leibeigenschaft, keine Neuverteilung des Grund und Bodens vorgenommen wurde, bildet 24 Prozent von den 73811 eingehend untersuchten; sie werden von 13 Prozent der in Betracht kommenden bäuerlichen Familien bewohnt und umfassen 9 Prozent des Grund und Bodens. Es sind vorwiegend wenig bevölkerte und kleine Ackergemeinden, in denen hauptsächlich frühere Leibeigene privater Grundbesitzer und ihre Nachkommen wohnen. Das gleiche Gebiet umfaßt 12 Prozent Gemeinden, in denen Teilungen des Grund und Bodens sehr selten vorgenommen werden und allmählich ganz aufhören. Die Familien, die sie bewohnen, bilden 10 Prozent der Gesamtzahl, der ihnen gemeinsam gehörende Grund und Boden 8 Prozent. Auf diese Weise erhalten wir 36 Prozent Ackergemeinden, in denen die Neuverteilung des Grund und Bodens entweder aufgehört hat oder im Verschwinden begriffen ist; sie werden von 23 Prozent der betreffenden Familien bewohnt und umfassen 17 Prozent des Grund und Bodens.

Dagegen werden in 64 Prozent der Ackergemeinden Neuverteilungen vorgenommen, ja sie unterliegen sogar einer fortwährenden Verbesserung. Diese 64 Prozent werden von 77 Prozent der bäuerlichen Familien bewohnt und besitzen 83 Prozent des in Betracht kommenden Grund und Bodens [1]). Nach Wenjaminow sind diese Gemeinden wohlhabender und bevölkerter als die der vorhergehenden Gruppe.

Auf Grund dieses Materials kommt der Verfasser zu dem Schluß, die großrussische Dorfgemeinde sei von einem Verfall weit entfernt; er hält sie im Gegenteil für lebensfähig und versichert, daß sie sich noch fortwährend entwickle. Ich komme in den folgenden Kapiteln bei der Analyse der sozialdemokratischen Literatur über die „Obschtschina" noch auf diesen Gegen-

---

1) Wenjaminow, Die bäuerliche Obschtschina (in russischer Sprache), S. 106—107.

stand zurück; ich kann jedoch nicht umhin, schon hier zu bemerken, daß mir die Ausführungen Wenjaminows nicht sehr überzeugend erscheinen.

Wenn im Laufe von 45 Jahren nur in 36 Prozent der Gemeinden die Neuverteilungen verschwunden oder im Aufhören begriffen sind, so beweist das nur, daß sich der Zersetzungsprozeß der „Obschtschina" langsam vollzieht; es beweist keineswegs, daß dieser Prozeß überhaupt nicht vorhanden ist. In den Untersuchungen von Wenjaminow und Katschorowski finden wir auch nichts darüber, ob die Neuverteilungen in jenen 64 Prozent der „lebensfähigen" Gemeinden sich ohne Opposition der Minderheiten vollzogen haben und ob eine solche Opposition nicht im Laufe der Zeit gewachsen ist. Bis jetzt wenigstens haben die beiden Forscher sich über diesen wichtigen Punkt nicht geäußert. Die bloße Tatsache der Teilung des Grund und Bodens in der Gemeinde beweist in der Tat nur, daß sie im Interesse einer beträchtlichen Mehrheit der Mitglieder liegt.

Der Sieg der Mehrheit bedeutet aber noch nicht, daß die Ackergemeinde als Ganzes eine harmonische wirtschaftliche Einheit bildet; denn in dem Augenblicke, wo diese „lebensfähigen" Gemeinden bereits eine starke Minderheit umfassen, die die bäuerliche Bourgeoisie bildet und gegen die Neuverteilung ist, würde der Beweis erbracht sein, daß selbst in diesen „Obschtschiny" das Gemeindeeigentum an Grund und Boden eine schwere Krisis durchmacht, die mit ihrem gänzlichen Verfall enden kann.

Das Gesamtbild der russischen landwirtschaftlichen Verhältnisse von der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 bis zur Mitte der 1890er Jahre enthält Elemente, die auf eine Differenzierung der russischen Bauernschaft hindeuten und die schließlich die Grundsätze der alten Gleichheit in der Obschtschina und damit diese Einrichtung selbst untergraben.

Man hat allgemein die Beobachtung gemacht, daß bei fortschreitender Geldwirtschaft die weniger wohlhabenden Bauern unter dem Einfluß der veränderlichen wirtschaftlichen Bedingungen gänzlich verarmen und in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den wohlhabenderen Bauern und überhaupt zu jenen Personen ge-

raten, die über verhältnismäßig beträchtliche Mittel verfügen und mit denen sie in Berührung kommen. Je größer die Rolle ist, die der Geldumlauf in der Wirtschaft des Bauern spielt, desto häufiger treffen ihn auch verschiedene Überraschungen, die sich aus Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnissen ergeben. Unter den russischen Bauern hat, wie ich schon oben bemerkt habe, seit der Aufhebung der Leibeigenschaft der Differenzierungsprozeß einen beträchtlichen Umfang angenommen. Die bloße Aufteilung der Gemeindeäcker besagt noch nicht, ob die Bauern nicht in wirtschaftlicher Hinsicht in verschiedene Gruppen zerfallen. Bildet doch das Gemeindeeigentum bei weitem nicht allen Grund und Boden, den die Bauern bearbeiten: sie bebauen außerdem noch Felder, die sie gekauft oder gepachtet haben und die eine beträchtliche Fläche ausmachen.

Betrachtet man diese Gruppe von Grundstücken näher, so sieht man am besten, wie sich aus der Masse der bäuerlichen Bevölkerung eine Gruppe wohlhabender Bauern heraushebt, die den Löwenanteil des Grund und Bodens an sich gerissen haben, den sie teilweise gekauft, teilweise gepachtet haben. In seiner bekannten Arbeit „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" weist Ilin nach, daß schon der fünfte Teil jener Bauern, die überhaupt Grundstücke käuflich erworben haben, 60 bis 70 Prozent des gesamten von der Bauernschaft gekauften Ackerbodens besitzt. Das gleiche läßt sich nach diesem Verfasser von dem Ackerland sagen, das die Bauern in Pacht haben; 50 bis 80 Prozent dieses Ackerbodens sind in Händen von 20 Prozent der bäuerlichen Landwirte (S. 86 der oben genannten Arbeit). Es ist bezeichnend, daß von den 11817000 Desjatinen, die die gesamte Bauernschaft in der Zeit von 1863 bis 1898 gekauft hat, 3995000 Desjatinen auf einzelne bäuerliche Käufer entfielen, 6108000 auf bäuerliche Gesellschaften und nur 1714000 Desjatinen auf Gemeinden. Die Gemeinden kauften also am wenigsten. Ebenso auffallend ist die Vermehrung des bäuerlichen Inventars in den reicheren Bauernwirtschaften; so besitzen 20 Prozent der bäuerlichen Wirtschaften 50 Prozent der Bauernpferde. Auch bei der Aufteilung der Gemeindeäcker zeigt sich die größere Machtstellung der wohlhabenden Hausväter; den

besten Ackerboden erhalten nämlich meist die reichen Bauern. Wenn selbst unter den einzelnen Familien ein Streben nach Gleichheit zu herrschen scheint, so machen doch häufig gleich nach der Teilung der Äcker die ärmeren Bauern infolge ihrer Abhängigkeit von den reichen diesen manche Zugeständnisse und räumen ihnen verschiedene wirtschaftliche Vorteile ein, die den Grundsatz der gleichen Teilung beträchtlich erschüttern.

Keinerlei Ziffern über die Häufigkeit der Neuverteilungen und ihren ausgleichenden Charakter sind imstande, die Tatsache wegzuleugnen, daß innerhalb der russischen Bauernschaft eine starke Trennung in eine bäuerliche Bourgeoisie und ein bäuerliches Proletariat und Halbproletariat stattgefunden hat. Die mittelmäßig begüterte Bauernschaft schmilzt allmählich zusammen, um diese beiden äußersten Gruppen zu verstärken.

Die wachsenden sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, die höheren Ausgaben zu ihrer Befriedigung, die aus staatlichen Gemeinde- oder Ziemstwoabgaben gedeckt werden, tragen ihrerseits dazu bei, diese Differenzierung in der Bauernschaft noch zu verstärken. Das gleiche läßt sich von dem wirtschaftlichen Fortschritt sagen: je mehr die Wirtschaft sich hebt, desto größer ist auch der Bedarf an Geräten, Inventar usw., desto schärfer tritt auch der Unterschied zwischen den wohlhabenden und den armen Bauern hervor.

Man darf sich die Proletarisierung der bäuerlichen Masse nicht einseitig, als eine absolute Verdrängung der Bauernschaft vom Grund und Boden vorstellen. Im Gegenteil, der typische Landproletarier in Rußland ist nicht der Arbeiter, dem es völlig an Grund und Boden fehlt, sondern der Bauer, der ein kleines Stück Grund ohne oder mit elendem Inventar besitzt. Neben dem Ackerbau betreiben die wohlhabenderen Bauern auch gewöhnlich noch ein Gewerbe und Handel mit dessen Erzeugnissen; sie verfertigen verschiedene Gegenstände, die mit dem Ackerbau in Verbindung stehen.

Russische Schriftsteller, namentlich Uspienski und Zlatowracki, haben diese neuen Erscheinungen im russischen Dorfe künstlerisch dargestellt (wenn ihre Sympathien auch nicht auf seiten der Neuerungen waren), sie haben die allmähliche wirtschaftliche

und kulturelle Differenzierung der Bauernschaft geschildert, haben gezeigt, wie diese früher so einheitliche Masse Unterschiede in Sitte und Denken aufzuweisen begann.

Die Geldwirtschaft schuf auf dem Lande einen neuen Industriemarkt; die bäuerliche Bourgeoisie brauchte immer mehr Dinge, die der Produktion dienen, die gesamte Bauernschaft aber immer mehr Verbrauchsgegenstände.

II.

Nach Durchführung der Reformen, d. h. in den 1870er Jahren begann sich die Fabrikindustrie aller Art sehr rasch zu entwickeln; der gleiche Fall trat beim Bergbau und den Verkehrsanstalten ein.

Lange Zeit hindurch leugneten die Publizisten und Volkswirte, „die für das Volk waren", diese Tatsache; sie erklärten, der Kapitalismus sei künstlisch nach Rußland importiert worden und werde hauptsächlich von der Regierung unterstützt, er habe keine Entwicklungsmöglichkeiten, die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter nehme nicht zu, ja sie verringere sich sogar usw. Spätere Untersuchungen, namentlich das Leben selbst machten diesen Theorien ein Ende.

In der Zeit von 1865 bis 1890 nahm die Zahl der Arbeiter, wie aus den weiter unten angeführten Daten hervorgeht, beträchtlich zu.

Im Jahre 1865 gab es in Rußland 509000 Fabrikarbeiter, 165000 Bergarbeiter, 32000 Eisenbahnarbeiter, im ganzen 700000 Arbeiter.

Im Jahre 1890 zählte Rußland 840000 Fabrikarbeiter, 340000 Bergarbeiter, 253000 Eisenbahnarbeiter, im ganzen 1432000 Arbeiter.

Mit Recht sagt denn auch Ilin in seinem bereits angeführten Werk, in den großen kapitalistischen Unternehmungen habe sich die Zahl der Arbeiter im Laufe von 25 Jahren mehr als verdoppelt. Die Arbeiterschaft vermehrte sich sogar stärker als die städtische Bevölkerung. Im Jahre 1863 hatte das europäische Rußland eine städtische Bevölkerung von 6100000 Personen, im Jahre 1897 zählte man 12000000.

In der Zeit von 1865 bis 1890 entstanden in Rußland, namentlich im Süden, ganze Industriebezirke. Ich kann hier nicht die Entwicklung der einzelnen Industriezweige schildern, ich möchte nur ganz allgemein auf die unzweifelhafte und rasche Entwicklung der russischen Industrie hinweisen. Einzelheiten, wie die Zunahme der Dampfmotoren in der Industrie, bestätigen die Erstarkung des Kapitalismus nach jeder Richtung. In den Jahren 1866, 1879 und 1890 verhält sich die Anzahl der Fabriken ziffernmäßig ausgedrückt wie 100 zu 132 und 147. Es ist auch bemerkenswert, daß die Anzahl der Fabriken sich vermehrte, obgleich sich gleichzeitig auch die einzelnen Unternehmungen vergrößerten [1]).

Charakteristisch sind auch die Angaben über die Vergrößerung des Eisenbahnnetzes. Im Jahre 1865 umfaßte es 3819 Kilometer, 1890: 29063 Kilometer. Namentlich gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre und ebenso 1895 bis 1900 war die Zunahme ganz gewaltig. Diese rasche Vermehrung der russischen Verkehrsmittel verliert auch bei einem Vergleich mit dem Anwachsen derselben in den westeuropäischen Staaten nichts.

Für 1890 berechnete Ilin die Gesamtzahl der Land-, Industrie-, Bahn-, Bau-, Forst- und Bergarbeiter auf 9000000, darunter 7500000 erwachsene Männer. Zu Beginn der Epoche, die uns hier beschäftigt, war die Anzahl der Arbeiter wahrscheinlich nur halb so groß.

Die Entwicklung der Industrie, das Emporkommen der Städte, die Vermehrung der Eisenbahnen, all das wandelte langsam das alte Rußland um; neue soziale Gruppen entstanden, die sich den veränderten Verhältnissen anpaßten, neue Sitten kamen auf, das gesamte Leben kam in raschere Bewegung und gab den Anstoß zu neuen Bestrebungen.

Die Zeitgenossen waren über die tiefgehenden sozialen Umwandlungen, die Rußland durchmachte, vielfach im unklaren, eine Tatsache, die sich auf verschiedene Ursachen zurückführen

---

1) Einzelheiten bringt Ilin in seinem Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" S. 402. 413 ff. (in russischer Sprache).

läßt. Die Veränderungen waren zwar sehr beträchtlich, aber sie hoben sich von dem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund eines so ungeheuren Landes wie Rußland nicht scharf ab: auf den ersten Blick merkte man wenig Veränderungen. Für mittelmäßige Beobachter überwog daher das statische Moment über das dynamische: man berücksichtigte vor allem das Bestehende, ohne sich über die Entwicklungstendenzen klar zu werden. Schließlich führten auch fehlerhafte statistische Berechnungen irre. In den sechziger Jahren hatte man verschiedene andere Arbeitergruppen zu den Fabrikarbeitern gezählt. Auf diese Weise kam man bei der nächsten Zählung zu einer nur sehr geringfügigen Vermehrung, der an manchen Orten sogar eine Abnahme gegenüberstand. Und schließlich trat eine Reihe von Gelehrten voreingenommen an das Studium der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands heran. Viele von ihnen hatten aus der vorhergehenden Epoche volkstümelnde Theorien übernommen und besaßen nicht die notwendige Objektivität bei ihren Untersuchungen. Die Volkswirte und Publizisten im radikalen Lager waren unter dem Einfluß dieser Theorien überzeugt, Rußland sei kein geeigneter Boden für den Kapitalismus. Sie vertraten die Ansicht, die wirtschaftliche Ordnung Rußlands besitze viele Gleichheitsmomente, was dem russischen Volke den Sprung in eine höhere sozialistische Staatsordnung ermöglichen werde. Von diesen Ansichten soll noch die Rede sein.

III.

Unter den oben angedeuteten wirtschaftlichen Verhältnissen entwickelten sich die Bestrebungen der verschiedenen sozialen Gruppen. Ich habe hier nicht jene Bestrebungen im Auge, die deutlich in politischen und sozialen Programmen niedergelegt wurden, sondern jene allgemeinen Tendenzen der verschiedenen Gruppen, die oft unbewußt blieben, aber tief in das Instinktleben der Massen eingedrungen waren und ihre Handlungsweise im allgemeinen bestimmten.

Zu Beginn der 1870er Jahre zeigte sich in den politischen Bestrebungen der breiteren sozialen Kreise fast ein Stillstand. Es waren die besten Vertreter des hohen und höchsten Adels ge-

wesen, die es versucht hatten, auf dem Wege einer entsprechenden Konstitution Einfluß auf die Staatsangelegenheiten zu erhalten. Als diese Versuche immer wieder scheiterten, beruhigte sich der gesamte Adel schließlich damit, daß die Regierung die Reformen eingestellt hatte, die sie ohne die entscheidende Beteiligung des Adels begonnen hatte und die diesem unvorteilhaft gewesen waren. Jetzt beschränkten diese Kreise ihre Bemühungen darauf, Einfluß auf den Hof zu gewinnen. Überdies hatte die neue revolutionäre Bewegung, die sehr drohend auftrat und deren erste Erscheinung das Attentat von 1866 war, den Adel erschreckt, so daß er noch geneigter wurde, sich mit den herrschenden politischen Zuständen zu versöhnen.

Der mittlere Adel war im allgemeinen mit der Einführung der Ziemstwos zufrieden; war ihm doch auf diese Weise der überwiegende Einfluß in den Organen der lokalen Selbstverwaltung gesichert. Die Tätigkeit dieser neuen Organe wurde zwar von der Regierung in engen Schranken gehalten. Streitigkeiten zwischen Gouverneuren und Ziemstwovertretern waren aus diesem Grunde häufig; nichtsdestoweniger eröffneten die neuen Einrichtungen doch ein gewisses Gebiet für Kulturarbeit. Die Regierungspolitik gegen die Bauern war nach der Aufhebung der Leibeigenschaft für Adel und Grundbesitz im allgemeinen nur günstig; der Staat bemühte sich, dem großen Grundbesitz eine genügende Anzahl von Landarbeitern zu sichern, und erschwerte aus diesem Grunde den Bauern die Kolonisation unbebauter, zum Ackerbau geeigneter Strecken im Reiche selbst.

In den siebziger und achtziger Jahren fand das mächtig emporwachsende russische Bürgertum ein reiches Betätigungsfeld; in Industrie und Handel waren große Vermögen zu erwerben, auch bei abenteuerlichen Spekulationen, an denen sich auch einzelne Persönlichkeiten und ganze Gruppen aus den höchsten Kreisen beteiligten, konnte man große Summen zusammenraffen. Für konstitutionelle Bestrebungen hatte das Bürgertum damals keinen Sinn. Die Bauern befanden sich zwar unstreitig in einer schwierigen Lage, aber im Vergleich mit der kurz vorher aufgehobenen Leibeigenschaft hatte sich ihr Zustand doch gebessert; überdies verloren sie auch nicht die Hoffnung, der Staat, nament-

lich die herrschende Regierung, würde noch irgendeine Reform durchführen, um ihnen Land zu verschaffen.

Wie ich schon einmal bemerkte, bemühten sich die russischen Bauern in den ersten Jahrzehnten nach der Durchführung der Reform, dem Landmangel durch Pachtverträge mit den großen Grundbesitzern zu begegnen. Die wohlhabenderen Bauern kauften auch Grund und Boden, ein Teil der Bauern suchte vorübergehenden Verdienst durch Lohnarbeit. In jener Zeit war es den Bauern noch leichter als später, nachdem die bäuerliche Bevölkerung sich beträchtlich vermehrt hatte und eine größere Differenzierung der Bauernschaft eingetreten war, auf diese Weise die Minimalbedingungen ihrer Existenz zu finden. So kam es denn auch damals zu keinerlei größeren Agrarbewegungen; Schulen, freier Unterricht, entsprechende populäre Ausgaben und überhaupt jegliche breiter angelegte Tätigkeit zur allseitigen Hebung des Volkes fehlten; infolgedessen war die geistige Kultur der bäuerlichen Massen so niedrig, daß ein Eindringen neuer sozialer und politischer Strömungen in das Volk unmöglich war.

Freilich wuchsen Städte und Fabrikniederlassungen empor und mit ihnen entstand auch eine Arbeiterschaft, die durch ihre Lebensbedingungen gezwungen wurde, sich zu organisieren und den Kampf mit den herrschenden wirtschaftlichen und politischen Zuständen im Namen neuer Ideale aufzunehmen. So mußte sich denn auch die moderne gesellschaftlich-revolutionäre Bewegung zunächst auf diese Kreise konzentrieren. Man darf jedoch nicht vergessen, daß der Fabrikarbeiter in den großen Industriezentren noch ein Neuling war; seine Psychologie war noch eine stark bäurische, sein Zusammenhang mit dem Dorfe noch ein inniger; gerade aus diesem Grunde entsprach er auch noch nicht völlig dem westeuropäischen Proletariat, das bereits eine reiche lokale Überlieferung und eine bestimmte Psychologie, die des Lohnarbeiters, besaß.

Auf dem Lande begann die Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen, neue Formen anzunehmen, gegen Ende der sechziger, in den siebziger und auch noch in den achtziger Jahren entstanden auf dem Lande, gerade unter den kulturell höher stehenden Bauern, neue rationalistische Sekten. Damals fand

auch der Stundismus einen günstigen Boden, eine Sekte, die von deutschen Kolonisten in Rußland ausging; sie trug ursprünglich einen bürgerlich-demokratischen und rationalistisch-christlichen Charakter; der Stundismus weckte den kritischen Sinn der Bauern den Dogmen der orthodoxen Kirche und der Regierung gegenüber. Später sollte auch noch innerhalb der Sekte eine radikale Gruppe von sozialem Charakter entstehen.

Betrachten wir jetzt die Ideologie dieser Zeit.



Zweites Kapitel.

Soziale, politische und geistige Strömungen in Rußland von den siebziger bis zur Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

I.

Nach dem Attentat von 1866 begann die Regierung die Presse energisch zu verfolgen, die Zensur wurde schärfer, die radikalsten Zeitschriften, „Der Zeitgenosse“ (Sowremiennik) und „Das russische Wort“ (Russkoje Slowo), wurden verboten. Nach einer kurzen Unterbrechung wurden jedoch die Richtungen, die diese beiden Blätter vertreten hatten, von anderen Zeitschriften wieder aufgenommen. Im Jahre 1867 wurde die Zeitschrift „Das Werk“ (Dielo) gegründet, die sich bemühte, die nihilistischen Gedanken des „Russischen Wortes“ zu verbreiten; die „Vaterländischen Annalen“ (Otietschestwiennija Zapiski), die der Dichter Niekrasow 1868 erwarb, traten die Erbschaft des halbsozialistischen „Zeitgenossen“ an. Die Mitarbeiter dieser Blätter mußten selbstverständlich sehr vorsichtig zu Werke gehen, um die Zensur nicht von neuem zu reizen, doch gelang es ihnen dennoch die Grundzüge ihrer Anschauungen klarzumachen.

In der Redaktion der „Tat“ gaben zunächst Pisarew und Sajzew den Ton an; vor Ablauf des ersten Jahres aber stellten sie bereits ihre Mitarbeiterschaft infolge von Streitigkeiten mit dem Herausgeber Blagoswietlow völlig ein. An ihre Stelle trat der uns bereits bekannte Schelgunow, ein lebhafter beweglicher Mensch und befähigter Publizist, wenn er sich auch nicht mit Pisarew messen konnte. Um die „Vaterländischen Annalen“

sammelten sich bald die begabtesten Schriftsteller und Publizisten des radikalen Lagers. Schtschedrin (Saltikow), Glieb Uspenski, Jelisiejew, Skabitschewski und andere veröffentlichten hier ihre Arbeiten. Zu ihnen gesellte sich bald der junge Nikolaus Michajlowski, ein hervorragend begabter Mensch, der späterhin für lange Zeit der intellektuelle Führer des russischen Sozialismus werden sollte.

Das Organ des gemäßigten Liberalismus wurde der 1866 von Stasiulewitsch begründete „Europäische Bote" (Wiestnik Jewropy). Diese Monatsschrift hatte sich die Verbreitung konstitutioneller Ideen in Rußland zur Aufgabe gemacht, auf Schritt und Tritt wurde hier auf die Notwendigkeit hingewiesen, alle Gebiete des russischen Lebens rechtlich zu ordnen. Die „Innere Chronik" des „Europäischen Boten", die Arsenjew lange Jahre hindurch schrieb, enthielt oft meisterhafte Aufsätze. In politischer Beziehung waren diese Aufsätze von ungeheurer Bedeutung, sie spielten bei der politischen Erziehung der heranwachsenden Generationen eine wichtige Rolle; nicht die Grundsätze des Rechts und die der Konstitution allein wurden hier verteidigt und gepredigt: Arsenjew kannte auch die russischen Verhältnisse gründlich und zeichnete sich durch einen weiten Blick aus. Der „Europäische Bote" war anfangs gemäßigter als später. Gegen den Sozialismus und Radikalismus nahm das Blatt eine feindliche Stellung ein, verriet jedoch häufig seine Unfähigkeit, diese Richtungen zu begreifen; in wirtschaftlichen und sozialen Fragen trat der „Europäische Bote" für gesellschaftliche Reformen ein und erklärte die Staatsintervention als notwendig.

In Professoren- und Advokatenkreisen, bei einem Teil des liberalen Adels und in der fortschrittlichen Intelligenz als Ganzes genommen, die eine bedeutsame Stellung innerhalb der Gesellschaft besaß, war der Einfluß des „Europäischen Boten" groß. Da das Blatt sich gegen den Sozialismus aussprach, verhielten sich die Sozialisten ihm gegenüber feindlich und mißtrauisch; die politischen Ansichten des „Europäischen Boten" erlangten in ihren Kreisen keinerlei Einfluß, was ein großer Schaden für die freiheitliche Bewegung in Rußland war.

Im Jahre 1866 begann auch die „Woche" (Niediela) zu er-

scheinen, ein Blatt, dessen Programm zunächst gemäßigt war. Die Zeitschrift verwahrte sich gegen sehr radikale Anschauungen und wandte sich in erster Reihe „reifen“ Angelegenheiten zu. Doch erörterte sie die mannigfaltigsten Fragen in ruhiger und gründlicher Weise, ohne vor weitgehenden Schlüssen zurückzuschrecken. Die berühmten „Historischen Briefe“ von Lawrow, die fast ein Evangelium der Jugend wurden und eine geschlossene Weltanschauung enthielten, erschienen hier 1868. An der Spitze dieser Zeitschrift stand tatsächlich Eugenie Konradi, eine gebildete, vielseitige Frau von großzügigem Charakter. Sie hinterließ bei allen, die sie kannten, ein gutes Andenken.

Die soziale und geistige Bewegung der siebziger und achtziger Jahre war aus dem vorhergehenden Jahrzehnt hervorgegangen, nichtsdestoweniger unterschied sie sich ziemlich von der früheren Strömung. Der Grund für diese Unterschiede lag sowohl in den Ereignissen in Rußland selbst, als in den westeuropäischen.

Nach dem Jahre 1870 hörte der Nihilismus als geistige Lebensrichtung vollkommen auf. Die Praxis hatte gelehrt, daß sich die menschliche Persönlichkeit nicht unabhängig von den politischen und sozialen Verhältnissen behandeln läßt. Von dem Nihilismus der sechziger Jahre blieb in den siebziger und achtziger Jahren nur der Haß gegen den äußeren Zwang, namentlich gegen den staatlichen und Familienzwang, und das Bestreben, der menschlichen Persönlichkeit eine allseitige Entwicklung zu sichern; der letztere Gedanke war freilich nicht einzig ein Erbe des Nihilismus, das gesamte radikale und fortschrittliche Denken, das sich in der vorhergehenden Epoche so machtvoll entwickelt hatte, hatte diesen Gedanken vertreten. Die andere Richtung, der Sozialismus, verwandelte sich in der Zeit von 1870 bis 1879 in den aufrührerisch-revolutionären Anarchismus Bakunins und den Halbanarchismus Lawrows; im Gegensatz zu Bakunin lehrte dieser, man müsse der Revolution lange Zeit hindurch den Boden durch systematische Propaganda bereiten.

Michajlowskis Sozialismus sprach sich nicht über den Staat in einer künftigen Gesellschaftsordnung aus. Im allgemeinen näherte sich dieser Schriftsteller in seinen theoretischen An-

sichten Lawrow, wenn auch gewisse Unterschiede zwischen ihnen bestanden.

Jakobinisch-blanquistische Gedanken besaßen in den siebziger Jahren in Rußland nur sehr wenig Anhänger, erst im nächsten Jahrzehnt sollten sie im revolutionären Lager wieder das Übergewicht erhalten. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden wir alle diese Richtungen noch des näheren kennen lernen.

Diese Rückkehr zum Anarchismus in den siebziger Jahren ist eine sehr charakteristische Erscheinung, die noch einer näheren Erklärung bedarf. Man muß sie in erster Reihe in den ungeheuerlichen Formen der russischen Regierungsgewalt im Verhältnis zu den Untertanen und in der Allmacht der Bureaukratie suchen; beide Tatsachen mußten damals, als die neuesten sozialen, politischen und geistigen Strömungen in die aufgeklärten Schichten der russischen Gesellschaft einzudringen begannen, eine starke Reaktion hervorrufen. Sobald die junge, revolutionär gestimmte Intelligenz einmal mit der alten russischen Überlieferung gebrochen hatte, war sie auch bereit, in ihren Ansichten bis zum Äußersten zu gehen. Ähnliche Erscheinungen hat man in ähnlichen Fällen schon häufig beobachtet.

Der Kampf zwischen den beiden Fraktionen in der „Internationalen" fand auch in Rußland Widerhall; die Sympathien der überwiegenden Mehrzahl der jungen Generation waren auf Bakunins Seiten, der damals in Rußland eine große Popularität besaß. Einen erschütternden Eindruck machte auf die russischen radikalen Elemente auch die Pariser Kommune, die im Namen der Unabhängigkeit von Paris gegen den zentralisierten französischen Staat auftrat und das Schlagwort von den freien Gemeinwesen aufbrachte. Die Kommune hatte zwar nicht jedwede rechtlich-staatliche Organisation rückhaltlos verworfen, sie vertrat einen föderativ-konföderativen Standpunkt, aber auch Bakunins Anarchismus vertrat etwas Ähnliches. Die Maßnahmen der republikanischen Regierung gegen die Kommunards empörten die russischen Radikalen und nährten ihre Abneigung gegen jede Staatspartei, mochte sie auch liberal und demokratisch sein, die diese Maßnahmen Frankreichs guthieß.

Nietschajews Verschwörung hatte schließlich noch einen all-

gemeinen Unwillen zur Folge, der sich selbst gegen zentralistische revolutionäre Organisationen, gegen alle hierarchisch aufgebauten Organisationen überhaupt wandte.

All das zusammen drängte die russische radikale Jugend immer mehr zu einem staatslosen revolutionären Anarchismus, d. h. zu dem damaligen kollektivistischen Anarchismus hin.

Der Parlamentarismus weckte damals auch aus dem Grunde Unwillen unter den Radikalen, weil er sich einerseits mit der Reaktion vollkommen zu vertragen schien, wofür die Ereignisse in Frankreich nach der Kommune sprachen, und weil er anderseits außer England nirgends wirklich wichtige Reformen gezeitigt hatte. Überdies hatte England selbst damals einen anderen Charakter als heute und galt als aristokratisches Land, wo nur ein kleines Häuflein glückliche Lebensbedingungen besaß und die Freiheit sich auf Kosten der Gleichheit entwickelt hatte.

Diese Abneigung gegen den Parlamentarismus und Liberalismus wirkte auch in der Zeit von 1862 bis 1870 bestimmend auf das Verhalten der fortschrittlich gesinnten Kreise innerhalb der mittleren sozialen Schichten. Wir haben bereits im ersten Band gesehen, daß die liberalen Elemente in den sechziger Jahren weder Bürgermut, noch politische Reife, noch Beständigkeit an den Tag legten. Damals hörten die russischen Revolutionäre auf mit diesen Schichten zu rechnen und beschlossen, sich nur auf das Volk und die intelligente Jugend zu stützen. So kamen sie damals zu der Ansicht, man müsse die unmittelbare Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung anstreben, um so mehr, als das Gemeindeeigentum an Grund und Boden die Verwirklichung dieser Theorien erleichtere. In diesem letzteren Umstand wollten die Revolutionäre einen großen Vorteil sehen, den Rußland vor den übrigen europäischen Ländern voraushatte.

Wir haben bereits gesehen, daß in der Zeit von 1866 bis 1870 nationale Fragen in dem revolutionären Programm eine wichtige Rolle spielten; namentlich die Polenfrage wurde in der revolutionären Literatur viel erörtert, in den folgenden Jahrzehnten trat in dieser Hinsicht eine neue Wendung ein. Betrachten wir noch kurz den Stand dieser Frage in der Zeit von 1870 bis 1885.

Als die russische revolutionäre Bewegung einen unpolitischen Charakter anzunehmen begann und sich ausschließlich den Vorbereitungen zu einer endgültigen sozialen Umwälzung zuwandte, als die Anhänger dieser Bewegung den Parlamentarismus und ebenso alle rechtlich-staatlichen Angelegenheiten als etwas Unrichtiges anzusehen begannen und sich immer mehr dem staatslosen Sozialismus zuwandten, als sie sich immer mehr dem Glauben hingaben, Rußland werde plötzlich zu einer neuen höheren sozialen Ordnung übergehen, die sich auf kollektives Eigentum, Gleichheit und völlige Freiheit stützen würde, da konnten auch nationale Angelegenheiten nicht mehr im Vordergrunde stehen. Diese nationalen Fragen waren ganz konkreter Art, es handelte sich dabei um staatliche Einrichtungen, um Sprachenverfügungen, und all diese Angelegenheiten hörten für die damaligen russischen Revolutionäre überhaupt auf, irgendeine Bedeutung zu haben. Man glaubte damals, Rußland, das mit einem Sprunge in die sozialistische Ordnung eintreten würde, könnte auch alle strittigen nationalen Fragen im Sinne der Gleichheit und Gerechtigkeit lösen.

Die Ansicht entbehrte allerdings einer tieferen Begründung, da selbst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die nationalen Fragen noch verwickelt genug wären, um eine besondere Lösung zu erheischen. Immerhin würde der völlige Sieg der Sozialisten der einen oder anderen Richtung die Schlichtung der nationalen Angelegenheiten ungeheuer erleichtern.

Die meisten russischen Revolutionäre hielten die Erörterung nationaler Angelegenheiten aus taktischen Gründen für unstatthaft, sie befürchteten eine Zersplitterung der revolutionären Kräfte, als wenn das Totschweigen strittiger Angelegenheiten ein Aufhören bedeuten würde.

Bakunin war der einzige, der sich dauernd mit nationalen Fragen beschäftigte, aber er war ein Mensch mit bereits gefestigten politischen Anschauungen; er besaß außerdem einen scharfen Orientierungssinn und viel Erfahrung. Bis zu seinem Lebensende hörte er nicht auf, die Befreiung aller Völker zu predigen. In der Polenfrage änderte er seine Ansichten insofern, als er später deutlich gegen jene Bestrebungen auftrat, die das

alte historische Polen wieder herstellen wollten; er wollte den Ruthenen ebenso wie den Polen das Recht auf ein unabhängiges staatliches Dasein zugestehen. Im allgemeinen vertrat er die freie Konföderation der Völker.

In den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts besaß der Rationalismus nicht mehr viel von seiner alten Kraft. Die Mißerfolge, die der beste Teil der russischen Gesellschaft in den sechziger Jahren erlebt hatte, waren ganz danach angetan, den Glauben der revolutionären Intelligenz an die Allmacht der Wissenschaft und die Vernunft im Gesamtleben ins Wanken zu bringen. So wog denn bei der Mehrheit der Revolutionäre jetzt die Ansicht vor, der Palast der Zukunft müsse sich auf den Instinkten der Masse, auf Überlieferungen und Gewohnheiten aufbauen. Als sich diese Anschauung Bahn brach, war sie aber noch nicht mit einer völligen Verachtung der Zivilisation verknüpft, ebensowenig herrschte damals schon die spätere rücksichtslose Bewunderung aller volkstümlichen Ideale. Die von Lawrow vertretene Richtung betonte noch immer die ungeheure Bedeutung einer gründlichen wissenschaftlichen Vorbereitung für jede soziale Tätigkeit.

Das Bestreben, für die eignen Ideale einen Stützpunkt in den ursprünglichen Bestrebungen des Volkes und seinen Instinkten zu suchen, hatte schließlich eine unbewußte Vergötterung des Volkes und einen rücksichtslosen Glauben an das Volk zur Folge. Auf das Volk setzten die Revolutionäre der siebziger Jahre all ihre Hoffnungen; ebenso stützten sie sich auf jene Intelligenz, die bereit war, sich ganz dem Volke hinzugeben, ja im Volke aufzugehen.

In der Zeit von 1870 bis 1879 erreichte die Vergötterung des Volkes ihren Höhepunkt und zog ihre letzen Folgerungen, immer stärker wurde in der revolutionären Intelligenz das Streben nach Einfachheit; einzelne begannen einen wahren Götzenkultus des russischen Bauern.

Wollen wir in die Psychologie der Menschen dieser Zeit näher eindringen, so müssen wir wenigstens in allgemeinen Zügen die Anschauungen zweier Männer kennen lernen, die intellektuell und moralisch die damalige Bewegung leiteten. Wir

meinen Peter Lawrow und Nikolaus Michajlowski; von dem dritten, Bakunin, ist schon im ersten Bande die Rede gewesen. Der Einfluß dieser beiden Männer war lange Jahre hindurch sehr mächtig. Lawrow war, wie wir wissen, schon in der vorhergehenden Epoche als Gelehrter und Vertreter radikaler Anschauungen aufgetreten; er war sogar mit Tschernischewski und anderen hervorragenden Persönlichkeiten jener Zeit bereits in unmittelbare Berührung gekommen. Michajlowski war bis dahin völlig unbekannt.

II.

Peter Lawrow war 1823 im Dorfe Mielechow im Gouvernement Pskow geboren; er stammte aus einer wohlhabenden adligen Familie. Sein Vater war ein konservativer Despot, aber ein gebildeter Mensch; er besaß eine schöne Bibliothek, die die Meisterwerke der Freidenker des 18. Jahrhunderts enthielt, das ganze Haus der Lawrows trug den Stempel einer hohen Kultur. Der junge Peter begann frühzeitig zu lesen und erwarb sich eine gründliche Kenntnis der französischen Sprache; mit vierzehn Jahren wurde er in die Artillerieschule geschickt. Hier erwachte sein Interesse für soziale und politische Fragen; er lernte die französischen Utopisten kennen; am meisten lockte ihn an dem damaligen Sozialismus die Kritik der Ehe und der Familie. Seine religiösen Anschauungen, die er von Hause mitgebracht hatte, unterlagen langsam einer Änderung. Er war anfangs Deist, doch war er damals überzeugt, alle Erscheinungen im Weltall vollzögen sich nach einmal von Gott aufgestellten Gesetzen, die dieser selbst nicht mehr ändern könne. Die Entwicklung seiner religiösen Begriffe schritt weiter fort, bis er bei einem völligen Unglauben anlangte. Sein Interesse für Politik und soziale Angelegenheiten wurde immer stärker, doch war er sich zunächst noch nicht darüber klar, wie diese Gedanken unter der eisernen Regierung Nikolaus' verwirklicht werden könnten.

Im Jahre 1842 verließ er die Schule und wurde zwei Jahre darauf Mathematikprofessor an der Artillerieschule, später an der Akademie. Er hatte eine große Vorliebe für Mathematik und verstand sie auch gründlich; bis zu seiner Verhaftung 1866 wirkte er als Lehrer.

Er verheiratete sich 1847 mit Antonie Kapger, einer Deutschen von Geburt. Sie war eine gute und gebildete Frau, die sich allerdings nicht mit Politik befaßte, aber Mitgefühl für alle edlen Bestrebungen hatte. Die Ehe war glücklich, doch stand Lawrow bald wieder allein da: schon 1863 starb seine Frau.

Lawrow begann seine literarische Tätigkeit gegen Ende der Regierung Nikolaus' I. und zu Beginn der von Alexander II. Er schrieb zunächst illegale Verse sozialen und politischen Inhalts, in denen er für liberale und fortschrittliche Ideen eintrat. Manche von ihnen wurden viel gelesen und gingen von Hand zu Hand. Doch besaß Lawrow selbst einen zu guten Geschmack, um nicht bald einzusehen, daß seine Werke wenig Wert hatten; so lenkte er denn seine schöpferische Fähigkeit in eine neue Richtung. Die Wissenschaft zog ihn mächtig an, namentlich die Philosophie, die er gründlich kannte, obgleich sein Spezialfach Mathematik war; auch die Naturwissenschaften, Geschichte und Pädagogik reizten ihn.

In den Jahren 1858 und 1859 veröffentlichte er zwei Arbeiten: „Die Hegelsche Philosophie“ und „Hegels praktische Philosophie“. Das größere Publikum lernte seinen Namen kennen, die russischen Spezialisten wandten ihm ihre Aufmerksamkeit zu, der Weg in die wissenschaftliche Literatur lag jetzt geebnet vor ihm. Schon 1860 erschien sein „Grundriß der praktischen Philosophie“. Ich zähle hier nicht alle wissenschaftlichen Arbeiten Lawrows auf, sondern begnüge mich mit einem Hinweis auf die wichtigsten.

Zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn nahm er eine mittlere Stellung zwischen dem Liberalismus und dem damaligen Sozialismus ein. Unter dem Einfluß der Ereignisse und infolge eines immer tieferen Eindringens in soziale Fragen, wandte er sich immer mehr nach links. Ich habe schon einmal bemerkt, daß Lawrow Beziehungen zu Tschernischewski und zu „Land und Freiheit“ hatte, doch wurden sie durch seine Verhaftung unterbrochen.

Nach Karakosows Attentat wurde Lawrow als verdächtig verhaftet, die Untersuchung ergab allerdings keinerlei Spuren seiner revolutionären Tätigkeit, doch wurde er vor ein Kriegsgericht

gestellt. Man hielt ihm verschiedene seiner Gedichte vor, in denen das Gericht einen Mangel an Ehrfurcht vor Nikolaus I. und Mitgefühl mit staatsgefährlichen Personen, wie Tschernischewski und anderen, erblickte, und erklärte ihn für schuldig. Er wurde zu Gefängnis verurteilt, die Strafe wurde jedoch durch den Auditor Filosofow verschärft und von Kaiser Alexander II. bestätigt. Lawrow wurde seines Oberstenrangs verlustig erklärt und in eines der Gouvernements im Innern Rußlands verbannt. Als ein solches wurde aus unbekannten Gründen das Gouvernement Wologda erklärt, wohin er 1867 verschickt wurde. Lawrow hörte auch jetzt nicht auf zu arbeiten, er schrieb damals „Die Zivilisation und die wilden Stämme“, „Die gegenwärtige Moralwissenschaft“ und die „Historischen Briefe“, die einen großen Erfolg erzielten.

Das politische Leben reizte ihn immer mehr, so daß er aus der Verbannung zu fliehen beschloß; durch Dritte verständigte er sich mit Herzen, der ihm riet, ins Ausland zu kommen. Hermann Lopatin, der spätere bekannte Revolutionär, kam zu Lawrow und vermittelte seine Flucht. Im März 1870 war Lawrow bereits in Paris, Herzen war kurz vorher gestorben.

Vor Lawrow eröffnete sich jetzt die ganze wissenschaftliche Welt und ebenso die soziale und politische. Jetzt erhielten seine Gedanken ihre endgültige Fassung und sein Wissen vertiefte sich. Er trat bald in nähere Beziehungen zu Verlaine, einem der hervorragendsten damaligen sozialistischen Führer. Verlaine war selbst Proletarier und führte ihn in eine Sektion der „Internationalen“ ein. Nachdem er das soziale und politische Leben Westeuropas, namentlich das französische beobachtet und Marx’ Lehren kennen gelernt hatte, wurde Lawrow ein entschiedener Sozialist und Revolutionär und blieb es sein Leben lang. Während des Deutsch-Französischen Krieges und der Kommune beobachtete er die großen Erschütterungen, die Frankreich durchmachte, aus der nächsten Nähe. Als er die schwierige Lage erkannte, in der sich das revolutionäre Paris befand, beschloß er, sich durch das Regierungsheer zu schleichen und nach London zu begeben, den Generalrat der „Internationalen“ zu benachrichtigen und Hilfe für die Kommune zu erlangen. Hilfe konnte die „Internationale“

freilich nicht senden, der Generalrat besaß keinerlei Mittel. Er konnte eine Massenbewegung der Arbeiter Westeuropas lenken, konnte sie vereinigen und der Bewegung die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus einimpfen; aber er war auf keinerlei revolutionäre Aktion als unmittelbaren Angriff auf die Regierung vorbereitet, ob es sich nun um eine Massenbewegung oder eine Verschwörung handelte. Das Ziel der „Internationalen", das der Generalrat verfolgte, bestand in ganz anderen Dingen; übrigens standen die Angelegenheiten damals, d. h. 1871, schon recht schlecht. Die „Internationale" war durch innere Zwistigkeiten zerrissen und stieß in ihrer Entwicklung auf immer mehr Hindernisse von seiten der Regierungen. Der Generalrat vermochte nicht einmal eine Kundgebung in London zustande zu bringen, um der Kommune sein Mitgefühl auszudrücken.

Nach der Unterdrückung der Kommune durch die Versailler Truppen lebte Lawrow eine Zeitlang in verschiedenen Städten: 1873 ließ er sich in Zürich nieder, 1874 kam er nach London, 1877 kehrte er endlich nach Paris zurück, wo er den Rest seines Lebens verbrachte, ohne auch nur seine Wohnung zu wechseln [1]). Von seinem Anteil an der russischen Bewegung und seinen taktischen Anschauungen soll noch die Rede sein: hier möchte ich eine Charakteristik seiner philosophischen, ethischen und sozialen Ideen gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre geben. Da uns Lawrow hier weniger als Philosoph, Ethiker und Soziologe, denn als Führer einer bestimmten sozialen Bewegung interessiert, werden wir uns selbstverständlich am längsten bei jenen seiner Theorien aufhalten, die eine große Bedeutung für die radikalen Kreise der russischen Gesellschaft erlangten.

Lawrows philosophische Theorien enthalten verschiedene Elemente, die er bereits vorhandenen philosophischen Systemen entnahm; er bemühte sich jedoch, sie zu einem harmonischen Ganzen zu gestalten.

Nach Feuerbachs Muster stellte er den fühlenden, denken-

---

1) Die Einzelheiten aus Lawrons Leben entnehme ich in erster Reihe einem Aufsatz Rusanows, der ihm nahe stand. Der Aufsatz ist in „Biloje", Jahrgang 1907, Nr. 2 erschienen.

den und handelnden Menschen in den Mittelpunkt seines Systems. Stärker jedoch als der deutsche Denker betonte er die aktive Rolle der bewußt handelnden menschlichen Persönlichkeit. In Kants Spuren wandelnd, mit dem er aber nicht völlig übereinstimmte, namentlich nicht im Gebiet der „praktischen Philosophie", suchte er die Bedingungen unserer Erkenntnis kritisch zu untersuchen. Unter Comtes Einfluß endlich war ihm die Erfahrungswissenschaft die Grundlage jeglicher Philosophie; als Untersuchungsobjekt galten ihm nur die Erscheinungen. Lawrow verwarf alle metaphysischen Konzeptionen, die das Ding an sich, das wirkliche Sein ergründen wollen. Er erkannte nur die Forderungen des realen irdischen Seins an und sprach sich gegen alle Begriffe aus, die über die Welt der Erscheinungen hinausgreifen wollen.

Ganz allgemein kann man den Satz aufstellen, Lawrow sei Positivist gewesen, da er von vornherein mit der Begrenztheit unserer Erkenntnis rechnete; in den einzelnen Wissenschaften schied er scharf Hypothesen und genau bewiesene Gesetze; mit Comte war er der Ansicht, jede Wissenschaft, die sich in der systematischen Rangordnung an einer späteren Stelle befinde, behandle Erscheinungen eines neuen Typus, die sich nicht von jenen ableiten lassen, die in der vorhergehenden Wissenschaft untersucht werden, d. h. er nahm grundsätzlich Comtes Klassifikation der Wissenschaften an, fügte aber eigene Ergänzungen und Interpretationen hinzu.

In seiner Arbeit „Die Aufgaben des Positivismus und ihre Lösung" [1]) macht Lawrow die richtige Bemerkung, der Positivismus und Comtismus deckten sich nicht, ja der erstere sei weniger als irgendein anderes philosophisches System mit dem Namen seines Begründers verknüpft. Er war der Ansicht, der Positivismus bedürfe notwendig wichtiger Ergänzungen, besitze jedoch ein entschiedenes Übergewicht über alle übrigen philosophischen Systeme, den Materialismus, den Idealismus, den Supranaturalismus und den Skeptizismus. Der Positivismus, meinte Lawrow, könne sich in eine neue Philosophie umwandeln, die,

1) S. 10 des genannten Werkchens (in russischer Sprache).

obwohl nicht eigentlich positivistisch im heutigen Sinne, doch alle Anforderungen der Positivisten befriedigen könne, während die anderen zeitgenössischen Systeme als einzelne Faktoren in diese neue Zukunftsphilosophie eingehen könnten: die Anhänger dieser Systeme würden von einigen ihrer Glaubenssätze abstehen müssen, während die Anhänger des Positivismus alle ihre grundsätzlichen Anschauungen würden behalten können. Nur eine Philosophie, die den Anforderungen des Positivismus völlig und zwar besser entsprechen würde, als dies die Theorien von Comte, Mill und Littré vermögen, könnte auf einen künftigen Sieg rechnen, aber eine solche Philosophie, sagt Lawrow, würde aufhören Positivismus zu sein, da eine der charakteristischen Eigentümlichkeiten des Positivismus gerade darin besteht, daß er die Möglichkeit eines vollständigen philosophischen Systems leugnet [1]).

Der zeitgenössische Positivismus war für Lawrow nur eine Grundlage der Philosophie, noch nicht die Philosophie selbst; dies System wies ihm lediglich die Methode, deren man sich bedienen müsse, es zeigte ihm den genetischen Zusammenhang zwischen den einzelnen Wissenschaften, ihre Eigenschaften usw.

Der russische Denker begnügte sich nicht damit, dem Positivismus allgemein Mängel vorzuwerfen, er ging weiter und versuchte die seiner Ansicht nach schwächste Seite dieses Systems aufzudecken. Da Lawrow, wie schon oben bemerkt, den fühlenden, denkenden und handelnden Menschen zum Ausgangspunkt nimmt, so schätzt er die philosophischen Systeme nicht nur nach ihrem Erkenntniswert, sondern auch nach ihrem praktischen Wert, d. h. auch danach, ob sie dem handelnden Menschen Richtschnur sein können, ob sie ihm ein Kriterium für die Wichtigkeit seiner verschiedenen Ziele geben. Von diesem Gesichtspunkt aus befriedigte ihn der Positivismus nicht völlig.

Wo soll man im Positivismus praktische Motive des Handelns suchen [2]), fragt Lawrow, wo zeigt er, was besser, nützlicher, entsprechender ist? Die Soziologie muß solche Fragen beantworten können, sagt Lawrow, aber Comtes System gäbe nur eine

---

1) S. 11 ebenda.

2) S. 40 ebenda.

Klassifikation von Tatsachen und Erscheinungen nach ihrer Entstehung und Abhängigkeit. Strebe doch die Philosophie nach Ansicht der Positivisten nicht danach, das ganze Sein zu umfassen, was unmöglich sei, und überlasse diese Forderung den Metaphysikern; Aufgabe der Philosophie sei vielmehr die Vertiefung der Wissenschaft, die bereits eine Reihe von Fragen gelöst hat, nach verschiedenen Richtungen hin. Die Wissenschaft umfasse allerdings nicht alles, was aber hinter ihr stünde, gehöre auch nicht in das Gebiet der positiven Philosophie. Die Aufgabe, die der Positivismus sich damit gestellt hat, findet Lawrow allzu eng und sowohl in theoretischer als auch praktischer Hinsicht ungenügend. Ist das Streben nach dem Guten, nach Gerechtigkeit und Nützlichkeit eine Tatsache, sagt Lawrow, warum nicht auch die Gesetze suchen, die hier wie in anderen Gebieten herrschen müssen? Warum nicht diese Tatsachen untersuchen, die als unsere Ziele für uns von großer Wichtigkeit sind? Verträgt es sich mit den Grundlagen des Positivismus sie ausschließlich als objektive Erscheinungen zu betrachten, während sie für uns auch eine subjektive Bedeutung haben?

Der Positivismus müsse eine Theorie der praktischen Motive aufbauen, die aus subjektiven Anregungen entstehen.

Vom praktischen Standpunkt aus sei jene Lebensphilosophie die wichtigste, die nicht nur die einen oder anderen sozialen Erscheinungen und die Art, wie sie sich abspielen, beschreibt, sondern auch ein Ziel aufdeckt, das der Mensch anzustreben verpflichtet ist, Ideen, nach denen er sein Leben einrichten muß.

Comte selber habe begriffen, sagt Lawrow, daß die Lebensfragen nicht aus dem Denken ausgeschieden werden können und daß der Positivismus sie umfassen müsse. Daraus sei jene subjektive Methode entstanden, die Comte in seiner bekannten „Positiven Politik" predigt und gegen die sich soviel Widerspruch erhoben hat. Aber Comte habe mit vollem Recht nach der subjektiven Methode gegriffen; nicht der Gedanke, sondern seine Anwendung sei fehlerhaft gewesen. Er habe in seine positive Politik viele Elemente seiner eigenen Stimmung hineingebracht. Er habe zwar energisch und grundsätzlich jedwede Theologie und Metaphysik bekämpft, aber er habe sich selbst nicht ge-

nügend die Überzeugung eingeimpft, daß Kritik das moralische Recht und die Pflicht des Menschen sei; er habe zwar begriffen, daß man in praktischen Fragen die subjektive Methode anwenden müsse, aber er wäre selbst insofern nicht konsequent gewesen, als er die Lösung nicht im Gebiete der subjektiven Ideale des Menschen gesucht hätte, sondern in einigen objektiven Idealen; endlich habe er ein so wenig hohes Ideal besessen, daß er die praktischen Forderungen seiner Zeit nicht begriffen habe.

Lawrow wundert sich auch über Comtes Versuch, eine neue Religion zu gründen, und wirft die Frage auf, ob und bis zu welchem Grade die elementaren Forderungen der Religion, ja jedes Kultus überhaupt den Grundsätzen des Positivismus widersprechen. Es handle sich nicht um den Standpunkt des einen oder anderen Systems theologischer Behauptungen, welche die Erscheinungswelt erklären wollen, sondern darum, ob es richtig und ratsam erscheine, sich schrankenlos einer Idee hinzugeben, die für immer oder auch nur für eine bestimmte Zeit jegliche Kritik ausschließt.

Auf diese Frage antwortet Lawrow folgendermaßen:

Solange der menschliche Geist praktische Ideale aufstellt, so lange ist auch Kritik notwendig, da sie ohne diese schädlich sein können; handelt es sich jedoch um die Umsetzung der Ideale in Taten, gilt es, sie in die Formen des sozialen Lebens einzuführen und muß man die ganze Tatkraft des Geistes auf diese Aufgabe verwenden, dann kann das Verstummen der Kritik eine Zeitlang nützlich sein. Ohne religiöses Gefühl für das praktische Ideal ist seine rasche und energische Durchführung unmöglich. Lawrow gibt jedoch zu, daß es unmöglich sei, objektiv den Augenblick zu bestimmen, in welchem die Kritik aufhören oder von neuem einsetzen solle, ein Umstand, aus dem allerdings verhängnisvolle Fehler entstehen können. Diese Einschränkung deckt denn auch die schwache Seite seiner Theorie auf.

Nach Lawrow ist der Kultus die Zusammenfassung jener Handlungen, die die Gedanken des Menschen auf die höheren Grundsätze seiner Tätigkeit konzentrieren und ihn von den kleinlichen Sorgen abziehen, die ihm den Zweck und den Sinn seines Lebens leicht verdunkeln. Wird der Kultus von den Lebensfragen los-

gelöst, so wird das Leben selbst zwiespältig, denn der Kultus schafft die Notwendigkeit, den höheren Ursprung des Lebens hinter diesen Fragen zu suchen; beschäftigt sich das höhere Gedankenleben aber nicht mehr mit dem Leben, so verliert dieses selbst seine idealen Elemente, es fehlt ihm etwas. Das könnte auch dann der Fall sein, sagt Lawrow, wenn jeder Gewohnheitskultus aufhören sollte.

Indem Lawrow das Verhältnis zwischen Positivismus und Kultus in seiner wahrhaftigsten Form von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, kommt er zu dem Schluß, es würde, in dem Augenblicke, wo der Positivismus moralische Ideen enthält und ihre Verwirklichung anstrebt, auch nicht im Widerspruch zu dieser Lehre stehen, bestimmte Tage zu feiern, an denen die grundsätzlichen Forderungen des Positivismus gepredigt und diese Forderungen noch durch künstlerische Mittel unterstützt würden. Dem gleichen Zwecke könnte ein entsprechender Kalender dienen (§ 58 der zitierten Arbeit), der an gewisse Geschehnisse und Ereignisse aus dem Leben der Vertreter des Positivismus anknüpfen würde. Aus einem Absatz auf S. 32 des angeführten Buches geht hervor, daß Lawrow damals der Ansicht war, der Positivismus leugne nicht die Realität Gottes und der Seele (wahrscheinlich in der Bedeutung einer Sonderexistenz von Körper und Seele, Anm. des Verf.) und könne wissenschaftlich diese Realität weder bestätigen, noch verwerfen. Als Lawrow sich für die Nützlichkeit des Kultus und der Religion in der obigen Bedeutung aussprach, dachte er sicherlich nicht an einen religiösen Kultus von übersinnlichem Charakter, sondern an einen humanitären idealen Kultus, der die Menschheit und die Erde zum Gegenstande haben sollte. In späteren Zeiten bekämpfte er gerade im Namen der Wissenschaft jeden religiösen Glauben, selbst den deistischen.

Der objektiven Methode in der Soziologie stellt Lawrow die subjektive gegenüber, die er eingehend begründet. Diese Lehre wurde von einer ganzen Generation russischer Revolutionäre angenommen, und eine nicht geringfügige Gruppe bekennt sich sogar noch heute zu ihr. Ich werde diesen Punkt daher ausführlich behandeln müssen; doch wenden wir uns zunächst noch den rein philosophischen Ansichten dieses Denkers zu.

Daraus, daß die menschliche Persönlichkeit real ist und sich als solche begreift, folgt nach Lawrow, daß sie auch alle übrigen, die ebenso real sind wie sie selbst, aus den gleichen Gründen, die sie von ihrer eigenen Realität überzeugt haben, als solche auffaßt. Der Mensch ist real, solange er empfindet, und er wird sich seiner Realität durch die Möglichkeit bewußt, wirklich und realiter zu berühren, was ihm gehört; alles außer ihm ist nur so weit real, soweit er es empfindet und soweit es sich durch ihn oder unabhängig von ihm bewegt. Die Empfindung ist für den Menschen die Erkenntnisquelle der realen Welt, die Bewegung sein einfachster Begriff von dem objektiven realen Prozeß. Deshalb ist auch die einzig verständliche Philosophie der wirklichen Welt die Vorstellung alles Seienden als Resultat der Bewegung in ihren verschiedenen Wandlungen (S. 63). Vom anthropologischen Gesichtspunkt aus beruht die Naturphilosophie auf einer Vorstellung der Welt als mechanischem System, sie klassifiziert die objektiven Erscheinungen in der Welt in bezug auf ihre Zusammensetzung, indem sie mit der Bewegung beginnt und mit den sozialen Erscheinungen schließt.

Die objektive Wissenschaft beweist dem Menschen, daß der allerrealste Prozeß in ihm das Leben selbst ist. Er wird sich ebenso des Lebens einmal dadurch bewußt, daß seine Persönlichkeit sich entwickelt, und ebenso dadurch, daß diese Entwicklung aufhört. Das erste bereitet ihm Genuß, das zweite Schmerz (S. 66). Der Mensch nimmt fortwährend verschiedene Eindrücke auf. In seinem Bewußtsein treten neben den Eindrücken Gefühle, Vorstellungen und Begriffe auf, die sich in zwei diametral entgegengesetzte Kategorien sondern: in das Angenehme und Peinliche, das Nützliche und Schädliche, das Richtige und Falsche, das Pflichtgemäße und Verbrecherische. Zwischen diesen Extremen liegt das, was gefühlsmäßig für den Menschen gleichgültig ist.

Als lebende und handelnde Persönlichkeit bedarf der Mensch im Wirbel der ihn umgebenden Erscheinungen einer gewissen Richtschnur, die ihm bei der Klassifizierung der Tatsachen hilft und ihn belehrt, welche Stellung er den verschiedenen Gruppen von Tatsachen gegenüber einnehmen soll. Und hier eben steigt

die Frage auf, was als Ausgangspunkt für eine solche Klassifikation dienen kann.

Eine Klassifikation der Ereignisse und Taten auf Grund der durch sie erzeugten Genüsse ist nach Lawrow nicht die richtige, da uns die Lebenserfahrung lehrt, daß das, was uns im Augenblick Genuß verschafft, für unsere gesamte Entwicklung mitunter auch schädlich sein kann. Eine Klassifikation auf Grund des persönlichen Vorteils ist ungenügend, da dieser die Entwicklung des menschlichen Individuums nicht völlig bedingt, der Mensch entwickelt sich vielmehr unter dem Einfluß der Gesellschaft: was für den einen schädlich ist, kann für den anderen vorteilhaft sein, das soziale Sein und mit ihm die persönliche Entwicklung des einzelnen Individuums kann so untergraben werden. Damit das, was für den einzelnen genußreich und vorteilhaft ist, seine Entwicklung allseitig und völlig fördere, muß es der Wahrheit unterstehen und den allgemeinen Nutzen berücksichtigen; mit anderen Worten, es muß vor dem Kriterium der moralischen Pflicht bestehen. Es ist die Aufgabe des bewußten Menschen, die Entwicklung der moralischen Würde des menschlichen Individuums und sein natürliches Bestreben nach Genuß zu untersuchen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Wissenschaft notwendig, die sich wieder nicht ohne eine genaue Abgrenzung ihres eigenen Gebiets von dem nichtwissenschaftlichen entwickeln kann. Von gleicher Notwendigkeit für die Entwicklung der Wissenschaft ist das nichtunterbundene kritische Denken.

Das kritische Denken, das die Entwicklung des einzelnen lenkt, stößt im menschlichen Bewußtsein fortwährend auf die Forderungen des moralischen Gefühls, hinter denen die subjektiv beobachtete Tatsache von der willkürlichen Wahl beim Übergang vom Gedanken zur Tat steht.

Der reale Mensch kann die von ihm empfundene Welt nur in der Form der Bewegung begreifen, ebenso wie er seine künftige Handlung nur in der Form einer bewußt und willkürlich vollzogenen Bewegung begreifen kann. Daher ist für ihn auch die willkürliche Wahl seiner Handlungen die Quelle seiner Tätigkeit. Das hindert ihn jedoch nicht, in theoretischer Hinsicht

seine Tätigkeit mit einer allgemein mechanischen Weltanschauung zu vereinigen. In bezug auf die menschlichen Handlungen aber bleibt diese mechanische Weltanschauung eine metaphysische Konzeption ohne wissenschaftliche Bedeutung.

In wissenschaftlicher Hinsicht ist der Aufbau einer praktischen Philosophie, die darauf beruht, daß sie die willkürliche Wahl der menschlichen Handlungen anerkennt, ebenso notwendig wie der Begriff, daß die Welt eine Reihe von mechanischen Prozessen ist (S. 70 der angeführten Arbeit).

Für unser Bewußtsein existiert einzig das Gefühl, daß wir uns unsere Ziele willkürlich setzen und unsere Motive frei wählen können. Die positive Philosophie muß mit dieser Tatsache, die der allgemeinen Beobachtung zugänglich ist, rechnen und sie so nehmen, wie sie sich unserer subjektiven Beobachtung darbietet, ohne zu metaphysischen Erklärungen zu greifen.

Lawrows Anschauungen von den sozialen und politischen Erscheinungen, in denen er den Determinismus ausschaltet und sich in das Gebiet der Metaphysik begibt, entbehren sichtlich der Begründung, da unsere innere Überzeugung von der völligen Willkür unserer Handlungen noch kein genügender Beweis für diese ist, ebensowenig wie die einzelnen Sinneswahrnehmungen, wenn sie nicht einander gegenübergestellt und keiner kritischen Analyse unterzogen werden, beweisen, daß die materiellen Erscheinungen wirklich die Eigenschaften besitzen, die unsere Eindrüekc uns anzeigen. Wenn wir in der Tat auch nicht imstande sind, jede Handlung als das notwendige Ergebnis einer Reihe von Ursachen hinzustellen, da wir niemals die Reihe vollständig erfassen können, so werden wir doch das eigene Vorgehen und die bestehenden sozialen Verhältnisse um so besser begreifen und um so besser in allgemeinen Zügen voraussehen können, als wir uns selbst und die zeitgenössischen sozialen Erscheinungen kennen und uns in unsere eigene und in die Vergangenheit der Gesellschaft vertiefen.

Übrigens können wir auch im Reich der physischen Erscheinungen nicht alle Glieder der Ursachenkette, die sich im Unendlichen verliert, erfassen. Aber selbst wenn wir eine bestimmte Kraft empfinden, uns imstande glauben, die Situation

zu beherrschen und unsere Handlungsweise frei zu bestimmen, ein psychologischer Zustand, der aus dem vorhergehenden folgt, so ist auch dieser psychische Tatsachenkomplex durch bestimmte Ursachen bedingt.

Lawrow selbst hat das Verhältnis des Menschen zu den ihn umgebenden Erscheinungen später anders formuliert. Er hat mit Recht später den Satz aufgestellt, daß der mit Bewußtsein ausgestattete Mensch, da er selbst das Ergebnis gewisser kosmischer biologischer Erscheinungen ist, später selbst die Ursache anderer Erscheinungen wird. Auf diese Weise bildet er selber ein notwendiges Glied in der Ursachenkette der Erscheinungen. Er gab auch zu, daß unsere Ideale die Folge einer Reihe von Ursachen sind, daß wir uns mit Notwendigkeit die einen oder anderen bilden und für ihre Verwirklichung arbeiten.

Bei der Darstellung der Anschauungen dieses Denkers über die subjektive Methode benutze ich neben dem bereits angeführten Aufsatz auch noch andere seiner Arbeiten, namentlich die „Historischen Briefe“.

Die subjektive Methode kann dann wissenschaftlich angewendet werden, wenn aus einer beträchtlichen Anzahl von Beobachtern, die kritisch entwickelt sind und die Fähigkeit der Beobachtung besitzen, jeder einzelne analoge Tatsachen verzeichnen. Die Visionen des bekannten schwedischen Mystikers Swedenborg könnten nicht die Grundlage einer wissenschaftlich angewandten subjektiven Methode sein, da sie ihm allein zugänglich waren. Das gleiche gilt für einen Verkehr mit der Geisterwelt. Dagegen sind die Wärme, das Licht, die Elektrizität, der Klang subjektive Erscheinungen. Die Untersuchungsmethode der Wärme wurde erst dann objektiv, als man mit Hilfe des Thermometers und anderer Erfindungen die Wärme auf objektive Erscheinungen: Ausdehnung, Gewicht, Bewegung usw. zurückführen konnte.

Lawrow will also bei sozialen Erscheinungen in erster Reihe das Verhältnis der äußeren Tatsachen zum Menschen untersucht sehen, mit anderen Worten, er verlangt eine Untersuchung, wie sich die Formen der sozialen Ordnung, die bestehenden Sitten und die Ereignisse überhaupt im Menschen spiegeln: ob sie ihm Genuß oder Leiden bringen, ihm nützlich oder schädlich sind,

zu seiner allseitigen Entwicklung beitragen, oder sie im Gegenteil hemmen. Gerade hierin tritt seiner Ansicht nach die Notwendigkeit der subjektiven Methode hervor, da sie allein uns ein entsprechendes Kriterium zu geben vermag.

Lawrow begründet nun eingehend die subjektive Methode, die er aus folgenden Gründen als notwendig erachtet. Erstens fordere schon allein die Tatsache, daß die Anzahl der sozialen Erscheinungen ungeheuer groß, ja unbegrenzt ist, von dem Forscher eine gewisse Auswahl, da er unmöglich alle untersuchen, beschreiben usw. kann. Wer die Sozialwissenschaften erforscht, muß also ein Kriterium haben, das ihn belehrt, auf welche Erscheinungen er seine Aufmerksamkeit lenken muß und an welchen er vorüber gehen darf. Ein solches Kriterium vermag nach Lawrow die objektive Methode nicht zu geben. In den Naturwissenschaften haben wir seiner Ansicht nach die Möglichkeit, durch die objektive Methode zu erkennen, welche Erscheinungen von größerer Bedeutung sind, als andere, da sie sich wiederholen, in der Geschichte sei dagegen die objektive Methode machtlos, da diese Wissenschaft es mit einmaligen Tatsachen zu tun hat, die mit individuellen Eigenschaften ausgestattet sind; man müsse also notwendig auf diesem Gebiet zur subjektiven Methode greifen, da sich nur mit ihrer Hilfe die wichtigeren Tatsachen von den weniger wichtigen unterscheiden lassen.

Lawrow sondert scharf die Geschichte von der Soziologie. Die erste beschäftigt sich nach ihm mit der Entwicklung konkreter Völker, sie hat also mit konkreten Tatsachen zu tun, d. h. mit dem ganzen Reichtum ihrer individuellen, sich nie wiederholenden Eigenschaften; die Soziologie hingegen ist die Wissenschaft von der sozialen Solidarität, von den Bedingungen ihres Wachstums und Verfalls, sie beschäftigt sich also in erster Reihe mit den Formen der sozialen Organisation. Schon aus dieser Unterscheidung würde folgen, daß das erste Argument zugunsten der subjektiven Methode in bezug auf die Sozialwissenschaften für die Soziologie bedeutungslos ist, da sich diese nach Lawrow, wie er selbst erklärt, ebenso wie die Naturwissenschaften und im Gegensatz zur Geschichte mit sich wiederholenden Erscheinungen beschäftigt. In den „Historischen Briefen“ II. Teil (Genfer Aus-

gabe von 1901, S. 17 und 18) sagt Lawrow: In der Gruppe der Erscheinungen, die den Nordamerikanischen Bürgerkrieg bilden, wird der Soziologe eine Reihe von Beispielen finden, die Belege für die allgemeinen Gesetze verschiedener Gebiete des sozialen Lebens bilden, der Historiker hingegen wird auf einzelne, nur einmal beobachtete Erscheinungen stoßen, die sich mit dem ganzen Reichtum ihrer Einzelheiten niemals wiederholen können. Lawrow hat jedoch nirgends deutlich alle Folgerungen gezogen, die sich aus der obigen Unterscheidung zwischen Geschichte und Soziologie in bezug auf die subjektive Methode ergeben.

Die subjektive Methode ist ferner nach Lawrow bei der Beurteilung der als normal oder pathologisch geltenden Tatsachen unumgänglich, da wir für eine derartige Unterscheidung keinerlei objektives Kriterium besitzen.

Drittens sei die subjektive Methode zur Lösung von Fragen notwendig, die sich mit den möglichen Änderungen im Ablauf historischer Prozesse beschäftigen, wenn einige Glieder in ihnen geändert worden wären. So z. B., ob die politische Entwicklung Griechenlands notwendig zur Herrschaft Makedoniens oder Roms über die griechischen Staaten führen mußte? Ob in der griechischen Philosophie die Systeme von Plato und Aristoteles notwendig das Übergewicht erhalten und die Philosophie eines Demokrit und Epikur in den Schatten stellen mußten? Nach Lawrow sind derartige Untersuchungen nichts weniger als unfruchtbar, ja sie sind sogar sowohl theoretisch als auch praktisch von Bedeutung, da sie uns das Verständnis bestimmter historischer Prozesse erleichtern und wir aus ihnen Schlüsse ziehen können, die unsere gegenwärtige und künftige Tätigkeit betreffen. Wenn ich auch die Wichtigkeit derartiger Hypothesen zugebe, so bin ich doch der Ansicht, daß sich solche Resultate nur mit Hilfe der objektiven Methode erreichen lassen, die in der Gegenüberstellung analoger Tatsachen besteht.

Wir haben bereits gesehen, daß selbst von Lawrows Standpunkt aus, sofern man nur folgerichtig ist, das erste der obigen Argumente zugunsten der subjektiven Methode nicht auf die Soziologie angewendet werden kann, da man in ihr, wie in den

Naturwissenschaften, mit Leichtigkeit die prinzipiellen Erscheinungen von den untergeordneten unterscheiden kann.

Es würde sich also nur um die Geschichte handeln, in der die individuellen Tatsachen in ihrer ganzen Ausdehnung auftreten. Meiner Ansicht nach ist jedoch auch hier die objektive und nicht die subjektive Methode die einzig angebrachte. Muß man doch den Einfluß des sozialen Lebens auf verschiedenen Gebieten systematisch untersuchen, um die Wichtigkeit einzelner bestimmter Erscheinungen richtig einzuschätzen; wobei es für den Geschichtschreiber in erster Reihe eben darauf ankommt, derartige Einflüsse konkret nachweisen zu können, statt sie mit den einen oder anderen Beiworten zu versehen. Wendet z. B. ein Geschichtschreiber des Konsulats und Kaisertums Napoleon I. seine Aufmerksamkeit zu und betrachtet er ihn als konkrete Persönlichkeit, die als solche eine individuelle Erscheinung ist, so wird seine wichtigste Aufgabe einerseits in der Beschreibung der sozialen Bedingungen bestehen, die den Hintergrund von Bonapartes Tätigkeit bildeten, und anderseits darin, den Einfluß nachzuweisen, den Bonaparte wieder auf verschiedenen Gebieten des sozialen und staatlichen Lebens ausübte. Eine solche Aufgabe kann unter Zuhilfenahme der objektiven Methode erfüllt werden. Lawrow dagegen ist der Ansicht, man müsse sich der subjektiven Methode bedienen, um historische Erscheinungen, bestimmte Ideale und Motive des Handelns zu verstehen und zu beschreiben, da der Ausgangspunkt für die Beweisführung stets im eigenen Wollen, Fühlen und Denken liegen müsse. Dieser Satz ist nur insofern richtig, als unsere psychische Organisation tatsächlich unserer Erkenntnis im allgemeinen, also auch unserer Erkenntnis auf dem Gebiete der sozialen Erscheinungen ihr Siegel aufdrückt. Sollen wir aber zu wissenschaftlichen Ergebnissen kommen, so dürfen wir nicht anderen unsere individuellen psychischen Eigenschaften unterschieben, sondern müssen uns unter Zuhilfenahme weiterer Daten einen Begriff davon machen, wie andere Menschen unter bestimmten Umständen und in bestimmten historischen Zeiten gefühlt und gedacht haben. Eine derartige Untersuchung kann jedoch einzig dann erfolgreich sein, wenn man sich eben der objektiven Methode bedient.

Man muß allerdings zugeben, daß bei jeder Untersuchung sozialer Erscheinungen und ebenso bei der Erörterung philosophischer Fragen, der individuelle Subjektivismus des Forschers notwendig mehr oder weniger hervortreten muß; aber diese Tatsache ist eben ein notwendiges Übel, das sich nicht völlig vermeiden läßt. Keinesfalls aber dürfte ein Mann der Wissenschaft seinen Subjektivismus zur Würde einer Untersuchungsmethode sozialer Erscheinungen erheben.

Die wichtigste Aufgabe des Geschichtschreibers ist die Darstellung der konkreten Ereignisse in ihrem ursächlichen Zusammenhange und der Nachweis ihrer Folgen in den verschiedenen Gebieten der konkreten Verhältnisse; die Aufgabe des Soziologen ist es, typische soziale Gruppen und typische Beziehungen zwischen ihnen zu erforschen, d. h. er muß in den sozialen Erscheinungen, die sich gesetzmäßig wiederholen, Beziehungen aufdecken. Es ist also klar, daß Soziologie wie Geschichte den Einfluß bestimmter typischer oder individueller Erscheinungen auf typische soziale Gruppen und konkrete Personen berücksichtigen müssen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß sich dieser Einfluß objektiv untersuchen läßt, nur die Bewertung dieses Einflusses ist subjektiv. Die moralische Bewertung sozialer Erscheinungen kann jedoch niemals die wichtigste Aufgabe der Soziologie oder Geschichte sein.

Ebensowenig besteht die Aufgabe des Geschichtschreibers und des Soziologen darin, oder könnte je darin bestehen, soziale, politische und moralische Ideale zu schaffen. Diese Forscher geben nur jenen, die diese Ideale bilden, bestimmte Weisungen an die Hand, sie liefern ihnen Material. Ist der eine oder andere Geschichtschreiber oder Soziologe gleichzeitig der Schöpfer sozialer Ideale, so folgt das durchaus nicht aus seiner wissenschaftlichen speziellen Tätigkeit.

Ideale und die Bewertung der Tatsachen können subjektiv sein und sind es auch, da sie von den in den sozialen Verhältnissen der Vergangenheit und Gegenwart wurzelnden Interessen, Gewohnheiten und Neigungen ganzer Gruppen und einzelner Personen abhängen (ich berühre hier nicht die Frage, worauf sich

diese Verhältnisse ihrerseits bei einer weitergehenden Analyse zurückführen lassen). Dessenungeachtet aber sind diese subjektiven Ideale eng mit objektiven Tendenzen der sozialen Entwicklung verknüpft und verhalten sich ihnen gegenüber auf die eine oder andere Weise.

In seinen Idealen kann der Politiker subjektiv sein und er ist es auch; aber er muß damit rechnen, daß seine Ideale sich nur dann verwirklichen lassen, wenn sie nicht den Entwicklungstendenzen widerstreiten. Ein genaues und eingehendes Erfassen der Tendenz der sozialen Entwicklung ist naturgemäß nicht leicht, in dieser Hinsicht müssen und können Fehler begangen werden, der oben ausgesprochene Satz ist aber aus diesem Grunde nicht weniger richtig. Wenn ich behaupte, daß nur solche politische Ideale verwirklicht werden können, die den Tendenzen der sozialen Entwicklung entsprechen, so denke ich an eine verhältnismäßig andauernde Verwirklichung. Es kann jedoch auch vorkommen, und es ist tatsächlich mitunter der Fall, daß infolge günstiger und unvorhergesehener Umstände Wünsche von Gruppen oder auch einzelnen Personen verwirklicht werden, die mit den sozialen Tendenzen im Widerspruch zu stehen scheinen. Derartige vorübergehende Erscheinungen sind allerdings für die betreffenden Gruppen oder einzelnen Individuen kurze Zeit hindurch von Bedeutung, doch fehlt ihnen die größere historische Tragweite.

Der Subjektivismus, allgemein menschlich, gattungsmäßig begriffen, hat nicht nur in den Sozialwissenschaften, sondern auch in den übrigen Wissenschaften seine Daseinsberechtigung, da wir alles nur durch das Prisma unserer psychischen Organisation erkennen; individuell und einzeln aufgefaßt ist er dagegen in keinem Wissensgebiet am Platze. In seiner Begründung der subjektiven Methode nimmt Lawrow nicht immer einen genau umschriebenen Standpunkt ein. Manchmal scheint er von einem gattungsmäßigen, dann wieder von einen individuellen Subjektivismus zu sprechen.

In den „Historischen Briefen" bespricht Lawrow eingangs die Bedeutung der Naturwissenschaften und der Geschichte für den Menschen, wobei er die unter Naturforschern verbreiteten Anschauungen über die Geschichte kritisiert, die dahin gehen, der

Geschichte jeden wissenschaftlichen Wert und ebenso jede Bedeutung für die Menschheit abzusprechen. Der russische Denker macht diesen Ansichten gegenüber mit Recht geltend, die Ziele, die die Menschen sich stecken, und ihre Bemühungen zu ihrer Verwirklichung seien ebenso notwendige und allgemeine Tatsachen wie die physiologischen Prozesse und könnten wie jene Gegenstand einer Wissenschaft sein. Die Naturwissenschaften seien das Abc des menschlichen Denkens, die unumgängliche Grundlage, sie gäben dem Menschen ein unschätzbares wissenschaftliches Material an die Hand, sie reichten ihm das Schwert zum Kampfe um seine Existenz; aber von noch größerer Bedeutung ist die Geschichte, sagt Lawrow, beschäftigt sie sich doch mit den grundsätzlichen Fragen, die die allseitige Entwicklung der Menschheit betreffen; sie sagt uns, wie die Menschen Leiden umgangen und Genüsse gesucht haben, wie sie sich ihr Leben einrichteten, sich Ideale bildeten, sie verwirklichten usw.

In den drei folgenden Briefen bespricht Lawrow das Problem des Fortschritts, er stellt eine Definition auf, schildert die Anstrengungen, unter denen der Fortschritt erreicht wird, und schließlich die Ergebnisse. Er verwirft jene Begriffe des Fortschritts, die einzig die äußere Seite des sozialen Lebens berücksichtigen, und stellt ihnen einen neuen Begriff gegenüber.

Die physische, geistige und moralische Entwicklung des menschlichen Individuums, die Befolgung von Wahrheit und Gerechtigkeit im sozialen Leben, das ist nach Lawrow die kurze und vollständige Definition des Fortschritts. Der russische Denker stellt weiterhin den Satz auf, aus der Tatsache der ungeheuren bisherigen Verschiedenheit der moralischen Ideale folge durchaus nicht, daß die Menschheit nicht einmal einen sozialen Zustand erreichen könne, in dem eine einheitliche Ethik herrschen wird. Seine Definition des Fortschritts sei nicht das Abbild einer nur individuellen Anschauung, erklärt er, sie entspreche der Überzeugung, die im Bewußtsein aller Denker der letzten Jahrhunderte gewurzelt hat, in unserer Zeit sei sie sogar schon eine abgegriffene Wahrheit geworden, die selbst diejenigen im Munde führen, die nicht nach diesem Satze handeln und etwas ganz anderes wünschen. Er ist auch der Ansicht, die Begriffe,

die in dieser Definition des Fortschritts liegen, könnten von gewissenhaften Menschen nicht verschieden ausgelegt werden, die Definition selbst aber lasse sich trotz ihrer Knappheit noch weiter ausbauen und könne so den Anstoß zu einer vollständigen wissenschaftlichen Theorie geben. In den weiteren Briefen entwickelt sie Lawrow ausführlich.

Die physische Entwicklung des menschlichen Individuums, sagt Lawrow, ist nur dann möglich, wenn es ein bestimmtes Minimum an materiellen Mitteln erreicht hat, d. h. an hygienischen Daseinsbedingungen, bei deren Wegfall der Mensch im allgemeinen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Degeneration unterliegt. Die geistige Entwicklung des menschlichen Individuums ist nur dann von Bestand, wenn der Mensch sich kritische Anschauungen über alles gebildet hat, was ihn umgibt, wenn er die Unwandelbarkeit der Gesetze erkannt hat, welche die Erscheinungen beherrschen, wenn er endlich zu der Überzeugung gekommen ist, die Gerechtigkeit sei in ihren Folgen identisch mit dem Streben nach persönlichem Vorteil. Die moralische Entwicklung des menschlichen Individuums ist nur dann möglich und wahrscheinlich, wenn die soziale Umgebung nicht nur die Entstehung selbständiger Überzeugungen im Menschen gestattet, sondern den Menschen in dieser Richtung auch noch fördert; wenn der Mensch die Möglichkeit hat, seine Überzeugungen zu verteidigen, und dadurch die Überzeugungen der anderen ehrt; wenn er endlich zum Bewußtsein kommt, daß seine Würde in seinen Überzeugungen liegt und daß Achtung vor der Würde der anderen sich selbst achten heißt.

Die Befolgung von Wahrheit und Gerechtigkeit im sozialen Leben muß in erster Reihe den Denkern die Freiheit sichern, das auszusprechen, was sie für den Ausdruck von Wahrheit und Gerechtigkeit halten, sagt Lawrow; sie muß der Allgemeinheit ein Minimum an Ausbildung sichern, so daß sie in den Stand gesetzt wird, den Ausführungen jener zu folgen, sie muß endlich eine soziale Organisation ermöglichen, die sich, wenn dies vom Standpunkt der Gerechtigkeit und des allgemeinen Wohls nötig wird, jederzeit in entsprechender Weise verändern kann.

Nachdem Lawrow diese allgemeinen Bedingungen des Fort-

schritts auseinandergesetzt hat, kommt er zu dem Schlusse, daß sie heute leider nicht vorhanden sind. Immer und überall mußten die Menschen, die für den Fortschritt arbeiten, mit unzähligen Schwierigkeiten kämpfen, immer und überall mußten sie diesem Kampf den größten Teil ihrer Kraft und ihres Lebens opfern. Nur unter ausnehmend günstigen Bedingungen konnte ihre Arbeit sich entwickeln.

Lawrow kommt nun ganz allgemein auf die gegenwärtigen Zustände zu sprechen und zeigt, wo die Bedingungen des Fortschritts noch im Anfangsstadium sind. Aus Zensurrücksichten mußte er sich sehr vorsichtig und sehr abstrakt ausdrücken, ohne die russischen Zustände direkt zu berühren. Lawrow betont an dieser Stelle besonders die Schwierigkeiten, die der Entstehung und Entwicklung kritisch denkender Menschen im Wege stehen; er hebt auch die Wichtigkeit solcher Menschen für die historische Entwicklung der Menschheit hervor. Damit meinte Lawrow jedoch nicht, die kritisch denkenden Individuen seien allein für die Geschichte von Bedeutung, während die Massen unwichtig blieben; im Gegenteil, er begriff und sprach auch deutlich aus, daß eine Veränderung des gegenwärtigen Zustandes unmöglich sei, solange die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden nicht größere Kreise erfasse; er war nur der Ansicht, die Initiative des Fortschritts, der Aufruf zum Kampf unter der Fahne des Fortschritts könne nur von einem kleinen Kreis kritisch denkender Menschen ausgehen.

An geschichtlichen Beispielen zeigt er weiterhin die Unbeständigkeit und geringe Dauer der großen vergangenen Zivilisationen; den Grund hierfür will er in der Tatsache sehen, daß sie Fremdgewächse in Gesellschaften bildeten, deren ungeheure Mehrheit aus Menschen bestand, die fernab von den Erzeugnissen dieser Kulturen standen, Menschen, die in materieller Not und geistiger Unwissenheit dahinlebten und so aller Bedingungen einer fortschrittlichen Entwicklung beraubt waren.

Die einzige Bedingung für die Dauer der Zivilisation, sagt Lawrow, ist ihr Zusammenhang mit den materiellen, geistigen und moralischen Interessen der Mehrheit der Besitzlosen. Wenn Vorteile materieller Art, wissenschaftliche Aufklärung, das Gefühl

der persönlichen Würde und der Begriff gerechter Formen des sozialen Lebens in immer größere Kreise getragen werden, dann ist auch die Zivilisation gesichert.

Im fünften Brief bespricht Lawrow die ungeheuren Anstrengungen, die die Menschheit macht, um den Fortschritt zu erreichen. Um einige Dutzend Genies entstehen zu lassen, mußte sich von der schwer arbeitenden Gesamtheit eine Minderheit loslösen, die unter günstigeren Bedingungen stand und nicht für ihr tägliches Brot arbeiten mußte, und so die Muße hatte, sich in die Rätsel von Welt und Leben zu vertiefen. Diese Minderheit konnte sich auf Kosten der leidenden, kämpfenden Massen in Raum und Zeit ausdehnen.

Wenn wir uns in die Geschichte der Menschheit vertiefen, sagt Lawrow, sehen wir, daß neben dem notwendigen Übel, das die Folge von unabänderlichen, in der Zeit und dem Raum wurzelnden Bedingungen ist, auch stets noch viel Übel existiert, das sich vermeiden ließe. Wir haben weder über die Gesetze der natürlichen Notwendigkeit, noch über die Vergangenheit Gewalt. Jede Generation ist vor der Nachwelt nur für das verantwortlich, was sie hätte tun können und nicht tat. Viele Generationen sind gestorben, ohne eine Erleichterung ihres schweren Schicksals zu erfahren. Die heutige zivilisierte Minderheit genießt nicht nur die Arbeit und die Leiden der verstorbenen Generationen, sondern sie lebt auch noch auf Kosten der Arbeit und Leiden der meisten ihrer Zeitgenossen. Sie kann aber bewirken, daß die künftigen Geschlechter weniger arbeiten und weniger leiden. Die Frage sei: was muß geschehen, um dieses hohe Ziel zu erreichen?

Auf diese Frage, sagt Lawrow, haben verschiedene Kategorien von Menschen verschiedene Antworten gegeben.

Der größere Teil der Gesellschaft, der wie die entfernten Vorfahren um die rein physische Existenz kämpft, würde sich wahrscheinlich sagen: Kämpfen wir, wie wir es vermögen, erringen wir für uns und unsere Nächsten das Recht auf Existenz, das ist unsere einzige Pflicht.

Mehr entwickelte Individuen innerhalb dieses größeren Teils, in deren Seele die Zivilisation bereits das Bewußtsein der eigenen

Würde erstehen ließ, würden wohl sagen: Kämpfen wir, wie wir es vermögen, und verteidigen wir unsere eigene Würde und die anderer.

Die zivilisierte Minderheit der Gesellschaft, die ihr eigenes Dasein festigen und den Genuß noch verstärken will, gleichzeitig aber geneigt ist, ihn mehr in den Reizen des materiellen Lebens, als im Gebiete des Denkens zu suchen, würde sagen: Wir können das Leben nur in einer Gesellschaft genießen, in welcher der Grundsatz der Solidarität in stärkerem oder geringerem Grade vorherrscht; bekämpfen wir also alles, was diesem Grundsatz widerspricht, streben wir danach, die Leiden der Mehrheit zu lindern, verbessern wir ihr Los; die Arbeit nach dieser Richtung wird uns den unleugbaren Nutzen bringen, daß unser Opfer uns Freuden eintragen wird, Freuden, weil wir die Leiden der Menschheit, die uns selbst schmerzen, wenigstens etwas gelindert haben werden.

Die höchststehenden Menschen der zivilisierten Minderheit, die sich an der eignen Entwicklung, d. h. an dem Suchen nach Wahrheit und der Verkörperung der Gerechtigkeit erfreuen, würden sich sagen: Jeder Lebensgenuß, jeder Gedanke, den wir genießen, ist mit Arbeit und Leiden von Millionen erkauft; die Vergangenheit können wir nicht wieder gut machen; wie teuer unsere Entwicklung der Menschheit auch immer zu stehen gekommen ist, wir können ihr nicht entsagen, denn sie ist das Ideal, das uns zur Tat anspornt; nur der Schwache flüchtet vor dem Übel ins Grab, man muß das Übel nach Möglichkeit ausrotten, aber man vermag das nur im Leben selbst; wir können die blutigen Kosten unsrer Entwicklung damit verantworten, daß wir mit den Mitteln unserer erhöhten Intelligenz die Leiden der Menschen in Gegenwart und Zukunft lindern; die Aufgabe ist leicht, entspricht sie doch unseren Wünschen und bereitet uns selbst Genuß. Wir wollen Wahrheit suchen und verbreiten, wir wollen auf eine soziale Ordnung bedacht sein, die den Grundsätzen der Gerechtigkeit am besten entspricht, wir wollen nach ihrer Verwirklichung streben. So wird unsere Arbeit die Mühen und Qualen der Menschheit verringern, gleichzeitig aber wird diese Arbeit uns selbst Genuß geben und wir werden unsere eigene Entwicklung genießen.

Nicht alle Menschen, sagt Lawrow, verstehen diese Grundsätze, nicht alle richten sich im Leben nach ihnen; ein beträchtlicher Teil der Menschen aus der ersten Kategorie kämpft nicht tatkräftig genug um bessere Daseinsbedingungen, die Mehrheit der zweiten Kategorie opfert ihre Würde dem Streben nach täglichem Brot und erreicht doch oft ihr Ziel nicht; die Mehrheit der dritten Kategorie lebt in den altgewohnten Gleisen und versteht es nicht einmal, das Übel in geringem Grade zu bekämpfen; die Mehrheit der vierten Kategorie endlich huldigt Idolen, statt die Wahrheit und Gerechtigkeit zu erforschen, oder begnügt sich damit, sie theoretisch anzuerkennen, ohne sie im Leben zu verwirklichen. Die Kosten des Fortschritts aber werden immer größer.

Einzelne kritisch denkende Menschen, die sich der sozialen Arbeit hingeben und die früher nur verstreut arbeiteten, fangen jetzt an, durch Vereinigung eine gewisse Macht zu bilden. Diese Macht wächst, sie wirkt auf immer größere Kreise und bringt schließlich im sozialen Leben große Veränderungen hervor. Solche Menschen stoßen in ihrer Entwicklung und in ihrer Arbeit auf große Schwierigkeiten; haben sie aber einmal den Kampf gegen die bestehenden Zustände im Namen des Fortschritts begonnen, so wird ihnen neben dem Leiden auch moralische Befriedigung zuteil, haben sie doch das Bewußtsein, für das Wohl der Menschheit zu arbeiten.

Unter den Schwierigkeiten, die der sozialen Arbeit hindernd gegenüberstehen, weist Lawrow der Idealisierung gewisser Gewohnheiten, Einrichtungen und Tätigkeiten, die unser Denken verdunkeln, eine nicht geringe Rolle zu.

Von seinem Kriterium des Fortschritts ausgehend, kommt man leicht zu der Überzeugung, nur der auf freiheitlicher Grundlage aufgebaute Sozialismus ermögliche eine Gesellschaftsordnung, die der allseitigen Entwicklung des einzelnen die weitesten Aussichten eröffnet und gleichzeitig die Dauer unserer Zivilisation in ihren wichtigsten Erscheinungen sichert. Lawrow sprach jedoch diesen Gedanken in den „Historischen Briefen" nirgends deutlich aus, einmal, da er damals noch kein überzeugter Sozialist in der heutigen Bedeutung dieses Wortes war, wenn er auch die Notwendigkeit einer gründlichen Änderung der bestehenden Gesell-

schaftsordnung nach dieser Richtung einsah, wobei ihm etwas Ähnliches vorgeschwebt haben mag, wie die Sozialisten der vormarxistischen Zeit predigten; des weiteren hinderten ihn auch Zensurrücksichten, auf die Einzelheiten der künftigen Gesellschaftsordnung einzugehen. Nur in nationalen und staatsrechtlichen Fragen finden wir in den „Historischen Briefen" prinzipielle Bemerkungen, die den Standpunkt des Verfassers kennzeichnen.

Zahlreiche und verschiedene Eigentümlichkeiten der Bodenbeschaffenheit, des Klimas und ebenso historische Bedingungen bringen im Laufe der Zeit die Nachkommen von Geschlechtsverbänden verschiedenen Ursprungs einander näher, sagt Lawrow. In den meisten Fällen eignen sich alle diese Verbände eine gemeinsame Sprache an, die nur Dialektabweichungen behält; gemeinsame psychische Neigungen, einige gemeinsame Sitten und Überlieferungen entstehen. Die Geschichte sondert verschiedene derartige soziale Gruppen mit mehr oder weniger ausgeprägten Eigentümlichkeiten voneinander ab. So entstehen die Völker.

Die Völker sind nach Lawrow also ein völlig natürliches Ergebnis der Geschichte, und haben grundsätzliche Rechte. Die Idealisierung, von der bereits oben die Rede war, hat jedoch nicht verfehlt, aus der Nation ein oberstes Prinzip zu machen, das die staatlichen Beziehungen regeln und verschiedenen Menschengruppen noch als führende ständige Idee dienen soll.

Der von Gelehrten einer bestimmten Gruppe, von Publizisten und sozialen Führern angeführte sogenannte Volksgeist ist nach Lawrow nichts Unveränderliches, sondern nur der Ausdruck psychischer Eigentümlichkeiten der Völker, aus Perioden, wo sie sich besonders auszeichneten. Lawrow belegt diese Ansicht mit historischen Beispielen.

In staatsrechtlicher Beziehung soll nach Lawrow der Begriff Volk nicht ausschlaggebend sein, da es für den Fortschritt vorteilhafter ist, wenn ein Volk in einige unabhängige Staaten zerfällt, statt einen einzigen zu bilden; darf man doch in jedem dieser Staaten den anderen tadeln, auf diese Weise entsteht eine allseitige Kritik des bestehenden Zustandes, die den sozialen Fortschritt beschleunigt und ihn bereichert. Lawrow beruft sich an dieser Stelle auf die Geschichte der Griechen, Deutschen usw.

Es ist volkommen natürlich und richtig, wenn jedermann sein Volk als etwas Selbständiges, Eigentümliches ansieht und seine Eigentümlichkeiten zu wahren sucht. Das Recht, sich von seinem Volk loszusagen, hat nur derjenige, der zu der Überzeugung gekommen ist, sein Volk sei untrennbar mit rückständigen, reaktionären Elementen verknüpft. Aber welches Volk, fragt Lawrow, kann sich nicht von solchen Elementen befreien?

Verstocktheit gegenüber anderen Völker widerspricht dem Begriff des Fortschritts. Lawrow ist der Ansicht, jedes Volk habe in einer bestimmten Epoche seiner Geschichte ein Recht auf das Mitgefühl von Denkern und überhaupt von Menschen, die die Welt kritisch ansehen, soweit es in den Formen seiner Zivilisation das Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit zeigt. Oft kann auch ein ganzes Volk oder ein Teil von ihm die fortschrittlichen Elemente seiner Zivilisation nicht entfalten, weil es von einem anderen Volk bedrückt wird und seine ganze Kraft durch den Kampf gegen das erste in Anspruch genommen ist. Ein solches Volk zu unterstützen, liegt daher im Interesse des Fortschritts, sagt Lawrow.

Kämpfen Völker miteinander um staatliche Vereinigung oder Trennung, so ist im Namen des Fortschritts der Sieg jenes Volkes wünschenswert, das mehr kritische Elemente auf gedanklichem Gebiet aufweist und ein stärkeres Bestreben an den Tag legt, gerechte Grundsätze im sozialen Leben zu befolgen.

Ein Volk, das sich in seinem Kampf auf Gewalt beruft, auf ziffernmäßiges Übergewicht, auf Legenden und Überlieferungen, die keine Kritik aushalten, und endlich auf Verträge, die Vergewaltigung und Raub in die Form einer Abmachung zwängen, schändet sich selbst, sagt Lawrow. Eroberungsgelüste und Chauvinismus sind verächtlich; berechtigt und am Platze ist nur ein Patriotismus, der sein Volk zum Träger der reichsten, allseitigsten Kultur machen will, die von den höchsten Idealen der Wahrheit und Gerechtigkeit durchdrungen ist.

Lawrow ist der Ansicht, die Gewalt sei in der Gesellschaft im allmählichen Schwinden begriffen, daher müsse auch die Macht des Staates und sein Bereich zurückgehen; da er aber

gleichzeitig den arbeitenden Schichten und den Schwächeren überhaupt das Recht auf Hilfe seitens der Gesellschaft zuerkennt, öffnet er selbst einer umfassenden Staatsintervention, also auch einer starken staatlichen Gewalt Tür und Tor. Da wir in den „Historischen Briefen“ keine längeren Ausführungen darüber finden, wie sich Lawrow diese sozialen Reformen denkt, so tritt der Widerspruch in Lawrows Ansichten über den Staat an dieser Stelle nicht deutlich hervor.

Sehr kritisch beleuchtet Lawrow rechtliche, wirtschaftliche und Familienabmachungen. Von vornherein aufgestellte Verpflichtungen, lange Zeit oder immer bestimmte Zustände unveränderlich einzuhalten, sind nach ihm unmoralisch und tatsächlich auch unfreiwillig, da eine Seite wenigstens stets durch die Kraft der Lebensbedingungen zur Einhaltung der Verpflichtung gezwungen wird.

Lawrow spricht sich für seine föderativ-konföderative Gesellschaftsordnung aus und erkennt die Notwendigkeit einer Zentralgewalt zur Regulierung verschiedener gemeinsamer Angelegenheiten an, wobei er übrigens derartige Angelegenheiten auf ein sehr enges Gebiet beschränkt. Er gab sich nicht darüber Rechenschaft, daß eine Produktion in großem Stil, wie auch die anderen Bedürfnisse der modernen Zivilisation eine dauernde Staatsmacht erheischen, die sich zwar völlig mit einer föderalistischen Gesellschaftsordnung verträgt, nicht aber mit einer konföderativen, die einzig auf Verträgen beruht, die einzelne Gruppen miteinander abschließen und immer wieder erneuern und die keine dauernden gemeinsamen Exekutiveinrichtungen kennt. Lawrow war ein Anhänger von Föderationen und Konföderationen kleiner Gebiete, von dem Umfange von Dorf- und Stadtgemeinden etwa, nicht von großen Territorien, wie die einzelnen Staaten Nordamerikas.

Betrachtet man die Anschauungen Lawrows gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre als Ganzes, so sieht man deutlich, wie sie mit den damaligen russischen Zuständen zusammenhängen. Rußland besaß damals noch keine einheitliche, starke und scharf abgesonderte soziale Schicht, die für sozialistische Ideale hätte kämpfen können; eine Arbeiterklasse

4*

in westeuropäischem Sinne war erst im Entstehen begriffen. Dagegen traten seit der Zeit der Dekabristen bis in die siebziger Jahre bald größere, bald kleinere Gruppen innerhalb der Intelligenz auf, die unter dem Einfluß der neuesten westeuropäischen Strömungen des politischen und sozialen Denkens standen. Diese Menschen verstanden es, die fremden Gedanken den Bedürfnissen des eigenen Landes anzupassen, und erhoben kühn das Banner des Fortschritts, sie besiegelten ihren Heldenmut oft mit dem eigenen Leben. In den sechziger Jahren waren, wie wir bereits wissen, nach einer kurzen liberalen Bewegung, die breitere gesellschaftliche Schichten ergriffen hatte, wieder Zeiten des Stillstands und der Reaktion gekommen; damals hielten nur kleine Gruppen von kritisch denkenden einzelnen Menschen aus der Intelligenz die revolutionäre Bewegung aufrecht. Hält man sich diese Tatsache vor Augen, so begreift man auch, wie Lawrow dazu kam, in seinen „Historischen Briefen" vor allem an die „kritisch denkenden" Individuen zu appellieren. Da er sich nicht direkt an die Massen, die an großen sozialen Reformen interessiert sind, sondern an die Intelligenz wandte, mußte er die ethischen Grundfragen in den Vordergrund schieben; dem Fortschritt dienen, sich an ihm erfreuen, mußte die moralische kategorische Forderung lauten, die er in den Mittelpunkt stellte; als Entgelt für das, was die Menschheit bisher erreichte, mußte er die Dankbarkeit in Form von sozialer Arbeit predigen.

Damit soll nicht gesagt sein, Lawrow habe seine „Historischen Briefe" nicht aus tiefster Überzeugung geschrieben, im Gegenteil, er war vollkommen aufrichtig. Da er stets alles vom Standpunkt der menschlichen Wohlfahrt aus, die er so allgemein wie möglich faßte, einer ständigen Kritik unterwarf, glaubte er auch, kritisch denkende Menschen schlügen stets die gleiche Richtung wie er ein und müßten sie einschlagen. Die russische Wirklichkeit drückte jedoch seinen Theorien deutlich ihr Siegel auf; seine Lehren sollten in erster Reihe auf den besten Teil der russischen Intelligenz wirken und sie zum Kampf gegen die herrschenden Zustände drängen.

Von den Kampfesformen selbst spricht Lawrow in seinem

Buch nicht eingehend, doch betonte er die Notwendigkeit der Revolution in bestimmten Fällen.

Der ungeheure Einfluß der „Historischen Briefe“ ist vollkommen verständlich; sie munterten zur sozialen Arbeit auf, die die besten Söhne Rußlands seit bald einem Jahrhundert liebten und anstrebten, sie gaben dieser Arbeit gleichzeitig eine philosophisch-ethische Begründung; die Ideale, die die „Historischen Briefe“ predigten, die Wege, die sie zu ihrer Verwirklichung empfahlen, waren so allgemein, daß sie die Anhänger verschiedener sozialer und politischer Richtungen zu befriedigen vermochten, sofern sie nur eine gründliche Änderung der bestehenden Zustände anstrebten.

Lawrow war ein Mensch von ungeheurem Wissen, wofür eine spätere Arbeit von ihm, „Versuch einer Geschichte des Denkens“, zeugt. Als Soziologe nahm er das einzelne menschliche Individuum zum Ausgangspunkt, nicht die soziale Gruppe, wie dies die zeitgenössischen Soziologen nach dem Muster von Marx tun. Ich kann hier nicht eine ausführliche Darstellung der Philosophie und Ethik Lawrows geben, noch ihren rein wissenschaftlichen Wert untersuchen. Es handelt sich mir in erster Reihe darum, seinen Einfluß auf die soziale Bewegung und den Ursprung seiner in den „Historischen Briefen“ enthaltenen Anschauungen aufzudecken.

III.

Nikolaus Michajlowski gehörte zu einer beträchtlich jüngeren Generation, als Lawrow. Seine publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit setzte gegen Ende der sechziger Jahre ein, in der Zeit der schweren Reaktion nach dem Attentat von 1866. Der Ausgangspunkt der sozialphilosophischen Anschauungen Michajlowskis ist im allgemeinen der gleiche wie bei Lawrow: also der Positivismus und der soziologische Subjektivismus; wie Lawrow war auch Michajlowski in einem bestimmten Sinne Sozialist. Neben diesen Übereinstimmungen in theoretischer Hinsicht, bestanden zwischen beiden Männern auch Unterschiede, die wir noch kennen lernen werden. Michajlowski kannte und schätzte Lawrows Arbeiten, er führte sie häufig an und unterlag

auch unstreitig deren Einflüssen; nichtsdestoweniger darf man ihn nicht bloß als Schüler Lawrows bezeichnen; er war ein selbständiger Schriftsteller von scharf ausgeprägter Persönlichkeit.

Lawrow besaß sicherlich eine tiefere und vielseitigere Bildung als Michajlowski, dagegen hatte dieser ein größeres schriftstellerisches Talent. Lawrow schrieb ausschließlich über prinzipielle philosophisch-wissenschaftliche, politische und soziale Fragen; er hatte sich schon als Redakteur des „Vorwärts" (Wperiod) auf diese Materien beschränkt und verblieb auch später dabei, Michajlowski hingegen äußerte sich fortwährend über die verschiedensten wissenschaftlichen, künstlerischen, politischen und sozialen Angelegenheiten, wobei er stets für die einzelne menschliche Persönlichkeit und die arbeitenden Klassen im weitesten Sinne dieses Wortes eintrat.

Ich kann hier nicht alle Seiten der wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit Michajlowskis berühren, ich muß auch von seinen wertvollen kritischen Arbeiten über die hervorragendsten russischen Schriftsteller absehen, dagegen wollen wir seine soziologischen Anschauungen, sowie seine sozialen und politischen Ideen über Rußland des näheren betrachten.

Ganz besonders beschäftigte sich Michajlowski mit der Bekämpfung der bürgerlichen Theorien auf soziologischem Gebiet, die sich in Westeuropa gerade in jener Zeit üppig entwickelten, als er seine wissenschaftlich-publizistische Tätigkeit begann.

Den Ausgangspunkt dieser Theorien bildete gewöhnlich der Darwinismus, den man einseitig interpretierte und wobei man Verallgemeinerungen aus der Tierwelt auf menschliche Gesellschaften übertrug, ohne Faktoren zu berücksichtigen, die nur diesen eigen sind. Der hervorragendste Vertreter bürgerlicher Tendenzen in der Soziologie war Spencer, ein Philosoph von umfassendem und schöpferischem Geist, der in sozialen Fragen scheinbar objektiv, im Grunde genommen jedoch parteiisch und voller bürgerlicher Vorurteile war. In seinen ersten soziologischen Arbeiten beschäftigte sich Michajlowski hauptsächlich mit einer Kritik der soziologischen Theorien Spencers und auch der anderer Schriftsteller, die unter der Fahne des Darwinismus die bestehende Gesellschaftsordnung verteidigen.

Michajlowski war selbst ein Anhänger des Darwinismus und Evolutionismus, doch vereinigte er diese Richtungen mit dem Sozialismus.

In dieser Beziehung und auch in mancher anderen war er der Vorläufer einiger westeuropäischer Schriftsteller wie Ferri, Woltmann und anderer. Von seinen soziologischen Arbeiten aus der Periode, die uns hier beschäftigt, sind die wichtigsten „Was ist der Fortschritt?" und „Der Kampf um die Persönlichkeit". In diesen Werken setzt Michajlowski, in ähnlicher Weise wie Lawrow, die Notwendigkeit der subjektiven Methode auseinander; er gibt auch eine eigene Definition des Fortschritts und zeigt, in welcher Weise die Individualität des einzelnen mit der Individualität sozialer Gruppen kämpft. Beide Werke berühren eine Menge soziologischer, ethischer und philosophischer Fragen in oft chaotischer Weise, wobei die neuesten ethnologischen Untersuchungen berücksichtigt werden. Im ganzen boten beide Werke dem Leser ein einheitliches und charakteristisches Weltbild und popularisierten gleichzeitig die Ergebnisse von Spezialuntersuchungen über den Ursprung der Gesellschaft.

Das erste der beiden obigen Werke verdient eine eingehende Berücksichtigung, da es besser als irgendein anderes die Weltanschauung des Verfassers spiegelt. Diese Weltanschauung wurde sehr populär und übte einen starken Einfluß auf die russische Jugend aus.

Michajlowski unterzieht in diesem Buch Spencers Definition des Fortschritts einer Kritik und stellt ihr seine eigene gegenüber. Bekanntlich sah der englische Philosoph den Fortschritt auf sämtlichen Gebieten in der Differenzierung und Ausgestaltung, in der Anpassung an die Gesellschaft, in der Umgestaltung einheitlicher sozialer Gruppen in vielseitige, in der wachsenden Arbeitsteilung zwischen diesen Gruppen, in ihrer schärfer hervortretenden und besser angepaßten Organisation. Michajlowski erhebt gegen Spencer namentlich den Vorwurf, daß er nicht den Fortschritt des einzelnen von dem Fortschritt der Gesellschaft unterscheide, obgleich diese beiden Erscheinungen sich durchaus nicht decken und sogar ein Widerspruch zwischen ihnen besteht; je vielseitiger die einzelne menschliche Persönlichkeit ist, sagt Michajlowski,

je differenzierter sie im einzelnen ist, desto einfacher ist die Organisation der Gesellschaft, desto geringer ist die gesellschaftliche Differenzierung, und umgekehrt, je weniger entwickelt die Persönlichkeit ist, je spezialisierter ihre Funktionen sind, desto differenzierter ist die Gesellschaft als Ganzes genommen, desto allseitiger entwickelt und besser organisiert ist sie.

Die Soziologen, sagt Michajlowski, müßten den Fortschritt des einzelnen als Kriterium für den Fortschritt sozialer Erscheinungen nehmen, da dieser für den Menschen entscheidend ist. Er selbst definiert den Fortschritt folgendermaßen: der Fortschritt sei die ständige Annäherung der unteilbaren menschlichen Individuen an die Fülle des Lebens, eine allseitige Arbeitstrennung zwischen den Organen und eine möglichst geringe Arbeitsteilung unter den Menschen. Alles, was diese Tendenzen aufhält, ist unmoralisch, ungerecht, unverständig und schädlich; moralisch gerecht, verständig ist nur, was die Verschiedenartigkeit der Gesellschaft verringert und so die Verschiedenartigkeit ihrer Teile erhöht.

Michajlowskis Ideal ist die einfache soziale Kooperation mit minimaler Arbeitsteilung, eine Gesellschaft, in der der einzelne sich selbst genügt und die verschiedensten Funktionen erfüllt.

In seinem Unwillen gegen die Arbeitsteilung und verschiedene Funktionen unter den Menschen geht er so weit, daß er in seinem Werk „Der Kampf um die Persönlichkeit", nachdem er Platons Erzählung von dem Beginn der Geschlechter und der Genesis der Liebe anführt, nicht zögert zu erklären, der Hermaphroditismus sei ein höherer physiologischer Typus als die Eingeschlechtlichkeit [1]).

Michajlowski versichert, Individuen höherer Ordnung würden die Persönlichkeit des menschlichen Individuums besiegen. Er will darin eine negative Erscheinung sehen, die bekämpft werden müsse, doch hat er diesen Gedanken nirgends in erschöpfender Weise entwickelt.

Es ist charakteristisch, daß Lawrow, der in der Soziologie mehrfach Gedanken vertrat, die sich mit denen Michajlowskis

---

1) Michajlowski, Werke (in russischer Sprache), Bd. III, S. 509.

berührten, und diesen sehr schätzte, dessen Definition des Fortschritts dennoch verwarf und sie sogar einer scharfen Kritik unterzog.

Lawrow liebte die Wissenschaft heiß und begriff, da er sich seit vielen Jahren gründlich mit ihr beschäftigte, die Notwendigkeit der Spezialisierung auf wissenschaftlichem Gebiete. Zur Zeit, als in Rußland der Bauernkultus begann, war Lawrow schon ein älterer Mann, er gab sich der neuen Strömung nicht in dem gleichen Maße hin wie Michajlowski und bekämpfte auch die Übertreibungen in den Gedanken dieses letzteren über den Fortschritt. In einem Aufsatz: „N. K. Michajlowskis Definition des Fortschritts" weist er nach, daß Michajlowski nicht konsequent an dem Standpunkt des Subjektivismus festhalte und daß seine Auffassung vom Fortschritt fehlerhaft sei; die Arbeitsteilung ist in der menschlichen Gesellschaft eine Notwendigkeit, sagt Lawrow, namentlich in der nächsten Zukunft.

Nach Lawrows Ansicht muß eine rationelle Definition des Fortschritts folgenden drei Bedingungen entsprechen:

1) muß sie einen subjektiven Standpunkt ausdrücken, der das objektive Verständnis sozialer Erscheinungen ermöglicht;

2) muß sie noch in der idealen Gesellschaft, die den in der Definition selbst aufgestellten Forderungen entspricht, die Möglichkeit eines weiteren Fortschritts zugeben;

3) muß sie allen historischen Perioden Rechnung tragen, da sie die Grundlage für das Verständnis der Geschichte bilden muß.

Michajlowskis Definition, fährt Lawrow nun fort, entspricht der ersten der obigen Bedingungen nicht, da sie eigentlich objektiv ist; sie stellt unmittelbare Normen nicht nur auf, um zu erklären, was schädlich und unvernünftig ist, sondern auch um festzulegen, was moralisch und gerecht ist. Sie berücksichtigt die Leiden und Genüsse des einzelnen nicht und ist daher auch von dem entfernt, was das Kriterium des Subjektivismus ausmacht.

Nach Lawrow stellt schon die Natur einer vollständigen Gleichheit der Individuen unüberwindliche Hindernisse entgegen, da sie die Unterschiede von Alter und Geschlecht kennt. Auch

die Kürze des menschlichen Lebens mache die allseitige Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit unmöglich. Selbst wenn wir die Verschiedenheit der Geschlechter nicht in Betracht ziehen, sagt Lawrow, da sich in der neuesten Zeit die Möglichkeit einer gleichartigen Entwicklung für Mann und Frau gezeigt hat, so bilde doch die Kürze des menschlichen Lebens und die Altersverschiedenheit zwischen den Menschen ein unüberwindliches Hindernis für die Verwirklichung von Michajlowskis Ideal. Die rasche Entwicklung von Technik und Wissenschaft bringe es mit sich, daß sich unmöglich alle Menschen im Laufe ihres kurzen Daseins deren Ergebnisse aneignen könnten. Michajlowskis Ideale könnten sich nur auf Kosten der Wissenschaft und Technik entwickeln, da man im Namen der Gleichheit aufhören müßte, die Spezialgebiete, als nicht allen zugänglich, zu pflegen. Nach Lawrows richtiger Bemerkung wäre das nicht ein Fortschritt, sondern ein Zurückgehen.

Nehmen wir jedoch an, fährt der Verfasser der „Historischen Briefe“ fort, in einer idealen Gesellschaft würde jeder einzelne Wissenschaft und Technik in ihrem ganzen ungeheuren Umfang erfassen, dann würde jedermann eine ideale Höhe der Entwicklung erreichen, bei jedermann würde sich die Überzeugung von der Vortrefflichkeit des bestehenden Zustandes der Dinge festigen. In einer solchen Gesellschaft, wo alle Menschen den gleichen Grad der Entwicklung und der wissenschaftlich-technischen Ausbildung besitzen müßten, müßte sich auch der Fortschritt in der Weise vollziehen, daß jeder schöpferische Gedanke auf theoretischem oder praktischem Gebiet gleichzeitig im Geiste aller erwachsenen Individuen entstehen müßte. Nur ein solcher Fortschritt könnte nach Michajlowskis Definition gerecht und moralisch sein.

Unsere Wissenschaft beweist uns jedoch, sagt Lawrow, daß der Fortschritt sich nicht nur unter den Menschen, sondern unter den Lebewesen überhaupt in ganz anderer Weise vollzieht. Neue Gedanken und Anregungen entstehen stets im Kopfe eines einzelnen (im besten Falle könnte man sagen, in den Köpfen einiger, Anm. des Verfassers), dort kämpfen sie mit anderen Gedanken, greifen dann auf die Gesellschaft über und gewinnen

endlich, nachdem sie aus dem Kampfe mit den alten Begriffen siegreich hervorgegangen sind, die Oberhand und finden ihre Verwirklichung.

Will man annehmen, daß sich der Fortschritt in Zukunft in genau entgegengesetzter Weise vollziehen wird, so heißt das nicht nur eine ideale Gesellschaft zum Ausgangspunkt nehmen, sondern auch noch die Existenz von Menschen voraussetzen, die ganz verschieden von den heutigen sind und sich ganz anderer Methoden des logischen Denkens bedienen. Eine derartige Annahme überschreitet aber alle Grenzen rationell zulässiger Hypothesen, sagt Lawrow.

Michajlowskis ideale Gesellschaft müßte zum Stillstand kommen. Aus diesem Grunde entspreche die Definition, die dieser Schriftsteller vom Fortschritt gibt, nicht der zweiten Anforderung, sagt Lawrow, da von diesem Standpunkt aus fast die ganze menschliche Geschichte ein fortwährendes Zurückweichen bedeute.

Lawrow legt in seiner Kritik besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit und den Vorteil der Arbeitsteilung, namentlich dann, wenn die Überzeugung von der Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit des kritischen Denkens in der Gesellschaft noch nicht ganz allgemein verbreitet ist. Michajlowskis Gedanke ermangelt nach Lawrow auch noch des historischen Verständnisses, er könne nicht mit der gleichen Berechtigung auf alle Epochen der historischen Entwicklung der Menschheit angewendet werden. Aus diesem Grunde entspricht Michajlowskis Deflnition nach Lawrow auch nicht der dritten Bedingung.

Nach Lawrow besteht der Fortschritt in einer allseitigen Entwicklung des Bewußtseins und ebenso darin, daß kritisch denkende Individuen im Leben Wahrheit und Gerechtigkeit befolgen.

Das Ideal der Gerechtigkeit, sagt Lawrow, habe stets darin bestanden, andere nach ihrem Wert zu behandeln und die Gerechtigkeit selbst nach Kräften zu verteidigen. Der Begriff des menschlichen Wertes war in verschiedenen Zeiten verschieden, heute sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß alle Menschen gleich sind.

Die Muskelgeschmeidigkeit, die Fähigkeit zu gewöhnlicher Handfertigkeit, eine allseitige geistige Entwicklung, die Gewöhnung an kritisches Denken, die Gerechtigkeit gegen andere, das Mitgefühl mit ihnen, der Begriff, daß das eigene Wohl im Wohlergehen aller liegt, müssen bei allen gleich entwickelt sein. Eine derartige Gleichheit müssen nach Lawrow die Hygiene, die Pädagogik, die Soziologie und die menschliche Tätigkeit im allgemeinen anstreben. Neben dieser Gleichheit aber bestehe eine physische, psychische, moralische, wissenschaftliche, künstlerische usw. Spezialisierung, deren Keime durch die Natur gegeben sind und durch die Erziehung entwickelt werden müssen. Der Mensch findet Genuß in der Hingabe an eine Spezialität, die er freiwillig erwählt hat, und entwickelt auf diese Weise seine Persönlichkeit.

Lawrows Kritik ist unstreitig rationell. In der Tat, der völlige Mangel an Arbeitsteilung, die Notwendigkeit, alle Bedürfnisse durch eigene Tätigkeit zu befriedigen, würde den einzelnen nur hindern; er würde sich nicht mehr seinen Lieblingsbeschäftigungen hingeben können, würde seine Persönlichkeit nicht mehr völlig nach der Richtung entwickeln können, in die seine Fähigkeiten ihn drängen: die Menschheit würde stehen bleiben.

Wir haben keinerlei unmittelbare Beweise dafür, wie sich die damalige revolutionäre Jugend zu dieser Polemik zwischen Lawrow und Michajlowski verhielt. Wir können nur mittelbar schließen, daß sie auf seiten des letzteren stand.

Der obige Aufsatz Michajlowskis, der in seine Werke übergegangen ist, wurde sehr viel gelesen und sein Inhalt fast von allen russischen Revolutionären der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts und bis heute von einem beträchtlichen Teil von ihnen anerkannt; Lawrows kritischer Aufsatz hingegen wurde rasch vergessen. Die Huldigung, die man dem russischen Bauern darbrachte, das ideale Licht, in dem man ihn jetzt sah und das die Folge der Enttäuschung war, die die Revolutionäre den mittleren Schichten bereitet hatten, schufen einen günstigen Boden für Michajlowskis Theorie.

Michajlowski war Positivist; die Metaphysik erachtete er als

überflüssig, ja mehr noch, er hielt die Beschäftigung mit ihr für ein Verbrechen, da die Aufmerksamkeit einzelner und der Gesellschaft hierdurch von wichtigen Lebensangelegenheiten abgelenkt werde. Dem vom Leben abgetrennten Idealismus, der nicht mehr mit dem Leben rechnet und in seinen Formen erstarrt, der nur noch ein Götzendienst ist, da er zwar den äußeren Schein wahrt, aber sich mit dem schmutzigsten Materialismus des Lebens aufs beste verträgt, stellte er einen lebendigen Idealismus gegenüber, der den menschlichen Bedürfnissen entspringt, der die bestmögliche theoretische Lösung für diese Bedürfnisse sucht, der sich in die Praxis übertragen läßt und übertragen werden soll. Bei der Untersuchung der geistigen und literarischen Strömungen in Rußland und im Auslande verstand es Michajlowski oft, ihren Ursprung auf eine bestimmte Klasse zurückzuführen und sie vom Standpunkt der arbeitenden Klassen aus zu beurteilen. Den Begriff arbeitende Klassen faßte er sehr weit, er unterschied nicht immer das Proletariat, in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes, von jenen Schichten, die ihm dadurch nahestehen, daß sie von der Arbeit ihrer Hände leben. Nur wenn er die russischen Zustände den westeuropäischen gegenüberstellte, unterschied er auch den Bauern, der im Besitze seiner Produktionswerkzeuge ist, von dem Proletarier, dem sie durch die Entwicklung des Kapitalismus geraubt wurden. Nichts fürchtete er so sehr für Rußland als eine Entwicklung des Kapitalismus, die seiner Ansicht nach die Proletarisierung zahlreicher Bauernmassen und so ihre Verelendung zur Folge haben würde.

Rußland, erklärte Michajlowski, müsse sich die Erfahrung Westeuropas zunutze machen und diesen Prozeß dadurch vermeiden, daß es dem Volke die Produktionsmittel sichere. Die Durchführung der betreffenden Maßnahmen würde in Rußland nicht schwierig sein: in Westeuropa, wo die Massen bereits im allgemeinen von den Produktionsmitteln entblößt sind, sei dieses Bestreben ein revolutionäres, da die Verwirklichung eine Umwälzung der sozialen Zustände bedeuten würde; in Rußland hingegen, wo eine Großindustrie fast noch nicht existiert, wo eine völlig vom Bauerntum losgelöste Arbeiterschaft nicht vorhanden ist, wo der Bauer das Gemeindeeigentum an Grund und Boden

genießt, würde die ständige und völlige Sicherung der Produktionsmittel ein konservativer Akt sein, da er nur festigen würde, was bereits in einer unvollständigen und oft fehlerhaften Form vorhanden ist.

Michajlowski war der Ansicht, das damalige russische Bürgertum besitze weder eine ernsthafte politische Macht, um die Durchführung der von ihm gewünschten sozialen Reform zu hindern, noch könne es je eine solche haben. Wie eine derartige Reform zu verwirklichen wäre, sagt Michajlowski allerdings nicht, vielleicht aus Zensurrücksichten, vielleicht auch, weil er kein Politiker in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes war, sondern ein Denker, der sich allgemein und prinzipiell mit verschiedenen Fragen der Theorie und Praxis beschäftigte, aber selbst keine klaren Ansichten in bezug auf Programm und Taktik besaß, wenigstens damals, d. h. zu Beginn der siebziger Jahre, nicht.

Nur einmal macht Michajlowski die Bemerkung, eine derartige Reform müsse damit anfangen, daß dem Volke das Gemeindeeigentum an Grund und Boden in entsprechender Weise gesichert werde; es handelte sich für ihn wahrscheinlich darum, von diesem Ausgangspunkt zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gelangen, die durch die einfache Kooperation, die, wie wir bereits gesehen haben, sein Ideal war, vereinfacht werden sollte. Er bekämpfte scharf den Grundsatz von der Nichtintervention des Staates in wirtschaftlich-soziale Angelegenheiten; der Staat war ihm die Macht, die das Volk in die Obhut nehmen soll und muß, um ihm günstige Arbeits- und Entwicklungsbedingungen zu sichern. Gerade in bezug auf den Staat scheinen zwischen Michajlowski und Lawrow beträchtliche Meinungsverschiedenheiten bestanden zu haben; dieser Unterschied zeigte sich auch noch zwischen Michajlowskis Anschauungen und jenen, die der von Lawrow später redigierte „Vorwärts“ vertrat.

Kudrin schreibt in „Biloje“ über Michajlowski, keine der drei Richtungen, die vor der „Volksfreiheit“ existierten, also weder die Richtung Lawrow, noch die Bakuninsche, noch das sozialistische Jakobinertum Tkatschews, von dem noch die Rede sein soll, hätte ihn völlig zu ihrem Anhänger zählen können. In taktischer Hinsicht und in bezug auf das Programm stimmte

er wahrscheinlich mit Lawrow überein, ebenso war er wahrscheinlich mit diesem über die Bedeutung der Wissenschaft für die Revolutionäre und die Wichtigkeit kritisch denkender Individuen im Kampfe gegen die herrschenden Zustände einig; mit Bakunin erkannte er die Notwendigkeit einer Massenagitation in großem Maßstabe an; mit Tkatschew endlich war er darin einer Meinung, daß er die Notwendigkeit zugab, sich der Regierung durch eine Verschwörung zu bemächtigen, um die neue Gesellschaftsordnung durchzuführen. Doch war er sicherlich dagegen, die Propaganda anfangs ohne Massenagitation zu führen und das ganze revolutionäre Vorgehen zunächst auf eine Verschwörung zu beschränken, wie dies die Anhänger Tkatschews beabsichtigten. Michajlowskis Bauernkultus war in jener Zeit ganz besonders stark; eine Beeinflussung der bäuerlichen Massen im Sinne Bakunins mußte ihm daher besonders wichtig erscheinen; da er aber gleichzeitig für eine Staatsintervention war und den Staat als soziale und politische Macht ansah, mußte er auch für die Eroberung der Staatsgewalt durch die revolutionäre Partei sein; in dieser Hinsicht unterschied er sich wieder von Bakunin und Lawrow, die der Ansicht waren, der Staat mit seiner Zentralmacht müsse vollständig, rasch oder langsam, abgeschafft werden. Lawrow war schon als Redakteur des „Vorwärts" staatsfeindlich.

Ich habe die Ansichten Michajlowskis aus jener Zeit in bezug auf Programm und Taktik nur hypothetisch dargestellt, da wir über diesen Punkt keine Gewißheit besitzen. Zur Bekräftigung kann ich nur noch anführen, daß Michajlowski sich nur mit der Organisation „Volksfreiheit", die später entstand, vollkommen solidarisch fühlte und einen gewissen Anteil an ihr nahm.

Die russische Intelligenz war für Michajlowski eine Blume, die sich von dem dunklen Hintergrunde der Gesellschaft abhob und sich auf Kosten der schwer arbeitenden Massen des Volkes entwickelte; er war der Ansicht, die Intelligenz müsse dem Volke eine Dankesschuld zahlen, namentlich aber, erklärte er, müsse sie alles tun, was in ihrer Macht stehe, um nicht länger eine Treibhauspflanze inmitten des Volkes zu sein. Die Intelligenz, predigte Michajlowski, muß sich mit dem Volk vereinigen.

Die wirtschaftliche Freiheit (freie Konkurrenz) in der heutigen

Gesellschaftsordnung ist nach Michajlowski unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Faktor, der dem Starken zum Sieg über die Schwachen verhilft, der also tatsächlich dazu führt, die arbeitenden Massen in die Abhängigkeit von einer sie ausbeutenden Minderheit zu bringen.

Obgleich er die politische und bürgerliche Freiheit hoch einschätzte und ihre Verwirklichung für Rußland wünschte, war er doch gleichzeitig der Ansicht, daß man nicht nur auf sie verzichten, sondern sie verfluchen müsse, wenn sie dazu beitragen sollten, jenen Zustand zu verlängern, in dem die Intelligenz auf Kosten des Volkes lebt und sich entwickelt, wachse doch dadurch auch die Schuld der Intelligenz dem Volke gegenüber immer mehr an [1]. Schon die Vermutung Michajlowskis, die politische und bürgerliche Freiheit könnte in Rußland die benachteiligte Stellung der Massen gegenüber der Intelligenz festigen, ist ungemein charakteristisch. Tschernischewski war, wie wir wissen, nicht dieser Ansicht, namentlich nicht in der Zeit seiner politischen Tätigkeit. Michajlowski dachte damals offenbar, wie übrigens viele Leute vor ihm und nach ihm in Rußland, die politische Freiheit werde die besitzenden Klassen in den Stand setzen, sich zu organisieren und die Massen auszubeuten. Auch er gab sich noch der Täuschung hin, der russische Absolutismus würde dem Volk weniger Schaden bringen als der Parlamentarismus. Die Gleichheit, wenn auch eine Gleichheit der Qualen und Erniedrigungen, schien ihm mehr wert als die Freiheit. Er erklärt einmal, er und seine Freunde hätten vollständig dem Gedanken entsagt, politische und Bürgerrechte für sich zu gewinnen, da sie sich nicht vom Volke loslösen wollten. Man habe die Bauern mit Ruten gepeitscht, warum sollten nicht auch Bürger gepeitscht werden? Ein derartiger Gedankengang ist uns heute nur schwer verständlich, und wir begreifen nicht, warum die damaligen Bauernenthusiasten mit Michajlowski an der Spitze nicht für die Erringung politischer Freiheit, nicht nur für sich, sondern für alle, also auch für das Volk eintraten. Offenbar waren sie der Ansicht, die politische Freiheit könne nur den

1) Michajlowski, Werke (in russischer Sprache), Bd. I, S. 870.

oberen Klassen und der Intelligenz Vorteile bringen. Wir werden noch sehen, daß Michajlowski seine Ansichten in der Frage der politischen Freiheit gegen Ende der zweiten Hälfte des achten Jahrzehnts änderte. Der Bauernkultus unterlag damals auch bereits einer Differenzierung, was in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts, als Uspienski, Zlatowratski, Michajlowski, Tolstoi und andere einstimmig die Intelligenz aufforderten, ihre Lebensweise zu vereinfachen, noch nicht der Fall gewesen war.

Michajlowskis Bauernkultus war nicht frei von Widersprüchen. Ein solcher bestand bei ihm namentlich darin, daß er für eine allseitige Entwicklung des einzelnen eintrat und gleichzeitig forderte, die Intelligenz möge nicht nur in Zukunft, sondern schon jetzt, d. h. in der Zeit Alexanders II., eins mit dem Volke werden. Das Volk, d. h. die Bauernschaft, lebte jedoch damals in Verhältnissen, die jeder Entwicklung des einzelnen Hohn sprachen.

Sehr viel Gewicht legte Michajlowski auf folgenden Gedankengang, den er ein „soziologisches Gesetz“ nannte: in einer Gesellschaft, die sich in Form einer Pyramide aufbaut, stärken alle Reformen, die nicht unmittelbar im Interesse der arbeitenden Klassen, sondern zugunsten aller vorgenommen werden, nur die höheren Schichten der gesellschaftlichen Pyramide. Diese Behauptung erinnert ein wenig an die von den heutigen französischen Syndikalisten vertretenen Anschauungen, die überhaupt alle Reformen von oben als nicht zum Ziel führend verwerfen und einzig die Aktion von unten anerkennen.

Mit großem Geschick bekämpfte Michajlowski den russischen, namentlich den offiziellen Chauvinismus; nationale Fragen untersuchte er jedoch nicht in ihrer ganzen Tragweite, da sie ihn nicht interessierten; unstreitig aber war er ein Gegner der nationalen Unterdrückung. Da er von der gewaltigen Bedeutung der großrussischen Obschtschina durchdrungen war, war auch er fest überzeugt, Rußland besitze sicherere Grundlagen zur Schaffung einer höheren neuen Kultur als Westeuropa.

In seinen Ansichten über Rußland und die sozialpolitische Aufgabe seines Volkes, ja selbst in bezug auf das Ideal einer künftigen Gesellschaftsordnung war der Verfasser von „Was ist der Fortschritt?“ eigentlich ein Schüler Herzens. Michajlowski

entwickelte und vertiefte Herzens Ideen, doch teilte er nicht die Illusion seines Lehrers, Rußland könne selbst unter dem Absolutismus bereits große Fortschritte machen, wenn nur eine verständige und gut unterrichtete Regierung eingreife.

In philosophischer und soziologischer Hinsicht lernte Michajlowski viel von Lawrow; er popularisierte einige Gedanken von diesem und begründete sie in origineller Weise, da er den Fortschritt anders definierte.

In bezug auf Programm und Taktik war er ziemlich selbständig, da er, wie wir bereits wissen, keiner der in Rußland zu Beginn der siebziger Jahre herrschenden Richtung völlig angehörte.

In einer so kurzen Charakteristik dieses vorzüglichen Schriftstellers, wie unser Thema sie erheischt, war es mir unmöglich, alle seine wissenschaftlich interessanten Gedanken und ebenso alle Vorzüge seiner Tätigkeit aufzuzählen; ich konnte allerdings ebensowenig alle Fehler, die seinen Werken anhaften, einer Kritik unterziehen.

Mit manchen soziologischen Ideen griff Michajlowski Fouillée und Tarde vor, so wenn er über die Bedeutung der Kraftideen und der Nachahmung spricht; einige seiner allgemeinen Gedanken auf erkenntnistheoretischem Gebiete wurden später unabhängig von ihm von Riehl und anderen entwickelt, worauf Viktor Tschernow in seiner Arbeit „Philosophische und soziologische Studien“ [1]) hinweist.

Michajlowski besaß einen sehr lebhaften und fruchtbaren Geist, war aber von einer geradezu chaotischen Unsystematik und nicht immer folgerichtig. Seine Ansichten warf er oft, man möchte sagen gelegentlich hin, ohne sie je gründlich und noch weniger erschöpfend darzulegen. Seine Schreibweise ist voller Gedankensprünge und wirkt daher ermüdend.

In seinen Werken berührte er die mannigfachsten Fragen, immer an die laufende wissenschaftliche und schöne Literatur in Rußland und Westeuropa anknüpfend. Gerade dadurch entstand sein unstreitig sehr großer Einfluß auf die russische Intelligenz.

---

1) In russischer Sprache.

Fast 40 Jahre lang parierte er mit Talent, Mut und Eifer die Schläge der reaktionären, konservativen und gemäßigten Elemente gegen die Revolutionäre und russischen Sozialisten. Auch verschiedene geistige und ästhetische Richtungen bekämpfte er, die einen antisozialen oder asozialen Charakter hatten. Gegen Ende seiner Tätigkeit bekämpfte er als alter „Volksfreiheitsmann", vielleicht auch als Sozial-Revolutionär den Marxismus, wovon noch die Rede sein soll. Lange Jahre hindurch war er der Abgott der russischen revolutionären Intelligenz, die sehr geneigt war, den wissenschaftlichen Wert seiner soziologischen Arbeiten zu überschätzen.

IV.

Der Bauernkultus in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bildete, wie in der russischen Publizistik schon mehrfach betont wurde, in einigen Punkten wenigstens eine Art Fortsetzung des Kampfes, den die Slawophilen gegen den Westen geführt hatten. In der Tat nahm der Unwille, ja der Haß gegen westeuropäische Formen des sozialen und politischen Lebens, der von einer Idealisierung der großrussischen Gemeinde und dem Wunsche getragen wurde, so rasch wie möglich höhere Formen des sozialen Lebens zu erreichen, in der besprochenen Zeit einen großen Umfang an und verbreitete sich stärker als je vorher. Zieht man jedoch die Ähnlichkeiten zwischen dem „Bauernkultus" und der slawophilen Richtung in Betracht, so darf man auch die Unterschiede nicht übersehen, die zwischen diesen Strömungen bestanden. Die Verfechter des „Bauernkultus" waren gleichzeitig revolutionär: sie wollten zwar die großrussische Gemeinde beibehalten, aber sie wollten sie umwandeln und entwickeln, sie sollte der Ausgangspunkt einer sozialistischen Gesellschaftsordnung werden; die Vertreter des „Bauernkultus" strebten nicht nur eine Vergesellschaftung des Grund und Bodens an (Gemeindeeigentum), sie verlangten auch noch die Vergesellschaftung von Fabriken, Bergwerken, Transportmitteln, wenigstens im großen ganzen, und ebenso eine gemeinsame Produktion. Der „Bauernkultus" idealisierte weder die orthodoxe Kirche, noch jene patriarchalische Politik, die mit dem Absolutismus Hand in Hand geht; die

Slawophilen waren konservativ, nationalistisch und gingen von einer Idealisierung der russischen Überlieferungen aus.

In seiner schon im ersten Band dieses Werkes angeführten Arbeit „Versuch einer Philosophie der russischen Literatur“ bemerkt Andrejewitsch nicht mit Unrecht, der „Bauernkultus“ sei aus einer Mischung einiger slawophiler Elemente mit der westlichen Strömung hervorgegangen. Die ersteren waren hierbei allerdings von größerer Bedeutung. Der große reformatorische Enthusiasmus, der in Rußland zu Beginn der Regierung Alexanders II. herrschte, wurde immer schwächer, die Gesellschaft und die geistigen Richtungen in ihr begannen sich zu differenzieren. Der „Bauernkultus“ als soziale und politische Strömung kristallisierte sich erst gegen die Mitte der siebziger Jahre völlig und wurde die herrschende Theorie im revolutionären Lager; noch später unterlag er infolge verschiedener Umstände, die wir noch kennen lernen werden, einer neuerlichen Differenzierung.

Auf Grund der geschilderten sozialen und politischen Verhältnisse und der angedeuteten Gedankenströmungen entstand nach dem Jahre 1870 eine neue revolutionäre Welle.

Drittes Kapitel.

Die revolutionären Kreise zu Beginn der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts und der Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen.

I.

Man hat häufig die revolutionäre Bewegung der sechziger Jahre mit der späteren verglichen, die den Versuch machte, die Agitation ins Volk zu tragen. Vielfach überwog dabei die Ansicht, und es ist auch heute noch häufig der Fall, diese zweite Bewegung hätte nicht eine Fortsetzung der ersteren gebildet, sondern sei selbständig entstanden. Die einen sprechen von einer vollständigen Unabhängigkeit und zwar sowohl hinsichtlich der Ideen als der handelnden Personen; die anderen wollen zwar einen gewissen gedanklichen Zusammenhang zwischen beiden Perioden finden, erblicken aber nichtsdestoweniger in den Führern nach dem Jahre 1870 völlig neue Menschen, die eine vollkommen neue Organisation schufen und ganz neue Wege gingen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bakunin es war, der in erster Reihe den Versuch anregte, im Volke selbst Propaganda zu treiben. Dasjenige Werk Bakunins, das zum Evangelium seiner Anhänger werden sollte, „Der Staat und die Anarchie“, erschien allerdings erst im Jahre 1873, d. h. zu einer Zeit, wo die neue revolutionäre Bewegung bereits feste Formen angenommen hatte, aber diese Tatsache besagt wenig, da Bakunin seine anarchistischen Ideen und seinen Bauernkultus schon in anderen Werken niedergelegt hatte und er auf die Revolutionäre der jüngeren Generation durch seinen berühmten Kampf innerhalb der „Internationalen“ wirkte. Endlich kam er auch mit einer

ganzen Reihe von Führern dieser neuen Bewegung im Auslande persönlich zusammen. Sein Rat wurde von ihnen sowohl in theoretischer Hinsicht als auch in Sachen der revolutionären Tätigkeit selbst eingeholt. Für den starken Einfluß Bakunins auf die Phantasie der russischen Revolutionäre zeugen unter anderem sehr deutlich die „Erinnerungen" von Debogorja-Mokrijewitsch.

Einen starken Einfluß, wenn auch fast ausschließlich in theoretischer Hinsicht, übte auf die revolutionäre Jugend nach 1870 auch Lawrow aus. Er hatte mit der freiheitlichen Bewegung der vorhergehenden Epoche durch seine Beziehungen zur ersten Organisation von „Land und Freiheit" in Berührung gestanden. Diese Beziehungen hatten aber allerdings nur zu Beginn der Organisation bestanden und waren bald abgebrochen. Einen gewissen Anhang hatte auch Michajlowski, der in seinen Anschauungen über Rußland vielfach ein Schüler Herzens war.

Einige der revolutionären Führer nach 1870, so Murawski, Wojnaralski, Dolguschin, Tkatschew, Wolchowski, hatten sich schon früher an der freiheitlichen Bewegung beteiligt, ohne jedoch bis dahin eine bedeutende Rolle zu spielen. Von der Mehrheit der hervorragenden russischen Revolutionäre in den siebziger Jahren läßt sich das allerdings nicht sagen, doch kann man ebensowenig behaupten, sie hätten mit der revolutionären Bewegung der vorhergehenden Jahre überhaupt keine Berührung gehabt. Eine gewisse Anzahl von ihnen war auch aus jenen Gruppen für Selbstbildung an den höheren russischen Lehranstalten hervorgegangen, die seit dem Ende der sechziger Jahre und im nächstfolgenden Jahrzehnt entstanden, dann verfielen und sich schließlich von neuem entwickelten.

Wir wissen auch, daß bereits unter den Revolutionären der sechziger Jahre der Gedanke von der Notwendigkeit, sich unmittelbar ans Volk zu wenden, erwogen wurde.

Während der kurzen Tätigkeit der Anhänger Karakosows traten bereits Bestrebungen hervor, die nach 1870 verwirklicht wurden. Das alles beweist klar, daß ein bedeutsamer Zusammenhang zwischen den revolutionären Strömungen der sechziger und denjenigen der siebziger Jahre bestand.

Heute besitzen wir über die revolutionäre Bewegung von 1870 bis 1876 bereits ein reichhaltiges Material. Durch die zahlreichen Memoiren der verschiedenen Mitglieder und die Anklageschriften in den verschiedenen Prozessen ist uns fast jeder größere revolutionäre Kreis bekannt. Entsprechend der Aufgabe, die ich mir gestellt habe, werde ich jedoch nicht auf die Einzelheiten eingehen, sondern mich auf die wichtigsten Erscheinungen innerhalb der Bewegung beschränken.

II.

Wie schon oben bemerkt, ging die revolutionäre Bewegung der Epoche, mit der wir uns hier beschäftigen, aus den Gruppen für Selbstbildung hervor. Zur Zeit der großen Reformen hatte sich die radikale Jugend eifrig am sozialen Leben beteiligt. In den intelligenten Kreisen der mittleren und teilweise auch der höheren Schichten hatte sie damals Beifall, Unterstützung und große Anerkennung gefunden. Seit dem Beginn der Reaktion hatten sich jedoch die Verhältnisse gründlich geändert; auf die Unterstützung jener Intelligenz konnten die radikalen Kreise nun nicht mehr rechnen, sie mußten sich auf sich selbst zurückziehen und versuchen, so rasch wie möglich mit dem Volke in Verbindung zu kommen.

Vor allem aber dachte diese radikale Jugend an ihre eigene Ausbildung, es handelte sich für sie darum, eine ausgereifte Weltanschauung zu erlangen, die ihnen nicht nur im Denken, sondern auch im Handeln als Richtschnur dienen sollte.

Die Erlangung von Bildung erheischte Bücher, die damals zahlreich gedruckt wurden und viel Geld kosteten; in erster Reihe wurden Übersetzungen verlegt. Seit die Reaktion von neuem begonnen hatte, verschlechterten sich auch die Zensurverhältnisse: eine Reihe kostbarer Werke konnte nicht mehr frei in Rußland gedruckt werden. Alle diese Umstände erschwerten der Jugend ihren Bildungsgang, der für sie von unendlicher Wichtigkeit und überaus wertvoll war. Die Schwierigkeiten mußten auf irgendeine Weise überwunden werden.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Gruppen für Selbstbildung unter der studierenden Jugend an den höheren

Lehranstalten unter Alexander II. nie aufhörten; im Frühjahr 1869 bildete sich die Gruppe der sogenannten „Tschajkowski-Freunde“ [1]), die sich im Laufe einiger Jahre gewaltig entwickelte und eine bedeutende Rolle innerhalb der revolutionären Bewegung spielte. Der ursprüngliche Zweck der Vereinigung war, die Jugend mit Büchern zu versehen. Die Gruppe kaufte eine beträchtliche Anzahl von Exemplaren zu ermäßigten Preisen und verbreitete sie. Sie gab dann auch selbst einige Bücher heraus; in der Schweiz wurde sogar eine eigene Druckerei gegründet, um in Rußland verbotene Bücher drucken zu können.

Die Gruppe bemühte sich auch, unter der Jugend eine einheitliche Bildung zu verbreiten; ein Verzeichnis der zum Lesen geeigneten Schriften wurde sorgfältig ausgearbeitet und die Jugend aufgefordert, sich danach zu richten.

In dem angeführten Aufsatz nennt Schischko fast alle Werke, die von den „Tschajkowski-Freunden“ verbreitet wurden. Die Auswahl der Autoren ist überaus charakteristisch, da man aus der Zusammenstellung auf die geistige Verfassung der damaligen radikalen russischen Jugend schließen kann. An erster Stelle stehen die Werke von Tschernischewski, Dobroljubow, dem Dichter Niekrasow und Pisarew. Dann kommen historische Werke von Kostomarow, Siergiejewitsch, Mordowzew, Schtschapow, Scherrs „Komödie der Weltgeschichte“, Buckle, der erste Band der „Geschichte der großen französischen Revolution“ von Louis Blanc, die Werke Darwins, Spencers, Mohls, Drapers. Endlich „Das Kapital“ von Marx (offenbar nur der erste Band, da die anderen damals noch nicht erschienen waren), Lassalles Werke (Band I), „Die Lage der arbeitenden Klassen“ von Berwi-Flerowski und „Das Proletariat in Frankreich und die Assoziationen“ von Scheller-Michajlow. Aus der fremdländischen schönen Literatur wurden die Werke Spielhagens und die Romane Schweizers verbreitet.

Schon aus dieser Liste ersehen wir, daß die geistigen Führer

1) Die Historiker dieser Gruppe geben die Zeit ihrer Entstehung nicht genau an. In Nummer 3 des „Boten der russischen Revolution“ (S. 53) versichert Schischko, die Gruppe sei im Frühjahr 1869 entstanden, wofür auch andere Umstände sprechen.

der damaligen Jugend fast die gleichen Schriftsteller waren, wie in der vorhergehenden Epoche.

Es ist charakteristisch, daß „Das Kapital" von Marx schon damals einen starken Einfluß ausübte: allerdings wirkten zunächst nur die ökonomischen, nicht auch die philosophischen und soziologischen Theorien des Verfassers. In den jugendlichen Köpfen setzte sich die Mehrwerttheorie und der Gedanke von der Zentralisation der Kapitalien leicht fest, dagegen blieb ihnen die materialistische Geschichtsauffassung in ihrer ganzen Tragweite fremd. Man muß allerdings auch den Umstand in Betracht ziehen, daß die Jugend damals alles, was Marx von der westeuropäischen Arbeiterschaft sagte, ohne weiteres auf den russischen Bauern übertrug.

Aus der Druckerei der „Tschajkowski-Freunde" sollten hervorgehen: eine neue Ausgabe der Werke Dobroljubows, „Die Arbeiterfrage" von Lange, „Das ABC der Sozialwissenschaften" von Flerowski, „Die Geschichte des Jahres 1848" von Blanc, „Die Geschichte der Kommune" von Couries, eine zweite Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klassen" von Flerowski und ebenso eine zweite Ausgabe der „Historischen Briefe" von Lawrow. Die sechs letzteren Werke wurden, wie Schischko versichert, im Druck unterbrochen und offenbar konfisziert.

Der Leser ist vielleicht über das Fehlen anarchistischer Werke in dieser Liste verwundert; nahmen doch grundsätzlich regierungsfeindliche Theorien bald überhand. Die Tatsache läßt sich vielleicht folgendermaßen erklären: einmal besaß die Gruppe der „Tschajkowski-Freunde" namentlich in der ersten Zeit ihrer Existenz nicht in allen Einzelheiten abgeklärte politische und soziale Anschauungen, in erster Reihe handelte es sich für sie um die Bildung der Jugend; zweitens drangen die anarchistischen Gedanken in die damaligen Kreise vor allem aus dem Auslande ein; sie wurden bald durch einzelne Nummern der „Volkssache" und einige (ältere) Broschüren Bakunins verbreitet, bald von Personen gepredigt, die aus dem Auslande heimkehrten, oder die als Abgesandte Bakunins für kurze Zeit nach Rußland kamen. Die wichtigsten Werke Bakunins in russischer Sprache erschienen erst 1873.

Die Tätigkeit der „Tschajkowski-Freunde“ erstreckte sich nicht nur auf Petersburg, sondern auf ganz Rußland. Die geistige Leitung der radikalen russischen Jugend lag bald in ihrer Hand.

Krawtschinski (Stiepniak) versichert, den Keim [1]) der Gruppe hätten die Schwestern Kornilow zusammen mit der später so berühmten Sophie Perowska gebildet, die sich mit ihnen befreundete, nachdem sie das Vaterhaus verlassen hatte [2]). Schischko [3]) vertritt dagegen die Meinung, die ersten Begründer der Gruppe der „Tschajkowski-Freunde“ seien W. Alexandrow und eine zweite Persönlichkeit gewesen, deren Namen in dem angeführten Aufsatz nicht genannt wird. Aus einem späteren Aufsatze Schischkos [4]) läßt sich der Schluß ziehen, daß er Marek Natanson meinte. Es läßt sich heute schwer sagen, welche dieser beiden Behauptungen die richtige ist, vielleicht widersprechen sie einander nicht einmal, wie man auf den ersten Blick meinen möchte. Die Schwestern Kornilow und die Perowska können den Kern gebildet haben, um den sich die späteren „Tschajkowski-Freunde“ sammelten, dagegen kann der Gedanke, eine einheitliche Gruppe zu bilden, von Natanson ausgegangen sein, während ihn W. Alexandrow bei der Verwirklichung des Planes unterstützte. Dunkel bleibt nur, warum sich die Gruppe den Namen Tschajkowkis beilegte, der nur eines der allerdings besonders hervorragenden Mitglieder war. Alle Historiker dieser Gruppe stimmen darin überein, daß die Mitglieder eine besondere Auslese von Menschen bildeten; die Beziehungen der Mitglieder zueinander waren wahrhaft brüderlich, ein starker Idealismus beherrschte sie in jeder Beziehung. Wenn überhaupt von Führern die Rede sein kann, meint Schischko in dem zu zweit angeführten Aufsatz, so waren es: Tschajkowski, Tscharuschin, die Perowska und Kuprjanow. Natanson wurde bedeutend früher als die übrigen verhaftet, ein anderes hervorragendes Mitglied

---

1) Der Kalender der „Volksfreiheit“, zweite Ausgabe von 1898 (in russischer Sprache), Lebensbeschreibung der Perowska S. 52.

2) Eine allgemeine Biographie der Perowska bringen wir an anderer Stelle.

3) „Der Bote der russischen Revolution“ (in russischer Sprache), Nr. 3, S. 53.

4) „Russischer Reichtum“ (russische Zeitschrift), Novemberheft S. 71.

der Gruppe — Siniegub — war eine Zeitlang von Petersburg abwesend.

Über den Charakter der Gruppe in der ersten Zeit ihres Bestehens schwanken die Ansichten. Während die einen meinen, diese eng verbrüderten Menschen seien nur von dem Wunsch nach allseitiger Ausbildung beseelt gewesen, finden andere schon in dieser Anfangszeit revolutionäre Bestrebungen. Ich glaube, daß die letzteren im Rechte sind. Zu Beginn waren die „Tschajkowski-Freunde“ allerdings nur bestrebt, ihre eigene geistige Entwicklung zu fördern und die anderer zu ermöglichen; in dem Augenblicke aber, als sie darangingen, sich zu bilden und nützliche Bücher zu verbreiten, hatten sie sicherlich auch schon das Ziel, sich und andere für eine revolutionäre Aktion vorzubereiten. Ihre Tätigkeit war anfangs nur die Vorbereitung, die Einleitung zu einem tatkräftigen Kampf mit den herrschenden Zuständen, wenn ihnen zunächst auch ein klarer Begriff darüber fehlte, welcher Art diese Gesellschaftsordnung sein sollte. Sie mußten zwischen den verschiedenen sozialistischen Schulen und dem Anarchismus eine Auswahl treffen. Die einzelnen Mitglieder der Gruppe konnten dabei verschiedene Anschauungen vertreten und taten es auch, und zwar nicht nur in den ersten Zeiten der Gruppe. Die Taktik selbst brachte es schon mit sich, daß Zweifel aufstiegen, die nur mit Hilfe einer genauen Kenntnis verschiedener Wissensgebiete, namentlich der Sozialwissenschaften, gelöst werden konnten.

Bei der Aufnahme neuer Mitglieder stellte die Gruppe große Anforderungen. Zunächst prüfte man die moralischen Eigenschaften der Neueintretenden und ihre Gewohnheiten. So versichert Schischko, ein Mann, der Alkohol trank, leichtsinnige Anschauungen über die Frauen hatte, Handschuhe und steife Wäsche trug, hätte sich vergebens um die Aufnahme beworben. Auch ehrgeizige Menschen wurden nicht gern aufgenommen. Die „Tschajkowski-Freunde“ überwachten einander, um nicht im täglichen Leben ihren Idealen untreu zu werden. Der sittliche Zusammenhang unter ihnen war größer als ihre Übereinstimmung in bezug auf Programm und Taktik: bestanden doch in Einzelheiten Unterschiede zwischen den Mitgliedern. Nur die grundsätzlichen sozialen Ideen waren allen gemeinsam.

In die Zentralgruppe der Tschajkowski-Gruppe — es existierten auch Hilfsgruppen — wurden neue Mitglieder nur bei Stimmeneinheit aufgenommen. Widersetzte sich auch nur eine Person, so wurde die Kandidatur verworfen.

Zur Charakteristik der Gruppe führe ich eine Tatsache an, die Starik [1]) in seinem wertvollen Aufsatz mitteilt. Einige Mitglieder, die ihre Willenskraft und ihre Verachtung der herrschenden Sitten und Gebräuche dartun wollten, beschlossen, einen Hund zu Mittag zu verspeisen, was auch geschah. Unstreitig machten sich die „Tschajkowski-Freunde“ auch vieler Übertreibungen schuldig; ebenso wurden die tiefsten Geheimnisse des individuellen Seelenlebens der Kontrolle und den Eingriffen aller preisgegeben, was der von einigen Mitgliedern gepredigten Freiheit der Persönlichkeit und sozialer Gruppen widersprach. Die gegenseitige Kontrolle hatte allerdings nach einer gewissen Zeit auch einen ganz besonders engen Zusammenhang der Mitglieder untereinander zur Folge. Eine Gruppe dieser Art kann natürlich nicht groß sein: eine Partei hätte unmöglich auf dieser Basis bestehen können. Die „Tschajkowski-Freunde“ gingen ungemein systematisch und vorsichtig vor und legten in Verschwörungssachen hervorragende Fähigkeiten an den Tag. Die Gruppe bestand denn auch verhältnismäßig ziemlich lange, d. h. etwa fünf Jahre.

Die „Tschajkowski-Freunde“ gründeten sogenannte Kommunen, in denen einige Personen zusammenwohnten und einen gemeinsamen Haushalt führten; daneben bestanden auch Landsmannschaften, d. h. Gruppen von jungen Leuten aus dem gleichen Gouvernement, die sich um die höheren Bildungsanstalten scharten. Die Tätigkeit der „Tschajkowski-Freunde“ in bezug auf den Druck und die Verbreitung von Büchern erreichte 1871 ihren Höhepunkt und lenkte auch die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich; bei Tschajkowski wurden im Laufe der Zeit vier Hausdurchsuchungen vorgenommen, auch wurde er zweimal verhaftet.

Ein Beweis für den Zusammenhang der Bewegung nach 1870 mit der des vorhergehenden Jahrzehnts ist auch der Umstand, daß die „Tschajkowski-Freunde“, anfangs wenigstens,

---

1) „Biloje“, Jahrgang 1906, Oktoberheft S. 8.

ebenso wie ihre Vorgänger an ein gemeinsames Vorgehen mit den oppositionellen Elementen dachten, die sich um die Ziemstwos scharten; die Ziemstwos machten damals bekanntlich den Versuch, unter der Landbevölkerung eine höhere Kultur, namentlich Elementarbildung zu verbreiten, wobei ihnen die Regierung beträchtliche Schwierigkeiten in den Weg legte. Schischko versichert, einige Mitglieder der Gruppe hätten sich eingehend mit Ziemstwoangelegenheiten beschäftigt, die entsprechende Literatur gelesen und auch Beziehungen mit Vertretern dieser Einrichtungen angeknüpft [1]. Sie seien jedoch bald zu der Überzeugung gekommen, daß eine dauernde Verständigung und ein gemeinsames Vorgehen mit den Ziemstwoleuten für sie unmöglich sei. Die näheren Einzelheiten dieser Annäherungsversuche sind uns unbekannt, wir können nur vermuten, daß die Annäherung an dem Mißtrauen der Ziemstwoleute gegen die „Tschajkowski-Freunde" und ihrer Furcht vor jeder kühneren Tat scheiterte; war doch die Gleichgültigkeit und Reaktion in den weiteren Kreisen der mittleren und höheren Schichten nach dem polnischen Aufstand und Karakosows Attentat ganz allgemein. Freilich herrschten auch damals noch in den russischen Ziemstwos konstitutionelle Bestrebungen. So trat das Ziemstwo von Wlodzimierz an die Regierung mit dem Vorschlag heran, man möge einen Kongreß sämtlicher Ziemstwos zur Beratung von Volksbildungsfragen und anderem einberufen; vorsichtigere Ziemstwos forderten zunächst nur die Einrichtung von größeren Provinzial-Ziemstwos, die ein Bindeglied zwischen den Gouvernement-Ziemstwos und einer allgemeinen Reichs-Ziemstwoversammlung bilden sollten. Doch handelte es sich hierbei nur um schüchterne Versuche; die „Tschajkowski-Freunde" gingen dagegen weiter und dachten an eine illegale Tätigkeit, obgleich es ihnen noch an scharf ausgeprägten Anschauungen fehlte.

Schischko versichert, der einzige Vorteil, den diese Verhandlungen zwischen den „Tschajkowski-Freunden" und den Ziemstwoleuten ergaben, habe darin bestanden, daß es den ersteren gelang, hier und da Leute, die ihnen ergeben waren, bei den

---

1) „Der Bote der russischen Revolution" Nr. 3, S. 56 und 57.

Ziemstwos als Volksschullehrer und -lehrerinnen, als geschulte Krankenpfleger und -pflegerinnen unterzubringen, was die unmittelbare Beziehung zur Bauernschaft, die den „Tschajkowski-Freunden“ so überaus erwünscht war, erleichterte.

Krapotkin erwähnt in seinen Memoiren [1]), die „Tschajkowski-Freunde“ hätten eine Zeitlang ernstlich daran gedacht, die Regierung gewaltsam zu einer Konstitution zu zwingen. Er selbst, erzählt Krapotkin, habe den Kollegen (d. h. Mitgliedern der Tschajkowskigruppe) vorgeschlagen, er wolle in den höheren Petersburger Kreisen, wo er ausgedehnte Beziehungen besaß, mit einer Agitation für die Konstitution beginnen. Er war damals der Ansicht, es würde ihm gelingen, Anhänger einer konstitutionellen Staatsordnung um sich zu scharen und sie dazu zu bringen, einen Druck auf die Regierung auszuüben. Der Vorschlag wurde in der Gruppe verworfen, da man überzeugt war, daß eine derartige Tätigkeit Krapotkins Gemütsverfassung nicht entspreche. Als später die terroristischen Anschläge kamen, bedauerte Krapotkin, daß jener Versuch nicht gemacht worden war: die Opfer, die die revolutionäre Bewegung damals zu verzeichnen hatte, wären seiner Meinung nach in diesem Falle nicht umsonst gewesen und hätten reiche Früchte getragen.

Die Diskussionen in der Tschajkowskigruppe über den Plan einer Konstitution zeitigten keinerlei Ergebnisse. Neben der Gleichgültigkeit in den mittleren und höheren Schichten der Bevölkerung, die die Vermutung nahelegte, daß eine derartige Agitation erfolglos bleiben würde, hielt noch ein anderer Grund die „Tschajkowski-Freunde“ von der Propaganda für die Einführung einer konstitutionellen Staatsform in Rußland zurück. Er lag in dem immer mehr anwachsenden revolutionären Bauernkultus im allgemeinen, namentlich aber in der immer stärkeren Verbreitung von Bakunins Lehren. Die Ursachen dieser Erscheinung unter der jungen Generation sind bereits erwähnt worden. Überdies waren die meisten Mitglieder, wie wir durch Krapotkin wissen, damals überzeugt, eine Konstitution werde nur dann

---

1) „Memoiren“ (in russischer Sprache) S. 206 und 207, auch deutsch vorhanden. Verlag Lutz, Stuttgart.

möglich sein, wenn die Regierung beginnen würde, die revolutionären Volksmassen zu fürchten. Dann würde sie vielleicht, um dem Druck von unten zu begegnen, versuchen, sich auf die mittleren Bevölkerungsschichten zu stützen, und sie zur Gesetzgebung und Verwaltung heranziehen.

Charakteristisch ist auch ein Vorfall, den Krapotkin erzählt, und der dafür zeugt, daß die „Tschajkowski-Freunde“ nicht für den Zarenmord waren. Als ein Revolutionär aus Südrußland nach Petersburg mit dem Vorschlag kam, Alexander II. zu ermorden, wurde der Plan in der Tschajkowskigruppe verworfen und sogar beschlossen, gegebenenfalls der Verwirklichung entgegenzuarbeiten. Die Mitglieder der Gruppe waren überzeugt, ein derartiger Anschlag würde unter den damals herrschenden Verhältnissen keinerlei wichtige Änderungen zur Folge haben, sondern die Reaktion eher noch vergrößern.

Die „Tschajkowski-Freunde“ beschlossen, ihre ganze Kraft auf die Arbeit im Volke zu lenken. Ein gewaltiger Plan zur Propaganda unter den Petersburger Arbeitern wurde entworfen, kam aber zunächst nicht zur Ausführung, da die Mitglieder ihre Tätigkeit auf die intelligente Jugend beschränkten. Es ist in erster Reihe das Werk von Sophie Perowska, daß dieser Plan 1871 und 1872 wieder aufgenommen wurde. Die Tätigkeit der „Tschajkowski-Freunde“ in dieser Richtung verdient unsere besondere Aufmerksamkeit, da es der erste derartige Versuch in Rußland war, der übrigens von Anfang an in recht großem Maßstabe verwirklicht wurde. Die ersten Agitatoren in Arbeiterkreisen, die aus der Tschajkowskigruppe hervorgingen, waren: Sierdiukow, Siniegub, Tscharuschin, Leonidas Panow und Stachowski; zu ihnen gesellten sich später noch Kuprjanow, der Fürst Peter Krapotkin, der heute ein berühmter Anarchist ist, Schischko, Jelnicki, Krawtschinski und andere. Die Propaganda war schon 1873 ziemlich ausgebreitet. In allen Stadtteilen existierten Arbeitergruppen, die von gebildeten und geschickten Agitatoren geleitet wurden.

Ihre Tätigkeit ist uns heute aus der Anklageschrift in dem Prozeß der 193, namentlich aber aus den Memoiren der „Tschajkowski-Freunde“ Siniegub, Schischko und Krapotkin bekannt.

Anfangs vermittelten diese Agitatoren ihren Anhängern in erster Reihe allgemeine Bildung, wozu sie übrigens von den Arbeitern selbst angespornt wurden, da diese häufig um Belehrung in dem einen oder anderen Fach baten. Bald aber begannen die „Tschajkowski-Freunde" die herrschenden sozialen und politischen Zustände im allgemeinen, die russischen aber besonders offen anzugreifen. Im allgemeinen nahmen die Arbeiter diese Vorträge mit großem Interesse und Vertrauen entgegen, mitunter kam es allerdings auch vor, daß dem einen oder anderen Arbeiter die Regierung noch als Autorität galt, so daß er die verächtlichen und gehässigen Urteile über sie ungern anhörte. Manch einer machte auch die Bemerkung, die Agitatoren, die eine nützliche Tätigkeit unter ihnen entfalteten, teilten im Gegensatz zu den Theorien, die sie predigten, doch nicht alle Leiden und Freuden des Proletariats.

Gegensätze zwischen der revolutionären Intelligenz und den Arbeitern scheinen jedoch verhältnismäßig selten hervorgetreten zu sein und entsprangen meiner Ansicht nach zum großen Teile dem Bauernkultus der „Tschajkowski-Freunde", die im Grunde genommen überzeugt waren, die Intelligenz müsse sich eigentlich vollkommen mit dem Volke vereinigen, physische Arbeit leisten, wie das Volk usw.

Obgleich die „Tschajkowski-Freunde" mit großstädtischen Arbeitermassen in Berührung kamen, die sie belehrten und unter denen sie Bildung verbreiteten, führten sie doch im Proletariat keine Agitation, die von den Bedürfnissen des Tages ausging. Ihr Ziel war vielmehr, unter den Arbeitern einzelne empfängliche und geistig regsamere Persönlichkeiten auszubilden, und auch diese von den „Tschajkowski-Freunden" erzogenen Leute innerhalb der Arbeiterschaft dachten noch nicht an eine Massenagitation. Die „Tschajkowski-Freunde" erzogen Revolutionäre, aber sie dachten zunächst noch nicht an Aufstände, d. h. an einen unmittelbaren Kampf mit der Regierung und den herrschenden Zuständen.

Die Arbeitermassen, unter denen sie ihre Tätigkeit entfalteten, setzten sich aus verhältnismäßig gelernten Arbeitern zusammen, die seit zwei oder mehr Generationen in der Stadt ansässig waren

und den unmittelbaren Zusammenhang mit dem Dorfe verloren hatten, wie etwa die Metallarbeiter; aber auch aus ungelernten, die erst seit kurzer Zeit in der Stadt waren und noch lebhafte Beziehungen zu ihren Heimatsdörfern besaßen, in die sie von Zeit zu Zeit zurückkehrten, wie etwa die Weber. Die Arbeiter der ersten Kategorie, die auf einer höheren geistigen und kulturellen Stufe standen, sahen auf die anderen von oben herab.

Schischko erwähnt auch, die Arbeiter hätten selber die „Tschajkowski-Freunde" ermahnt, ihre Tätigkeit von Petersburg aufs flache Land zu den Bauern zu verlegen. Im ersten Augenblick mag diese überaus charakteristische Tatsache sonderbar erscheinen. Wenn wir uns jedoch vor Augen halten, daß eine große Mehrzahl der Petersburger Arbeiter noch in engen Beziehungen zu ihren Heimatsdörfern standen, werden wir sie begreifen.

In der Tat, die Arbeiter, die noch durch enge Bande mit dem flachen Lande verknüpft waren, konnten damit rechnen, daß sie leichter auf Freunde und Verwandte, deren Gemütsverfassung ihnen bekannt war, würden einwirken können; sie konnten sogar annehmen, das ihnen vertraute flache Land, mit dem sie sich verwachsen fühlten, sei ein besserer Boden für ihre Tätigkeit als die Stadt; schließlich wirkte der Bauernkultus, den die „Tschajkowski-Freunde" predigten, auch auf sie; einen starken Eindruck machten namentlich die Berichte über die Erhebungen unter Stienka Razin und Pugatschew, die von den Revolutionären überschätzt und idealisiert wurden.

Schischko sagt nicht geradezu, die Arbeiter, die ihr Heimatsdorf erst kürzlich verlassen hatten und noch enge Beziehungen zu ihm unterhielten, hätten die „Tschajkowski-Freunde" überredet, ihre Tätigkeit auf bäuerlichen Boden zu übertragen. Aber einen derartigen Schluß legt eine Bemerkung des gleichen Verfassers nahe, wonach es Krilow war, der als erster vorschlug, in dieser Richtung zu arbeiten.

Die gelernten Fabrikarbeiter waren gut organisiert und besaßen eine eigene Kasse und Bibliothek. Unter ihnen führten die „Tschajkowski-Freunde" ihre Agitation auf einer, man möchte

sagen bereits höheren Stufe; unter den ungelernten war die Propaganda weit elementarer.

Den Höhepunkt ihres Einflusses auf das großstädtische Proletariat erreichten die „Tschajkowski-Freunde“ im Jahre 1873. Ohne Übertreibung kann man wohl sagen, daß die damaligen Arbeiterkreise kaum viel weniger als 1000 Mann zählten. Ich stütze meine Vermutung auf die Tatsache, daß mehr als zehn Personen Vorträge hielten und daß jede von ihnen einige Dutzend Hörer hatte; die vorgeschrittensten Arbeiter waren selber mit der Leitung von Gruppen betraut. Die „Tschajkowski-Freunde“ verwendeten bei ihrer Propaganda im Proletariat auch Broschüren, von denen noch die Rede sein soll.

Gegen Ende 1873 dachten sie bereits an die Gründung einer Organisation, die nur Arbeiter umfassen und in deren Händen die Agitation im hauptstädtischen Proletariat ausschließlich liegen sollte. Auch Streike wurden in Erwägung gezogen. Die bald darauf erfolgenden Verhaftungen durchkreuzten diese Pläne.

In der Schweiz, anfangs in Zürich, später in Genf besaßen die „Tschajkowski-Freunde“ Druckereien, in denen in Rußland verbotene Bücher gedruckt wurden. Im Jahre 1873 beschlossen sie, in Rußland selbst eine Geheimdruckerei zu errichten. Zu diesem Zwecke machte Kuprjanow eine Reise nach Wien, er brachte eine Druckermaschine nach Petersburg, die im Krankenhaus eines Arztes, namens Weimar, untergebracht wurde. Weimar wurde einige Jahre darauf verhaftet.

Die Anregung zu der im Ausland erscheinenden und in Rußland verbotenen Zeitschrift „Vorwärts“ (Wperiod), die Lawrow redigierte, ging in erster Reihe von den „Tschajkowski-Freunden“ aus. Ein Jahr lang — von Anfang 1872 bis Anfang 1873 — währten die Unterhandlungen zwischen Lawrow einerseits und den „Tschajkowski-Freunden“ und einigen anderen revolutionären Gruppen [1]) in Rußland anderseits, die für das neue Organ erforderlichen Mittel wurden gesammelt. Lawrow gibt selbst zu, er

1) Wer zu diesen anderen Gruppen neben den „Tschajkowski-Freunden“ gehörte, wissen wir nicht. Lawrow gibt zwar einen eingehenden Bericht über die Entstehung des „Vorwärts“, spricht aber über diesen Punkt nicht.

sei sich anfangs nicht darüber klar gewesen, an welche sozialen Kreise die neue Zeitschrift sich eigentlich wenden solle, so daß das Programm dreimal umgearbeitet werden mußte [1]). Anfang Juli 1873 erschien endlich in Zürich die erste Nummer des „Vorwärts", im März 1874 folgte die zweite. Bis Anfang 1875 war die Zeitschrift nicht periodisch, jede einzelne Nummer war ein stattlicher Band, erst später begann sie regelmäßig zweimal monatlich herauszukommen. Die ersten Hefte des „Vorwärts" drückten in erster Reihe die Anschauungen der „Tschajkowski-Freunde" aus, aber auch der Redakteur kam zu Worte, wobei sich allerdings zeigte, daß er nicht stets mit jenen übereinstimmte.

Im Sommer 1873 verließ ein großer Teil der „Tschajkowski-Freunde" Petersburg: sie wollten alte Beziehungen in der Provinz auffrischen und neue anknüpfen, ebenso mußten technische und Verlagsangelegenheiten geordnet werden. Im Herbst trafen sie wieder in Petersburg zusammen, um das Programm und die Taktik von neuem zu beraten. Auch die weitere Arbeit unter dem Proletariat mußte besprochen werden.

In der Führung der Propaganda war eine gewisse Änderung eingetreten. Von dem Wunsche beseelt, mehr als früher in persönliche Beziehungen zu den Arbeitern zu treten, und um diesen zu zeigen, daß sie bereit seien ihr Leben zu teilen, begann die revolutionäre intelligente Jugend verschiedene Handwerke zu lernen und in Fabriken und Werkstätten zu arbeiten. Ende 1873 gelangte die erste Nummer des „Vorwärts" nach Rußand.

II.

Später als die Organisation der „Tschajkowski-Freunde" entstand die Gruppe Dolguschin, die eine große Rolle in der russischen revolutionären Bewegung spielen sollte. Sie war die erste, die eine unmittelbare revolutionäre Agitation unter der Landbevölkerung begann.

---

1) Siehe seine wertvolle, reiches Tatsachenmaterial enthaltende und objektive Arbeit „Die Propaganda der Volksfreunde" in den „Materialien zur Geschichte der sozialrevolutionären Bewegung" Nr. 4 und 5 (in russischer Sprache).

Man kann heute nicht genau feststellen, in welche Zeit die Gründung dieser Gruppe fällt, sicher ist nur, daß sie im Herbst 1872 bereits in Petersburg tätig war, wofür die Anklageschrift [1]) im Prozeß Dolguschin und Genossen spricht.

Alexander Dolguschin gehört zu den tatkräftigsten und hervorragendsten Führern der russischen revolutionären Bewegung. Er wurde 1848 im Gouvernement Tobolsk geboren. Sein Vater war seiner Abstammung nach ein Bauer, kam aber in frühen Jahren in die Stadt, wo er die Schule besuchte; er heiratete die Tochter eines wohlhabenden Kaufmanns und wurde später Richter. Alexander besuchte die Schule in Tobolsk und zeichnete sich schon als Knabe durch eine besondere Auffassungsgabe aus; er war ungemein lebhaft, entschlossen und empfänglich. Schon in der dritten Klasse kam es zu häufigen Auftritten mit den Lehrern, Karzerstrafen wurden überaus häufig über ihn verhängt; er war der Führer, um den sich die begabteren Jungen scharten. Dolguschin begann sehr bald die Schulweisheit kritisch anzusehen und sich auf eigene Faust durch Lektüre zu bilden. In den höheren Gymnasialklassen war er bereits sehr belesen und hatte ausgesprochen radikale Anschauungen, die er in den Bildungsvereinen, die er gründete, auch anderen Kollegen einzuimpfen verstand. Er war eine vielseitige Natur; neben hervorragenden geistigen Gaben hatte er ein ausgesprochenes Talent für allerlei Handfertigkeiten. Im Gefängnis war er ein ausgezeichneter Drechsler. Er war ein Freund von Vergnügungen und ein prächtiger Tänzer, Pferderennen liebte und beobachtete er mit großem Interesse, Billard spielte er leidenschaftlich. Über theoretische Dinge konnte er stundenlang angeregt diskutieren. Er war von Natur weich und gut, aber leidenschaftlich, ein unversöhnlicher Feind des Despotismus; was mit diesem irgendwie zusammenhing, war ihm in tiefster Seele verhaßt.

Das Gymnasium widersprach Dolguschins Gemütsart so sehr, daß er es gegen den Willen der Eltern vor der Schlußprüfung verließ. Er begab sich 1868 nach Petersburg und trat als außer-

---

1) Veröffentlicht in Band I der „Politischen Verbrechen in Rußland" von Basilewski S. 461—571 (in russischer Sprache).

ordentlicher Hörer in die Chemische Abteilung des Technologischen Instituts ein. Im Studentenleben der Hauptstadt spielte er bald eine hervorragende Rolle, er beteiligte sich an verschiedenen Protesten, trat in Versammlungen häufig als Redner auf und entfaltete überhaupt eine rege Tätigkeit in den Kreisen der russischen Jugend. Er heiratete noch als Student, machte seine künftige Frau aber von vornherein darauf aufmerksam, daß sie an seiner Seite kein ruhiges Familienleben erwarten dürfe. Vier Monate nach der Trauung, im Januar 1869, wurde er denn auch schon zusammen mit seiner Frau in der Angelegenheit Nietschajew verhaftet; es handelte sich außerdem noch um die Organisierung einer sibirischen Gruppe, die sich die Loslösung Sibiriens von Rußland zum Ziel gesetzt hatte. Dolguschins Frau, die schwanger war, wurde nach zwei Monaten freigelassen, er selber blieb ein Jahr und acht Monate in Haft, um dann aus Mangel an schwerwiegenden Beweisen in Freiheit gesetzt zu werden. Dolguschin hatte eine Zeitlang eine Stellung in der Staatsschatzverwaltung, die er aber bald aufgab, um Administrator auf einer Fabrik Wereschtschagins zu werden. Hier gab er sich völlig der revolutionären Propaganda unter den Fabrikarbeitern hin. Er organisierte einige Gruppen, die sich jeden Samstag bei ihm versammelten. Aus der Anklageschrift erhält man kein klares Bild von der Art der Propaganda, die hier getrieben wurde; wir erfahren nur, daß auch Studenten beteiligt waren. Wir wissen, daß man über den „normalen Menschen" diskutierte und die herrschenden Zustände einer Kritik unterzog. Der Verfasser der „Erinnerungen an Dolguschin" [1]), dem ich einige Einzelheiten über das Leben dieses Revolutionärs entnehme, läßt über diese Gruppen nichts verlauten. Nur auf Grund der Broschüren, die Dolguschin schon damals schrieb und die bald darauf gedruckt wurden, lassen sich einige Vermutungen aufstellen. Aus diesen Veröffentlichungen, mit denen wir uns noch ausführlicher beschäftigen werden, geht hervor, daß er bei seiner Propaganda die herrschenden Zustände unmittelbar angriff und zu einem

---

1) „Galerie der Schlüsselburger Gefangenen" Teil I, S. 72—79, Petersburg 1907 (in russischer Sprache).

Aufstand anspornte. Schischko weiß nicht mit Sicherheit zu sagen, ob Dolguschin ins Ausland reiste, um sich mit Bakunin zu verständigen. Aus dem Anklageakt sehen wir nur, daß sein Freund Dmochowski einmal ins Ausland ging; doch ergab die Untersuchung nicht, zu welchem Zweck er diese Reise unternahm. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Dmochowski mit Bakunin oder dessen Sekretär zusammentraf, da die Broschüren, die die von Dolguschin geleitete Gruppe herausgab, sowie die Tätigkeit ihrer Mitglieder, die sich in einem Dorf unweit Moskau niedergelassen hatten, deutlich erkennen lassen, daß sie alle von den Grundsätzen dieses großen Anarchisten durchdrungen waren.

Die Tätigkeit Dolguschins, Dmochowskis und vieler anderer aus den erwähnten Petersburger Gruppen währte nicht lange, da sie im April 1873 bereits aufs flache Land hinauszogen. Aus dem Anklageakt geht hervor, daß Dmochowski, ein tatkräftiger und flinker Mensch, der erste war, der auf diesen Gedanken kam. Dolguschin kaufte, 25 Werst von Moskau entfernt, im Dorfe Sarajewo an der Straße nach Riasan fünf Desjatinen Land und legte eine Bauernwirtschaft an. Die Landwirtschaft war selbstverständlich nur ein Vorwand, das Grundstück diente den Revolutionären als Schlupfwinkel, auch war in dem Hause eine Geheimdruckerei untergebracht, in der drei Broschüren gesetzt wurden: zwei davon hatte Dolguschin verfaßt, eine dritte stammte aus der Feder Berwi-Flerowskis, eines bekannten Revolutionsführers aus den sechziger Jahren, der damals bereits in der Verbannung lebte.

Zu Dolguschin gesellten sich Dmochowski aus Moskau und andere.

Die gedruckten illegalen Broschüren wurden unter den Bauern verteilt, es handelte sich dabei bereits um eine Massenagitation, bei der schon gedrucktes Material verwendet wurde. Soweit man aus der Anklageschrift entnehmen kann, trieben Dolguschin, Dmochowski und ihre Gefährten auf dem Lande keine systematische Propaganda in einzelnen Gruppen, sondern suchten bereits Vorbereitungen zu einem Aufstand zu treffen; sie hofften, schon in der nächsten Zeit eine revolutionäre Massenbewegung zu entfachen. Neben den genannten drei

Broschüren wurden auch einzelne Aufrufe gedruckt. Alle diese Drucksachen wurden nicht nur im Gouvernement Moskau, sondern auch in einigen angrenzenden verbreitet. Dolguschin, Dmochowski, Panin, Plotnikow und andere übten ihre Tätigkeit auf dem Lande nur etwa ein halbes Jahr aus. Schon im September 1873 begannen die Verhaftungen.

In einem Aufsatz, der eine ganze Reihe von Einzelheiten über die Bewegung von 1872 bis 1874 enthält [1]) und eine vorzügliche Charakteristik gibt, versichert Starik, die ganze Tätigkeit Dolguschins und seiner Kollegen sei vollkommen erfolglos geblieben. Diese Ansicht scheint mir unrichtig. In den bäuerlichen Massen war ein solcher Einfluß allerdings nicht zu merken, ebensowenig wie der anderer Volksagitatoren aus dieser Zeit, da ihre Tätigkeit zu kurze Zeit währte. In denjenigen revolutionären Kreisen aber, die sich zur Arbeit im Volke vorbereiteten, war ihr Einfluß stark, was übrigens auch andere Revolutionäre bestätigen. Die Bedeutung der Tätigkeit der Gruppe Dolguschins liegt darin, daß ihre Mitglieder zuerst eine revolutionäre Agitation unter die Bauern trugen. Die anonymen Autoren einer in den siebziger Jahren sehr verbreiteten und bekannten Schrift „Die Hungrigen und die Satten" wollen den Beginn der revolutionären Bewegung in der Tätigkeit Dolguschins und seiner Kollegen sehen.

Eine Wiedergabe des Inhalts der von der Gruppe herausgegebenen Broschüren wird dem Leser einen Begriff von der Agitation geben, die diese Gruppe auf dem flachen Lande entfaltete. Die erste Broschüre „Wie muß man leben, um den Gesetzen der Wahrheit und der Natur zu gehorchen" hatte Berwi-Flerowski geschrieben. Sie geht von der Gleichheit aller Menschen aus, erklärt, alle hätten das gleiche Recht auf Leben und Glück, und bekämpft das individuelle Eigentum. Die russischen Zustände werden sowohl in wirtschaftlicher, als politischer Beziehung einer scharfen Kritik unterzogen. Der Verfasser erklärt, die Zaren seien selber in der Hand des Adels, der das Volk aussauge und bedrücke

---

1) „Die Bewegung der siebziger Jahre nach dem großen Prozeß der 193". „Biloje", Jahrgang 1902, Oktober-Dezember.

und ihm mit Hilfe einer käuflichen Geistlichkeit einrede, die Macht des Herrschers käme von Gott. Eine zweite Broschüre unter dem Titel „An die intelligente Bevölkerung“ ist von Dolguschin verfaßt. Der Ton ist hier sehr gewaltsam. Dolguschin verlangt, man möge eine Massenagitation einleiten, um eine Revolution hervorzurufen. Die bestehende soziale und politische Ordnung sei nicht zu ertragen, eine neue müsse geschaffen werden, die sich auf Freiheit und kollektives Sozialeigentum aufbauen müsse. Die Feinde des Volkes, die Zaren, Bojaren und Fürsten müssen ausgerottet werden, heißt es.

Die Broschüre war zwar in einer gemeinverständlichen Sprache abgefaßt, aber sichtlich nicht für die Massen, sondern für die Agitatoren bestimmt.

Eine dritte, gleichfalls aus Dolguschins Feder stammende Broschüre, die den Titel „An das russische Volk“ führte, wandte sich an die ganz breiten Volksmassen; sie war inhaltlich mit den beiden anderen verwandt und in einer Sprache abgefaßt, die den Bauern verständlich sein mußte.

Diese Broschüren enthielten nicht das sogenannte Minimalprogramm, ebensowenig brachten sie einzelne taktische Weisungen; sie riefen vielmehr alle zur gewaltsamen Revolution auf.

Das Gericht verurteilte Dolguschin und Dmochowski als die Hauptschuldigen zu zehn Jahren, Gamow zu acht, Panie und Oblotnikow zu fünf Jahren Zwangsarbeit; alle wurden sämtlicher bürgerlicher Rechte für verlustig erklärt; die übrigen Angeklagten erhielten niedrigere Strafen.

Dmochowski starb auf dem Wege in die Zwangsarbeit in Irkutsk. Dolguschin verhalf unterwegs in Krasnojarsk Malawski, der zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt war, zur Flucht aus dem Gefängnis, wobei ihm seine Schwester half. Sie wurde infolgedessen verhaftet; um Schwester und Vater zu retten — der alte Dolguschin war Staatsanwalt in Krasnojarsk —, erklärte Dolguschin, er hätte ganz allein beschlossen, Malawski zu befreien, und hätte ebenso den Plan allein ausgeführt. Um dieselbe Zeit schlug er den Gefängnisvorsteher, der die Verschickten besonders schlecht behandelte, ins Gesicht. Nun wurde seine Zwangsarbeit auf zwanzig Jahre erhöht. Er verbrachte zwei Jahre in

Kara in einem Gefängnis, wo die zur Zwangsarbeit Verurteilten untergebracht waren, verhalf Mischkin und anderen zur Flucht und wurde zur Gefängnishaft in Schlüsselburg verurteilt. Unterwegs erkrankte er an den Blattern. In Nischniy Nowgorod trennte man ihn von seiner zweiten Frau und dem kleinen Kinde, das sie hatten. Er starb 1884 oder 1885 in Schlüsselburg. Während seiner Gefängniszeit brachte es dieser außerordentliche Mensch noch zuwege, seine Bildung bedeutend zu fördern.

III.

Auf den Verlauf jener revolutionären Bewegung, die unter dem Schlagwort der „Agitation im Volke“ bekannt geworden ist, waren in erster Reihe die Bakunisten von Einfluß. Ich habe bereits gegen Schluß des ersten Bandes erwähnt, daß Bakunin sich nach seinem Austritt aus der „Internationalen“ mit den russischen Angelegenheiten befaßte. Da es ihm nicht um Popularität zu tun war, die er sogar für schädlich hielt, trat er nicht in unmittelbare Beziehungen zu der russischen Jugend, die in der Schweiz studierte, oder für kurze Zeit hinkam, um in der Welt Umschau zu halten und sich in revolutionären Dingen Rat zu holen. Er ließ nur einzelne hervorragendere Persönlichkeiten an sich herankommen, die selber einen starken Einfluß auf die Jugend hatten und durch die er mittelbar stark auf die Bewegung einwirkte. Seit dem Prozeß gegen Nietschajew wollte die russische revolutionäre Jugend nichts mehr von zentralisierten Geheimorganisationen hören, die von einzelnen oder kleinen Komitees geleitet würden. Eine Zeitlang war es daher unmöglich, eine stramme Organisation zu bilden. Aber schon die Praxis der Bewegung, die Bakunin so vorzüglich kannte, forderte einen gemeinsamen Plan und ein einheitliches Vorgehen. Bakunin beriet sich mit seinen Anhängern und beschloß dann, die revolutionären Kräfte in losen, freien Gruppen zn vereinigen. Die Gruppen sollten von hervorragenden Personen geleitet werden, die das Vertrauen aller besaßen und sich untereinander gut verstanden. Lermontow, Kowalik und Debogorja-Mokrijewitsch fuhren zu Bakunin und besprachen mit ihm die Leitung einer revolutionären Aktion. Wahrscheinlich machten sich auch andere auf

den Weg zu dem großen Anarchisten, aber aus der Anklageschrift, die Starik in dem bereits erwähnten Aufsatz anführt, und den „Erinnerungen" von Debogorja-Mokrijewitsch erfahren wir nur über die Beziehungen dieser drei zu Bakunin einiges Nähere.

Im Sommer 1873 beschloß Lermontow, ein früheres Mitglied der Tschajkowskigruppe, der infolge von Mißhelligkeiten irgendwelcher Art [1]) ausgetreten war, selbst eine Gruppe ins Leben zu rufen, und fuhr ins Ausland [2]), um sich bei Bakunin Rat zu holen. Er kehrte sehr bald zurück und gründete eine Organisation, die ihre Mitglieder zu einer revolutionären Aktion im Volke vorbereiten sollte.

Zu der Gruppe Lermontow gehörten die folgenden Personen: Sophie Leschern von Herzfeld, die Tochter eines Generalmajors; sie war etwa 40 Jahre alt, als sie sich der Gruppe anschloß, und war schon mit den früheren radikalen Kreisen in Berührung gewesen. Auf dem Gut ihrer Mutter im Gouvernement Nowgorod gründete sie 1872 eine Schule, die sie in freiheitlichem Sinne vorzüglich leitete. An dieser Schule wirkte auch Gamow, der später im Prozeß Dolguschin verurteilt wurde, als Lehrer.

Barbara Wachowska, die später Boner-Osmolowski heiratete. Sie war damals ein ganz junges Mädchen; sie hatte das Gymnasium in Kamieniec-Podolsk durchgemacht, wo sie sich schon durch ihre Vorliebe für soziale Arbeit hervorgetan hatte. Sie bildete sich später in Zürich aus, von wo sie als überzeugte Anarchistin heimkehrte. Eugenie Sudzilowska, die später Wolinski heiratete, begann früher als die anderen die Propaganda im Volke; Kirjak Miloglaskin, ein Student des Technologischen Instituts; Moses Rabinowitsch, ein sehr junger Bursche, der den Transport der illegalen Zeitungen nach Rußland bewerkstelligte und in Lermontows Abwesenheit beinahe die wichtigste Rolle in der Gruppe spielte.

Die Tätigkeit der Gruppe währte nur kurze Zeit; sie suchte

---

1) Vieles spricht dafür, daß die „Tschajkowski-Freunde" Lermontow für allzu ehrgeizig hielten, woraus Mißhelligkeiten folgten.

2) Siehe die Anklageschrift aus dem Prozeß der 193, abgedruckt in Band III der „Politischen Verbrechen in Rußland" von Basilewski S. 41.

die Jugend für die Bakuninschen Lehren zu gewinnen und trieb eifrig Propaganda; auch wurden die Anhänger zur Agitation im Volke vorbereitet. Die Leschern von Herzfeld, die Wachowska, Miloglaskin und die Sudzilowska begannen 1874 die Propaganda im Volke und trieben kurze Zeit revolutionäre Agitation.

Eine andere Gruppe von Bakunisten scharte sich in Petersburg um Sergius Kowalik, einen der hervorragendsten damaligen russischen Revolutionäre. In Petersburg lernte er Lermontow kennen, der ihm nach seiner Rückkehr aus der Schweiz seine Pläne aufdeckte. Kowalik, der bereits zum Anarchismus neigte, kam jetzt mehr und mehr unter diesen Einfluß und hegte den Wunsch, mit Bakunin selbst zusammenzukommen, was ihm auch gelang. Er kehrte dann nach Petersburg zurück, machte sich tatkräftig an die revolutionäre Arbeit und gründete eine Gruppe. Er besaß große organisatorische Fähigkeiten, verstand es, sich rasch zu orientieren und die Leute zur Tätigkeit im Sinne der Revolution anzuspornen.

Zu seiner Gruppe gehörten die folgenden Personen: Jan Blachzewitsch, ein Student des Instituts für Wegebau und Verkehrswesen, ein Mensch von schwacher Gesundheit, aber großen Fähigkeiten; seine Schwester Kleopatra, die mit Kowalik verlobt war; sie war sehr energisch und arbeitete eine Zeitlang als Fabrikarbeiterin, um das Leben des Proletariats kennen zu lernen; Lemeni-Makiedon, ein Student aus dem Technologischen Institut, der nur mittelmäßige geistige Fähigkeiten besaß, wie Starik sagt, aber sehr viel Ausdauer und Tatkraft hatte; er arbeitete ebenfalls in Petersburg als Fabrikarbeiter; Frost, ein Student, der frühzeitig starb; Mitrofan Hryncenkow, ein jugendlicher, aber sehr ernster Student, der Kowalik oft auf seinen Agitationsreisen begleitete; Nikolaus Pajewski, gleichfalls Student, ein sehr energischer Mensch, der fast ganz Rußland zu Propagandazwecken bereiste; wenn Kowalik von Petersburg abwesend war, war er es, der die Gruppe nach außen vertrat; endlich Alexander Artamanow, ein Student, der sich infolge seiner besonderen moralischen Eigenschaften unter der Jugend einer großen Achtung erfreute.

Zu der Gruppe gehörte auch noch der bekannte Publizist

Kablic, der sich des Pseudonyms Juzow bediente und später einer der Theoretiker der konservativen antirevolutionären Volkspartei wurde; er hatte ziemlich viel Anhänger, namentlich unter den Frauen. Anfang 1874 machte er sich mit einigen anderen von Kowalik los und begründete eine eigene Gruppe.

Die Kowalikgruppe war eine der tätigsten in ganz Rußland, sie besaß ausgebreitete Beziehungen in der Provinz und trug vielleicht in erster Reihe zur Ausbreitung des Bakunismus bei. Neben der Propaganda unter der Jugend, der Verbreitung ausländischer revolutionärer Drucksachen wurde auch noch durch die Mitglieder Pajewski und Artamanow unter den Petersburger Arbeitern agitiert. Um Weihnachten 1874 herum beschlossen die Mitglieder der Gruppe, aufs flache Land hinauszugehen, um die revolutionäre Propaganda auf breiterer Basis führen zu können; im Mai 1875 führten alle diesen Entschluß aus, in Petersburg verblieb einzig Artamanow als Vertreter der Gruppe [1]).

Von den Petersburger Gruppen verdient auch noch die Gruppe der Artilleristen erwähnt zu werden, die aus Artillerieoffizieren bestand und zu der Krawtschinski, Schischko und Rogatschew schon im Jahre 1872 Beziehungen unterhielten. Zu ihr gehörten Artow, Tieplow, Usatschow, Nefetow und andere. Nähere Beziehungen zu dieser Gruppe hatte auch Siedoracki, der mit der bekannten Revolutionärin Obodewska verheiratet war und einen beträchtlichen Einfluß ausübte. Die Artilleristengruppe wünschte lebhaft dem Volke näher zu kommen und beschloß daher ein Handwerk zu erlernen. Zu diesem Zwecke wurde unter Schischkos Leitung, der zu den „Tschajkowski-Freunden" gehörte, eine große Werkstatt errichtet, wo die Jugend das Schlosserhandwerk erlernte und gleichzeitig in die Revolutionsangelegenheiten eingeweiht wurde [2]). In der Bewegung selbst spielte diese Gruppe keine hervorragende Rolle.

Die Gruppe der Orenburger, die sich aus jungen Leuten

---

1) Siehe die Anklageschrift aus dem Prozeß der 193 in „Die politischen Verbrechen in Rußland" von Basilewski, Bd. III, S. 54.

2) Die Nachrichten über diese und andere Gruppen entnehme ich neben der Anklageschrift im Prozeß der 193 noch dem bereits angeführten Aufsatz von Starik.

zusammensetzte, die sämtlich aus dem Gouvernement Orenburg stammten, stand unter der Leitung von Golouschew, dem Sohne eines Gendarmerieobersten. Auf einer Reise nach seiner Geburtsstadt kam er mit Murawski zusammen, einem Führer aus dem vorhergehenden Jahrzehnt, der 1870 aus der Zwangsarbeit zurückkehrte. Murawski war von den neuen Ideen ganz erfüllt und machte für eine breit angelegte Agitation im Volke Propaganda, um so den Boden für die Revolution vorzubereiten. Unter seinem Einfluß vollzog sich die revolutionäre Schulung der radikalen Jugend von Orenburg, die später nach der Hauptstadt kam und hier die Gruppe Golouschew bildete. Mitglieder waren: Aransin, Schtschigolew, Traubenberg, Woskriesenski, Fiedorowitsch, Kleopatra Lukaschewitsch und Marja Wierewotschkina, die Braut Golouschews.

Schließlich gab es noch Saratower und Samarer Gruppen, die nur sehr kurze Zeit existierten und in Petersburg selbst keinerlei Spuren hinterließen, aber mit den Gruppen ihrer Heimatstädte Verbindungen hatten.

Neben den genannten existierten noch einige Gruppen von Lawrowanhängern, die verhältnismäßig gemäßigt waren; ihre Mitglieder verschoben ihre Tätigkeit bis nach dem Abgang von den verschiedenen höheren Lehranstalten, die sie besuchten. Sie waren grundsätzlich für eine Tätigkeit im Volke selbst und ebenso für eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft, waren aber überzeugt, dieser Prozeß würde jahrelang währen, und dachten zunächst in erster Reihe an Kulturarbeit im Volke. Ihre Haupttätigkeit bestand in Selbstbildung; Einzelheiten sind uns über diese Kreise nicht bekannt. Kein einziges ihrer Mitglieder hat Memoiren hinterlassen, die einiges Licht über diese Personen verbreiten könnten. In den Anklageakten finden sich keinerlei Hinweise auf eine ausgedehntere Tätigkeit dieser Lawrowgruppen als Organisation.

Auch außerhalb Petersburgs existierten zahlreiche revolutionäre Gruppen, von denen einige sogar eine bedeutende Rolle spielten. Unstreitig aber ging die Anregung und die moralische und geistige Leitung in erster Reihe von den Petersburger Gruppen aus, namentlich von zweien: von der Gruppe der

„Tschajkowski-Freunde“ und der Kowalikgruppe. Nur in Kijew zeichnete sich die Bewegung durch eine große Selbständigkeit aus.

IV.

Moskau war seit langer Zeit, nämlich seit 1862, ein günstiger Boden für radikale und revolutionäre Gruppen. Die Gruppen entstanden, verfielen und bildeten sich von neuem. Als Dolguschin sich in der Nähe von Moskau ansiedelte, war er ebenso wie sein Freund Dmochowski, der nach Moskau selbst zog, eifrig bemüht, die radikalen Elemente für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen. Da ihre Tätigkeit jedoch nur kurze Zeit währte, gelang ihnen die Bildung einer größeren Organisation nicht.

Gegen Ende 1873 gruppierte sich die radikale Jugend von Moskau um zwei höhere Lehranstalten: um die Universität und die Kaiser-Peters-Akademie für Landwirtschaft. Es bestanden auch zwei Gruppen, die sich vorwiegend aus den Hörern dieser beiden Anstalten zusammensetzten.

Zu der ersten gehörten: die Brüder Aradak, Nikolaus Sablin, der später bekannte Nikolaus Morosow, der damals gerade das Gymnasium verlassen hatte, Olimpja Aleksiejewa, ein junges Mädchen aus dem Gouvernement Tambow, und andere. Die Gruppe unterhielt enge Beziehungen zu den „Tschajkowski-Freunden“, die damals Moskau häufig und lange besuchten, namentlich Krawtschinski und Schischko kamen häufig hin. Nikolaus Morosow [1]) gibt uns ein deutliches Bild von den Anschauungen, die in dieser Gruppe herrschten. Im Gegensatz zu den Petersburger „Tschajkowski-Freunden“ agitierten die Mitglieder dieser Gruppe nicht unter den städtischen Arbeitern, die sie für einen durch die städtische Zivilisation „verdorbenen“ Bevölkerungsteil erklärten. Nur ausnahmsweise unterhielten einige unter ihnen Beziehungen zur städtischen Arbeiterbevölkerung; um so mehr wurde der russische Bauer idealisiert. Die Gruppe erklärte,

---

1) In einem Aufsatz, der im „Russischen Reichtum“, Jahrgang 1906, Mai und Juni, erschienen ist und den Titel „Aus der Jugendzeit“ trägt.

sie wolle dem Volke keinerlei soziale und politische Ordnung aufdrängen, sie wolle nur helfen, die bestehende zu vernichten; das Volk würde dann selbst entscheiden, welche Lebensform ihm die entsprechendste dünke. Morozow versichert, die Gruppe habe gar keine bestimmten Anschauungen über die Zukunft gehabt, sondern hätte nur eine Vereinigung mit der Bauernschaft angestrebt.

Morosow selbst verhielt sich schon damals zu diesem starken Glauben an die revolutionäre Stimmung der russischen Bauern sehr kritisch. Er war nicht mehr davon überzeugt, daß die Bauernschaft jene schöpferische Macht in der Gesellschaft sei, die allein große soziale Umwälzungen würde vornehmen können. Diese Anschauungen des jungen Revolutionärs, die von denen der anderen Mitglieder stark abwichen, bildeten jedoch kein Hindernis für gemeinsame Arbeit. Sein Skeptizismus hinderte ihn nicht daran, Revolutionär zu sein: er war es unstreitig, aber er glaubte gleichzeitig, daß auch noch andere Elemente als die Bauernschaft in die Bewegung einbezogen werden müßten, und wollte der Intelligenz eine größere Rolle zuweisen als den übrigen Schichten.

Die Petersburger Anarchisten aus dem Bakuninkreis versuchten auf die oben beschriebenen Moskauer Kreise im Namen ihrer Prinzipien einzuwirken, erzielten jedoch keine Erfolge.

In dem angeführten Aufsatz versucht Morosow zu zeigen, seine damaligen Gefährten in Moskau seien ebenso wie ein Teil der Revolutionäre in anderen Städten nur Radikale gewesen (in Moskau nannten sie sich wenigstens selbst so). Die damalige Bewegung, erklärt Morozow, sei nichts weniger als eine Klassenbewegung gewesen, sondern nur der Kampf des unzufriedenen und revolutionären Teils der russischen Intelligenz gegen die damalige absolutistische Staatsordnung. Diese revolutionäre Jugend, die von geistigen und elementaren Kräften strotzte, habe in erster Reihe für ihre eigene Freiheit gekämpft, die sie jedoch mit der Freiheit der Allgemeinheit identifizierte; da sie den Kampf nicht allein habe aufnehmen können, habe sie das Volk aufgerufen und jene Ideen auf ihre Fahne geschrieben, die ihr die damalige Zeit nahelegte; so sei sie auch dazu gekommen, aus dem russischen

Bauern einen kleinen „Gott“ [1]) zu machen. Morosows Ansichten bekämpfte Schischko, der sich in dem angeführten Aufsatz nachzuweisen bemüht, die damalige revolutionäre Jugend sei nicht nur radikal, sondern auch sozialistisch gewesen und habe sich von der Art ihrer Ziele vorzüglich Rechenschaft gegeben.

Sowohl Morosow als Schischko scheinen teilweise im Recht zu sein. Morosow macht mit Recht geltend, der Ursprung der Bewegung sei auf den Kampf der Jugend um Staatsbürgerrechte zurückzuführen; aus diesem Grunde habe sie in der Gesellschaft Kräfte gesucht, die die bestehende politische Ordnung niederwerfen könnten. Verglich sie die damaligen Verhältnisse Rußlands mit denen Westeuropas, so mußte sie ihre Aufmerksamkeit in erster Reihe der ländlichen Bevölkerung zuwenden. Morosow hat also unrecht, wenn er meint, die Revolutionäre hätten damals nach dem ersten besten ideologischen Schlagwort gegriffen, das sich ihnen darbot. Als sie nämlich zu der Überzeugung kamen, nur das Volk könne die Umwälzung der Staatsordnung durchführen, als sie die Theorien der „Internationalen“, namentlich ihrer Linken kennen lernten und sie auf den vaterländischen Boden zu verpflanzen begannen, gab sich die Mehrzahl von ihnen der neuen Weltanschauung so aufrichtig hin, daß selbst die Bürgerfreiheit für sie an zweite Stelle, hinter den wirtschaftlichen Umsturz rückte.

Die zweite revolutionäre Gruppe in Moskau, zu der vorwiegend Studenten der Landwirtschaftlichen Akademie gehörten, neigte mehr zu anarchistischen Gedanken und unterhielt Beziehungen zu der Petersburger Kowalikgruppe. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß ein Mitglied dieser zweiten Moskauer Gruppe, der Pole Bogucki, im Einverständnis mit Kowalik einen Aufruf an die polnische Jugend schreiben sollte, um diese aufzufordern, sich an der russischen revolutionären Bewegung zu beteiligen [2]).

Starik fügt hinzu, die Polen hätten sich im Widerspruch zu der in allen russischen offiziellen und einigen politischen Kreisen

---

1) „Russischer Reichtum“ a. a. O. S. 118.

2) „Biloje“, Jahrgang 1906, Novembernummer S. 31.

verbreiteten Legende gar nicht an der russischen Bewegung beteiligt; Ausnahmen bildeten nur der erwähnte Bogucki und später Studzinski.

Zu der Gruppe an der Landwirtschaftlichen Akademie gehörten: der später berühmte Führer Frolenko, der zu der späteren „Volksfreiheit" gehörte, Nikolaus Anosow, Aleksej Znamienski, Alexander Malinowski, Michael Solowcowski, Zwietkow, Druschinin und der bereits genannte Bogucki.

Die Theorien der Petersburger Bakunisten wurden hier teilweise angenommen.

In Moskau lebten damals noch zwei weitere revolutionäre Führer, hervorragende Persönlichkeiten, die zu keiner der beiden Gruppen eigentlich gehörten, aber einen starken Einfluß auf die Jugend hatten: es waren dies Porfirius Wojnaralski und Hippolit Mischkin.

Wojnaralski war der uneheliche Sohn einer Fürstin Koguschew und eines Gutsbesitzers namens Larjanow. Gegen Ende 1861 wurde er als siebzehnjähriger Student wegen studentischer Unruhen nach dem Norden Rußlands verschickt. Während seiner kurzen Universitätszeit stand er mit jenen Leuten in Verbindung, die später Beziehungen zu Karakosow hatten. Zu Beginn der siebziger Jahre kehrte Wojnaralski nach dem Gouvernement Pensensk zurück, wo er geboren war, und wurde zum Friedensrichter gewählt, jedoch von der Regierung nicht bestätigt.

Er stand zu den „Tschajkowski-Freunden" und der oben genannten Gruppe in Moskau in enger Beziehung, trat aber keiner Verbindung bei. Da es seiner Natur widersprach, irgend etwas halb zu machen, gab sich Wojnaralski mit seiner ganzen Kraft der damaligen revolutionären Bewegung hin. Er war in erster Reihe Praktiker; so beschäftigte er sich denn auch vorzüglich mit der Technik der revolutionären Organisation und der Propaganda; rein theoretische Fragen ließen ihn völlig gleichgültig. In Moskau gründete er eine Schusterwerkstatt, die eine Stätte der Propaganda und ein Schlupfwinkel für die Revolutionäre wurde. Die Anklageschrift bestätigt, daß an der Wand stets ein Säckchen hing, das mit einigen hundert Rubeln gefüllt war, die ihm gehörten

und von denen alle in der Werkstatt arbeitenden Personen je nach ihren Bedürfnissen nehmen konnten. Wojnaralski opferte der revolutionären Bewegung fast sein ganzes Vermögen, das etwa 40000 Rubel betrug.

Aus ganz anderen Kreisen stammte Hippolit Mischkin. Sein Vater war unter Kaiser Nikolaus Soldat gewesen, seine Mutter war eine Bäuerin. Vor den von Alexander II. eingeführten Reformen pflegte die Regierung die Kinder der Soldaten, die während der Dienstzeit der Väter geboren wurden, den Eltern zu nehmen, um sie in bestimmten Anstalten aufzuziehen. Mischkin machte ein derartiges Internat durch und kam darauf in das Vermessungsinstitut, das er gleichfalls absolvierte. Da er dort als befähigter Mensch galt, nahm ihn irgendein General als Sekretär in Dienst. Mischkin machte einige Verbesserungen in der Stenographie, worüber der General in ein derartiges Entzücken geriet, daß er beschloß, diese Verbesserungen Alexander II. als seine eigene Erfindung vorzulegen, doch sollte auch Mischkin nicht leer ausgehen. Der spätere Revolutionär näherte sich dem Monarchen mit großer Verehrung, doch verschwand dieses Gefühl bei der unmittelbaren Zusammenkunft, da der Zar auf ihn den Eindruck eines gewöhnlichen Generals machte.

Mischkin wurde bald darauf Regierungsstenograph im Ziemstwo von Moskau und Nishnij Nowgorod. Er las damals viel und kam zu fortschrittlich-liberalen Anschauungen. Ohne seine Stellung aufzugeben, eröffnete er kurze Zeit darauf in Moskau eine Druckerei. Verschiedene Umstände bewirkten, daß er mit Leuten zusammenkam, die ihm revolutionäre Ideen darlegten, denen er sich bald schrankenlos hingab.

Der Schriftsteller Berwi-Flerowski, der in sozialen und politischen Angelegenheiten eine bedeutende Rolle spielte, war damals nach Archangelsk verschickt worden und begann langsam die Bewohner der Stadt kennen zu lernen; namentlich knüpfte er Beziehungen mit einigen Polen an, die wegen patriotischer Angelegenheiten verschickt worden waren und die in Archangelsk geheiratet und sich häuslich niedergelassen hatten. Unter seinem Einfluß begann die jüngere Generation ihren kulturellen, sozialen und politischen Horizont zu erweitern; der Trieb nach einer ent-

sprechenden Tätigkeit erwachte unter den jungen Leuten. Namentlich die jungen Mädchen unterlagen diesem Einfluß, unter ihnen auch die Schwestern Pruschakiewitsch, die in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebten und infolgedessen nicht imstande waren, das Gymnasium durchzumachen. Berwi-Flerowski beschloß daher, ihre Ausbildung selbst in die Hand zu nehmen.

Unter dem starken Einfluß dieses Schriftstellers standen auch zwei Freundinnen der jungen Mädchen, Frusa Supinska und Elisabeth Jermolowa. Alle vier mußten infolge materieller Not Arbeit suchen. Sie fanden zunächst in der Gouvernementsdruckerei Beschäftigung, was großes Aufsehen erregte, da Frauen bis dahin dort nicht gearbeitet hatten.

Wojnaralski, der wegen seiner Beteiligung an den Studentenunruhen im Jahre 1861 nach dem Norden Rußlands verschickt worden war, fand sich nach einiger Zeit gleichfalls in Archangelsk ein und bildete bald in der kleinen Gruppe, die um Berwi-Flerowski entstanden war, ein neues belebendes Element. Im Jahre 1873 beschlossen die vier oben genannten Mädchen, nach Moskau zu gehen, wo sie ein neues Leben und eine soziale Tätigkeit auf breiterer Grundlage beginnen wollten. Wojnaralski, der damals bereits in die Zentralgouvernements zurückgekehrt war, unterstützte sie dabei mit Ratschlägen und Mitteln. Sie suchten Beschäftigung und stießen dabei auf Mischkins Druckerei, den sie mit Wojnaralski bekannt machten. Die Beziehungen zu diesen Personen sollten für Mischkin entscheidend werden und ihn in den Strudel des revolutionären Lebens hineinziehen. Er begann jetzt im geheimen in Rußland verbotene Bücher herauszugeben, die seine Bekannten setzten. Eine Zeitlang ging alles gut, im Sommer 1874 aber wurden in der revolutionären Schusterwerkstatt in Saratow Verhaftungen vorgenommen und in der Folge auch eine Hausdurchsuchung in der Mischkinschen Druckerei eingeleitet. Er selbst war gerade abwesend und konnte infolgedessen fliehen. Seine Mitarbeiterinnen wurden verhaftet, die einen in Saratow, die anderen in Moskau [1]).

---

1) Ich entnehme diese Einzelheiten der interessanten Broschüre von Katharina Breschowska, Hippolit Mischkin und die Gruppe in Archangelsk, S. 1—17.

Aus allen diesen Daten ersehen wir, daß die revolutionäre Bewegung in Moskau 1873 und Anfang 1874 bei weitem schwächer war als in Petersburg.

V.

In Kijew herrschte zu Beginn der sechziger Jahre, nachdem die Regierung die Sonntagsschulen geschlossen und in der Studentenschaft zahlreiche Verhaftungen vorgenommen hatte, eine Zeitlang fast völliger Stillstand; Gruppen waren nicht vorhanden, ebensowenig ein geistiges Leben, wovon einer der hervorragendsten russischen Revolutionäre, Wladimir Debogorja-Mokrijewitsch, der 1866 die Kijewer Universität bezog, in seinen Memoiren zu erzählen weiß [1]. Erst 1869 begann eine übrigens schwache geistige Bewegung in der Studentenschaft: eine Gruppe mit einer eigenen Bibliothek entstand, die Studenten kamen zusammen und diskutierten über verschiedene Dinge. Die Gruppe hatte einige Ähnlichkeit mit jener der „Tschajkowski-Freunde" in ihrer ersten Periode, als sie noch keine revolutionäre Propaganda unter den Arbeitern trieb und noch keine ausgesprochen politische Färbung besaß. Eine Studentenunterstützungskasse wurde gegründet, daneben eine rein literarische Gruppe.

Im allgemeinen bildeten diese jungen Leute, die meist die Söhne wenig vermögender Eltern waren, unter denen sich auch viele kleinere Gutsbesitzer befanden, einen günstigen Boden für die Verbreitung einer radikalen volkstümelnden und volksfreundlichen Strömung. Debogorja-Mokrijewitsch erzählt, er und sein Bruder seien schon früh von diesen Ideen durchdrungen gewesen. Sie stammten vom Lande, aus dem Gouvernement Podolien, besaßen unmittelbare Beziehungen zu der Landbevölkerung, da sie sich auf dem kleinen Gute des Vaters selbst landwirtschaftlich betätigten und unterlagen daher um so leichter den Einflüssen der volkstümelnden Richtung. Sie träumten von der Verwirklichung jener Ideale, die damals in der russischen Publizistik populär waren; Amerika, besser gesagt die nordamerikanischen

---

1) „Erinnerungen" (in russischer Sprache) S. 1

Staaten, die in einer raschen Entwicklung begriffen waren, die frei waren und keine bureaukratischen Fesseln kannten, dünkten den Brüdern Debogorja-Mokrijewitsch und ihren nächsten Freunden ein Wunderland. Dieser „Amerikanismus" entwickelte sich bei ihnen, ehe noch in Kijew die radikalen Gruppen von neuem entstanden waren; die Amerika-Freunde bildeten in Kijew eine eigene Gruppe. Die Idealisierung Amerikas war in den damaligen radikalen russischen Kreisen ziemlich verbreitet, namentlich in Kleinrußland, wo mehr oder weniger starke antizentralistische Bestrebungen bestanden. Einige von diesen jungen Leuten reisten sogar nach den Vereinigten Staaten, um sie näher kennen zu lernen.

Die Brüder Debogorja-Mokrijewitsch begannen eifrig für die Gründung von landwirtschaftlichen und Arbeiterkolonien in den Vereinigten Staaten zu agitieren, da solche in Rußland infolge der Polizeiverhältnisse nicht möglich gewesen wären. Um sich für das spätere Leben in solchen Kolonien vorzubereiten, empfahlen sie körperliche Arbeit. Überdies waren sie der Ansicht, man müsse sich der Lebensweise des Volkes anpassen, wenn man etwas für dasselbe tun wolle.

Der Nietschajewprozeß machte auf die radikalen Kijewer Kreise einen starken Eindruck. Aus den Reden der Angeklagten ging hervor, welch entsetzliche Zustände in Rußland herrschten, die Notwendigkeit eines tatkräftigen Kampfes im Vaterlande wurde den jungen Leuten klar, Nietschajew selbst und seine Methoden riefen allerdings in Kijew, wie anderswo, nichts als Abscheu hervor.

Trotz ihrer großen Vorliebe für die ländliche Bevölkerung, trotz ihres Bestrebens, für das Volk und im Volke zu arbeiten, besaßen doch die beiden Debogorja-Mokrijewitsch ebensowenig wie die jungen Leute, die sich um sie scharten, klare soziale und politische, und noch viel weniger taktische Anschauungen. In ganz allgemeinen Zügen waren die Theorien von Lassalle und Marx, namentlich die wirtschaftlichen, unter ihnen populär, doch wandten sie alles, was diese Schriftsteller von den städtischen Fabrikarbeitern sagten, auf die Bauern an.

Erst als einige Vertreter dieser jugendlichen Gruppen mit

russischen Emigranten und zwar namentlich in der Schweiz zusammenkamen, arbeitete sich in ihren Köpfen ein genauer umschriebenes Programm heraus. Entscheidend war hierbei der Einfluß Bakunins, wofür Wladimir Debogorja-Mokrijewitsch ganz unzweideutige Beweise gibt. Im April 1873 war er in Zürich, später in Genf und schließlich in Locarno bei Bakunin. In den bereits angeführten „Erinnerungen" erzählt er seine Gespräche mit Bakunin, berichtet aber leider nichts über die praktischen Winke, die Bakunin ihm sicherlich für seine weitere Tätigkeit in Rußland gab. Sicher ist nur, daß W. Debogorja-Mokrijewitsch als überzeugter Bakunist nach Rußland zurückkam. Man darf übrigens auch nicht vergessen, daß die ungeheure Mehrheit der damaligen russischen revolutionären Jugend die Gedanken des Verfassers von „Der Staat und die Anarchie" sehr leicht annahm.

Gegen Ende 1873 und zu Anfang 1874 bestand neben jener Gruppe, die mit den Petersburger „Tschajkowski-Freunden" in Verbindung stand und die fast die Fortsetzung einer früheren Phase jener bildete, in Kijew noch die sogenannte Kommune, die sich aber durchaus nicht aus Leuten zusammensetzte, die den gleichen Anschauungen in bezug auf Programm und Taktik huldigten oder eine einheitliche Aktion vornahmen. Sie bestand vielmehr aus ganz verschiedenartigen Elementen, die sich mitunter ganz zufällig trafen und eine Zeitlang zusammenwohnten. Die Kommune war eine Art revolutionäres Absteigequartier, in das jedermann Zutritt hatte, der nur halbwegs Empfehlungen aus radikalen Kreisen vorweisen konnte. In dieser Beziehung unterschied die Kijewer Kommune sich wesentlich von dem oben erwähnten Kreise, der nach dem Beispiel der Petersburger „Tschajkowski-Freunde" an seine Mitglieder ziemlich hohe moralische und geistige Anforderungen stellte. Aus dem oben Gesagten folgt freilich nicht, daß die Kommune sich gegen die intellektuellen und ethischen Eigentümlichkeiten ihrer Mitglieder völlig gleichgültig verhalten oder Menschen geduldet hätte, die in moralischer Beziehung offenkundig minderwertig waren; der Beitritt war hier nur bei weitem leichter; hierin ist auch der Grund dafür zu suchen, daß sich völlig ungeeignete Persönlichkeiten, wie Gorinowitsch, einschleichen konnten.

Zur Kommune gehörten viele Personen, die nur vorübergehend in Kijew weilten. Im Gegensatz zu der anderen Gruppe, die zu Lawrowschen Theorien neigte, hatten in der Kijewer Kommune die Bakunisten das Übergewicht. In die Kommune kamen häufig Stefanowitsch, der später durch die Organisierung des Aufstandes im Kreise Tschigirin berühmt wurde, Katharina Breschkowska, Maria Kolenkina, die später Bogorodzki heiratete, Sudzilowski, Nikolaus Stronski, Kablic, der aus Petersburg nach Kijew übersiedelte, mit seinen Freunden und viele andere, die weniger bekannt wurden.

Zu der Gruppe Lawrow gehörten: Emme, Johann Raschewski, Schirmer, die frühere Besitzerin einer öffentlichen Bibliothek in Kijew, namens Axelrod, die Brüder Löwenthal. Nur Emme und Raschewski waren entschiedene Anhänger Lawrows; ihnen zur Seite stand Maria Kowalewska, eine Schwester des bekannten Arztes Woronzow.

Zu der Organisation trug Kowalik, der in die Kommune gekommen war und dessen Person allgemeines Interesse weckte, nicht wenig bei. Noch mehr leistete nach dieser Richtung Wladimir Debogorja-Mokrijewitsch, der damals ständig in Kijew lebte, eine große organisatorische Begabung besaß und überhaupt ein guter revolutionärer Praktiker war. Um ihn scharten sich bald die folgenden Personen, die teilweise aus den genannten beiden Kijewer Gruppen stammten: Axelrod, Stefanowitsch, Deutsch, die Doniecka, Kolenkina, Drobiazgin, Wera Sasulitsch, Chodiko, Edmund Studzinski, Tschubarow, Malinka, Viktor Kostiurin, Anna Makarewitsch, Gorinowitsch, Buch, Kurizin [1]), der später zum Verräter wurde, und andere. Die Gruppe ging eine Zeitlang gemeinsam vor; nach dem Anschlag auf Gorinowitsch und infolge des von Stefanowitsch, Deutsch und später auch Bochanowski geplanten berühmten Aufstandes im Kreise Tschigirin traten Stefanowitsch, Deutsch, die Kolenkina und Sasulitsch aus.

Die Lawrowgruppe zerfiel bald, nachdem die Bakunisten zahlreiche Lücken in sie gerissen hatten. Die Gruppen um Debo-

---

1) Starik in dem angeführten Aufsatz in „Biloje", Novemberheft 1906, S. 33.

gorja-Mokrijewitsch und Stefanowitsch kamen bei den Verhaftungen von 1874, obgleich sie tätig waren, glücklich davon.

Von einer revolutionären Tätigkeit unter den Kijewer Fabrikarbeitern ist uns so gut wie nichts bekannt. Die Bakunisten gründeten allerdings eine Schusterwerkstatt, einige traten auch einer Artelj von Zimmerleuten bei; soviel wir aber aus den Erinnerungen Debogorja-Mokrijewitsch' entnehmen können, fehlte es in Kijew unter den Arbeitern an einer systematischen Propaganda, wie sie die „Tschajkowski-Freunde" in Petersburg leiteten. Debogorja-Mokrijewitsch sagt ausdrücklich, ihn persönlich hätten die Fabrikarbeiter im Gegensatz zu der Landbevölkerung damals gar nicht interessiert. Wahrscheinlich war bei den übrigen das gleiche der Fall.

VI.

Unter der radikalen Jugend in Odessa vollzog sich die revolutionäre Bewegung, namentlich anfangs, in anderer Weise als in den übrigen Städten. Gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts fehlten hier ausgesprochen soziale, politische und revolutionäre Eigentümlichkeiten. Die junge Generation las die radikalen Zeitschriften und ebenso die Werke der Koryphäen der sozialen, politischen und geistigen Bewegung zwischen 1860 und 1870, aber sie zeigte wenig Neigung, selber in diesem Sinne tätig zu sein. Gleichzeitig erfreute sich der Vegetarismus, der von einem französischen Arzt eingeführt worden war, einer großen Anziehungskraft sowohl unter der Studentenschaft, als in breiteren sozialen Kreisen. Erst 1873, namentlich gegen Ende dieses Jahres, begann eine revolutionäre Bewegung.

Tschudnowski versichert, Anfang 1873 hätten in Odessa zwei Gruppen bestanden [1]). Die eine habe ausschließlich in kultureller Beziehung gewirkt und sich die geistige Aufklärung ihrer Mitglieder angelegen sein lassen. An ihrer Spitze stand ein junger Gelehrter C. E. A., der kurz vorher die Universität Odessa

1) „Aus vergangenen Jahren". „Biloje", Jahrgang 1907, Oktoberheft S. 218—240.

absolviert hatte und jetzt an der historisch-philologischen Abteilung als Magister tätig war. Zu dieser Gruppe gehörten der später bekannte Publizist Jushakow, I. Korwacki, Awdiejew, Gernet und andere. Etwas später entstand eine zweite Gruppe, die ihre Mitglieder namentlich unter den Besuchern der Mensa academica gewann, und sich nicht mehr mit solchen friedlichen Kulturaufgaben begnügte. Welcher Art aber die soziale und politische Physiognomie dieser Gruppe war, sagt uns der Verfasser nicht deutlich. Zu dieser Gruppe gehörte der später berühmte Andreas Shelabow. Auch Tschudnowski näherte sich ihr; sie zog ihn als Radikalen mehr an, als die erste Gruppe; er hatte sich bereits an den Studentenunruhen in Petersburg beteiligt und auch in seiner Vaterstadt Cherson, wohin er von den Behörden verbannt worden war, revolutionäre Propaganda getrieben.

Bald begannen auch in Odessa Studentenunruhen, die sich gegen einen Professor namens Bogoschiz, der sich den Studenten gegenüber besonders grob und rücksichtslos benahm, richteten. Die zweite der erwähnten Gruppen beteiligte sich sehr eifrig, während sich die erste abseits hielt. Der junge Shelabow trat damals als einer der Führer der Studentenschaft auf.

In den jugendlichen Kreisen Odessas verkehrte damals auch Kowalski, der später dadurch bekannt werden sollte, daß er bei seiner Verhaftung bewaffneten Widerstand leistete. Er, Tschudnowski und mehrere andere gründeten eine neue Gruppe, die den Zweck hatte, die Mitglieder mit sozialen und politischen Fragen bekannt zu machen und Diskussionen unter ihnen anzuregen.

Bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1873 war jedoch die Tätigkeit der verschiedenen Gruppen sehr bescheiden. Erst als infolge einer Anregung Felix Wolchowskis der Keim einer Geheimorganisation in Form einer Gruppe entstand, die sehr geheimnisvoll zu Werke ging, begann in Odessa eine ernstliche revolutionäre Bewegung, die bald einen ausgesprochenen Charakter erhalten sollte.

Die Gruppe Wolchowski setzte sich in erster Reihe aus Leuten zusammen, die schon vorher zu verschiedenen Bildungs- und anderen Vereinen von politischer Färbung gehört hatten.

Neben Wolchowski selbst gehörten ihr Tschudnowski, Sheltanowski, Langans, Andreas Fransholi, Shelabow, Olga Razumowska, Leonidas Ditscheskulo, Peter Makarowitsch, Leonidas Galikow und Kostiurin an, der später nach Kijew übersiedelte und dort einer Gruppe beitrat.

Wolchowski und Galikow waren bereits in der Angelegenheit Nietschajew zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden. Langans und Fransholi gehörten zu den Chersoner Kreisen, die Tschudnowski organisiert hatte. Zu den „Tschajkowski-Freunden" stand der Wolchowskikreis in recht nahen Beziehungen. Die Mitglieder neigten stark zu Lawrows Theorien, die Taktik war vorsichtig. Die Gruppe knüpfte Beziehungen mit den Arbeitern in Odessa an und begann unter ihnen Propaganda zu machen. So war neben Petersburg noch ein zweiter Ort vorhanden, in dem die Bewegung anfing, im Fabrikproletariat Boden zu gewinnen.

In enger Beziehung zu der Wolchowskigruppe stand die Gruppe Shebunow, so genannt nach drei Brüdern: Sergius, Wladimir und Nikolaus Shebunow. Zu ihr gehörten die Blinowa, Iwanowa, Anna Rosenstein (die später Makarewitsch und jetzt Kulisch heißt), die bekannte italienische Agitatorin und Gattin Turatis sowie andere Personen von verwandten sozialen und politischen Anschauungen.

Die Nachrichten über diese Gruppe entnehmen wir den Aussagen Trudnickis, die in der Anklageschrift zum Prozeß der 193 wiedergegeben sind[1]; er selbst beging später Selbstmord.

Einige Mitglieder bereiteten sich in der Schweiz auf ihre spätere soziale Tätigkeit vor. Alle schätzten die Wissenschaft hoch und waren überzeugt, daß man das Volk nur mit ihrer Hilfe beglücken könne. Sie fanden es daher notwendig, sich eine gründliche Bildung anzueignen, ehe sie an die soziale Arbeit gingen. Die Bakunisten unter den russischen Emigranten gaben ihnen den spöttischen Spitznamen „der verrückte Orden der Saint-Shebunisten". Wie die damaligen anderen russischen Revolutionäre sahen auch sie in der Entwicklung der großrussischen

---

1) „Die politischen Verbrechen in Rußland", Bd. III, S. 137—145.

Ackergemeinde die Grundlage aller gesellschaftlichen Umwandlungen, deren Ziel die Lösung der sozialen Frage für Rußland sein sollte. Die Entwicklung der Ackergemeinde, erklärten sie, würde ebenso durch Verbesserungen der agronomischen Technik als durch die Hebung des geistigen und moralischen Daseins der Landbevölkerung gefördert werden. Neue landwirtschaftliche Verfahren seien für die Bauern ebenso wichtig wie neue soziale Ideen. Manche von ihnen hielten es denn auch für sehr wichtig, den Ackerbau gründlich kennen zu lernen, zu welchem Zwecke einige bis nach Frankreich reisten.

Im Juni 1873 kehrte Trudnicki aus dem Auslande nach Rußland zurück; bald darauf kam Nikolaus Shebunow zu ihm und überedete ihn, sein eigenes Landgut zu veräußern und dafür eine Reihe Parzellen zu kaufen, um auf ihnen eine Musterwirtschaft zu gründen. Trudnicki ging auf den Plan ein und reiste mit Nikolaus Shebunow und einem Staatsbeamten namens Iwanow in die Gouvernements Samara und Saratow, um entsprechende Parzellen zu suchen; ihre Bemühungen blieben aber erfolglos, Trudnicki ließ sich für einige Zeit in Woronesh nieder, Nikolaus Shebunow reiste ins Ausland. Unterdessen änderten die Mitglieder der Gruppe ihre Ansichten und erklärten jetzt, nur ein gewaltsamer Umsturz könne den herrschenden Zustand in Rußland hinwegfegen.

Im November 1873 beriefen die Mitglieder der Gruppe eine Versammlung nach Kijew, auf der ein Aktionsplan besprochen werden sollte. Das Ergebnis der Beratungen war der Beschluß, man müsse in Rußland eine Revolution hervorrufen; man erklärte auch, die Revolution sei nicht von vornherein von den Revolutionären in bestimmte Bahnen zu lenken, man müsse alles dem Volke überlassen und ihm völlige Freiheit des Handelns gaben. Gleichzeitig aber wurde ein Beschluß angenommen, der zu dem oben erwähnten in Widerspruch stand und worin es hieß, die Revolution müsse eine Föderation voneinander unabhängiger Ackergemeinden ergeben, die keinerlei gemeinsame Gesetze noch Parlamente haben sollten, also die Anarchie. Man erklärte auch, die beste Art der revolutionären Propaganda sei, Agitatoren im Volke selbst zu haben. In bezug auf die Taktik

wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt: a) sich über ganz Rußland in Gruppen zu zerstreuen, b) die Organisation auf föderativen Grundsätzen aufzubauen, c) keinerlei zentralistische und Verschwörungsorganisation nach Nietschajewscher Art zu gründen und keinerlei Parteisatzungen oder Programme zu schreiben, d) mit anderen revolutionären russischen Gruppen in Beziehung zu treten, um sich gegenseitig Hilfe zu leisten, e) nicht gleich auf ganze Massen einzuwirken, f) die revolutionäre Tätigkeit im geheimen und genau in der Form einer Verschwörung zu führen, g) nicht gegen die Religion, Sitten und Gebräuche aufzutreten und sie nicht zu verletzen, h) den Bauern nichts Böses über den Zaren zu sagen, i) durch Gespräche auf einzelne einzuwirken, Leute aufzusuchen, die mit den herrschenden Zuständen unzufrieden seien, und Revolutionäre in ihnen heranzubilden, j) solche Leute untereinander zu vereinigen, damit sich beim Beginn des Aufstandes eine Reihe von Dörfern gleichzeitig erheben könnten, k) in den Städten innerhalb der Arteljs der Arbeiter zu agitieren, sie zunächst durch Unterweisung im Lesen und Schreiben zu gewinnen und dann für den Aufstand vorzubereiten.

An den Beratungen nahm auch Fransholi aus der Wolchowskigruppe teil. Im Sinne der obigen Beschlüsse verstreuten sich die Mitglieder über die Ortschaften, hielten sich namentlich in Dörfern als Volksschullehrer oder Handwerker auf und begannen die Propaganda im Volke. Sie hatten ziemlich weitläufige Beziehungen, wofür die Anklageschrift im Prozeß der 193 spricht, doch zeitigte ihre Tätigkeit keine größeren Ergebnisse; überdies begannen sie Trudnickis Verrat zu befürchten, der sie zu überreden suchte, die begonnene Arbeit nicht fortzusetzen. Infolge dieser Umstände verließen sie ihre neuen Wohnsitze und siedelten alle nach Odessa über, wo Nikolaus Shebunow, Makarewitsch und Kobjew ständig weilten. Sie begannen hier ebenso wie die Mitglieder des Wolchowskikreises unter den Arbeitern zu agitieren.

Wir besitzen leider kein genügendes Material über die Art und den Umfang dieser Tätigkeit. Wir wissen nur, daß einige Mitglieder Werkstätten gründeten, Arbeiter um sich versammelten und in sozialrevolutionärem Sinne auf sie einzuwirken suchten.

Nach Langans beteiligten sich etwa 200 Arbeiter an den Vorträgen und Besprechungen.

Die Gruppen in Odessa führten viel illegale Literatur aus dem Auslande ein und unterhielten ausgebreitete Beziehungen zu anderen revolutionären Gruppen im Lande.

VII.

Eine der tätigsten revolutionären Gruppen in der Provinz war die von Samara. Sie entstand wie viele andere zu Selbstbildungszwecken und setzte sich aus Gymnasiasten zusammen, die sich lebhaft für Literatur und Kunst interessierten. Sie beschäftigten sich hintereinander mit allen Zweigen der Wissenschaft, mit Chemie beginnend und mit Soziologie schließend [1]). Soziale Fragen zogen sie mächtig an, ebenso interessierte sie die Lage der arbeitenden Klasse, namentlich die Arbeiterassoziationen. Die damals von neuem beginnende revolutionäre Bewegung fand auch bei den Mitgliedern dieser Gruppe einen günstigen Boden, und sie fingen an, sich für die einzuschlagende Taktik und ein Programm zu interessieren. Die Anschauung, man müsse im Volke selbst arbeiten, wurde bald auch unter ihnen populär. Die Mitglieder waren bald überzeugt, man könne nur auf diese Weise die künftige Revolution vorbereiten, die die herrschenden Zustände hinwegfegen und auf ihren Trümmern eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen würde. Im Jahre 1873 kam Horodecki aus Petersburg für eine Zeitlang nach Samara, wo er Beziehungen hatte; die Gruppe wurde durch ihn sehr gefördert.

Mitglieder waren: Jegor Lasarew, der später emigrierte, Viktor Ostaschkin, Wasil Filadelfow, Wladimir Osipow, Iwan Bielakow, Nikifor Jemeljanow. Nach Horodeckis Abreise traten noch ein Zögling des weiblichen Gymnasiums in Samara, Wera Begolubowa, die spätere Gattin Horodeckis, der Bauer Johann Bielakow, der Schreiber der Gouvernements-Ziemstwoverwaltung Roman Bodiaschin, der Bauer Stefan Diegtiarow und im Januar 1874

---

1) Starik; siehe den angeführten Aufsatz in „Biloje“, November 1906, S. 39—41.

der Diener Paul Alexandrow bei. Die Zusammensetzung der Gruppe war also überaus mannigfaltig. Dieser Umstand erleichterte die Anknüpfung weitläufiger Beziehungen sowohl in verschiedenen sozialen Schichten in der Stadt Samara selbst, als auch im gleichnamigen Gouvernement.

Im Februar 1874 erhielt die Gruppe Bakunins Werk „Der Staat und die Anarchie" sowie „Die historische Entwicklung der Internationalen". Beide Bücher übten auf die Mitglieder einen großen Einfluß aus und brachten sie dahin, Bakunins anarchistisches Programm endgültig anzunehmen [1]).

Einige Monate darauf kam Horodecki von neuem nach Samara, mit ihm kam diesmal Wojnaralski.

Die Arbeit dieser beiden innerhalb der Gruppe, namentlich die Wojnaralskis, belebte die Tätigkeit aller von neuem. Man agitierte jetzt unter den städtischen Arbeitern und ebenso unter den Bauern des gesamten Gouvernements.

Ein wichtiger Punkt für die Revolution in diesem Gouvernement wurde die Stadt Nikolajewsk. Hier wohnten einige tatkräftige Menschen, die rege Beziehungen zu Samara und anderen Zentren des damaligen Anarchismus unterhielten. Die revolutionäre Bewegung setzte auch in anderen Städten des Gouvernements Samara ein, hielt sich aber in keiner dauernd.

Sie begann damals auch in Saratow, wo sie eine ziemlich lange Überlieferung für sich hatte.

In der Mitte der fünfziger Jahre hatte unter Tschernischewskis Leitung, der eine Zeitlang Gymnasialprofessor in Saratow gewesen war, eine geistige Bewegung zunächst unter der Intelligenz der Stadt eingesetzt, die sich später auch auf andere soziale Schichten, namentlich Handwerker und Arbeiter ausbreitete. Tschernischewski übte eine ungeheure Wirkung aus, der auch der Direktor des Gymnasiums unterlag. Als Tschernischewski nach Petersburg übersiedelte, brachen die Beziehungen zu Saratow ab. Von 1862 bis 1866 entfaltete A. Christoforow eine ausgedehnte soziale und politische Progaganda unter allen Bevölke-

---

1) Die Tatsache wurde von einigen Mitgliedern der Gruppe bestätigt. Siehe die Anklageschrift im Prozeß der 193, S. 234.

rungsschichten der Stadt [1]). Der Radikalismus entwickelte sich damals so stark in Saratow, daß ihm sogar einige Personen in Regierungsdiensten, so der Direktor des weiblichen Adelsinstituts E. Bielow und andere, huldigten.

Christoforow begründete drei große Werkstätten in Tschernischewskischem Sinne; noch gegen Ende der siebziger Jahre stießen die späteren Revolutionäre manchmal auf Schüler von hm. Er knüpfte ausgedehnte Verbindungen mit Handwerkern und Arbeitern in Saratow an und flößte ihnen revolutionäre Gesinnung ein. Es war die erste Tätigkeit im revolutionären Sinne in diesen Kreisen in Rußland, doch stand sie damals ganz vereinzelt da.

Eine beträchtliche Anzahl von Karakosows Anhängern stammte aus Saratow. Als die Untersuchungen gegen sie eingeleitet wurden, wurden auch in Saratow Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Einige Personen wurden nach anderen russischen Städten verschickt, unter ihnen auch A. Christoforow, der später auswanderte. Nach der Verhaftung der Anhänger Karakosows erlahmte die revolutionäre Propaganda eine Zeitlang in Saratow, was freilich nicht besagen soll, es hätte damals in der Stadt an Leuten gefehlt, die radikalen Ideen huldigten und den herrschenden Zuständen feindlich gegenüberstanden, sie waren jedoch nicht in Gruppen organisiert und mieden jede revolutionäre Tätigkeit. Erst Anfang der siebziger Jahre begann eine neuerliche Bewegung in dieser Stadt.

Sie erstarkte, als 1874 Wojnaralski und Dmitrij Rogatschew nach Saratow kamen und die Jugend der Stadt anspornten, sich der revolutionären Arbeit hinzugeben. Die Einwohner nahmen die neuen Gedanken günstig auf, sehr zahlreiche Versammlungen fanden mitunter sogar auf öffentlichen Plätzen statt, wobei revolutionäre Reden gehalten wurden, Wojnaralski begründete in Saratow eine Niederlage der revolutionären Drucksachen, die Mischkin herausgab; die Schriften wurden hier auch broschiert. Das Ganze war in einer Schusterwerkstatt untergebracht und wurde bald aufgedeckt.

---

1) „Biloje", Jahrgang 1903, im Auslande von Burzew herausgegeben. Siehe den Aufsatz „Aus dem Leben der Saratower Gruppe", Nr. 4, S. 3 und 5.

Die revolutionäre Bewegung umfaßte zwar bald weite Kreise unter den Bewohnern Saratows, aber sie wurzelte nirgends fest und hielt sich nicht lange. Die hervorragendsten Revolutionäre, die aus dieser Bewegung hervorgingen, waren Trigorjew, der spätere Emigrant und Mitarbeiter Tkaschews an dessen „Alarmglocke“, und Wlodamir Meyer, der eine Zeitlang unter den Arbeitern agitierte (er starb als Emigrant in Paraguay).

Es seien noch zwei Charkower Gruppen erwähnt, die anfangs 1874 entstanden. Die eine wurde von Anna Andrejewa aus Moskau gegründet, die später in einer Gruppe in Taganrog tätig war, die zweite wurde von Kowalik organisiert, der vor Ostern nach Charkow kam. Die zweite dieser Gruppen, die anarchistisch gefärbt war, hatte eine größere Bedeutung und entwickelte eine Zeitlang eine recht rege Tätigkeit unter der Jugend, auch knüpfte sie einige Beziehungen zu den städtischen Arbeitern und den Bauern der Umgegend an. An der Spitze stand anfangs Georg Goworucha-Ortrok, ein oberflächlicher Mensch, der sich bald zurückzog und nach seiner Verhaftung während des Verhöres weitläufige Geständnisse über die Tätigkeit seiner Kollegen ablegte. Später leitete Nikolaus Barkow die Gruppe; sie zeichnete sich während der revolutionären Bewegung im Jahre 1874 durch nichts aus [1]).

Neben diesen Gruppen bestanden noch andere von geringer Bedeutung, die wir hier nicht erwähnen.

Wir sehen, daß die neue Bewegung eine recht große Anzahl Menschen umfaßte. Außer den Gruppen gab es in verschiedenen Städten und kleinen Provinzwinkeln noch einzelne Personen, die der Bewegung nahe standen und sie unterstützten. Im Gegensatz zu der früheren Bewegung von 1861 bis 1870 umfaßte die Bewegung in einigen Städten, namentlich in Petersburg, teilweise auch die arbeitende Klasse. Bei dem Versuch, die Agitation in die Landbevölkerung zu tragen, auf den wir noch zurückkommen werden, handelte es sich darum, auch die Bauernschaft einzubeziehen.

---

1) Über die Gruppen in Cherson siehe den Anklageakt im Prozeß der 193 in den „Politischen Verbrechen in Rußland“ S. 87—98 und 99 und ebenso den Aufsatz von Starik in „Biloje“, Jahrgang 1906, Novemberheft S. 40—45.

Es ist auch charakteristisch, daß fast jede der damaligen Gruppen ihre eigene soziale und politische Physiognomie besaß, obgleich nur zwei grundsätzliche Richtungen vorhanden waren; die Theorien Bakunins bildeten die Grundlagen der einen, die Lawrows die Grundlagen der zweiten. Tkatschew trat mit seinem Programm erst etwas später hervor.

Bakunins Theorien habe ich bereits dargelegt.

Wir wollen jetzt das Programm und die Taktik des „Vorwärts“ kennen lernen, der unter Lawrows Redaktion damals im Ausland begründet wurde. Lawrow war gerade damals ein überzeugter Sozialist geworden und blieb es bis zu seinem Tode.

VIII.

Die erste Nummer des damals noch nicht regelmäßig erscheinenden „Vorwärts“ kam im Juni 1873 in Zürich heraus, wo sich damals eine zahlreiche russische Kolonie befand. Die jungen Leute besuchten die Universität und das Polytechnikum; manche hielten sich auch nur vorübergehend im Auslande auf, um das westeuropäische soziale und politische Leben und die sozialistische Literatur kennen zu lernen.

In der Druckerei des „Vorwärts“ arbeiteten auch gebildete Frauen, die später in der revolutionären russischen Bewegung eine hervorragende Rolle spielen sollten.

In der ersten Nummer, die 1873 und 1874 als dicker Band erschien, finden wir in verschiedenen Aufsätzen Gedanken über Programm und Taktik. Die Aufsätze waren vom Redakteur selbst, seinen Mitarbeitern und Leuten, die die Zeitschrift mit gegründet hatten, geschrieben. In einer Einleitung der Redaktion an die Leser heißt es, der gegenwärtige politische Zustand führe Rußland an den Rand des Verderbens, die bestehende soziale Ordnung aber sei nicht imstande, die Wunden zu heilen. Alle Russen, heißt es weiter, die die Herrschaft des Volkes in Rußland wünschen, seien der Ansicht, das Land könne nur durch einen Massenaufstand gerettet werden. Sie seien daher entschlossen, einem solchen vorzuarbeiten, und würden das Volk zu diesem Zwecke über seine Rechte, seine Kräfte und seine Aufgaben aufklären.

Die Redaktion wolle in erster Reihe im Namen jener Gruppen sprechen, die ihre Wirksamkeit in Rußland selbst hatten.

Den Ausgangspunkt für das Programm des „Vorwärts" bildete die folgende Anschauung: Das Ziel der Bestrebungen eines jeden Russen, der den allseitigen Fortschritt wünscht, ist die Umgestaltung der großrussischen Ackergemeinde, wobei die vorzunehmende Änderung sowohl die gemeinsame Bestellung des Grund und Bodens, als auch die gemeinsame Nutznießung der Produkte anstreben muß. Die Gemeindeversammlung ist als der grundlegende Faktor der russischen Gesellschaftsordnung anzusehen. Den Bauern muß Bildung gewährt werden, sie müssen die sozialen Bedürfnisse begreifen lernen, da sie sonst selbst bei der für sie günstigsten Umwälzung der gesellschaftlichen Zustände nie imstande sein würden, auch nur ihre primitivsten Rechte zu fordern und sich vor der Ausnutzung durch eine Minderheit zu sichern [1]).

Aus diesem Programm spricht die damals allgemein übliche Idealisierung der großrussischen Ackergemeinde, in der die Revolutionäre jener Zeit den Keim einer höheren Gesellschaftsordnung sehen wollten. In demselben Aufsatz heißt es, die Umgestaltung der russischen Gesellschaftsordnung müsse nicht nur für das Volk, sondern auch durch das Volk erfolgen; man müsse endlich mit der veralteten Ansicht brechen, als ob eine Minderheit dem Volke die Idee einer neuen Staatsordnung aufdrängen könnte, als ob die Revolutionäre, wenn sie die herrschende Regierung erst gestürzt hätten, sich an ihre Stelle setzen könnten, um mittels der Gesetzgebung eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen [2]) und so die passive Menge zu beglücken.

Die Revolution, heißt es weiter, lasse sich nicht künstlich hervorrufen, da sie nie der Ausfluß irgendeines persönlichen Willens, oder das Ergebnis der Bemühungen einer Handvoll von Leuten sein könne, sondern nur die Folge einer ganzen Reihe komplizierter historischer Vorgänge.

Übrigens sei keinerlei Grund vorhanden, die Revolution

---

1) „Vorwärts" (in russischer Sprache) Nr. 1, S. 11.
2) Ebenda S. 12.

künstlich hervorzurufen, fährt der Aufsatz fort, würde sie doch von selbst als Ergebnis der volksfeindlichen Regierungspolitik ausbrechen. Eine derartige Volkserhebung aber sei ein erzieherisches Mittel für die Massen, selbst wenn sie nicht sofort den Sieg mit sich bringe.

Die völlige Umgestaltung der bestehenden sozialen und politischen Ordnung Rußlands in eine andere, unendlich höhere, sozialistische, könne selbstverständlich, auch wenn die Revolution den Sieg erringe, weder sehr rasch, noch mit einem Male erfolgen. Auf einen solchen Prozeß müsse die Gesellschaft erst vorbereitet werden.

Nur durch systematische und angestrengte Selbstzucht könnten sich die Revolutionäre zur fruchtbaren Arbeit im Volke vorbereiten; vor allem aber müßten sie das Vertrauen des Volkes gewinnen, da ihre Wirksamkeit sonst unmöglich wäre. Die wichtigste Aufgabe der Revolutionäre bestehe darin, das Volk über seine Bedürfnisse aufzuklären und es auf ein selbständiges soziales Leben vorzubereiten.

Erst dann, wenn der historische Ablauf der Ereignisse selbst den Augenblick für eine Umwälzung geeignet erscheinen lassen und die Reife des Volkes dartun würde, würde man das Volk auch zu einer Revolution aufrufen können, deren Ziel eine gründliche Umgestaltung sein müsse.

Die Revolutionäre müßten sich nicht nur theoretisch auf die Arbeit im Volke vorbereiten, sondern auch praktisch, sie müßten sich so weit als möglich dem Volke nähern, mit ihm zusammenleben und jene Unterschiede aufzuheben suchen, die Gewohnheit und Umgebung zwischen den einzelnen sozialen Klassen in Rußland geschaffen haben [1]).

Die politische und soziale Umwälzung müsse gleichzeitig erfolgen, erklärte die Redaktion des „Vorwärts", eine nur politische Revolution sei zu verwerfen. Das Ziel genialer und opferfreudiger revolutionärer Politiker, sagt der Verfasser eines Aufsatzes im „Vorwärts" [2]), ist bisher nicht erreicht worden, und ist

1) „Vorwärts" Nr. 1, S. 14.

2) Ebenda S. 255.

nicht erreichbar. Der Stein der Weisen existiere in der Politik ebensowenig wie in der Chemie; eine politische Verfassung, die der Gesellschaft Frieden und Wohlstand bringe, sei ebenso unmöglich wie ein Gesetzeskodex, der die Gerechtigkeit in die menschlichen Beziehungen einführe. Alle politischen Revolutionen und Reformen haben eine Frage nicht berührt, fährt der Verfasser fort, vor der sie Angst hatten, die Frage des Privateigentums.

Alle politischen Parteien mit ihren konstitutionellen Grundsätzen in liberalem Sinne, alle Versuche, das zentralistische bürgerliche Kaisertum durch eine zentralistische bürgerliche Politik zu ersetzen, alle Bemühungen, die heutige Teilung der Staatsgewalt durch eine andere zu verdrängen, seien daher im Grunde genommen für die Sozialisten feindliche Faktoren, einzelne Erscheinungen dieser Art aber seien für sie belanglos [1]).

Die Redaktion wahrt jedoch nicht immer diesen Standpunkt; sie äußert mitunter über staatsrechtliche Formen und Bürgerfreiheit auch andere Gedanken. So heißt es in der gleichen Nummer und in dem gleichen Aufsatz [2]): Versammlungs-, Vereins- und Redefreiheit, Anteil der Massen an der Regierung und Volksbildung seien nützliche Faktoren, die man unterstützen müsse, ohne jedoch Bündnisse mit den Liberalen einzugehen. In dem ersten Heft wird auch der Gedanke ausgesprochen, es sei strittig, ob die Arbeiterklasse sich am politischen Leben in Europa und Amerika beteiligen solle, die Redaktion würde daher ebenso Beiträge von denen entgegennehmen, die diesen Anteil für vorteilhaft halten, insofern dadurch das Proletariat und die Bauernschaft einen wirklichen Einfluß ausüben könnten, wie auch diejenigen zum Worte kommen lassen, die den Satz vertreten, die Arbeiterklasse solle mit dem heutigen Staat nichts gemein haben. Der Verfasser eines Aufsatzes über die „Internationale Vereinigung der Arbeiter“ wundert sich, daß Marx in der Fabrikgesetzgebung einen Fortschritt sieht [3]).

Für Rußland fordert die Redaktion einen Landestag (d. h. ein russisches Parlament), in dem die Bauern die Mehrheit haben;

1) Ebenda S. 9.
2) Ebenda S. 9.
3) Ebenda S. 176.

nur eine derartige Einrichtung erklärt sie als rechtskräftiges Organ der gesellschaftlichen Umgestaltung anerkennen zu wollen. Die bäuerlichen Abgeordneten müßten ganz bewußt von der Masse gewählt werden und zwar zu dem ausdrücklichen Zwecke, die Gesellschaft sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung umzugestalten.

In den russischen konstitutionellen Parteien nach westeuropäischem Muster sieht der „Vorwärts“ seine unmittelbaren Feinde, gegen welche die Revolutionäre den offenen Kampf aufnehmen müßten, sobald ein solcher Kampf in Rußland erst möglich sei. Schon jetzt aber müsse man ihrem Programm fortwährend das eigene gegenüberstellen, das darin besteht, die Interessen aller anderen sozialen Schichten denen der Bauern hintanzustellen.

Die Zeitschrift wies fortwährend auf die Notwendigkeit des Kampfes mit dem Absolutismus hin. Schon in der ersten Nummer findet sich ein Aufsatz, der sich ausschließlich mit dieser Materie befaßt und „Die Abrechnung des russischen Volkes“ überschrieben ist. An einer anderen Stelle des gleichen Heftes wird der Wunsch ausgedrückt, jedes Volk, das sich seiner Kraft bewußt ist, möge mit einem Schlage den Herrscher und die Kaufleute zerschmettern, wie die Engländer dies taten, namentlich das russische Volk möge dessen eingedenk sein, heißt es weiter, denn die russische Regierung sei noch nicht so weit, daß man Verhandlungen mit ihr beginnen könne, das Volk dürfe es aber auch gar nicht erst zu einer solchen Regierung in Rußland kommen lassen. An dem Beispiel der englischen Konstitution, die eine der besten in der Welt sei, könne das russische Volk die ganze Zweideutigkeit konstitutioneller Regierungen ersehen [1]).

In der ersten Nummer finden sich auch die folgenden Bemerkungen über die Nationalitätenfrage:

1) Die Nationalitätenfrage müsse vollständig hinter den Aufgaben des sozialen Kampfes zurücktreten.

2) Die Nationalität bilde die reale und unentbehrliche Grundlage jedes sozialen Prozesses, da jede Tätigkeit sich auf einem bestimmten Gebiete innerhalb der Gesellschaft abspielen

---

1) Ebenda S. 177.

müsse, wo eine bestimmte Sprache gesprochen werde und eine dort einheimische Kultur herrsche. Berücksichtige man derartige Umstände nicht bei der sozialen Tätigkeit, so werde diese allzu abstrakt werden und infolgedessen erfolglos bleiben. An verschiedenen Orten könnten die Aufgaben der verschiedenen Völker in einem gegebenen historischen Moment verschieden sein. Jedes Volk aber müsse seine Angelegenheiten so erledigen, daß es möglichst mit anderen gemeinsam nach allgemein menschlichen Zielen strebe.

3) Diese Grundsätze erheischten notwendig einen entschiedenen Kampf gegen nationale Absonderungen und nationale Antagonismen, wie man sie noch häufig, selbst unter ernsthaft denkenden Menschen antreffe.

4) Als lebendige Völker unter den Slawen seien jene anzuerkennen, die neben der nationalen Unabhängigkeit auch den sozialen Kampf gegen das Monopol des Privateigentums auf ihre Fahnen schrieben und ebenso den Kampf der Wissenschaft gegen religiöse Dogmen predigten.

5) Von diesem Gesichtspunkt aus sei auch die für Rußland schwerste nationale Frage zu lösen: die polnische. Wer unter den Polen die Interessen der Bauern über die des Adels stelle, wer im Namen der europäischen Föderation der freien Gemeinden kämpfe, der sei ein Bruder und Genosse der russischen Kämpfer, die eine grundsätzliche Änderung der Zustände in ihrem Vaterlande im Namen der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit anstrebten. Könnten diese russischen Kämpfer, heißt es weiter, die polnisch-russischen Verhältnisse in einem eigenen Parlament (Landestag) besprechen, so würden sie vorschlagen, jede Gemeinde möge unabhängig von den in ihr ehedem herrschenden Verhältnissen selbst entscheiden, zu welchem Volke sie jetzt gehören und mit welchem Zentrum des staatlichen Lebens sie sich vereinigen wolle.

Bei längerem Bestehen der Souveränität der Gemeinden würden die nationalen Verschiedenheiten übrigens allmählich eine historische Legende werden.

Die hier wiedergegebenen Ausführungen enthalten neben richtigen Sätzen, die im Einklang mit den Tatsachen der so-

zialen Entwicklung stehen, auch solche, die nicht deutlich genug ausgedrückt, und andere, die völlig unbegründet sind.

Unstreitig ist die Nation das Feld, auf dem sich jede soziale und politische Tätigkeit abspielt und abspielen muß; richtig ist auch die Bemerkung, nicht die historischen Überlieferungen, sondern die Menschen sollten entscheiden, zu welcher Nationalität sie gehören; die Ausnahmestellung, die ein Volk für sich beansprucht, und der Chauvinismus sind sicherlich sehr schädliche Erscheinungen.

Dagegen erscheint die Behauptung, die nationale Frage müsse vollständig vor der sozialen zurücktreten, so allgemein ausgedrückt, nicht genügend begründet, ja sie widerspricht dem gleichfalls aufgestellten Satz: jede Tätigkeit vollziehe sich auf dem Boden bestimmter nationaler Verhältnisse.

Das völlige Zurücktreten der nationalen Frage vor der sozialen bedeutet so viel wie ihre Nichtberücksichtigung; eine solche läßt sich jedoch schon aus den vom Verfasser selbst angeführten Gründen nicht umgehen. Ehe die völlige Umgestaltung der heutigen Gesellschaft und die „Föderation der europäischen Gemeinden" erfolgen kann, muß diese Frage gelöst werden; und wenn bis dahin eine vollständige Lösung noch nicht möglich ist, so muß eine solche doch wenigstens angebahnt sein. Der allgemeine Mangel eines Minimalprogramms, das sich mit dem heutigen sozialen Zustand befaßt, machte sich auch bei der Erörterung der nationalen Frage störend geltend. Man kann auch schlechterdings daran zweifeln, ob nach der Entstehung europäischer Gemeinden die nationalen Unterschiede tatsächlich zur historischen Legende werden würden.

Im ersten Heft des „Vorwärts" finden sich noch folgende Aufsätze: Ein Abriß der Entwicklung der Internationalen Arbeitervereinigung; Ein Beitrag zur Geschichte der sozialen Theorien; Die Fiktion der Rechtswahrheit; Das Wissen und die Revolution; Eine Abrechnung des russischen Volkes; Was geht in Rußland vor?

In bezug auf die Streitigkeiten in der internationalen sozialistischen Bewegung wollte die Redaktion des „Vorwärts" parteilos sein. Tatsächlich näherte sie sich aber sowohl in taktischer Hinsicht, als auch in ihrem Programm mehr der anarchistischen,

als der sozialistischen Gruppe. Die völlige Mißachtung des Parlamentarismus, der Mangel eines Minimalprogramms, die geringe Einschätzung von Reformen in der Entwicklung der Fabrikgesetzgebung sind der beste Beweis hierfür. Doch wurde dieser Standpunkt nicht immer genau beobachtet.

In bezug auf die Tätigkeit in Rußland empfahl der „Vorwärts" eine andere Taktik als Bakunin: nicht eine Reihe von Aufständen sollte unmittelbar angestrebt werden, um mit der Zeit eine allgemeine Revolution zu entfachen, das Blatt wies vielmehr auf die Notwendigkeit einer langen Vorbereitung hin. Sie habe darin zu bestehen, daß 1) eine Reihe gut vorbereiteter Führer aus der Intelligenz herangebildet würden, die nicht nur entsprechend geistig geschult, sondern auch moralisch abgehärtet sein müßten, 2) daß ebenso zahlreiche Agitatoren im Volke selbst herangebildet würden, da diese auf das Volk besser einwirken könnten als die Vertreter der Intelligenz, und endlich 3) daß auf die breiten Volksmassen eingewirkt werde.

Der „Vorwärts" erklärte sich gegen Teilaufstände. Außer diesen taktischen Unterschieden bestanden fast gar keine theoretischen Gegensätze zwischen den Bakunisten und den Revolutionären, die sich um den „Vorwärts" scharten.

Im Herbst 1873 wurde die erste Nummer des „Vorwärts" in Rußland eingeschmuggelt und in den wichtigsten Zentren des geistigen Lebens verbreitet. Ungefähr um die gleiche Zeit tauchten in Rußland die von den Bakunisten herausgegebenen beiden Werke Bakunins auf: „Der Staat und die Anarchie" und „Die Historische Entwicklung der Internationalen". Im Mai und Juni 1874 erschienen Nr. 2 und 3 des „Vorwärts"; die Bakunisten gaben dagegen ein Buch von James Guillaume heraus, der mit Bakunin befreundet war: „Der Anarchismus nach Proudhon".

Die in größerer Anzahl erschienenen Schriften erregten ein ungeheures Interesse und einen lebhaften Ideenkampf zwischen den einzelnen Gruppen. Ehe ich zu ihrer Charakteristik übergehe, seien ein paar Worte über Nr. 2 und 3 des „Vorwärts" eingeschaltet; die Besprechung der weiteren Nummern soll später erfolgen, da sie bereits eine andere Phase der revolutionären Bewegung betreffen.

In Nr. 2 finden wir ein große Arbeit von Lawrow, die lebhaft und populär geschrieben ist: „Wem gehört die Zukunft“? In Gesprächen, die der Verfasser Vertreter verschiedener Geistesrichtungen führen läßt, schildert er die verschiedenen Weltanschauungen. Seine eigenen wissenschaftlichen und sozialen Theorien legt Lawrow einem Russen in den Mund. Sie enthalten zwar im Vergleich mit seinen früheren Werken nichts Neues, sind aber in politischer und sozialer Beziehung deutlicher [1]).

Die nämliche Nummer bringt weitläufige Ausführungen über die allseitige Vorbereitung zur revolutionären Tätigkeit. Eine der charakteristischen Eigentümlichkeiten Lawrows als sozialistischer Schriftsteller besteht darin, daß er einen starken Nachdruck auf die Notwendigkeit der moralischen Vervollkommnung jener legte, die sich sozial betätigen wollen; ununterbrochen predigte er ausdauernde Arbeit an der eigenen Vervollkommnung. Weder sich selbst noch seine Leser aber ließ er über die Schwierigkeiten im unklaren, die damit verknüpft sind.

Auf legalem Wege, erklärten die Mitglieder des „Vorwärts“, würde man für das Volk nicht einmal größere Kulturerrungenschaften erzielen können, geschweige denn solche sozialer und politischer Art. Auf Seite 234 von Nr. 2 lesen wir eine eingehende Erörterung über diesen Punkt: nur eine Revolution, heißt es hier, würde eine gründliche Umgestaltung Rußlands herbeiführen.

In der dritten Nummer des „Vorwärts“, die Mitte 1874 herauskam, ist ein langer Aufsatz, „Das Soldatenweib“, abgedruckt, worin der Verfasser den Militärdienst bespricht. Er weist auf die Unmöglichkeit hin, ihn zu umgehen, da nur einige wohlhabendere Individuen auswandern könnten; Selbstverstümmelung könne man natürlich niemand empfehlen, ebensowenig Flucht in die Wälder, die revolutionären Sozialisten müßten also gleichfalls Kriegsdienst leisten. Sie müßten jedoch dessen eingedenk sein, daß sie es als unversöhnliche Feinde der herrschenden politischen

---

1) Diese Arbeit Lawrows erschien 1902 selbständig als Neudruck (in russischer Sprache).

und sozialen Zustände tun; sie könnten Soldatendienste leisten, ohne mit ihren Überzeugungen in Widerspruch zu geraten, aber sie sollten niemals Offiziere werden, da diese eine bevorrechtete Stellung einnähmen und die militärische Disziplin wahren müßten.

In einem Aufsatz, „Was geht in Rußland vor?“, findet sich ein Ausfall gegen Engels, der behauptet hatte, Rußland und England könnten sich nur dann erheben, wenn Polen und Irland vorher ihre Unabhängigkeit erlangten. Der betreffende Verfasser ist natürlich kein Gegner der Unabhängigkeit Polens und Irlands, er glaubt nur nicht, die Befreiung dieser beiden Länder sei eine notwendige Bedingung für eine völlige Umgestaltung Rußlands und Englands. Aus dem Aufsatz geht die geringe Bedeutung hervor, die der „Vorwärts“ rein politisch-staatlichen Änderungen beilegte, und ebenso seine Überzeugung, man müsse unmittelbar die sozialistische, eigentlich anarchistische Gesellschaftsordnung anstreben, die sich auf die freie Konföderation der Gemeinden stützen und alle sozialen und nationalen Unterschiede aufheben werde.

Sämtliche Aufsätze des „Vorwärts“ waren in einem sehr ernsten und erhabenen Ton geschrieben, doch waren sie alle zu abstrakt und schenkten den tatsächlichen politischen und sozialen Verhältnissen zu wenig Aufmerksamkeit. Manche waren sehr lang und enthalten reichhaltiges theoretisches und praktisches Material. Zu erwähnen ist noch ein Aufsatz Lawrows über die Entwicklung der sozialistischen Theorien seit den ältesten Zeiten.

Von 1875 an begann der „Vorwärts“ zweimal monatlich in veränderter Form zu erscheinen; er widmete jetzt auch den laufenden Angelegenheiten mehr Raum. Neben der nunmehrigen Zeitschrift sollten auch ferner noch unregelmäßige Beilagen in Form von Büchern erscheinen.

IX.

Im September 1873 erschien im Auslande die erste Nummer einer Veröffentlichung, die entweder den Beginn einer richtigen Zeitschrift oder einer Reihe von Aufrufen bilden sollte. Sie trug die Überschrift: „An die russischen Revolutionäre“ [1]). Dra-

1) Siehe die 1898 in Genf herausgegebenen Briefe Bakunins S. 504—511.

gomanow versichert, eine Gruppe bakunistischer Anarchisten, die sich von ihrem Meister losgesagt hatten, hätte sie herausgegeben. Über diese anarchistische Gruppe besitzen wir keinerlei Nachrichten, wahrscheinlich war sie nur von ganz kurzer Dauer.

Die Verfasser des Aufrufs erklären in einer Einleitung, ihr Programm tauche in einem sehr schweren Augenblick auf, da der russische Liberalismus früherer Jahrzehnte gerade wieder anfange, in der russischen Jugend Anhänger zu finden; sie träten aber nichtsdestoweniger mit ihrem Mahnruf hervor, um die Jugend daran zu erinnern, daß hinter dem Adel, dem Beamtentum und dem Bürgertum noch eine ganze von jener noch unverdorbene Welt liege, die Welt der bäuerlichen Gemeinden, mit einem Worte: das russische Volk. Die russischen Revolutionäre müßten sich von den zögernden bürgerlichen Politikern abwenden und eins mit dem Volke werden; sie müßten das Leben des Volkes leben, ihre Brüder seien nur jene, die unwiderruflich mit der bürgerlich-herrschaftlichen Umgebung gebrochen hätten. Die Revolution könne nur im Volke selbst entstehen.

Unser Vaterland, erklären die Verfasser des Aufrufs, ist die Revolution der ganzen Welt. Unsere einzigen Feinde sind die Herrschaftsformen aller Art, ob sie nun als Glaubenssätze und religiöse Dogmen auftauchen, als wissenschaftliche Theorien oder als politische, soziale, wirtschaftliche Einrichtungen.

Als unbedingt notwendig erklären die Verfasser:

1) den Umsturz aller religiösen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen, die die heutige bürgerliche Welt bilden;

2) die Schaffung einer selbständigen und völlig freien Organisation der befreiten Massen, die die heute bestehende Staatsordnung zu ersetzen hat.

Was die Revolution selbst anbelangt, so erklären sie gegen alles zu sein, was nur irgendwie an Autorität gemahnt und eine Lenkung des Volkes anstrebt. Jede Herrschaft, selbst eine in ihren Grundsätzen vollkommen revolutionäre, verrate zum Schluß das Volk. Nur das Volk selbst könne Revolution machen.

Der Aufruf ist von einem überzeugten Glauben an die Instinkte der Volksmassen durchdrungen, unter Revolution versteht

er den organisierten Ausbruch revolutionärer Leidenschaften und die völlige Zerstörung der bürgerlichen Staatsordnung; die Anarchie ist ihm der Ausdruck der Bestrebungen, die das Volk hat. Mit Hilfe der Freiheit würden aus der Anarchie die wahre Gleichheit unter den Menschen und eine neue Ordnung der Dinge entstehen, eine Ordnung, die auf der allseitigen Entwicklung aller und auf der freien organisierten Arbeit beruhen würde.

Um die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung völlig zu zerstören, müßte man schon in den ersten Tagen der Revolution alle Rechtsbeweise des Eigentums und des Rentenbezugs vernichten, ebenso alle Matrikeln, Trauscheine, Pässe und ähnliche Dokumente. Auf den Trümmern der alten Ordnung würde sich dann sofort eine selbständige Organisation revolutionärer Gruppen erheben, die von den bisherigen staatlichen und administrativen Grenzen unabhängige Revolutionsgemeinden bilden würden. Nach dem Volksaufstand müßten die einzelnen revolutionären Gemeinden ihre Delegierten nach den wichtigsten Punkten der Revolution senden, eine Föderation sämtlicher Gemeinden würde das Ergebnis sein [1]).

Die Delegierten der revolutionären Gemeinden, sagt der Aufruf, müssen einzelne unabhängige Gruppen bilden, die sich gegenseitig unterstützen und auch einander ergänzen. Einige dieser Gruppen hätten für die Organisation der Lebensmittelbeschaffung zu sorgen, die anderen für die revolutionäre Verteidigung, die

---

1) Es sei hier darauf hingewiesen, daß die Anarchisten im allgemeinen unter „Föderation“ nicht eine staatsrechtliche Organisation verstehen, wie sie etwa die Vereinigten Staaten oder die Schweiz bilden, sondern lediglich eine Art Konföderation einzelner territorialer Gruppen. Mit anderen Worten: der Verband der Gemeinden und größerer Körperschaften würde nach anarchistischem Prinzip keine gesetzgebende und ausführende Gewalt besitzen, sondern nur auf einer losen Vereinigung beruhen, die sich in jedem einzelnen Falle auf besondere Verabredungen stützen müßte, die jeden Augenblick wieder gelöst werden könnten. Daß der Ausdruck „Föderation“ in der anarchistischen Literatur nur so zu verstehen ist, geht aus einer sehr interessanten Broschüre Bakunins unter dem Titel „Les ours de Berne et l'ours de Saint-Petersbourg“ hervor, die 1870 zum erstenmal erschien und von der sich ein Abdruck im zweiten Band der französischen Ausgabe von „Bakunins Schriften“ findet. Bakunin kritisiert hier die Schweizer Konstitution auf das schärfste, weil sie innerhalb eines genau umgrenzten Gebiets den staatlichen Zentralorganen die Entscheidung überläßt.

dritten für die Produktion usw. Der ganze Mechanismus müßte unter unmittelbarem Einfluß und unter Aufsicht der Volksmassen stehen.

In allgemeinen Ausdrücken erklärt dann der Aufsatz die Notwendigkeit einer Volks- und Revolutionsorganisation, wobei der Leser keine Aufklärung darüber erhält, ob diese Organisation von den revolutionären Gemeinden unabhängig oder mit ihnen identisch sein solle. Diese revolutionäre Organisation solle die Aufgabe haben, die Revolution vor feindlichen Mächten zu schützen, und sie überhaupt lenken. Ihre Aufgabe sei, die Regierung zu vertreten, die sich notwendig stets gegen die Revolution kehren müsse, während die gedachte Revolutionsorganisation im Volke wurzle, ja selbst das Volk sei.

Der Aufruf enthält, wie wir sehen, nichts Neues, nichts, was Bakunin selbst nicht schon irgendwo bis dahin gesagt hätte. Im Gegensatz zu Bakunins Schriften bleibt er nur an einigen Stellen recht unklar.

Dragomanow ist der Ansicht, der Aufruf schließe die Föderation oder besser gesagt Konföderation größerer Gebilde als einheitlicher territorialer Gemeinden aus und stimme in diesem Punkt also nicht mit Bakunin überein; ich glaube jedoch, daß er sich darin irrt, da der Aufruf ausdrücklich die Föderation der Gemeinden und größeren Knotenpunkte der revolutionären Bewegung fordert; man muß wohl annehmen, daß unter diesen Knotenpunkten die großen Städte mit weitläufigem Vorstadtterritorium zu verstehen sind. Die Föderationen solcher Städte und gewöhnlicher Gemeinden würden schon große zusammenhängende territoriale Gebilde ergeben, etwa in der Art der heutigen Staatsterritorien.

Über einen Einfluß dieses Aufrufs auf die russischen revolutionären Gruppen ist uns nichts bekannt. Da sich jedoch das Programm der Gruppe, die ihn erließ, nicht grundsätzlich von Bakunins Programm unterschied, muß man annehmen, daß die Trennung dieser Gruppe von den damaligen russischen Anarchisten, namentlich aber vom Meister selbst, nicht aus prinzipiellen, sondern aus persönlichen oder organisatorischen Erwägungen erfolgte.

X.

Bei der Darstellung der revolutionären Gruppen und Ideen in der russischen Gesellschaft zu Beginn der siebziger Jahre ließ ich bisher Nikolaus Gontscharow unerwähnt. Er entstammte einer adligen Familie und war eine Zeitlang Student am Technologischen Institut. Unter dem Einfluß der Ereignisse während der berühmten französischen Kommune druckte er persönlich einen Aufruf, den er in vier Fortsetzungen auf einer kleinen Handdruckerei setzte und in einigen Dutzend Exemplaren vorwiegend mit der Post versandte.

Der Aufruf trug den Titel: „Der Galgen".

In der ersten Nummer wird die Überzeugung ausgesprochen, die Pariser Revolution werde auf andere Länder, unter denen auch Rußland sich befinden würde, übergreifen; die tatkräftige, willensstarke Jugend müsse den Eintritt der Revolution bekanntmachen, die Regierung überwältigen und die allgemeine, völlige und allseitige Gleichheit unter den Bürgern einführen. Nummer 2 enthält die Aufforderung Katkow zu töten, da er ganz Rußland durch seine reaktionären Machenschaften und seine ganze Tätigkeit schweren Schaden zugefügt und Tausende und aber Tausende von Menschen ins Verderben gestürzt habe. Nummer 3 führt den Untertitel „Was wir wollen" und erklärt, man müsse in erster Reihe die Ungleichheit zwischen den Menschen aufheben und eine siegreiche Revolution durchführen: die neue Gesellschaftsordnung würde dann von selbst erstehen. Der Aufruf schließt mit einem Fluch über die alte Ordnung. Nummer 4 ruft die russischen Bürger direkt zum bewaffneten Kampf auf, um der unterliegenden Kommune Hilfe zu bringen.

Gontscharow, den die Regierung im Verdacht hatte, die Aufrufe verfaßt und verbreitet zu haben, wurde verhaftet. Er leugnete nicht, verriet aber niemand. Er wurde am 16. Februar 1872 zu sechs Jahren Zwangsarbeit und nach deren Ablauf zur Ansiedlung in Sibirien verurteilt.

Die ganze Angelegenheit ist heute noch sehr geheimnisvoll; wir wissen nicht einmal, ob Gontscharow Mitarbeiter hatte [1]).

---

1) „Biloje", von Burzew im Auslande herausgegeben, Jahrgang 1904, Nr. 6, S. 25—27.

XI.

Nietschajew rettete sich ins Ausland und entging so der Verhaftung. Der Prozeß, der gegen seine Organisation angestrengt wurde, hatte einen allgemeinen Unwillen gegen ihn zur Folge, so daß es ihm trotz seiner erstaunlichen Tatkraft und seiner hervorragenden organisatorischen Fähigkeiten nicht einmal gelang, auch nur eine kleine revolutionäre Gruppe um sich zu sammeln. Er besaß einen einzigen Anhänger namens Wladimir Serebrennikow. Diese Isolierung hinderte Nietschajew jedoch nicht, sich selbst und anderen vorzuspiegeln, es werde ihm noch einmal gelingen, eine kräftige Organisation zu gründen. Seinen Bekannten erzählte er, er verfüge über eine Gruppe von Freunden und Mitarbeitern.

Nietschajew hielt sich in Paris, London und der Schweiz auf. Im Herbst 1872 machte er in Zürich die Bekanntschaft von Anton Stempkowski. Dieser war ein polnischer Emigrant und hatte an dem Aufstand 1863 als revolutionärer Gendarm teilgenommen, d. h. er hatte die von den Revolutionsbehörden verhängten Todesurteile vollstreckt; er war gelernter Gerber und verdiente viel. Im Auslande gehörte er der polnischen Sektion der „Internationalen“ und verschiedenen revolutionären Gruppen an.

Stempkowski händigte Nietschajew irgendeinen Paß aus, worüber dieser sehr erfreut war. Über Stempkowski selbst waren verschiedene Gerüchte im Umlauf, einige Leute behaupteten, er unterhalte Beziehungen zur russischen Polizei, doch fanden sie keinen Glauben. Stempkowski bestellte Nietschajew zu einer Zusammenkunft in eine Zürcher Restauration und übergab ihn der Polizei. Nietschajew wurde gefangen gesetzt, die russische Regierung verlangte seine Auslieferung mit der Begründung, Iwanow, ein Mitglied der revolutionären Organisation, sei auf sein Betreiben umgebracht worden, er sei also ein gemeiner Verbrecher.

Radikale und Revolutionäre agitierten vergeblich gegen dieses Vorgehen, die Schweizer Behörden lieferten Nietschajew unter der Bedingung aus, daß er in Rußland als gemeiner, nicht als politischer Verbrecher behandelt werden müsse.

Stempkowski wurde vor ein Gericht gestellt, das die Revo-

lutionäre bildeten, als Spion erklärt und aus allen Vereinigungen ausgeschlossen. Die leidenschaftlicheren Mitglieder beschlossen, Stempkowski zu töten und Nietschajew während der Fahrt nach dem Bahnhof zu befreien. Der Plan mißlang jedoch; ein Emigrant schoß allerdings fünfmal nach Stempkowski, traf ihn aber kein einziges Mal, ebenso wurde die Militärabteilung, unter deren Bedeckung Nietschajew zum Bahnhof gebracht wurde, angefallen und er selbst befreit, das Publikum half jedoch der Polizei, ihn neuerlich zu verhaften [1]).

Er wurde nach Rußland gebracht und vor Gericht gestellt. Während der Gerichtsverhandlung benahm er sich sehr standhaft, erklärte, der Gerichtshof sei nicht die kompetente Behörde und er selbst ein Untertan des russischen Kaisers; er brachte auch Hochrufe auf den Landestag aus. Er wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und in der berüchtigten Aleksejewschanze der Peter-Pauls-Festung zehn Jahre lang in völliger Isolierung gehalten.

Auf seinen Aufenthalt daselbst und seine späteren Beziehungen zur Organisation „Volksfreiheit" komme ich noch zurück.

XII.

Der „Vorwärts" wurde in Rußland sehr verschieden beurteilt. Einem gewissen Teil der revolutionären Jugend gefiel der ernste Ton, der reiche Inhalt des Blattes und ebenso sein Standpunkt; andere wieder waren gerade mit der großen Bedeutung, die hier der Bildung der einzelnen und der Wissenschaft überhaupt innerhalb der sozialen Tätigkeit beigelegt wurde, nicht einverstanden; es gab auch Leute unter den Revolutionären, die die Zeitschrift gern lasen, ohne sich von ihr beeinflussen zu lassen. Selbst unter den „Tschajkowski-Freunden", die in nahen Beziehungen zur Redaktion standen, wurde der „Vorwärts" sehr verschieden aufgenommen. Im allgemeinen kann man sagen, die Zeitschrift habe in den revolutionären Kreisen lebhafte Diskussionen hervorgerufen und sei von den Mitgliedern mit großem Interesse gelesen worden.

---

1) Über Nietschajews Aufenthalt in der Schweiz siehe die Aufsätze des 1906 in Rußland erschienenen „Biloje", Juliheft S. 136—151.

Gegen Ende 1873 erlangten in den revolutionären Kreisen die Anarchisten rasch das Übergewicht über die Anhänger Lawrows, in erster Reihe wahrscheinlich, weil die Stimmung unter der Jugend immer erregter wurde und es sie drängte, den gewaltsamen und unmittelbaren Kampf gegen die Regierung im Namen einer völligen sozialen, politischen und kulturellen Umwälzung aufzunehmen; überdies war der damalige Anarchismus, d. h. der Bakunismus, in seinen Schlüssen unstreitig folgerichtiger, energischer und verständlicher als die Lehre Lawrows. Beide Theorien gingen von einer Idealisierung der großrussischen Ackergemeinde und des russischen Bauern aus, beide verachteten jedweden Liberalismus und verwarfen ein Minimalprogramm. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend strebten die Anarchisten danach, so rasch wie möglich in Rußland eine völlige Umwälzung der bestehenden Zustände hervorzurufen, Lawrows Anhänger dagegen wollten die Revolution, worunter sie das Gleiche wie die Bakunisten verstanden, erst in einer ziemlich entfernten Zukunft entfachen, zunächst vielmehr die Revolutionäre durch innere Selbstzucht und dann die Massen durch eine entsprechende Propaganda auf die Ereignisse vorbereiten. In beiden Organisationen gab es begabte und gebildete Menschen, die sich ihrer Partei schrankenlos hingaben.

Gegen Ende 1873 trat die revolutionäre Bewegung unter der russischen Jugend, die gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre eingesetzt hatte, in eine neue Phase. Bis dahin hatte man eine revolutionäre Volkstümelei gepredigt, ohne sich sehr viel um eine genaue Formulierung der eigenen Ideale zu bekümmern, oder sich ausdrücklich für die eine oder andere Taktik zu erklären. Erst gegen Ende 1873 wurden diese Fragen brennend. Bis dahin hatte man in denselben Gruppen Leute finden können, die über das Ideal der zukünftigen Gesellschaft verschieden dachten und ebenso über die Möglichkeiten der Verwirklichung dieser Zukunftsgesellschaft voneinander abweichende Ansichten hatten — jetzt begannen die Gruppen in politischer und sozialer Hinsicht einen einheitlichen Charakter zu bekommen, aber auch jetzt war dieser Prozeß noch nicht ganz beendet; so verwarf in der Gruppe der „Tschajkowski-

Freunde“ Kuprjanow, der ein Sozialist war, ständig den Anarchismus; während Krapotkin, der 1872 in der Schweiz die beiden Strömungen in der „Internationalen“ kennen gelernt hatte und sich sofort den Grundsätzen der „Jura-Föderation“ zuwandte, ein entschiedener Anarchist wurde und nach seiner Rückkehr nach Rußland als solcher unter den Arbeitern wirkte.

In der bereits angeführten Arbeit [1]) versichert Starik, die vorgeschrittenen Fabrikarbeiter hätten weniger Neigung für den Anarchismus an den Tag gelegt, als die Vertreter der Intelligenz. Er erklärt diese Erscheinung damit, daß die Arbeiter dieser Kategorie bereits kulturelle und geistige Bedürfnisse und ebenso den heißen Wunsch nach ihrer Befriedigung hatten, während der damalige russische Anarchismus eine angestrengte Arbeit auf dem Lande unter kulturlosen Bedingungen forderte, die einer geistigen Entwicklung nicht günstig sein konnten. Unter den Arbeitern hatte die Stimmung noch nicht jene Höhe wie unter der Intelligenz erreicht, die sich in der Zeit, da sie sich anschickte, die Agitation ins Volk zu tragen, im Zustande einer besonderen Erregung befand.

Schon als ich die Meinung Schischkos anführte, wonach die Arbeiter selber die „Tschajkowski-Freunde“ angeregt haben sollen, auf dem flachen Lande zu agitieren, sprach ich die Ansicht aus, es müßten dies weniger entwickelte, in erster Reihe ungelernte Arbeiter gewesen sein. Zu Stariks Bemerkung füge ich noch hinzu, daß die fortgeschritteneren Arbeiter wahrscheinlich auch deswegen weniger zum Anarchismus neigten, als die Vertreter der Intelligenz, weil sie vermutlich mehr praktischen Sinn hatten. Eine Bestätigung dieser Vermutung wird der Leser weiterhin noch in den Berichten über die Arbeiterorganisationen der siebziger Jahre im Süden und Norden Rußlands finden.

Je näher die Zeit kam, da die Revolutionäre versuchen wollten, selber die Agitation in die Massen der Landbevölkerung hinauszutragen, desto mehr Gewicht legte man in ihren Kreisen auch auf eine, man möchte sagen Verbrüderung mit der Bauernschaft in Lebensgewohnheiten und Sitten. Hatte es sich bei den revolutionären volkstümelnden Tendenzen zunächst um eine praktische

1) „Biloje“, in Rußland erschienen, Dezemberheft 1906, S. 57.

Frage der Taktik gehandelt, so begann sie jetzt einen prinzipiellen Charakter anzunehmen. In den revolutionären Kreisen wurde jetzt über das Recht der Intelligenz auf die eine oder andere Lebensweise debattiert; man warf die Frage auf, ob die Jugend ein Recht auf Wissenschaft habe, — werde sie während ihrer Studienzeit doch von der Arbeit des Volkes unterhalten. Mit einem Worte, die volkstümelnden Bestrebungen erstarkten immer mehr. Wer die Absicht hatte, im Volke agitatorisch tätig zu sein, erlernte ein Handwerk; in Versammlungen wurde sogar erörtert, welches Handwerk einem Revolutionär entspreche.

Das Bestreben, eine auf breiter Grundlage ruhende revolutionäre Volksbewegung hervorzurufen, hatte zur Folge, daß man sich zunächst über die Organisationsform der Gruppen einig werden mußte. Die Frage war nicht leicht zu entscheiden, und zwar nicht bloß aus administrativen und polizeilichen Rücksichten, sondern auch deswegen, weil die russische Jugend nach dem Nietschajewprozeß gegen jede selbständige Tätigkeit der Führer innerhalb der Organisationen mißtrauisch geworden war und gegen jedwede Organisationsform, ob sie nun zentralistisch oder hierarchisch aufgebaut sein sollte, einen starken Widerwillen an den Tag legte.

Bakunin und seine hervorragendsten Anhänger begriffen die Notwendigkeit einer ausgesprochenen konspirativen und hierarchischen Organisation für Rußland [1]. Andere, so Rabinowitsch, gingen weiter und verlangten einfach eine zentralistische Organisation. Angesichts der Abneigung der damaligen revolutionären Jugend gegen jedwede Organisationsform beschlossen die Bakunisten jedoch, die Angelegenheit nicht allzusehr auf die Spitze zu treiben und vorläufig nur die ersten Anfänge einer allgemeinen Organisation zu versuchen, die später ausgesprochenere Formen annehmen konnten.

Alle damals in Rußland bestehenden revolutionären Gruppen standen miteinander in Verbindung, doch unterhielten sie nirgends dauernde Beziehungen. Die Anarchisten hatten ihre, man möchte sagen ursprünglichen Gruppen, d. h. solche, die von allem Anfang an diesen Charakter gehabt hatten, so die Gruppen Kowalik,

1) Siehe Stariks Aufsatz in „Biloje“ 1906, Novemberheft S. 65.

Lermontow, Debogorja-Mokrijewitsch und dann weitere, die ihr Programm erst später angenommen hatten. Kowalik durchwanderte unermüdlich ganz Rußland, um neue Gruppenbeziehungen anzuknüpfen und alte aufzufrischen, und predigte ebenso unausgesetzt die Grundsätze des Anarchismus. Er war unstreitig der hervorragendste Organisator und Agitator unter den Anarchisten; Krapotkin, der später als Theoretiker des Anarchismus und Naturforscher Weltruhm erlangte, agitierte damals tatkräftig unter den Petersburger Arbeitern, hatte jedoch außerhalb dieser Kreise keinen Einfluß.

Gegen Ende 1873 oder zu Beginn 1874 trugen die Genossen Krapotkin auf, ein Programm und taktische Vorschriften für die Gruppe der „Tschajkowski-Freunde“ auszuarbeiten. Krapotkin schrieb damals eine Abhandlung unter dem Titel „Haben wir uns mit dem Ideal der künftigen Gesellschaftsordnung zu befassen?“ Die Schrift ruht im Archiv des Polizeidepartements oder einer anderen staatlichen Institution, ist nicht zugänglich und so in ihrem Wortlaut unbekannt. Der Anklageakt im Prozeß der 193 enthält eine Inhaltsangabe, die Teilnehmer an dieser Bewegung wie Starik und andere als richtig anerkennen.

Krapotkins Abhandlung setzt mit einer Kritik der verschiedenen, auf einer bestimmten Rechtsgrundlage aufgebauten Staatsformen ein und kommt zu dem Schlusse, sie seien alle verfehlt. Er löst die Frage in der Weise, daß er erklärt, das Volk selbst werde nach dem Umsturz der bestehenden Ordnung im entsprechenden Augenblick die richtige Form erwählen. Krapotkin geht nun zu den Mitteln über, die man zur Hebung der sozialen Übel anwenden könne, und erklärt sich deutlich für eine gewaltsame Revolution. Eine solche würde nicht nur die in Rußland herrschende politische Ordnung umstürzen, nicht der Staat allein würde vernichtet werden, sondern ebenso die ganze Gesellschaftsordnung, die sich auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen, wie das Privateigentum usw., stützt. Friedliche Mittel verwirft er, da sie seiner Ansicht nach nicht zum Ziele führten, also nur schädlich seien. Um die siegreiche soziale Revolution vorzubereiten, sei eine Organisation notwendig, doch dürfe eine solche die völlige

Gleichheit ihrer Mitglieder in keiner Beziehung antasten, es dürfe keinerlei Abhängigkeit von einer oder mehreren Personen geschaffen werden. In den Beziehungen der Mitglieder zueinander müsse die Organisation jede Gewalt und jeden Betrug hintertreiben, dagegen dürfe sie diese Mittel im Kampfe gegen die Regierung und die Vertreter des Kapitals zulassen.

Die vorbereitende Arbeit der Revolutionsorganisation müsse in erster Reihe in der Vereinigung der Anhänger innerhalb der Bauernschaft und im Fabriksproletariat bestehen; dazu bedürfe man einer tatkräftigen Propaganda der eigenen Ansichten, auch müßte die Unzufriedenheit mit der Regierung geschürt werden. Die studierende Jugend müsse überhaupt aus der Organisation ausgeschlossen werden; nur solche Leute sollten aufgenommen werden, die bereit seien, die Wissenschaft aufzugeben, um mit dem Volke zu leben und zu arbeiten; die Mitglieder müßten jede Verbindung mit der Welt der Bevorrechteten fahren lassen, die dort herrschenden Gewohnheiten abstreifen und wie die Arbeiter leben. Leute, die selbst aus dem Volke stammen, seien die erwünschtesten und besten Revolutionäre. Um sie heranzubilden, müßten die Revolutionäre sich auf dem Lande unter den Bauern ansiedeln und unermüdlich Propaganda treiben. Die Revolutionäre, die diese Tätigkeit auf sich nehmen würden, müßten von Zeit zu Zeit zusammenkommen, um ihre Meinungen auszutauschen und ihre weitere Tätigkeit miteinander zu besprechen. Großes Gewicht legt der Verfasser auf die Ausbildung fähiger Agitatoren unter den Fabrikarbeitern, da diese vom flachen Lande herstammten und von Zeit zu Zeit dorthin zurückkehrten; gerade diese also würden aufklärend unter den Bauern wirken können.

Krapotkin spricht sich gegen Streike und Arbeitsgenossenschaften (Arteljs) aus, da sie seiner Ansicht nach nur zur Bildung von Kapitalien führen und so auf das Volk nur ungünstig wirken können.

Man begreift nicht, wie Streike oder Genossenschaften zur Bildung von Kapitalien führen sollen; sie können bei guter Organisation und geschickter Handhabung höchstens den Wohlstand der Arbeiterklasse erhöhen; es ist jedoch auch möglich,

daß der Staatsanwalt die Meinung des Verfassers an dieser Stelle unrichtig wiedergegeben hat; Krapotkin selbst erwähnt die ganze Angelegenheit in seinen Memoiren überhaupt nicht.

Lokale Aufstände und Widerstand gegen die Regierung in einzelnen Fällen sind nach Krapotkin gute Erziehungsmittel für die Massen. Soweit sie von selbst entständen, solle man sie weder verhindern, noch ihnen entgegenarbeiten; man solle sie jedoch nicht künstlich hervorrufen, um nicht die Aufmerksamkeit des Volkes von dem allgemeinen Aufstand abzulenken, dessen Ziel der Umsturz der herrschenden Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer neuen Gesellschaft auf den Trümmern der alten sei.

Die „Tschajkowski-Freunde“ nahmen das von Krapotkin in seiner Abhandlung vorgeschlagene Programm an; es ist sehr wahrscheinlich, daß auch andere Gruppen es getan hätten, wenn man ihnen das Programm vorgelegt hätte.

Aus dem Inhalt geht hervor, daß die Abhandlung ein Kompromiß zwischen den innerhalb der Jugend vorherrschenden Richtungen anstrebte. In der Tat war Krapotkin selbst damals bereits ein überzeugter Anarchist, d. h. Bakunist, und mußte daher auch wenigstens in allgemeinen Zügen bereits ein Idealbild der künftigen Gesellschaftsordnung haben. Man kann kaum annehmen, daß er nicht wenigstens die Grundzüge eines solchen besessen habe. Auch Bakunin wiederholte allerdings beständig, das Leben selbst werde den Massen die Einzelgestaltung der künftigen Gesellschaftsordnung weisen, er fügte aber jedesmal hinzu, in dieser künftigen Ordnung würde der Staat keinen Platz haben. Sicherlich vermied Krapotkin infolge der unter den „Tschajkowski-Freunden“ herrschenden Meinungsverschiedenheiten über das Ideal der künftigen Gesellschaftsordnung allgemeine Erörterungen über die künftigen Zustände und begnügte sich mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer völligen Vernichtung des Bestehenden.

In taktischer Beziehung trägt Krapotkins Abhandlung noch deutlicher alle Merkmale einer Kompromißschrift; der Verfasser erkennt zwar die Notwendigkeit einer gewaltsamen Revolution an, empfiehlt aber keine teilweisen Aufstände und spricht von einer systematischen Propaganda. Es bleibt dahingestellt, ob der vor-

geschlagene Kompromißstandpunkt in praktischen Angelegenheiten tatsächlich sein eigener war.

Anfang 1874 traten Vertreter sämtlicher Petersburger Gruppen zu einer Beratung zusammen, die über die Organisation einer dauernden Verbindung entscheiden sollte. Fast einstimmig wurde beschlossen, eine Zentralkasse zur Unterstützung sämtlicher im Volke arbeitender Revolutionäre zu gründen; ganz gleichgültig, welcher Richtung diese Revolutionäre angehörten und ob sie einzeln oder in Gruppen arbeiteten.

In diese Zentralkasse sollte jede einzelne Gruppe 10 Prozent ihrer Einnahmen abführen, die Leitung sollte in der Hand dreier Personen liegen, die von den Abgesandten der Petersburger Gruppen gewählt wurden; es waren dies die Obodowska aus der Tschajkowskigruppe, Rabinowitsch aus der Lermontowgruppe und Pajewski aus der Kowalikgruppe. Auf der gleichen Versammlung wurde eine Zusammenkunft aller jener Revolutionäre für den Oktober beschlossen, die bereits die Propaganda im Volke begonnen hatten; sie sollten ihre Eindrücke austauschen und ihre weitere Tätigkeit besprechen. Der Plan dieser Zusammenkunft war sehr wichtig und fand viel Beifall.

Anfang 1874 waren die Unterschiede zwischen den Gruppen und den einzelnen Revolutionären immer geringer geworden, so daß die Organisation einer allgemeinen Revolutionspartei möglich schien. Zu der geplanten Zusammenkunft kam es jedoch nicht, da im Sommer des gleichen Jahres eine Reihe von Verhaftungen stattfand. Ehe die revolutionäre Jugend daranging, die Agitation ins Volk zu tragen, versichert Starik [1]), nahm sie noch das Programm der russischen Sektion der Juraföderation an, wobei sie jedoch den Absatz über den Atheismus ausließ.

Neben den Zeitschriften, die sich an die Intelligenz wandten, gaben die damaligen revolutionären Gruppen auch Broschüren heraus, die für das Volk, namentlich für die Bauernschaft, bestimmt waren. Ich nenne hier die wichtigsten: „Die kunstvolle Maschine“, „Die vier Pilger“, „Die vier Brüder“, „Halt! Brüder“,

1) Siehe den angeführten Aufsatz in „Biloje“, Jahrgang 1906, Novemberheft S. 69.

„Die Geschichte von der Kopejke“ und andere. In volkstümlicher Form brachten diese Broschüren eine gewaltsame, aber ziemlich allseitige und gründliche Kritik der bestehenden sozialen und politischen Zustände Rußlands. In bezug auf das Ideal der künftigen Gesellschaftsordnung begnügten sie sich mit allgemeinen Hinweisen auf den Kollektivbesitz an Grund und Boden und Fabriken: man sprach darin von der Aufhebung jeder Unfreiheit und der Einführung der Gleichheit aller Menschen. Sehr ausführlich wurden jene Angelegenheiten erörtert, die das Volk, namentlich die Landbevölkerung, damals besonders bedrückten: das Besteuerungssystem und die Willkür der Beamten; der Absolutismus wurde angegriffen, man legte dar, daß er zugunsten der höheren Schichten regiere. Man wies auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens des gesamten Volkes hin, um die siegreiche Revolution hervorzurufen. Entsprechend den damals in den revolutionären Kreisen vorherrschenden Ansichten bemühte man sich sichtlich, die soziale und politische Umwälzung gleichzeitig vorzubereiten.

Manche von diesen Broschüren waren mit großem literarischen Talent geschrieben; in bilderreicher und auch Ungebildeten leicht verständlicher Sprache wurde hier die revolutionäre Propaganda oft mit großem Geschick getrieben, manchmal trat sogar ein phantastisch-novellistisches Element hervor.

Derartige Broschüren wurden mehrmals und von verschiedenen revolutionären Gruppen herausgegeben; die Verteilung erfolgte stets ohne Rücksicht auf die Parteischattierung.

Ich habe schon die Hilfskasse erwähnt, die von den Petersburger Gruppen zur Unterstützung von Gruppen und einzelnen Personen gegründet wurde, die aufs flache Land hinauszogen, um unter den Bauern Propaganda zu treiben. Die Mittel wurden aus den Beiträgen der Mitglieder gesammelt; man veranstaltete verschiedene Vergnügungsabende zugunsten der Kasse, einzelne Gefährten opferten auch größere Summen, so gaben Wojnaralski und Fürst Krapotkin fast ihr ganzes Vermögen hin; auch von den Unterstützungen, die sie aus dem Elternhause empfingen, spendeten viele einen Teil.

Doch waren die einzelnen Gruppen damals nichts weniger

als vermögend; kaum daß die eine oder andere mehr als ein paar hundert Rubel besaß.

XIII.

Einzelne Personen aus den damaligen revolutionären Gruppen hatten sich schon vor 1874 auf dem Dorfe angesiedelt, um die Landbevölkerung kennen zu lernen und eine Propaganda auf dem flachen Lande zu betreiben, deren letztes Ziel der Umsturz der in Rußland herrschenden Zustände sein sollte.

Die erste, die dieses Prinzip in der Gruppe der „Tschajkowski-Freunde" eifrig verfocht, war Sophie Perowska. Sie selber konnte diesen Plan allerdings nicht mehr ausführen, da sie sehr bald verhaftet wurde. Dagegen begann schon im gleichen Jahre Sergius Krawtschinski aus der Gruppe der „Tschajkowski-Freunde" und ebenso Demetrius Rogatschew, der zu keinerlei Gruppe gehörte, im Volke Propaganda zu treiben. Im Frühjahr 1874 zog die revolutionäre Jugend aus den verschiedenen städtischen Zentren in Scharen aufs flache Land, wobei sie Bauern- oder Arbeiterkleidung anlegten. Die meisten ließen sich in der Nähe Moskaus nieder.

Einige wandten sich Ortschaften zu, wo sie Verwandte, Freunde oder Bekannte hatten, bei denen sie leicht auf dem Lande in der Eigenschaft von Arbeitern, Handwerkern, landwirtschaftlichen Knechten oder Feldscheren, Hebammen usw. leben und unter der Landbevölkerung agitieren konnten. In dieser Weise gingen namentlich die „Tschajkowski-Freunde" vor.

Andere wieder begannen die Arbeit in einem von vornherein bestimmten Gebiet. Die Mehrzahl wählte die Gouvernements an der Wolga, im Westen des europäischen Rußlands oder auch im Südosten des Landes. Die Gouvernements an der Wolga, namentlich die Gouvernements Saratow und Samara wurden von den Revolutionären als ein besonders günstiger Boden angesehen, weil hier im 17. und 18. Jahrhundert die größten Bauernrevolten ausgebrochen waren; die Revolutionäre nahmen nun an, daß sich die Überlieferung noch im Bewußtsein der zeitgenössischen Bauern erhalten habe und sie aus diesem Grunde der anarchistischen Propaganda und der revolutionären Agitation zugänglicher als sonstwo mache.

Wojnaralski kam auf den Gedanken, anfangs in diesen Gegenden und später in ganz Rußland Einrichtungen zu treffen, die man am besten als Revolutionsstationen bezeichnen könnte und die den Zweck haben sollten, die Volksbewegung in den umliegenden Gegenden zu leiten und sie mit allem Nötigem zu versehen. Es gelang den Bakunisten in der Tat, in den Gouvernements Saratow und Samara die revolutionäre Propaganda an vielen Orten zu verbreiten. Die Tatkraft und der praktische Sinn von Wojnaralski, Dmitrij Rogatschew, Kowalik und ihrer Genossen waren staunenerregend.

Die Kijewer Revolutionäre wandten sich namentlich nach den Gouvernements Kijew, Podolien, Jekaterinoslaw, zum Teil auch nach den Gouvernements Poltawa und Tschnernichow. Die Revolutionäre aus Odessa gingen in das Gouvernement Cherson und andere. Die Anklageschrift im Prozeß der 193 weist die Propaganda in 37 Gouvernements nach. Manche arbeiteten sogar im Gouvernement Orenburg an der sibirischen Grenze. Man kann im allgemeinen sagen, die Propaganda auf dem flachen Lande habe sich auf das ganze Reich erstreckt, mit Ausnahme der nördlichen Gouvernements, Polens, Litauens, der Baltischen Provinzen, des Kaukasus und Sibiriens.

Die Mehrzahl der Revolutionäre wollte zunächst nur den Boden sondieren und erst später das Volk planmäßig zur Revolution vorbereiten; eine Minderheit beschloß, sofort die Propaganda und Agitation zu beginnen.

Von diesen wieder waren einige anfangs bestrebt, im Volke ein geistiges Ferment zu züchten, andere wollten die Massen direkt zum Aufstand bringen.

Die Beobachtungen der Revolutionäre über das Verhältnis der Bauern zum Zaren, zur Regierung und den herrschenden Zuständen in Rußland überhaupt waren verschieden, stimmten jedoch auch häufig überein. So wurde fast überall festgestellt, daß es durchaus nicht nötig sei, Bauerntracht zu tragen und die bäuerlichen Sitten blind zu befolgen, um das Vertrauen und die Achtung der Bauern zu wecken und ihnen Überzeugungen einzuflößen; die Bauern schienen im Gegenteil den Worten von Menschen, die sie für klüger hielten als sich, größeres Gewicht beizulegen.

Die revolutionären Lehrer, Feldschere oder Hebammen, ja mitunter selbst die mittleren Gutsbesitzer, wurden von den Bauern bereitwilliger angehört und hatten einen größeren Einfluß, sofern sie nur taktvoll vorgingen und die Bauern über ihre eigenen Angelegenheiten aufklärten, als jene, die sich als Bauern oder Arbeiter ausgaben. Diese Tatsache wurde von hervorragenden und talentierten Revolutionären dieser Zeit, wie Morosow, der Breschkowska und Iwantschin-Pisarew, immer wieder beobachtet.

Allgemein wurde auch die weitere Beobachtung gemacht, daß die Bauern zwar mit den herrschenden Zuständen durchaus unzufrieden waren, aber trotzdem nicht an Aufstand dachten und nicht an die Möglichkeit eines solidarischen Auftretens der Landbevölkerung im ganzen Lande gegen die Behörden und Herren glaubten. Am häufigsten sagten sie zu den Agitatoren: „Tut das Eure, ruft eine Bewegung hervor, wenn sie ausbricht, werden wir euch unterstützen." Die von den Revolutionären gehaltenen Reden interessierten sie mitunter sehr lebhaft, drängten sie jedoch nicht zu unmittelbaren Taten.

Übrigens verhielten sich die Leute in verschiedenen Gegenden häufig verschieden. Hier und da schien das Volk auch völlig resigniert. So berichtet z. B. der Revolutionär Lukaschewitsch in seinen „Erinnerungen"[1]), die Bauern hätten ihm, wenn er ihnen ihre schwere Lage schilderte, häufig geantwortet, die Verarmten seien selbst an ihrem Unglück schuld; als Grund wurde dann Trunksucht und Faulheit angegeben. Doch erhoben sich derartige Stimmen nur selten im Volke.

Debogorja-Mokrijewitsch erzählt, in den Gouvernements Podolien und Kijew hätten die Bauern von einer völligen Aufteilung sowohl des bäuerlichen als des herrschaftlichen Grundbesitzes unter sämtliche Bewohner ohne Standesunterschied geträumt, doch seien sie mit ihrem Schicksal nicht unzufrieden genug gewesen, um sich gegen die Behörden zu erheben.

Die damalige Bauernschaft begann sich zu differenzieren. Waren die damaligen Verhältnisse in Rußland für sie auch ungünstig, so litten doch nicht alle in gleichem Maße darunter.

---

1) „Biloje", Jahrgang 1907, Märzheft S. 1—44.

Überdies war das geistige Niveau der Bauern ein unendlich niedriges; die ungeheure Mehrheit konnte weder lesen noch schreiben, die wenigen aber, die es gelernt hatten, machten nur selten davon Gebrauch, einmal weil die Bücher fehlten, dann aber, weil unter ihnen so gut wie gar kein Wissensdrang vorhanden war.

Über das Verhältnis der Bauern zum Kaiser waren die Beobachtungen der Revolutionäre sehr mannigfaltig. So versichert Debogorja-Mokrijewitsch, in Kleinrußland, wo er selbst verschiedene Wanderungen unternahm, und ebenso in anderen Teilen Rußlands, die seine Bekannten besuchten, hätten die Bauern geglaubt, der Kaiser wolle ihnen neues Grundeigentum geben, das zuvor den Herren weggenommen werden müsse, werde aber von diesen an der Ausführung dieses Planes gehindert. Dagegen meint die Breschkowska, die gleichfalls Kleinrußland durchwanderte und ebenso nüchtern wie Debogorja-Mokrijewitsch die Erfolge der Propaganda beobachtete, das kleinrussische Volk treibe im allgemeinen keinen besonderen Kultus mit der kaiserlichen Macht [1]).

Die Ergebnisse, die die einzelnen Revolutionäre bei ihrer Tätigkeit im Volke erzielten, hingen nicht nur von ihren eigenen Talenten und ihrer Ausbildung, sondern auch noch von vielen anderen Umständen ab. Ein Teil der Agitatoren blieb nie lange an einem Orte, sondern war fortwährend auf der Wanderschaft. Ihr Einfluß auf das Volk konnte also kein ständiger sein. Andere wieder ließen sich für längere Zeit in den angegebenen Ortschaften nieder. Die Anklageschrift berichtet weit häufiger von vorübergehender, als von ständiger Agitation. Nach Morosow wurden die größten Resultate auf dem Gute des oben genannten Alexander Iwantschin-Pisarew erzielt und ebenso in der Umgegend.

Die Arbeit unter den Bauern hatte hier mehr als ein Jahr vor der allgemeinen Agitation im Volke begonnen.

Das Gut von Iwantschin-Pisarew lag im Gouvernement Ja-

1) Vgl. ihre sehr interessanten Beobachtungen über ihre Tätigkeit im Volke in der „Obschtschina“ (in russischer Sprache) von 1878, ein Neudruck davon in Burzews „Biloje“ Nr. 4.

roslaw, im Kreise Danilow. In der Nähe wohnten der vom Ziemstwo angestellte Arzt Dobrowolski und die Hebamme Potocka, die in allen umliegenden Dörfern Propaganda trieben. Iwantschin-Pisarew führte Volksbelustigungen ein, an denen Hunderte von Bauern teilnahmen. Man machte auf ihnen keinerlei Propaganda, da Verrat auf diese Weise hätte entstehen können, aber sie dienten dazu, den Agitatoren eine Annäherung an das Volk zu ermöglichen und immer wieder neue Beziehungen anzuknüpfen. Legale und illegale Literatur wurde in Haufen eingeführt, die Agitation ging hier gut vonstatten. Morosow erzählt, Iwantschin-Pisarew habe aus den Ergebnissen in seiner Gegend geschlossen, die Revolution werde in Rußland etwa in vier Jahren ausbrechen [1]).

Die Ergebnisse dieser volkstümlichen Agitation von 1874 lassen sich heute nicht genau beschreiben, vielleicht tritt diese Möglichkeit überhaupt nie ein. Wir können nur Vermutungen aufstellen.

Wenn wir von der Tätigkeit Iwantschin-Pisarews und seiner Gefährten absehen, die verhältnismäßig lange dauerte, währte die sogenannte Agitation im Volke kaum ein paar Monate; sie begann Anfang Frühjahr und fand im Herbst ihr Ende.

In Petersburg begannen die Verhaftungen unter den Revolutionären schon im November 1873, ehe die Tätigkeit auf dem flachen Lande angefangen hatte. Die Opfer waren damals: Siniegub, Tichomirow, die Perowska und andere, darunter auch einige Arbeiter; im Februar und März fanden neuerliche Verhaftungen statt, unter anderen wurde auch Fürst Krapotkin gefangen gesetzt. Endlich kam es im Juni 1874 zu Verhaftungen unter den Revolutionären in Saratow in der bereits erwähnten Schusterwerkstatt.

Diese Ereignisse waren von großer Bedeutung, da sie der Polizei die weiteren Nachforschungen erleichterten. Weitere Verhaftungen folgten, die bis in den Herbst hinein währten.

Die Organisation in Saratow verriet Mierkulow, die in Kijew

1) Über die revolutionäre Tätigkeit in jener Gegend berichtet Morosow in dem bereits angeführten Aufsatz „Aus der Jugendzeit“ in „Russischer Reichtum“ Heft III, Jahrgang 1906.

Kurizin. Auch Nischowkin und Rabinowitsch, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu Petersburger Gruppen gefangen genommen waren, verrieten verschiedenes; namentlich Nischowkin machte eine Reihe belastender Aussagen, während Rabinowitsch die seinen wieder zurückzog.

Von Ende 1873 bis Ende 1874 wurden im ganzen etwa zweitausend Personen verhaftet. Die Mehrzahl wurde bald wieder in Freiheit gesetzt, da alle Belastungsbeweise fehlten. Die Untersuchung wurde gegen etwas mehr als 200 Personen geführt, gegen 197 wurde Anklage erhoben. Auf diesen in der Geschichte Rußlands denkwürdigen Prozeß komme ich erst später zu sprechen, da er erst im Oktober 1877 begann.

Debogorja-Mokrijewitsch ist der Ansicht, die Revolutionäre hätten nicht nur unter den Bauern, sondern auch unter den Fabrikarbeitern keinerlei bedeutende Erfolge erzielt. Dagegen meint Starik, die Agitation im Volke von 1874 habe die Landbevölkerung geistig angeregt und den späteren Revolutionären den Boden geebnet. Als Beweis führt er die Tatsache an, daß in jenen Gouvernements, wo die Revolutionäre damals sehr eifrig tätig waren, so in den Gouvernements Saratow und Samara, die Bewegung unter den Bauern in unserer Zeit wieder einen großen Umfang angenommen hat.

Ich glaube, daß Starik eher im Recht ist. Selbst wenn wir von der bedeutsamen Bewegung der Arbeiter in Odessa und Petersburg absehen, so haben die Revolutionäre auch auf dem flachen Lande gewisse Ergebnisse erreicht. Sie zeigten sich nicht sofort, was schon aus dem Grunde nicht möglich war, weil die Revolutionäre keinen Aufstand hervorriefen. Man kann jedoch nicht annehmen, die mündlichen Unterhaltungen und Broschüren hätten nicht wenigstens bei einem verhältnismäßig kleinen Häuflein von Natur aus regsamerer Bauern ein geistiges Ferment hervorgerufen; ihr kritischer Sinn gegen das Regierungssystem und die Gesellschaftsordnung mußte geweckt werden, sie mußten den Verwaltungs- und Regierungsapparat und die wirtschaftliche Ausbeutung der Massen durch die besitzenden Klassen wenigstens einigermaßen begreifen.

Selbst jene Bauern, die der Propaganda zugänglich waren,

traten nicht in den offenen Aufstand, da sie die Schwierigkeiten einer allgemeinen Revolution begriffen; unstreitig aber mußten sie manches von dem, was sie sahen, jetzt besser verstehen und ihr langsam arbeitender Geist bedurfte wahrscheinlich sehr langer Zeit, um das, was sie von den Agitatoren erfahren hatten, zu verdauen. Unter veränderten Verhältnissen und der höheren Kultur städtischer Umgebung mußten diejenigen Bauern, die schon 1874 mit den Revolutionären in Berührung gekommen waren, die Lage sicherlich besser begreifen und eine vielleicht hervorragende Rolle spielen.

Die Bedeutung der Agitation im Volke von 1874 beruht nicht darin, daß so und so viele Bauern der revolutionären Propaganda mehr oder weniger zugänglich gemacht wurden; sondern in dem Umstande, daß die Revolutionäre mit den Massen in Berührung kamen, daß sie jenen Schritt wirklich taten, von dem sie 1861 und 1862 nur geträumt hatten.

Die revolutionäre Bewegung zur Zeit der Agitation im Volke enthielt unstreitig auch gewisse Fehler; die ganze theoretische Grundlage war fehlerhaft und utopisch; die Revolutionäre besaßen keinerlei Programm, das den bestehenden Zuständen irgendwie angepaßt war, sondern strebten die sofortige Einführung eines anarchischen Zustandes ohne Staat und Recht an; sie rechneten nicht mit der Tatsache, daß die zivilisierte Gesellschaft, die mannigfaltige Beziehungen und hohe Bedürfnisse hat, nicht ohne Staatsorganisation bestehen kann, daß das russische Volk nicht einfach von seinem damaligen sehr niedrigen Kulturstand und einer ebenfalls sehr niedrigen sozialen Bildung einfach den Sprung in eine Gesellschaftsordnung machen konnte, die sich auf allgemeine Solidarität stützen, in der es keine Ausbeutung, keine brutalen Instinkte und ähnliche Erscheinungen geben sollte.

Selbst wenn es den damaligen Revolutionären gelungen wäre, große Bauernaufstände in ganz Rußland hervorzurufen, so hätten sie doch nicht die anarchistischen Ideale verwirklichen, sondern nur tiefgehende Veränderungen in der sozialen und politischen Ordnung des Landes herbeiführen können.

Die Anarchisten besaßen keinerlei praktisches Programm,

das mit der Einführung weitgehender Reformen innerhalb der Grenzen der bestehenden kapitalistischen Ordnung rechnete; die Liberalen aber waren damals noch zu schwach, um die anarchistische Bauernbewegung für ihre konstitutionellen Zwecke auszunützen. Von einem sofortigen Übergang zu einer völlig neuen Gesellschaftsordnung konnte jedoch nicht die Rede sein.

Die damalige revolutionäre Bewegung ist nicht nur vom sozialen und politischen Standpunkt aus zu betrachten, sondern ebenso vom kulturellen und geistigen. In dieser Beziehung war ihre Bedeutung sehr groß. Diese Bewegung brachte große Charaktere hervor, sie schuf eine erhabene Ethik eines gesunden Lebensidealismus, der nicht nur Luftschlösser baute, sondern das Gefühl für die Menschheit stärkte und das Leben des einzelnen durch die Verbindung mit den Bestrebungen der allerweitesten Gesellschaftskreise großzügiger gestaltete.

Diese Bewegung hatte etwas Wunderbares und war einzig in ihrer Art: Menschen aus verschiedenen Ständen, Mitglieder der Aristokratie und geistige Proletarier, Männer und Frauen, halbe Kinder und reife Menschen, gaben ein ruhiges, oft sehr bequemes und angenehmes Leben auf, entsagten freiwillig, im Namen höherer Ideale allem, was ihre bisherige Existenz ihnen bot, um unter den schwersten Bedingungen eine gefährliche propagandistische Tätigkeit auszuüben. Sie taten es, ohne daran zu zweifeln, daß ihre Tätigkeit sie früher oder später ins Gefängnis, in die Zwangsarbeit, vielleicht auch in den Tod führen mußte.

Nach vielen Jahren und zahlreichen Erfahrungen können wir heute ruhig sagen, daß die Bewegung von 1870 bis 1874 viel Askese enthielt, die der Gesellschaft keinen Nutzen brachte, aber das Leben der Betreffenden verengte, oft die berechtigtsten Bedürfnisse des einzelnen unterdrückte. Gleichzeitig aber muß man zugeben, daß diese Bewegung herrliche Charaktere und gewaltige Persönlichkeiten hervorbrachte, die später noch mehr als einmal in den Kampf zwischen der alten und neuen Welt eingriffen.

Viertes Kapitel.

Die revolutionäre Bewegung von Ende 1874 bis Ende 1876, d. h. bis zur Entstehung der zweiten Organisation „Land und Freiheit".

I.

In Odessa wirkte neben den im vorhergehenden Kapitel bereits erwähnten Gruppen und unabhängig von ihnen schon vom Jahre 1872 an ein tatkräftiger, begabter und vorsichtiger Mann: Eugen Saslawski [1]). Seine propagandistische Arbeit erstreckte sich in den nächstfolgenden Jahren, namentlich 1874 und 1875 nicht auf Odessa allein, sondern reichte mitunter auch über andere Städte des südlichen Rußlands. In Rostow entstand sogar eine lokale Organisation, die mit der von Odessa in Verbindung stand.

Im Jahre 1872 begannen Universitätsstudenten und Saslawski in einer Wohnung, die der Bauer Isotow und andere Arbeiter gemietet hatten, eine Reihe von Vorträgen zu halten. Die Hörer besaßen ihre eigene Bibliothek, die in erster Reihe aus Lehrbüchern und russischen Zeitschriften bestand. Später gründete die Gruppe auch eine Badeanstalt, bei der sie offenbar materielle Verluste erlitt, da sie das Unternehmen aufgab.

---

1) Es steht nicht ganz fest, wann Saslawski seine Tätigkeit begann; aus der Anklageschrift, die in den „Politischen Verbrechen in Rußland" Bd. II, S. 424 wiedergegeben ist, geht auf Grund der Aussagen von Isotow hervor, daß die Vorträge, die Studenten und Saslawski hielten, im Jahre 1874 begannen. In einem Aufsatz über die „Tschajkowski-Freunde" im „Boten der russischen Revolution" Bd. III, S. 58 versichert dagegen Schischko, Saslawski sei bereits 1872 tätig gewesen.

Die Vorträge hatten einen allgemein bildenden und propagandistischen Charakter. Saslawski besprach die Ausbeutung der arbeitenden Klassen durch die Besitzenden und zeigte, daß die letzteren von der Regierung unterstützt würden. Neben dieser mündlichen Propaganda existierte auch noch eine weitere, die in der Verbreitung illegaler Broschüren und Bücher bestand, wie sie auch in anderen Städten in Umlauf waren. Die Beziehungen Saslawskis und seiner Gefährten zu den Arbeitern breiteten sich immer mehr aus.

Die Untersuchung vermochte nicht jene Studenten ausfindig zu machen, die zusammen mit Saslawski unter den Arbeitern und Handwerkern agitierten. Aus einer anderen Quelle [1]) wissen wir, daß der später bekannte Revolutionär Popko damals der Verhaftung entging. Eine ganze Anzahl von Arbeitergruppen mußte vorhanden sein, in denen Vorträge gehalten und überhaupt Kulturarbeit geleistet wurde, doch ist uns ihre genaue Zahl unbekannt. Die ganze Art, wie hier gearbeitet wurde, war sehr vorsichtig, die Propaganda wurde systematisch betrieben. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß Saslawski und ebenso die anderen sich stets bemühten, den Arbeitern die Überzeugung beizubringen, die Regierung und der Zar selbst seien ihre Verfolger und Bedrücker, sie predigten ihnen nicht nur den Umsturz der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Verhältnisse und erklärten die kaiserliche Macht für überflüssig. In einer Broschüre mit dem Titel „Die rote Fahne" [2]) erzählt Martow auf Seite 16 ohne Quellenangabe, im Prozeß gegen Saslawski und Genossen sei ein Brief von Arbeitern verlesen worden, die zu dem „Südrussischen Arbeiterverband" — der Organisation Saslawskis — gehörten. Dieser Brief sei an die Arbeiter im Norden gerichtet gewesen und hätte betont, es sei in erster Reihe wichtig, die politische Freiheit zu erlangen, da diese die endgültige Befreiung des Proletariats, die auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel beruhe, ungeheuer erleichtern werde. In einer zweiten Ausgabe dieser

1) „Materialien zur Geschichte der russischen Revolutionsbewegung" (in russischer Sprache), Genf 1893. Auf S. 166 eine Biographie Popkos.

2) In russischer Sprache.

Broschüre, die unter dem Titel „Der Kampf des russischen Proletariats" [1]) in Rußland erschien, fehlt dieser Absatz. Auch die Anklageschrift erwähnt einen solchen Brief nicht. Ebensowenig steht im „Vorwärts", wo die Anklageschrift zuerst abgedruckt wurde, etwas darüber. Unstreitig vertraten aber Saslawski und seine Genossen den Satz, der Absolutismus unterstütze in besonderem Maße die aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hervorgehende Unterdrückung der arbeitenden Klassen.

Aus dem Anklageakt wissen wir ferner, daß eine Arbeiterspar- und -darlehnskasse gegründet wurde. Die Satzungen hatte zunächst auf Bitten von Ribicki und Luschtschenko ein italienischer Untertan namens Severi, der sich an der revolutionären Propaganda beteiligte, ausgearbeitet, Saslawski fand sie aber nicht zweckentsprechend, änderte sie um und gab der Kasse den Namen einer „Brüderlichen Hilfskasse der Arbeiter von Odessa"; schließlich wurden die Satzungen nochmals umgestaltet, die Organisation erhielt jetzt den Namen „Südrussischer Arbeiterverband". Bei diesen Namensänderungen handelte es sich den Gründern um mehr als eine bloße Formalität, die Frage war, ob die Kasse nur eine Hilfsquelle für die Mitglieder oder einen Fonds für gemeinsame revolutionäre Zwecke bilden sollte. Der Kleinbürger Johann Tschimerenko sagte aus, Saslawski habe in einer Versammlung erklärt, eine Unterstützungskasse sei überflüssig, was man brauche, sei eine Vereinigung zum Kampf gegen die Regierung, der man auch den Fonds der Kasse übergeben müsse.

Bei verschiedenen Gelegenheiten erklärten Mitglieder der Saslawskigruppe, Verräter müßten mit dem Tode gestraft werden.

Die Anklageschrift führt die Satzungen des „Südrussischen Arbeiterverbandes" leider in gekürzter Form an. Wir finden darin folgende Sätze:

Die Arbeiter sind sich bewußt, daß die bestehende Ordnung nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit entspricht; das Proletariat aber wird die Anerkennung seiner gerechten Ansprüche nur mittels einer gewaltsamen Umwälzung erlangen, die alle Vorrechte aufheben wird.

---

1) In russischer Sprache.

Die südrussischen Arbeiter bilden einen Verband, der sich folgende Ziele gesetzt hat: a) Propaganda für die Befreiung des Proletariats vom Drucke des Kapitals und der bevorrechteten Klassen, b) die Vereinigung aller südrussischen Arbeiter, c) den Kampf gegen die herrschenden wirtschaftlichen und politischen Zustände.

Von der Kasse des Verbandes heißt es, ihre Gelder seien für die Propaganda zugunsten der Befreiung der Arbeiterklasse und später für den Kampf um die Verwirklichung dieses Gedankens bestimmt.

Der vierte Punkt der Satzungen bespricht den Grundsatz der Organisation: einer für alle, alle für einen; Punkt fünf erklärt alle Mitglieder der Organisation, die Fremden deren Existenz verraten oder ihre Pflichten nicht erfüllen, als Verräter.

Im Anklageakt heißt es, die weiteren Punkte der Satzungen seien der Organisation der Kasse gewidmet.

Über das Organisationssystem des „Südrussischen Arbeiterverbandes" wissen wir heute nichts Näheres. Einige Angeklagte sagten aus, Saslawski, Severi, Krawtschenko und Silenko hätten an der Spitze gestanden. Ob sie jedoch ein Komitee bildeten oder nur durch die Umstände selbst die Leitung in die Hand bekamen, wissen wir nicht, das letztere ist wahrscheinlich. Ein unterscheidendes Merkmal dieser Organisation von allen übrigen war, daß sie sich fast ausschließlich aus Arbeitern zusammensetzte. Außer Saslawski und einigen Studenten, deren Namen die Untersuchung nicht ergab, finden wir nur Arbeiter in ihr, über ihre Anzahl wissen wir jedoch nichts Genaueres. Der Verband zerfiel in zwei Gruppen, von denen sich die eine in Odessa, die andere in Rostow befand. Da Saslawskis Tätigkeit recht lange währte — sie setzte 1872 ein und hörte erst 1875 infolge von Verhaftungen auf —, da ferner nach Aussage der Angeklagten in Odessa damals viel illegale Revolutionsliteratur im Umlauf war, die die Organisation[1]) eingeführt und eifrig verbreitet hatte; und da endlich die Propaganda geschickt geführt und dem geistigen Niveau der Arbeiter angepaßt war, kann man mit Recht sagen,

---

1) Siehe die genannte Biographie Popkos.

die Tätigkeit des „Südrussischen Arbeiterverbandes“ sei fruchtbar gewesen und habe eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern in die Bewegung hineingezogen.

II.

Obgleich viel Zeit seit der Verhaftung Tschernischewskis verflossen war, so hörte die revolutionäre Jugend nicht auf, ihn als einen Menschen zu betrachten, dessen Beteiligung an der revolutionären Bewegung vom höchsten Wert sein würde. Der gleichen Meinung waren auch zahlreiche reife Personen unter den Revolutionären. So tauchte denn auch immer wieder der Gedanke auf, ihn zu befreien und seine Flucht ins Ausland zu ermöglichen. Um die Ausführung dieses Planes bemühten sich sehr hervorragende Personen aus dem revolutionären Lager. Die Regierung begriff Tschernischewskis Bedeutung für die Bewegung und ließ ihn mit einem ganz unerhörten Eifer bewachen.

Tschernischewski war nach der Verurteilung zur Zwangsarbeit hinter den Baikal verschickt worden, bis 1872 wurde er in Alexandrowsk gehalten, wo sich auch viele andere politische Verbrecher befanden: einige Anhänger Karakosows, Murawski, Bollod, der Oberst Krasowski, deren Namen den Lesern des ersten Bandes bekannt sind, und viele andere. Die Bedingungen waren damals für die politischen Verbrecher, die im allgemeinen keine schweren Arbeiten leisten mußten, nicht allzu schlimm. Tschernischewski war viel und andauernd geistig tätig, mit Hilfe von Zeitschriften verfolgte er die Vorgänge in Westeuropa und Rußland. Nikolajew, ein Anhänger Karakosows, der gleichzeitig mit Tschernischewski in der Zwangsarbeit war, versichert, dieser habe die politischen Ereignisse so klar überschaut, daß er den genauen Verlauf des Französisch-Deutschen Krieges in seinen wichtigsten Phasen und ebenso die proletarische Bewegung, deren Ausdruck die Pariser Kommune war, und schließlich den Fall der Kommune selbst vorausgesagt habe. Tschernischewski las nicht nur viel, er schrieb auch mancherlei. Damals arbeitete er an seinem Werk „Ein Prolog zu einem Prolog“, das einige Jahre nachher im Auslande ohne den Namen eines Verfassers erschien und in dem er Dobrolubow, sich selbst, andere Personen

und die geistigen Richtungen aus der Zeit seiner Tätigkeit vor der Verhaftung schilderte. Er schrieb auch einige dramatische Werke, die nicht für den Druck, sondern nur für die Gefährten in der Zwangsarbeit bestimmt waren. Tschernischewski übte einen großen Einfluß auf sie aus, da er in außerordentlichem Maße die Gabe besaß, zu überzeugen und zuzureden [1]).

Den ersten Versuch zur Befreiung Tschernischewskis unternahm der bekannte Hermann Lopatin, ein Naturwissenschaftler von Haus aus; er war lebhaft, schlagfertig und vielseitig. Lopatin war mit Marx und Engels befreundet und hatte bereits Lawrow aus der Verbannung befreit. Um sein Vorhaben auszuführen, kam er 1872 aus dem Auslande nach Sibirien und bereiste das Land als Mitglied der Geographischen Gesellschaft. Er schien seinem Ziel schon nahe zu sein, als er auf Grund einer Depesche, die russische Polizeiagenten aus der Schweiz gesandt hatten, von der Behörde festgenommen wurde. Er entfloh zweimal, wurde jedoch beidemal wieder gefangen genommen, erst sein dritter Fluchtversuch war erfolgreich; 1873 war er wieder im Auslande.

Die Überzeugung, daß Tschernischewskis Beteiligung an der revolutionären Bewegung auch außerhalb der Grenzen Rußlands für diese von ausschlaggebender Bedeutung sein würde, war sehr verbreitet. Bald nach dem unglücklichen Versuch Lopatins nahm Hippolyt Mischkin den gleichen Gedanken auf. Er war der Verhaftung in Moskau glücklich entgangen und hatte sich ins Ausland geflüchtet, von wo er unter fremdem Namen nach Rußland zurückkehrte. Er ging 1875 nach Sibirien. Unterwegs leistete er den einheimischen Bewohnern zahlreiche Dienste.

Tschernischewski war damals nach dem entfernten Wilujsk gebracht worden, wo er in einem eigenen Gebäude unter der Aufsicht zweier Gendarmen wohnte. Das Häuschen war vor Jahren für zwei Polen, Ogriski und Dworzatschko, die aus politischen Gründen verschickt worden waren, errichtet worden.

Mischkin, der die Uniform eines Gendarmerieoffiziers trug,

---

1) „Persönliche Erinnerungen an den Aufenthalt N. G. Tschernischewskis in der Zwangsarbeit“ (in russischer Sprache) S. 17.

unterbreitete dem Vorsteher des Kreises Wilujsk gefälschte Dokumente, die ihn angeblich ermächtigten, Tschernischewski im geheimen von Wilujsk nach Petersburg zu bringen. Der Beamte vermutete in Mischkin einen Revolutionär und weigerte sich, Tschernischewski auszufolgen, mit der Begründung, er könne nichts ohne Weisung des Generalgouverneurs von Irkutsk unternehmen. Er verlangte auch von Mischkin, dieser möge in Begleitung zweier Kosaken nach Irkutsk reisen, wozu Mischkin wohl oder übel seine Einwilligung geben mußte; unterwegs, es war im Juli 1875, feuerte er in einem geeigneten Augenblick auf die beiden Kosaken und entfloh in das Innere des Waldes [1]. Er hatte sich zwar so von den Kosaken befreit, entging aber nicht der Verfolgung. Er brach auf dem Wege von Hunger und Mattigkeit überwältigt zusammen und wurde am dritten Tage nach seiner Flucht von Jakuten gefunden, die den Flüchtling im Auftrage der Behörden verfolgten. Auf diese Weise geriet er in die Hände der Polizei [2].

Mischkins Schüsse gegen die Kosaken waren der Beginn des bewaffneten Widerstands, den die Revolutionäre späterhin gegen die Regierung aufnahmen.

III.

Die zahlreichen Verhaftungen im Sommer 1874 vermochten die Welle der revolutionären Bewegung nicht aufzuhalten. Waren auch viele verhaftet, so war es der Regierung doch nicht gelungen, aller Revolutionäre habhaft zu werden; ein Teil war ihr entschlüpft. Einzelne tatkräftige Individuen aus der Jugend, die es zur Tat drängte, die sich aber nicht unmittelbar an der Agitation im Volke beteiligt hatten, waren im Begriff, an die Arbeit zu gehen, aber vorsichtiger als ihre Vorgänger, deren Erfahrungen sie benutzen wollten. Eine Reihe von jungen Männern und Frauen, die im Auslande weilten, um sich ein bestimmtes Fachwissen anzueignen oder die westeuropäische sozialistische Bewegung kennen zu lernen, beschlossen, gleichzeitig in nächster

1) „Kalender der Volksfreiheit" S. 155.

2) Die Einzelheiten über Mischkins Versuch entnehme ich der Broschüre der Breschkowska.

Zeit schon nach Rußland zurückzukehren, um sich unmittelbar an der revolutionären Bewegung zu beteiligen. So entstand denn auch schon 1874 der Keim einer neuen Organisation, mit deren Tätigkeit wir uns jetzt befassen wollen.

Gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre war das Bestreben, sich unabhängig von der Schule zu bilden und sich eine Weltanschauung anzueignen, bis zu den Schülern der oberen Mittelschulklassen in dem entfernten Tiflis gedrungen. Gruppen entstanden hier wie in den übrigen russischen Städten, die Vertreter des russischen Radikalismus wurden gelesen, man befaßte sich mit sozialen Angelegenheiten. Diese Bestrebungen wurden von den Schulbehörden nicht verfolgt. An der Spitze des Schulwesens stand im Kaukasusgebiet Niewarow, ein Freund von Stankiewitsch und Granowski, die damals beide nicht mehr am Leben waren; er war gebildet und menschenfreundlich, liebte die Jugend aufrichtig und war ihr gern behilflich [1]).

Die Mehrzahl der Schüler an den Tifliser Schulen waren Einheimische und zwar vorwiegend Grusier. Eine nationale grusische Bewegung war fast noch gar nicht vorhanden, die grusische Intelligenz eignete sich die russische Kultur und allgemein menschliche Ideen an; die Jugend kannte nicht einmal die vaterländische Geschichte und Literatur genau.

An einem der Tifliser Bildungsvereine beteiligten sich die drei Personen lebhaft, die später die Schöpfer der bereits erwähnten neuen sozial-revolutionären Organisation werden sollten; es waren dies Johann Dshabadari, der Fürst Alexander Cicjanow und Michael Tschikoidze. Im Sommer 1872 verließen die Mitglieder der Gruppe Tiflis; ein Teil begab sich nach höheren Lehranstalten, so der Fürst Cicjanow nach Zürich, Dshabadari und Tschikoidze nach Petersburg. Die beiden jungen Grusier stürzten sich sofort in den Strudel des Studentenlebens und lernten verschiedene revolutionäre Gruppen kennen. Von Mitte 1872 bis Mitte 1874 studierten Dshabadari und Tschikoidze genau alle Richtungen innerhalb der revolutionären Bewegung,

---

1) Dshabadari, Der Prozeß der 50. „Biloje", Jahrgang 1907, S. 4—9.

ebenso alle Fragen, die an der Tagesordnung waren. Nach Dshabadari verwarf die Mehrheit der Petersburger Jugend 1874 sowohl Lawrows als auch Bakunins Lehren in ihren äußeren Formen; gegen Lawrow wurde der Einwand erhoben, er theoretisiere zu viel und zögere mit dem Beginn einer größeren Aktion allzulange; Bakunin wurde seine Neigung zur Entfachung einzelner kleiner Volksaufstände vorgeworfen, die nach Ansicht der Jugend nicht zum Ziel, d. h. zu einer Umwälzung der herrschenden Zustände führen könnten. So entstand eine vermittelnde Richtung zwischen den Lehren Lawrows und Bakunins, die sich aber doch mehr den Theorien des letzteren näherte. Die meisten waren der Ansicht, man müsse schon jetzt eine großangelegte Tätigkeit unter den Massen der ländlichen und städtischen Bevölkerung beginnen, sich dabei aber allerdings auf die allernotwendigsten Vorbereitungen beschränken. Man war mit der Agitation einverstanden, verwarf jedoch den leichtsinnigen Beginn von Aufständen, die mit einer Niederlage enden mußten. Diejenigen Revolutionäre, die bereits mit der Propaganda in den Volksmassen begonnen hatten, waren durchaus folgerichtig zu dem Ergebnis gelangt, daß die Landbevölkerung zwar von der Notwendigkeit der Revolution zu überzeugen sei, daß aber keinerlei unmittelbare lokale Aufstände entfacht werden dürften.

An der Medizinisch-Chirurgischen Militärakademie entstanden 1874 Unruhen, die sich gegen einen verhaßten Professor namens Cion wandten. Dshabadari wurde zu acht Tagen Haft auf der Hauptwache verurteilt. Damals faßte er gemeinsam mit Tschikoidze und einigen anderen den Entschluß, über die Schweiz nach Paris zu gehen, um die westeuropäische, von der „Internationalen" hervorgerufene Bewegung kennen zu lernen und sich überhaupt etwas in der Welt umzusehen, ehe sie sich an die Arbeit im Volke im Namen der damaligen Ideale machen wollten.

Im Juni 1874 verließen sie Petersburg. Sie fuhren zunächst nach Zürich, das damals nicht mehr viele Russen beherbergte, da die russische Regierung Ende 1873 verfügt hatte, die in Zürich verbleibenden Studentinnen würden das Recht verlieren, in Rußland ärztliche Prüfungen abzulegen. Viele russische Studentinnen wandten sich damals nach Paris und anderen Städten.

Einige Jahre später verbot die Regierung überhaupt allen im Auslande studierenden Frauen, in Rußland Prüfungen abzulegen. Das Verbot währte ziemlich lange.

Nachdem die Schweizer Regierung Nietschajew ausgeliefert hatte, wurde auch die Druckerei und Redaktion des „Vorwärts" von Zürich nach London verlegt. Nichtsdestoweniger gab es noch verhältnismäßig viel russische Jugend in Zürich. Auch viele Grusier von verschiedenem Alter lebten dort, manche sogar mit ihren Familien, die sich mit ihren nationalen Angelegenheiten befaßten.

Dshabadari übte an dieser grusischen Kolonie eine scharfe Kritik; er warf ihr phantastische politische Pläne und eine ganz besondere nationale Engherzigkeit vor und fand es lächerlich, daß diese Leute in der Fremde eine allseitige Untersuchung der eigenen Kultur durchführen wollten. In politischer Hinsicht strebte die grusische Kolonie eine unabhängige föderative kaukasische Republik an.

Ein derartiges Ziel hatte allerdings weder damals noch heute ernste Aussichten, verwirklicht zu werden. Der Kaukasus, der von Grusiern, Armeniern, Tataren und einer Menge anderer mikroskopisch kleiner Völker und Stämme bewohnt wird, war und ist der Schauplatz starker wirtschaftlicher, politischer, nationaler, religiöser und kultureller Gegensätze und kann eben aus diesem Grunde keinen eigenen Staat bilden, auch dann nicht, wenn es sich um eine föderative Staatsform handeln sollte; um so mehr, als die angrenzenden Staaten: Rußland, die Türkei und Persien jederzeit mit allen Mitteln versuchen würden, dieser Unabhängigkeit ein Ende zu bereiten.

Sicherlich hat Dshabadari mit seiner Behauptung recht, eine Befreiung der Grusier und der kaukasischen Völker überhaupt sei von einer Befreiung Rußlands von den alten Staatsformen abhängig. Die Führer der damaligen grusischen Bewegung bekümmerten sich aber weder um die russische, noch um die allgemein-europäische Bewegung auch nur im geringsten. Jedoch übersah Dshabadari den Umstand, daß eine Beteiligung der Grusier an der russischen Bewegung allein noch nicht zur Befreiung des grusischen Volkes genügen würde. In der Tat

hätte die Bewegung in Grusien selbst einsetzen und neben allgemeinen menschlichen und allgemein russisch-staatlichen Forderungen auch noch nationale Forderungen in den Vordergrund schieben müssen; jede Bewegung, auch die sozialistische, vollzieht sich auf dem Boden einer bestimmten nationalen Kultur. Die grusische nationale Bewegung mußte früher oder später und zwar wie überall in dem Augenblicke einer fortschreitenden Demokratisierung der Gesellschaft beginnen. Grusien besitzt eine hervortretende historisch-politische und kulturell-nationale Individualität, zu deren freier Entwicklung, wie übrigens zu jeder sozialen Bewegung innerhalb der Grenzen des Landes, eine völlige politische Autonomie auf Grund einer föderativen Staatsordnung notwendig ist.

Da in Rußland damals keine Minimalprogramme anerkannt wurden und man allgemein der Ansicht war, das Land würde mit einem Sprunge eine anarchistisch-sozialistische Gesellschaftsordnung annehmen können, wurden auch alle Forderungen, die sich im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung bewegten, als „bourgeosiemäßig“ oder „feudal“ verschrien.

Unter den verschiedenen Gruppen der revolutionären Jugend, die zu Beginn der siebziger Jahre in Zürich studierte, trat sowohl in moralischer als geistiger Beziehung eine weibliche Gruppe ganz besonders hervor. Es war die Gruppe der „Fritschen“, die sich so nach dem Namen der Hauswirtin nannten, bei der die Mehrzahl der Mitglieder wohnte. Es waren junge Mädchen, die aus verschiedenen Gegenden Rußlands gekommen waren, um sich zu bilden und um die zeitgenössische sozialistische Bewegung Westeuropas an der Quelle kennen zu lernen. Zu der Gruppe gehörten Sophie Bardina, Betti Kaminska, Barbara Alexandrowa, Olga und Wera Lubatowitsch, Lydia und Wera Figner (die letztere war damals mit Filopow verheiratet, hatte sich aber von ihm getrennt und war unter ihrem Mädchennamen bekannter), A. Chorzewska, die Schwestern Eugenie und Marie Subbotin, Dora Aptekmann und A. Toporkowa.

Sie waren alle untereinander sehr befreundet und hatten die gleichen moralischen und sozialen Ideale; alle hatten beschlossen, sich völlig der revolutionären Bewegung zu widmen;

1873 standen sie in engen Beziehungen zur Redaktion des „Vorwärts".

Männer wurden in die Gruppe nicht aufgenommen, da die jungen Mädchen sich selbständig entwickeln wollten und der Ansicht waren, die Männer würden sie mit Hilfe ihrer seit Jahrhunderten erworbenen Logik des Denkens daran hindern. In ihren „Erinnerungen", die in der bereits angeführten Arbeit Lawrows teilweise abgedruckt sind, berichtet Wera Figner ausführlich über die geistige Arbeit und die Anschauungen der Mitglieder [1]. Wir erfahren, daß sie Abhandlungen über die Theorien der verschiedenen Begründer sozialistischer Schulen lasen und auch selbst welche schrieben, daß sie Nationalökonomie betrieben, sich auch viel mit Stienka Razin, dem Selbstmord und anderen theoretischen und praktischen Fragen beschäftigten. Sie führten auch leidenschaftliche Debatten über die Zivilisation, wobei es sich ihnen darum handelte, ob diese zusammen mit der herrschenden Gesellschaftsordnung vernichtet oder nach der sieghaften Revolution großmütig erhalten werden sollte. Wera Figner trat für das letztere ein. Es war die Zeit, wo die Gedanken der Mitglieder dieser weiblichen Gruppe erst in ihrer Bildung begriffen waren. Mitte 1874 waren ihre Begriffe bereits gefestigt und bildeten ein Mittelding zwischen den Lehren Lawrows und Bakunins, doch näherten sie sich mehr dem letzteren, namentlich hinsichtlich einer sofortigen Agitation unter den Volksmassen. Ich stütze meine Behauptung darauf, daß die volkstümliche Zeitschrift „Der Arbeiter", die 1875 im Auslande zu erscheinen begann und die gleichen Ansichten vertrat, auf Kosten einer späteren Organisation in Moskau gedruckt wurde, die sich zum großen Teil aus „Fritschen" zusammensetzte [2].

Ende 1873 verließen die „Fritschen" infolge der erwähnten Verfügung der russischen Regierung Zürich; die einen begaben sich nach Paris, andere nach anderen Schweizer Städten, was sie jedoch nicht hinderte, miteinander in ständiger Verbindung

1) Siehe Lawrow, Materialien zur Geschichte der russischen sozial-revolutionären Bewegung, Bd. X, S. 62. Genf 1895.

2) Dshabadari spricht darüber in seinem angeführten Aufsatz in „Biloje", Jahrgang 1907, Oktoberheft S. 176.

zu bleiben und sogar in Genf und Bern Zusammenkünfte abzuhalten. Dshabadari, der sie im Sommer und Herbst 1874 kennen lernte, hebt ihre Bildung besonders hervor und erzählt, daß sie alle Angelegenheiten sehr ernst behandelten; auch versichert er, sie seien den damaligen weiblichen Revolutionären in Petersburg und ganz Rußland durchaus überlegen gewesen. Diese Überlegenheit beruhte darauf, daß sie die sozialistische Literatur und die Geschichte der sozialen Bewegung in Westeuropa gründlich kannten.

Vom Beginn der siebziger Jahre an sehen wir Frauen sich zahlreich an der russischen revolutionären Bewegung beteiligen, eine Erscheinung, die in allen anderen Ländern unbekannt war. Für Rußland ist sie jedoch äußerst charakteristisch und verlangt eine Erklärung um so mehr, als wir sie auch heute noch antreffen.

Einige Schriftsteller haben behauptet, die orthodoxe Kirche übe einen unvergleichlich geringeren Einfluß auf die Frauen aus, als der Katholizismus, so daß selbst die gläubigen Russinnen nicht so klerikal seien wie die Katholikinnen anderer Länder, es sei ihnen daher auch leichter, sich von allerlei Fesseln zu befreien, als jenen. Die Hypothese erscheint mir völlig irrig. Wenn das Religionsbekenntnis hierbei wirklich irgendeine Rolle spielen würde, so hätte die revolutionäre Gesinnung der russischen Frauen schon viel früher zutage treten müssen. Dagegen zeigt uns die Geschichte, daß die Russinnen in vergangenen Jahrhunderten, ja noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts viel unselbständiger als die Französinnen, Engländerinnen und Polinnen ihrer Zeit waren; erst in den sechziger Jahren beginnen sie sich überhaupt am öffentlichen Leben zu beteiligen, in den siebziger spielen sie bereits eine besondere, hervorragende Rolle in ihm.

Ich glaube, daß in diesem Falle die gleiche Ursache wirksam war, die die russische Gesellschaft in der Zeit der Reformen unter Alexander II. und nachher dahin brachte, sich sehr rasch die weitestgehenden sozialen, politischen, moralischen und philosophischen Gedankenrichtungen des Westens anzueignen. Die Russin, die gleichzeitig die Idee der Emanzipation ihres eigenen

Geschlechts und die revolutionärsten allgemeinen Grundsätze kennen lernte, fühlte sich sofort unzertrennlich mit ihnen verbunden und begann einen heißen Kampf um ihre Verwirklichung im sozialen Leben.

Wir haben bereits im ersten Band gesehen, daß die russische Gesellschaft zu Beginn der Regierung Alexanders II. ihren geistigen Horizont rasch erweiterte, wir haben gesehen, daß die von der Regierung und dem Kaiser selbst nach der Niederlage im Krimkriege angeregten Reformen eine starke Ausbreitung des Radikalismus zur Folge hatten, und daß der zum erstenmal das weite Gebiet des sozialen Lebens betretende „Rasnotschiniec“ der typische Vertreter dieses Radikalismus wurde; einen Teil dieser Bewegung bildete die Frauenbewegung, die aufs engste mit jener verknüpft war. Junge Mädchen, die von den mächtigen neuen sozialen, politischen und philosophischen Strömungen ergriffen wurden, die leidenschaftlich nach einem neuen Leben verlangten, während sie selbst unsäglich unter den in Familie und Staat herrschenden patriarchalischen Zuständen litten, waren von dem Gegensatz zwischen der russischen Wirklichkeit und den Aussichten dieses neuen Daseins geblendet und gaben sich ganz bewußt und mit Freuden dem Kampf um die Verwirklichung dieses erträumten Gesellschaftszustandes hin. Man darf freilich auch nicht vergessen, daß die Zahl der revolutionären Frauen zwar, absolut genommen, groß war, daß sie aber unter den Revolutionären selbst nur eine unbeträchtliche Minderheit bildeten. Auch außerhalb der revolutionären Bewegung nimmt die russische Frau auf dem Gebiete der Kulturarbeit seit einem halben Jahrhundert in Rußland einen ehrenvollen Platz ein.

Dshabadaris Bekanntschaft mit der erwähnten weiblichen Gruppe hatte wichtige Folgen, da sie seinen Eintritt in die revolutionäre Bewegung bewirkte.

Im August 1874 fand eine grusische Zusammenkunft in Genf statt. Fürst Cicjanow, Dshabadari, Tschikoidze und noch einige andere bildeten eine Minderheit, die für die völlige Vereinigung der grusischen Bewegung mit der russischen eintrat; die Mehrheit bestand aus grusischen Patrioten, denen der Sozialismus

völlig fremd war. Einen größeren Umfang hatte die grusische Bewegung damals noch nicht erreicht.

Die Nachrichten über die großen Verhaftungen, die der Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen, im Sommer und Herbst 1874 zur Folge gehabt hatte, beschleunigten eine Verständigung zwischen Dshabadari, Tschikoidze und dem Fürsten Cicjanow auf der einen und der erwähnten weiblichen Gruppe auf der anderen Seite. Alle beschlossen, nach Rußland zurückzukehren. Im Oktober reiste Dshabadari nach Petersburg, um die Lage kennen zu lernen und Mithelfer zur weiteren revolutionären Arbeit unter denen zu suchen, die der Verhaftung entgangen waren; seine Freunde blieben zunächst noch in der Schweiz, wo sie sich den „Fritschen" immer enger anschlossen.

In den revolutionären Kreisen Petersburgs herrschte völlige Verwirrung; Versammlungen konnten nur unter größten Schwierigkeiten abgehalten werden, zu längeren Reden kam es überhaupt nicht. Ein beträchtlicher Teil der nicht gefangen genommenen Revolutionäre mußte sich verstecken, andere zogen sich aus freien Stücken zurück. Hier und da hielten einzelne Personen aus der Intelligenz Vorträge vor Arbeitern; auch kleine Gruppen bestanden, die gesamte revolutionäre Tätigkeit war jedoch verstreut und brach immer wieder ab. Dshabadari machte sich eifrig daran, Menschen zu suchen, die die Bewegung von neuem beginnen sollten; Sierdiukow, ein früheres Mitglied der Tschajkowskigruppe, versprach ihm dabei zu helfen und ihn auch materiell zu unterstützen. Der letzteren Unterstützung bedurfte Dshabadari jedoch nicht; in der ausländischen Frauengruppe befanden sich einige sehr wohlhabende Personen, auch Fürst Cicjanow besaß ein beträchtliches Vermögen.

Ende Oktober gelang es Dshabadari, Beziehungen mit Shukow und der Arbeitergruppe anzuknüpfen, die unter der Führung dieses talentierten und gebildeten Agitators stand. Unter den Mitgliedern dieser Gruppe zeichneten sich Michael Gratschewski, Peter Grjaznow und Wasil Aleksejew durch besondere Charakterfestigkeit, Tatkraft und organisatorische Fähigkeiten aus; die beiden ersteren besaßen auch einen tüchtigen Verstand. In Petersburg fand Dshabadari auch einen alten Bekannten aus dem Kau-

kasus, Sdanowitsch, der sich gleichfalls der im Entstehen begriffenen Organisation zugesellte. Alles schien auf dem besten Wege zu sein. Um die eigentliche Arbeit zu beginnen, bedurfte es jedoch noch einer endgültigen, man möchte sagen offiziellen Verständigung mit der weiblichen Gruppe im Auslande. Ein Teil der Mitglieder war bereits in Petersburg, ein anderer in der Provinz, ein Rest lebte in Bern. Im November reiste Dshabadari zum zweitenmal für einige Tage nach Bern, wo zwischen ihm, Tschikoidze und dem Fürsten Cicjanow auf der einen und der weiblichen Gruppe auf der anderen Seite eine endgültige Beratung stattfand. Alle Mitglieder der neuen Organisation beschlossen, Ende Dezember in Moskau zusammenzutreffen, das der Mittelpunkt ihrer Tätigkeit werden sollte; in Petersburg waren die Bedingungen für eine revolutionäre Agitation damals überaus schwierig. Bei der Abreise erhielt Dshabadari von der Frauengruppe einen Brief, auf Grund dessen ihm 2000 Rubel für die ersten Bedürfnisse der Organisation ausgezahlt werden sollten.

IV.

Noch im November 1874 begaben sich einige Arbeiter, die Dshabadari hierzu bestimmte, von Petersburg nach Moskau: es waren Gratschewski, Grjasnow und Peter Aleksejew mit seinem Bruder Nikifer. In Moskau befanden sich damals Alexander Lukaschewitsch, der zur „Intelligenz" gehörte und sich gleichfalls an der Propaganda im Volke beteiligt hatte, durch einen glücklichen Zufall aber der Verhaftung entgangen war; außer ihm Johann Sojusow, ein Arbeiter, der schon früher an der revolutionären Bewegung teilgenommen hatte, und schließlich Gamow, ein früheres Mitglied aus dem Dolguschinkreise.

Peter Aleksejew, der ebenso wie sein Bruder in einer der Textilfabriken Arbeit gefunden hatte, begann sofort Beziehungen mit den Fabrikarbeitern anzuknüpfen. Gratschewski näherte sich Lukaschewitsch und dem Tischler Sojusow; Grjasnow fing an, in den Eisenbahnwerkstätten zu agitieren, wo er als Schmied in Arbeit stand. Im Dezember kamen Sdanowitsch, Dshabadari, die Bardina, Lydia Figner, Betty Kaminska und Eugenie Subbo-

tina nach Moskau, die übrigen Fritschen folgten. Olga und Wera Lubatowitsch waren kurze Zeit verhaftet gewesen, hatten aber bald die Freiheit wiedererlangt, da ihr Vater, der in Moskau wohnte, Bürgschaft für sie übernahm. Noch später kamen die Aleksandrowa und Chorshewska. In der Schweiz blieben nur Dora Aptekmann und Wera Figner, die erst viel später, nämlich 1876 nach den großen Verhaftungen nach Moskau kamen, um die revolutionäre Arbeit von neuem zu beginnen. In den engeren Kreis dieser Personen wurden bald Nikolaus Wasiljew, ein Textilarbeiter, der sich unter dem Moskauer Proletariat einer großen Beliebtheit erfreute, Filat Jegorow, gleichfalls ein Textilarbeiter, ein Arbeiter Basilius Barinew und mehrere andere aufgenommen.

Um die Beziehungen zu der Arbeiterschaft, die die Organisation bereits besaß, noch mehr auszunützen und auch auszubreiten, beschlossen die früheren Fritschen, in verschiedene Fabriken als gewöhnliche Arbeiterinnen einzutreten, um sich den Arbeitern und später auch den Arbeiterinnen noch mehr zu nähern. Sie führten diesen Beschluß auch tatsächlich aus, obwohl Dshabadari, Gratschewski und Lukaschewitsch ihnen lebhaft abrieten; der Arbeitstag währte damals 14 Stunden, die hygienischen Zustände in den Fabriken waren elend. Die ersten, die die Fabrikarbeit aufnahmen, waren: Olga Lubatowitsch, Betty Kaminska und Sophie Bardina.

In der zweiten Hälfte des Januar wurde Gratschewski von dem Arbeiter Skwarzow der Regierung ausgeliefert und verhaftet; man begann auch Sojusow nachzustellen, doch schickte ihn die Gruppe sofort nach dem Süden, wo er später verhaftet wurde. Dieser erste Verrat hatte zur Folge, daß die Moskauer Revolutionäre vorsichtiger wurden; sie hörten auf, verschiedene Restaurationen und andere Lokale zu besuchen, wo die Arbeiter zusammenzukommen pflegten. Im Laufe der ersten zwei Monate schon erstreckte sich die revolutionäre Agitation in Moskau auf zwanzig große Fabriken und eine bedeutend größere Anzahl von Handwerks- und Eisenbahnwerkstätten. Die Propaganda wurde mündlich geführt, doch bedienten sich die Revolutionäre auch der damals bereits bestehenden revolutionären Drucksachen. In jeder Fabrik oder Werkstatt gab es einige intelligentere Arbeiter, die

sich die revolutionären Lehren bereits einigermaßen angeeignet hatten und die Propaganda unter ihren Kollegen unter der Leitung und nach dem Plane der Revolutionäre führten. Diesen kleinen Arbeitergruppen in den einzelnen Fabriken war die Existenz der Organisation, die als Ganzes die Tätigkeit aller leitete, unbekannt; sie standen nur in persönlichen Beziehungen zu den einzelnen Revolutionären. Dshabadari betont mit Recht den glänzenden Erfolg dieser Taktik.

Anfang Februar 1875 beschloß die Gruppe der revolutionären Führer in Moskau, bestimmte Satzungen auszuarbeiten; diese sollten die bisherige Methode der Gruppe gewissermaßen gutheißen und festlegen, um so mehr, als man die Ausbreitung der revolutionären Propaganda auf andere, von Moskau mehr oder weniger entfernte Städte voraussah. Ganz Rußland sollte mit einem Netz von Organisationen überzogen werden. Es bedeutete bereits einen großen Fortschritt gegenüber der planlosen Tätigkeit der revolutionären Gruppen der vorhergehenden Jahre, daß die Revolutionäre die Notwendigkeit der Organisation von Anfang an einsahen.

Die Gruppe beauftragte Dshabadari, ein Programm und Satzungen zu entwerfen. Um ihm die Arbeit zu erleichtern und um ihm gleichzeitig einen Begriff von den Anschauungen der Frauen zu geben, die zu der Gruppe gehörten, wurde ihm ein Entwurf eingehändigt, den Olga Lubatowitsch das Jahr vorher für die Fritschen entworfen hatte und der angenommen worden war. Der Entwurf enthielt ein Programm und Satzungen; er begann mit einer bündigen Kritik der herrschenden Zustände in Rußland und wies auf die Notwendigkeit hin, den Kampf gegen sie aufzunehmen, um eine neue Gesellschaftsordnung einzuführen, die sich auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit im Sinne der damaligen Grundsätze der revolutionären russischen Kreise stützen sollte. Nach Dshabadari bestand die schwache Seite des Entwurfs darin, daß er die Kampfesweise selbst nur ganz allgemein behandelte. Mit anderen Worten: der Plan enthielt kein deutliches taktisches Programm.

Dshabadari legte nun der Gruppe seinen eigenen Plan vor; die Versammlung, die eine Beratung vornehmen sollte, war

allerdings nicht vollständig, da nicht sämtliche Mitglieder der Gruppe ihre Arbeit hatten unterbrechen können. Anwesend waren: die Bardina, Kaminska, Lydia Figner, die beiden Lubatowitsch, die Alexandrowa, Eugenie Subbotina, die Chorshewska, Tschikoidze, Shukow, Lukaschewitsch, Grjasnow, Aleksejew, Wasiljew, Barinow, Jegorow und Dshabadari. Fürst Cicjanow weilte in Organisationsangelegenheiten im Kaukasus, wo er eine lokale Gruppe gründen wollte; Sdanowitsch war noch im Januar nach dem Süden des Landes gereist, wo er eine ständige Einschmugglung ausländischer revolutionärer Drucksachen einrichten sollte.

Man erörterte zunächst die Frage, ob es geraten sei, die künftige Gesellschaftsordnung im Programm eingehend festzulegen; Dshabadari verneinte die Frage, da die Organisation mindestens ein Jahrzehnt brauchen würde, um nur die bestehenden sozialen und politischen Zustände zu untergraben. Alle Mitglieder der Organisation, sagt Dshabadari, waren Sozialisten[1]), aber jedes faßte den Sozialismus anders auf; es gab unter ihnen Kommunisten, Kollektivisten und sogar einen Kathedersozialisten und zwar Shukow. Alle begriffen sehr wohl, daß sich zwischen die bestehende soziale und politische Ordnung und die zukünftige eine ganze Reihe von Übergangsformen würde schieben müssen, die das Volk notwendig annehmen würde.

Die neue Organisation hatte sich das Ziel gesetzt, sämtliche revolutionären Gruppen des Landes schon in nächster Zeit zu vereinen, und vermied es daher, strittige Punkte, die dieses Ziel erschweren konnten, in das Programm aufzunehmen. Man beschloß deshalb, die Einzelheiten über die künftige Gesellschaftsordnung im Programm überhaupt nicht zu erörtern.

Dshabadaris Programmentwurf rief eine sehr lange und lebhafte Debatte hervor; man beschloß endlich eine Umarbeitung des Entwurfs, mit der man drei Personen betraute: Lukaschewitsch, Shukow und die Bardina.

Die Grundzüge des Entwurfs blieben unverändert, die drei Personen beschränkten sich auf unwesentliche Verbesserungen

---

1) „Biloje", Jahrgang 1907, Oktoberheft S. 173—174.

und einige Zusätze. Trotz Dshabadaris Widerspruch wurde auf Antrag von Lukaschewitsch und Shukow in den Satzungen ausdrücklich erklärt, es sei wünschenswert, daß jedes Mitglied der Organisation die Lebensweise eines einfachen Arbeiters führe; Ausnahmen seien allerdings zulässig, doch habe die Organisation hierüber zu entscheiden. Diese Forderung enthielt unstreitig eine starke Dosis Prinzipienreiterei. Dshabadari weist denn auch mit Recht darauf hin, daß dieser Punkt überflüssige Schwierigkeiten schuf und sogar zum Verfall der Organisation beitrug, da Verhaftungen auf diese Weise erleichtert wurden. In der Tat zeigte sich denn auch schon nach mehreren Monaten, daß nicht alle die Rolle von Arbeitern und Arbeiterinnen erfolgreich spielen konnten; Lydia Figner und Wera Lubatowitsch wurden sehr bald verdächtig: man bezweifelte, daß sie wirkliche Arbeiterinnen seien, so daß sie ihre Beschäftigung aufgeben mußten.

Die Organe der Gruppe wurden nicht gewählt, sondern alle Mitglieder übernahmen der Reihe nach die diesbezüglichen Pflichten. Die Satzungen forderten von den Mitgliedern völliges gegenseitiges Vertrauen und offenes Vorgehen in Organisationsangelegenheiten. Jedes Mitglied mußte fähig sein, wenigstens eine der wichtigsten revolutionären Funktionen zu übernehmen. Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte nur einstimmig.

Die Satzungen enthielten kein Programm; dagegen wurde das Vorgehen der Mitglieder innerhalb der Organisation eingehend festgelegt: es gab Vorschriften über die Gründung neuer Gruppen, über die Art, wie Propaganda getrieben und agitiert werden sollte, wie Aufstände zu leiten seien usw. Die Satzungen sprachen sich für planmäfsiges Hervorrufen von Aufständen aus, aber nur, wenn es sich um die Unterstützung einer ursprünglichen Bewegung handelte; ebenso wurden ausdrücklich scharfe Kampfmittel der verschiedensten Art der Regierung gegenüber anerkannt, im Kampf gegen Mitbürger aber verworfen. Die Konfiskation von Regierungsgeldern erklärten die Satzungen für zulässig; dagegen wurde der Gedanke einer Überrumpelung des Staats und der Aneignung der Staatsgewalt durch die Revolutionäre verworfen. Die Satzungen erhielten den Titel „Satzungen der allrussischen und sozialrevolutionären Organisation“. Sie sind

in der Anklageschrift des Prozesses gegen die 50 im Wortlaut abgedruckt [1]).

Zuerst führten die Geschäfte Eugenie Subbotina, Basilius Grjasnow und Dshabadari. Die erste verwaltete die Kasse der Organisation, der zweite leitete die Beziehungen zu den Arbeitern, der dritte die zur Intelligenz.

Schon in einer der ersten Sitzungen stellte Dshabadari den Antrag, 1) aus der bestehenden Organisation in Moskau eine Reihe von Mitgliedern zu wählen und nach anderen Städten zu schicken, um dort die revolutionäre Tätigkeit einzuleiten; 2) der Organisation so rasch wie möglich jene Mittel zu überweisen, die einige Mitglieder sich bereit erklärt hatten, ihr zur Verfügung zu stellen, die aber in Immobilien bestanden; 3) eine Redaktion für die Herausgabe illegaler Schriften in Rußland und im Auslande zu bilden.

Die Anträge wurden angenommen, doch ließen sich nicht alle gleich ausführen. Am raschesten und leichtesten ging die Ausführung des ersten vonstatten; den Verkauf der Immobilien vereitelten in den meisten Fällen die Verhaftungen.

Die Untersuchung ergab später, daß Barbara Alexandrowna und Lydia Figner an der Spitze der Organisation standen und in Iwanowo-Wosnosiensk tätig waren; Olga Lubatowitsch arbeitete sehr eifrig in Kijew, die Chorshewska, die inzwischen den Fürsten Cicjanow geheiratet hatte, in Kijew. Einzelne Mitglieder der Organisation waren auch in einigen kleineren Städten und Fabriksniederlassungen in den Zentralgouvernements tätig.

Am 29. März 1875 wurde ein sehr tätiges Mitglied der Moskauer Organisation, Nikolaus Wasiljew, den der Arbeiter Jakowlew der Regierung verraten hatte, verhaftet. Seine Frau, Daria Skwarcowa, die der Polizei aus freien Stücken Angaben machte, erleichterte ihr die Verfolgung der Revolutionäre. Am 2. April nahm der Gendarmeriegeneral Wojejkow eine Revision vor und verhaftete neun Revolutionäre in dem Lokal, wo sie zusammenzukommen pflegten. Es waren dies die Bardina, Kaminska,

---

1) Basilewski, Die politischen Verbrechen in Rußland. Band II, Heft I, S. 190—194.

Tschikoidze, Aleksejew, Lukaschewitsch, Mikolajew, Dshabadari, Gieorgieowski und Agapow. Tschikoidze hatte kompromittierende Papiere bei sich, die vernichtet werden mußten. Die Revolutionäre verlangten die Anwesenheit eines Staatsanwalts, der General zögerte, gab aber schließlich seine Einwilligung und ließ nur eine Wache zurück. Die kompromittierenden Papiere wurden unterdessen vernichtet, auch konnten die Revolutionäre noch verabreden, was sie während der Untersuchung aussagen wollten. Das Beweismaterial, das in die Hände der Regierung gelangte, war unter diesen Umständen sehr geringfügig, so daß man die Verhafteten vielleicht bald in Freiheit gesetzt oder nur leicht bestraft hätte, wenn nicht die Verhaftungen im Sommer oder Herbst in Iwanowo-Wosnosiensk und anderen Ortschaften der Gendarmerie die Korrespondenz der Revolutionäre in die Hände gespielt hätten. Die Briefe Sdanowitsch' enthielten eine Reihe unvorsichtiger Stellen. Während seiner Verhaftung kamen auch die Satzungen zum Vorschein, die man ihm zugeschickt hatte. Am 12. August wurde in Moskau der Fürst Cicjanow gefangen genommen, der bewaffneten Widerstand leistete, aber niemand tötete oder verwundete. Es war dies das zweitemal, daß sich ein Revolutionär mit der Waffe in der Hand verteidigte.

So war denn auch der Moskauer Organisation, der zahlreiche Menschen und Mittel zur Verfügung standen und die in kurzer Zeit eine Tätigkeit in großem Maßstabe entfaltet hatte, ein verhältnismäßig nur kurzes Dasein gewährt; sie dauerte nicht einmal so lange, wie die vorhergehenden Gruppen. Diese Tatsache findet in dem Umstande ihre Erklärung, daß sowohl die Polizei als die Gendarmerie nach den großen Verhaftungen von 1874 im ganzen Reiche wachsamer geworden war.

V.

Der äußeren Veränderung, die der „Vorwärts" anfangs 1875 durchmachte, entsprach teilweise auch eine innere: die Zeitschrift wurde rühriger, sie schenkte jetzt den laufenden Angelegenheiten, namentlich der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der sozialistischen im besonderen mehr Aufmerksamkeit. Man kann wohl sagen, daß keine spätere russische sozialistische Zeitschrift

eine so ausführliche Chronik der Arbeiterbewegung in fast allen zivilisierten Ländern enthielt. Gerade diese Aufsätze waren ausgezeichnet; entgegen der ursprünglichen Theorie des Blattes, die nur den Kampf im Namen der letzten Ziele des Sozialismus anerkennen wollte, traten durch die Macht der Ereignisse die laufenden Angelegenheiten des europäischen und amerikanischen Proletariats immer mehr in den Vordergrund. Sehr viel Platz widmete die Redaktion der deutschen Sozialdemokratie, mit deren Entwicklung sie die russischen Leser gründlich bekannt machte. Die Korrespondenzen aus Rußland waren schwach; gewöhnlich wurde in ihnen die Lage der ländlichen Bevölkerung beschrieben, das Auftauchen der sogenannten „Kulaki", d. h. wuchertreibender Bauern, die durch allerlei Schliche die ärmeren Hofbesitzer in Abhängigkeit zu bringen wußten; ebenso berichteten sie von der Spekulationswut des Bürgertums, die in sehr hohen Kreisen Unterstützung fand. Derartige Korrespondenzen lieferten unstreitig einiges Material, doch fehlte es ihnen völlig an politischem Verständnis: die verschiedenen Erscheinungen bürgerlicher Sittenverderbnis wurden vom Standpunkt des Sozialismus oder besser gesagt vom Standpunkt des Maximumprogramms aus kritisiert, doch bemühte sich niemand, die schon damals hervortretenden Entwicklungstendenzen in irgendeine Form zu bringen.

Nach wie vor widmete der „Vorwärts" theoretischen Aufsätzen und taktischen Angelegenheiten in Rußland und im Auslande viel Platz.

Ich kann hier nicht alle Aufsätze besprechen, obgleich sie in mehrfacher Hinsicht interessant sind, und werde mich nur bei jenen aufhalten, die sowohl die allgemein wissenschaftlich-sozialistischen Ideen der Redaktion, namentlich Lawrows, als auch jene Anschauungen widerspiegeln, die die allerwichtigsten praktischen Fragen betrafen.

Anläßlich der Kriegsgerüchte heißt es in Nummer 10, Seite 294 von 1875, der einzige an Folgeerscheinungen fruchtbare Kampf sei der Kampf der Arbeit gegen das Kapital. Man muß hinzufügen, daß der „Vorwärts" in dieser Hinsicht noch weiter ging und in der Tat nur unmittelbaren Kämpfen der Arbeit gegen

das Kapital Wert und Bedeutung zuerkennen wollte. Aus diesem Grunde ließ er auch rein politische Reformen nicht gelten, selbst dann nicht, wenn sie den Kampf des Proletariats gegen das Kapital bedeutend erleichterten, so wenn es sich etwa um Reformen des Wahlrechts handelte, mit dessen Hilfe die Arbeiter die Gesetzgebung beeinflussen und die kapitalistische Ausbeutung teilweise begrenzen konnten. Lawrow betrachtete gern sozialistische Fragen vom philosophischen und moralischen Standpunkte aus, wobei er stark betonte, es sei Pflicht der bewußten Sozialisten, ihr persönliches Leben dem Ideal anzupassen.

In Nummer 13 von 1875 finden wir die folgende Erklärung: Wir (die Sozialisten) sind bestrebt, auf den Trümmern der alten Welt ein Reich der Arbeit und Gerechtigkeit zu errichten; unseren Brüdern rufen wir zu: opfert all eure Kräfte der Sache der sozialen Revolution und lebt von eurer Hände Arbeit; alles, was ihr über das Notwendigste hinaus noch für euch tut, ist ein Raub an euren Brüdern!

In Nummer 17 findet sich auf Seite 623 eine interessante und ausführliche Erörterung über das Verhältnis des Sozialismus zum Darwinismus. Die gleichen Anschauungen vertraten später verschiedene westeuropäische Schriftsteller. Der Sozialismus, sagt der Verfasser des Aufsatzes, verwirft nicht den allgemeinen Kampf ums Dasein, er ist nur bestrebt zu tun, was schon die Überlieferung zu tun befiehlt: nämlich möglichst zahlreiche Gruppen solidarischer Individuen zu vereinigen, um ihnen den Erfolg in diesem Kampf zu sichern. Eine Eigentümlichkeit des Sozialismus bestehe aber darin, daß er das Gefühl der Solidarität über die ganze Menschheit erstreckt und innerhalb ihrer den Kampf ums Dasein aufheben will, ebenso wie er innerhalb von Gruppen aufgehoben ist, die durch persönliche Freundschaft miteinander verbunden sind. Hat der Sozialismus einmal sein Ziel erreicht, so beginnt für die harmonisch lebende Menschheit die letzte und höchste Phase des Kampfes ums Dasein in der organischen Welt: der Kampf gegen alle unrationellen Instinkte und Gewohnheiten der organischen Welt, um die Welt, die hinter dem Menschen steht, zu einer höheren Stufe der harmonischen Entwicklung zu bringen.

Der Sozialismus, sagt der Verfasser, wurde durch die instinktmäßige und gefühlsmäßige Solidarität einzelner Personen vorbereitet, die zu einer bestimmten Gruppe gehören. Seine Geschichte begann in dem Augenblick, da ein bewußtes Gefühl menschlicher Solidarität im Namen gemeinsamer moralischer Ideen und Ideale einsetzte. Zur Selbsterkenntnis aber kam er, als er einsah, daß der Gedanke des Monopols auf allen Gebieten die Vereinigung der Solidarität bedeute. Praktisch möglich wurde der Sozialismus, als in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Konkurrenz alle bis dahin bestehenden Bande der Solidarität, die das Monopol zuließ, zerriß und alle menschlichen Beziehungen auf den wirtschaftlichen Kampf zurückführte. Eine historische Kraft aber wurde er, als er im Proletariat der gesamten Welt den Träger der Solidarität für die künftige Gesellschaft fand, der imstande war, die Fesseln der Kirche und des Staates abzuwerfen und die Grundlage eines allgemeinen solidarischen menschlichen Verbandes und einer allseitigen Entwicklung des einzelnen zu gewährleisten.

Die sozialistische Gesellschaft, erklärt der Verfasser, muß die Gesellschaft der solidarischen Individuen sein, die durch ihre Bereitwilligkeit, ihre persönlichen Bedürfnisse der Sache des allgemeinen Wohls zu opfern, verbunden sind. Eine derartige Gesellschaft müsse im Kampf ums Dasein mit anderen Gesellschaften, die auf anderen Prinzipien aufgebaut sind, das Übergewicht haben. Die natürliche Auslese schon müsse den Sieg der sozialistischen Gesellschaften herbeiführen.

In Nummer 19 des „Vorwärts“ wird auf Seite 588 ff. sehr eingehend der Satz bewiesen, der Sozialismus könne nur deswegen der Ausdruck der allgemeinen Solidarität sein, weil er eine Arbeiterbewegung sei.

In dem gleichen Aufsatz wird einem charakteristischen Gedanken Ausdruck gegeben, der in gewisser Beziehung den Anschauungen des Blattes über die Entwicklung und den endgültigen Triumph des Sozialismus in Rußland widerspricht. Der Motor des Arbeitersozialismus, heißt es, könne einzig die Arbeiterklasse sein und zwar zu einer Zeit, wo der notwendige Prozeß der kapitalistischen Entwicklung diese Schicht bereits in beträcht-

lichem Maße ruiniert habe. Die kleinen Unternehmer müssen im Kampfe gegen das Großkapital bereits zugrunde gegangen sein, die Arbeiter müssen ihre Heimstätten bereits verlassen und sich um die großen Fabrikzentren geschart haben, das Proletariat aller Länder muß gewaltig zugenommen haben — dann erst hat die Geschichte das gesamte Material hervorgebracht, das der Arbeitersozialismus erfordert. Wissenschaftliches Denken und das Lebensinteresse einer zahlreichen sozialen Klasse schaffen dann zusammen die völlig reale und sichere Grundlage einer neuen Phase in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft.

Der Arbeitersozialismus übernimmt die Verwirklichung der höheren Bildungsziele der bürgerlichen Zivilisation.

Der Sozialismus, heißt es weiter, wird in wirtschaftlicher Beziehung den gleichen Grad des Wohllebens für alle einführen, in geistiger aber eine gewisse Minimalbildung, die sicherlich höher sein wird als die gegenwärtige mittlere Bildung. Diese allgemein gleichmäßige Stufe des Wohllebens und ein Minimum an Bildung werden einer größtmöglichen Verschiedenheit der geistigen Entwicklung der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft nicht im Wege stehen, im Gegenteil: sie werden sie fördern, da alle nur denkbaren Kombinationen auf dem Gebiete der Philosophie, der Wissenschaft, der Kunst und des praktischen Lebens möglich sein würden. Doch würden alle geistigen Arbeiter sich auch an der rein physischen Arbeit beteiligen müssen.

Der ganze Gedankengang charakterisiert vortrefflich die Anschauungen des „Vorwärts" und namentlich Lawrows über das Wesen des Sozialismus, die Bedingungen seiner Verwirklichung usw. Über den Staat äußert sich Lawrow in einem eigenen Werk, von dem noch die Rede sein soll.

In den Jahren 1875 und 1876 besprach der „Vorwärts" häufig die Entwicklung und Verwirklichung des Sozialismus in Rußland. In Nummer 27 von 1875 finden wir auf Seite 64 und 65 folgende Ausführungen. Da der Arbeitersozialismus theoretisch das notwendige Ergebnis der rationalen Soziologie und eine historische Entwicklungsphase sei, die notwendig aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung folge, so bereite seine Entwicklung selbst schon natürlich die soziale Umwälzung vor, die

die kapitalistische Ordnung vernichten werde, um an ihre Stelle die sozialistische der Arbeiter zu setzen.

Die Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sagt der Verfasser, sind in Rußland mit der Aufhebung der Leibeigenschaft entstanden, als man den Bauern im Verhältnis zu den erhöhten Steuern, die nicht nur mittelbar (der Verfasser setzt indirekte Steuern voraus), sondern auch unmittelbar (der Verfasser setzt ebenso direkte Steuern voraus) auf dem arbeitenden Volke lasten, ungenügend mit Grund und Boden ausstattete. In einer Gesellschaftsordnung, wo ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung seine Bedürfnisse nur dadurch befriedigen kann, daß es seine Arbeit verkauft, entsteht das Proletariat als notwendige Bedingung der kapitalistischen Ordnung. In bezug auf die übrigen Bedingungen des Kapitalismus, wie die Entwicklung von Aktiengesellschaften in großem Stil, die die kleinen Kapitalien verdrängen oder aufessen, Börsenspekulationen usw., biete Rußland zur Zeit Alexanders II. einen ebenso günstigen Boden, wie es zur Zeit Peters I. einen günstigen Boden für die Bureaukratie und zur Zeit Katharinas II. für den „aufgeklärten Absolutismus" geboten habe. Die Entwicklung des Kapitalismus mit all seinen Folgen werde also in Rußland rasch und unverzüglich vor sich gehen. Diese Tatsache könne weder ein Verteidiger der herrschenden Zustände noch ein ausgesprochener Gegner dieser Gesellschaftsordnung leugnen.

Die russischen Liberalen, heißt es weiter, jammern und verwünschen das Übel, dem sie selber bis auf den letzten Mann dienen, sie seufzen nach einer Konstitution, die in noch größerem Maße als bisher Spekulanten die Möglichkeit gibt, die Faktoren der kapitalistischen Produktion zu entwickeln und aus allen Regierungskräften Waffen für sich zu schmieden. Die Sozialisten, erklärt der Verfasser, sehen in dieser Erscheinung einen notwendigen Prozeß, der nur in der Weise Veränderungen erfahren kann, daß die eigentümliche Entwicklung der kapitalistischen Ordnung ihren eigenen Niedergang herbeiführt. Die soziale Umwälzung bereite sich zwar in Rußland wie überall von selbst vor, doch müßten die russischen Sozialisten, ebenso wie alle anderen, ihre ganze Kraft daransetzen, daß diese Umwälzung

sich unter möglichst geringen Qualen des Volkes vollziehe und die neue Gesellschaftsordnung so rasch wie möglich eintrete.

Die Kraft der künftigen sozialen Revolution beruhe in Rußland auf zwei sozialen Faktoren: auf der ländlichen Bevölkerung mit ihren Überlieferungen des Gemeindeeigentums an Grund und Boden und auf der revolutionären Jugend der Intelligenz, die von sozialistischen Ideen durchdrungen sei. Selbst während der Leibeigenschaft habe die russische Landbevölkerung ihre Solidarität und die Selbstverwaltung der Ackergemeinde zu behalten verstanden; die Arbeiter und Handwerker aber hätten in den Arbeitsgenossenschaften solidarisch fühlen gelernt. Die Gesamtheit jedoch, die in diesen Überlieferungen aufwuchs, sei außerhalb der Einflußsphäre des westeuropäischen Denkens geblieben, das bei anderen Völkern den Boden für den Arbeitersozialismus bereitete; das Solidaritätsgefühl des russischen Volkes umfaßte und umfasse auch noch heute nur kleine Gruppen.

Im russischen Volke lebe ein starker Haß gegen die ausbeutenden Klassen, aber er sei doch nicht stark genug, um es auf den Weg des völligen Wirtschaftskommunismus zu treiben.

Der bessere Teil der intelligenten russischen Jugend aber, obgleich auf Kosten der Ausbeutung der Volksmassen erzogen, habe dank der geistigen Entwicklung und dem geschärften Sinn für die schlechten Seiten des modernen Lebens, der ihr eigen ist, sozialistische Gedanken angenommen und sei bereit, alle seine Kraft der sozialen Revolution zu opfern. Für die Bewegung selbst sei die Jugend von großer Bedeutung. Diese Jugend teile sich in drei Gruppen: in die ganz Eingeweihten, die teilweise Eingeweihten, die tätigen Anteil an der Bewegung nähmen, und endlich in die, welche nur mit der Bewegung sympathisierten. Alle diese Kräfte könnten am richtigen Orte bei der Aufklärung und Organisierung des Volkes wichtige Dienste leisten. Die russische Intelligenz habe daher eine große Aufgabe zu erfüllen. Unter gewissen Bedingungen (die der Verfasser nicht aufzählt) könnte sie ebenso hoch und noch höher als die westeuropäische Intelligenz stehen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die vom „Vorwärts“ ganz allgemein ausgesprochene Ansicht, der Sozialismus

sei ein notwendiges Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung und könne sich nur dann verwirklichen, wenn die kleine Produktion von der großen verdrängt werde, einen Widerspruch zu der großen Bedeutung bildet, die das Blatt dem Gemeindeeigentum an Grund und Boden und den Arbeitsgenossenschaften beilegte, in denen es die Keime der künftigen sozialistischen Ordnung sehen wollte; häufig genug wurde im „Vorwärts" die Überzeugung ausgesprochen, nicht der Verfall, sondern eine weitere Entwicklung dieser beiden Faktoren würde die Verwirklichung des Zukunftsstaates beschleunigen.

Lawrow und seine Redaktionsgenossen gaben zwar bestimmte Fehler der russischen Obschtschina und der russischen Arbeitsgenossenschaft — der Artelj — zu, aber sie waren der Ansicht, sie würden sich von der sozialen Revolution beseitigen lassen; sie glaubten daher auch nicht, Rußlands Wirtschaftsleben müsse notwendig eine Epoche kapitalistischer Entwicklung durchmachen.

In einer Polemik gegen Niewsorow, der in den Lawrowanhängern die Vorgänger der russischen Sozialdemokraten sehen will, weist Plechanow denn auch mit Recht darauf hin, daß Lawrow in seinen Gedanken über die soziale Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht folgerichtig war. Nach Plechanow hoffte Lawrow, die russische Revolution werde dank den Bemühungen der Sozialisten ausbrechen, ehe noch die kapitalistische Entwicklung weit genug gediehen sein würde, um das bestehende Gemeindeeigentum an Grund und Boden zu untergraben und die Arbeitsgenossenschaft zu zerstören. Aus diesem Grunde waren auch diese beiden Faktoren für ihn der Ausgangspunkt der sozialen Entwicklung Rußlands. Daneben tröstete er sich aber mit dem Gedanken, die eigene Entwicklung des Kapitalismus allein müsse in Rußland notwendig zum Sozialismus führen, selbst dann, wenn die bewußten Bemühungen fehlschlagen sollten. Als notwendige Bedingung des Sozialismus hatte der Kapitalismus für Lawrow also nur eine bedingte Bedeutung [1]).

---

1) Siehe die Vorrede zu Thun, Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland. Russische Übersetzung, sozialdemokratische Ausgabe S. XIV.

In Nummer 28, Seite 10 von 1875 bespricht der „Vorwärts“ die notwendigen Vorbereitungen zur sozialen Revolution in Rußland.

Die erste Bedingung, heißt es hier, sei die Organisierung der revolutionären Minderheit, die sich zu den Grundsätzen des Arbeitssozialismus bekennt, in jenen Zentren, wo der Gemeindebesitz an Grund und Boden und Arbeitsgenossenschaften vorherrschen. (Man versteht nicht recht, was der Verfasser unter Zentren des Gemeindebesitzes an Grund und Boden versteht, da diese Einrichtung über ganz Großrußland verbreitet ist; als Zentren der Arbeitsgenossenschaften sind wohl die großen Industriestädte anzusehen, wo die Arbeiter derartige Genossenschaften bilden.) Die Sozialisten aus den Reihen der Intelligenz müßten den Ackergemeinden und Arbeitsgenossenschaften als Mitglieder beitreten, heißt es, um größeren Einfluß auf die Massen zu erlangen.

Wenn der „Vorwärts“ auch der revolutionären Minderheit eine große Bedeutung für die Bewegung zuschreibt, so ist er doch gleichzeitig ein entschiedener Gegner jeder Verschwörungstätigkeit, da diese darauf hinauslaufe, die Mehrheit durch eine zentralistisch organisierte Minderheit zu leiten, d. h. der Masse einen fremden Willen aufzuzwingen. Eine föderativ organisierte Minderheit würde dagegen durch die eigene systematische Propaganda, durch die Hilfe ihr nahestehender Personen und schließlich durch die Agitation das Volk mit sich fortreißen und die soziale Revolution hervorrufen (Nr. 39, S. 493); es handle sich nicht darum, die Volksmassen für einen Augenblick zu gewinnen, sondern sie wirklich zu überzeugen.

In Nummer 34 des „Vorwärts“ versuchte Lawrow den Fortschritt der revolutionären Arbeit unter den Volksmassen Rußlands in hypothetischen Ziffern darzustellen. Derartige Schlüsse müssen stets phantastisch sein, da der schließliche Erfolg einer revolutionären Strömung von tausenderlei Umständen abhängt und fortwährenden Schwankungen unterworfen ist.

In bezug auf die Taktik empfahl der „Vorwärts“ in erster Reihe, alle Bemühungen auf eine Massenbewegung zu lenken, zu der die revolutionäre Intelligenz den Anstoß geben sollte. In

Nummer 13 von 1875 finden wir auf Seite 394 und 395 einen Ausfall gegen den Terrorismus und die Expropriation; Nummer 16 polemisiert Seite 484 und 485 gegen nationale Kämpfe, die die staatliche Unabhängigkeit bezwecken.

In Nummer 18 von 1875 stoßen wir auf Seite 561 in einer Bemerkung der Redaktion zu einer Korrespondenz aus Bialystok auf die sonderbare Ansicht, die zwangsweise Einführung der russischen Sprache in Litauen und Weißrußland sei nur ein vorübergehendes Übel gewesen, das später einen günstigen Einfluß ausgeübt habe, da es der dortigen Bevölkerung die Möglichkeit gegeben habe, mit Hilfe dieser Sprache an den Errungenschaften der russischen Kultur teilzunehmen und sich mit der Gesamtbevölkerung des Staates zu verständigen.

Der Verfasser warf hier sichtlich zwei Dinge durcheinander: den unzweifelhaften Nutzen, eine im ganzen Staate verbreitete Sprache, die überdies noch eine reiche Literatur besitzt, kennen zu lernen, und die bevorrechtete Stellung dieser Sprache zum Nachteil anderer vaterländischer Idiome. Die Erklärung für diese Anschauung liegt in dem Umstande, daß sowohl Lawrow als seine Genossen jede sozialpolitische Erscheinung vom Standpunkt der künftigen Gesellschaftsordnung aus beurteilten, in der ihrer Ansicht nach die durch gemeinsame Kulturideale verbundene Bevölkerung entweder keine nationalen Unterschiede kennen oder ihnen doch keinerlei Bedeutung beilegen würde.

Übrigens blieben weder der „Vorwärts" noch Lawrow selbst in nationalen Fragen konsequent, wofür z. B. der Bericht in Nummer 23 und 24 über die Reden Lawrows zeugt, die dieser anläßlich eines polnischen Festes in London hielt.

Michael Dragomanow hebt mit Recht hervor, daß einzig Bakunin in nationalen Fragen bis zu Ende dachte und nicht nur den sogenannten staatlich-historischen Völkern, sondern auch allen anderen das Recht auf Selbständigkeit zuerkannte; er macht auch dem „Vorwärts" den durchaus berechtigten Vorwurf, daß dieser zwar die Polen berücksichtigte, aber dafür das kleinrussische Volk und ebenso alle anderen zu Rußland gehörenden Nationalitäten totschwieg. Dragomanow wirft den damaligen russischen Revolutionären überhaupt eine starke Geringschätzung

nationaler Fragen vor: sie vermieden die Beschäftigung mit diesem Gegenstand, um nicht die einheitliche Bewegung im ganzen Staate in einzelne, national gefärbte Gruppen aufzulösen[1]).

Im Jahre 1876 brachte der „Vorwärts" einen langen Aufsatz von Lawrow unter dem Titel: „Der Staat in der künftigen Gesellschaftsordnung". Ich kann hier keine eingehende Inhaltsangabe bringen — ich tat es übrigens bereits an anderer Stelle[2]) — und muß mich damit begnügen, Lawrows allgemeine Stellung zum Staate festzulegen.

Lawrow meint, in einer bereits gefestigten sozialistischen Ordnung könne das Staatsprinzip nicht nur bis zu einem Minimum herabsinken, sondern überhaupt verschwinden; bis dahin aber würde die Bedeutung des Staates allmählich immer mehr abnehmen. Man könne also nicht eine plötzliche Abschaffung jeder Regierung verlangen. Nach dem unmittelbaren Siege der sozialen Revolution würde die Macht in den Händen der organisierten Minderheit ruhen, die allmählich in ein immer größeres Abhängigkeitsverhältnis zur Mehrheit kommen würde. Lawrows Ideal ist ein anarchistischer Zustand der Gesellschaft, doch hält er die plötzliche Verwirklichung eines solchen für unmöglich. In bezug auf die Organisation der revolutionären Kräfte erkennt er den Grundsatz der Hierarchie und Leitung zu gewissen Zeiten an.

In dieser Arbeit machte Lawrow dem Staatsprinzip in Übergangsepochen und ebenso dem hierarchischen Prinzip innerhalb der Organisation selbst gewisse Zugeständnisse, die nicht ganz mit dem übereinstimmten, was der „Vorwärts" selbst schrieb.

Lawrows Ansichten über die Revolution und die soziale Ordnung unmittelbar nach ihrem Ausbruch und später erinnern in gewisser Hinsicht an die Grundsätze, die die heutigen Syndikalisten in Frankreich vertreten; die Ähnlichkeit liegt namentlich darin, daß sowohl Lawrow damals wie die Syndikalisten von heute keinerlei politische Angelegenheiten anerkennen wollen, nur wirtschaftliche Umwälzungen gelten lassen, und endlich in der

---

1) „Sammlung politischer Aufsätze" (in russischer Sprache): „Das historische Polen und die großrussische Demokratie", S. 153—171.

2) Siehe meinen „Modernen Anarchismus" (in polnischer Sprache).

Überzeugung, die Arbeiter- und Bauernorganisation würden rein staatliche Einrichtungen überflüssig machen. Freilich sind auch Unterschiede vorhanden: die Syndikalisten hassen die Intelligenz, selbst die revolutionäre und sozialistische, und halten sie für ein zerstörendes Element; Lawrow schätzte sie im Gegenteil sehr hoch ein und wollte ihr in den Arbeiter- und Bauernorganisationen eine hervorragende Rolle zuweisen.

VI.

Tkatschew, dessen Name in dieser Arbeit bereits mehrfach erwähnt wurde, begründete in den siebziger Jahren in Rußland eine dritte sozialrevolutionäre Strömung. Seine publizistische Tätigkeit im Auslande begann zu einer Zeit, da bereits sowohl die Theorien Lawrows als auch diejenigen Bakunins durch bestimmte Gruppen vertreten wurden.

Tkatschews Ansichten wichen sowohl von Lawrows als auch von Bakunins Theorien stärker ab, als diese sich untereinander unterschieden. Seine Gedanken stießen anfangs in den revolutionären Kreisen auf heftigen Widerstand und begannen erst später unter dem Einfluß einer ganzen Reihe von Umständen, die sich aus dem Kampfe der Revolutionäre gegen die Regierung ergaben, Anhänger zu finden; es waren oft dieselben Personen, die Tkatschew anfangs bekämpft hatten.

Peter Tkatschew war 1844 im Gouvernement Pskow auf dem Landgut seiner Eltern geboren; er besuchte das Zweite Gymnasium in Petersburg und begann dann seine Universitätsstudien an der Rechtsfakultät; er beteiligte sich an Studentenunruhen, wurde verhaftet und von der Universität ausgeschlossen. Nach Abschluß der Untersuchung wurde er in Freiheit gesetzt und lebte zunächst bei seiner Mutter auf dem Lande[1]).

Ein neues Prozeßverfahren gegen ihn wurde 1862 eröffnet. Im Mai war in Petersburg ein Student, namens Olschewski, verhaftet worden, der beschuldigt wurde, regierungsfeindliche Aufrufe verbreitet zu haben. Olschewski war schon vorher aus der

---

1) Siehe die Aussagen Tkatschews in „Biloje", Jahrgang 1907, Augustheft S. 152.

Universität ausgeschlossen und nach der Provinz verschickt worden. Die Hausdurchsuchung förderte keinerlei Beweise zutage, so daß Olschewski bald in Freiheit gesetzt wurde und sogar die Erlaubnis erhielt, nach der Hauptstadt zurückzukehren.

Nach Ablauf eines Monats wurde den Behörden von neuem hinterbracht, Olschewski habe seine Papiere geschickt versteckt. Bei einer abermaligen Hausdurchsuchung fiel der Polizei ein Schriftstück in die Hände, das auf den ersten Blick nichts Besonderes enthielt, in entsprechender Weise gelesen aber den Satz bildete: „Alexander muß so bald als möglich ins Jenseits gebracht werden, sonst nimmt die ganze Sache eine schlechte Wendung und wir verlieren.“ Olschewski wurde sofort verhaftet. Aus dem Gefängnis schrieb er seinem Freund Kemarski unter anderem, man habe unter seinen Papieren auch Notizen von Pietschatkin und Tkatschew gefunden; beide, riet Olschewski, sollten aussagen, sie seien in seine Pläne nicht eingeweiht gewesen.

Der Brief geriet in die Hände der Gendarmerie. Tkatschew wurde am 17. November 1862 gefangen genommen. Man fand einen Aufsatz Ogarews bei ihm unter dem Titel „Was braucht das russische Volk?“ und verschiedene Gedichte, von denen das eine „Zum Andenken Michajlows“ überschrieben war. Tkatschew gab eine recht geschickte Erklärung ab, wie er zu den Papieren gekommen war, gestand auch die Bekanntschaft mit Olschewski zu, erklärte aber gleichzeitig, dessen Papiere nicht zu kennen; ebenso leugnete er, an irgendeiner Angelegenheit von größerer Tragweite beteiligt zu sein.

Ende 1864 erklärte der Senat Tkatschews Beteiligung an Olschewskis „ruchlosen Plänen“ als nicht erwiesen; dagegen wurde er zu drei Monaten Festungshaft [1]) verurteilt, weil er die Schrift Ogarews behalten und der Regierung den Empfang dieser verbotenen Broschüre nicht gemeldet hatte. Wieder in Freiheit gesetzt, ging Tkatschew abermals aufs Land, wo er sich zur Prüfung als Rechtskandidat vorbereitete; er bestand denn auch bald darauf glänzend das Examen. Nach dem Attentat Kara-

---

1) Lemke, Zur Biographie Tkatschews. „Biloje“, Jahrgang 1907, Augustheft.

kosows, als man überall „verdächtige Menschen“ suchte, wurde auch Tkatschew abermals verhaftet, nach kurzer Zeit aber schon aus dem Gefängnis entlassen, da sich gar keine belastenden Beweise gegen ihn fanden. Von neuem 1869 anläfslich des Prozesses gegen Nietschajew und Genossen gefangen genommen, wurde er beschuldigt, den Aufruf „An die Gesellschaft“ geschrieben zu haben, und brachte vier Jahre im Gefängnis zu. Im Jahre 1873 nach Wilikije Luki im Gouvernement Pskow geschickt und unter Polizeiaufsicht gestellt, entfloh er Anfang 1874 mit Hilfe der Gruppe der „Tschajkowski-Freunde“ ins Ausland.

Er war damals schon in weiten Kreisen der russischen Intelligenz als gebildeter und begabter Journalist bekannt und stand auch in dem Rufe, in Polemiken äußerst geschickt und eifrig zu sein. Seine Aufsätze im „Russischen Wort“ und in der „Tat“ seit 1862 waren bekannt. In der legalen Presse konnte er aus Zensurrücksichten keine neuen sozialen und politischen Theorien niederlegen, um so mehr aber unterstützte er den Radikalismus, der sich gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre, wie wir wissen, sehr üppig in Rufsland entwickelte. Mit völliger Klarheit entwickelte er seine Ideen erst während seines Aufenthaltes im Auslande und zwar in verschiedenen Schriften und in der Zeitschrift „Die Alarmglocke“. Er gründete so in den siebziger Jahren eine dritte revolutionäre Strömung, die sich scharf von den beiden bestehenden Richtungen unterschied.

In unvergleichlich stärkerem Mafse als die Schöpfer der beiden anderen Richtungen, Lawrow und Bakunin, setzte Tkatschew die revolutionäre Überlieferung aus der Zeit von 1861 bis 1870 fort: war doch die Überzeugung, man müsse zunächst den Absolutismus stürzen, also politische Reformen durchführen, der Ausgangspunkt seiner Theorien. In den siebziger Jahren hatte das Streben nach wirtschaftlichen und sozialen Änderungen die Aufmerksamkeit der Revolutionäre fast gänzlich gefangen genommen; gegen politische Reformen blieben sie gleichgültig, fast feindlich gesinnt.

Man könnte Tkatschews Anschauungen eine Fortsetzung von Sajtschniewskis Ideen nennen, die dieser im „Jungen Rußland“ niedergelegt hatte.

Im Auslande wollte Tkatschew sich zunächst am „Vorwärts" beteiligen. Er schrieb einen Aufsatz, der zur Verbreitung in den breiten Massen der bäuerlichen Bevölkerung bestimmt war. In etwas trivialer Weise malte Tkatschew hier den Wohlstand und das freie Dasein des Volkes nach dem Siege der Revolution aus: der Bauer würde dann arbeiten, so viel er wolle, er würde nach Gutdünken zu essen und zu trinken haben. In den russischen revolutionären Kreisen, namentlich in denjenigen, die sich um den „Vorwärts" scharten, herrschten damals etwas ästhetisierende Ansichten; der Absatz über die künftigen materiellen Freuden rief unter den Mitarbeitern Empörung hervor, die sich denn auch standhaft weigerten, den Aufsatz zum Abdruck zu bringen.

Bald darauf siedelte die Redaktion des „Vorwärts" nach London über; vorher aber mußte Tkatschews Verhältnis zu ihr geklärt werden. In einer Diskussion, die man zu diesem Zwecke ansetzte, erklärte er sich nicht wie die anderen gegen ein gemeinsames Vorgehen mit den liberalen Revolutionären, die einzig eine politische Umwälzung anstrebten, da eine solche seiner Ansicht nach unter den gegebenen Verhältnissen das Allernotwendigste war. Er versuchte sogar die Mitglieder des „Vorwärts" zu überzeugen, eines ihrer Ziele müsse darin bestehen, gemeinsam mit jenen, die dies gleichfalls wünschten, eine revolutionäre Diktatur in Rußland zu schaffen. Das war zuviel für die Mitarbeiter des „Vorwärts", die den Satz „Alles nicht nur für das Volk, sondern auch durch das Volk" vertraten [1]).

Ein Bruch zwischen Tkatschew auf der einen, Lawrow und seinen Anhängern auf der anderen Seite war das Ergebnis.

Bald darauf gab Tkatschew eine Schrift unter dem Titel „Die Aufgaben der revolutionären Propaganda in Rußland" heraus, in welcher er die Ansicht vertrat, der Revolutionär betrachte sich stets und müsse sich als geeignet betrachten, einen Aufstand im Volke hervorzurufen, wozu dieses auch völlig vorbereitet sei. Die Taktik des „Vorwärts" und Lawrows, die eine lange Vor-

1) Lawrow, Die volkstümliche Propaganda, S. 154. Genfer Ausgabe (in russischer Sprache) der „Materialien zur Geschichte der russischen sozialrevolutionären Bewegung", Band X.

bereitung der Revolution predigten, sei durchaus falsch, erklärte Tkatschew, man müsse vielmehr schon jetzt mit der Revolution beginnen.

Lawrow antwortete mit einer Broschüre „An die russische revolutionäre Jugend“, in der er Tkatschew zu widerlegen und die von ihm selbst empfohlene Taktik zu verteidigen suchte.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1875 gelang es Tkatschew, einige Personen, die seine Gedanken teilten, um sich zu scharen; im November schon erschien die erste Nummer der von ihm gegründeten Zeitschrift „Die Alarmglocke“. Er begann eine heftige Polemik sowohl gegen Lawrow als gegen Bakunin, wie auch gegen ihre Anhänger und entwickelte seine eigenen Ideen, die vieles aus den Anschauungen Blanquis enthielten; ebenso näherte er sich in vielem dem Jakobinertum. Ich gebe hier die wichtigsten Gedanken Tkatschews wieder.

Schon in Nummer 1 der „Alarmglocke“ finden wir ein bündiges soziales und politisches Glaubensbekenntnis. Den anarchistischen Zustand erkennt der Verfasser als das Ideal einer fernen Zukunft an. Die Anarchie bedeute das Fehlen der Gewalt; die Gewalt selbst aber sei nicht der Grund des vorhandenen sozialen Übels, wie die Anarchisten meinen, sondern nur eine notwendige Folgeerscheinung.

Alles soziale Unglück und alle sozialen Lügen, sagt Tkatschew, sind die Ergebnisse der physischen, intellektuellen, wirtschaftlichen, politischen und jeder anderweitigen Ungleichheit unter den Menschen. Solange also irgendeine Form der Ungleichheit herrsche, müsse auch die Gewalt herrschen. Der anarchistische Zustand ist unmöglich, bis nicht unter allen Mitgliedern der Gesellschaft völlige Gleichheit herrscht. Das hervorstechendste Merkmal der künftigen Gesellschaftsordnung sei also nicht die Anarchie, sondern die Gleichheit. Die Gleichheit erst ermögliche den anarchistischen Zustand und dieser die Freiheit. Alle diese Begriffe aber seien in einem einzigen enthalten — in dem der Brüderlichkeit.

Wo Brüderlichkeit herrscht, dort ist Freiheit und Gleichheit, dort fehlt auch jede Gewalt. Hieraus folgt, sagt Tkatschew, daß keine Revolution den anarchistischen Gesellschaftszustand ver-

wirklichen kann, ohne Gleichheit und Brüderlichkeit einzuführen. Zu diesem Zwecke müßten schon vorher die sozialen Bedingungen geändert werden, alle Einrichtungen, die die menschliche Ungleichheit, den Neid, den Wettbewerb unterstützen, müssen vernichtet und solche gegründet werden, die die gerade entgegengesetzten Faktoren im sozialen Leben entwickeln. Doch könnten dies nur Personen ins Werk setzen, die die Notwendigkeit einer solchen Veränderung in ihrer ganzen Tragweite begreifen und nachfühlen: also geistig und moralisch entwickelte Menschen, d. h. die Minderheit der Gesellschaft, die eben infolge dieser Eigenschaften stets die geistige und moralische Führung über die Massen haben müsse.

Bis zum Ausbruch der Revolution trägt diese Führung einen rein moralischen Charakter und ist deshalb ungenügend, ja machtlos im Kampf gegen eine Ordnung der Dinge, in der sich alles auf physischer Gewalt aufbaut. Die revolutionären Parteien begreifen diesen Zustand gewöhnlich, erklärt Tkatschew, und sind daher auch stets bemüht, diese rein geistige Macht durch einen gewaltsamen Umsturz in eine materielle umzuwandeln. Das Wesen jeder Revolution bestehe eben in dieser Umwandlung. Die geistige Kraft könne ohne die materielle nichts anderes hervorbringen als den sogenannten friedlichen Fortschritt. Anderseits vermöge aber jeder Angriff gegen die herrschenden Zustände, der nicht durch die geistige Kraft gelenkt und organisiert sei, nichts anderes als ein Ferment zu schaffen, eine ziellose wirre Bewegung, die immer reaktionär sein werde.

Da sich in allen heutigen Gesellschaftszuständen, namentlich aber in Rußland, die materielle Macht in der staatlichen konzentriert, sagt Tkatschew, so kann auch die wirkliche Revolution, d. h. die wirkliche Umwandlung der moralischen Macht in die materielle nur dann erfolgen, wenn sich die revolutionären Parteien der Staatsgewalt bemächtigen. Das nächste Ziel der Revolution müsse darin bestehen, die Staatsgewalt an sich zu reißen und mit ihrer Hilfe den konservativen Staat in einen revolutionären umzuwandeln. Diesen Satz bestreiten, heiße entweder das Wesen der Revolution nicht begreifen oder bewußt der praktischen Verwirklichung der Revolution entgegenarbeiten.

Unsere sogenannte revolutionäre Presse, fährt Tkatschew fort und meint damit die Veröffentlichungen der Bakunisten und Lawrows und seiner Anhänger, hat von ihrem antirevolutionären Standpunkt aus ganz recht, wenn sie immer wieder betont, die Revolutionäre sollten sich nicht bemühen, die Staatsgewalt, d. h. die materielle Macht in ihre Hände zu bekommen, sondern sie lieber vernichten; sie werden nachher allerdings ebenso wehrlos und machtlos sein wie vorher, fügt Tkatschew hinzu.

Er erhebt dann weiter den Vorwurf gegen diese Presse, sie wolle gar nicht die wirkliche Revolution, sondern nur den langsamen Fortschritt, die von ihr gepredigte Anarchie sei schädlich. In der Tat, fährt er fort, was ist die Anarchie ohne die vorhergehende Verwirklichung einer grundsätzlichen Brüderlichkeit und Gleichheit? Nichts anderes als ein blutrünstiger Kampf des Menschen gegen den Menschen, die Herrschaft des brutalen Egoismus, desselben, der die bürgerliche Ordnung aufrecht erhält. Darauf wiederholt Tkatschew von neuem, die Revolutionäre müßten sich notwendigerweise der Staatsgewalt bemächtigen, diese Tat aber würde erst der Prolog zur Revolution sein; die Revolution selbst würde erst mit Hilfe des revolutionären Staates vollbracht werden können, der alle reaktionären und konservativen Elemente in der Gesellschaft vernichten und alle Einrichtungen aufheben würde, die der Brüderlichkeit und Gleichheit im Wege stehen.

Die Tätigkeit des revolutionären Staates müsse also eine doppelte sein: negativ und schaffend. Das Wesen der Negation sei der Kampf, d. h. die Gewalt; der Kampf aber könne nur zum Ziele kommen, wenn eine zentralistisch aufgebaute Organisation vorhanden sei, Parteidisziplin herrsche, feste Entschlüsse zustande kämen und ihre Ausführung ebenso tatkräftig erfolge. Das Wesen der schaffenden Kraft aber sei grundverschieden: sie beruhe darin, daß eine neue soziale Ordnung geschaffen werde; dazu aber bedürfe es einer intellektuellen und moralischen Tätigkeit, die auf lange Zeit berechnet sei, es bedürfe weiter einer systematischen und langsamen Arbeit, die sich auf den Willen und den Verstand der Menschen stütze.

Diese beiden Funktionen der revolutionären Tätigkeit, also

die zerstörende und aufbauende, müssen nach Tkatschew scharf voneinander geschieden sein.

Zur schaffenden Tätigkeit bedürfe der revolutionäre Staat der Mithilfe der Volksduma (Tkatschew denkt hier wahrscheinlich an eine gesetzgebende Versammlung) und anderer sozialrepräsentativer Einrichtungen, die seinem Vorgehen Gesetzeskraft verleihen. Erst in diesem Augenblick könne auch die wirkliche bewußte Propaganda einsetzen, die erst von da ab, nicht aber ehe die Revolutionäre sich der Staatsgewalt bemächtigt hätten, fruchtbar sein könne.

Erst wenn er seine Macht gefestigt hat und sich auf die Volksduma stützt, kann der revolutionäre Staat nach Tkatschew zur Verwirklichung der sozialen Revolution schreiten; er bedarf dazu folgender wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Reformen:

1) muß die gegenwärtige bäuerliche Ackergemeinde, die auf dem Grundsatz des zeitweiligen Privatbesitzes aufgebaut ist, allmählich in eine Gemeinde verwandelt werden, in der die Mitglieder gemeinsam arbeiten und gemeinsam die Ergebnisse der Produktionsmittel genießen;

2) muß das private Eigentum an Grund und Boden allmählich abgeschafft und der Allgemeinheit zum Eigentum übergeben werden;

3) müssen allmählich Einrichtungen geschaffen werden, die die Zwischenglieder beim Produktenaustausch überflüssig machen und gleichzeitig deren bürgerlichen Grundsatz — Dienst um Dienst, Auge um Auge usw. — aufheben und durch die Grundsätze der brüderlichen Liebe und Solidarität ersetzen;

4) muß die physische, geistige und moralische Ungleichheit der Menschen durch Einführung einer allgemeinen vollständigen Zwangserziehung aller Bürger im Geiste der Liebe, Brüderlichkeit und Gleichheit allmählich aufgehoben werden;

5) muß die heutige Familie, die sich auf der Untertänigkeit der Frau, der Sklaverei der Kinder und der Willkür des Mannes aufbaut, allmählich aufgehoben werden;

6) muß die Gemeinde-Selbstverwaltung allmählich eingeführt und die Schwächung der zentralen Staatsgewalt bis zum völligen Schwinden derselben durchgeführt werden.

Tkatschew geht nun zum Mechanismus des revolutionären Kampfes gegen die herrschenden Zustände in Rußland und zur Frage der Organisation der revolutionären Kräfte über. Der Staatsgewalt, erklärt er, könne man sich am besten durch eine Verschwörung bemächtigen, die zwar nicht das einzige, aber jedenfalls das wichtigste und sicherste Mittel zu einer gewaltsamen Staatsumwälzung sei. Wer aber die Notwendigkeit einer Verschwörung anerkennt, müsse notwendig gleichzeitig der Organisation der revolutionären Kräfte Strafgewalt zugestehen. Tkatschew bekämpft nun äußerst energisch jene Organisationsformen, wie sie Lawrow, Bakunin und ihre verschiedenen Anhänger empfahlen; nur eine streng zentralistisch und hierarchisch aufgebaute Organisation, erklärt er, kann geschmeidig und wirklich stark sein. Eine föderative Organisation sei ein schwerfälliger Mechanismus, der ein einheitliches und rasches Vorgehen nur erschwere.

Bis zu dem Augenblick, da die Revolutionäre die Staatsgewalt an sich gerissen haben, muß die Aufgabe der revolutionären Partei eine doppelte sein: sie muß den Staatsstreich von oben und den Volksaufstand von unten vorbereiten. Je mehr diese Doppelarbeit Hand in Hand gehen würde, desto besser würden auch die Ergebnisse sein.

Ein vereinzelter Volksaufstand, den kein Angriff auf die eigentliche Staatsgewalt begleitet, würde keinerlei Aussichten auf Erfolg haben, versichert Tkatschew. Dagegen könne ein Angriff auf die Staatsgewalt, auch wenn er nicht einmal durch einen vereinzelten Volksaufstand unterstützt werde, unter ausnahmsweise günstigen Bedingungen bleibende Ergebnisse zeitigen.

Die russische revolutionäre Bewegung, fährt Tkatschew fort, muß mit der westeuropäischen im Zusammenhang bleiben, da diese von großem Nutzen für sie sein könne; durchaus notwendig sei auch der Zusammenhang mit der polnischen.

Tkatschew bespricht dann weiter die sozialistische, von der „Internationalen" hervorgerufene Bewegung und die beiden Richtungen in ihr, wobei er sich ausdrücklich für die zentralistisch-staatliche gegen die anarchistische ausspricht.

Um die politischen und sozialen Anschauungen Tkatschews

und seiner wenigen Anhänger zu begreifen, muß man seine Theorie über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Rußlands in Betracht ziehen. Er hat sich ein paarmal über diesen Punkt ausgesprochen, am ausführlichsten in seinem „Offenen Brief" an Friedrich Engels.

Es wäre kindlich, sagt er hier, die „Internationale Arbeitervereinigung" nach Rußland verpflanzen zu wollen, fehle es hier doch an allen Bedingungen, unter denen die „Internationale" entstanden sei und sich entwickle: also vor allem an einem zahlreichen Fabrikproletariat, an repräsentativen Einrichtungen und Bürgerfreiheit, die dem einzelnen die Gründung und die Beteiligung an allerlei Vereinen und politischen Parteien gestattet. In Rußland sei eine Massenorganisation der Arbeiter überhaupt nicht denkbar; ebensowenig könne man mit dem gedruckten Wort auf die breiten Massen einwirken, einmal weil die entsprechende populäre Literatur fehle, dann aber auch infolge des geradezu erschreckenden Analphabetismus, der jeden weitergehenden Einfluß hindern würde, sogar wenn eine solche Literatur vorhanden wäre. Einer persönlichen Einwirkung der Agitatoren auf das Volk lege die Polizei aber unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg. Aus dieser Lage der Dinge folge aber durchaus nicht, daß die soziale Revolution in Rußland keinerlei Aussichten auf Erfolg habe. Ganz im Gegenteil, die Aussichten seien hier größer als in Westeuropa.

In Rußland, sagt Tkatschew, existiert allerdings fast gar kein Fabrikproletariat, aber ebensowenig ein Bürgertum in der wirklichen Bedeutung dieses Wortes. Zwischen dem leidenden Volke und den Elementen, die die Regierung des despotischen Landes bilden, steht keine mittlere Klasse. Die russischen Arbeiter würden daher nur den Kampf mit der feindlichen politischen Macht zu bestehen haben; die kapitalistische, erklärte Tkatschew, ist erst im Entstehen begriffen. Die Landbevölkerung ist unwissend, aber gleichzeitig von dem Grundsatz des Gemeindebesitzes an Grund und Boden durchdrungen, sie ist aus Instinkt und Überlieferung kommunistisch; sie lebte und lebt in Unfreiheit, aber sie ist mit ihrer Lage nichts weniger als zufrieden und protestiert auf mancherlei Weise gegen die herr-

schenden Zustände: der Beweis hierfür ist der Widerstand, der hier und da gegen die Regierung erhoben wird, die bäuerlichen Aufstände, die religiösen Sekten. Diese Aufstände und Proteste treten allerdings nur vorübergehend auf und entbehren eines tieferen Verständnisses der Sachlage, doch muß man sie nichtsdestoweniger als einen Beweis tiefer Unzufriedenheit der Volksmassen ansehen. Das Volk ist instinktiv revolutionär. Die russische revolutionäre Intelligenz ist nicht zahlreich, besteht aber ausschließlich aus Sozialisten. Die höheren sozialen Schichten besitzen überhaupt keine wirtschaftliche Macht, da sie arm sind, und ebensowenig eine politische, da sie allzu stumpf sind und sich daran gewöhnt haben, nur auf die Hilfe der Polizei zu rechnen. Die Geistlichkeit ist unwissend und hat keinen moralischen Einfluß. Der russische Staat scheint nur aus der Ferne machtvoll; im Grunde genommen vertritt er überhaupt keine Interessen irgendeiner sozialen Schicht; er bedrückt alle und wird von allen gehaßt. Das Märchen von Rußlands Macht läßt sich leicht zerstören; zwei, drei Waffenniederlagen, ein Bauernaufstand, der gleichzeitig in vielen Gouvernements ausbricht, ein Aufstand in der Hauptstadt in Friedenszeiten — und die Seifenblase zerplatzt.

Tkatschew war der Meinung, die damaligen Zustände Rußlands seien zu einer Umwälzung sehr geeignet; gleichzeitig suchte er jedoch darzulegen, ein Hinausschieben der Revolution könne nur verhängnisvolle Folgen haben, da die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Rußlands im Laufe der Zeit ihre Eigentümlichkeiten verlieren und Veränderungen in kapitalistisch-bürgerlichem Geiste unterliegen würden.

Diese Gedanken spricht er im Novemberheft 1875 der „Alarmglocke" aus.

Die Vorbereitung der Revolution, sagt er hier, ist nicht die Sache der Revolutionäre. Für sie sorgen Ausbeuter aller Art: Gutsbesitzer, Kapitalisten, Popen, Beamte, Liberale, Fortschrittler usw. Der Revolutionär hat keine andere Aufgabe als diese revolutionären Elemente, die die Geschichte geschaffen hat, in entsprechender Weise auszunutzen, sie zusammenzuschweißen: der Revolutionär bereitet die Revolution nicht vor, er macht sie.

Seine schwache Seite war die naive Überzeugung, die Gesellschaft sei jederzeit zur Revolution bereit, deren glücklicher Verlauf nur von der guten Organisation der revolutionären Kräfte und von tatkräftigen Angriffen gegen die bestehende Regierung abhänge. Namentlich aber war der Gedanke falsch, die besitzenden Klassen hätten in Rußland keinerlei Macht und das russische Volk sei instinktiv revolutionär und kommunistisch.

Es ist charakteristisch, daß die Einflüsse der Umgebung so prinzipiell verschiedene geistige Typen wie Bakunin, Lawrow und Tkatschew in manchem doch wieder einander nahe brachten: sie waren alle Anarchisten. Selbst der Staatsanhänger Tkatschew, der fortwährend darauf hinwies, daß es für die Revolutionäre von ausschlaggebender Bedeutung sei, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, war in bezug auf eine sehr ferne Zukunft Anarchist. Er betonte mit vollem Recht die Notwendigkeit der Staatsgewalt, wenn materielle, intellektuelle und moralische Verschiedenheiten unter den Bürgern herrschen, aber er glaubte gleichzeitig, die sozialistischen Gesellschaften würden irgendeinmal aus völlig gleichen Individuen bestehen. Alle drei Führer und ihre Anhänger bekannten sich im Grunde genommen auch in bezug auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des russischen Volkes zu der gleichen Ansicht, zu jener eben, die Bakunin zu Beginn der sechziger Jahre ausgesprochen hatte.

Obgleich Tkatschew in erster Linie den politischen Kampf betonte, faßte er ihn sehr einseitig auf, war er doch der Ansicht, die Revolutionäre müßten unmittelbar danach streben, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen; er stellte nicht eine Konstitution, wenn auch die allerdemokratischste, als das Ziel der nächsten Zukunft hin, er rechnete vielmehr mit der vollständigen Beherrschung des staatlichen Apparates. Gerade darin erblicken wir einen seiner grundsätzlichen Fehler.

Jede politische Partei von Bedeutung, die tiefgehende soziale Reformen oder gar eine Revolution der bestehenden sozialen Zustände durchsetzen will, muß sich auch das Ziel setzen, die Staatsgewalt in ihre Hand zu bekommen. Aber dieses Ziel kann und soll nicht immer unmittelbar angestrebt werden. Tkatschew war sich über die objektiven Bedingungen, von denen

die Erlangung der Staatsgewalt abhängt, nicht klar. Die Geschichte kennt derartige Fälle; es sei hier nur an das Vorgehen der Jungtürken erinnert. In Rußland fehlten jedoch damals die entsprechenden Bedingungen; die damalige russische Gesellschaft war bereits allzusehr differenziert; die einzelnen Gruppen, die sich gebildet hatten, besaßen bereits verschiedene Ziele und unterschieden sich stark in ihren sozialen und politischen Anschauungen.

Der Plan der Jungtürken glückte, weil die türkische Gesellschaft eigentlich nur in zwei Lager geteilt war: in das alte konservativ-absolutistische und in das neue konstitutionell-fortschrittliche. Sobald die Übergriffe des alten Systems sichtbar wurden, konnte jener Teil der Gesellschaft, der allerdings die Minderheit, aber gleichzeitig eine auserlesene, gebildete, tatkräftige Minderheit bildete, den geeigneten Augenblick wählen und sich mit Hilfe einer Verschwörung der Regierungsgewalt bemächtigen; sie rechnete dabei ganz richtig auf das passive Verhalten der Mehrheit der Bürger und nutzte die Einmütigkeit im konstitutionell-fortschrittlichen Lager aus.

Wie wir bereits sahen, vertrat Tkatschew die Ansicht, man müsse neben den Angriffen auf die Zentralregierung wenigstens in einem Teile des Landes auch, namentlich in der Hauptstadt, einen Aufstand hervorrufen. Nichtsdestoweniger verwarf er alle Vorbereitungen, die zu einer Revolution führen könnten, und beschränkte tatsächlich seine ganze Tätigkeit auf eine Verschwörung. Statt die Verschwörung als etwas anzusehen, was zur Massenbewegung hinzukommt, als die Organisation einer Begleiterscheinung, lenkte er alle revolutionären Kräfte, die ihm zu Gebote standen, auf dieses eine Ziel.

In nationalen Angelegenheiten vertrat die „Alarmglocke" den Standpunkt, die Aufhebung nationaler Unterschiede durch die Entwicklung der Industrie, der Wissenschaft, der Kunst und der Bureaukratie sei von revolutionär-sozialistischem Standpunkt aus nur zu begrüßen, da die verschiedenen Völker so einander näherkämen und sich im Namen eines gemeinsamen Ziels vereinigten [1]).

---

1) „Alarmglocke" 1878, S. 75—77: „Die Revolution und das nationale Prinzip".

Tkatschew und seine Mitarbeiter überschätzten allerdings den nivellierenden Einfluß der Industrie, des Handels, der Wissenschaften und Künste in bezug auf nationale Verschiedenheiten. Wir sehen tatsächlich, daß eine immer weitergehende Entwicklung auf diesen Gebieten die Unterschiede zwischen den einzelnen Völkern durchaus nicht aufhebt. In Österreich z. B. traten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die nationalen Unterschiede weit stärker hervor, als dies in der ersten Hälfte des Jahrhunderts der Fall gewesen war, obgleich die Industrie, der Handel, die Wissenschaft und die Kunst damals bedeutend niedriger standen. Die nationalflämische Bewegung ist in Belgien seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts stärker als je zuvor, obgleich dieses Land in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung ungeheure Fortschritte gemacht hat.

Eine zentralistische Bureaukratie hemmt allerdings die nationale Entwicklung, ist jedoch nicht imstande, die nationalen Unterschiede völlig zu verwischen.

Aber auch hinsichtlich des Vorteils, den eine solche Aufhebung der Unterschiede dem Sozialismus bringen könnte, ist Tkatschew im Irrtum. Sollten in der Tat einmal wenige oder sogar eine einzige Nation an Stelle der jetzigen vielen entstehen, so würde dieser Umstand nur zur Folge haben, daß ein ungeheurer Zentralismus und einige wenige Kulturstätten entstehen würden, in denen sich das ganze geistige Leben zusammendrängen würde. Diese Kulturstätten könnten allerdings besonders hervorragend sein, aber sie würden auch ganze Territorien berauben, da sie Talente allerart anziehen und einen ungeheuren Abgrund zwischen den höchsten Kulturzentren und den übrigen von der Menschheit bewohnten Gebieten schaffen würden.

Nationale Unterschiede, die nicht grundsätzliche Seiten des menschlichen Daseins berühren, sind sicherlich der Ausdruck für bestimmte, sehr feine Unterschiede auf dem Gebiete der Instinkte, der Gefühle und der Art des Handelns, die sich nur schwer in klaren Worten ausdrücken lassen. Es ist zum mindesten fraglich, ob das Aufhören dieser Unterschiede für die Menschheit von Nutzen wäre.

Bestehen verschiedene nationale Kulturen nebeneinander, so entsteht ein edler Wettbewerb zwischen ihnen; Völker von niedriger Kultur werden durch Vergleiche mit den höherstehenden zu einer weiteren Entwicklung angetrieben.

Tkatschew unterschied historische Völker, die im Besitz einer alten Kultur sind, von jenen, bei denen eine Kultur erst im Entstehen begriffen ist. Den ersteren machte er einige Zugeständnisse und billigte ihnen ein Recht auf ein unabhängiges Dasein zu; die anderen dagegen wollte er nicht als eigene Gruppen gelten lassen. Zu den ersteren rechnete er die Polen, mit deren nationalen Bestrebungen er sympathisierte; zu den letzteren die Kleinrussen.

In seiner Arbeit „Das historische Polen und die großrussische Demokratie" macht Dragomanow ihm mit Recht den Vorwurf der Inkonsequenz und weist ihm ebenso verschiedene nicht ganz richtige Schlüsse zugunsten des Zentralismus nach.

Ganz allgemein lehnten sich Tkatschews Anschauungen an die des Jakobinertums und August Blanquis an, doch kann man ihm eine gewisse Selbständigkeit in manchen Punkten nicht absprechen; selbständig war z. B. seine Kritik der damaligen Anarchisten und noch manches andere in seiner Theorie. In seiner reinen Form, d. h. als Theorie war das Jakobinertum nichts anderes als eine Idealisierung der Taten bekannter Führer der großen Französischen Revolution während der Schreckenszeit. Blanquis System eignete sich dann in gewisser Hinsicht die Methode der Jakobiner an; August Blanqui organisierte Verschwörungen, um die Regierung zu stürzen und eine neue zu schaffen, die den Revolutionären die Macht sichern sollte. Er war seinen Anschauungen nach kollektivistischer Sozialist und erkannte die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel an. Er führte als erster das politische Element in den Sozialismus ein, und das war ein wirklich großes Verdienst. Doch hatte er keine bestimmte Ansicht von dem Mechanismus der sozialen Entwicklung. Als unumgängliche Bedingung für die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung erachtete er eine gründliche und weitgehende Bildung der Staatsbürger; er war weit entfernt davon, den Sozialismus plötzlich durch Dekrete ein-

führen zu wollen, wie naive „Kritiker" seiner Lehre mitunter behaupten. Er stand auf dem Standpunkt, die sozialistischen Parteien müßten an allen allgemeinen nationalen Angelegenheiten rührigen Anteil nehmen und sich dabei natürlich bemühen, sie im Geiste ihrer Prinzipien zu lenken. Dieser unbeugsame Revolutionär achtete den Parlamentarismus durchaus nicht gering und entwickelte während der dritten Republik in einer Schrift „Ni Dieu ni Maître" Ansichten, wonach die Sozialisten teilweise soziale Reformen nicht verwerfen, sondern sich im Gegenteil bemühen sollten, sie durch Bündnisse mit radikalen Elementen zu erlangen.

Blanquis Lehre war keine festgefügte Theorie, sondern entwickelte sich fortwährend; es war im Grunde genommen auch niemals ein vollendetes System, ein solches sucht man vergebens in Blanquis „Critique sociale" (1885) [1]) oder in den „Œuvres diverses" seines hervorragendsten Schülers D. Tridon. Der jetzige Führer der französischen Blanquisten, Edward Vaillant, ist eigentlich Marxist.

Blanquis Lehre hat noch keinen Geschichtschreiber gefunden. Tkatschew besprach die verschiedenen Fragen der Revolution vielleicht eingehender als die französischen Blanquisten, aber er war gleichzeitig einseitiger als sie und änderte seine Anschauungen im Laufe der Zeit fast gar nicht. Dieser Unterschied rührte wahrscheinlich daher, daß in Frankreich die sozialen und politischen Verhältnisse schon zu Lebzeiten Blanquis zahlreiche Veränderungen durchmachten, während in Rußland zur Zeit der publizistischen Tätigkeit Tkatschews fast alles beim alten blieb.

Die scharfen polemischen Aufsätze Tkatschews zogen ihm nicht wenig Feinde zu. Weder im Auslande, noch in Rußland selbst gelang es ihm, eine größere Zahl von Anhängern zu gewinnen. Keine Organisation kämpfte im Namen seiner Ideen. In der Zeit von 1875 bis 1880 gab es nur einige kleine revolutionäre Gruppen in Rußland, die seinen Grundsätzen huldigten, jedoch keine größere Bedeutung erlangten.

Und doch wäre es falsch, wenn man daraus schließen wollte,

---

1) Auch deutsch als „Kritik der Gesellschaft" (Leipzig 1886).

Tkatschews Ideen hätten gar keinen Einfluß auf die revolutionäre Bewegung in Rußland gehabt. Ganz im Gegenteil begannen gegen Ende der siebziger Jahre jene revolutionären Kreise, die in organisatorischer Beziehung gar keinen Zusammenhang mit Tkatschew hatten, ja ihm sogar fast feindlich gesinnt waren, mehr und mehr seine Ideen anzunehmen, obgleich sie unter dem Einflufs des Bakunismus entstanden waren und sich auch weiterhin im Sinne Bakunins betätigten. Auf die Gründe dieser Beeinflussung kommen wir noch zu sprechen.

„Die Alarmglocke" erschien von 1875 bis 1877 unter Tkatschews Redaktion: von da ab bis 1881 wurde sie von seinen Schülern und Anhängern herausgegeben, von denen der Pole Turski der bedeutendste war.

VII.

Unabhängig von jenen Gruppen, mit denen wir uns bereits befaßt haben und die von größerer Bedeutung waren, entstanden und verschwanden andere. Selbst vereinzelte Personen arbeiteten mitunter ganz allein in der Provinz oder in kleineren Städten; sie bemühten sich, unter den Arbeitern und Bauern Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen zu wecken und sie zum Kampfe gegen diese Zustände zu vereinen.

Aus den Anklageschriften in kleineren politischen Prozessen ersehen wir [1]), wie manchmal in einem entfernten Dorf ein oder zwei Personen auftauchten: Bauernversammlungen waren dann die Folge, illegale Literatur wurde verbreitet usw. Die Erfahrungen aus den Jahren 1874 bis 1876 bewiesen den Revolutionären: 1) daß eine Propaganda unter der Landbevölkerung schwierig ist und nur mit großen Opfern erkauft wird; 2) daß die Bauern durchaus nicht so revolutionsfreundlich gesinnt sind, wie man allgemein wähnte; 3) daß die Propaganda sozialistischer Ideen bei der Landbevölkerung ganz erfolglos bleibt; die Bauern lassen sich gern über konkrete Angelegenheiten berichten, interessieren sich aber in keiner Weise für entfernte

1) Im zweiten Band von Basilewskis „Politischen Verbrechen in Rußland" finden sich S. 428—437 die Anklageschriften von zwei kleinen Prozessen dieser Art.

Ideale. Der Bauer hat nur dann Verständnis und Interesse für sie, wenn die Agitatoren sie mit jenen Angelegenheiten in Verbindung zu bringen wissen, die ihn schon heute wirklich angehen; 4) daß die Agitatoren unvergleichlich mehr erreichen, wenn sie längere Zeit an einem Orte verbleiben, als wenn sie von Dorf zu Dorf wandern; 5) daß ein erfolgreiches revolutionäres Vorgehen eine systematische geschmeidige Organisation erheischt, die unter zentralistischer Leitung steht und in der Arbeitsteilung herrscht; 6) daß das bureaukratische System der Bewegung beträchtliche Hindernisse in den Weg stellt, so daß die Revolutionäre zum unmittelbaren Kampf gegen den Bureaukratismus bereit sein müssen.

Derartige Erwägungen stellten gegen Ende des Jahres 1875 und im Verlaufe des nächstfolgenden immer häufiger viele Revolutionäre an. Sie begriffen jedoch nicht, daß die russische revolutionäre Bewegung notwendig eine Konstitution als Daseinsbedingung erheischt und daß ebenso ein Minimalprogramm erforderlich ist, das alle weitestgehenden Reformforderungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung umfassen muß und daß endlich die Tätigkeit der Revolutionäre unter den Fabrikarbeitern unvergleichlich erfolgreicher ist als unter den Bauern, woraus folgt, daß man dieser Tätigkeit auch weit mehr Kräfte zuwenden muß als der Propaganda auf dem flachen Lande.

Anarchistische Doktrinen und der Bauernkultns selbst waren jedoch unter den damaligen russischen Revolutionären noch so stark verbreitet, daß sie sich über alle diese Fragen keine klare Rechenschaft zu geben vermochten.

Noch immer fand die revolutionäre Bewegung unter der Jugend der höheren Lehranstalten neue Anhänger, im allgemeinen war jedoch der Zuzug neuer Kräfte gegen Ende 1875 und 1876 schwächer als 1873 und in der ersten Hälfte 1874. Die Erscheinung war nur natürlich: unmittelbar vor dem Versuch, die Propaganda ins Volk zu tragen, war die Jugend von revolutionär-sozialistischen Illusionen erfüllt, die sich alle auf den starken Glauben an die revolutionären Instinkte des russischen Bauern und seine vermeintlichen sozialistischen Neigungen stützten. Die folgenden Jahre zerstörten diese Illusionen in empfindlicher Weise.

Die Folge war, daß die Jugend nicht mehr jenen starken Glauben an den nahen Sieg der Revolution hatte und nicht mehr so stürmisch nach sozialer Arbeit verlangte. Wer sich aber jetzt der Bewegung anschloß, der war von vornherein auf Schwierigkeiten gefaßt.

Wenden wir uns jetzt der Tätigkeit der Anhänger Lawrows zu. An dem Massenversuch, die Propaganda ins Volk zu tragen, nahmen sie im Vergleich mit den Bakunisten nur geringen Anteil; der Schlag, der auf jene so verheerend wirkte, riß daher in ihren Reihen nur geringe Lücken. Sie lebten in erster Reihe in Petersburg und in einigen anderen Städten. Ihre Tätigkeit bestand vorwiegend in Selbstbildung: in Arbeiterkreisen hielten sie systematische Vorträge und predigten die Grundsätze des Sozialismus.

Es war die Petersburger Gruppe von Lawrowanhängern, die gemeinsam mit den „Tschajkowski-Freunden" auf den Gedanken kam, eine sozialrevolutionäre Zeitschrift im Ausland zu gründen; sie waren es auch, die Abgesandte an Lawrow sandten, um mit ihm das Programm und die technische Seite des „Vorwärts" zu besprechen.

An der Spitze der Petersburger Lawrowanhänger [1]) stand ein Student der medizinisch-chirurgischen Akademie, L. G—g, heute ein bekannter Arzt. Damals stand er am Ende seiner Studien, war gebildet und zu systematischem Denken veranlagt; er trat häufig in Studentenangelegenheiten als Redner auf und machte stets einen starken Eindruck.

Um ihn hatten sich intelligente und gebildete Menschen geschart, denen es aber nach Aptekmann an lebhaftem Temperament fehlte. Die einzige Ausnahme unter ihnen bildete ein Mensch, der sich unter dem Pseudonym „Antoschka" verbarg; er war sowohl lebhaft als auch energisch und besaß auch eine hervorragende Begabung.

Die Vorträge für die Arbeiter behandelten verschiedene Gegenstände, Geologie und prähistorische Archäologie ebenso

1) Aptekmann, der bekannte Anhänger von „Land und Freiheit", spricht von ihnen in seinen interessanten „Memoiren", die zuerst in der Zeitschrift „Die Gegenwart" (in russischer Sprache) erschienen.

wie Geschichte und Nationalökonomie; sie beschränkten sich also durchaus nicht auf jene Fragen, die für das Proletariat am wichtigsten sind. Trotz dieser sichtlichen Fehler hatten sie auch ihre Vorzüge, da sie den Arbeitern viele Kenntnisse vermittelten und sie mit der sozialistischen westeuropäischen Bewegung, namentlich mit der Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie bekannt machten. Plechanow, der die schwachen Seiten der Propaganda der Lawrowanhänger genau kennt, versichert, daß sie die Sache verständiger anpackten und durchführten als die Bakunisten [1]).

Sowohl die Anhänger Lawrows als die Bakunins achteten politische und Bürgerfreiheit als „bürgerliche Einrichtungen" sehr gering, doch gaben sich die ersteren mehr Rechenschaft von den Schwierigkeiten einer sozialen Umwälzung. Die Bakunisten legten dagegen viel Gewicht auf eine Massenagitation unter der Landbevölkerung und der Arbeiterschaft und wollten sie auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Interessen aufbauen, verstanden es in der Praxis jedoch nie, sie richtig zu formulieren.

1875 und mehr noch 1876 machte Lawrow eine gewisse Veränderung durch, indem er jetzt anfing, ein Minimum an Staatsgewalt anzuerkennen; diese Staatsgewalt sollte allerdings immer geringer werden, aber erst dann vollständig verschwinden, wenn die neuen Lebensbedingungen nach erfolgter sozialer Umwälzung die Gesellschaft in genügendem Maße beeinflußt hätten; ebenso erkannte er jetzt die Notwendigkeit einer gewissen ständigen Organisation an, die die Aufgabe haben sollte, in der revolutionären Bewegung Ordnung und Disziplin aufrecht zu erhalten, und schließlich begriff er jetzt auch die Notwendigkeit einer Massenagitation unter der Landbevölkerung und der Arbeiterschaft, sowie die unmittelbare Aktion gegen die Regierung, und zwar in erster Linie infolge der Repressalien, die diese zur Unterdrückung der Bewegung unternahm.

Lawrows neue Ideen überzeugten jedoch seine Anhänger in Rußland nicht, so daß ein immer größerer Gegensatz zwischen ihnen entstand.

---

1) Plechanow, Der russische Arbeiter in der revolutionären Bewegung (in russischer Sprache), S. 20.

Ende 1875 und Anfang 1876 versuchte die Petersburger Gruppe der Lawrowanhänger mit jenen Gruppen Fühlung zu gewinnen, die sich zu verwandten Anschauungen bekannten. Das Ergebnis war eine Annäherung an jene Gefährten Saslawskis, die nicht im Gefängnis waren und die revolutionäre Tätigkeit in Odessa, die er begonnen hatte, fortsetzten. In dieser Gruppe waren tätig: Gregor Popko [1]), eine der sympathischsten Gestalten in der russischen revolutionären Bewegung, die Brüder Johann und Ignaz Iwitschewitschow sowie Gregor Iwantschenko, die die revolutionäre Propaganda unter fortwährenden Verfolgungen durch die Polizei führten.

Da bei den vorhergehenden Verhaftungen in Odessa Spione wie Tolstonosow, Tawlejew und andere die Hauptrolle gespielt hatten, beschloß man, die schädlichsten von ihnen zu vernichten. Tolstonosow verschwand aus Odessa und entging so dem Tode. Tawlejew aber wurde am 5. September 1876 in einem öffentlichen Garten inmitten eines zahlreichen Publikums ermordet. Der Vollstrecker dieses Urteils der Revolutionäre entkam. Es war die erste Ermordung eines Spions in Rußland. (Ich sehe hier von dem Mord des unschuldigen Iwanow ab, der auf Nietschajews Befehl ermordet worden war; siehe hierüber Band I dieses Werkes.)

Im Dezember 1876 hielten die Lawrowanhänger eine Zusammenkunft in Paris ab; es handelte sich um die Beilegung strittiger Punkte in bezug auf Programm und Taktik und auch um Organisationsfragen. Vorher wurden an die einzelnen Gruppen Fragen versandt, die alle theoretisch und praktisch grundsätzlichen Anschauungen der russischen Bewegung berührten. Die Antworten wurden jedoch infolge verschiedener technischer Hindernisse nicht gesammelt, so daß sie selbst Lawrow unbekannt blieben.

An der Zusammenkunft nahmen teil: zwei Abgeordnete aus Kijew, einer von ihnen war Hriniewitsch, aus Odessa war Popko gekommen; zwei kamen aus Petersburg (einer davon war ein

---

1) Über Popko siehe seine Biographie in den „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland" XVI. Genfer Ausgabe, Oktober 1897, S. 161—190.

Emigrant, der in London lebte), und endlich zwei Abgesandte der Londoner Gruppe, die die gleichen Rechte für sich forderte, wie die russischen Gruppen sie hatten.

Die Zusammenkunft verwarf diese Forderung der Londoner Gruppe der Lawrowanhänger, worauf die Mehrzahl der Setzer des „Vorwärts“ aus der Organisation austraten; einer von ihnen hatte die technische Tätigkeit der Organisation im Auslande geleitet.

Die taktischen Fragen entfesselten auf dem Kongreß eine lebhafte Diskussion: einer der Kijewer Abgesandten sprach sich gegen das Aufrütteln von Leidenschaften aus, unter welchen Worten er eine tatkräftige Agitation verstand, andere wieder vertraten im Gegensatz zu Lawrow die Meinung, man müsse jede Propaganda unter der Intelligenz aufgeben usw.

Die Zusammenkunft führte zwar nicht zu einer Auflösung der Organisation, versetzte ihr aber einen empfindlichen Schlag, da klaffende Gegensätze in den Anschauungen der Mitglieder zutage traten. Lawrow legte die Redaktion des „Vorwärts“ nieder, blieb aber Mitarbeiter des Blattes und Mitglied der Organisation; das Blatt erhielt 1877 eine neue Redaktion. Es war die erste und letzte Zusammenkunft der Lawrowanhänger gewesen, die Organisation verschwand allmählich vom Schauplatz: 1878 existierte sie überhaupt nicht mehr. Ein Teil der Mitglieder beschäftigte sich nunmehr ausschließlich mit friedlicher Kulturarbeit, einige Arbeiter traten der „Nördlichen Arbeitervereinigung“ bei, von der noch die Rede sein soll.

Auf die revolutionären Vorgänge in Rußland hatte die Organisation der Lawrowanhänger keinerlei entscheidenden Einfluß, doch zog sie eine Reihe von Arbeitern heran und machte gewisse Kreise der Intelligenz mit der westeuropäischen sozialistischen und der Arbeiterbewegung, teilweise auch mit dem Marxismus vertraut; allerdings wurde der letztere, namentlich in bezug auf die russischen Verhältnisse, falsch aufgefaßt [1]). Die Lawrowanhänger erachteten ebenso wie später die Sozialdemokraten die Fabrikarbeiter als jene Schicht der Bevölkerung, mit der sich die Revolutionäre in erster Reihe zu beschäftigen hätten.

---

1) Siehe hierüber die bereits angeführte Arbeit Lawrows, Die volkstümliche Propaganda, S. 264—272 (in russischer Sprache).

Die Mißerfolge, die die russischen Revolutionäre bei ihrem Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen, erlebten, drängten manche bald bewußt, bald unbewußt dazu, auf die Landbevölkerung unter Zuhilfenahme der von ihr anerkannten Autoritäten einzuwirken, obgleich sie sich gerade die Aufgabe gestellt hatten, sie zu untergraben und auszurotten; so legten manche von ihnen Bibelworte in entsprechender Weise aus. Hier und da entstand auch unter den Revolutionären selbst eine ganz elementare religiöse Stimmung, die nicht aus taktischen Erwägungen, sondern mehr aus ihrem Bauernkultus erwuchs, aus dem Wunsch, nicht nur das physische, sondern auch das geistige Leben des Volkes zu teilen. Diese Stimmung äußerte sich am häufigsten in einer wirklichen Verehrung der ethischen und dogmatischen Grundprinzipien des Christentums. Übrigens nahm diese Stimmung bei den einzelnen Revolutionären verschiedene Formen an.

Schon 1874 gründete der Revolutionär Malikow in Orel die religiöse Sekte der „Gottmenschen", die in gewisser Beziehung als eine Vorläuferin Tolstoischer Theorien gelten kann. Die Anhänger Malikows waren gegen alle Formen der Gewalt im sozialen Leben, sie ließen daher auch die scharfen Kampfmittel des revolutionären Kampfes nicht gelten; die Verwirklichung ihrer Ideale der Brüderlichkeit, Gleichheit und des Kommunismus erwarteten sie von einer moralischen und geistigen Wandlung der Menschen, die dadurch erfolgen würde, daß ethisch und intellektuell bewußte Personen auf die übrigen weniger bewußten einwirken und alle Menschen eine innere Vervollkommnung durchmachen würden. Die Anhänger von Malikows „Lehre" hoben die Bedeutung des Gefühls ganz besonders hervor und erhoben gegen die Revolutionäre den Vorwurf, diese bedienten sich bei ihrer Tätigkeit fast nur des Verstandes und berücksichtigten das Gefühl nicht genügend.

Auch Tschajkowski, nach dem sich die Gruppe der „Tschajkowski-Freunde" nannte, wurde ein Anhänger Malikows und zog sich 1874 von der revolutionären Bewegung zurück. Er wanderte bald darauf nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas aus und trieb dort eine sozial-religiöse Propaganda im Sinne Malikows. Später ließ er sich in England nieder. Nach Rußland kehrte er

nach dem Konstitutionsmanifest zurück, wurde aber nach einiger Zeit verhaftet und erst nach verschiedenen Bemühungen gegen eine Kaution freigelassen.

Einzelne Revolutionäre begannen unter der Landbevölkerung zu arbeiten, die zu rationalistischen Sekten gehörte, doch neigte dieser Teil der Landbevölkerung durchaus nicht mehr zu den Grundsätzen des bakunistischen Anarchismus als irgendein anderer.

Der unter den russischen Bauern jener Zeit sehr verbreitete Glaube, der Zar sei bereit, ihre Wünsche zu erfüllen und das Grundeigentum des Adels und der Regierung aufzuteilen, brachte manche Revolutionäre auf den Gedanken, einen Bauernaufstand zu entfachen, der im Namen des Kaisers und angeblich auf seinen Befehl die Aufteilung des Grund und Bodens verlangen sollte. Der Gedanke wurde nur teilweise in der berühmten Bauernbewegung im Kreise Tschigirin des Gouvernements Kijew verwirklicht. Die Bewegung organisierten die drei Revolutionäre Stefanowitsch, Deutsch und Bochanowski, die aus den Kijewer revolutionären Kreisen stammten. Sie wollten eine breite Bauernbewegung hervorrufen und erfanden dazu das Zarenmärchen. Einmal auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes, wähnten sie, würde das Volk, auch in der Überzeugung vom Zaren selbst hierzu berufen zu sein, schon durch die Macht der Verhältnisse auf den richtigen Weg gestoßen werden.

Die tätigsten Mitglieder des Kijewer Kreises, die sich um Wladimir Debogorja Mokrijewitsch geschart hatten, waren den Verhaftungen im Jahre 1874 glücklich entgangen. Er selbst floh ins Ausland, kehrte jedoch schon nach wenigen Monaten nach Rußland zurück. In Kijew konnte er nicht mehr tätig sein, da die Polizei ihn dort eifrig suchte, er begab sich daher im Einverständnis mit einigen Gefährten nach Odessa, wo er Anfang 1875 abermals eine revolutionäre Gruppe gründete.

Den Kern dieser Gruppe bildeten: Debogorja Mokrijewitsch, Stefanowitsch und zwei weitere „illegale" Revolutionäre (unter „illegalen" Personen verstehen die russischen Revolutionäre solche, die sich vor speziell gegen ihre Person gekehrten Verfolgungen der Polizei unter fremdem Namen verbergen müssen). Die Mitglieder beschlossen, sehr vorsichtig zu sein und ihre Tätigkeit auf

ein kleines Gebiet zu beschränken. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sollte in der nächsten und etwas entfernteren Umgebung des Städtchens Korssun im Gouvernement Kijew liegen, das schon 1855 der Schauplatz größerer Bauernaufstände gewesen war. Die Revolutionäre beschlossen, einen bewaffneten Bauernaufstand im Namen einer allgemeinen Landverteilung zu entfachen.

Im Frühjahr 1875 fuhr Debogorja-Mokrijewitsch nach dem Norden; in Petersburg geriet er unter den Einfluß eines dortigen Revolutionärs, der überzeugt war, in Rußland sei ein Massenbauernaufstand nur im Namen des Zaren möglich. Nach Odessa zurückgekehrt, beschloß Mokrijewitsch, gemeinsam mit Stefanowitsch ein gefälschtes kaiserliches Manifest zu verbreiten [1]. Es ist charakteristisch, daß Bakunin, dem die beiden Revolutionäre ihren Plan durch eine Mittelsperson anvertrauten, sich dagegen aussprach.

Im Sommer begannen sich die Mitglieder der neuen Gruppe in der Umgegend von Korssun anzusiedeln. Zu ihnen gesellten sich bald: Maria Kowalewska, Wera Sasulitsch, Tschubarow und Racholski, später kamen noch Kostiurin, Anna Makarewitsch, Johann Drobiasgin, Michael Frolenko und Leo Deutsch hinzu. Tschubarow war vermögend und gab Geld für Organisationszwecke her. Die Revolutionäre begannen eifrig Beziehungen mit der Landbevölkerung anzuknüpfen und zu agitieren. Langsam wurden auch Waffen gesammelt. Die Entfernung zwischen den einzelnen revolutionären Posten betrug nicht mehr als zehn bis fünfzehn Wierst, so daß die Revolutionäre sich häufig sahen.

Die Mitglieder dieser Gruppe, die sich das Ziel gesetzt hatten, einen bewaffneten Aufstand zum Zwecke einer allgemeinen Landverteilung hervorzurufen, wobei die herrschaftlichen und Bauerngüter angeblich auf Befehl des Zaren neu verteilt werden sollten, schlugen eine ganz andere Taktik ein, als dies die Revolutionäre 1873 und 1874 getan hatten.

Sie machten überhaupt keine Propaganda und bemühten sich auch nicht, die relativ am besten geeigneten Individuen unter der

---

1) Debogorja-Mokrijewitsch, Erinnerungen (in russischer Sprache), S. 137—138. Der Verfasser schildert auch andere Vorfälle aus jener Zeit.

Landbevölkerung herauszusuchen, die anarchistischen und volkstümlichen Idealen zugänglicher zu sein schienen als die übrigen; dagegen richteten sie ihre ganze Energie darauf, das Terrain der künftigen Bewegung zu untersuchen und technische Vorbereitungen durch Ansammlung von Waffen zu treffen. Da sie jedoch nur über sehr geringe materielle Mittel verfügten, konnten sie auch nach dieser Richtung nicht viel ausrichten.

Nur einige von ihnen erhielten von der Organisation den Befehl, Beziehungen mit der Landbevölkerung anzuknüpfen, aber auch sie sollten keine systematische Aufklärungsarbeit treiben, sondern die Leute einfach für die Bewegung werben, deren Ziel die Aufteilung des Grund und Bodens war. Da die Revolutionäre dieses Ziel für sehr einfach und den Gedanken für äußerst populär hielten, waren sie überzeugt, es sei überflüssig, ihn noch des langen und breiten auseinanderzusetzen. Das Ergebnis war, wie Debogorja-Mokrijewitsch mit Recht sagt, eine äußerst sonderbare Situation. Über ein Dutzend Revolutionäre siedelten sich in erster Reihe als Händler auf dem Lande unter den Bauern an: mit wenigen Ausnahmen trieben sie jedoch keinerlei Propaganda unter den Bauern, ja sie vermieden sogar, im täglichen Leben mit der Landbevölkerung in Beziehung zu treten, da sie darin eine Gefahr für ihre Arbeit erblickten, die in der technischen Vorbereitung des Aufstandes bestand. Manche von ihnen siedelten später sogar wieder in die Stadt über.

Diese unnatürliche Lage konnte auf die psychische Verfassung der meisten Mitglieder der Gruppe nicht ohne Einfluß bleiben: sie begannen sich ihrer gekünstelten Lage bewußt zu werden, wurden sich auch darüber klar, daß ihnen jede Fühlung mit jenen Massen fehlte, die sie in Bewegung setzen wollten. Das alles lähmte ihre Arbeitslust und weckte Zweifel an dem Erfolg der ganzen Angelegenheit. Nur jene Revolutionäre, die Beziehungen mit der Landbevölkerung angeknüpft hatten, wie Drobiazgin, Debogorja-Mokrijewitsch und Stefanowitsch, waren noch immer zuversichtlich und nach wie vor überzeugt, die Bauern würden gern auf das ganze Unternehmen eingehen.

Ein Ereignis, das im Sommer 1876 eintrat, sprengte die Gruppe: es handelte sich um das Attentat auf den Spion Gori-

nowitsch. Gorinowitsch war gleichzeitig mit anderen Revolutionären verhaftet worden und verriet die Gefährten, worauf er die Freiheit erhielt. Wahrscheinlich sollte er die noch nicht gefangen genommenen Revolutionäre der Polizei ausliefern, denn damit begannn er sofort. Er erfuhr bald, daß ein Teil der Revolutionäre sich in Elisabetgrad aufhielt, und begab sich dorthin. Er traf dort bei einem Revolutionär namens Majdanski mit Leo Deutsch zusammen. Der gleichfalls in Elisabetgrad anwesende hervorragende Revolutionär Malinka begriff bald ebenso wie Deutsch, daß Gorinowitsch ein höchst gefährliches Individuum sei. Sie beschlossen ihn zu töten, wollten ihn aber erst nach Odessa bringen, um die Aufmerksamkeit der Polizei von Elisabetgrad abzulenken, wo sich damals eine ganze Reihe von Revolutionären befand.

Das Attentat auf Gorinowitsch wurde in Odessa in der Nähe des Güterbahnhofs vollbracht. Gorinowitsch wurde zu Boden geworfen und sein Gesicht, als die Revolutionäre ihn bereits für tot hielten, mit Schwefelsäure begossen, um ihn für die Polizei unkenntlich zu machen. Sie rechneten damit, daß dieser Umstand die Untersuchung verzögern oder sogar ganz unmöglich machen würde. Gorinowitsch war jedoch nicht tot und meldete der Polizei die Namen seiner Peiniger und den Majdanskis. Die ganze Organisation war somit der größten Gefahr ausgesetzt. Die Mitglieder beschlossen, die Stadt zu verlassen und in Charkow zu einer Beratung zusammenzukommen.

In konservativen, reaktionären, teilweise aber auch in liberalen und revolutionären Kreisen schlug man über die an Gorinowitsch verübte Grausamkeit Lärm: man wußte nicht, daß die Mörder ihn erst in dem Augenblicke mit der Säure übergossen hatten, als sie ihn für tot hielten.

Noch ehe die Zusammenkunft in Charkow stattfand, wurden einige Mitglieder der Gruppe verhaftet, aber sehr bald wieder in Freiheit gesetzt.

Die Beratungen in Charkow ergaben, daß die Mitglieder der Organisation nicht länger zusammenarbeiten konnten, ein Teil von ihnen glaubte überhaupt nicht mehr an die Möglichkeit eines Erfolges, und unter den übrigen herrschten Meinungsverschieden-

heiten. Die Organisation wurde zwar nicht formal aufgelöst, fiel aber tatsächlich auseinander. Nur Stefanowitsch und Deutsch, denen sich noch Bochanowski zugesellte, beschäftigten sich noch weiter mit der Organisierung des Tscherinsker Aufstandes. Debogorja-Mokrijewitsch und einige Gefährten, denen es sowohl an Existenzmitteln, wie an einem bestimmten Ziel für die nächste Zukunft fehlte, schlossen sich für einige Zeit einer wandernden Theatertruppe an.

Im Kreise Tschigirin des Gouvernements Kijew herrschte seit Beginn der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts unter den Bauern, die früher zu den kaiserlichen Gütern gehört hatten, eine starke Unzufriedenheit: sie war einerseits durch die ungünstige Verteilung des Grund und Bodens unter die einzelnen Bauern entstanden, wurde aber anderseits auch durch den administrativen Druck genährt, unter dem die Bauern litten; so war ihnen die Übersiedlung in andere Gegenden Rußlands verboten, da die Behörden befürchteten, die Bauern würden dann ihren Verpflichtungen gegen die Regierung nicht weiter nachkommen. Die Bauern wünschten eine gleichmäßige Verteilung des Bodens „nach der Anzahl der Seelen". Der Grund und Boden hatte hier ursprünglich den Bauern gehört und war erst später „kaiserlich" geworden[1]). Aus diesem Wunsch der Bauern entstand unter ihnen der Glaube an einen nicht vollzogenen Befehl des Zaren, wonach der Grund und Boden den Herren weggenommen und unter die Bauern hätte aufgeteilt werden sollen. Sie waren überzeugt, daß nur die Minister die Vollstreckung des kaiserlichen Willens hinderten, und sandten sieben Abgesandte aus ihrer Mitte zum Zaren; sie wurden sämtlich bis auf den später bekannt gewordenen Thomas Priadko verhaftet.

Trotz des Druckes, den die Behörden auf die Bauern ausübten, fügten sich diese im allgemeinen nicht; sie weigerten sich vielmehr, die ihnen von der Verwaltung zugewiesenen Äcker als die ihrigen anzuerkennen, und verlangten eine abermalige Aufteilung.

---

1) Über die ganze Angelegenheit gab Stefanowitsch einen Bericht, der zunächst in einer russischen revolutionären Zeitschrift und später noch einmal in den Beilagen der russischen sozialdemokratischen Ausgabe von Thuns bekanntem Buch erschien.

Die Widerspenstigen weigerten sich auch, der Regierung die Loskaufgelder für die Bodenparzellen zu zahlen. Infolgedessen kam im Mai 1875 der Gouverneur in die Verwaltungsgemeinde Schabchinsk, um eine allgemeine Pfändung vornehmen zu lassen. Die einzelnen Bauern sollten mit ihrer Unterschrift den Empfang der ihnen zugewiesenen Äcker bestätigen; wer sich sträubte, wurde auf Befehl des Gouverneurs gepeitscht. Zwei Bauern starben an den Folgen dieses Strafgerichts, das in drei Dörfern der genannten Gemeinde vollzogen wurde. Diejenigen Bauern, die sich immer noch widersetzten, wurden nicht nur in furchtbarer Weise geschlagen, sondern ihre Güter wurden auch in ein besonderes Kataster eingetragen und dann verkauft, um die rückständigen Zahlungen damit zu decken. Die Bewohner der nächsten Umgegend wollten sie nicht kaufen, so daß die Regierung sich gezwungen sah, Abnehmer in der Ferne zu suchen.

Zur endgültigen „Beruhigung" der rebellischen Bevölkerung wurde 1876 Militär in den Dörfern einquartiert, an hundert Bauern kamen ins Gefängnis.

Jene Bauern, die eine neue Verteilung des Ackerbodens verlangten, beschlossen, die ihnen von der Regierung zugewiesenen Grundstücke nicht anzunehmen, worauf diese unter die zufriedenen Elemente der Bauernschaft verteilt wurden. So wuchs der Gegensatz zwischen den beiden Parteien unter den Bauern immer mehr. Diejenigen, die in ihrem hartnäckigen Widerstand beharrten, haßten die anderen, die sich unter dem Drucke der schweren Repressalien gefügt hatten und sich durch ihre Unterschrift zur Annahme der ihnen zugewiesenen Grundstücke verpflichteten. Die hundert gefangenen Bauern mußten für ihren Unterhalt arbeiten; da ihnen die Regierung erlaubte, Verdienst in der Stadt zu suchen, war es nicht schwer, mit ihnen in Verbindung zu kommen. Jakob Stefanowitsch beschloß, diese Stimmung der Bauern und ihren Glauben, der Kaiser selbst stünde auf ihrer Seite, auszunutzen und eine revolutionäre Massenbewegung hervorzurufen, deren Schlachtruf die Neuverteilung des Grund und Bodens sein sollte. Zu diesem Zwecke begann er mit den gefangenen Bauern zu verkehren, erklärte, er würde nach Petersburg fahren, um Schritte im Interesse der Bauern zu tun, die aus dem gleichen

Dorfe stammten wie er, und bewies ihnen, die Hilfe des Zaren sei um so gewisser, je mehr Bauern sich zu ihm begeben würden usw. Die Bauern schickten Stefanowitsch zu ihren Familien. Nach den traurigen Erfahrungen, die man bereits gemacht hatte, wollte sich niemand von den Bauern mehr zum Kaiser begeben, und so baten sie Stefanowitsch, sich allein auf den Weg zu machen. Stefanowitsch versprach, im Mai 1876 aus der Hauptstadt zurückzukehren, doch hielten ihn verschiedene Angelegenheiten bis zum November auf. Er unternahm natürlich überhaupt keinerlei Schritte bei keinerlei Behörde, da sein ganzer Plan auf einer Mystifikation beruhte. Er brachte zwei Dokumente mit und gab Alexander II. als den Urheber aus. Das eine war eine Art von Aufruf an das Volk, worin der Kaiser erklärte, er habe schon während der Aufhebung der Leibeigenschaft beschlossen, den gesamten Boden nach Köpfen aufzuteilen, doch hätten ihn die Herren, ja selbst seine nächsten Verwandten und der Thronfolger daran gehindert. Er fordere nunmehr das Volk auf, Geheimbünde zu schließen, um aus eigener Kraft die Aufteilung des gesamten Grund und Bodens zu erzwingen. Das zweite Dokument enthielt die Satzungen der Geheimbünde.

Ich kann hier nicht auf alle Einzelheiten dieser Episode eingehen. Die Bauern verhielten sich anfangs gegen Stefanowitsch mißtrauisch, schenkten ihm jedoch mehr und mehr Glauben. Er verstand es vorzüglich, die Seelen der Bauern zu gewinnen, indem er sich ihrer Weltanschauung scheinbar fügte, die Sitten der Bauern annahm usw. Die Organisierung der Geheimbünde ging gut vonstatten, auch wurde das Geheimnis gut bewahrt, von großem Schaden für die Bewegung war jedoch der Neid, der zwischen den Führern der einzelnen Geheimbünde herrschte. Von Zeit zu Zeit drangen dunkle Gerüchte bis zu den Behörden, doch gelang es ihnen nie, etwas Sicheres zu erfahren. Vereinzelte Bauern, die verhaftet wurden, hielten sich sehr tapfer und verrieten die Geheimgesellschaften in keiner Weise. Die Organisationsarbeit dauerte fast das ganze Jahr 1877 hindurch und umfaßte einen beträchtlichen Teil der Bauernschaft. Erst im Herbst begannen die Verhaftungen, ein Exemplar der

geheimen Satzungen kam in die Hände der Regierung, ganze Scharen von Bauern wurden gefangen genommen; die Verhaftungen währten noch bis in das nächstfolgende Jahr, auch Stefanowitsch wurde gefangen gesetzt, das ganze Unternehmen war zerstört. Die ungeheure Mehrheit der Revolutionäre verurteilte später das Vorgehen Stefanowitsch'.

VIII.

Anfang 1876 tat sich von den Petersburger Gruppen besonders eine hervor, die aus früheren „Tschajkowski-Freunden" und anderen Revolutionären bestand. Am 29. März 1876 setzte diese Gruppe die erste politische Demonstration in Rußland ins Werk und zwar anläßlich des Begräbnisses des Studenten Tschernischew, der wegen seiner Beteiligung an der revolutionären Bewegung gefangen genommen worden war. Eine beträchtliche Anzahl von Personen begleitete den Leichenzug; zu ihnen gesellten sich noch Vorübergehende, die sich nach der Person des Verstorbenen erkundigten. Die Revolutionäre erklärten bei dieser Gelegenheit den Neugierigen, wer Tschernischew gewesen sei, wofür er gelitten habe usw. Vor dem Gefängnis auf dem Litejner Platz wurde der Sarg emporgehoben und das Grablied „Ewige Ruhe" gesungen. Der Pope, der den Leichenzug begleitete, merkte erst jetzt, daß das Begräbnis sich zu einer politischen Demonstration gestaltete, und machte sich aus dem Staube, wodurch die ganze Absicht noch deutlicher wurde. Auf dem Friedhof sammelten sich viele Leute an, die die Polizei langsam zerstreute.

Diese erste politische Demonstration machte auf das Publikum einen starken Eindruck.

Zu der erwähnten Gruppe gehörte auch Mark Natansohn, der inzwischen aus der Verbannung zurückgekehrt war. Mit seinem Auftauchen in Petersburg kam die Bewegung der revolutionären Gruppen in ein neues Fahrwasser, da er den Ruf eines sehr tatkräftigen Menschen und guten Organisators genoß. Die hervorragendsten Mitglieder neben ihm waren Oboleschew und Alexander Michajlow. Am 30. Juli erleichterte diese Gruppe die Flucht des Fürsten Peter Krapotkin aus dem Ge-

fängnisspital. Die Flucht wurde am hellen Tage unternommen, alles war vorzüglich vorausgesehen und vorbereitet; die Tatsache machte denn auch sowohl in Petersburg selbst als in ganz Rußland einen ungeheuren Eindruck. Die Behörden waren völlig überrascht und im höchsten Grade aufgebracht.

Die Gruppe wurde immer berühmter und zog aus diesem Grunde allein schon mehr und mehr Kräfte sowohl aus der Hauptstadt als auch aus der Provinz an. Wegen ihrer Vorsicht und ihrer außerordentlichen Geschicklichkeit, mit der sie sich vor den Polizeiagenten zu verstecken wußten, erhielten die Mitglieder den Spitznamen „Troglodyten".

Von den Provinzialgruppen dieser Epoche tat sich namentlich die Charkow-Rostower hervor, deren Mitglieder besonders energisch und ausdauernd waren und ausgedehnte Beziehungen besaßen. Sie stammten sämtlich aus Südrußland und hielten sich einen großen Teil des Jahres in Rostow am Don und in Charkow auf. Die bedeutendsten unter ihnen waren: Walerian Osinski, Jermelianow (oder Andreitsch, auch Bogolubow, wie ihn Aptekmann, der Verfasser der „Erinnerungen an Land und Freiheit", nennt), Tititsch und andere. Alle diese Personen ließen sich an zahlreichen Orten im Süden auf dem Lande nieder, teilweise gingen sie auch in den Ural, und agitierten unter der Landbevölkerung. Manche von ihnen wanderten auch fortwährend von Ort zu Ort und wirkten nur vorübergehend auf das Volk ein.

Die Gruppe knüpfte Beziehungen mit den „Troglodyten" an, um eine gemeinsame revolutionäre Aktion vorzubereiten. Diese neue Organisation gewann auch Demetrius Lisogub für sich, einen jungen, tatkräftigen, intelligenten und sehr reichen Revolutionär. Im Herbst 1876 war die Organisation eine für jene Zeit bereits beträchtliche Macht, obgleich sie noch nicht ganz ausgebaut war.

Am 6. Dezember 1876 fand in Petersburg eine Demonstration auf dem Platze vor der Kasaner Kirche statt.

Nach dem Begräbnis Tschernischews, an dem sich fast ausschließlich Personen aus den Reihen der Intelligenz beteiligten, beschlossen die Arbeiter gleichfalls eine Demonstration zu arran-

gieren. Die Bewegung unter dem hauptstädtischen Proletariat war damals ziemlich lebhaft. Die Tätigkeit der revolutionären Gruppen, die seit den Zeiten Dolguschins und der „Tschajkowski-Freunde" keine Unterbrechung erfahren hatte, wurde im Herbst 1876 infolge der Bemühungen, die die Mitglieder der neuen Organisation entfalteten, noch stärker.

An der Manifestation beteiligten sich etwa 250 Arbeiter und fast ebenso viele Personen, die der Intelligenz angehörten. Der damals noch sehr junge Georg Plechanow hielt eine kurze Rede, in der er den Versammelten die beiden revolutionären Forderungen auseinandersetzte, die in den Worten „Land und Freiheit" enthalten waren. Eine rote Fahne wurde entfaltet, die Polizei stürzte sich auf die Versammlung und trieb sie in bestialischer Weise unter Stockschlägen auseinander; die Verdächtigen wurden verhaftet.

Das Ereignis machte in der Hauptstadt gewaltigen Eindruck und wurde selbst in den revolutionären Kreisen verschieden ausgelegt. Die Lawrowanhänger sprachen sich von ihrem Standpunkt aus sehr scharf gegen die Demonstration aus, auch andere vertraten diesen Standpunkt. Strenge Bakunisten dagegen verteidigten sie eifrig, indem sie mit Recht erklärten, das ganze Vorgehen der Demonstranten wäre im Sinne der Bakuninschen Taktik gewesen.

Aus der Gruppe der „Troglodyten" entwickelte sich später die berühmte Partei „Land und Freiheit". Es war die zweite Organisation, die sich diesen Namen beilegte; die erste bestand, wie wir bereits wissen, von 1862 bis 1864.

Am 1. Juli 1876 starb Michael Bakunin in Bern, kampf- und lebensmüde; er hatte in den letzten Jahrzehnten seines Lebens die erste Rolle in der allgemeinen sozialrevolutionären Bewegung der Kulturwelt gespielt. Am Ende seines ereignisreichen Daseins erlebte er noch die große Verbreitung seiner Ideen in Rußland; schon damals aber war er, wie man den „Erinnerungen" Debogorja-Mokrijewitschs entnehmen kann, der Ansicht, die revolutionäre Jugend würde sich in ihrer großen Mehr-

heit einmal vom Anarchismus abwenden und sich zur Sozialdemokratie bekennen. In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts trat dieser Fall auch wirklich ein. Fast am Vortage der russischen Revolution und während ihrer Dauer feierte der Anarchismus eine Wiedergeburt, spielte jedoch keine so bedeutende Rolle mehr wie in der Zeit von 1873 bis 1879, obgleich er auch dann in bestimmten Augenblicken noch einen beträchtlichen Einfluß auf die Arbeiterkreise, namentlich an einigen Punkten des Landes ausübte.

In der internationalen anarchistischen Bewegung zeigt sich heute wieder eine gewisse Rückkehr zu Bakunins Theorien, die sich teilweise im revolutionären Syndikalismus äußert, sowie darin, daß die Notwendigkeit einer Organisation wieder allgemein anerkannt wird. Um die Volksmassen für sich zu gewinnen, predigen die heutigen Anarchisten in ihrer Mehrheit nicht nur abstrakte anarchistische Theorien und den unmittelbaren Kampf um ihre Verwirklichung, sondern auch die Notwendigkeit, an dem täglichen wirtschaftlichen Kampf des Proletariats mit dem Bürgertum teilzunehmen.

Fünftes Kapitel.

Die Zeiten von „Land und Freiheit“.

I.

Der Text des Programms von „Land und Freiheit“ ist verloren gegangen [1]); er befindet sich zwar vielleicht in den Händen des Polizeidepartements, ist jedoch gegenwärtig der wissenschaftlichen Forschung nicht zugängig.

In seinen bereits erwähnten „Erinnerungen“ lobt Aptekmann dieses Programm sehr und versichert mit Recht, es sei im Vergleich mit den Anschauungen, die namentlich in den Jahren 1874 und 1875 unter der revolutionären Jugend herrschten, durchaus nicht neu gewesen. Es war im Grunde genommen das Programm Bakunins. Es enthielt eine ziemlich eingehende Darstellung der Entstehung der bestehenden sozialen und politischen Zustände und ebenso eine Reihe von Tatsachen, die für die herrschenden Zustände charakteristisch waren. Als letztes Ziel der eigentlich anarchistisch-kollektivistischen Bewegung (die Bezeichnung rührt vom Verfasser her) wurde der Sozialismus anerkannt, aber nicht in seiner vollständigen Form, sondern nur teilweise; er sollte den sozialen Ideen des Volkes angepaßt werden, und das Programm vermied alles, was den damaligen russischen Bauern hätte unverständlich sein können. Das Programm erhielt so einen Kompromißcharakter. Damit soll nicht gesagt sein,

---

1) Von dem Programm, das Sieriebrakow in einem Aufsatz „Die Gesellschaft Land und Freiheit“ (siehe „Materialien zur Geschichte der russischen sozialrevolutionären Bewegung“ Bd. XI, S. 8—14) bringt, erklären sowohl Plechanow als Aptekmann, es sei nicht dasjenige der berühmten Organisation „Land und Freiheit“ aus den Jahren 1877 bis 1879 gewesen, sondern das einer abermaligen Gruppe unter diesem Namen, die man 1880 ins Leben zu rufen versuchte.

die Schöpfer dieses Programms und diejenigen Personen aus den Reihen der Intelligenz, die es anerkannten, hätten selbst Anschauungen gehabt, die zu Kompromissen neigten; sie wollten sich nur aus rein praktischen Rücksichten der bäuerlichen Psychologie anpassen.

Das Programm ging von dem Grundsatz aus, nur eine Revolution von unten, d. h. eine vom Volk selbst vollzogene, sei imstande, die heutige Gesellschaftsordnung völlig zu zerstören und eine neue zu schaffen. Aus diesem Grunde wurde denn auch die Tätigkeit unter dem Volke, namentlich unter der Landbevölkerung, als der zahlreichsten Schicht der Bevölkerung, für die wichtigste Aufgabe der Organisation erklärt.

Nach Aptekmann ist die Taktik des Programms von „Land und Freiheit" in den folgenden vier Punkten erschöpft:

1) Organisierung der Volksmassen. Aus der Tatsache, daß die nichtorganisierten elementaren Massenbewegungen stets mit einer Niederlage endeten, die nach den Anschauungen der Mitglieder von „Land und Freiheit" nicht ein Zufall, sondern eine Notwendigkeit war, schlossen sie, nur organisierte, bewußte Volksmassen, die nach einem bestimmten Plane geleitet würden, könnten einen erfolgreichen Kampf mit den herrschenden Zuständen aufnehmen.

2) Agitation unter den Massen, die die bestehende Unzufriedenheit ausnutzen und das Volk unter dem Schlachtruf bestimmter, festgelegter Forderungen in den Kampf führen müsse. Die Agitation konnte nach dem Programm sowohl passiv (Ausstände, Verweigerung des Militärdienstes, Steuerverweigerung und Petitionen) als aktiv (Rebellionen und Aufstände) sein.

3) Anknüpfung von festen und regelmäßigen Beziehungen mit bereits im Volke bestehenden Organisationen. Die Mitglieder von „Land und Freiheit" dachten in diesem Falle an die Sektierer, deren Theorien einen in sozialer und politischer Hinsicht mehr oder weniger oppositionellen Charakter besaßen.

4) Propaganda unter den Fabrikarbeitern, unter der studierenden Jugend und in der Gesellschaft überhaupt, um die Zahl der kritisch denkenden und bewußt handelnden Schützer des Volkes zu vergrößern.

Gleichzeitig mit dem Programm wurden die Satzungen der Partei „Land und Freiheit“ ausgearbeitet [1]. An der Spitze stand die Muttergruppe (die ursprüngliche Gruppe), deren Bestehen ein Geheimnis war. Mitglied konnte jeder Revolutionär werden, der zu einer Gruppe gehörte, welche davon ausging, daß die eigentliche revolutionäre Kraft im Volke beruhe, und der von drei Mitgliedern vorgeschlagen wurde. Wer der Muttergruppe beitrat, übernahm damit die Verpflichtung, sich allen Entschlüssen zu fügen.

Die Mitglieder der Muttergruppe gründeten wieder Gruppen anderer Art, jedoch nach dem Muster der Muttergruppe. Die Gründer mußten die Muttergruppe über ihre Tätigkeit stets auf dem laufenden halten; doch besaßen die Gruppen in inneren Angelegenheiten völlige Selbständigkeit.

Die Muttergruppe umfaßte folgende Gruppen:

1) Die Verwaltung, die ihren ständigen Sitz in Petersburg hatte. Diese Gruppe verwaltete die Angelegenheiten der gesamten Organisation, stellte falsche Pässe zur Benutzung der Revolutionäre her, erteilte den Mitgliedern allerlei Auskünfte und unterhielt Beziehungen zu fremden Personen.

2) Die Gruppe von Agitatoren, die unter der Intelligenz, namentlich unter der studierenden Jugend tätig war.

3) Eine ihr entsprechende Gruppe von Agitatoren, die sich unter den Fabrikarbeitern betätigte.

4) Eine Gruppe von Agitatoren, die unter der Landbevölkerung arbeitete; sie war die umfangreichste aller Gruppen und hatte ihren Wirkungskreis in der Provinz.

5) Eine Gruppe, deren Aufgabe in der Desorganisierung der Regierung bestand. Im Verhältnis zur Muttergruppe war diese Gruppe fast unabhängig; sie war nur verpflichtet, allgemeine Erklärungen über ihre Absichten abzugeben. Ihre Pflicht war, Beziehungen in den höheren Kreisen anzuknüpfen und zu unterhalten, um mit Hilfe dieser Leute passende Stellen mit Revolutionären zu besetzen, um so die Gesamttätigkeit der Organi-

---

1) Siehe die Inhaltsangabe des Programms und der Satzung in Aptekmanns Aufsatz in der „Gegenwart“. Die Arbeit erschien später auch als Buch (in russischer Sprache).

sation und die einzelner Mitglieder zu erleichtern. Die wichtigsten Obliegenheiten dieser Gruppe waren: 1) die Befreiung verhafteter Mitglieder der Organisation; 2) die Verteidigung der Organisation gegen die Willkür der Regierungsvertreter; 3) die Selbstverteidigung der Revolutionäre durch Vernichtung von Verrätern. Allmählich ging diese Gruppe zu terroristischen Attentaten auf staatliche Würdenträger über, wodurch sie der späteren „Volksfreiheit" die Wege bahnte.

In allen Gruppen gab es neben den Mitgliedern der Organisation noch Personen, die nur lose Beziehungen zur Organisation hatten.

Handelte es sich um wichtige Entschließungen, so kam der sogenannte Rat zusammen, der sich aus den Mitgliedern der Verwaltung und jenen Mitgliedern der Gesamtorganisation zusammensetzte, die gerade in Petersburg anwesend waren.

Die oberste Gewalt lag in den Händen der Versammlung aller Mitglieder aus ganz Rußland.

Doch waren die einzelnen Gruppen der Organisation nicht ganz geschlossen; die Mitglieder gingen von einer Gruppe zur anderen über und hoben so häufig die strenge Arbeitsteilung wieder auf.

II.

Die Hauptaufgabe der Mitglieder von „Land und Freiheit" bestand namentlich in den ersten Zeiten der Organisation in der Tätigkeit unter der Bauernbevölkerung. Diese Tätigkeit war eigentlich nur eine Fortsetzung der früheren mit dem einzigen Unterschied, daß die Revolutionäre jetzt nach Möglichkeit laufende Angelegenheiten, die das Volk lebhaft interessierten, statt entfernter Ideale zum Ausgangspunkt ihrer Propaganda nahmen. Wie 1874 und 1875, so fanden es auch die Mitglieder von „Land und Freiheit" 1877 noch notwendig, ihre Aktion unter der Landbevölkerung in erster Reihe auf die südöstlichen Gouvernements an der Wolga und die südlichen am Don zu konzentrieren, wo ihrer Ansicht nach die Überlieferung von den alten Bauernaufständen noch lebendig war. Von Nishnij Nowgorod bis nach Astrachan wurde eine Reihe von revolutionären Posten eingerichtet; da-

gegen wurde das System der Wanderagitation als nicht praktisch verworfen. Die Revolutionäre bekleideten verschiedene Stellen; sie waren Gemeindeschreiber und Lehrer, Hebammen, Feldschere, Lehrer und Lehrerinnen an Ziemstwoschulen, sie kamen als Handwerker und gründeten Werkstätten, auch kleine Landgüter bearbeiteten sie. In jedem Gouvernement, wo solche Posten errichtet wurden, bestand in der Gouvernementsstadt eine Gruppe, welche die Agitatoren auf dem Lande in verschiedener Hinsicht unterstützte und sie auch gewissermaßen leitete; auch die Verbindung mit der Muttergruppe in Petersburg lag in den Händen dieser städtischen Gruppe. Die Gruppen in Saratow und Astrachan unterhielten unmittelbare Beziehungen zu den revolutionären Posten am Don und der Kubina. In Rostow am Don bestand 1877 eine starke Gruppe von Revolutionären, die eine energische Tätigkeit unter den städtischen Arbeitern und den Bauern der Umgegend entfaltete. Auf Bitten der Arbeiter mußte eine Revolutionärin unter den Frauen und Schwestern der Arbeiter und unter den Arbeiterinnen überhaupt agitieren. Auch eine regierungsfeindliche Kundgebung fand statt. Es war gerade die Zeit des russisch-türkischen Krieges und im Theater wurde fast täglich die Nationalhymne „Gott erhalte den Zaren“ gespielt. Die Mitglieder von „Land und Freiheit“ kamen einmal in Scharen ins Theater und verlangten stürmisch den „Karmasinischen Tanz“, als das Orchester gerade mit der Hymne einsetzte. Das Orchester schwankte einen Augenblick und fügte sich dann.

Auch in Saratow agitierten die Mitglieder der Gruppe lebhaft unter den Arbeitern.

Im Leben der russischen Gesellschaft spielte der Krieg damals eine bedeutende Rolle. Die ungeheure Mehrheit der intelligenten Schichten (das Volk sprach sich in dieser Sache überhaupt nicht aus) verlangte die Intervention Rußlands zugunsten der Slawen auf dem Balkan; Katkow und die radikalsten Revolutionäre waren hierin einer Meinung. Eine Ausnahme bildeten die Liberalen, die sich um die Tageszeitung „Die Stimme“ scharten. Die Regierung vertrat erst den Friedensstandpunkt und empfahl selbst den Führern der Bewegung in der Herzegowina, die Waffen niederzulegen und sich zu beruhigen. All-

mählich aber gab sie dem Druck der Gesellschaft nach, um so mehr, als in gewissen Kreisen die Überzeugung entstand, der Krieg gegen die Türkei werde die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den Zuständen im Innern abziehen, den revolutionären Kampf unterbrechen und die Gesamtheit zu patriotischen und untertänigen Gefühlen zurückführen. Diese Rechnung erwies sich freilich als falsch.

Allerdings beteiligten sich die Revolutionäre am Kriege; sie kämpften in den Reihen der aufständischen Slawen auf dem Balkan und ebenso als russische Soldaten und Offiziere, auch dienten sie als Ärzte, Hebammen und Krankenpflegerinnen. Dieser Umstand änderte aber ihre Gefühle gegen die Regierung oder ihre sozialen und politischen Ideale nicht im geringsten. Der Krieg selbst deckte große Mängel in der russischen Staatsverwaltung auf, der Bankrott des bureaukratischen Systems zeigte sich deutlich. Eine Reihe von Übergriffen wurde bekannt. Das alles weckte nicht nur bei den Revolutionären, sondern auch in anderen Bevölkerungskreisen eine wachsende Unzufriedenheit. Immer häufiger begann man von der Notwendigkeit politischer Reformen in Rußland zu sprechen; auch die Notwendigkeit, Rußland in einen konstitutionellen Staat umzuwandeln, wurde erörtert. Der Krieg selbst steigerte noch die revolutionäre Stimmung unter der Jugend. Auch auf die liberale Bewegung wirkte der Krieg anregend; in der ersten Hälfte der siebziger Jahre war sie nur sehr schwach gewesen.

III.

Am stärksten äußerte sich das Bedürfnis nach politischer Freiheit und das Streben nach einer Konstitution im westlichen Süden, namentlich in Kijew. Die Ursachen dieser Erscheinung lagen einerseits darin, daß man hier, in der Nachbarschaft des Kriegsschauplatzes, die schwachen Seiten des bureaukratischen Systems, die damals in ihrer ganzen Schärfe hervortraten, besser beurteilen konnte, anderseits aber auch darin, daß es in den südwestlichen Gouvernements an einer starken revolutionären Organisation fehlte, die bestimmte überlieferte Anschauungen befestigt und über deren Erhaltung gewacht hätte; Debogorja-

Mokrijewitsch macht die sehr richtige Bemerkung, daß gerade dieser Umstand die Entstehung neuer Strömungen erleichterte; endlich bestanden in den kleinrussischen Gouvernements schon seit den sechziger Jahren lose ukrainische demokratische Gruppen, die seit langem schon mit dem bureaukratischen Zentralismus unzufrieden waren und stark unter dem Einfluß des jungen, begabten und gelehrten Dragomanow standen. Dragomanow entwickelte seit mehreren Jahren radikale Ideen von konstitutionell-föderalistischer Art, wobei er stark zum Sozialismus neigte. Sein Einfluß war allerdings anfangs ziemlich beschränkt, bestand aber unstreitig in Kijew und anderen Städten des ukrainischen Gebietes.

Michael Dragomanow war einer der hervorragendsten Männer jener Zeit, und zwar nicht nur in Rotrußland, wo er als Patriot wirkte und der ganzen geistigen, kulturellen, politischen und sozialen Bewegung seines Volkes das Siegel seines Wesens aufdrückte, sondern in ganz Rußland, wo er ein Pionier konstitutionell-demokratischer und föderalistischer Gedanken war.

In der Vorrede zu den im Auslande erschienenen politischen Schriften Dragomanows schildert Peter Struve die Rolle dieses Schriftstellers, der in mancher Hinsicht auch ein Führer der russischen Gesellschaft genannt werden kann, mit folgenden Worten: „Dragomanow war der erste russische Publizist, welcher der russischen Demokratie ein breitangelegtes und klares politisches Programm gab. Er war der erste, der der russischen Gesellschaft das Wesen und die Bedeutung der Konstitution erklärte, ihr namentlich die Rechte des einzelnen und die Prinzipien der Selbstregierung klarmachte [1])."

Noch heute herrscht die durchaus irrige Annahme, er sei ein eingefleischter Polenfeind gewesen und habe dem Bureaukratismus der selbstherrschenden Demokratie gehuldigt.

In politischer Beziehung war Dragomanow ein erklärter Feind sowohl des russischen Zentralismus und Absolutismus, als auch der Idee eines Polens innerhalb der historischen Grenzen. Dagegen trat er durchaus nicht gegen polnische nationale Ten-

---

1) „Gesammelte Werke" von M. P. Dragomanow (in russischer Sprache), S. V.

denzen im allgemeinen auf; er war nicht nur gegen den Druck, den die russische Regierung auf die Polen ausübte, er bekämpfte nicht einmal die polnischen Staatsideale, allerdings nur so weit, als sie nicht mit Herrschgelüsten der einen oder anderen Art über Litauen und Rotrußland verknüpft waren.

Ich kann hier nicht seine ausgebreitete Tätigkeit als Demokrat und ukrainischer Patriot besprechen, sondern nur in allgemeinen Zügen seine Rolle in der freiheitlichen russischen und ukrainischen Bewegung schildern, die gerade in der Zeit begann, als „Land und Freiheit" tätig war.

Dragomanow kam 1841 im Gouvernement Poltawa in einer kleinadligen Familie zur Welt. Er besuchte das Gymnasium in Poltawa und kam 1859 auf die Kijewer Universität, wo er Geschichte studierte. Seine Universitätsstudien beendete er 1863. In Kijew lernte er Mitglieder der russischen Gesellschaft kennen, die sich mit der Kulturarbeit in den Sonntagsschulen befaßten; die Sonntagsschulen selbst wurden 1862 von der Regierung geschlossen, die vor der ganzen Bewegung Angst bekommen hatte. Dragomanow konnte sich weder mit den russischen, noch mit den polnischen Revolutionären völlig verständigen; in beiden Lagern herrschte eine andere Auffassung der ukrainischen Frage, als er selbst hatte.

Nach Beendigung seiner Universitätsstudien beschäftigte er sich mit selbständigen historischen, ethnographischen und literarischen Studien; sehr viel Zeit widmete er der Vergangenheit und Gegenwart der slawischen Völker. Eine Reihe wertvoller Aufsätze über diesen Gegenstand entstanden damals. Er beabsichtigte, die Universitätskarriere zu ergreifen und legte zu diesem Zwecke die Dozentenprüfung ab; die wissenschaftliche Arbeit, die er damals verfaßte, trug den Titel „Die Bedeutung des römischen Reiches und Tacitus". Ein Jahr darauf ernannte ihn das Professorenkollegium der Kijewer Universität zum bezahlten Dozenten, doch bedurfte diese Ernennung noch der Bestätigung seitens des Ministeriums.

Die Universität schickte Dragomanow studienhalber ins Ausland, dort lernte er die soziale und politische Bewegung Westeuropas unmittelbar kennen, knüpfte Beziehungen mit Ruthenen

aus Galizien an und machte in Wien die Bekanntschaft einer Reihe von Führern der westlichen und südlichen Slawen. Im Herbst 1873 kehrte er nach Rußland zurück mit der Absicht, seine Vorlesungen an der Universität Kijew zu beginnen, stieß aber beim Unterrichtsministerium auf heftigen Widerstand. Die Regierung betrachtete seine wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit sehr mißtrauisch, da sie in ihm einen gefährlichen „Agitator" des ukrainischen Separatismus und des sozialen und politischen Radikalismus witterte. Man gab Dragomanow zu verstehen, er möge selbst um seine Entlassung einkommen. Alexander II. sprach diesen Wunsch sogar in eigener Person aus. Der junge Gelehrte und ukrainische Führer blieb jedoch dabei, daß er vom Rechtsstandpunkt aus keinerlei Vergehen begangen habe. Sei er aber wirklich schuldig, erklärte er, so möge man ihn vor Gericht zur Verantwortung ziehen. Diesen Weg konnte die Regierung offenbar nicht einschlagen, und so wurde Dragomanow offiziell entlassen, nachdem man ihn nicht zum freiwilligen Rücktritt zu bringen vermocht hatte.

Die fortschrittlich-demokratische und patriotische ukrainische Intelligenz, die in losen Gruppen, sogenannten „Hromady" (Scharen), organisiert war, beschloß, Dragomanow ins Ausland zu senden, damit er dort eine freie publizistische Verlagstätigkeit beginnen könne, um auf diese Weise die ukrainische Bewegung zu leiten; auch die allgemeinstaatlichen Verhältnisse Rußlands sollten dabei nicht aus dem Auge gelassen werden.

Die „Hromady" umfaßten die Blüte der ukrainischen Intelligenz und bildeten den Keim einer organisierten öffentlichen Meinung. Die Mitglieder dieser Gruppen gingen in ihren Anschauungen nicht so weit wie Dragomanow, aber dieser Unterschied war nicht von großer praktischer Bedeutung; einmal, weil die allgemeine Stimmung in diesen Kreisen aufrichtig fortschrittlich und demokratisch war, dann aber auch, weil es sich damals in erster Reihe um eine Kritik der herrschenden Zustände in Rußland und nicht um den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung handelte. Überdies rechnete Dragomanow selbst, der allerdings weitgehende soziale Ideale hatte, doch vor allem mit der Wirklichkeit, und war der Ansicht, daß von einer nahen

Verwirklichung jener sozialen Ideen gar keine Rede sein könne. In den Vordergrund stellte er namentlich die Umwandlung Rußlands in einen konstitutionellen und dezentralisierten Staat, in dem alle Bürger frei, und ebenso die Nationen, die dem Staate angehörten, gleichberechtigt sein sollten.

Im Jahre 1876 ging Dragomanow zum zweitenmal ins Ausland, diesmal für immer; er gab bald eine Reihe politischer und polemischer Broschüren heraus, in denen er seine Grundsätze verteidigte. Unter ihnen fiel besonders eine unter dem Titel „Die innere und äußere Türkei" auf, in der er die innere Politik der russischen Regierung ihrer äußeren gegenüberstellte und nachwies, daß die russische Bureaukratie der türkischen durchaus nicht überlegen sei. Die Broschüre wandte sich speziell gegen die Zeitung „Nowoje Wremja" (Neue Zeit) und erregte in Rußland viel Aufsehen.

Auf Dragomanows Tätigkeit werden wir auch später noch stoßen.

IV.

In Kijew entstand 1877 eine spezielle Gruppe von Konstitutionellen, die auf die Jugend und die breiteren Kreise der Kijewer Intelligenz einen starken Einfluß besaß; die wichtigste Aufgabe, lehrte diese Gruppe, sei zunächst die Erringung einer Konstitution für Rußland. Auch auf die revolutionären Gruppen in Kijew und Odessa blieben die Konstitutionellen nicht ohne Wirkung.

Der junge Osinski, der damals nach Kijew kam, nahm zunächst den Kampf mit den Konstitutionellen im Namen des anarchistischen „Bauernkultus" auf, unterlag aber schließlich selbst der neuen Richtung und wurde ein eifriger Anhänger dieser Idee. Er beschloß, auch auf „Land und Freiheit" einzuwirken, um die Organisation zum Kampf um politische Freiheit aufzustacheln.

Gleichzeitig mit der Hinneigung der Revolutionäre in Kijew und Odessa zur Politik vollzog sich eine zweite im revolutionären Lager — und zwar zum Terrorismus. Der Glaube an die revolutionäre Initiative der Volksmassen schwand allmählich unter

ihnen; immer häufiger wurden Stimmen laut, die Initiative komme stets und könne nur von einzelnen kommen. Auch der Glaube an die Möglichkeit einer nahen und starken bäuerlichen Massenbewegung wurde immer schwankender; statt dessen tauchte jetzt unter den Revolutionären immer häufiger der Gedanke auf, man müsse, ohne erst den Ausbruch einer Massenbewegung im Volke abzuwarten, eine terroristische Aktion beginnen, um die Regierung in Verwirrung zu bringen; unter den herrschenden Verhältnissen, sagten viele, sei eine andere Tätigkeit überhaupt nicht möglich. Sie waren auch der Ansicht, eine terroristische Aktion würde nach einiger Zeit den Mut der Massen erhöhen und so den Ausbruch eines Bauernaufstandes erleichtern.

Auf diese Weise begünstigten die Verhältnisse selbst eine Verbreitung der Ideen Tkatschews in Rußland.

Ein hervorragender Anhänger dieser neuen Richtung, die sich um die Mitte des Jahres 1877 noch nicht völlig kristallisiert hatte, war in Odessa Woloschenko; in Kijew predigte sie Iwicewitsch als einer der ersten; Osinski und Lisogub wurden bald seine Schüler; von den Agitatoren der alten Richtung schloß sich Popko mit ganzer Seele den neuen Ideen an.

Es bedurfte nur noch eines Anstoßes, irgendeines Ereignisses, das die öffentliche Meinung, namentlich aber die Revolutionäre in Erregung brachte, um diese neue revolutionäre Strömung in die Tat umzusetzen.

Derartige Ereignisse ließen nicht lange auf sich warten.

In Kijew entstanden infolge von Konflikten mit den Behörden Studentenunruhen, die ein Ausdruck der damaligen Stimmung der Jugend waren und das bereits bestehende Ferment noch verstärkten. In der russischen revolutionären Bewegung spielten solche Unruhen eine bedeutende Rolle; sie nährten die Unzufriedenheit weiterer Kreise, die über die Maßregeln der Behörden gegen die Studenten empört waren, und verstärkten die Reihen der Revolutionäre, denen sich die verfolgten Studenten zugesellten.

V.

Die Angelegenheiten von „Land und Freiheit“ verschlimmerten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1877 sehr; Natanson

war Anfang Juli verhaftet worden, ebenso ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der revolutionären Kolonien auf dem Lande, von denen bereits die Rede gewesen ist. Natanson, einer der Hauptbegründer der Partei, wurde durch seine tüchtige und opferfreudige Frau Olga ersetzt. Die revolutionären Kolonien auf dem Lande verfielen nicht nur infolge der Verhaftungen, sondern teilweise auch infolge von inneren Zwistigkeiten. Im allgemeinen hatte keine länger als ein Jahr Bestand. Die Mitglieder knüpften zahlreiche Beziehungen zu der Landbevölkerung an, auf die sie einwirken wollten. Was für Ergebnisse ihre Arbeit zeitigte, läßt sich heute nur schwer sagen. Sie war gewiß von einigem Einfluß auf jene Bauern, die häufiger mit den Revolutionären in Berührung kamen; bei diesen wurde sicherlich der kritische Sinn den herrschenden Zuständen gegenüber geweckt; sie wurden sicherlich angeregt, über ihre Angelegenheiten nachzudenken, und das Gefühl der Solidarität erstand in ihnen. Dieser Einfluß konnte jedoch nicht eine größere Anzahl von Bauern umfassen und war sicher nicht von sehr langer Dauer; vielleicht unterlagen ihm auch nur einzelne Individuen im Volke in stärkerem Maße.

Die Geschichtschreiber dieser Zeit berichten, alle Revolutionäre hätten 1877 unter der Landbevölkerung für naheliegende Interessen der Bauernschaft zu wirken begonnen. Leider bezeichnet sie keiner eingehend, so daß wir nicht wissen, welche Postulate dabei aufgestellt wurden. Einzig Popow [1]) erwähnt einmal nebenbei eine derartige Agitation, äußert sich aber auch nur sehr kurz und abgerissen. Popow agitierte 1877 zusammen mit einem Gefährten in der Gegend zwischen Astrachan und Zarizin unter Bauern und Fuhrleuten. Im Dorfe „Salziger See" und ebenso in den Nachbardörfern war die Bevölkerung über die von der Regierung eingeführte Salzsteuer und über das Verbot, selbst Salz zu gewinnen, sehr aufgebracht. Popow und sein Genosse benutzten diese Gelegenheit und lasen den Bauern die einige Jahre vorher erschienene Broschüre „Die gescheite Mechanik" vor und erklärten sie ihnen. Popow berichtet jedoch nicht, was für Ratschläge er den Bauern damals gab. Er erzählt

---

1) „Biloje", Jahrgang 1907, Maiheft S. 286—287.

dann weiter, im Dorfe Nikolskoje, das an der gleichen Landstraße liegt, hätten die Bauern damals gerade mit den Behörden wegen eines neuen Fischfangerlasses in Streit gelegen. Die Revolutionäre bemühten sich auch in diesem Falle, die Unzufriedenheit auszunutzen, aber wir wissen auch diesmal nicht, in welcher Weise sie die Agitation mit dem Erlaß in Verbindung brachten. Die damalige revolutionäre Agitation unter den Bauern, die von laufenden Angelegenheiten ausging, unterschied sich wahrscheinlich nicht grundsätzlich von derjenigen, die man in den früheren Jahren getrieben hatte, wahrscheinlich dachte man nur ganz allgemein an eine Änderung; wäre eine wirklich neue Taktik damals schon zur Anwendung gekommen, so würden uns die Revolutionäre jener Zeit sicherlich ihre Tätigkeit genau beschreiben und uns konkrete Tatsachen anführen.

Die Mitglieder von „Land und Freiheit“ befanden sich in einer schwierigen Lage, da sie kein bestimmtes, auf die heutige Gesellschaftsordnung zugeschnittenes Programm hatten; ihre gesamten politischen und sozialen Anschauungen aber wieder waren derart, daß von einem solchen Programm bei ihnen nicht die Rede sein konnte.

Auch in den Städten sahen sie sich bei ihrer Tätigkeit immer wieder vor Schwierigkeiten gestellt, weil es ihnen an einem allgemeinen Minimalprogramm, namentlich aber an einem politischen fehlte. Da die Fabrikarbeiter sich jedoch in größeren Massen in den Städten scharten, geistig entwickelter waren als die Bauern, und infolge ihrer Klassenlage die revolutionäre Propaganda besser verstanden als die Landbevölkerung, gestaltete sich die Agitation der Mitglieder von „Land uud Freiheit“ unter den Fabrikarbeitern leichter und fruchtbarer als unter den Bauern.

Plechanow, der damals gerade seine revolutionäre Tätigkeit begann und eines der tätigsten Mitglieder von „Land und Freiheit“ unter den Arbeitern war, gibt eine interessante und lebhafte Charakteristik der Arbeiterschaft jener Zeit.

Die Petersburger Arbeiter teilten sich ebenso wie die in den übrigen russischen Städten in zwei Gruppen: in „gewerbliche“, d. h. in qualifizierte, die in erster Reihe in der Metallindustrie

arbeiteten, und in nicht qualifizierte, die sogenannten „Fabrikarbeiter“.

Die ersteren zeichneten sich durch eine verhältnismäßig hohe geistige Entwicklung aus und standen auf einer recht hohen Stufe der Lebenshaltung, einer höheren als die Mehrheit der nicht wohlhabenden studierenden Jugend. Ihre Forderungen waren groß, und sie zeigten durchaus keine Neigung zu einer asketischen Lebensweise wie die revolutionäre Intelligenz. Sie waren in der Stadt aufgewachsen, hatten sich an diese Umgebung gewöhnt und hatten durchaus keinen Hang zur Tätigkeit auf dem Lande. Sie lasen gern und traten sehr eifrig für eine systematische und gründliche Propaganda ein. Es zeigte sich bald, daß die damaligen Broschüren bis auf die „Gescheite Mechanik“ und die „Satten und die Hungrigen“ für sie bereits zu primitiv waren.

Viel niedriger als sie standen die „Fabrik“-arbeiter, die sich immer noch zum Landleben hingezogen fühlten; die geistigen Bedürfnisse und die Lebensführung waren hier niedriger als bei den „gewerblichen“ Arbeitern. Infolge der mehrjährigen Propaganda der Revolutionäre entwickelte sich jedoch auch der geistige Horizont dieses Teils der Arbeiterschaft.

Eigentlich hatte die Propaganda in Petersburg seit den Zeiten Dolguschins und der „Tschajkowski-Freunde“ nie aufgehört. Als die Mitglieder von „Land und Freiheit“ ihre Tätigkeit begannen, bemühten sie sich vor allem, die „alten“ Arbeiter ausfindig zu machen, unter denen die Revolutionäre schon in früheren Jahren gearbeitet hatten, was ihnen denn auch ohne sonderliche Mühe gelang. In der Hauptstadt bildeten diese Arbeiter zusammen mit jenen, die die neue Revolutionspartei bereits gewonnen hatte, den Kern der proletarischen Organisation. Sie lenkten die Propaganda unter den Arbeitern und waren bemüht, die Agitation in jede größere Fabrik in Petersburg und der nächsten Umgegend zu tragen. Einige Mitglieder von „Land und Freiheit“ aus den Reihen der Intelligenz standen dauernd in Beziehung zu diesen Arbeitergruppen, hielten Vorträge in ihnen und verständigten sich mit den Arbeitern bezüglich der in Angriff zu nehmenden Angelegenheiten, ließen ihnen aber im übrigen ihre Selbständigkeit.

In jener Zeit, d. h. in den Jahren 1876 bis 1879, herrschte nicht nur in Petersburg eine ausgedehntere revolutionäre Tätigkeit, sondern ebenso in Kijew, Odessa, Charkow, Rostow am Don und Saratow. Über andere Städte fehlen uns nähere Nachrichten. Auch über Moskau wissen wir nichts Bestimmtes; die revolutionäre Bewegung scheint hier jedoch nach den großen Verhaftungen von 1875 sehr schwach, ja vielleicht ganz unterbrochen gewesen zu sein und auch in den darauffolgenden Jahren keine größere Ausdehnung gewonnen zu haben. Es ist charakteristisch, daß die Handwerksmeister in Petersburg vollkommen zu den Revolutionären hielten, während sie in Kijew und einigen anderen Provinzstädten zu deren Gegnern gehörten.

Im Jahre 1878 wurde die Arbeiterbewegung in Petersburg bedeutend lebhafter; auch einige größere Arbeitseinstellungen fanden statt: sie brachen infolge von Lohnherabsetzungen aus, einige wurden auch veranstaltet, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Ergebnisse dieser Streiks waren verschieden, alle aber stärkten das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und spornten sie an, sich zu organisieren. Ein Teil der Streikenden erwartete von dem damaligen Thronfolger, dem späteren Alexander III., Hilfe und unterbreitete ihm eine von vielen Arbeitern unterzeichnete Petition, in der sie ihre Forderungen auseinandersetzten. Die Revolutionäre hinderten die Arbeiter nicht in ihrem Vorhaben, da sie überzeugt waren, der Thronfolger werde sich entweder überhaupt nicht um die Angelegenheit kümmern oder sich auf seiten der Fabrikanten stellen; überdies wollten sie die Arbeiter nicht in dem Gedanken bestärken, sie könnten ihre Lebensbedingungen durch Arbeitseinstellungen verbessern; sie rechneten damit, daß ein Mißerfolg beim Thronfolger die Unzufriedenheit der Arbeiter noch mehr schüren und sie langsam gegen die Dynastie aufbringen würde.

Sie irrten sich in dieser Voraussetzung nicht; die Arbeiter fanden beim Thronfolger keine Unterstützung.

Die Arbeiterbewegung in Petersburg wuchs immer mehr an, doch vermochten die Mitglieder der Organisation „Land und Freiheit“ sie nicht entsprechend zu lenken, da sie den größten Teil ihrer Kräfte der Arbeit auf dem flachen Lande widmeten.

Anderseits fehlte ihnen ein politischer Gedanke, der ihrer Agitation einen allgemeinen Charakter hätte geben können. Sie waren daher nicht imstande, den Arbeitern die wichtigsten Forderungen des Tages zu nennen; war die politische Freiheit für sie doch ein „Bourgeois-Betrug", der der Arbeiterklasse keinerlei wirkliche Vorteile bringen konnte.

VI.

Im Jahre 1877, namentlich in der zweiten Hälfte, traten Umstände ein, die die öffentliche Meinung in den gebildeten Kreisen der Gesellschaft stark erregten, die Revolutionäre aber zur Rache reizten.

Im April 1877 besuchte der Polizeimeister von Petersburg, General Trepow, das Untersuchungsgefängnis und fand dort den politischen Gefangenen Bogolubow, der ihn nicht grüßte. Trepow geriet in furchtbare Wut, stürzte mit geballten Fäusten auf den Gefangenen los und befahl, ihn zu prügeln. Der Vorfall erregte eine allgemeine Empörung, und einige Revolutionäre beschlossen, Trepow zu töten. Das Vorgehen des Generals bestärkte nur die bereits bestehenden terroristischen Strömungen. Anfang Juni neuen Stils standen die Gründer des „Südrussischen Arbeiterverbandes" vor Gericht, es waren fünfzehn Angeklagte. Der Prozeß zeigte deutlich, welche Schwierigkeiten die russische Regierung einer Arbeitermassenbewegung bereitete; ebenso trat die unzweifelhafte Tatsache zutage, daß ein Teil des städtischen Proletariats bereits von der revolutionären Bewegung erfaßt war. Der bekannte Schriftsteller Turgenjew wohnte dem Prozeß als Zuschauer bei.

Der Hauptgründer der Organisation, Saslawski, wurde zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Ribicki und Krawtschenko zu fünf Jahren, den übrigen wurden leichtere Strafen auferlegt.

Im Februar und März des gleichen Jahres fand der sogenannte Prozeß der Fünfzig statt, die angeklagt waren, unter den Arbeitern in Moskau und den umliegenden Fabrikstädten Propaganda getrieben zu haben. Die Angeklagten setzten in längeren Reden ihren Standpunkt auseinander. Die Bardina erklärte das Wesen des Sozialismus, dessen Verwirklichung sie und ihre Ge-

fährten anstrebten, und widerlegte die falsche über ihn verbreitete Meinung. Sdanowitsch wies den Zusammenhang zwischen der sozialistischen Bewegung in Rußland und Westeuropa nach und besprach die schwierige Lage des russischen Proletariats. Diese und andere Reden machten einen starken Eindruck; die Angeklagten selbst erwarben sich allgemeine Sympathie und Schätzung. Sie machten den Eindruck von verständigen Menschen, die sich ihrer Sache ganz hingegeben hatten und einen hohen Lebensidealismus besaßen. Es war klar, daß sie ihre Tätigkeit damit begonnen hatten, rein gedanklich auf die Massen einzuwirken, und daß ihre Arbeit in jedem konstitutionellen Staat von den Behörden nicht als Vergehen angesehen worden wäre.

Das Urteil war sehr hart; von den fünfzig Angeklagten wurden fünfzehn (neun Männer und sechs Frauen) zu drei bis zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, die anderen erhielten geringere Strafen. Einige von ihnen beteiligten sich, nachdem sie die Freiheit wieder erlangt hatten, von neuem an der freiheitlichen Bewegung: einige starben oder gingen wie die Bardina freiwillig in den Tod, als sie fühlten, daß ihre verbrauchten Kräfte ihnen den Kampf für die geliebte Sache unmöglich machten.

Großes Aufsehen erregte der Prozeß der 193, der von der zweiten Hälfte Oktober 1877 bis Ende Januar 1878 währte. Die Anzahl der Zeugen betrug fast 3000. Die Untersuchung dauerte fast vier Jahre. Mischkin, Wojnaralski, Kowalik und Bogatschew wurden aller Standesvorrechte für verlustig erklärt, zu zehn Jahren Zwangsarbeit und danach zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verurteilt; Siniegub, Stachowski, Dobrowolski, Kwaitkowski, Liwanow, Tscharuschin, Schischko, Zarubajew, Sejusow und Tscherniawski gingen auch ihrer Standesvorrechte verlustig, wurden zu neun Jahren Zwangsarbeit und gleichfalls zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verurteilt. Andere erhielten leichtere Strafen, von Zwangsarbeit angefangen bis zur Verschickung nach Sibirien und monatelanger Gefangenschaft. Der Gerichtshof selbst bat Kaiser Alexander II., allen Verurteilten bis auf Mischkin Straferleichterungen zuteil werden zu lassen.

Alexander II. willfahrte dieser Bitte jedoch nicht und zwar, wie man annahm, unter dem Einfluß des Generals Mesenzow, des

Chefs der Gendarmerie (Mesenzow war der Vorsteher der dritten Abteilung der eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Hoheit), und befahl überdies noch, achtzig Personen aus der Zahl der ganz Freigesprochenen auf administrativem Wege nach verschiedenen Teilen des Reiches zu schicken. Während der Verhandlungen hielt Mischkin eine prächtige Rede: aus dem Angeklagten wurde plötzlich der Kläger, er setzte das ganze Programm der damaligen Revolutionäre auseinander und erhob schwere Vorwürfe gegen die Senatoren.

Die zahlreichen Gefangenen, die 1877 und während eines beträchtlichen Teiles des Jahres 1878 in verschiedene Prozesse verwickelt und aus diesem Grunde in Untersuchungshaft waren, verständigten sich nicht nur untereinander, sondern auch mit den Genossen, die in Freiheit waren, und wurden von diesen in die weiteren revolutionären Kriegspläne eingeweiht. In den Gefängniszellen und auf den Gängen wurden alle laufenden Angelegenheiten besprochen. Im Gefängnisgebäude begann denn auch, wie einer der damaligen Revolutionäre sich ausdrückt, die Partei der „Volksfreiheit" zu entstehen. Shelabow, die Perowska und andere gehörten zu den Angeklagten im Prozesse der 193. Dobrowolski, der zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt war, gelang es zu entfliehen.

Mit dem Prozesse der 193 erreichte der Kampf auf geistigem Gebiete zwischen der Regierung und den Revolutionären seinen Höhepunkt, von jetzt ab entspann sich daneben auch ein rein physischer Kampf.

Viele Angeklagte aus diesem berühmten Prozeß starben noch vor der Verurteilung, andere verloren für immer ihre Gesundheit. Die Behörden behandelten die Gefangenen sehr streng, wodurch die Revolutionäre aufs äußerste gereizt wurden; der Wunsch entstand in ihnen, ihr gebrochenes Leben und das erduldete Unrecht unerbittlich zu rächen.

VII.

Im Winter von 1877 auf 1878 befanden sich viele Agitatoren der Organisation „Land und Freiheit" in Petersburg. Die revolutionären Kolonien auf dem Lande waren von der Polizei aufgedeckt

worden, und wer von Revolutionären dabei der Verhaftung entging, kam nach der Hauptstadt.

Die Entwicklung der Ereignisse in Rußland warf viele neue Fragen auf. Man dachte noch nicht an eine gründliche Änderung des Programms; aber taktische, organisatorische und technische Fragen verlangten eine eingehende Besprechung und bestimmte Beschlüsse. Einzelne Personen mit schärferem Blick begriffen bereits die Notwendigkeit des Kampfes um eine Konstitution. Der bereits mehrfach angeführte Aptekmann berichtet in seinem Buch über „Land und Freiheit", Olga Natanson und Oboleschew hätten sich damals bereits für eine Konstitution ausgesprochen. Ein eifriger Anhänger dieser Idee war Osinski, der damals gleichfalls in der Hauptstadt anwesend war. Man sprach in revolutionären Kreisen häufig über diesen Gegenstand, ohne jedoch zu greifbaren Ergebnissen zu kommen. „Land und Freiheit" setzte sich vorwiegend aus volkstümelnden Theoretikern zusammen, die der Ansicht waren, eine Konstitution würde nur dem Bürgertum die Möglichkeit geben, sich zu organisieren und das Volk noch mehr auszubeuten; nach wie vor hielten sie im Geiste der damaligen Anschauung an der Ansicht fest, politische Freiheit ohne soziale Umwälzung sei eine schädliche Illusion usw.

Bei den Beratungen wurden Osinskis Anträge verworfen; er hatte vorgeschlagen, sofort mit einer größeren terroristischen Tätigkeit einzusetzen und zur Expropriation von Regierungsgeldern, in Ausnahmefällen auch zur Expropriierung privater Vermögen zu schreiten, falls größere Geldmittel nötig werden sollten.

Dagegen wurde der wichtige Beschluß gefaßt, eine illegale revolutionäre Zeitschrift herauszugeben. Der Entschluß wurde durch den Umstand unterstützt, daß die Organisation bereits, dank der unermüdlichen Arbeit Sundeliwitsch', eine Geheimdruckerei besaß. Auch wurde beschlossen, das bedeutende Vermögen Lisogubs, das dieser der Partei zur Verfügung gestellt hatte, dafür zu verwenden. Dieser Beschluß wurde jedoch nur teilweise ausgeführt, da Lisogubs Gutsverwalter, wie sich später zeigte, seinen Brotherrn verriet.

In der Organisation selbst gingen wichtige Veränderungen vor. Obwohl Satzungen existierten, hatte es bisher doch an

einer genügenden Disziplin gefehlt, was ungünstige Folgen nach sich zog. Die einzelnen Mitglieder der Partei fügten sich nicht stets den Beschlüssen der Mehrheit, die ihrerseits in der Durchführung ihrer Beschlüsse nicht immer fest blieb. Einer der tüchtigsten der damaligen Revolutionäre, Alexander Michajlow, beschloß, dieses Übel zu bekämpfen. Er brachte den formalen Antrag ein, die Beschlüsse der Mehrheit müßten selbst von denen befolgt werden, die nicht mit ihnen übereinstimmten. Nach langen Diskussionen wurde der Antrag endlich angenommen. Man beschloß jedoch, die Organisation möge bei der Erteilung von Aufträgen an die Mitglieder bis zu einem gewissen Grade auch mit deren Wünschen rechnen.

VIII.

Das Jahr 1878 bedeutet in der Geschichte der russischen revolutionären Bewegung einen Wendepunkt, mit dem eine neue Epoche beginnt: die Zeit des Terrorismus.

Am 24. Januar alten Stils schoß Wera Sasulitsch während einer Audienz einen Revolver auf General Trepow los, den Vorstand der Petersburger Polizei, den die Revolutionäre, wie wir schon wissen, ganz besonders haßten. Wera Sasulitsch handelte nicht im Auftrage einer Organisation, sondern führte das Attentat, ohne jemandem ihre Absicht anvertraut zu haben, auf eigene Faust aus. Nach dem Attentat versuchte sie nicht zu fliehen und wurde sofort gefangen genommen. Die Regierung überwies ihren Prozeß dem Geschworenengericht, da sie mit Bestimmtheit auf einen Schuldspruch rechnete. Das Vergehen schien ganz klar. Die Verhandlung fand am 31. März in der Hauptstadt vor einem zahlreichen Publikum statt, unter dem sich Vertreter der Aristokratie und höchste Würdenträger des Staates, so auch der Kanzler Gortschakow befanden. Die Regierung wurde aber in diesem Falle aus dem Kläger der Angeklagte; die Verteidigung besprach eingehend die Willkür der Bureaukratie gegen die Gefangenen, die schweren Bedingungen, unter denen diese lange Jahre in völliger Abgeschlossenheit lebten; die Straflosigkeit der Polizei und Gefängnisbehörden, die unaufhörlich Rechtsverletzungen begingen usw.

Die Geschworenen sprachen Wera Sasulitsch frei. Das Urteil machte auf die anwesenden Bewohner der Hauptstadt und die gesamte Intelligenz einen ungeheuren Eindruck. Die Polizei erhielt den Befehl, Wera Sasulitsch sofort zu verhaften, aber das Publikum befreite sie; Freunde führten sie hinweg; vor dem Gerichtsgebäude entspann sich ein Straßenkampf, in dem der Revolutionär Sidoracki erschlagen wurde.

Die Regierung war empört. Man beschloß, von jetzt ab den Geschworenengerichten keine politischen Prozesse mehr zu überweisen und kleinere Angelegenheiten nur auf sogenanntem administrativen Wege zu erledigen, ein Verfahren, das seit den Reformen Alexanders II. im allgemeinen nicht mehr angewendet worden war.

Wera Sasulitsch verbarg sich eine Zeitlang in der Hauptstadt und fuhr dann ins Ausland.

Am 30. Januar spielte sich in Odessa ein blutiges Drama ab; der bekannte Revolutionär Johann Kowalski leistete im Gefängnis der Polizei und Gendarmerie bewaffneten Widerstand.

Er gehörte nicht zu „Land und Freiheit“ und hatte eine Gruppe von Leuten um sich, die untereinander in Verbindung standen. Die politischen und sozialen Ideen dieser kleinen Gruppe, namentlich Kowalskis selbst, lassen sich heute nur schwer schildern.

Bald nach diesem blutigen Ereignis brachte die „Alarmglocke“ die Erklärung, Kowalski sei ein Mitglied der Organisation gewesen, deren Anschauungen dieses Blatt vertrete und entwickle. Diese Erklärung, wie auch einige andere ähnliche, rief schon damals Widerspruch hervor, deren deutlichster Ausdruck ein Aufsatz in der im Auslande erscheinenden „Obschtschina“ (die Bezeichnung für das Gemeindeeigentum an Grund und Boden) war, der in Nummer 8 und 9 erschien und von einigen bekannten Emigranten, wie Wera Sasulitsch, Deutsch, Axelrod und anderen unterschrieben war. Darauf antwortete die Redaktion der „Alarmglocke“ in Nummer 1 und 2, sie könne in den terroristischen Attentaten, die in Rußland verübt würden, nur den moralischen Einfluß jener Grundsätze sehen, die sie selbst zum ersten Male gepredigt habe; sie schreibe jedoch diese Taten keiner bestimmten Organisation zu, weil dies unter

den herrschenden Umständen unrichtig wäre. Diese Erklärung entsprach nicht völlig der Wahrheit, da, wie bereits erwähnt, die „Alarmglocke" Kowalski als einen der Ihren erklärt hatte.

Kowalskis Gefährte, Witschewski, hat Einzelheiten über ihn im „Biloje" gebracht, die einiges Licht auf die Anschauungen dieses tatkräftigen und kühnen Menschen werfen [1]). Seiner Ansicht nach war Kowalski ein „buntar" (von bunt = Aufstand), der großes Gewicht auf einen energischen Kampf mit der Regierung legte; dieser energische Kampf sollte teilweise darin bestehen, daß man der Regierung bei Verhaftungen bewaffneten Widerstand leistete. Eine allgemeine Anwendung des Terrorismus plante Kowalski und ebenso die Leute, die sich um ihn scharten, damals nur gegen Verräter und Spione.

Zu der Gruppe der „buntary" im Süden Rußlands, in der Zeit von 1876 bis 1878, gehörte Kowalski aus persönlichen Gründen nicht, da er sich in Neigungen und Temperament von ihnen unterschied. Er war ein verschlossener Mensch, der zu philosophischen Erwägungen neigte. Er schrieb in der Zeitschrift „Vaterländische Annalen" über das Sektenwesen; während der Hausdurchsuchung fand man bei ihm handschriftliche Abhandlungen über revolutionäre Bewegungen.

Um Kowalski scharten sich die folgenden Personen: Witaschewski, die Schwestern Helene und Wera Witten (die in einem Ladengeschäft arbeiteten), Wladislaw Swititsch-Ilitsch (der aus dem Gefängnis in Cherson entflohen war), Wasili Klonow, Alexandra Tscherniawska, Alexander Akimow, Ludmilla Miereshnowa, Halina Tscherniawska, Natalie Jushakowa und der Student Bawerlej. Außer diesen Personen unterhielten noch ständige Beziehungen zu Kowalki: Salomea Lewandowska (eine Polin), Nikolaus Mirolubow, Alexander Aleksejew, Christine Grünberg (die jetzt mit Felix Kohn verheiratet ist) und Fanny Morejnis. Die beiden letzten traten mit der Gruppe erst direkt vor der Verhaftung Kowalskis in Verbindung.

In moralischer Beziehung herrschten unter den Mitgliedern der Gruppe große Verschiedenheiten. Witaschewski, die Tscher-

---

[1]) Jahrgang 1906, Februarheft S. 220—245.

niawska und Jushakowa hielten sich zu Tkatschews Theorien. Während seines Aufenthaltes im Auslande im Jahre 1877 hatte Witaschewski Mitarbeiter der „Alarmglocke“ kennen gelernt und hatte sogar Organisationsbeziehungen zu ihnen angeknüpft. Leider weiſs er sich heute nicht mehr zu erinnern, wo es außer in Odessa noch Gruppen von Anhängern der „Alarmglocke“ gab. Die Anhänger Tkatschews bildeten eine Organisation, die sich „Die Gesellschaft nationaler Befreiung“ nannte. Auch andere Revolutionäre vermögen in dieser Frage keine erschöpfenden Aufklärungen zu geben; in Rußland scheinen immerhin einige Gruppen bestanden zu haben, die mit der „Alarmglocke“ in Verbindung standen, davon war eine sicherlich in Petersburg, andere in Provinzstädten. Einzelne Anhänger dieser Richtung traten mitunter in andere lose Gruppen oder Organisationen ein, so gehörte Marie Oschanina zu „Land und Freiheit“.

Vielleicht war die Tatsache, daß Witaschewski, die Tscherniawska und Jushakowa, die Anhänger der „Alarmglocke“ waren, zu Kowalskis Kreis gehörten, ein Grund dafür, daß diese Zeitschrift ihn ein Mitglied ihrer Organisation nannte.

Die übrigen Mitglieder der Kowalskigruppe waren entweder Anhänger Lawrows oder „buntary“ oder endlich Bakunisten.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß ein anderes Mitglied der Kowalskigruppe, Swititsch-Ilitsch, in seinen Bemerkungen über Kowalski [1]) bestreitet, daß dieser ein „buntar“ war, doch führt er keine überzeugenden Tatsachen zur Unterstützung seiner Behauptung an. Andere Revolutionäre versichern, er sei es tatsächlich gewesen. Der Wahrheit am nächsten kommt wahrscheinlich jene Anschauung, wonach Kowalski allerdings für eine Massenagitation und Aufstände eintrat, aber gleichzeitig dem Terrorismus große Bedeutung beilegte; seine Ansichten bildeten also, namentlich damals, d. h. Ende 1877 und Anfang 1878, ein Bindeglied zwischen der alten Aufstandstheorie und den neuen revolutionären Theorien, die eine neue Taktik verfolgten.

Eingehende Nachrichten über die Tätigkeit Kowalskis und

1) „Biloje“, Jahrgang 1906, Septemberheft S. 142—158. Der Aufsatz enthält wertvolle Einzelheiten zur Charakteristik Kowalskis, die aber nichts über seine Tätigkeit besagen.

seiner Gruppe besitzen wir nicht. Witaschewski und Swititsch-Ilitsch versichern beide, er hätte eine geheime Handdruckerei besessen, um Aufrufe zu setzen.

Der erste Aufruf der Gruppe wurde in Odessa anläßlich der Hinrichtung des Verbrechers Lukjanow gedruckt und am 1. Dezember 1877 in 300 Exemplaren heimlich in den Straßen angeschlagen. Der Aufruf gab zu, daß Lukjanow furchtbar grausam gemordet hatte, suchte aber gleichzeitig zu beweisen, daß die Regierung noch größere Verbrechen begehe, „wenn sie das Volk beraube und auf es schießen lasse". Der moralische Sinn des Aufrufs gipfelte darin, man müsse die Regierungsvertreter dem Gericht des Volkes ausliefern, das „sie verurteilen würde". Ein zweiter Aufruf enthielt nach Witaschewski die Erklärung, ein gewisser Krajew sei ein Spion. Die Verhaftung der Mitglieder verhinderte eine weitere Ausbreitung der Gruppe.

Swititsch-Ilitsch erwähnt noch einen dritten Aufruf, der anläßlich des Attentats von Wera Sasulitsch erschien. Er war von Kowalski verfaßt und „Die Stimme der braven Leute" überschrieben, doch sagt er nichts über den Inhalt. Witaschewski berichtet, dieser dritte Aufruf habe von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes angesichts der herrschenden politischen und sozialen Zustände gesprochen und die Gesellschaft zu Geldsammlungen aufgefordert.

Aus diesen vereinzelten Nachrichten über die Kowalskigruppe ersehen wir, daß sie auf das Volk und die Allgemeinheit der Gesellschaft durch Aufrufe einwirken wollte; weiter, daß die Mitglieder, um die Bevölkerung an den Widerstand gegen die Behörden zu gewöhnen, auf einen lebhaften terroristischen Kampf mit den Behörden großes Gewicht legten und daß sie diesen Kampf durch bewaffneten Widerstand bei Verhaftungen und durch die Ermordung von Spionen beginnen wollten. Von einer propagandistischen Tätigkeit der Kowalskigruppe unter den Arbeitern von Odessa wissen wir nichts. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Gruppe nicht eine eigentliche Organisation bildete, sondern nur eine vorübergehende lose Verbindung von Menschen war, die einander kannten, miteinander sympathisierten und verwandte, aber nicht gleiche Ansichten in sozialen, politischen und taktischen Dingen besaßen.

Am 30. Januar erschienen abends in der Wohnung der Schwestern Witten plötzlich Gendarmen in Begleitung von Polizisten und erklärten, sie hätten Befehl, eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Anwesend waren: Wera Witten, Kowalski, Witaschewski, Swititsch-Ilitsch, Aleksejew, die Miereshnowa und Klonow. Kowalski feuerte einen Schuß auf den Offizier ab, der an ihn die Frage gestellt hatte, ob er etwas Verbotenes bei sich habe. Ein förmlicher Kampf begann. Die Gendarmen warfen sich auf Kowalski, der sich mit einem Dolch verteidigte. Endlich wurde er abgeführt, die anderen blieben unter Bewachung zurück, da die Gendarmen sie nicht ohne militärische Bedeckung ins Gefängnis führen wollten, aus Angst, sie könnten sich zur Wehr setzen wie Kowalski. Während des Kampfes Kowalskis und Swititsch-Ilitsch', der ebenfalls Schüsse abfeuerte, setzte ein Teil der Revolutionäre vom Fenster aus dem aus dem Theater heimkehrenden Publikum den ganzen Vorgang auseinander. Alle in der Wohnung anwesenden Personen wurden gefangen genommen und vor ein Kriegsgericht gestellt, da sich die Angelegenheit während des russisch-türkischen Krieges abspielte.

Einen Monat nach diesen Ereignissen wurde auch das Mitglied einer anderen Gruppe (der „Buntary“) verhaftet, Edmund Studzinski, der mit dem gefangenen Kowalski und anderen in Briefwechsel stand und die Absicht hatte, ihm zur Flucht zu verhelfen.

Die Gerichtsverhandlung begann am 19. Juli und dauerte fünf Tage. Vor dem Gebäude versammelte sich das radikale Publikum; am letzten Tage waren es etwa tausend Personen. Kowalski wurde zum Tode verurteilt und zwar sollte er erschossen werden, Swititsch-Ilitsch erhielt sechs, Witaschewski, Klonow und Studzinski vier Jahre Zwangsarbeit, Wera Witten und die Afanasiewa wurden nach Sibirien verschickt, die Miereshnowa zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Als die vor dem Gerichtsgebäude Versammelten das Urteil vernahmen, stießen sie drohende Rufe gegen die Regierung aus; das Heer versuchte die Versammlung zu zerstreuen, von beiden Seiten fielen Schüsse.

Kowalski wurde am 2. August hingerichtet. Vor seinem

Tode sagte er zu Swititsch-Ilitsch: „Ich habe nichts gegen meinen Tod, wenn er nur fruchtbar ist.“ Kowalskis bewaffneter Widerstand machte in ganz Rußland einen starken Eindruck und fand Nachahmung.

IX.

In Kijew herrschte, wie wir bereits wissen, unter den Revolutionären der heiße Wunsch nach unmittelbarem Kampf gegen die Regierung. Osinski wollte „Land und Freiheit“ zu einer solchen Aktion drängen, aber die Mehrzahl der Mitglieder war damit nicht einverstanden. Nichtsdestoweniger beschloß er nach seiner Rückkehr aus Petersburg, mit einigen anderen gemeinsam im Süden den terroristischen Kampf gegen die Regierung zu beginnen. Es wurde beschlossen, zunächst den Kampf gegen jene Regierungsvertreter zu eröffnen, die den Revolutionären als die schädlichsten erschienen.

Am 1. Februar wurde in Rostow am Don der Verräter Nikonow erschlagen. Am 23. Februar schossen Osinski und Iwan Iwicewitsch auf den Staatsanwaltsgehilfen Kotlarewski, dem man Übereifer, Brutalität und einen ganz besonderen Haß gegen die politischen Verbrecher vorwarf. Das Attentat mißlang. Nach dem ersten Schuß fiel Kotlarewski vor Schreck zu Boden, die Revolutionäre feuerten noch einige Schüsse gegen den Liegenden ab und hielten ihn für tot, doch war er nicht einmal verwundet.

Nach diesen Attentaten erließen die Revolutionäre Aufrufe, in denen sie sich bemühten, die Notwendigkeit des Terrorismus unter den herrschenden Verhältnissen in Rußland zu begründen und nachzuweisen.

Auf dem Aufruf nach dem Attentat auf Kotlarewski tauchte zum erstenmal die Unterschrift auf: „Exekutiv-Komitee (Ispolnitelnij Komitet) der russischen sozialrevolutionären Partei“.

Als die Revolutionäre die Aufrufe in den Straßen anbrachten, wurden die beiden Brüder Isbicki verhaftet; sie leisteten bewaffneten Widerstand, töteten aber niemand. Die Vorfälle machten einen starken Eindruck auf die Studentenschaft; Forderungen nach Studentenfreiheit wurden laut, die die bestehenden Satzungen nicht ge-

währten. Anfang April kam es zu starken Studentenunruhen, wobei der Rektor der Universität, Matwiejew, einen heftigen Schlag gegen den Kopf erhielt. 120 Studenten wurden aus der Universität entfernt, 15 verschickt. Während ihres Transports durch Moskau kam es zu Straßenunruhen. Die studierende Jugend aus den höheren Lehranstalten umringte unter drohenden Rufen gegen die Regierung den Wagen und versuchte die Gefangenen zu befreien. Die Wache verhinderte sie daran und führte den Gefangenentransport weiter; die Menge wurde immer größer, der ganze Vorfall bekam den Charakter einer regierungsfeindlichen Demonstration. Als die Schar auf den Marktplatz gelangte, kamen die kleinen Ladenbesitzer, Angestellte und der Mob, die die Machtlosigkeit der Polizei sahen, dieser aus eigenem Antriebe zur Hilfe und warfen sich auf die jungen Leute. Ein Student wurde verwundet und starb einige Tage darauf an seinen Verletzungen.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Mai verwundete der bekannte Revolutionär Popko den Gendarmerieoffizier Gejkin tödlich. Die Revolutionäre hielten ihn für besonders schädlich, da er den Liberalen spielte und selbst Personen, die in unmittelbarer Beziehung zu den Revolutionären standen, zum Sprechen zu bringen verstand; auch besaß er vorzügliche Fähigkeiten zum Untersuchungsrichter. Einige Tage später gelang es dem Revolutionär Frolenko, durch einen sehr geistreichen Streich seine drei Gefährten, die an dem mißglückten Tschejrinsker Aufstand beteiligt waren, Deutsch, Bochanowski und Stefanowitsch, zu befreien. Alle diese Attentate brachten den Revolutionären keine Nachteile, da sie den Polizeinachstellungen in diesen Fällen glücklich entkamen. Erst bei anderen Gelegenheiten fielen sie ihr in die Hände. Derartige Ereignisse hoben die revolutionäre Stimmung in den unzufriedenen Kreisen der Gesellschaft noch mehr, da sie auf die Einbildung wirkten und zum Kampf gegen die Regierung anspornten.

Im Juli machten die Revolutionäre den Versuch, Wojnaralski beim Transport aus Charkow zu befreien, was ihnen aber mißglückte. Sie überfielen die begleitende Wache und töteten einen Mann; dem anderen gelang es jedoch, den Gefangenen in Sicher-

heit zu bringen. Das Unternehmen war von langer Hand vorbereitet gewesen; unter den zahlreichen Revolutionären, die sich daran beteiligt hatten, waren Adrian Michajlow, Frolenko, Kwiatkowski, Barannikow und die Perowska.

In der Hauptstadt herrschte unter den Studenten sehr große Erregung. Unmittelbarer Anlaß dazu war ein Überfall der Kosaken auf die Studentenschaft in Charkow gewesen, die sich wie gewöhnlich in der Universität versammelt hatte. Die Kosaken prügelten viele bis aufs Blut. In dem Vorgehen der Behörden gab sich eine ungeheure Nervosität kund; man ging offenbar ohne jeden Plan vor. Die Jugend der höheren Petersburger Lehranstalten war empört und beschloß zu protestieren. Die Mitglieder von „Land und Freiheit" bemühten sich, diese Stimmung noch zu unterstützen und anzufachen, da sie sie vorteilhaft fanden. Eine förmliche Adresse an den Justizminister Pahlen wurde abgefaßt, in der sich die Studentenschaft über die Brutalität der Polizei und die hindernden Vorschriften beklagte. Die Studenten von Moskau handelten mit den Petersburgern im Einverständnis und arbeiteten mit deren Mithilfe die Adresse aus. Die Bewegung sprang auch auf andere Städte über. Die Adressen wurden in zahlreichen Exemplaren unter der Jugend und in der Gesellschaft verteilt. Die Petersburger Studenten beteiligten sich nicht an der feierlichen Begrüßung des vom Kriegsschauplatz heimkehrenden Monarchen.

Die Petersburger Jugend reichte eine Petition an den Thronfolger ein, worin sie alle Punkte auseinandersetzte, über die sie Klage führte. Es kam auch zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei und den Kosaken; in Petersburg wurden viele Studenten geschlagen und gefangen genommen. Gegen Ende 1878 umfaßte die Studentenbewegung bereits ganz Rußland und hatte einen einheitlichen Charakter. Die Studenten forderten für sich Versammlungsfreiheit, ferner das Recht, legale Bibliotheken (illegale hatte es stets gegeben) und Studentenkassen zu gründen. Die bescheidenen Forderungen stießen jedoch bei der Regierung auf unbeugsamen Widerstand.

Im Jahre 1878 war Petersburg der Schauplatz einer Demonstration, die während des Begräbnisses des verhafteten Studenten

Padlewski und einiger Personen, die einer zufälligen Explosion einer Pulvermühle zum Opfer gefallen waren, stattfand.

Alle diese Vorfälle verstärkten die revolutionäre Stimmung und brachten eine Reihe unerwarteter Ereignisse; man erwartete immer wieder neue Zusammenstöße, immer gewaltsamere Episoden des Kampfes zwischen Revolutionären und Regierung.

Getreu ihren Grundsätzen, beschlossen die Mitglieder von „Land und Freiheit“ trotz der Mißerfolge, die ihnen 1877 die revolutionären Kolonien gebracht hatten, 1878 neue zu gründen. Sie führten diesen Entschluß auch aus, allerdings in weit geringerem Maßstabe als vorher. Eine derartige Kolonie wurde im Gouvernement Saratow, eine zweite im Gouvernement Woronesh gegründet. Die erste bestand fast ein Jahr, die andere kaum ein paar Monate. Die Mitglieder der Kolonien vermochten in dieser kurzen Zeit fast nichts zu tun. Im besten Falle gewannen sie die Sympathie einiger Personen aus dem Volke. Von einer Organisierung der Volksmassen zum täglichen Kampf mit den Gutsbesitzern und der Regierung konnte nicht die Rede sein.

Allmählich fingen die „Bauernenthusiasten“ an, das Vertrauen zu ihrer bisherigen Taktik zu verlieren, obgleich die Mehrzahl von ihnen auch 1878 noch der alten Theorie treu blieb.

Unter solchen Umständen konzentrierte sich die Tätigkeit von „Land und Freiheit“ immer mehr auf den unmittelbaren Kampf gegen die Regierung.

Die schweren Strafen im Prozeß der 193 reizten und erbitterten die Revolutionäre. Die öffentliche Meinung schrieb, ob mit Recht, sei dahingestellt, die Tatsache, daß Alexander II. die Bitte des Gerichtshofs um Ermäßigung der Strafen abgeschlagen hatte, dem Einfluß des Generals Mesenzew zu, der an der Spitze der dritten Abteilung der eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Hoheit stand und Chef der Gendarmerie war. Man behauptete auch, er sei an der schlechten Behandlung der politischen Verbrecher durch Gendarmerie- und Gefängnisbehörden schuld; ebenso schrieb man es ihm zu, daß der Kaiser das Todesurteil über Kowalski nicht in Zwangsarbeit umwandelte.

Am 2. August wurde Kowalski in Odessa erschossen. Am 4. des gleichen Monats wurde General Mesenzew in Petersburg

am hellen Tage auf der Straße getötet; er war in Begleitung Makarows gewesen. Der Attentäter entkam; es war Sergius Krawtschinski, der später unter dem Pseudonym Stiepniak bekannte Schriftsteller.

Sowohl in der Hauptstadt als auch im ganzen Lande machte der Anschlag einen niederschmetternden Eindruck; in der Tat war Mesenzew der eigentliche Leiter der inneren Politik gewesen und hatte das volle Vertrauen Alexanders II. besessen. Der Eindruck war um so stärker, als die Behörden Krawtschinskis nicht habhaft wurden. Er sprang sofort nach dem Anschlag in einen Wagen, der auf ihn wartete und vor den das bekannte Pferd des Arztes Weimar gespannt war, das schon zwei Jahre vorher Krapotkin aus dem Gefängnis entführt hatte. Der Revolutionär Adrian Michajlow kutschierte.

X.

Unterdessen erstarkte in der russischen Gesellschaft die liberale Bewegung. Im Jahre 1877 entstand im Auslande eine liberale Zeitschrift „Die allgemeine Sache“ (Obschtscheje Dielo). Die Redaktion war nicht einheitlich; neben dem gemäßigten Liberaldemokraten Bielogolow gehörte der Radikale Sajzew dazu, der einst Bakunins Gefährte in der „Internationalen“ gewesen war und ein starkes publizistisches Talent besaß, Alisow, der als einer der ersten für den Terrorismus eintrat und sehr heftige Aufsätze und Abhandlungen schrieb, und endlich Christoforow, der die mittlere Linie einhielt. Die Zeitschrift war in Rußland nicht sehr verbreitet, drückte aber unstreitig die Meinung eines beträchtlichen Teils der russischen Intelligenz aus.

Im April 1878 kam eine einzelne Nummer einer kleinen Zeitschrift heraus, die sich „Lose Blätter“ nannte. Sie enthielt nur einen einzigen und überdies kurzen Aufsatz von Nikolaus Michajlowski, der einen ungeheuren Einfluß auf die radikale Jugend und die am weitesten linksstehende Opposition im allgemeinen besaß. Einige Jahre vorher noch hatte Michajlowski konstitutionelle Bestrebungen verächtlich verworfen. Als der Aufsatz erschien, wußten allerdings nur wenige, von wem er verfaßt war, erst nach seinem Tode wurde der wahre Sachverhalt aufgedeckt

In eindringlichen Worten schildert Michajlowski in den „Losen Blättern“ die Lage Rußlands. Die Regierung, sagt er, ist nicht imstande, die Übergriffe zu beseitigen oder will es nicht tun, diese Aufgabe erfüllen daher die Revolutionäre mit Hilfe des Terrorismus. Der Urteilsspruch über Wera Sasulitsch vom 31. März werde in der Geschichte Rußlands ein denkwürdiger Tag bleiben, fährt er fort, da er eine deutliche Kundgebung des sozialen Willens war. Die Ereignisse folgen einander rasch und müssen zu einer Konstitution und einem Landestag führen. Die Regierung droht vergebens mit Repressalien, die historische Bewegung läßt sich nicht aufhalten. Soziale Angelegenheiten müssen in die Hand der Gesellschaft gegeben werden, erklärt Michajlowski, erfolgt dies nicht in der Form einer repräsentativen Verfassung, so muß ein geheimes „Komitee der öffentlichen Sicherheit“ entstehen: wehe dann den Tollköpfen, die es wagen, sich dem Lauf der Geschichte zu widersetzen; entscheidende Augenblicke gebären auch entschlossene Menschen.

Was für eine Gruppe von Menschen mit Michajlowski gemeinsam an der Herausgabe des Schriftchens arbeitete, wissen wir heute nicht. Wahrscheinlich waren es Sozialisten, die sich keiner der bestehenden Gruppen anschlossen und radikale Liberale, die keine politische Organisation bildeten.

Im Jahre 1878 erwachte auch die konstitutionelle Bewegung in den Ziemstwos von neuem. Die Mitglieder der am liberalsten gesinnten Ziemstwos kamen zu Beratungen und Konferenzen zusammen, auf denen ein gemeinsamer Plan und die Schaffung einer Organisation besprochen wurden. Die Liberalen versuchten sogar mit den revolutionären Kreisen anzuknüpfen. Bis heute fehlt es noch an genügendem Material, um diese Bewegung völlig zu beurteilen, wir kennen nur einzelne Fragmente. Da sich die Wendung der Revolutionäre zum Konstitutionalismus zunächst im Süden zeigte, wandten sich die liberalen Ziemstwoleute zuerst dort ihnen zu. Wohl im Herbst 1878 fand eine Zusammenkunft in Nishin im Gouvernement Tschernichow statt. Anwesend waren: A. F. Lindfors, A. A. Russow, N. A. Konstantinowitsch von seiten der Ziemstwoleute, die Radikalen hatten Bialowodski entsendet. Diese Zusammenkunft war nur eine

Art Vorbereitung zu einer größeren, die gegen Ende 1878 in Kijew stattfand. An dieser zweiten größeren Zusammenkunft waren beteiligt: I. I. Pietrunkiewitsch, einer der heutigen Führer der Partei für Volksfreiheit (Kadetten), und M. P. Sawitsch, die aus der Ukraine stammten, A. A. Russow, W. L. Bernstam, M. P. Staricki, N. W. Kowalewski, I. A. Shytecki, Professor Gordiejenko, drei Polen, deren Namen wir nicht kennen [1]); von Sozialrevolutionären beteiligten sich: Osinski, der später gehenkt wurde, die Kowalewska und einige andere.

Die Verhandlungen führten jedoch zu keiner Verständigung zwischen Liberalen und Revolutionären. Die Sozialisten, namentlich diejenigen, die sich an diesen Beratungen beteiligten, gaben zwar zu, daß man eine Konstitution für Rußland und ebenso die grundsätzlichen Bürgerrechte erringen müsse, doch unterschieden sie sich in taktischer Hinsicht von den Liberalen. Die Ziemstwoleute verlangten von den Revolutionären das Aufgeben des Terrorismus; sie wollten in erster Reihe legale Kampfmittel versuchen in der Hoffnung, offenkundige Forderungen nach politischer Freiheit in der Form von Petitionen und Adressen, die soziale Institutionen einreichen sollten, würden den gewünschten Einfluß auf die Regierung ausüben. Die Revolutionäre waren damit nicht einverstanden und erklärten, die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Regierung in Rußland ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei und die öffentliche Meinung überhaupt nicht in Betracht ziehe.

Ähnliche Beratungen fanden auch in anderen Städten statt und verliefen ebenso erfolglos.

Die Ziemstwoleute gründeten nun eine eigene Organisation, die sie die „Gesellschaft des Ziemstwo-Verbandes und der Selbstverwaltung“ nannten (Obschtschestwo siemskawo sojuza i samouprawlenia). Die Organisation trieb in breiten gesellschaftlichen Kreisen konstitutionalistische Propaganda und beschloß, eine eigene Zeitschrift im Auslande zu drucken. In Galizien, wo die ganze Redaktion untergebracht werden sollte, wurden einige

---

1) Ich entnehme diese Einzelheiten der unvollendeten Arbeit Bialokowskis in „Biloje“, Jahrgang 1904, Aprilheft S. 236 ff.

Personen verhaftet und illegale Literatur bei ihnen beschlagnahmt. Auch die Programmbroschüre, in der die Forderung nach Bürgerrechten erhoben und eine gesetzgebende Versammlung verlangt wurde, fiel gleichfalls in die Hände der Polizei. Erst 1881, bereits unter der Regierung Alexanders III., gründeten die oppositionellen Ziemstwoleute eine eigene Zeitschrift im Auslande.

In Rußland selbst äußerte sich diese Opposition in Adressen der Ziemstwoleute, die anläßlich der Aufrufe der Regierung an die Gesellschaft nach den großen terroristischen Attentaten erschienen. Wir kommen auf diese Ereignisse noch zurück.

XI.

Im März, April und Mai 1878 tauchten in Rußland vier Nummern einer sozialrevolutionären Zeitschrift auf, die sich der „Beginn“ nannte. Die Zeitschrift war nicht das offizielle Organ irgendeiner Partei, sondern vertrat nur allgemein die Grundsätze des damaligen Anarchismus mit seinem Bauernkultus. Die Anschauungen, die in dem Blatt entwickelt wurden, enthielten nichts Neues, aus den Aufsätzen über Tagesereignisse blickte immer wieder der Gedanke durch, Rußland stehe am Vorabend einer Umwälzung, die entweder rein politisch, oder sozial und politisch sein würde.

Im „Beginn“ finden wir auch den alten Gedanken von der Entwicklung des slawischen Volkes und des slawischen Staates, den unerschütterlichen Glauben an die Zukunft des Gemeindeeigentums an Grund und Boden in Rußland und ebenso an die Möglichkeit, von dieser Einrichtung gleich zu einer höheren Gesellschaftsordnung, zum Sozialismus überzugehen.

Im Leitartikel von Nummer 4 schreibt ein unbekannter Verfasser, die Sozialrevolutionäre möchten auf verschiedene Ereignisse gefaßt sein, die in Rußland eintreten könnten. In bezug auf eine Konstitution spricht er charakteristische, aber widersprechende Ansichten aus. Er spricht eingangs davon[1], die

---

1) „Die revolutionäre Journalistik der siebziger Jahre“ („Russische historische Bibliothek“, in russischer Sprache), Bd. III, S. 88. Paris.

Verwandlung des absolutistischen in einen repräsentativen Staat sei für das russische Volk ganz gleichgültig, da nur eine Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Lage des Volkes ändern könne. Er versichert aber dann weiter, eine rein politische Umwälzung sei für die sozialistischen Revolutionäre wünschenswert, da die bestehenden Zustände im Staate eine Unterbrechung erfahren, die Hoffnung des Volkes auf den Kaiser zunichte werden und schließlich dadurch der für den reinen Klassenkampf geeignete Boden entstehen würde. Diese neue konstitutionell-bürgerliche Ordnung würde aber in Rußland nicht lange währen, da der russische Kaufmann und der russische Gutsbesitzer nicht die gleichen Eigenschaften haben wie die westeuropäischen. Eine Konstitution würde aus diesem Grunde Bedingungen schaffen, die einer sozialrevolutionären Tätigkeit unter der Landbevölkerung und dem Proletariat nur günstig sein würden, wodurch eine rasche Befreiung der arbeitenden Klassen möglich sein würde.

Obgleich also die politische Freiheit für die Sozialisten wünschenswert sei, erklärt der Verfasser, sollten sie doch nicht gemeinsam mit den Liberalen arbeiten, um sie zu erlangen.

Die schwachen Seiten der revolutionären „Bauernmanie" zeigen sich hier in ihrer ganzen Schärfe. In der gleichen Nummer gesteht ein unbekannter Revolutionär, der im Prozeß der 193 verurteilt worden war, er habe sich früher niemals um den Mechanismus des Kampfes selbst und ebensowenig um den der künftigen sozialen Revolution gekümmert, da er der Ansicht gewesen sei, ein genaues Programm sei während der Revolution überflüssig, würde doch das Volk selbst im entscheidenden Augenblick die entsprechenden Wege einschlagen. Jetzt aber habe er seine Ansicht geändert und glaube, es sei für die Revolutionäre notwendig, die künftigen großen sozialen Bewegungen hypothetisch vorauszusehen. Der Mangel einer solchen Voraussicht, fährt er fort, habe sich in der Geschichte der Pariser Kommune gezeigt, die einen anderen Verlauf und ein anderes Ende hätte nehmen können, wenn die damaligen Führer einen klaren Begriff von den näheren und weiteren Zielen gehabt hätten, nach denen sie strebten. Man könne nicht einmal für die Revolution in entsprechender Weise Propaganda machen, ohne die Frage

ihrer möglichen Formen zu berühren; der Glaube an die Ursprünglichkeit sozialer Prozesse sei unberechtigt. Der Verfasser geht nun ganz allgemein auf die Organisation der Gemeinden und größerer territorialer Einheiten während der Revolution ein und tritt für die Einberufung eines Landestages ein, der ganz Rußland repräsentieren sollte. Zum Schluß wirft er noch die Frage auf, ob der Staat nicht am besten in einzelne, politisch selbständige Territorien zerfallen solle, die gleichzeitig eine Föderation bilden würden. Zu ihr sollten dann gehören: Polen, Finnland, die Baltischen Provinzen, Kleinrußland, das südwestliche Land, Nowaja Rossia usw. (Ein Fehler ist es, daß der Verfasser aus dem südwestlichen Land etwas von Kleinrußland Verschiedenes machen will.)

Der „Beginn“ enthielt Aufsätze, die lebhaft geschrieben waren und zahlreiche Informationen brachten.

Die vierte und letzte Nummer erschien im März 1878.

Neben der alten Ideologie, die sich in dieser Zeitschrift sehr deutlich spiegelte, trat ein starkes Interesse für politische Fragen hervor, das allerdings, wie wir bereits sahen, wenig konsequent war.

Thun nennt den „Beginn“ in seiner „Geschichte der russischen Revolution“ irrtümlich ein Organ der Liberalen, wir haben oben den wahren Charakter dieses Blattes gezeigt.

Im Jahre 1878 begann ein neues, gut geleitetes sozialrevolutionäres Blatt in Genf zu erscheinen, das sich „Obschtschina“ nannte. Hinter dem Blatt standen ältere und auch jüngere Emigranten: Shukowski, Krawtschinski, Axelrod, Stefanowitsch und andere.

Die „Obschtschina“ stand auf dem Standpunkt Bakunins, sie begnügte sich jedoch nicht damit, die Theorie zu predigen, sie besprach auch eingehend die Tagesereignisse der europäischen und russischen revolutionären Bewegung, wodurch das Blatt einen lebhafteren Ton erhielt. Dazu kam eine lebhafte, bündige und verständige Schreibweise, wodurch das Blatt in revolutionären Kreisen um so größeren Anklang fand. Die „Obschtschina“ war kein Parteiblatt, stimmte aber unstreitig völlig mit jenen Anschauungen überein, die „Land und Freiheit“ in den ersten

Jahren dieser Organisation vertreten hatte. Das Blatt war in Rußland verbreitet.

In einem Aufsatz über die russische Ackergemeinde in Nummer 1 wird ausgeführt, die „Obschtschina" sei in ihrer jetzigen Art in erster Reihe ein Werkzeug in den Händen der Regierung zur Steuereintreibung, da die Bauern solidarisch für sie einstünden; unter solchen Umständen, fährt der Verfasser fort, verwischen sich die Vorteile der Einrichtung im Bewußtsein des Volkes vollständig. Bei dem Herausgeber der „Obschtschina" vereinigte sich diese nüchterne Anschauung jedoch völlig mit dem Glauben, die russische Ackergemeinde werde der Ausgangspunkt einer neuen sozialistischen Ordnung werden, da die Bauernrevolution alle schlechten Seiten der „Obschtschina" beseitigen würde.

In Nummer 8 und 9 der „Obschtschina" schrieb Stefanowitsch einen Aufsatz „Unsere Aufgabe auf dem flachen Lande"; er charakterisiert die russische Ackergemeinde mit ihren Vorzügen und Nachteilen und kommt zu dem Schluß, die Revolutionäre müßten folgende Forderungen aufstellen: 1) alle Grundstücke, die im Privatbesitz sind, müßten in das Eigentum der Ackergemeinde übergehen, und zwar bereits unter den Verhältnissen, in denen die Ackergemeinden sich jetzt (d. h. 1878) befinden; 2) müßten die Revolutionäre die völlige Selbständigkeit dieser Gemeinde bei Ausübung aller ihrer sozialen Funktionen fordern, was einer Aufhebung des Staates gleichkommen würde. Wir sehen, wie sehr die russischen „volkstümelnden" Revolutionäre trotz ihrer fortwährenden Mißerfolge an ihren alten Anschauungen festhielten.

Die Redaktion der „Obschtschina" machte zu dem Aufsatz Stefanowitschs die Bemerkung, daß sie vielen seiner Anschauungen nicht zustimme. Doch bezieht sich dieser Vermerk, wie aus anderen Artikeln hervorgeht, sicherlich nicht auf die grundsätzlichen Anschauungen des Anstifters des Tschigiriner Aufstandes, sondern nur auf einzelne seiner Ausführungen über die Ackergemeinde, die so nebensächlich sind, daß ich sie hier nicht einmal wiedergebe.

In Nummer 3 und 4 schreibt Axelrod über die damalige revolutionäre Bewegung und ihre Mängel. Er bespricht eingehend

die Theorien, die seit 1873 über die Art, wie auf das Volk eingewirkt werden solle, im Schwange waren; er bekämpft jene Ansicht, als könnte man nur unter der Landbevölkerung arbeiten. Jene verbreitete Anschauung, als sei nur die Tätigkeit auf dem Lande eines Revolutionärs würdig, ist falsch, erklärt Axelrod. Die bisherige revolutionäre Tätigkeit, fährt er fort, hat sehr bedeutende Ergebnisse gebracht; unter den Bauern sei sie zu wenig systematisch und allzu abstrakt gewesen, unter den Fabrikarbeitern in der Stadt habe sie erst in letzter Linie gewirkt [1]). Überhaupt sei die revolutionäre Tätigkeit chaotisch und nicht organisiert gewesen, eine populäre revolutionäre Presse habe fast überhaupt nicht existiert, was für die Propaganda unzweckmäßig gewesen sei. Axelrod macht nun folgende Vorschläge: 1) Arbeitsteilung unter den revolutionären Agitatoren; 2) Lokalisierung der Tätigkeit selbst; 3) systematische Propaganda und Agitation; 4) Gründung einer populären Presse.

Hand in Hand mit der Propaganda müsse die Agitation gehen. Die erste müsse sich das Ziel setzen, die Massen mit dem Sozialismus vertraut zu machen, die zweite müsse sie in den Kampf des Tages hineinziehen. Axelrod befürchtet, die Scharmützel mit dem Absolutismus könnten am Ende den Kampf um den Sozialismus schwächen, wie es in der Episode Stefanowitsch tatsächlich der Fall war, der bereit war, die Idee der Bewegung selbst zu vernachlässigen, um nur um jeden Preis einen Aufstand zu entfachen. Mit Unrecht nennt jedoch Axelrod die Episode Stefanowitsch ein Scharmützel mit dem Absolutismus, es handelte sich in diesem Falle vielmehr um eine soziale Demagogie, die den Namen des Zaren als Werkzeug benutzte. Die Redaktion der „Obschtschina" stimmte mit Axelrod mehr in seiner Kritik der deutschen Sozialdemokratie überein (er selbst war später einer der Gründer der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei). Axelrod erhob nämlich gegen diese, vom Standpunkt des Bakunismus aus, eine Reihe von Vorwürfen und griff den Gedanken des „Volksstaates" an, den er als unvereinbar

---

1) Diese Ansicht trifft vielleicht für die Jahre 1875, 1876 und 1877 zu; in den Jahren 1873 und 1874 lagen die Verhältnisse anders.

mit dem Sozialismus erklärte. Die Chronik der ausländischen sozialistischen Bewegung war in dem gleichen Geiste gehalten.

Die „Obschtschina" enthält wertvolles Material zur Geschichte der russischen revolutionären Bewegung in Gestalt von Biographien einzelner Revolutionäre, Korrespondenzen, Erinnerungen an die Tätigkeit auf dem Lande (ein Aufsatz der Breschkowska) und Berichten über politische Prozesse. In einer Antwort an Stefanowitsch setzte Dragomanow (jedoch nicht als Mitarbeiter) die Bedürfnisse des ukrainischen Volkes auseinander und brachte so nationale Angelegenheiten zur Sprache. Ende 1878 stellte die „Obschtschina" ihr Erscheinen ein.

XII.

In Regierungskreisen machte der Tod des Generals Mesenzew einen ungeheuren Eindruck. Die Regierung war zunächst wie erstarrt vor Schrecken, erst am 20. August 1878 erschien im „Regierungsboten" ein Communiqué, das in einem hochfahrenden, teilweise drohenden Ton gehalten war. Es hieß darin, die Frechheit der Revolutionäre habe in der letzten Zeit den Höhepunkt erreicht, die Geduld der Regierung aber sei erschöpft; bisher habe man politische Verbrechen den gewöhnlichen Gerichten übergeben, ohne zu außerordentlichen Mitteln zu greifen, in Zukunft aber würde die Regierung mit aller Schärfe gegen die Rebellen auftreten, die ihre verbrecherischen Umtriebe gegen die Staatsordnung, das Eigentum und die Familie richteten.

Das Communiqué entsprach jedoch nicht der Wahrheit. Wie wir bereits gesehen haben, drängte die Regierung selber durch ihre starken Gegenmaßregeln die Revolutionäre auf den Weg des Terrorismus, von Nachgiebigkeit konnte also gar keine Rede sein. Das Communiqué hatte keinen anderen Zweck, als loyale Kundgebungen seitens der Gesellschaft hervorzurufen. Als Ganzes genommen, besaß diese jedoch keinerlei Vertretung, überdies war die Gesellschaft wenigstens in ihren aufgeklärten Schichten mit dem Verlauf der Ereignisse während des Krieges und des Berliner Vertrags, der im Sommer 1878 abgeschlossen wurde, durchaus unzufrieden.

Das Organ der damaligen Liberalen „Der Europäische Bote"

tadelte zwar das Attentat auf General Mesenzew, kritisierte aber gleichzeitig nicht einmal, sondern häufig die innere Politik der Regierung.

Die liberalen Ziemstwos, die im Winter 1878 und Anfang 1879 zusammentraten, beschlossen, die Lage auszunutzen und der Regierung die Wünsche des aufgeklärten Teils der Gesellschaft wenigstens in ganz allgemeiner Form zu unterbreiten.

Anfang 1879 bemühte sich Johann Pietrunkewitsch auf einer Ziemstwoversammlung des Gouvernements Tschernichow, trotz des Protestes des Präsidenten, den Plan einer Adresse dieses Ziemstwos an die Regierung, der bereits auf einer früheren Versammlung einstimmig angenommen worden war, nochmals vorzubringen und durch die Versammlung bestätigen zu lassen. Die Regierung war von diesem Vorhaben im vorhinein in Kenntnis gesetzt worden; Gendarmen drangen in den Saal und unterbrachen die Verhandlung. Pietrunkewitsch wurde auf administrativem Wege in das Gouvernement Kostroma verschickt. Eine Kopie der nicht zu Ende verlesenen Adresse ging von Hand zu Hand und fand rasche Verbreitung. Die Kundgebung erreichte also ihr Ziel dennoch.

Die nicht abgesandte Adresse hatte folgenden Inhalt: In Nummer 186 des „Regierungsboten“ von 1878 habe die Regierung die Gesellschaft aufgefordert, ihr im Kampf mit den Übeltätern, die die Ordnung des Staates bedrohen, beizustehen. Die Regierung gäbe damit selbst zu, das Übel nur mit Hilfe des russischen Volkes ausrotten zu können. Diese Aufforderung könne nicht anders als eine Antwort des Ziemstwos von Tschernichow hervorrufen, das einen Teil der allrussischen Ziemstwos bilde und alles Unglück voll empfinde, das über das Volk hereinbreche. Ein tiefes Gefühl der Verehrung und Untertanentreue für den Monarchen und unendliche Vaterlandsliebe zwängen die Mitglieder, der Regierung Gedanken zu unterbreiten, deren entsprechende Beurteilung dem russischen Volke den Ausweg aus seiner schwierigen Lage erleichtern würde.

Es heiße die Geschichte absichtlich nicht verstehen wollen, wenn man glaube, die Verbreitung von Ideen, auch anarchistischer, durch Repressalien hintanhalten zu können. Um die Übel auf-

zuheben, die Rußland peinigen, müsse man deren Quellen untersuchen. Die im Lande herrschende Verwirrung lasse sich auf drei Ursachen zurückführen:

1) auf die bestehende Organisation der mittleren und höheren Lehranstalten;

2) auf den Mangel an Freiheit in Wort und Schrift;

3) auf den Mangel an Rechtsgefühl in der russischen Gesellschaft.

Die großen Reformen der bestehenden Regierung hätten neue Bedürfnisse gezeitigt. Der frühere Adlige, der sich ehedem die Arbeit unfreier Menschen zu Nutzen gemacht habe, müsse sich jetzt mit seiner eigenen Arbeit seinen Unterhalt erwerben. Die Reform des Gerichtswesens und die Einrichtung der Ziemstwos, der Bau der zahlreichen Eisenbahnlinien habe ein gewaltiges Bedürfnis nach gebildeten Menschen geschaffen. Diesen Bedürfnissen entsprächen aber die russischen Lehranstalten nicht in genügendem Maße. Man müsse die Kompetenz der Ziemstwos erörtern und auf die Mängel der Lehranstalten hinweisen, bei dieser Gelegenheit zeige sich aber auch der Widerspruch zwischen ihnen und dem Leben.

Der Kampf mit den Umsturzideen wäre nur dann möglich, wenn die Gesellschaft die notwendigen Waffen für diesen Kampf besäße: das freie, gesprochene und gedruckte Wort, die Freiheit der Überzeugung und die freie Wissenschaft. Während anarchistische Gedanken mit Hilfe von geheimen Druckereien und durch mündliche Propaganda verbreitet würden, fehle es der Gesellschaft an der Möglichkeit, ihre Meinung offen auszusprechen. Es existiere keine öffentliche Meinung, da es kein Organ gäbe, das sie aussprechen könnte, d. h. keine freie Presse.

Den Ziemstwos selbst sei sogar auf den eigenen Versammlungen eine freie Meinungsäußerung nicht gestattet. Die Reform des Gerichtswesens habe in der Gesellschaft weder Achtung vor dem Recht, noch Glauben an die Dauerhaftigkeit der Grundlagen des Gemeinlebens aufkommen lassen; denn einmal sei der Grundsatz der administrativen Strafen, die ohne Gerichtsverfahren verhängt werden, nicht aufgehoben worden, zweitens habe die Reform selbst sehr eingehende Veränderungen erfahren.

Die Reform der landwirtschaftlichen Verhältnisse habe viel zur Entwicklung des sozialen Selbstbewußtseins in der Provinz und zur Bildung sozialer Gefühle beigetragen. Aber was diese Reform in der Gesellschaft nicht zu entwickeln vermocht habe, das sei Pflichtgefühl und Achtung vor dem Recht. Das Recht der Ziemstwos, mit Wünschen an die Regierung heranzutreten, sei ein toter Buchstabe geblieben. Dieses Verhalten der Regierung den Ziemstwos gegenüber habe oft bewirkt, daß diese ihre wichtigen Angelegenheiten nur saumselig und lau betrieben hätten.

Derart sei die Lage der russischen Gesellschaft. Ohne das Gefühl des Gehorsams vor dem Gesetz, ohne Sicherheit im Gesetz, ohne den Besitz einer öffentlichen Meinung, bilde die russische Gesellschaft eine unzusammenhängende, passive Masse, die zu keinem Kampfe fähig sei. Aus diesem Grunde konstatiere das Ziemstwo von Tschernichow schmerzlich seine völlige Kraftlosigkeit; es sei außerstande, den Kampf mit dem Übel aufzunehmen. Es erachte es aber als seine Pflicht, der Regierung diesen Sachverhalt zu unterbreiten.

Auch das Ziemstwo von Twer trat mit einer ähnlichen Adresse auf, doch begründete es seine Forderungen anders. Als Ausgangspunkt diente hier die Politik des russischen Staates in Bulgarien; es wurde die Hoffnung ausgesprochen, Einrichtungen, wie Bulgarien sie mit Rußlands Einverständnis erhalten habe, würden auch in Rußland selbst eingeführt werden. Die Adresse spielte damit auf eine Konstitution und Bürgerfreiheit an. Es war charakteristisch für die russische Regierung, daß sie auf diese Adressen überhaupt keine Antwort erteilte und sie vollständig ignorierte; dieses Vorgehen bewies noch einmal, daß die russische Regierung nicht im geringsten daran dachte, der Gesellschaft irgendwelche Zugeständnisse zu machen, und alle Änderungen nur unter dem Druck des Zwanges vornehmen würde.

Diese Bewegung der liberalen Ziemstwos vermochte allerdings nichts an den russischen Zuständen zu ändern, war aber doch nicht ohne Bedeutung, da sie deutlich die Tendenzen zeigte, die sich in den liberalen Schichten weiter entwickeln sollten.

XIII.

Im Oktober 1878 gaben die Revolutionäre eine Broschüre Krawtschinskis heraus, die „Tod um Tod“ überschrieben war und das Attentat auf Mesenzew verteidigte. In der Broschüre hieß es, die Regierung habe durch ihr Vorgehen die Revolutionäre zum Terrorismus gezwungen, von nun ab würden die Regierungsvertreter für Gewalttaten mit dem Tode bestraft werden. Mesenzews Taktik wurde hierauf einer Kritik unterzogen. Der Verfasser der Broschüre gab kein übertriebenes Bild von den Kräften der Revolutionäre, wies aber darauf hin, daß ihre Zahl mehr und mehr zunähme, als Beweis hierfür führte er die beträchtliche Anzahl terroristischer Attentate seit dem denkwürdigen Schuß Wera Sasulitschs an. Die Schrift schloß mit einer Mahnung an die Regierung, ihre bisherige Taktik zu ändern und 1) die Sozialisten nicht mehr zu verfolgen, 2) alle administrativen Strafen und Verfügungen aufzuheben, 3) den politischen Verbrechern eine Amnestie zu erteilen.

Obgleich die Broschüre den Terrorismus auch für die Zukunft noch prophezeite, erklärte sie gleichzeitig, der Terrorismus sei eine traurige Notwendigkeit und bilde in dem allgemeinen revolutionären Kampf lediglich eine Episode. Das Hauptziel der Revolutionäre, schloß der Verfasser, sei die wirtschaftliche Befreiung des Volkes.

Um diese Zeit bereiteten Wittenberg und Logowenko einen Anschlag auf Alexander II. in Nikolajew vor. Wittenberg knüpfte zu diesem Zwecke Beziehungen zu einigen Marineoffizieren an. Das Attentat sollte mit Hilfe einer Mine ausgeführt werden, die im Hafen gelegt wurde. Es kam nicht zur Ausführung, da Wittenberg und Logowenko mit zu jenen Personen gehörten, die anläßlich der Manifestation gefangengenommen wurden, die sich an die Hinrichtung Kowalskis knüpfte. Es war seit Karakosow der erste Versuch des Zarenmordes.

Nach dem Attentat auf Mesenzew machte die Regierung alle nur denkbaren Anstrengungen, um auf die Spur der Terroristen zu kommen, was ihr jedoch einige Monate hindurch nicht gelang; Mitte Oktober 1878 endlich wurde eine ganze Schar von männlichen und weiblichen Revolutionären gefangengenommen;

die wichtigsten unter ihnen waren: Olga Natanson, Oboleschew, Adrian Michajlow, Bulanow, Berdnikow, die Malinowska und die Kolenkina (die später Bogorodzki heiratete). Die beiden letzteren leisteten bewaffneten Widerstand. Die Verhaftungen waren für „Land und Freiheit“ ein schwerer Schlag. Glücklicherweise war einer der bekannten Organisatoren der Partei, Alexander Michajlow, der Gefangennahme entgangen. Er befand sich gerade im Süden, in Rostow am Don, wohin er von der Organisation geschickt worden war, um die Ursachen der unter den Kosaken herrschenden Unzufriedenheit zu ermitteln. Zwischen den Kosaken und der Regierung bestanden damals fortwährende Reibungen, und Michajlow sollte feststellen, ob die Partei diese Stimmung der Kosaken nicht ausnutzen und eine revolutionäre Bewegung unter ihnen hervorrufen könnte.

Als Michajlow nach der Gefangennahme der Gefährten nach Petersburg zurückkehrte, ging er sofort daran, die stark erschütterte Organisation wieder aufzubauen. Dank seiner außerordentlichen Energie, seinem Takt, seinem systematischen Vorgehen und den ausgebreiteten Beziehungen, die er besaß, verfiel die Organisation damals nicht. Im Gegenteil, „Land und Freiheit“ belebte sich von neuem und machte sich mit erneuter Energie an die Arbeit.

Ende Oktober 1878 erschien sogar die erste Nummer der Zeitschrift „Land und Freiheit“. Sundeliwitsch arbeitete seit langer Zeit schon mit großer Ausdauer an der Einrichtung einer Parteidruckerei, und es war ihm schließlich gelungen, sie so weit zu bringen.

Auch Plechanow und Kwiatkowski kamen damals aus der Provinz nach Petersburg.

Michajlow war der richtige Hausvater und Verwalter der Partei; er sammelte Geld, verschaffte Pässe, knüpfte neue Beziehungen an und beschäftigte sich mit der Verbreitung der Zeitschrift. In seiner freien Zeit, wenn ihn die Verwaltungsangelegenheiten der Organisation nicht in Atem hielten, kam er mit Arbeitern zusammen und half ihnen durch Geldsammlungen, die er einleitete, bei Arbeitseinstellungen [1]. Nach den großen Verhaf-

---

1) Eine Charakteristik Michajlows bringt Plechanow; siehe seine Werke S. 104—123.

tungen im Herbst 1878 beschlossen die Revolutionäre in Petersburg auf Michajlows Rat, sich zunächst in der Hauptstadt zu konzentrieren, um die Partei von neuem zu stärken, nach einiger Zeit sollten sie wieder in die Provinz hinausgehen, um unter den Bauern zu agitieren.

Die Herausgabe der Zeitschrift „Land und Freiheit" bedeutete im Leben der Partei ein wichtiges Moment und sicherte ihr einen beträchtlichen Einfluß, wurde doch die Zeitschrift sowohl in der Hauptstadt, als auch in der Provinz mit großem Interesse gelesen. Sie war sehr geschickt redigiert und stark verbreitet und behandelte Tagesfragen in verständlicher und eindringlicher Weise.

Die Nummern hatten einen großen Umfang und reichen Inhalt. Auf die wichtigsten Aufsätze kommen wir noch zurück.

Vom Herbst 1878 an bis in die ersten Monate des Jahres 1879 hinein bestand die Hauptbeschäftigung der Partei darin, die versprengten Kräfte zu sammeln und neue zu werben. Infolgedessen wurden auch die Angriffe gegen jene Regierungsvertreter, die sich durch eine besondere Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit hervortaten, eine Zeitlang eingestellt. Dafür leisteten um so häufiger einzelne Sozialisten der Polizei und Gendarmerie bei Verhaftungen bewaffneten Widerstand, so Sentianin im November in Charkow, Dubrowin am 16. Dezember in Staraja Russa, Tschubarow in Odessa, die Bobochowa im Dezember, Osinski und Sophie Leschern von Herzfeld am 26. Januar 1879, Brandner und Swiridenko am 11. Februar in Kijew. Der bewaffnete Widerstand der Revolutionäre machte einen gewaltigen Eindruck und schien einen immer schärferen Kampf gegen die Regierung anzukündigen; in der Gesellschaft entstand eine eigentümliche Stimmung: man wartete auf Ereignisse von außerordentlicher Wichtigkeit.

Im Februar ging die Organisation „Land und Freiheit" zum Angriff über. Am 9. Februar wurde der Gouverneur von Charkow, Fürst Krapotkin, ein Verwandter des bekannten Anarchisten und Revolutionärs, tödlich verwundet. Die Strafe hatten die Revolutionäre über ihn verhängt, weil die Gefangenen in seinem Gouvernement besonders schlecht behandelt wurden und auch

besondere Maßregeln gegen die Studenten von ihm verfügt worden waren. Das Attentat wurde am hellen lichten Tage auf der Straße ausgeführt. Krapotkin fuhr in einer Equipage; der Revolutionär Goldenberg sprang auf den Tritt und versetzte ihm einen tödlichen Schuß aus einem Revolver. An der Organisierung des Attentats waren auch der Pole Kobilanski und andere beteiligt. Die Attentäter entkamen. Am 26. März wurde in Moskau der gefährliche Verräter und Spitzel Reinstein getötet.

Am 13. März verübte der Pole Mirski ein mißlungenes Attentat auf den Nachfolger Mesenzews, Drenteln. Mirski wurde verhaftet.

Am 31. März fiel der Spion Baranowski in Kijew.

Anfang 1879 kam der Revolutionär Alexander Solowjew nach Petersburg mit dem festen Entschluß, Alexander II. zu töten. Der konsequent geführte terroristische Kampf mußte schließlich zu einem Anschlag auf den Kaiser führen, konzentrierte dieser doch die ganze Gewalt in seinen Händen; überdies galt er den damaligen Revolutionären als ein unerbittlicher Feind, der häufig aus eigenem Antrieb das Los ihrer Gefährten noch verschlimmerte. Bald nach Solowjew trafen Kobilanski und Goldenberg, von dem gleichen Wunsch getrieben, in Petersburg ein. Sie wandten sich mit ihren Plänen an die Verwaltung der Partei, wo der Gedanke des Zarenmordes lange besprochen wurde. Die Vorschläge von Kobilanski und Goldenberg wurden verworfen, da die Parteileitung der Ansicht war, es sei propagandistisch von größerer Wirkung, wenn das Attentat auf den Kaiser von einem geborenen Russen und nicht von einem Polen oder Juden ausgehe. Der Gedanke des Zarenmordes selbst wurde gutgeheißen. Es handelte sich nur noch darum, die Einwilligung des Parteirats zu erlangen, damit das Attentat als eine Tat der Partei gelten konnte.

Im Parteirat überwogen noch Revolutionäre des alten volkstümelnden Typus, die den Terrorismus, namentlich den Zarenmord verwarfen. Die Gründe der Vertreter der Parteiverwaltung vermochten die Mehrheit des Rats nicht zu überzeugen; sie blieben dabei, der Zarenmord würde nur starke Repressalien zur Folge haben, welche die revolutionäre Arbeit ungeheuer erschweren

würden. Ein Terrorismus dieser Art, erklärten sie ausdrücklich, würde überhaupt zu keinem Ziel führen.

Solowjew beschloß nichtsdestoweniger, das Attentat auf eigene Faust auszuführen, wobei ihn hervorragende Mitglieder von „Land und Freiheit“ unterstützten, die in diesem Falle als Privatpersonen vorgingen. Michajlow spürte Alexander II. nach, um Zeitpunkt und Ort des Attentats zu bestimmen.

Am 2. April feuerte Solowjew einige Schüsse auf den Kaiser ab, der auf der Straße spazieren ging, traf ihn aber nicht und wurde verhaftet. Die Antwort der Regierung auf das Attentat waren ganz unerhörte Gegenmaßregeln: die Generalgouverneure wurden mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, die Kriegsgerichte begannen ihre furchtbare Tätigkeit und verurteilten viele Revolutionäre zum Tode. Auf diese Weise kamen im Verlauf einiger Monate um: Dubrowin, Swiridenko, Brandner, Osinski, Solowjew, Biltschanski, Hobst, Tschubarow, Lisohub, Wittenberg, Dawidenko und Logowenko.

Der Kampf zwischen den Revolutionären und der Regierung erreichte ein derartiges Maß an Gewalt, daß eine Verlängerung und Verschärfung dieses Kampfes bis zu dem Augenblick, wo einer der beiden Gegner dem anderen den Todesstoß versetzen würde, unvermeidlich schien.

XIV.

Werfen wir jetzt einen Blick auf die sozialen und politischen Theorien der Organisation „Land und Freiheit“, wie sie in ihren Zeitschriften, die von Ende Oktober 1878 bis Mitte Juni 1879 herauskamen, gepredigt wurden.

Die Mitglieder von „Land und Freiheit“ vertraten nicht irgendeine neue Theorie, die den russischen Sozialisten der früheren Epoche unbekannt war, sondern waren in ihrer ungeheuren Mehrheit Anhänger Bakunins. Schon aus dem Leitartikel der ersten Nummer von „Land und Freiheit“ geht hervor, daß der bauernkultustreibende Anarchismus auch die Theorie dieser Organisation war. Es ist jedoch charakteristisch, daß der Verfasser sich nicht mit den Endzielen der Revolution befaßt, sondern erklärt, eine Revolution könne nur der Ausdruck

ursprünglicher Tendenzen im Volke selbst sein, also die Folge jener Anschauungen, die sich das Volk im Laufe der Geschichte herausgearbeitet habe, die Sozialisten könnten nur den Bestrebungen der Massen Ausdruck verleihen, ohne irgend etwas an ihnen zu ändern [1]). Dieser Standpunkt war das Ergebnis der früheren Mißerfolge. Die revolutionäre Bewegung wollte sich jetzt in erster Reihe auf bereits bestehende Strömungen im Volke und nicht auf abstrakte Ideale stützen. Der Verfasser des Aufsatzes charakterisiert kurz die Anhänger Lawrows, die zu jener Zeit bereits vom Schauplatz zu verschwinden begannen, und ebenso die Leute, die hinter der „Alarmglocke“ standen, und weist auf den Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen und den Anhängern von „Land und Freiheit“ hin. Er betont die Notwendigkeit von Agitation und Aufständen und erklärt die Propaganda allein im Kampf gegen die herrschenden Zustände als ungenügend und kraftlos. Auch mit den Anhängern der „Alarmglocke“ erklärt er nicht einverstanden zu sein, geht jedoch nicht auf eine Kritik ihrer Anschauungen ein, sondern verweist den Leser in diesem Punkt auf die Aufsätze in der „Obschtschina“. Es ist jedoch charakteristisch, daß der Verfasser zwar die Meinungsverschiedenheiten betont, die zwischen ihm und der „Alarmglocke“ bestehen, gleichzeitig aber erklärt, bei der in der russischen Gesellschaft herrschenden Gleichgültigkeit gegen politische Angelegenheiten könne die Tätigkeit von Verschwörern in der Art der französischen Jakobiner nützlich sein, da sie die Allgemeinheit aufzurütteln und die Regierung zu desorganisieren vermöge, was wieder die Aufgabe der Sozialrevolutionäre erleichtern würde. Er sagt ihnen denn auch Unterstützung zu, sobald sie ihre Verschwörungstätigkeit beginnen würden [2]). Ebenso wünscht er den Lawrowanhängern Erfolg, ohne ihren Standpunkt zu teilen [3]). Die Auffassung des Verfassers beweist, daß die Parteikämpfe innerhalb der revolutionären Kreise gegen Ende 1878 schwächer wurden und daß eine gegenseitige Toleranz begann.

---

1) „Russische historische Bibliothek“: „Die revolutionäre Journalistik der siebziger Jahre“ (in russischer Sprache), S. 120. Paris.

2) Ebenda S. 117—118.

3) Ebenda S. 121.

Die wichtigste Aufgabe der Mitglieder von „Land und Freiheit", erklärt der Verfasser, sei die Propaganda unter der Landbevölkerung, erst in zweiter Reihe stehe die Arbeit unter der städtischen Arbeiterschaft, da in Rußland, und zwar im Gegensatz zum Westen Europas, die slawisch-agrarischen Angelegenheiten von überwiegender Bedeutung seien. Zwischen der Arbeiter- und Bauernfrage macht der Verfasser keinen Unterschied [1]).

Über die konstitutionellen Bestrebungen erklärt er sich zunächst nicht äußern zu wollen, verspricht es aber zu tun, sobald die Liberalen als aktive Partei hervortreten würden.

Auch auf den Terrorismus kommt der Verfasser zu sprechen. Er erklärt, „Land und Freiheit" würde sich nach wie vor dieser Maßregel bedienen, da sie Gewaltakte strafen müsse, doch würde die Rechtsausübung der Sozialisten in der Form des gewaltsamen Mordes in dem Augenblicke aufhören, wo die Freiheit beginnen und die Rechte des einzelnen gesichert sein würden.

Doch warnt der Verfasser weiterhin, die Partei möge dem terroristischen Kampf nicht allzu viele Kräfte weihen, denn der Terrorismus könne zwar die Regierung desorganisieren und ihren Fall beschleunigen, aber er sei nicht imstande, den Revolutionären auch die sich dann ergebende Lage zu sichern [2]).

Im Feuilleton der Zeitung werden wieder die konstitutionellen Bestrebungen, die damals in der russischen Gesellschaft auftauchten, besprochen, und der Versuch gemacht, die Überlegenheit der errungenen über die aufgedrängten Konstitutionen zu beweisen, wobei der Verfasser sich darzulegen bemüht, daß nur eine Volksrevolution die wirkliche Freiheit erkämpfen könne.

Der Leitartikel der zweiten Nummer von „Land und Freiheit" bespricht die westeuropäischen Attentate auf Kaiser Wilhelm I., auf König Humbert und Alfons XII. Der Verfasser erklärt, es habe sich in diesen Fällen stets um ein persönliches Vorgehen gegen das monarchische Prinzip gehandelt, nicht um Handlungen, die von sozialistischen Parteien ausgingen, und

---

1) Ebenda S. 123.

2) Ebenda S. 125.

spricht dann von dem Unterschied, der zwischen dem Terrorismus im Westen und dem in Rußland bestehe. Der Terrorismus der russischen Revolutionäre, erklärt er, diene ausschließlich Verteidigungszwecken und strafe nur die schreienden Gewalttaten der verschiedenen Würdenträger.

Der Verfasser erinnert an die Dienste, die Bismarck der russischen Polizei erwies, und schlägt den westeuropäischen Sozialisten ein formelles Bündnis vor, das den Kampf gegen den gemeinsamen Feind — die Reaktion — zum Ziel haben soll[1]).

In Nummer 3 und 4 finden sich interessante Leitartikel des damals noch jungen Georg Plechanow, die das theoretische Glaubensbekenntnis der Mitglieder von „Land und Freiheit“ darstellen. Sie sind zwar noch im Geiste anarchistischer Bauernverhimmlung geschrieben, zeugen aber bereits von Marxistischer Methode des Denkens. Plechanow beginnt mit einer Kritik der alten sozialistischen Theorien und spricht sich deutlich für die Anschauungen von Marx aus: der Sozialismus werde die notwendige Folge der sozialen Entwicklung sein, das Leben selbst werde jene Reformen aufdecken, die notwendigerweise würden zur Durchführung gelangen müssen; die Gesellschaft sei natürlichen Entwicklungsgesetzen unterworfen und könne nicht künstlich einzelne Stufen überspringen; die Menschen könnten nur die Entstehung neuer Formen des Gemeinlebens erleichtern; die in der Gesellschaft herrschenden Wirtschaftsformen seien es, die stets klar zeigen, welche Art von Propaganda möglich sei und in welchen Gesellschaftskreisen sie auf Erfolg rechnen könne[2]); das Maximum der notwendigen und möglichen sozialen Reformen sei in Agrarländern stets durch die Formen des Grundeigentums und die Technik des Ackerbaues, in Ländern mit vorgeschrittener Industrie durch die Form und Technik der Industrie gegeben.

Von diesen allgemeinen theoretischen Grundsätzen geht Plechanow zu einer Untersuchung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse in Rußland über, die er, wie alle anderen volkstümelnden Revolutionäre jener Zeit, den westeuropäischen gegenüberstellt.

---

1) Ebenda S. 183.

2) Ebenda S. 243. 244. 245.

Das Gemeindeeigentum an Grund und Boden hält er noch für sehr lebensfähig, da der Kapitalismus, wie er ausführt, bisher in Rußland noch nicht recht Wurzel geschlagen habe, woraus er den Schluß zieht, das Schema sozialwirtschaftlicher Entwicklung, das im Westen gelte, lasse sich nicht auch auf sein Vaterland anwenden. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, begründet er die damaligen Anschauungen der russischen sozialistischen Revolutionäre, die dem Leser aus den vorhergehenden Abschnitten dieser Arbeit bereits bekannt sind.

Auf den Einwand, man könne nicht fest auf die Zukunft der russischen Ackergemeinde rechnen, da sie durch die Politik der russischen Regierung bald in Verfall geraten könne, antwortet Plechanow, die sozialen Instinkte des russischen Volkes, seine Gewohnheiten und Sitten, die im Laufe von Jahrhunderten herausgearbeitet worden seien, würden sich nicht plötzlich durch eine Aufhebung des Gemeindeeigentums an Grund und Boden ändern. Der natürlichen Entwicklung jener Einrichtungen, die im Volke wurzeln und auf den Grundsätzen der Solidarität aufgebaut sind (Ackergemeinde und Arbeitsgenossenschaft), ständen die sogenannten „Kulaki“ [1]) im Wege, die mit dem russischen Staatsprinzip eng verbunden seien. Der Sturz des heutigen Staates werde zur Notwendigkeit, die die Sozialisten denn auch anstrebten. So kommen wir denn, sagt Plechanow, durch Nachdenken zu den gleichen Schlüssen, die Titanen des Volkes, wie Riasin, Pugatschew und andere, instinktiv schon zogen. Eine der Forderungen des westeuropäischen Sozialismus, der Kollektivismus des Eigentums, sei in Rußland bereits eine Tatsache (Gemeindeeigentum an Grund und Boden), die zweite, der Kollektivismus der Arbeit, finde in der Technik des Ackerbaues noch nicht die nötige Grundlage.

In einem zweiten Aufsatz in Nummer 4, der wahrscheinlich von der Tatsache beeinflußt ist, daß sich damals eine spezielle Arbeiterorganisation gebildet hatte, auf die wir noch zurückkommen, bespricht Plechanow die Tätigkeit unter den Fabrik-

---

1) Wörtlich Faust; Bezeichnung der Bauern für Wucherer und Ausbeuter aus ihrer eigenen Mitte.

arbeitern. Er erklärt sie als sehr wichtig, weil 1) der Zusammenhang zwischen Fabrikarbeitern und Bauern sehr eng sei, so daß die Tätigkeit unter dem städtischen Proletariat auch auf die Bauern von Einfluß sein müsse; 2) die städtische Revolution beträchtliche Kräfte der Regierung vom flachen Lande abziehen und eine große Volksbewegung erleichtern könne.

Die sozialistischen Revolutionäre verachten die Arbeit unter Fabrikarbeitern, sagt Plechanow, und betrachten sie als rein vorübergehend, und doch hat die Praxis erwiesen, daß gerade das Proletariat sozialistische Gedanken leicht annimmt, so daß sogar eine nur vorübergehende Arbeit unter ihm schon sichtliche Ergebnisse gezeitigt hat. In den Städten gibt es heute bereits viele Sozialisten unter der Arbeiterschaft, unglücklicherweise haben sie aber keinen engen Kontakt mit der Masse der Arbeiter. Die Arbeiter, auf die die Propaganda der Revolutionäre gewirkt hat, stellen sich ihre Selbstbildung und einen bewußten Sozialismus zum Ziel, haben ihre eigene geistige Bildung und verlieren gleichzeitig den Zusammenhang mit der Masse; sie beteiligen sich nicht an dem täglichen Kampf gegen den Kapitalismus. Dieser Zustand aber muß geändert werden: die bewußten Arbeiter, sagt Plechanow, müssen in die Bedürfnisse der Masse eindringen und sich an deren Kampf beteiligen. Die Agitation im Namen der täglichen wichtigen Lebensinteressen muß bei der revolutionären Tätigkeit in den Vordergrund geschoben werden. Von ungeheurer Wichtigkeit sei die Organisation der Arbeiter. Plechanow wendet sich gegen jene, die befürchten, mißlungene Streiks und Aufstände könnten die Masse abschrecken. Er ist im Gegenteil der Ansicht, daß sogar mißlungene Bewegungen von großer Bedeutung sind, da sie auf die Arbeiter einwirken, ihre Solidarität stärken und die Überzeugung in ihnen reifen lassen, daß sie nicht auf die Unterstützung des Kaisers zu rechnen haben.

Zu den Angelegenheiten der Organisation selbst übergehend, versichert Plechanow, diese ließen sich in Rußland nicht in der gleichen Weise wie im Westen lösen.

Die Auswahl der Personen, die zur Organisation selbst gehören sollen, muß nach Plechanow eine sehr vorsichtige sein.

Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten, mit denen die Organisation zu kämpfen hat, müssen außerordentliche Fähigkeiten und große Opferfreudigkeit der Mitglieder aufwiegen. Die Vorzüge der englischen Arbeiterverbände bis 1824 bestanden eben darin, meint er, daß sie als Verschwörungen organisiert waren und mit gewaltsamen Kampfmitteln arbeiteten.

In einem Leitartikel in Nummer 5 von „Land und Freiheit", der von einem anderen Verfasser stammt, finden wir eine Kritik der bisherigen Taktik der Revolutionäre und die Aufforderung zu konkreter organisatorischer Arbeit. Hand in Hand mit dieser schlägt der Verfasser eine Agitation vor, die sich Aufstände der Landbevölkerung zum Ziele setzen solle. Die russischen Bauern, erklärt er, brauchen in erster Reihe praktische Anweisungen über die Form des Kampfes gegen die Regierung und die herrschenden Zustände überhaupt; die allgemeine Aufforderung zum Aufstand genügt nicht; der praktische Sinn des Bauern, sagt der Verfasser, verlangt Aufklärung darüber, wie er kämpfen und sich organisieren soll.

Schon die Tätigkeit der Revolutionäre unter dem Volke müsse eine kampfmäßige sein, da früher oder später und je früher, desto besser, das Volk seine Rechte gewaltsam werde erkämpfen müssen.

Der Mangel eines kampfmäßigen Faktors in der Agitation unter dem Volke raube dieser selbst jeden Sinn.

Der Verfasser schlägt nun die Organisierung von kleinen revolutionären fliegenden Kolonnen vor, die er „Banden" nennt; ihre Aufgabe soll die Verteidigung des Volkes gegen die Gewaltakte der Verwaltung, die Befreiung politischer Gefangener und die Desorganisierung der Regierungstätigkeit im allgemeinen sein. Derartige Banden seien notwendig, da Ausschreitungen der Bauern häufig Repressalien zur Folge hätten, bei denen Massenexekutionen in Form von sehr starken Prügelstrafen über die Einwohner ganzer Dörfer verhängt würden. Diese fliegenden Kolonnen, erklärt der Verfasser, würden eine wichtige Rolle spielen, da sie das Volk zur Revolution vorbereiten und den Kern der künftigen Revolutionsarmee bilden könnten. Für den Volksaufstand der Zukunft könnten sie von großer Bedeutung werden.

Die Verschärfung des Kampfes zwischen den Revolutionären und der Regierung würde also noch mehr jene Kampfesstimmung stärken, die sich bereits in verschiedenen Plänen gezeigt habe.

Neben der Zeitschrift „Land und Freiheit“, deren Nummern verhältnismäßig umfangreich waren, gab die Organisation noch die sogenannten „Nachrichten von Land und Freiheit“ heraus, die Communiqués der Partei und kurze programmatische und taktische Aufsätze brachten.

In Nummer 2 und 3 dieser Zeitschrift stoßen wir auf einen Aufsatz Morosows, in dem er den Versuch macht, den politischen Terrorismus bündig als ein Hauptmittel des revolutionären Kampfes in Rußland zu begründen.

Der Terrorismus, heißt es hier, ist in erster Reihe ein Racheakt. Nur wenn die Organisation die entrissenen Gefährten gerächt habe, könne sie dem Feind kühn in die Augen sehen. Nur dann könne sie sich auch zu jener moralischen Höhe erheben, von welcher aus der Kämpfer um Freiheit die Massen mitreißen könne. Der politische Mord, lesen wir weiter, ist unter den heutigen Verhältnissen das einzige Mittel der Selbstverteidigung und eines der besten Agitationsmittel. Es trifft den Kern der Regierungsorganisation selbst, es erschüttert sie in ihren Grundfesten. Die Regierung könne den Terrorismus nur schwer bekämpfen, da er ein verborgener unfaßbarer Feind sei; die Revolutionäre könnten denn auch auf diese Weise die Regierung in Schach halten.

Der bereits mehrfach erwähnte Aptekmann versichert, der obige Aufsatz hätte unter jenen „volkstümelnden“ Revolutionären Unzufriedenheit hervorgerufen, die ihren alten Grundsätzen treu blieben. Sie mußten zusehen, wie der unmittelbare Kampf gegen die Regierung in den Vordergrund gedrängt und die Arbeit unter der Landbevölkerung damit auf eine unbestimmte Zukunft geschoben wurde.

In „Land und Freiheit“ wurde auch häufig der Standpunkt der Liberalen und konstitutionelle Bestrebungen besprochen. In Nummer 2 finden wir eine charakteristische Bemerkung, auf die wir später wieder bei den Sozialdemokraten, den sogenannten

Ökonomisten stoßen werden, die zunächst nur den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats als zweckmäßig und zielvoll anerkennen wollten.

In einem Aufsatz heißt es nämlich, das Bürgertum sei in Rußland nicht an der Erlangung politischer Freiheit interessiert, da der Absolutismus die Ausbeutung der Arbeiter nur unterstütze, während eine Konstitution den Schacher der Regierung mit den verschiedenen kapitalistischen Spekulanten erschweren würde [1]).

Ganz allgemein läßt sich sagen, daß „Land und Freiheit" mit großem Takt redigiert wurde. Auch wenn man mit den dort vertretenen Anschauungen nicht übereinstimmt, muß man doch zugeben, daß das Blatt sowohl von kindlicher Prahlsucht als auch von Reklame für die revolutionären Parteien frei war.

Redakteur von „Land und Freiheit" sollte zunächst auf Wunsch der Mehrheit innerhalb der Organisation Plechanow sein, der zu diesem Zwecke vom Don, wo er weilte, nach der Hauptstadt berufen wurde. Während eines kurzen Aufenthaltes Krawtschinskis in der Hauptstadt wollten einige Mitglieder der Partei ihn an der Spitze des Blattes sehen. Schließlich wurde die Redaktion Plechanow und Morosow gemeinsam übergeben. Plechanow war ein Anhänger des Anarchismus und Bauernkultus, verwarf den politischen Terrorismus und wollte einzig den wirtschaftlichen, namentlich agrarischen Sozialismus anerkennen; Morosow dagegen war ein starrer Terrorist, der den politischen Kampf an erste Stelle setzte. Zwischen den beiden Redakteuren herrschte somit ein starker gedanklicher Gegensatz, der ihnen die gemeinsame Arbeit erschwerte. Aus diesem Grunde schlug Alexander Michajlow, der Morosow seine Arbeit erleichtern wollte, die Herausgabe der bereits erwähnten „Nachrichten von Land und Freiheit" vor, die ausschließlich unter Morosows Redaktion stehen sollten. So wurde es auch. Morosows Aufsatz über den Terrorismus rief eine starke Opposition der „volkstümelnden" Revolutionäre hervor, namentlich Plechanow widersetzte sich.

---

1) S. 194.

„Land und Freiheit“ wurde weiterhin von diesen beiden Agitatoren geleitet, denen die Organisation noch Leo Tichomirow zugesellte, der eine vermittelnde Stellung zwischen den beiden einnahm.

XV.

Ende 1877 begann der „Nördliche Verband der russischen Arbeiter“ (Siewernij Sojuz Russkich Rabotschich) zu entstehen, eine ausschließliche Arbeiterorganisation. Ende Dezember 1878, nachdem die eigentlichen Gründer zwei Beratungen in dieser Sache abgehalten hatten, trat die Organisation als solche offiziell auf, das Programm und Aufrufe wurden veröffentlicht. Der „Nördliche Verband der russischen Arbeiter“ bestand bis Frühjahr 1880. Die angespannteste Tätigkeit der Organisation fällt in das Jahr 1879.

Unsere Kenntnisse über diese Organisation sind schwach. Wir kennen nicht einmal die Geschichte ihrer Entstehung, wir wissen nur, daß die Schöpfer des Verbandes keine sonderlich günstige Meinung von der revolutionären Intelligenz hatten und aus diesem Grunde beschlossen, eine Partei zu gründen, die ausschließlich aus Arbeitern bestehen sollte. Die eigentlichen Schöpfer des Verbandes waren Arbeiter: Viktor Obnorski und Stephan Chalturin, ein später bekannter Terrorist, der das mißlungene Attentat auf Alexander II. im Winterpalais verübte.

Beide holten sich ihre Bildung zu Beginn der siebziger Jahre in den besten propagandistisch-revolutionären Kreisen.

Obnorski brachte später einige Zeit im Auslande zu, wo er nahe Beziehungen zu den Anhängern Tkatschews unterhielt; diese waren es auch, die ihm die Idee des politischen Kampfes beibrachten, er verkehrte auch mit der Redaktion des „Arbeiters“ und sah in London Lawrow einigemal [1]). So hatte er Gelegenheit, die damaligen russischen sozialrevolutionären Strömungen gründlich kennen zu lernen. Nach Rußland kehrte er bereits mit dem fertigen Plan zu einer neuen Organisation zurück und schritt

---

1) Burzew, Der Nördliche Verband russischer Arbeiter, in „Biloje“ 1906 Januarheft S. 175.

bald gemeinsam mit Chalturin zur Ausführung. Es wäre interessant zu wissen, welche Beweggründe die beiden zur Gründung einer ausschließlichen Arbeiterorganisation veranlaßten. Vielleicht waren die Erfolge der revolutionären Agitation unter dem Fabrikproletariat schon damals ersichtlich, während gerade diese Tätigkeit von den Revolutionären vernachlässigt wurde. Man muß auch in Betracht ziehen, daß gerade damals in Rußland eine spontane Streikbewegung auf Grund einer industriellen Krisis begann.

In Petersburg war die Tätigkeit Obnorskis und Chalturins dadurch sehr erleichtert, daß sich in der Hauptstadt eine Reihe von Arbeitern befanden, auf welche die sozialistische Propaganda bereits gewirkt hatte; hier hatten die Anhänger Lawrows, wie Plechanow richtig bemerkt [1]), bereits den Boden bereitet, indem sie die Arbeitergruppen, die sie leiteten, mit der westeuropäischen proletarischen Bewegung, namentlich mit der deutschen bekannt gemacht hatten. Der „Nördliche Verband der russischen Arbeiter" hatte seine Mitglieder in erster Reihe in der intelligenteren Schicht des Proletariats, es waren gelernte und zwar meist Metallarbeiter. Schon zu Beginn der Organisation scharten sich etwa 200 Arbeiter um sie. Die Zahl derjenigen, die mit dem Verband sympathisierten, ohne ihm direkt anzugehören, war natürlich noch weit größer.

Die Organisation selbst hatte folgende Form: Petersburg war in Kreise eingeteilt, in jedem befanden sich lokale Arbeitergruppen, die eine eigene Bibliothek, eine Kasse, eine „Verschwörungs"wohnung für Zusammenkünfte und eine Lokalverwaltung oder ein Komitee besaßen; die Leitung lag in Händen einer aus zehn Personen bestehenden „Zentralgruppe", die von den Mitgliedern der Organisation gewählt wurden. Die „Zentralgruppe" besaß die Hauptkasse und Bibliothek [2]). Eine so zahlreiche Zentralgruppe war naturgemäß schwerfällig, und das Ergebnis war denn auch, daß laufende Angelegenheiten, die einer raschen Entscheidung bedurften, entweder nicht entsprechend

1) „Der russische Arbeiter in der revolutionären Bewegung" (in russischer Sprache), S. 21.

2) Siehe den Programmaufruf des Verbandes. „Biloje" 1906, Januarheft S. 179.

erledigt oder notwendig von einigen hervorragenden Individuen, am häufigsten von Chalturin allein, entschieden wurden.

Obgleich die Mitglieder des „Nördlichen Verbandes der russischen Arbeiter“ sich ziemlich mißtrauisch zur revolutionären Intelligenz verhielten, mußten sie doch häufig deren Hilfe in Organisationsangelegenheiten in Anspruch nehmen.

Plechanow, der häufig mit dieser ausschließlichen Arbeiterorganisation in Berührung kam, gibt eine Charakteristik Chalturins, der das eifrigste Mitglied war. Chalturin war nicht nur von Haus aus intelligent, sondern auch ein belesener Mensch. Soziale und politische Wissenschaften beschäftigten ihn ausschließlich, er las viel und immer mit richtiger Auswahl: wenn er ein Buch in die Hand nahm, wußte er, was er darin suchte; mit großem Vergnügen studierte er die Verfassung konstitutioneller Länder, an der Arbeiterbewegung hing er mit ganzer Seele und legte dabei eine ungeheure Tatkraft und geistige Regsamkeit an den Tag. Chalturin setzte große Hoffnungen auf das Proletariat, hatte aber eine äußerst skeptische Meinung von der Intelligenz.

Ein charakteristisches Merkmal des „Nördlichen Verbandes der russischen Arbeiter“ bildete die Forderung nach politischer Freiheit, die ins Programm aufgenommen wurde. Zum erstenmal seit der sozial-radikalen Bewegung, die Tschernischewski 1861 und 1862 ins Leben gerufen hatte, schob eine revolutionäre Organisation den Ruf nach politischer Freiheit wieder in den Vordergrund. Diese ausschließliche Arbeiterorganisation, die die Interessen des Proletariats zum Ausgangspunkt nahm, erklärte die Erringung einer Konstitution als eine Notwendigkeit für das russische Proletariat. Der Umstand, daß der eigentliche Begründer des Verbandes, Obnorski, eine Zeitlang im Auslande gelebt hatte, schwächt die Bedeutung dieser Tatsache durchaus nicht ab, da seine Anregung jedenfalls in den fortgeschritteneren Arbeiterkreisen Petersburgs bereits einen günstigen Boden fand [1]).

---

1) In Nummer 5 der zuerst im Auslande erscheinenden Zeitschrift „Biloje“ veröffentlichte Burzew zum erstenmal das Programm des „Nördlichen Verbandes russischer Arbeiter“; es wurde nachher in den von 1906 ab in Rußland erscheinenden Heften von „Biloje“ zusammen mit anderen Arbeiteraufrufen noch einmal abgedruckt.

Der Programmaufruf des „Nördlichen Verbandes russischer Arbeiter“, der vom 11. Januar 1879 datiert ist, beginnt mit einem Hinweis auf den politischen und wirtschaftlichen Druck, der auf ganz Rußland laste und dessen Wucht das Proletariat zu Boden zwinge. Die Petersburger Arbeiter, heißt es weiter, hätten in zwei Versammlungen am 23. und 30. Dezember 1878 beschlossen, einen allgemeinen russischen Verband zu gründen, um die zerstreuten Kräfte des städtischen und ländlichen Proletariats zu sammeln und ihm seine Interessen, Ziele und Bestrebungen klarzumachen.

Mitglieder, erklärt das Programm, können alle Arbeiter werden, die von mindestens zwei mehr oder weniger bekannten Personen empfohlen werden. Alle Mitglieder des Verbandes müssen miteinander solidarisch sein, ein Verstoß gegen diese Regel hat den Ausschluß aus dem Verbande zur Folge.

Mitglieder, die sich des Verrats verdächtig machen, werden vor ein eigens zu diesem Zwecke gewähltes Parteigericht gestellt. Von den Mitgliedern wurde ein Beitrag gefordert.

Die Leitung der Angelegenheiten des Verbandes ruht in den Händen von zehn Personen, die von den Mitgliedern gewählt werden. Allgemeine Mitgliederversammlungen finden einmal monatlich statt; in ihnen wird die Tätigkeit des Komitees kontrolliert und verschiedene Organisationsangelegenheiten werden besprochen.

Die Gruppen in der Provinz, die zu dem Verband gehören, genießen eine gewisse Selbständigkeit.

In bezug auf seine Ziele schließt sich der „Nördliche Verband der russischen Arbeiter“ vollständig den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas an.

Seine Forderungen sind:

1) Aufhebung der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Staatsverfassung, da diese nach jeder Richtung ungerecht ist.

2) Schaffung einer freien Volksföderation von Gemeinden, die auf vollständiger politischer Gleichberechtigung, völliger innerer Selbstverwaltung und den Grundsätzen des russischen Gewohnheitsrechtes beruhen.

3) Aufhebung des privaten Eigentums an Grund und Boden, an dessen Stelle das Gemeindeeigentum an Grund und Boden tritt.

4) Eine gesetzmäßige Organisation der Arbeit, die sich auf die Assoziation stützt und die den Arbeiterproduzenten die Produkte und Produktionsmittel zu eigen gibt.

Da die politische Freiheit jedem Menschen die Unabhängigkeit seiner Überzeugungen und Handlungen sichert und so die Lösung der sozialen Frage ermöglicht, müßten die unmittelbaren Forderungen des Verbandes sein:

1) Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit.

2) Aufhebung der Geheimpolizei. Klagen wegen politischer Verbrechen dürfen nicht mehr erhoben werden.

3) Aufhebung aller Standesvorrechte und sonstiger besonderen Rechte.

4) Unentgeltlicher und obligatorischer Unterricht an allen Schulen und Lehranstalten.

5) Verringerung der stehenden Heere oder ihr Ersatz durch eine allgemeine Volksbewaffnung.

6) Das Recht der ländlichen Gemeinden, über das Ausmaß der Steuern, die Verteilung des Grund und Bodens und die innere Selbstverwaltung Beschlüsse zu fassen.

7) Aufhebung des Paßwesens und Einführung der Freizügigkeit.

8) Aufhebung der indirekten Steuern und Einführung direkter je nach Einnahmen und Erbschaften.

9) Einschränkung der Arbeitszeit und Verbot der Kinderarbeit.

10) Gründung von Produktivgenossenschaften und Sparkassen; Gewährung unmittelbaren Kredits für bäuerliche Assoziationen und Gemeinden.

Der Aufruf wendet sich zum Schluß an die Arbeiter mit der Aufforderung, sich zu organisieren, und spricht von der bedeutsamen historischen Rolle, die ihnen zufalle. Propaganda und Agitation, das sind die Mittel, auf die der Aufruf die Arbeiter hinweist. Eine nähere Erörterung der Formen des Kampfes finden wir nicht.

Burzew führt noch einen Aufruf an, der anläßlich eines Streiks in einer Fabrik vom Verband erlassen und von „Land und Freiheit“ noch einmal veröffentlicht wurde.

Die Tätigkeit des Verbandes entwickelte sich günstig, konnte aber nicht die Gesamtheit der damaligen Arbeiterbewegung auch nur in Petersburg umfassen. Burzew führt auch noch andere Aufrufe an, die in „Land und Freiheit“ erschienen und von Arbeitern geschrieben wurden, die weder zu dieser Partei, noch zu dem „Nördlichen Verband der russischen Arbeiter“ gehörten.

Über die Tätigkeit dieser ausschließlichen Arbeiterorganisation in der Provinz haben wir bisher keinerlei Nachrichten; der Programmaufruf wurde allerdings über ganz Rußland verbreitet und kam sogar bis nach Warschau, wo er in den neuerstandenen sozialistischen Gruppen mit Interesse gelesen und erläutert wurde.

Chalturin und seine Genossen waren zunächst mit der terroristischen Tätigkeit des ausführenden Komitees von „Land und Freiheit“ sehr unzufrieden, da sie Verschärfungen im Verhalten der Polizei und Verwaltung, die damals eintraten und die propagandistische und agitatorische Tätigkeit unter dem großstädtischen Proletariat erschwerten, auf die Tätigkeit des Komitees zurückführten. Chalturin änderte jedoch späterhin seine Meinung und gab sich mit voller Tatkraft dem Terrorismus hin.

Ein ungünstiger Umstand für die Entwicklung des Verbandes war die Tatsache, daß der Spion Reinstein, der später von Mitgliedern von „Land und Freiheit“ getötet wurde, und ebenso seine Frau nahe Beziehungen zu den wichtigsten Mitgliedern der Organisation hatten. Auf diese Weise war die Gendarmerie über die Pläne des Verbandes auf dem laufenden und konnte ihnen entgegenarbeiten. Obnorski und einige andere wurden bald nach dem Druck des Programmaufrufs verhaftet, später wurden in die Reihen der Mitglieder noch größere Lücken gerissen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1879 funktionierte die Organisation nur noch sehr schwach. Chalturin mußte sich fortwährend vor Agenten der Geheimpolizei, die ihm auf der Spur waren, verbergen. Im Februar 1880, nach der Explosion im Winterpalais, gaben Gefährten Chalturins die erste und einzige Nummer der längst geplanten „Arbeiter-Morgenröte“ (Rabotschaja Zarja) heraus. Die kleine Schrift, die von den Arbeitern selbst gesetzt

wurde, hat sich nicht bis heute erhalten; wir wissen nicht einmal, ob sie Verbandsorgan war. Die Druckerei wurde bald entdeckt. Der Verband hörte damit als Organisation endgültig auf.

Seine Existenz selbst war unstreitig eine Erscheinung von großer Tragweite; sie zeigte, daß in den besten Schichten des russischen Proletariats bereits der Wunsch lebte, die Arbeitersache selbst in die Hand zu nehmen, sie war auch der Beweis für eine große Selbständigkeit. Lange Zeit schon vor dem endgültigen Verfall der Organisation, zu deren Gründern er gehörte, ging Chalturin zur „Volksfreiheit“ über.

Sehr interessant ist der Meinungsaustausch in bezug auf Programmangelegenheiten zwischen „Land und Freiheit“ und dem „Nördlichen Verband der russischen Arbeiter“. In Nummer 4 von „Land und Freiheit“ erschien ein Aufsatz von Klemenz über den Programmaufruf des Verbandes. Der Verfasser begrüßt die Entstehung einer ausschließlichen Arbeiterorganisation überaus freudig und ist der Ansicht, der Satz: „Die Befreiung der Arbeiterschaft muß von ihr selbst ausgehen“, sei für das russische Proletariat nunmehr keine bloß theoretische Anweisung mehr, sondern ein praktischer Ruf im revolutionären Kampf.

Gegen das Programm des Verbandes aber erhebt Klemenz folgende Vorwürfe:

1) sei der Verband inkonsequent, da er die Aufhebung des Staates und die Autonomie der Gemeinden fordere, worin er mit „Land und Freiheit“ und den sozialistischen Revolutionären im allgemeinen übereinstimme, während er gleichzeitig ganze Paragraphen aus dem sozialdemokratischen Katechismus aufnähme, der von ganz anderen Voraussetzungen ausgehe;

2) lege der Verband der politischen Freiheit im Kampfe der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter eine zu große Bedeutung bei, indem er sie als einen günstigen Faktor anerkenne;

3) sei zu tadeln, daß das Programm die Propaganda der Tat und den allgemeinen aktiven revolutionären Kampf überhaupt nicht erwähne;

4) seien die agrarisch-bäuerlichen Angelegenheiten im Gegensatz zur Arbeiterfrage, die eingehend erörtert werde, zu allgemein behandelt;

5) seien die Satzungen der Organisation fehlerhaft, da sie den Eintritt Fremder in die Organisation allzu leicht machten (Empfehlung durch nur zwei Mitglieder, Benutzung der Bibliothek durch Personen, die nicht einmal zur Organisation gehören [1])).

Diese Einwände sind durchaus bemerkenswert.

In der Tat war das Programm des Verbandes nicht vollständig ausgearbeitet und wies auch die Widersprüche auf, die Klemenz ihm vorwarf. Es ist z. B. charakteristisch, daß das Programm des Verbandes zwar die Wichtigkeit der politischen Freiheit hervorhebt, aber nicht einmal in ganz allgemeinen Zügen angibt, was für eine Konstitution für das künftige Rußland, das eine Föderation von Gemeinden sein sollte, zu fordern wäre. Das Programm spricht zwar von einer völligen Autonomie der Gemeinden, aber ihre Vereinigung zu einer Einheit höherer Art müßte eine bestimmte Form annehmen, über die sich nicht einmal eine Andeutung findet.

Beträchtlich später, als die sozialdemokratische Bewegung während der sogenannten ökonomischen Phase rein wirtschaftliche Forderungen an erste Stelle setzte und die politischen nur nebenbei erwähnte, begnügte man sich gleichfalls mit der bloßen Forderung nach bürgerlicher Freiheit, ohne repräsentative Einrichtungen auch nur zu erwähnen.

Der Verband brachte gegen diese Kritik eine Erwiderung, die in Nummer 5 von „Land und Freiheit" erschien. Die Antwort ist lang, aufrichtig und im allgemeinen zutreffend.

Der Verband verteidigt seine Stellung zur politischen Freiheit, indem er darauf hinweist, daß diese den Arbeitern die Möglichkeit schaffe, sich zu organisieren, und die Propaganda und Agitation erleichtere. Der Verband, heißt es in der Antwort, schiebe die soziale Umwälzung durchaus nicht in eine unbestimmte Zukunft hinaus; er wolle diese Umwälzung auch nicht verschleiern oder hindern, da sie für das Proletariat, dem sie eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft erst ermögliche, von großem Nutzen sein würde.

---

1) „Die revolutionäre Journalistik der siebziger Jahre" (in russischer Sprache), S. 333—337. Paris.

Die Punkte über die agrarisch-bäuerlichen Verhältnisse seien allerdings nicht ausgeführt, enthielten aber doch die wichtigsten Andeutungen.

Die bloße Tatsache, daß das Programm aus verschiedenen Quellen schöpfe, sei noch kein Fehler; wichtig sei nur sein logischer und rationeller Aufbau. Zum Schluß versichert der Verfasser der Antwort, die Mitglieder des Verbandes seien vorsichtig genug, man brauche daher keine schlechten Folgen der Satzungen zu befürchten. Von Mitgliedern des Verbandes sind uns heute neben den bereits genannten Gründern der Organisation folgende Namen bekannt: Alexander Peterson, Demetrius Smirnow, Sergius Winogradow, Miasnikow, Batschin, Bambin, Ignaz Gusiew, Pawlow, Tschurkin, Gawrilow, Wolkow und andere. Einige von ihnen nahmen an der Bewegung zwischen 1880 und 1890 rührigen Anteil, manche waren auch viel später noch tätig.

Im Petersburger Proletariat hinterließ der „Nördliche Verband russischer Arbeiter" unstreitig Spuren.

Obnorski war noch im Jahre 1906 in Sibirien, obgleich er längst hätte zurückkehren können; auf den Namen Chalturins werden wir später noch stoßen.

XVI.

Welchen Einfluß hatte die revolutionäre Bewegung dieser Epoche auf die Gesellschaft? Leider fehlt uns auf diese Frage jedwede erschöpfende Antwort, ja wir können die Frage überhaupt nicht beantworten, da uns überhaupt kein diesbezügliches Tatsachenmaterial zur Verfügung steht. Wir können nur auf Grund einiger Erscheinungen ganz allgemein auf das Verhalten der verschiedenen sozialen Gruppen gegenüber dem Kampf der Revolutionäre mit der Regierung schließen.

Die russische Aristokratie und der höhere Adel waren in ihrer ungeheuren Mehrheit natürlich auf seiten der Regierung und verurteilten die revolutionäre Bewegung. Der Gegensatz zwischen diesen sozialen Schichten und der Regierung, der sich während und nach der Aufhebung der Leibeigenschaft vorübergehend geltend gemacht hatte, hörte späterhin vollständig auf; einzelne mochten über von Beamten begangene Diebstähle und

ebenso über manche Handlungen einzelner Beamten aufgebracht sein; im allgemeinen aber forderte man in diesen Kreisen nicht nur keine soziale, sondern nicht einmal eine politische Änderung.

Im mittleren Adel, der auf dem Lande wohnte und sich lebhaft an der sozialen und kulturellen Arbeit der Ziemstwos beteiligte, herrschte allerdings infolge der schlechten Wirtschaft der Regierung, der Übergriffe der Verwaltung und der Beschränkung der freien Entwicklung der Selbstverwaltung in der Provinz eine starke Unzufriedenheit. Sie fand ihren Ausdruck in der liberalen Bewegung unter den Ziemstwoleuten, von der bereits die Rede war.

Im mittleren und höheren Bürgertum finden sich bereits in jener Zeit schwache Zeichen von Unzufriedenheit. Die Entwicklung der Industrie und des Handels verlangt mehr Ordnung in der Verwaltung, als eine absolutistische Regierung der Gesellschaft zu sichern vermag. Endlich gab es im damaligen russischen Bürgertum auch viele aufgeklärte Elemente, die die Nachteile der bestehenden Ordnung vollauf begriffen. Die Regierung machte zwar dem Bürgertum allerlei Konzessionen, aber der rechtlose Zustand der ganzen Gesellschaft machte sich dennoch auch im Bürgertum fühlbar. Wirklich unzufrieden war die Intelligenz, d. h. die Angehörigen der freien Berufe: Advokaten, Ärzte, Ingenieure, Literaten und teilweise sogar Beamte der mittleren Rangklassen (diese allerdings nur im eigentlichen Rußland). Diese Leute besaßen eine höhere Bildung und waren von westeuropäischen Gedanken durchdrungen.

Den reaktionärsten Teil der Gesellschaft bildete unstreitig das Kleinbürgertum, eine Tatsache, die für die russische Gesellschaft charakteristisch ist. Rußland hatte nie und hat bis auf den heutigen Tag kein Kleinbürgertum wie etwa Frankreich. Den Grund dieser Erscheinung muß man in den historischen Entwicklungsbedingungen des russischen Volkes suchen. Wir wissen bereits, daß die russischen Städte niemals irgendeine Selbstverwaltung besaßen, ebensowenig entwickelten sich in Rußland Zünfte oder kaufmännische Gilden. Das Kleinbürgertum besaß kein selbständiges soziales Leben. In Unwissenheit versunken, ohne Zusammenhang mit der Kulturwelt, bildete es eine kon-

servative Masse voller Vorurteile, die blind an der altrussischen Überlieferung hing.

Die russischen Bauern jener Zeit hatten Ursachen genug, unzufrieden zu sein, doch fehlte ihnen jeder politische Begriff. Sie wollten Grund und Boden, aber weiter nichts. Das beweglichste Element in der Gesellschaft war die radikale Jugend und die Arbeiterschaft.

Die revolutionäre Bewegung jener Zeit, die 1878 und 1879 den Weg des Terrorismus beschritt, brachte sicherlich ein neues Ferment in die Gesellschaft. Der unmittelbare gewaltsame Angriff gegen die Regierung, d. h. gegen ihre Vertreter, war eine neue Erscheinung. Das mißlungene Attentat auf Kaiser Alexander II. im Jahre 1866 war eine vereinzelte Tatsache gewesen, jetzt aber fing diese Richtung an, System zu werden.

Die verschiedenen sozialen Gruppen und Individuen faßten diesen Kampf nicht in gleicher Weise auf; sogar ein Teil der oppositionellen Elemente war anfangs wenigstens über den Terrorismus entsetzt, während andere ihn freundlich begrüßten.

Aber nicht der Terrorismus allein war auf die Gesellschaft von Einfluß; bis zu einem gewissen Grade wirkte auch die revolutionäre Presse. In ihr wurden allerdings oft unbegründete Anschauungen gepredigt, die sich allzusehr vom realen Leben entfernten; doch fanden sich in dieser Presse auch rationale Elemente, namentlich wenn es sich um eine Kritik der herrschenden Zustände handelte.

Der aufgeklärte Teil der Gesellschaft begann bereits seit dem russisch-türkischen Krieg und zwar in immer stärkerem Maße mit den revolutionären Elementen zu rechnen; liberale Kreise versuchten sogar, wie wir sahen, eine Annäherung an die Revolutionäre. Vergleicht man den Zustand der russischen Gesellschaft zwischen 1867 und 1870 mit jenem, in dem sie sich von 1877 bis 1879 befand, so muß man zu dem Schluß kommen, daß sie beträchtliche Fortschritte gemacht hatte.

Die russische Gesellschaft verhielt sich in dieser Zeit (von 1877 bis 1879) nicht rein passiv, wie man gemeinhin denkt. Die damalige Presse sowie die Memoiren verschiedener Personen beweisen, daß die Gesellschaft damals in lebhafter Bewegung war,

daß ein beträchtlicher Teil bereits gründliche politische Reformen verlangte, was sogar die Zeitschrift „Land und Freiheit", die durchaus nicht zu Übertreibungen hinsichtlich der Zahl und Bedeutung der liberalen Strömungen neigte, zugeben mußte.

Daneben muß man allerdings den traurigen Stand der liberalen Bewegung in Betracht ziehen, die weder organisiert war, noch einen klaren Begriff von einer politischen Aktion hatte. Diese Tatsachen lassen sich jedoch nicht allein der Unfähigkeit oder Faulheit der Liberalen zuschreiben, die Gründe liegen tiefer.

Die liberalen Elemente konnten sich nicht organisieren und konnten keine bestimmte Aktion unternehmen, da sie keinerlei Stützpunkt in irgendwelchen tief in der russischen Gesellschaft wurzelnden Einrichtungen fanden. Ziemstwos und Stadtratskollegien existierten erst seit kurzer Zeit und standen überdies unter scharfer Regierungskontrolle. Ständige korporative Organisationen fehlten gleichfalls. Nicht nur die Intelligenz, auch die Industriellen hatten keine ständigen beruflichen Gesamtorganisationen von irgendwelcher Bedeutung. Nur der Adel besaß sie in Form von Standesversammlungen. Die lebhafteren und geistig höher stehenden Elemente aus dieser Schicht spielten auf ihnen jedoch keine Rolle, da sie die Arbeit in den Ziemstwos höher schätzten.

Man mußte zunächst nicht öffentliche, denn das hätte die Regierung nie erlaubt, sondern geheime liberale Organisationen gründen. Dazu bedurfte es aber längerer Zeit. Die liberalen Elemente konnten erst im Laufe der Jahre zu einem solchen Entschluß kommen, waren doch selbst die radikalen und revolutionären Elemente, die seit 1861 bis 1862 schon von einer großen Volksbewegung träumten, der Verwirklichung erst zehn Jahre darauf nähergetreten. Man darf auch nicht vergessen, daß ein Teil der liberalen Elemente sich der Hoffnung hingab, Kaiser Alexander II. werde nach Beendigung des Krieges gegen die Türkei früher oder später freiwillig eine Konstitution geben. Diese Illusion teilte sogar Gradowski, ein hervorragender Professor der Petersburger Universität und gelehrter Theoretiker des Staatsrechts.

Die reichsten Früchte trug die Tätigkeit der sozialistischen Revolutionäre unter den Fabrikarbeitern. Diese Tatsache beweist nicht nur der Umstand, daß Proletarier in beträchtlicher Anzahl

in die verschiedenen politischen Prozesse verwickelt waren; Beobachtungen einzelner hervorragender Revolutionäre, sowie Aussagen von Regierungsvertretern, die durchaus nicht geneigt waren, den umstürzlerischen Elementen Einfluß auf die Gesellschaft zuzugestehen, besagen das gleiche.

In einem Bericht des Gouverneurs von Charkow aus dem Jahre 1877, in dem die damaligen Zustände im Gouvernement beschrieben werden, finden wir die Bestätigung dafür, daß die revolutionäre Propaganda zwar unter den Fabrikarbeitern in Charkow beträchtliche Fortschritte machte, aber anderseits unter den Bauern auf dem flachen Lande gänzlich erfolglos blieb. Der Gouverneur bestätigt unter großer Beunruhigung die von den Polizeiagenten beobachtete Tatsache, daß sich in den breiten Schichten der niederen städtischen Bevölkerung und der studierenden Jugend ein gefährliches Ferment ausbreitete: die Arbeiter z. B. sprächen darüber, wofür das Geld verwendet werde, das die Regierung in Form von Abgaben einnähme usw. Im gleichen Bericht finden wir eine Klage darüber, daß die Revolutionäre die Beamten oft tätlich bedrohen, wenn diese bestimmte Pflichten erfüllen wollten; diese Drohungen, heißt es, erreichen zwar selten ihr Ziel, sind aber mitunter doch von Erfolg. Die Revolutionäre, sagt der Gouverneur, machen ihre Drohungen mitunter wahr. Das alles aber untergrabe die Macht der Regierung und demoralisiere die Beamtenschaft [1]).

Die Bedeutung dieses Berichts ist um so größer, als er sich auf das Jahr 1877, also auf die Zeit vor der Ermordung des Fürsten Krapotkin, des damaligen Gouverneurs von Charkow, bezieht, als die Revolutionäre dort noch niemand umgebracht hatten und die Verwirklichung ihrer Drohungen noch keine scharfen Formen angenommen hatte. Charkow war damals kein Ort, wo die Revolutionäre unter den Arbeitern eine besonders rege Tätigkeit entfalteten. Wenn also schon hier die Folgen der Propaganda und Agitation unter dem recht zahlreichen Proletariat die Behörden beunruhigten, um wie viel stärker mußten diese Folgen in Petersburg, Kijew und Odessa sein, wo die

1) „Die revolutionäre Journalistik der siebziger Jahre" S. 213—216.

Revolutionäre seit einer Reihe von Jahren unter der Arbeiterschaft systematisch arbeiteten und wo diese Arbeit sehr viele begabte Agitatoren betrieben.

In der Tat war die Tätigkeit der sozialistischen Revolutionäre in der Zeit von 1872 bis 1879 unter der arbeitenden Bevölkerung sehr erfolgreich. Während des Prozesses gegen Kowalski beteiligten sich in Odessa sehr viele Arbeiter an der bedeutsamen Manifestation. Nicht wenig revolutionäre Arbeitergruppen existierten in Petersburg, Moskau, Kijew, Odessa, Rostow am Don und Saratow; in den zahlreichen Fabriken der Gouvernements Wladimir und Jaroslaw wurde keine ständige Propaganda und Agitation getrieben. Die Erfolge der Revolutionäre auf dem flachen Lande waren unvergleichlich schwächer. Ihre Tätigkeit mußte offenbar auch hier, wenn vielleicht auch nur schwache Folgen haben und zwar nicht nur soziale und politische, sondern auch solche von rein aufklärerischer und kultureller Bedeutung.

Leonidas Schischko, der Verfasser wertvoller Beilagen zu der russischen Ausgabe von Thuns Geschichte der russischen Revolution [1]), versichert, die städtische Arbeiterbevölkerung, die gegenüber den Massen der Bauernschaft numerisch kaum in Betracht kam, sei nicht imstande gewesen, eine breite Massenbewegung hervorzurufen und dadurch eine größere Bedeutung zu erhalten. Als Beweis führt er die Tatsache an, daß selbst Chalturin zuletzt aufhörte, nur unter der Arbeiterschaft zu wirken. Dieser Gedanke scheint mir unrichtig, da schon die oben angeführten Tatsachen die Empfänglichkeit der damaligen Arbeiter für soziale und politische Angelegenheiten zeigten. Wenn es doch nicht zu einer Massenbewegung unter der Arbeiterschaft kam, so mag einer der Hauptgründe, wenn nicht der Hauptgrund hierfür in der verfehlten Taktik der Revolutionäre gelegen haben.

In der Tat fehlte es ihnen an jedem sozialen und politischen Gedanken, der auf die bestehenden Zustände hätte angewendet werden können; so waren sie denn auch außerstande, die

---

1) **Thun**, Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland (russische Ausgabe), S. 165.

Massen zum Kampf des Tages unter einem gemeinsamen Schlachtruf zusammenzuscharen. Der „Nördliche Verband der russischen Arbeiter“ machte einen bedeutsamen Schritt nach vorwärts, als er die Minimalforderungen der westeuropäischen Sozialisten in sein Programm aufnahm. Als Chalturin in die Partei „Volksfreiheit“ eintrat, war ihm bekannt, daß diese Organisation der Tätigkeit unter den Fabrikarbeitern große Wichtigkeit beilegte.

Schischko hat recht, wenn er an einer anderen Stelle sagt, eine der Bedingungen zur Entstehung einer Massenbewegung sei eine gewisse Empfänglichkeit der Massen in politischen und sozialen Angelegenheiten, er bedenkt aber nicht, daß es unvergleichlich leichter gewesen wäre, diese im Proletariat bereits vorhandene Empfänglichkeit durch systematische Arbeit zu stärken, als sie in der Bauernschaft, wo sie überhaupt noch nicht vorhanden war, entsprechend zu entwickeln.

Ganz allgemein kann man sagen, daß die Tätigkeit der Revolutionäre während der Zeit der zweiten Organisation „Land und Freiheit“ die Gesellschaft in starkem Maße anregte. Bestimmte Kreise sympathisierten aufrichtig mit der Bewegung und wünschten ebenso aufrichtig Reformen, namentlich solche politischer Art, doch fehlte die entsprechende Organisation.

Eine bemerkenswerte Tatsache ist, daß die Mitglieder von „Land und Freiheit“ die Agitation in der Armee nicht einmal versuchten.

XVII.

Seit dem Anschlag Solowjews auf Alexander II. wurden die inneren Gegensätze in der Organisation „Land und Freiheit“ zwischen den volkstümelnden Anarchisten und den für eine politische Aktion eintretenden Terroristen immer größer.

Die Zeitgenossen stellen diese Meinungsverschiedenheiten nicht immer in der gleichen Weise dar; während Morosow z. B. versichert, der Kampf zwischen den beiden Lagern innerhalb der Partei sei sehr scharf und erbittert gewesen, da jede Gruppe bemüht gewesen sei, das Übergewicht zu gewinnen, meint Popow, der Streit sei nicht besonders hitzig gewesen und habe sich zum größten Teil auf die Redaktion von „Land und Freiheit“ be-

schränkt[1]). Wir glauben jedoch, daß Morosow im Recht ist. Schon allein die Tatsache, daß eine Versammlung nach Lipezk einberufen wurde, an der sich ausschließlich Anhänger des Terrorismus beteiligten und die der eigentlichen Parteiversammlung in Woronesh vorausging, beweist, daß die Anhänger der neuen Richtung sich innerhalb der Organisation zum Angriff oder auch zur Verteidigung vorbereiteten.

Morosow erwähnt, die Terroristen hätten nach dem Anschlag auf Alexander II. und nach einer Reihe von Zwistigkeiten in der Redaktion von den volkstümelnden Anarchisten entweder einen Angriff oder sogar den Ausschluß aus der Organisation erwartet, aus diesem Grunde hätten sie denn auch beschlossen, ihre Kräfte zu mobilisieren.

Dieser Kampf der Ideen mußte allerdings in der Redaktion stärker zum Ausdruck kommen, als irgendwo innerhalb der Partei, arbeiteten doch in ihr Plechanow und Morosow, die beiden intelligentesten Führer der beiden sich befehdenden Richtungen; dieser Kampf machte sich aber sicherlich auch außerhalb der Redaktion geltend. Es ist leicht möglich, daß Popow, der ausschließlich Praktiker war, den prinzipiellen Kampf gar nicht merkte, sondern sich nur in den jeweiligen praktischen Fällen der Unterschiede bewußt wurde[2]).

Die Zusammenkunft wurde so zu einer Notwendigkeit, auch nach den Satzungen der Organisation war sie erforderlich geworden; schließlich wurde Woronesh als Ort der Zusammenkunft gewählt, die Terroristen kamen schon einige Tage vorher in Lipezk zusammen.

---

1) Über die inneren Reibungen in der Organisation von „Land und Freiheit" gegen Ende ihrer Existenz sowie über die Parteiversammlungen in Lipezk und Woronesh siehe die Broschüre „Andreas Shelabow" (in russischer Sprache), zweite Ausgabe, von Tichomirow; Frolenko, Die Zusammenkünfte in Lipezk und Woronesh, in „Biloje", Jahrgang 1907, Heft 1, S. 67—88; Aptekmann, „Land und Freiheit" (in russischer Sprache); Popow, „Land und Freiheit" vor der Zusammenkunft in Woronesh. „Biloje" 1906, Heft 8, S. 13—39; Popow, Aus meiner Vergangenheit, „Biloje" 1907, Heft 7, S. 141—278; Morosow, Eine Erinnerung an vergangene Tage. „Biloje" 1907, Heft 10, S. 241—276.

2) „Die Entstehung der Volksfreiheit". „Biloje", Heft 12, Jahrgang 1906, S. 166.

Die Zusammenkunft begann am 17. und schloß am 20. Juni 1879. Im ganzen waren etwa 14 Personen anwesend. Von der Petersburger Gruppe „Land und Freiheit“ erschienen: Alexander Michajlow, Nikolaus Morosow, Maria Oschanina (sie war damals bereits mit Barannikow verheiratet, eine sehr rührige Agitatorin, die niemals den üblichen Bauernkultus mitgemacht hatte, sie war eine Anhängerin der Richtung, die die „Alarmglocke“ predigte, trat aber in die Organisation „Land und Freiheit“ ein, da sie die dort herrschende Energie schätzte und in der Organisation eine revolutionäre Kraft sah), Leo Tichomirow, Alexander Kwiatkowski, Alexander Barannikow, Schirajew, den Morosow das hervorragendste Mitglied der damals gerade entstandenen Geheimgesellschaft „Freiheit oder Tod“ nennt, Kolotkiewitsch, Shelabow, Frolenko und Goldenberg.

In der ersten Sitzung verlasen Michajlow und Kwiatkowski eine Abhandlung von Morosow, die das Programm und die Satzungen einer Organisation behandelte, welche die Terroristen entweder innerhalb der Organisation „Land und Freiheit“ oder außerhalb derselben gründen wollten. Die beiden fügten noch ihre eigenen Anmerkungen hinzu. In einem sehr kurzen Programmteil wurde darauf hingewiesen, daß unter den in Rußland herrschenden Verhältnissen überhaupt keine Tätigkeit zugunsten des Volkes möglich sei, man müsse also vor allem die herrschende Regierungsform vernichten. Dies sei aber nur durch eine bewaffnete Aktion möglich. Man müsse sich des Terrorismus bedienen, solange dem russischen Volke die Möglichkeit fehle, alle politischen und sozialen Angelegenheiten in Wort und Schrift frei zu erörtern und in freien repräsentativen Institutionen über sie zu entscheiden.

Alle, die bereit seien, der Partei in ihrem Kampf gegen die Regierung beizustehen, werde diese als ihre Freunde, alle, die sie stören würden, als ihre Feinde betrachten.

Da die Regierung die Revolutionäre ins Gefängnis wirft, in die Verbannung schickt, zum Tode verurteilt und ihnen ihr Hab und Gut wegnimmt, würden auch die Revolutionäre die Regierungsvertreter vernichten und das Vermögen der Regierung konfiszieren, um Mittel zum Kampf gegen die Regierung zu gewinnen.

Dagegen würden sie das Eigentum von Privatpersonen und Gesellschaften, die sich nicht an dem Kampfe der Regierung gegen die Revolutionäre beteiligen, als unverletzlich ansehen.

Die in der Abhandlung niedergelegten Ansichten wurden von der Versammlung gutgeheißen, die Abhandlung selbst sollte gedruckt werden; doch berichtet Morosow, Tichomirow habe sich später diesem Entschluß widersetzt und eine von ihm verfaßte Abhandlung vorgeschlagen, die auch tatsächlich in Nummer 3 der „Volksfreiheit" erschien [1]). Sehr regen Anteil an der Diskussion nahm Shelabow, der seine Ansichten über den damaligen Zustand Rußlands und einen möglichen Ausweg aus ihm in einer langen Rede auseinandersetzte. Die Ansichten, die er dabei entwickelte, waren kurz die folgenden.

Es ist nicht die Aufgabe der sozialrevolutionären Partei, politische Reformen durchzuführen, die völlig das Werk der Liberalen zu sein haben. In Rußland sind die Liberalen jedoch aus den einen oder anderen Gründen machtlos und daher außerstande, dem Lande freiheitliche Einrichtungen zu geben. Ohne diese aber ist jedwede soziale Tätigkeit unmöglich. Daher sei die sozialrevolutionäre Partei gezwungen, diese Aufgabe zu übernehmen, den Despotismus zu stürzen und freiheitliche politische Einrichtungen zu erzwingen, unter denen der Kampf der Ideen erst möglich werde. Als nächstes Ziel sei auch das Bestreben anzuerkennen, irgend etwas zu erreichen, was den Grund zur politischen Freiheit legt und die tätigen Elemente innerhalb der Gesellschaft zusammenführt.

Auch Shelabow erklärte sich für den Zarenmord [2]), da er Alexander II. für alle Repressalien in Rußland verantwortlich machte. Hat die Partei die Kraft, den Despoten durch einen bewaffneten Aufstand zu entfernen, so möge sie es tun, sagte Shelabow; reicht ihre Kraft nur so weit, daß sie ihn persönlich strafen kann, so möge sie auch das tun. Der Terrorismus übt nicht Rache, sondern ist ein zielbewußtes Mittel des revolutionären Kampfes. Alexander Michajlow hielt eine lange Rede gegen Alexander II., die in einer formalen Anklage gipfelte.

---

1) Ebenda S. 11 und 12.

2) „Andreas Iwanowitsch Shelabow" (in russischer Sprache), S. 36—38.

Der Gedanke des Zarenmordes fand keine Gegner. Auch über den Terrorismus selbst waren alle einig, nur in der Auffassung des Terrorismus als solchen und über die nächsten Aufgaben der Partei entstanden einige Meinungsverschiedenheiten. Der Biograph Shelabows berichtet, einige (wahrscheinlich mit Morosow an der Spitze) hätten den Terrorismus als das damals einzig mögliche Kampfmittel ansehen wollen, andere (an ihrer Spitze stand wahrscheinlich Shelabow) wollten mit Hilfe des Terrorismus nur einige grundsätzliche konstitutionelle Rechte erlangen, noch andere erklärten sich für eine Volksregierung; schließlich gab es auch solche, die sich der Staatsgewalt bemächtigen wollten.

Alle aber waren darin einig, daß man vor allem die bereits begonnene Aktion gegen Alexander II. zu Ende führen müsse.

Auch die Statuten des künftigen [1]) Exekutivkomitees wurden besprochen, das später als das Exekutivkomitee der „Volksfreiheit“ berühmt wurde. In dem schon angeführten Aufsatz zitiert Morosow einige von ihm verfaßte Paragraphen, fügt aber hinzu, Shelabow, Michajlow und Kwiatkowski hätten etwa zehn andere hinzugefügt, auf die er sich jedoch nicht mehr besinnen kann. Ich gebe nicht alle von Morosow angeführten Punkte wieder, da wir nicht bestimmt wissen, ob sie auch in dieser Form angenommen wurden. Ich begnüge mich daher mit einer Charakteristik der wichtigsten Gedanken.

In das Exekutivkomitee konnte nur eintreten, wer bereit war, ihm Leben und Vermögen zu opfern, von den Bedingungen des Austritts konnte überhaupt keine Rede sein.

Komiteemitglieder konnten mit Wissen der Organisation auch anderen Geheimgesellschaften beitreten, um deren Tätigkeit, soweit dies möglich war, im Geiste des Komitees zu beeinflussen. Ein solches Mitglied brauchte die Geheimnisse der Gesellschaft, zu der es gehörte, nicht aufzudecken, solange es das Komitee selbst damit nicht schädigte. Im ent-

---

1) Ich sage „künftig“, da, wie wir wissen, bereits ein Exekutivkomitee von „Land und Freiheit“ existierte.

gegengesetzten Falle war es jedoch hierzu verpflichtet. Gerade diese Bestimmungen sind die weitaus charakteristischsten, die anderen haben ausschließlich praktisch-technische Bedeutung. So schrieb z. B. ein Paragraph Mitgliedern, gegen welche die Regierung unwiderlegliche Beweise ihrer Tätigkeit in der Hand hatte, vor, keinerlei Aussagen während der Untersuchung zu machen und sich unter keinen Umständen als Mitglied des Komitees zu bekennen. Für den Fall, daß die Regierung keine unwiderleglichen Beweise besitzen sollte, sollten die Mitglieder nach dem betreffenden Paragraphen alle Beziehungen zum Komitee leugnen und versuchen, sich aus der Schlinge zu ziehen, um auch weiterhin in der Bewegung arbeiten zu können. Wie Morosow versichert, wurde dieser Punkt nur selten eingehalten.

Die angeführten Paragraphen waren Morosows Idee gewesen, was andere hinzufügten, weiß er nicht mehr. Er erinnert sich nur eines Antrags, den Tichomirow stellte, wonach das Exekutivkomitee Agenten verschiedener Grade haben sollte. Der Agent ersten Grades sollte ein geringeres Vertrauen genießen als der zweiten Grades, und zwar aus dem Grunde, damit niemand wissen solle, wie viele Grade er noch erwerben müsse, um in das eigentliche Komitee zu gelangen.

Die Versammlung entschied sich für eine zentralistische Organisation. Nach Erledigung der Angelegenheiten von allgemeinem Charakter wurden Morosow und Tichomirow zu Redakteuren der künftigen Zeitschrift gewählt; ebenso wurde eine Organisationskommission ernannt, zu der Alexander Michajlow, Frolenko und Tichomirow gehörten.

Nachdem die Mitglieder der Zusammenkunft von Lipezk ihre Beratungen geschlossen hatten, begaben sie sich nach Woronesh. An dieser zweiten Zusammenkunft konnten sich zunächst nur diejenigen beteiligen, die bereits Mitglieder von „Land und Freiheit“ waren, die übrigen mußten erst aufgenommen werden. Jede Fraktion brachte drei neue Mitglieder in Vorschlag, die auch aufgenommen wurden, worauf die Verhandlungen begannen. Es waren im ganzen 25 Personen, darunter außer den Teilnehmern der Vorversammlung in Lipezk Plechanow, Popow, Aptekmann, Tititsch, die Perowska, Wera Figner und andere.

Verschiedene Teilnehmer dieser Zusammenkunft beschreiben den Verlauf der Beratungen verschieden; in dem bereits mehrfach angeführten Aufsatz berichtet Morosow, der Terrorismus und der politische Kampf hätten nicht auf grundsätzlichen Widerstand gestoßen, bis auf den Umstand, daß Plechanow demonstrativ den Kongreß verließ. Dagegen versichert Aptekmann, es hätten sehr erregte Diskussionen stattgefunden, da die Anhänger der alten volkstümelnden Richtung eigensinnig ihre Stellung verteidigten, so daß Tititsch (Pseudonym), der zum Vorsitzenden gewählt worden war, die Verhandlungen nur schwer zu leiten vermochte. Auch Tichomirow spricht in der bereits erwähnten Biographie von gegensätzlichen Anschauungen, die Anhänger des alten Bauernkultus hätten ihren ganzen Widerwillen gegen die Politik behalten, ja manche von ihnen seien im Grunde genommen gar keine Revolutionäre gewesen, sondern lediglich Anhänger einer kulturfördernden Arbeit inmitten des Volkes. Er berichtet auch, Shelabow habe über die Anhänger dieser Richtung die zornigen Worte fallen lassen: „Diese Leute halten sich für Revolutionäre.“ Frolenko gibt eine allgemeine Darstellung der Zusammenkunft, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

Es scheint mehr dafür zu sprechen, daß die neue Richtung auf dem Kongreß weder einen leichten, noch einen vollständigen Sieg erfocht. Die Mehrheit erklärte sich allerdings für den politischen Kampf, die Minderheit hielt jedoch offenbar nach wie vor daran fest, daß politische Freiheit ein zweifelhafter Nutzen für das Volk sei, da sie die Organisierung des Bürgertums erleichtern würde. Auch über den Terrorismus machten sich verschiedene Anschauungen geltend. Die Mehrheit nahm ihn als ein Mittel an, dessen man sich vorübergehend und ausnahmsweise bedienen könne und müsse. Sie willigte auch in den Zarenmord ein, um das bereits begonnene Werk, d. h. die gegen Kaiser Alexander II. gerichtete Aktion zu Ende zu führen. Man kann jedoch anderseits nicht behaupten, diese Mehrheit hätte den politischen Terrorismus als wichtigste Kampfform anerkannt. Die Minderheit verurteilte den politischen Terrorismus als eine ziellose Bewegung, da sie befürchtete, er würde zu viele Kräfte verschlingen. Zu einer Spaltung kam es während der Zusammen-

kunft nicht, einzig Plechanow zog sich von den Beratungen zurück und trat aus der Partei aus.

Die gefaßten Beschlüsse trugen einen Kompromißcharakter. Die Grundlage des Programms blieb unverändert, nach wie vor wurde die Arbeit im Volke als die Hauptaufgabe der Partei erklärt; man versicherte von neuem, die Revolution könne nur das Werk des Volkes selbst sein, daneben wurde jedoch die Notwendigkeit des politischen Kampfes, des politischen und wirtschaftlichen Terrorismus anerkannt (der dritte Punkt entsprach einer Forderung der Anhänger des alten Bauernkultus, in Praxis kam es nie zu seiner Ausführung). Die terroristische Gruppe innerhalb der Partei erhielt ausdrücklich Bewegungsfreiheit, der dritte Teil des Parteivermögens wurde für terroristische Zwecke bestimmt.

Von starkem Eindruck auf die Teilnehmer der Zusammenkunft war ein Brief Osinskis, den dieser kurz vor seiner Hinrichtung geschrieben hatte und worin er die Genossen anfeuerte, den neuen Weg zu beschreiten, d. h. den politischen Kampf mittels des Terrorismus zu führen.

Sowohl in Lipezk als in Woronesh hatte Shelabow eine wichtige Rolle gespielt; er besaß eine erstaunliche Gabe, andere zu überzeugen, und erfaßte ungemein rasch das Wesentliche bei jeder Diskussion.

Die Zusammenkunft in Woronesh dauerte vom 21. bis zum 24. Juni 1879.

Um dieselbe Zeit vollzogen die Revolutionäre in Cherson mittels eines unterirdischen Ganges, den sie zu diesem Zwecke gruben, die erste „Enteignung“ von Regierungsgeldern, und zwar bei der Gouvernementskasse. Die Summe, die ihnen dabei in die Hände fiel, war beträchtlich, doch kam die Polizei auf die Spur der Revolutionäre und nahm ihnen fast alles Geld bis auf 10—20000 Rubel wieder ab. An der Angelegenheit waren folgende Revolutionäre beteiligt: die Rossikowa, Jurkowski, Frolenko und andere.

Der Kompromiß, den beide Richtungen in Woronesh geschlossen hatten, erwies sich bald als unhaltbar. Beide Strö-

mungen konnten unmöglich in der gleichen Organisation nebeneinander bestehen. Plechanow war zwar aus der Partei ausgetreten, aber er blieb nach wie vor das Haupt der Opposition; die Anhänger des Bauernkultus, die in der Organisation „Land und Freiheit" verblieben waren, verständigten sich mit ihm und holten seinen Rat ein; auch die Emigranten, die zur alten Richtung gehörten, wie Wera Sasulitsch, Axelrod, Deutsch und Stefanowitsch, erklärten sich gegen die neue Strömung in der Partei. Die Spaltung war nicht mehr aufzuhalten, Ende des Sommers und Anfang Oktober war sie bereits Tatsache.

„Land und Freiheit" zerfiel in zwei Parteien: in die Organisation „Volksfreiheit", die sich die Erringung der politischen Freiheit als nächstes Ziel setzte, den Terrorismus zurzeit als die wichtigste Kampfform erklärte und ihre propagandistisch-agitatorische Tätigkeit auf die Arbeiter, die Intelligenz und das Heer konzentrierte. Die zweite Gruppe war „Die Schwarze Aufteilung" (Tschernij peredjel). Zu ihr gehörten die Anhänger des alten Bauernkultus.

Unabhängig von „Land und Freiheit" übten damals einzelne Personen und kleine Gruppen auf eigene Faust Propaganda und Agitation, indem sie verschiedene Aufrufe erließen. Berichte in Regierungsorganen verzeichnen diese Tatsachen. Ich gehe hier nicht auf sie ein, da sie von geringfügiger Bedeutung waren, doch beweisen sie, daß die Bewegung immer mehr um sich griff.

Sechstes Kapitel.

Die Zeiten der „Volksfreiheit" von Ende 1879 bis 1885.

I.

Shelabow, der eine so hervorragende Rolle auf den Kongressen in Lipezk und Woronesh gespielt hatte, begab sich bald darauf nach dem Süden, d. h. nach Kijew, Charkow und Odessa. Er verfolgte mit seiner Reise einen doppelten Zweck: 1) wollte er die ausgebreiteten Beziehungen, die er in diesem Teile Rußlands besaß, ausnutzen, eine Organisation gründen und den programmatisch-taktischen Änderungen in der revolutionären Bewegung einen festen Boden verschaffen; 2) wollte er ein Attentat auf Alexander II. in die Wege leiten, das während der Rückkehr des Kaisers, der sich damals in der Krim und zwar auf Livadia aufhielt, vollzogen werden sollte. Auch die übrigen Mitglieder der beiden Kongresse wandten sich den großen Städten zu. In Moskau, in Petersburg und ebenso in den südlich gelegenen Städten fanden im Sommer 1879 in den revolutionären und auch in den mit ihnen sympathisierenden Kreisen fortwährend überaus lebhafte Diskussionen statt, bei denen Programm und Taktik beraten wurden und die Vertreter der beiden Fraktionen, der damals noch nicht zerfallenen Organisation „Land und Freiheit", sich bemühten, die übrigen von der Richtigkeit ihrer Gedanken zu überzeugen. Wie wir wissen, kam es Mitte August zu dem endgültigen Bruch, aus dem dann die beiden Parteien „Volksfreiheit" und „Die Schwarze Aufteilung" hervorgingen. Erst durch diese Trennung bekamen die Terroristen völlig freie Hand, und Shelabow ging sofort mit der ihm eigenen Energie ans Werk. Es ist überaus wahrscheinlich, daß er sofort nach den

Kongressen dem Exekutivkomitee beitrat. Seine Propaganda für die neue revolutionäre Richtung hatte überaus großen Erfolg; die revolutionären Gruppen im Süden waren zwar durch die Tätigkeit Walerian Osinskis bis zu einem gewissen Grade bereits auf das Programm und die Taktik der „Volksfreiheit“ vorbereitet, aber unstreitig trugen Shelabows Talent, andere zu überzeugen, und seine Standhaftigkeit noch bedeutend zur Verbreitung der neuen Richtung bei.

Gegen den 20. September fand sich eine größere Anzahl von Anhängern der „Volksfreiheit“ vorübergehend in Charkow ein. Neben Shelabow waren anwesend: Goldenberg, Barannikow, Presniakow, Tatiana Lebiedewa und die beiden Arbeiter Oklacki und Tichonow. Zahlreiche Versammlungen wurden abgehalten, um unter der Jugend Propaganda zu treiben und die Fähigsten unter ihr in die Bewegung einzubeziehen. Auf diese Weise gewann die Partei einen sehr tüchtigen Menschen, der später unter den Arbeitern in Moskau eine rührige Tätigkeit entfaltete: wir meinen Peter Tellalow [1]).

Das Attentat auf Alexander II. beschlossen die Revolutionäre mit Hilfe von Dynamitminen zu versuchen, die an drei verschiedenen Stellen unterirdisch gelegt werden sollten: in Odessa, in der Nähe von Alexandrowsk, auf der Linie der Lobozo-Sebastopoler Eisenbahn und endlich direkt vor Moskau, gleichfalls unter den Schienen. An den Vorbereitungen nahmen an fünfzig zuverlässige Personen aus der revolutionären Partei teil. Besonders günstig schien das Attentat in der Nähe von Alexandrowsk, da der kaiserliche Zug hier, wenn das Attentat gelingen sollte, unfehlbar in einen Abgrund stürzen mußte.

In Odessa arbeiteten: Frolenko, Kibaltschiz, Kolotkiewitsch, Zlatopolski und die Lebiedewa; in Alexandrowsk: Shelabow, Presniako, Oklacki, Tichonow und die Jakimowa; in Moskau: Alexander Michajlow, Schirajew, die Perowska, Goldenberg, Hartman und Barannikow. Wera Figner war an allen Vorbereitungen beteiligt.

---

1) Anklageakt aus dem Prozeß der 17. „Biloje“, Jahrgang 1906, Heft 10, S. 201 und 202.

Die Revolutionäre besaßen Dynamit, das Schirajew und Kibaltschiz hergestellt hatten. Die Herstellungsarbeiten bei den Minen erforderten eine ungeheure physische Anstrengung, große Vorsicht, Tatkraft und Schlagfertigkeit.

Die Vorbereitungen in Odessa blieben völlig nutzlos, da der Kaiser eine andere Richtung einschlug, man unterbrach daher die Arbeiten und brachte das Dynamit nach Moskau, wo es daran mangelte.

Shelabow kaufte in der Nähe von Alexandrowsk ein Haus und ließ sich darin mit der Jakimowa nieder, die er auf Grund falscher Papiere als seine Frau ausgab. Er reichte bei der Behörde ein Gesuch ein, in dem er um die Erlaubnis ersuchte, eine Gerberei zu errichten, was ihm gestattet wurde. Dank diesem Umstande konnten die Vorbereitungen zum Attentat unter günstigen Bedingungen ausgeführt werden. Am 18. November berührte der kaiserliche Zug die nächste Umgegend von Alexandrowsk, die Explosion unterblieb jedoch aus technischen, nicht näher erklärten Ursachen; offenbar fehlte es den Revolutionären noch an der nötigen Erfahrung.

Etwa drei Werst vor Moskau wurde gleichfalls ein Haus gekauft, von dem aus die Revolutionäre einen unterirdischen Gang gruben. Sie waren jeden Augenblick auf eine Hausdurchsuchung gefaßt. In einem der Zimmer stand eine Flasche mit Nitroglyzerin, in das die Perowska bei einem etwaigen Auftauchen der Polizei einen Schuß abfeuern sollte.

Am 19. November erwartete man den Kaiser. Das Attentat wurde ausgeführt, jedoch nur das kaiserliche Gefolge hatte die betreffenden Wagen benutzt. Zwei Waggons wurden umgeworfen, doch niemand tödlich verwundet; offenbar war die Explosion zu schwach gewesen. Sowohl in Moskau, als auch in Alexandrowsk und Odessa gelang es den Revolutionären zu entfliehen.

Kaiser Alexander II. kam erst am 20. November nach Moskau. Er hielt anläßlich des geplanten Attentats eine Rede an den Adel und die Vertreter der anderen Stände, worin er die Eltern bat, ihre Kinder zu guten Untertanen zu erziehen, und den Revolutionären unerbittlichen Kampf gelobte.

Das Attentat war zwar mißlungen, aber es machte in Moskau ungeheures Aufsehen. Erst später wurde bekannt, daß auch in Odessa und Alexandrowsk Minen gelegt worden waren.

Der erste Mißerfolg lähmte die Tatkraft der Revolutionäre nicht im entferntesten, sie gingen im Gegenteil mit um so größerer Beharrlichkeit von neuem an die Arbeit.

Am 22. November erließ das Exekutivkomitee der „Volksfreiheit“ anläßlich des mißlungenen Attentates von Moskau einen Aufruf. Das Komitee charakterisiert darin zunächst die rechtlose Lage, in der sich damals die verschiedenen sozialen Schichten Rußlands befanden, zählt die reaktionären Regierungsmaßnahmen auf und beschäftigt sich endlich mit der Person Alexanders II., der eine Verkörperung der Reaktion und aller Repressalien genannt wird, die die Regierung ausübt: aus diesem Grunde, erklärt das Komitee, habe die Partei ihm erbarmungslose Fehde zugeschworen; sollte der Kaiser aber eine gesetzgebende Versammlung einberufen und ihr seine eigene Macht unterstellen, um die in Rußland herrschenden Verhältnisse zu reorganisieren, so würde die Partei ihm seine Schuld verzeihen, und den Kampf einstellen. Zum Schlusse wendet sich das Komitee noch an die Gesellschaft und bittet um deren Unterstützung in dem schweren Kampfe gegen den Absolutismus[1]).

Der Aufruf wurde in der Geheimdruckerei der Partei in zahlreichen Exemplaren gedruckt und sehr geschickt verbreitet. Der ruhige, aber standhafte Ton, in dem er gehalten war, machte überall einen starken Eindruck; die Anhänger der Regierung gerieten in Angst, ihre Gegner schöpften neue Hoffnungen.

Noch vor dem mißlungenen Moskauer Attentat beschloß der uns schon bekannte Arbeiter Chalturin, einer der Gründer des „Nördlichen Arbeiterverbandes“, der inzwischen Terrorist geworden war, wie schon vorher Solowjew ganz allein ein Attentat auf den Zaren auszuführen. Seiner Ansicht nach mußte Alexander II. gerade durch einen Arbeiter fallen, um der Regierung zu beweisen, daß das Volk gegen den Despotismus sei.

---

1) Der Aufruf erschien in Nummer 3 der „Volksfreiheit“. Siehe den Neudruck in Basilewskis „Literatur der Volksfreiheit“ (in russischer Sprache), S. 167 bis 168.

Chalturin bot dem Exekutivkomitee seine Dienste an und gelangte nach mannigfachen Bemühungen als Tischler ins Winterpalais. Er bekam im Palais selbst Wohnung und begann die Vorbereitungen zum Attentat. Er stand anfangs mit Alexander Kwiatkowski in Verbindung, später, als dieser verhaftet wurde, mit Shelabow.

Kwiatkowskis Verhaftung am 24. November 1879 war ein schwerer Schlag für die Partei: während der Hausdurchsuchung bei ihm wurde ein Plan des Winterpalais beschlagnahmt, in dem das Speisezimmer des Zaren mit einem Kreuz bezeichnet war. Die Gendarmie begriff, daß das Zeichen irgendeine Bedeutung haben mußte, konnte es sich aber nicht erklären. Die Sache verhielt sich folgendermaßen. Chalturin wohnte direkt unter dem Speisezimmer. Zwischen seiner Stube und dem Speisezimmer des Zaren, das einen Stock höher lag, war die kaiserliche Wache untergebracht. Durch den bei Kwiatkowski gefundenen Plan des Winterpalais war die Aufmerksamkeit der Gendarmerie geweckt, und sie fing an, im ganzen Palais recht häufig unerwartete Hausdurchsuchungen anzustellen. In Chalturins Stube sogar wurde ein Gendarm untergebracht, nicht weil man einen speziellen Verdacht gegen ihn hegte, sondern zur allgemeinen Überwachung. Man kann sich vorstellen, was Chalturin damals ausstand. Das Dynamit brachte er, da er Leibesvisitationen befürchtete, nur in sehr kleinen Dosen aus der Stadt mit. Er versteckte es anfangs unter seinem Kopfkissen, was starkes Kopfweh bei ihm zur Folge hatte; als sich später eine größere Menge in seinem Besitz befand (direkt vor dem Attentat hatte er bereits drei Pfund gesammelt), bewahrte er es in seinem Koffer auf. Chalturin war ein vorzüglicher Tischler und wurde aus diesem Grunde geschätzt. Er bemühte sich, freundliche Beziehungen zu seiner Umgebung aufrecht zu erhalten und spielte die Rolle des bäurischen Arbeiters, der noch nicht den richtigen Schliff der Großstadt bekommen hat. Der Gendarm, der die Stube mit ihm teilte, war von einer ganz besonderen Rücksicht gegen ihn, da er eine heiratsfähige Tochter hatte und ein Auge auf Chalturin warf. Unter diesen Umständen, die ihm auch Gelegenheit boten, Zeuge vieler Diebstähle und der großen Unordnung im Palais zu sein, verbrachte

Chalturin einige Monate[1]). Shelabow trieb zur Eile, aber es war nicht leicht, den Augenblick der Explosion festzusetzen. Der Kaiser hielt seine Mahlzeiten nicht sehr regelmäßig ab; die Zeit des Mittagessens schwankte oft um eine halbe Stunde. Die Revolutionäre beschlossen, sich bei der Explosion eines entsprechenden Apparates zu bedienen; die Flamme sollte zur gegebenen Stunde eine bestimmte Stelle erreichen.

Am 1. Oktober 1879 wurde in der gutorganisierten Geheimdruckerei in Petersburg die erste Nummer der Zeitschrift der Partei vollendet. Sie trug wie diese selbst den Namen „Volksfreiheit“. Die Nummer war umfangreich und gut gedruckt; am 1. Dezember erschien die zweite Nummer, am 1. Januar die dritte. In der Druckerei wurden auch die Aufrufe der Partei und die Satzungen gedruckt.

Am 17. Januar 1880 drangen Gendarmerie und Polizei in die Druckerei ein. Die anwesenden Revolutionäre verteidigten sich hartnäckig, hundert Schüsse wurden abgefeuert. Während die einen schossen, vernichteten die anderen kompromittierende Papiere. Einer der anwesenden Revolutionäre erschoß sich[2]). Die übrigen wurden alle gefangen genommen.

Am 5. Februar erfolgte die langvorbereitete Explosion im Winterpalais. Zehn Personen der kaiserlichen Wache wurden getötet und einige Dutzend verwundet. Der Kaiser sollte mit seiner Familie und dem Fürsten von Hessen, der am russischen Hofe zu Besuch weilte, einige Zeit darauf das Speisezimmer betreten, die Explosion erfolgte jedoch schon vorher. Der Eindruck, den das Ereignis hervorrief, war furchtbar. Chalturin geriet über den Mißerfolg in Verzweiflung, er war schon einige Zeit vorher mit Shelabow über das Dynamit in Streit geraten, von dem er mehr haben wollte. Shelabow hielt jedoch die Menge für ausreichend und wollte nicht, daß allzu viele Personen bei der Explosion zugrunde gehen sollten.

---

1) Interessante Einzelheiten über Chalturins Aufenthalt im Winterpalais finden sich in einem Aufsatz unter gleichem Namen im „Kalender der Volksfreiheit“ S. 40—48.

2) Der Vorfall wurde von einem der damals in der Druckerei anwesenden Revolutionäre geschildert. Siehe „Biloje“, Jahrgang 1906, Heft 9, S. 1—12 einen Aufsatz von Iwanowoj-Borejscha.

Am gleichen Tage wurde auf Befehl der Organisation der Spitzel und Verräter Sharkow in Petersburg „hingerichtet“.

Chalturin entkam der Verfolgung, und da er im Winterpalais unter fremdem Namen Dienste genommen hatte, wußte die Regierung nicht einmal, wer den furchtbaren Anschlag verübt hatte. Chalturin ging nach dem Süden, wo er propagandistisch unter den Arbeitern wirkte.

Aber auch dieser neue Mißerfolg schwächte die Energie der Revolutionäre nicht; wenige Monate später begannen sie schon neue Attentate vorzubereiten.

Gegen Ende 1879 begannen die Mitglieder der „Volksfreiheit“ auch eine ausgedehnte Tätigkeit unter den Arbeitern zu entfalten, von der noch die Rede sein soll.

II.

Um eine klare Vorstellung von der Partei „Volksfreiheit“ von Ende 1879 bis Anfang 1881 zu gewinnen, müssen wir auf die von der Partei herausgegebene Zeitschrift und andere Dokumente des näheren eingehen, aus denen die Taktik und das Programm der Mitglieder der „Volksfreiheit“ hervorgeht. Redakteure der Zeitschrift „Volksfreiheit“ waren Morosow und Tichomirow, und zwar war es der erstere, der, solange er in Rußland blieb, d. h. bis Anfang 1880, dem Blatte den Grundton gab. Erst nach seiner Abreise trat Tichomirow mehr hervor. In dem Leitartikel Morosows in der ersten Nummer der „Volksfreiheit“ finden sich eine Reihe charakteristischer Gedanken, bei denen wir verweilen wollen.

Der Verfasser hebt zunächst die bedeutsame Tatsache hervor, daß die Regierung selbst eingestehe, keinen Zusammenhang mit der Bevölkerung zu besitzen. Sie muß viel verschuldet haben, fügt er hinzu, wenn sie sogar in den gewöhnlich so gleichgültigen Massen Unzufriedenheit weckt

Jede oppositionelle Partei, fährt er fort, muß den Augenblick wahrnehmen, wo die Regierung infolge fehlerhafter Politik jene Fäden zerreißt, die sie mit den verschiedenen sozialen Schichten verbinden. Ein derartiger Augenblick sei aber gerade jetzt für Rußland gekommen. Man müsse deshalb jetzt handeln und

jene politischen Illusionen vernichten, die in der russischen Gesellschaft so verbreitet seien. Der Bauer, sagt Morosow, ist des Glaubens, es genüge schon, mit einer tiefen Reverenz bis zum Zaren zu gelangen, damit die schlechten Bedingungen sich ändern, unter denen er sein Leben fristet; Herr Koschelew ist der Ansicht, die Einberufung von Abgeordneten der einzelnen Ziemstwos, denen er eine nur beratende Stimme in Staatsangelegenheiten zugestehen will, werde schon genügen, um die russische Gesellschaft von allen Übeln zu befreien, und standen unsere Revolutionäre 1874 nicht gleichfalls unter dem Banne einer Illusion, fährt der Verfasser fort, als sie vermeinten, die bloße Berührung mit der bäuerlichen Bevölkerung genüge, um dieser alles verständlich zu machen, wobei sie noch obendrein die Lösung der Fragen durchaus von dieser bäuerlichen Bevölkerung selbst erwarteten.

Aber diese schädlichen Illusionen müßten eben vernichtet werden. Eine Partei, die sich die Zukunft sichern wolle, müsse trachten, sich ganz reale Grundlagen zu schaffen.

Das hehrste Ideal sei nicht bloß unnütz, sondern selbst schädlich, wenn es sich nicht im Leben verwirklichen lasse, denn es entziehe der Verwirklichung jener Ziele Kräfte, die zwar nicht so weitläufig, aber dafür erreichbar seien und mittels deren man bedeutsame Verbesserungen durchführen könne.

Eine Partei der Tat müsse sich konkrete Ziele stecken, die sich verwirklichen lassen und dem Volke unmittelbaren Nutzen bringen. . . .

Gegenwärtig bestünde eine der wichtigsten und größten Aufgaben in Rußland in der Reorganisierung des Staates. Die anarchistische Richtung hätte die russischen Revolutionäre lange von dieser Angelegenheit gerade ferngehalten, die aber nichts weniger als vernachlässigt werden dürfe.

Rußland sei als Staat von den westeuropäischen Staaten durchaus wesensverschieden. Die russische Regierung sei durchaus keine Kommission von Bevollmächtigten der bevorzugten Schichten der Gesellschaft, wie dies im Westen der Fall sei, die russische Regierung sei vielmehr eine selbständige, für sich bestehende und wohldisziplinierte hierarchische Organisation, die

das Volk auch dann noch aussaugen und bedrücken würde, wenn es in Rußland gar keine höheren Schichten gäbe. Die russische Regierung besitze die Kräfte des Staatsgebiets als persönliches Eigentum, in ihren Augen existiere die gesamte Bevölkerung nur für sie. Sie laste auf der ganzen Gesellschaft.

In der Geschichte des russischen Geisteslebens finde man kaum einen Menschen, der für die Entwicklung Rußlands arbeitete und der nicht wenigstens eine Zeitlang als Staatsverbrecher gegolten habe. Immer und überall habe sich die russische Regierung auf blöde Wichte und Halunken gestützt, und demgemäß seien alle Beweise von Talent, Verstand und sozialem Gewissen von ihr als feindliche und gefährliche Elemente angesehen worden.

In der letzten Zeit, fährt der Verfasser fort, seit sich die Revolution in Rußland immer mehr entwickelt, treten auch diese charakteristischen Eigenschaften der russischen Regierung immer mehr hervor. Um den Kampf gegen diese Bewegung aufzunehmen, setze die Regierung alles auf eine Karte.

Man könne allerdings den Satz aufstellen, die eigentliche Sphäre, in der die revolutionäre Partei handeln müsse, bilde das Volk, dessen Wünsche nicht in politischen Reformen Erfüllung fänden. Doch das unmittelbare Ziel der russischen Kriegsoperationen während des letzten Krieges gegen die Türkei sei ja auch die Eroberung Konstantinopels gewesen, und doch habe das Heer fast ein halbes Jahr lang vor Plewna gestanden, da man ohne die Eroberung dieser Ortschaft nicht vorrücken konnte. Die Regierung erklärt uns, den Revolutionären, den Krieg, und sie wird uns angreifen, sagt Morosow, ob wir es nun wollen oder nicht. Unser eigenes Interesse verlangt daher, daß wir von der Verteidigung zum Angriff übergehen.

Propaganda, Agitation und sogar der direkte Aufruhr sind zurzeit vielleicht nicht durchaus unmöglich, fährt er fort, aber eine derartige Tätigkeit ist unendlich erschwert. Diese Verhältnisse müssen also geändert werden, die Selbstherrschaft muß unterbunden und eine Staatsverfassung eingeführt werden, die die freie Arbeit im Volke ermöglicht.

Man solle sich davor hüten, die Kräfte der Regierung zu überschätzen, sie sei ein Koloß auf tönernen Füßen, es gäbe

überhaupt kein Interesse irgendeiner Bevölkerungsschicht, auf das diese Regierung sich stütze. Sie bestehe für sich allein und werde deshalb auch von niemand aufrichtig unterstützt. Der einzige Halt dieser Macht sei die brutale Gewalt, die Disziplin und der passive Gehorsam in den eigenen Reihen. Zugute käme ihr auch der mangelnde politische Sinn unter den Gegnern.

Für die Revolutionspartei sei die Regierung nur so lange furchtbar, solange sie sich nicht mit aller Kraft auf sie stürze. Die russische Regierung aber habe das Ende ihrer Tage bald erreicht, ob man sie nun auf die eine oder andere Weise zerstören würde. Sollte ihr niemand den Todesstoß versetzen, so würde sie von selbst eines natürlichen Todes sterben.

Für die Revolutionspartei aber könne es nicht gleichgültig sein, ob die Staatsordnung, die nach dem Zusammensturz der alten Platz greifen würde, Vorteile bringen würde oder nicht. Die Partei müsse also handeln und dürfe nicht rein passiv die völlige Zersetzung des bestehenden Regierungssystems abwarten.

Man müsse endlich das schädliche Vorurteil abstreifen, das im politischen Kampf und seinem Sieg nur Nutzen für die bevorrechteten Klassen, aber weder für das Volk, noch für die Revolutionäre sehen wolle; im Gegenteil, entschlagen wir uns des politischen Kampfes, sagt Morosow, so nützen wir nur jenen Kräften, die uns und dem Volke feindlich gegenüberstehen, da wir es ihnen dann ermöglichen, die Macht völlig in ihre Hände zu bekommen.

Unter dem Drucke der Tatsachen aber würden die Vorurteile fallen. Eine Partei der Tat dürfe nicht länger der Macht der Bücherweisheit unterliegen. Die Zeit würde kommen, da die sozialistische Partei nicht sporadisch, sondern systematisch und ständig gegen das Regierungssystem würde kämpfen müssen. Sie würde die lastende Regierungsmaschinerie zertrümmern und dem Volke die Befriedigung seiner wichtigsten Bedürfnisse sichern und ihm gleichzeitig die weitere Entwicklung seiner Ideale, die Ausgestaltung der ihm zusagenden Formen des Gemeinschaftslebens ermöglichen.

Wir haben die wichtigsten Stellen dieses Aufsatzes fast wörtlich wiedergegeben. Man ersieht aus ihm, daß sich die

Mitglieder der Partei „Volksfreiheit“ beträchtlich von den ursprünglich anarchistischen, in Bauernkultus befangenen Begriffen entfernt hatten.

Der Leitartikel in Nummer 2 der „Volksfreiheit“ bringt die Charakteristik einer speziellen Verfassung für Rußland, die wahrscheinlich der Feder Leo Tichomirows entstammt. Er sieht in Rußland nur zwei soziale Kräfte: das Volk und die Regierung. Der Adel sei erst von der Regierung zum öffentlichen Leben herangezogen worden und besitze keine selbständige soziale und politische Bedeutung; dagegen schöben alle Lebensbedingungen Rußlands das Bürgertum in den Vordergrund, das denn auch unstreitig eine größere Zukunft vor sich habe, als der Adel. Sollten die Verhältnisse in Rußland nicht in nächster Zeit schon wichtige Veränderungen erfahren, so würde gerade diese Schicht wahrscheinlich bald eine bedeutsame soziale Macht werden, die sich der Regierung bemächtigen und die Macht über das Volk erlangen würde. Jetzt sei das Bürgertum nichts als eine Schar von Ausbeutern, es besitze weder Klassenbewußtsein, noch Klassensolidarität, noch eine eigene Weltanschauung. Zwischen dem westeuropäischen und dem russischen Bürgertum bestünde ein gewaltiger Abgrund, der sich aber mit der Zeit schließen würde.

Der Verfasser geht sodann zu taktischen Fragen über und erklärt, der politische Kampf würde notwendig mit dem sozialökonomischen verschmelzen, auch verlangt er den Angriff der Revolutionäre auf die Regierung. Würde jetzt spontan oder infolge einer Einberufung durch die Regierung, die durch verschiedene Ursachen dazu gezwungen sein könnte, eine gesetzgebende Versammlung zusammentreten, fährt er fort, so würden 90 Prozent der Abgeordneten Bauern sein. Eine solche Versammlung könne, wenn die Partei nur geschickt sei, eine völlige Umwandlung der wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Verhältnisse herbeiführen. Würden die bestehenden Verhältnisse in Rußland jedoch länger währen, so würde der politische Umsturz unter Bedingungen erfolgen, die für das Volk ungünstiger sein müßten, da das Bürgertum bis dahin zu großer Macht kommen würde.

In Nummer 2 und 3 der „Volksfreiheit" finden wir „Politische Briefe eines Sozialisten" von Gronjar (Pseudonym). Der Verfasser war Nikolaus Michajlowski, der in sehr engen Beziehungen zur Partei „Volksfreiheit" stand. Diese Aufsätze brechen vollständig mit der Überlieferung des antipolitischen Bauernkultus. Michajlowski tritt hier in einer ganz neuen Rolle auf und bekämpft jene Revolutionäre, die in einer politischen Befreiung Rußlands für die nächste Zeit schon ein Übel sehen wollen, da sie glauben, das Volk würde dann völlig dem Bürgertum ausgeliefert sein.

Diese Ansicht erklärt Michajlowski für irrig: schon unter dem Schutz des Absolutismus sauge das Bürgertum Bauern und Arbeiter unbarmherzig aus und stürze sich in den Wirbel wilder Spekulationen; der klassenlose Absolutismus sei in Rußland eine Fiktion. Es sei ein naiver Glaube, das russische Volk könne unter der Regierung kaiserlicher Beamter, die dem Volke keinerlei Rechenschaft schulden, wirtschaftlich und intellektuell erstarken. Die Einführung einer Konstitution, fährt Michajlowski fort, würde freilich nicht zu einer sofortigen sozialen Umwälzung führen, aber würden denn die, die heute die Konstitution anstreben, nach ihrer Durchsetzung die Hände in den Schoß legen? Natürlich nicht, antwortet er. Die Revolutionäre rechneten auf einen Volksaufstand, das sei Glaubenssache, er, fährt der Verfasser fort, sei jedoch der Ansicht, ein Volksaufstand würde dann am wahrscheinlichsten ausbrechen, wenn an der Spitze der Regierung gewöhnliche Menschen und nicht der in den Augen der bäuerlichen Bevölkerung halbmythische Zar stehen würde.

Michajlowski entpuppt sich als eifriger Anhänger des politischen Kampfes, der die Erringung einer Konstitution für Rußland zum Ziel hat. Vor einem Bündnis zwischen Sozialisten und Liberalen im Kampf um die Freiheit schreckt er nicht zurück. Derartige Bündnisse, erklärt er, seien nicht gefährlich, sofern sie nur ehrlich seien, d. h. sofern jede Partei offen erkläre, was sie verlange.

Michajlowski bezweifelt weiter die Zweckmäßigkeit von Attentaten auf Würdenträger, wie etwa Mesenzew, deren Tätigkeit das

Volksleben nicht berührt; dagegen empfiehlt er die Ermordung von sehr hochstehenden Beamten wie Minister Makow, dessen Verfügungen in bäuerlich-agrarischen Angelegenheiten die Unzufriedenheit der Bauern hervorgerufen haben; für nützlich erklärt er auch Anschläge auf verschiedene Beamte und Regierungsagenten, die in unmittelbarer Berührung mit dem Volke stehen und ihm unrecht tun.

In den „Politischen Briefen" spricht sich Michajlowski nicht deutlich über den Zarenmord aus, doch kann man aus einer Stelle im zweiten Brief schließen, daß er ihn zur gegebenen Zeit noch nicht als nützlich erachtet. Er sagt dort anläßlich des Attentats auf Mesenzew, Leute, wie dieser Chef der Gendarmerie, seien nur Diener des halbmythischen Zaren, von dem das Volk niemals unmittelbar Leid erfahren habe [1]). Später änderte er seine Meinung und sah im Zarenmord ein günstiges Kampfmittel gegen die herrschenden politischen Verhältnisse.

Die Aufsätze, von denen hier die Rede ist, waren „diplomatisch" d. h. mit verschiedenen Vorbehalten geschrieben. Sie drückten nicht die Anschauungen der Redaktion, sondern die persönlichen Ideen des Verfassers aus.

Programm und Taktik der Organisation „Volksfreiheit" sind mit aller Schärfe in vier Dokumenten niedergelegt, denen wir uns jetzt zuwenden wollen: im Programm des Exekutivkomitees [2]), in der „Vorbereitungsarbeit der Partei" [3]), im „Arbeiterprogramm der Partei" [4]), und im „Programm der Militärisch-revolutionären Organisation" [5]). „Wir sind Sozialisten und Freunde des Volkes" lesen wir im Programm; und in der Tat, die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" waren Sozialisten, da sie einen Gesellschaftszustand anstrebten, in dem Bergwerke und Fabriken Eigentum des gesamten Volkes sein sollten; sie waren aber auch Freunde des Volkes, d. h. teilweise noch Anhänger der

---

1) „Russische historische Bibliothek" Nr. 6. „Die Literatur der Volksfreiheit" (in russischer Sprache), S. 173. Paris.

2) Ebenda S. 162—167.

3) Ebenda S. 867—868.

4) Ebenda S. 878—886.

5) Ebenda S. 886—891.

früheren volkstümelnden Richtung, da sie glaubten, das russische Volk habe in starkem Maße noch alte Sitten und Anschauungen beibehalten, die viel Verwandtes mit jenen hätten, die sie selbst verwirklichen wollten.

Punkt 3 des Programms weist auf die im russischen Volk angeblich wurzelnde Überzeugung hin, wonach der gesamte Grund und Boden Eigentum des Volkes sein müsse. Das russische Volk, heißt es hier, ist auch von der Notwendigkeit der lokalen und Gemeindeselbstverwaltung, und ebenso von der Notwendigkeit von Gewissens- und Redefreiheit durchdrungen.

Als das nächste Ziel der Partei erklärt das Programm die Durchführung der politischen Umwälzung, die den auf dem Volke lastenden Druck aufheben und ihm wieder die Macht in die Hand geben müsse.

Eine derartige Umwälzung werde zur Folge haben: 1) eine von da ab selbständige Entwicklung des Volkes, entsprechend seinem Willen und seinen Anschauungen, 2) die Anerkennung und Stärkung jener sozialistischen Ideen, die das Volk und die Revolutionäre gemein hätten.

In der gesetzgebenden Versammlung, die in völliger Freiheit durch das allgemeine Wahlrecht entstehen und nach den Instruktionen handeln werde, die die Abgeordneten von ihren Wählern erhalten, werde auch der Wille des Volkes klar ausgesprochen und durchgeführt werden können. Diese Form sei allerdings durchaus nicht die beste, um den Willen des Volkes darzulegen, allein sie sei zurzeit die einzig mögliche.

Obgleich die Partei alles dem Willen des Volkes anheimstelle, halte sie es doch für ihre Pflicht, ein eigenes Programm zu entwerfen, das sie sich bemühen werde, in der gesetzgebenden Versammlung zur Annahme zu bringen.

Das Programm besteht aus den folgenden acht Punkten:

1) Ständige Volksvertretung, die sich auf die oben angedeutete Grundlage stützt und in allen allgemein-staatlichen Angelegenheiten volle Gewalt hat.

2) Weitgehende Provinzial-Selbstverwaltung, die durch die Wählbarkeit aller Beamten und die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Volkes gesichert wird.

3) Selbständigkeit der Gemeinde als wirtschaftlicher und Verwaltungsorganismus.

4) Eigentum des Volkes am gesamten Grund und Boden.

5) Eine Reihe von Mitteln, die den Zweck haben, die Fabriken in den Besitz der Arbeiter übergehen zu lassen.

6) Völlige Gewissens-, Rede-, Preß-, Versammlungs-, Assoziations- und Wahlagitationsfreiheit.

7) Allgemeines Wahlrecht, das nicht an bestimmte Vermögens- oder Standesvorrechte geknüpft ist.

8) Ersatz des ständigen Heeres durch ein territoriales (wahrscheinlich ist Miliz gemeint. Der Verfasser).

Die Verwirklichung dieses Programms müsse die Partei anstreben: 1) durch Propaganda und Agitation, 2) durch terroristische Aktionen, die die Regierung schädigen, 3) durch die Organisierung von Geheimgesellschaften, die sich um ein gemeinsames Zentrum zu gruppieren haben, 4) durch Einfluß in der Verwaltung, im Heerwesen, in der Gesellschaft und im Volke, den die Partei anstreben müsse.

Alle diese im Programm der Organisation „Volksfreiheit" nur kurz angedeuteten Punkte wurden in einer zweiten Schrift, nämlich in der „Vorbereitungsarbeit der Partei", eingehend auseinandergesetzt. Die Mitglieder der „Volksfreiheit" setzten für die Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse Rußlands verschiedene Möglichkeiten voraus: eine gemäßigte Konstitution, die die Regierung erteilen würde, um einer Revolution vorzubeugen; aber auch eine weitgehende Konstitution, die eigentlich eine Kapitulation vor der Gesellschaft und dem Ausbruch der Revolution bedeuten würde.

Alle Änderungen in der Staatsverfassung Rußlands, heißt es hier, könnten jedoch nur unter dem Druck der Revolutionäre erreicht werden. Aus diesem Grunde waren die Mitglieder der „Volksfreiheit" auch der Ansicht, die Partei müsse jedenfalls bereit sein, einen bewaffneten Aufstand zu erregen, der unter Umständen, die für die Revolutionäre vorteilhaft, für den Absolutismus aber verhängnisvoll sein würden, ausbrechen könnte. Als derartige Umstände betrachteten sie: unglückliche Kriege, instinktive Volksrevolten, Staatsbankrotte, endlich verschiedene Komplikationen in der internationalen Politik.

Die Partei müsse derartige Umstände ausnützen und gegebenenfalls eine siegreiche Revolution ins Werk setzen, aber sich nicht hauptsächlich auf solche vielleicht eintretende Ereignisse stützen, noch viel weniger ihre Hoffnungen ausschließlich auf sie setzen. Im Gegenteil, ihre Vorbereitungen müßten so geführt werden, daß sie ihre revolutionäre Aufgabe selbst unter den ungünstigsten Bedingungen durchführen und einen Aufstand beginnen könne. Zu diesem Zwecke müsse sie bestrebt sein, eine der Revolution günstige Atmosphäre zu schaffen. Eine terroristische Aktion, die gleichzeitig 10 bis 20 Personen, die Stützen der zeitgenössischen Regierung, vernichten würde, würde in Regierungskreisen Panik hervorrufen, sie ihrer Einheitlichkeit berauben und die Volksmassen aufstacheln; auf diese Weise würden Bedingungen geschaffen werden, die einer breiten Volksbewegung günstig sein würden.

Der Sieg dieser Bewegung könnte gesichert werden: durch Unterstützung seitens der arbeitenden Massen nach den ersten Kämpfen mit der Regierung; durch eine Aktion in der Provinz zum Zwecke der Unterstützung des Kampfes gegen die Regierung in der Hauptstadt, mindestens sollte die Provinz neutral bleiben; endlich durch eine Isolierung der russischen Regierung von allen übrigen Staaten. Um sich den Sieg in Zukunft zu sichern, müßte die Partei: 1) eine Zentralorganisation schaffen, die fähig sein müßte, den Aufstand ins Werk zu setzen, 2) Organisationen in der Provinz gründen, die die Zentralorganisation im Falle eines Aufstandes unterstützen müßten, 3) alles mögliche tun, um die Arbeiter zur Unterstützung der Bewegung zu bringen, 4) Schritte unternehmen, um das Heer für die Revolution zu gewinnen, oder um wenigstens seine Tätigkeit zugunsten der Regierung zu lähmen, 5) Sympathien für die Bewegung in den weiten Kreisen der Intelligenz, dieser Hauptquelle revolutionärer Kräfte in der vorbereitenden Epoche, erregen, 6) die öffentliche Meinung Europas für sich gewinnen.

Wir finden weiterhin noch Ausführungen über diese verschiedenen Richtungen der revolutionären Tätigkeit.

Die Zentralorganisation, heißt es, könne unter den herrschenden politischen Verhältnissen nicht aus der Wahl der Parteimit-

glieder hervorgehen, sondern müsse notwendig eine Geheimgesellschaft sein, sie müsse völlig den Charakter einer Kampfesorganisation tragen, die sich ihre Mitglieder selber aus den niedrigeren Organen der Partei wählt.

Die Satzungen gaben der Zentralorganisation (d. h. dem Exekutivkomitee) zunächst einen im gewissen Sinne territorialen Charakter, indem sie sie an die Hauptstadt binden wollten, die revolutionäre Praxis raubte ihr aber diese Eigenschaft bald. Das Exekutivkomitee war überall tätig, wo ein aktiver Kampf gegen die Regierung stattfand und wo es sich darum handelte, die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten. In den „Vorbereitungsarbeiten der Partei" lesen wir, es sei aus Verschwörungsrücksichten besser, wenn die revolutionären Gruppen, die hinter dem Exekutivkomitee stünden, eine selbständige Einheit bildeten, die ihre Angelegenheiten unabhängig erledigen, aber durch ein einheitliches Vorgehen mit dem Zentrum zusammenhängen könnten. Jede Lokalgruppe besaß ihre eigenen Satzungen, die jedoch vom Exekutivkomitee, der höchsten Instanz, erst anerkannt werden mußten. Die Unterschiede zwischen den Satzungen der einzelnen Gruppen waren allerdings nur gering. Für Kampfesangelegenheiten dieser Gruppen war das Exekutivkomitee zuständig. Außerdem hatte das Komitee die Literatur der gesamten Partei in der Hand, es beaufsichtigte die Tätigkeit der einzelnen revolutionären Gruppen, um die Einheitlichkeit der Gesamtaktion zu wahren, und regelte endlich die Beziehungen der Gruppen zueinander.

Neben den lokalen Gruppen existierten auch solche, die bestimmte Tätigkeiten auf sich zu nehmen hatten, auch sie unterstanden der Aufsicht des Exekutivkomitees. Einige von ihnen bildeten sich erst später. Die „Kampfesgruppen" bestanden aus einer kleinen Anzahl von Mitgliedern (etwa zehn), die völliges Vertrauen zueinander besaßen und sich gut kannten. Das Exekutivkomitee gab diesen Gruppen nur Weisungen, in welche Richtung sie ihre Tätigkeit lenken sollten, die Ausführung selbst blieb ihnen völlig überlassen. In Zeiten sehr lebhaften Kampfes wählten diese Gruppen aus ihrer Mitte einen Anführer, der im Verhältnis zu den übrigen mit diktatorischer Gewalt ausgestattet wurde.

Da sich die Organisation „Volksfreiheit“ auf eine gewaltsame politische Umwälzung vorbereitete, versuchte sie auch in der ganzen Gesellschaft, namentlich in einigen Schichten, einen festen Stützpunkt zu erlangen. Sie war der Ansicht, daß zwar nur einige Gruppen der Gesellschaft — die revolutionäre Intelligenz und die Arbeiterschaft — ihr Programm in allen Punkten annehmen würden, doch hielt sie es für möglich, breite soziale Kreise für ihr nächstes Ziel, die Erlangung politischer Einheit zu gewinnen.

In die Organisation, in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes, zogen die Mitglieder der „Volksfreiheit“ tatsächlich nur solche Personen, die ihre politischen und sozialen Anschauungen vollkommen teilten. Dagegen knüpften sie Beziehungen zu verschiedenen Kreisen an, bei denen sie Hilfe zu finden hofften.

Von ungeheurer Wichtigkeit waren die Sympathien des Heeres für die Revolution. Viele Mitglieder waren denn auch in diesem Sinne tätig und, wie wir weiter unten sehen werden, nicht ohne Erfolg. In den „Vorbereitungsarbeiten der Partei“ heißt es, die Agitation sei unter den herrschenden Verhältnissen in Rußland bei den Offizieren unvergleichlich leichter als bei den Soldaten, die Offiziere würden aber im entscheidenden Augenblick ihre Truppen mit sich fortreißen können, wenn sie nur durch die Behandlung, die sie den Soldaten zuteil werden ließen, deren Achtung und Anhänglichkeit gewönnen.

Die „Volksfreiheit“ empfahl ihren Mitgliedern auch Beziehungen zu einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten unter den Bauern anzuknüpfen, ohne die Massenorganisation der bäuerlichen Bevölkerung durch eine entsprechende Propaganda anzustreben.

Großes Gewicht legte die Partei auch auf die Sympathien, wenn auch nur einzelner Persönlichkeiten, im Verwaltungs- und Staatsdienst. Es genügt schon, lesen wir, wenn ein Gouverneur seine Untergebenen in Zeiten revolutionärer Manifestationen schwanken sieht, wenn er von der Gefahr hört, die darin liegt, das eigene Schicksal an das der untergehenden Regierung zu knüpfen, wenn er auch nur auf vereinzelte Fälle von Insubordination im Heere stößt; das Gouvernement, das er verwaltet, wird

dann der Revolution gegenüber neutral bleiben und später die Beute der Revolution werden.

Das Aktionsprogramm unter den Fabrikarbeitern und im Heere wurde wegen der großen Wichtigkeit dieser Angelegenheit ganz besonders sorgfältig ausgearbeitet. Zwei bereits erwähnte Abhandlungen beschäftigen sich mit diesem Gegenstande.

Das Arbeiterprogramm beginnt mit der Versicherung, die historische Erfahrung und Beobachtungen an zeitgenössischen Nationen hätten erwiesen, daß die Menschen nur dann glücklich, gleich und von brüderlichen Gefühlen durchdrungen seien, und die Völker nur dann in Wohlstand leben und ihre Kräfte entwickeln könnten, wenn eine sozialistische Gesellschaftsordnung eingeführt werde, die sich auf die folgenden Grundlagen stütze:

1) Der Grund und Boden und die Produktionsmittel gehören dem gesamten Volke, jeder Arbeiter hat das Benutzungsrecht an ihnen.

2) Die Arbeit wird nicht von den einzelnen Individuen einzeln vollbracht, sondern gemeinsam in Ackergemeinden, Verbänden und Kooperativgenossenschaften.

3) Die Arbeitsprodukte werden je nach den Bedürfnissen jedes einzelnen unter alle Mitarbeiter verteilt.

4) Die Staatsverfassung muß auf Abmachungen und Bündnissen sämtlicher Gemeinden beruhen.

5) Jedes Gemeindemitglied besitzt völlige persönliche und Gewissensfreiheit; seine Freiheit wird nur dann beschränkt, wenn es in die Rechte anderer Mitglieder der gleichen oder einer anderen Gemeinde gewaltsam eingreift.

Die gemeinsame Arbeit in Ackergemeinden, Verbänden und Kooperativgenossenschaften wird der sozialistischen Gesellschaft die Möglichkeit geben, die höchsten Errungenschaften der Technik auszunützen.

Dadurch würde die Zeit, die zur Befriedigung aller materiellen Bedürfnisse nötig ist, bedeutend verkürzt werden, und die Arbeiter würden die Möglichkeit erhalten, sich geistig und moralisch allseitig zu entwickeln. Die Freiheit der einzelnen, durch Abmachungen und Bündnisse in gewisser Weise doch gebundenen Gemeinden würde

der ganzen Staats- und Rechtsverfassung eine gesunde Grundlage verleihen und den Zentralismus verhindern, der einer Handvoll Menschen, die gerade am Ruder seien, die bureaukratische Ausnutzung der anderen ermögliche.

Eine baldige Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sei nicht möglich, heißt es weiter, die Menschen hätten in Rußland allzulange in Unfreiheit gelebt, hätten sich allzusehr an den Druck und jedwede Ausbeutung gewöhnt, viel Zeit würde daher verfließen, viele Schlachten würden noch gekämpft werden müssen, ehe sich dieses Ideal verwirklichen ließe. Aber es sei stets der Wegweiser, der die Richtung im Kampfe um eine bessere Zukunft angebe. Man müsse daher stets kämpfen, und wenn im gegebenen Augenblick die Erringung des völligen Glücks und der völligen Freiheit nicht möglich sei, so müsse man doch um eine gewisse Freiheit und Daseinsverbesserung der Massen kämpfen.

Das Programm untersucht dann die Beziehungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten zu den Volksmassen und kommt zu dem Schlusse, nur die sozial-revolutionäre Partei könne der getreue und nützliche Bundesgenosse der Arbeiter sein. Aus den übrigen Schichten könnten nur einzelne Individuen die nächsten politischen Forderungen, wie sie die Volksmassen stellen, wirklich ehrlich unterstützen. Man solle sie nicht zurückstoßen, sondern ihre Hilfe annehmen, aber nie die entfernten Ziele vergessen, die diese Mitläufer nicht mehr anstreben.

Die Minimalforderungen der Organisation „Volksfreiheit“ im Arbeiterprogramm unterscheiden sich von denen im allgemeinen Programm der Partei insofern, als sie manchmal schärfer gestellt oder auch verändert sind und mitunter auch Zusätze aufweisen. Da diese Unterschiede sehr charakteristisch sind und eine gewisse Entwicklung der Anschauungen bedeuten, müssen wir hier des näheren auf sie eingehen.

Punkt 2 des allgemeinen Programms fordert in deutlichen Worten nur eine weitgehende Provinzialverwaltung, im Arbeiterprogramm heißt es dagegen: „Rußland wird in Provinzen geteilt, die in inneren Angelegenheiten selbständig sind, aber einen

allrussischen Verband bilden [1])." Die Verfasser dieses Programms dachten also offenbar nicht mehr an selbständige Provinzen, sondern an autonome, oder unabhängige Staatsgebiete, die föderalistisch miteinander verbunden sind.

Punkt 3 des Arbeiterprogramms enthält ein Postulat, das im allgemeinen Programm fehlt: „Völker", lesen wir hier, „die gewaltsam mit dem russischen Kaisertum verbunden wurden, können aus dem allrussischen Verbande austreten oder in ihm verbleiben." Der mit diesem Satz vertretene Gedanke entspricht den Ideen der russischen Revolutionäre aus der Zeit von 1861 bis 1870.

In bezug auf die Gestaltung der agrarischen Verhältnisse finden wir in § 5 des Arbeiterprogramms die Forderung, jede Provinz solle den Gemeinden Grund und Boden zuweisen; diese sollten ihn wieder unter die einzelnen Mitglieder so aufteilen, daß jedermann ein Stück erhalte, das er ohne fremde Hilfe zu bebauen imstande sei.

Punkt 10 verlangt kostenlose und allgemein zugängliche Ausbildung für das Volk; Punkt 12 fordert eine Staatsbank, um die verschiedenen Ackergemeinden, Kooperativgenossenschaften, Verbände und gelehrten Gesellschaften zu unterstützen.

Die sozialen Minimalforderungen des Arbeiterprogramms unterscheiden sich nicht grundsätzlich von den Maximalforderungen. An beiden Stellen heißt es, der Grund und Boden, Bergwerke und Fabriken müßten in den Besitz des Volkes übergehen. Die gleiche Forderung stellt das allgemeine Programm der Partei. Hier liegt also ein Mangel an Folgerichtigkeit vor, da die Mitglieder der „Volksfreiheit" sich, wie wir bereits wissen, darüber klar waren, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der nächsten Zukunft unmöglich sei.

Zum Schluß bespricht das Arbeiterprogramm auch taktisch-organisatorische Angelegenheiten.

Die aufgeklärten Arbeiter, heißt es, müßten sich in geheimen Revolutionsgruppen organisieren, die ihrerseits in den

---

[1]) „Literatur der Volksfreiheit". „Russische historische Bibliothek" Nr. 6, S. 882.

großen Arbeitermassen durch Gründung legaler Vereine, die gegenseitige Unterstützungskassen, Bibliotheken, gemeinsame Wohnungen usw. zum Zweck haben, Stützpunkte suchen müßten. Sie müßten sich das Vertrauen der anderen Gefährten erringen, um den aufrührerischen Geist in den Massen zu unterstützen, im Notfall Streike organisieren und sich zum Kampf gegen die Polizei und sämtliche Regierungsorgane im allgemeinen, die stets auf seiten der Fabrikanten stünden, bereithalten.

Das Arbeiterprogramm enthält auch noch allgemeine Hinweise auf die künftige Revolution.

Die Partei, heißt es hier, müsse die Bewegung unterstützen, sobald diese in Städten und Dörfern beginne, sie müsse sich bemühen, diese Bewegung über das ganze Land zu verbreiten, um so den Ausbruch der Revolution zu beschleunigen. Man müsse die Zentralregierung in Verwirrung bringen und die höchsten Zivil- und Militärbeamten vernichten (je höher der Rang des Betreffenden sei, desto stärker die Wirkung). Man müsse versuchen, die Armee für die Bewegung zu gewinnen, sie dann auflösen und durch Miliz ersetzen. Für den guten Fortgang der Sache sei es wichtig, große städtische Zentren zu beherrschen und sie durch Revolutionäre zu besetzen. Zu diesem Zwecke würde man in ihnen eine provisorische Regierung aus Arbeitern und anderen Personen, deren Liebe zum Volke nicht mehr bezweifelt werden kann, einsetzen müssen. Hat aber die Revolution erst im ganzen Lande gesiegt, ist der gesamte Grund und Boden erst in den Händen des Volkes, gehören ihm ebenso sämtliche Bergwerke und Fabriken, dann wird das Volk auch seine Abgeordneten in die gesetzgebende Versammlung schicken. Diese wird die provisorische Regierung aufheben und gesetzmäßige bundesstaatliche Einrichtungen treffen.

Sollte die Regierung aber eine Volkserhebung befürchten und von selbst eine Konstitution erteilen, so müßten die Arbeiter auch in diesem Falle eine Macht schaffen, die ihnen die Möglichkeit gäbe, Regierung und Parlament ihren Willen aufzuzwingen. Die Partei müßte dann auf die entscheidenden Faktoren einen Druck ausüben und den entsprechenden Augenblick abwarten, um eine völlige Umwandlung hervorzurufen.

Wir ersehen aus diesem Arbeiterprogramm der Organisation „Volksfreiheit“, daß die Partei zwar in erster Reihe politische Freiheit anstrebte, aber gleichzeitig in der nächsten Zukunft schon eine Revolution für möglich hielt, die mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung enden sollte.

Das Programm der militärisch-revolutionären Kriegsorganisation legt deren Verhältnis zur Organisation „Volksfreiheit“, sowie Tätigkeit und Ziele der Kriegsorganisation dar. Das Programm beginnt mit der Erklärung, die Lage des Volkes in Rußland sei der Ausdruck der höchsten Ungerechtigkeit, das Volk leide unter einem Druck, der seine Menschenwürde erniedrige, während die herrschende politische Ordnung die Durchführung auch nur geringfügiger grundsätzlicher Änderungen unmöglich mache. Das herrschende Regierungssystem stütze sich nur auf die brutale Gewalt, d. h. auf die Bureaukratie, die Polizei und das Heer. Die Rolle, die das Heer, diese Hauptstütze der Regierung, spiele, sei ehrlicher Menschen unwürdig, die militärisch-revolutionäre Organisation sei sich dieser Lage bewußt und halte es für ihre Pflicht, sich sofort mit denen zu vereinigen, die um die Freiheit kämpfen.

Die Organisation erkläre sich daher mit der Partei „Volksfreiheit“ solidarisch, erkenne die Notwendigkeit des aktiven Kampfes gegen die wirtschaftlichen und politischen Zustände an und halte es auch für die Pflicht aller, die diese Gedanken teilen, sich an einem Volksaufstand zu beteiligen; endlich halten die Mitglieder auch einen ausschließlich militärischen Aufstand für notwendig. Der Zweck eines solchen Aufstandes wäre die Erringung der obersten Gewalt, um eine Volksvertretung einzuberufen.

Die Organisation besteht aus Gruppen von fünf bis sieben Personen. Die in der russischen Armee herrschenden Beziehungen zwischen Offizieren und Soldaten, die ungeheuerliche Disziplin, die die Soldaten erniedrigt und sie der Willkür der Offiziere ausliefert, bewirken, daß nicht beide Kategorien in einer einheitlichen Militärorganisation zusammenarbeiten können. Der Organisation können also nur Offiziere angehören, die unter den gegebenen Umständen keinerlei Propaganda unter den Soldaten treiben können.

Dagegen könnten Mitglieder der Arbeiterorganisation eine solche mit Erfolg ausüben. Die Offiziere könnten diese Tätigkeit durch entsprechende Winke unterstützen, sie könnten die Arbeiterorganisation auf einzelne Soldaten aufmerksam machen, ihr bei Verschwörungen an die Hand gehen und sich ihrerseits bemühen, unter den Soldaten populär zu werden.

Die revolutionären Offiziersgruppen einer bestimmten Gegend bilden durch die Vermittlung lokaler Zentralgruppen eine Einheit; die lokalen Zentralgruppen wieder bilden den militärischen Gruppen gegenüber eine höhere organisatorische Instanz. Das leitende Organ der gesamten revolutionären Tätigkeit im Heere ist die Zentralverwaltung (das militärisch-revolutionäre Zentrum, das sich selbst vorwiegend aus den Mitgliedern der lokalen Zentralgruppen zusammensetzt), während die lokalen Zentralgruppen ihrerseits aus den einzelnen Gruppen einer bestimmten Gegend hervorgehen.

Die Zentralverwaltung steht in unmittelbaren Beziehungen zum Exekutivkomitee, in dem sie Vertreter hat; das Exekutivkomitee erteilt der Zentralverwaltung terroristische Aufträge, die ihrerseits eigene Gruppen zu ihrer Ausführung bildet.

Die lokalen Zentralgruppen der militärisch-revolutionären Organisation stehen mit den lokalen Gruppen der Organisation „Volksfreiheit“ in Verbindung.

Die Propaganda, die ausschließlich unter Offizieren getrieben wird, muß sich folgende Aufgaben stellen: 1) Die Offiziere von der Notwendigkeit eines politisch-demokratischen Umsturzes in Rußland zu überzeugen, ohne den eine Verwirklichung sozialistischer Ideen unmöglich ist; 2) die Grundprinzipien des Sozialismus populär zu machen; 3) muß sie endlich die Überzeugung der Offiziere stärken, daß sie Pflichten gegen das Volk haben [1]).

Die oben wiedergegebenen Aufsätze und Programme geben uns zwar ein deutliches Bild der allgemeinen politischen, sozialen und taktischen Anschauungen der Organisation „Volksfreiheit“, sie weihen uns aber nicht in die Unterschiede ein, die zwischen

1) „Literatur der Volksfreiheit“. „Russische historische Bibliothek“ Nr. 6, S. 886—891.

den einzelnen Parteimitgliedern und zwischen ihren verschiedenen Gruppen bestanden. Einiges Licht hierauf werfen dagegen verschiedene Aufsätze früherer Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit". So versichert Olga Lubatowitsch (damals die Frau von Nikolaus Morosow) [1]), Tichomirow und die ältere Oschanina, die mit Barannikow verheiratet war, seien die ersten in der Partei gewesen, die mit aller Entschiedenheit für die unmittelbare Ergreifung der Staatsgewalt durch die Revolutionäre eingetreten seien. (Die Oschanina stand in diesem Punkt unter dem Einfluß Tkatschews und des alten Sajtschniewski, der ein überzeugter jakobinischer Blanquist war.) Nach Olga Lubatowitsch lag dieses Bestreben den Mitgliedern der Zusammenkunft in Lipeck völlig fern, namentlich jenen, die in erster Reihe die neue Richtung vertraten, also Morosow, Kwiatkowski und Michajlowski.

Aus dem, was wir aus anderen Quellen über die Zusammenkunft in Lipeck wissen, scheint hervorzugehen, daß die Theorie über die Kampfesweise der neuen Partei dort noch nicht spezialisiert, sondern nur in allgemeinen Zügen festgelegt wurde.

Olga Lubatowitsch selbst hatte an der Zusammenkunft nicht teilgenommen, da sie zu spät benachrichtigt worden war, sie hat aus diesem Grunde vielleicht einfach die Anschauungen aller Kongreßteilnehmer mit denen Morosows identifiziert. Diese Anschauungen unterschieden sich wahrscheinlich schon damals voneinander, ohne daß die Unterschiede besonders hervortraten. Als die einzelnen Mitglieder aber dazu übergingen, ihre Gedanken in der Zeitschrift zu entwickeln, wurden diese Unterschiede auch deutlicher. Damals erklärten sich wahrscheinlich Tichomirow und die Oschanina für die Ergreifung der Staatsgewalt durch die Revolutionäre.

Olga Lubatowitsch erzählt, sie und Morosow seien gegen diesen Schlachtruf gewesen. Tichomirow gewann wahrscheinlich die verschiedenen Parteimitglieder nacheinander und einzeln dadurch für seine Idee (die Frage selbst wurde erst später im Exekutivkomitee beraten), daß er seine Anschauungen nicht als

---

1) „Aus ferner und naher Vergangenheit". „Biloje", Juniheft 1906, S. 121—124.

etwas völlig Neues, sondern nur als eine Folge der vorhergehenden Beratungen und Beschlüsse darstellte, was die neuen Mitglieder nicht kontrollieren konnten. Späterhin nahm die Organisation das Postulat von der Ergreifung der Staatsgewalt an, obgleich sie Tichomirows Vorgehen nicht guthieß.

Der ganze Streit drehte sich darum, ob die Partei „Volksfreiheit“ durch terroristische Aktionen die Regierung desorganisieren und durch Einberufung einer Nationalversammlung zur Abdankung zwingen solle, wodurch das Volk die Möglichkeit erhielte, seinen Willen auszusprechen und den Staat ebenso wie die Gesellschaftsordnung nach seinen Wünschen umzuwandeln, oder ob die Organisation sich der gleichen Mittel bedienend nicht mittelst einer Verschwörung trachten solle, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, um dann von oben eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung einzuführen.

Morosow und die Lubatowitsch standen auf dem ersten Standpunkt, Tichomirow und die Oschanina vertraten den zweiten.

Die hervorragendsten Praktiker der Partei „Volksfreiheit“ nahmen zwar das Postulat von der Ergreifung der Staatsgewalt an, gingen aber nicht so weit wie Tichomirow und die Oschanina. Sergius Iwanow erzählt ein Gespräch, das er im Februar 1881 mit Sophie Perowska führte [1]). Ihre Anschauungen können gleichzeitig als der Ausdruck jener von Shelabow dienen, dessen Ideen in bezug auf Programm und Taktik sie völlig teilte. Die Perowska erklärte damals, keine politische Partei könne sich im Augenblick des Umsturzes oder der Revolution von vornherein der provisorischen Machtergreifung im Staate entschlagen, da sie damit einfach dem Gegner sämtliche günstigen Aussichten im Kampfe überlassen würde; eine solche Aktion müßte also in erster Reihe den Zweck verfolgen, Bedingungen zu schaffen, unter welchen der Volkswille seine Wünsche frei äußern und auch verwirklichen könne. Der Name der Partei „Volksfreiheit“ [2]) sei kein leerer Klang, sondern der treue Ausdruck des leitenden Gedankens der Organisation; die Ergreifung der Staatsgewalt sei

---

1) „Erinnerungen an das Jahr 1881“. „Biloje“ 1903, Aprilheft S. 234—236.

2) Narodnaja Wolja: Wolja bedeutet sowohl Freiheit als Wille.

nicht das unmittelbare Ziel der Partei, sie sei unter den herrschenden Verhältnissen nicht einmal möglich, aber sie könne unter anderen Verhältnissen, in näherer oder fernerer Zukunft, notwendig werden. Nach der Meinung der Perowska beschäftigten sich mit dieser Frage in erster Reihe Personen, die außerhalb der Organisation standen; die Frage selbst sei nicht viel erörtert worden und sei innerhalb der Partei nicht Gegenstand der Diskussion gewesen.

Der Gedanke, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, war innerhalb der Organisation „Volksfreiheit" sehr verbreitet, da die Mehrzahl der Revolutionäre glaubte, ihre Forderungen würden von der künftigen russischen gesetzgebenden Versammlung leicht angenommen werden; ihrer Ansicht nach waren diese Forderungen aber untrennbar an den Gedanken der Volksfreiheit geknüpft. In dem bereits angeführten Aufsatz meint Olga Lubatowitsch, gerade dieser Gedanke sei die Quelle vieler Fehler und Mißgriffe der Organisation gewesen, da er Spaltungen, überhitzten Eifer und Streitigkeiten zur Folge hatte, die die Tätigkeit der Partei nach dem 1. März 1881 lahmlegten. In anderen Berichten über jene Zeit finden sich derartige Hinweise allerdings nicht, es steht aber anderseits fest, daß dieser für die damaligen Verhältnisse utopische Gedanke den klaren Blick der Führer bei der Beurteilung der Sachlage trübte, wovon noch die Rede sein soll.

Sergius Iwanow berichtet an gleicher Stelle über eine interessante Anschauung Shelabows hinsichtlich des Terrorismus; dieses Kampfmittel, erklärte Shelabow, sei nur dann treffend und wirke tatsächlich auf die Regierung desorganisierend, wenn es systematisch und unermüdlich in kurzen Zwischenräumen angewendet werde; im entgegengesetzten Falle mache es zwar auf die Phantasie der Bevölkerung großen Eindruck, sei aber nicht imstande, den Feind zu zerschmettern.

In Übereinstimmung mit diesen Anschauungen bereitete Shelabow, trotz der fortwährenden Mißerfolge, ein Attentat nach dem anderen auf Alexander II. vor. Die hervorragendsten Mitglieder der Partei der „Volksfreiheit" betrachteten den Terrorismus eben nicht nur als einen Racheakt, sondern in erster Reihe

als systematisches Kampfmittel, das in hohem Maße zur Desorganisation der Regierung beitragen sollte. Der ausgesprochene Terrorist war Morosow, der mit Hilfe Tkatschews und seiner Freunde eine Broschüre[1]) herausgab, die ausschließlich diesem Kampfmittel gewidmet war; die Schrift erschien allerdings nicht im Auftrag der Partei. Er gibt hier eine ausführliche Theorie des Terrorismus, aus welchem Grunde wir auf das Büchlein näher eingehen wollen.

Ebenso wie die ursprünglichen Naturkräfte einfach und wenig zahlreich sind und sich doch in Millionen verschiedener Formen äußern, sagt Morosow, ebenso sind auch die inneren Prinzipien der Revolution stets die gleichen, wenn sie auch jedesmal in einer anderen Form auftreten.

In fernen Zeiten, als die Länder noch schwach bevölkert waren, als für die königlichen Heere keine anderen Kommunikationsmittel bestanden wie für das aufständische Volk und die Bewaffnung auf beiden Seiten fast die gleiche war, äußerte sich die revolutionäre Bewegung in der Form großer Bauernaufstände. Als sich später mit dem Verfall des Feudalismus und der Entstehung großer Städte das Handwerk entwickelte, als stehende Heere gebildet und bessere Kommunikationsmittel eingeführt wurden, wurden Bewegungen der bäuerlichen Bevölkerung, die die Form von Aufständen annahmen, schon im Keim mit großer Gewalt erstickt. Der Kampf gegen die bestehenden Zustände mußte sich nun auf die Städte konzentrieren. Die engen Straßen der früheren Städte mit ihrer dichten arbeitenden Bevölkerung, boten einen günstigen Boden für revolutionäre Massenbewegungen. Es waren die Zeiten der sieghaften Städterevolutionen.

Im heutigen Rußland, sagt Morosow, mit seinen grenzenlosen Ebenen, der auf ungeheure Flächen verstreuten Bauernbevölkerung und den wenigen Industriestädten, stoße die Organisierung der bäuerlichen Massen zum Aufstand auf unüberwindbare Hindernisse, während die städtischen Revolutionen wegen der geringen Anzahl der Arbeiter der Regierung nicht gefährlich

1) „Der terroristische Kampf“, S. 14, London. Da die Schrift eine bibliographische Seltenheit bildet, veranstaltete der Verlag „Es lebe die Volksfreiheit“ 1907 einen Neudruck, S. 17—28.

werden könnten. So nahm denn auch der revolutionäre Kampf in Rußland eine neue Form an — er wurde eine terroristische Bewegung, die von der Intelligenz getragen wird.

Morosow charakterisiert nun kurz den Verlauf der revolutionären Bewegung von 1872 bis 1880. Ganz besonders ausführlich behandelt er die verschiedenen Etappen des terroristischen Kampfes, wobei er auch des Versuches im Winterpalais gedenkt, Alexander II. umzubringen. Er stellt zum Schluß die Frage, was der Terrorismus der revolutionären Bewegung geben könne, und zählt ausführlich alle Vorteile auf, die die neue Kampfesweise mit sich bringe.

Der terroristische Kampf gewähre den Revolutionären den großen Vorzug, daß sie, im geheimen vorgehend, unfaßbar seien und bei den Attentaten nicht zugrunde gehen müßten, wenn sie nur alle Vorsicht walten ließen [1]). Die Despoten zittern vor dem Terrorismus, da die Hand der Revolutionäre sie überall erreichen kann. Der Terrorismus sei auch eine bedeutsame Kampfesform; durch die Vernichtung von Personen, die das ganze Regierungssystem verkörpern, treffe er den Regierungsmechanismus, gegen den er ankämpfe, an seinen empfindlichsten Stellen. Endlich sei der Terrorismus auch die gerechteste Kampfesweise, da er im allgemeinen keine unschuldigen Opfer treffe, während diese dort, wo Massenzusammenstöße zwischen Militär und Volk stattfänden, überaus zahlreich seien.

Der systematische Terrorismus müsse die Regierung in Rußland desorganisieren; aber nur ein angestrengter Kampf könne Früchte tragen; viele Personen müßten erst aus der Regierungshierarchie entfernt werden, ehe das Ziel erreicht würde.

Der Terrorismus sei in Rußland entstanden, als die Regierung durch ihre Verfolgung der Revolutionäre jedwede propagandistisch-agitatorische Arbeit unmöglich gemacht hätte. Die terroristische Aktion würde auch in dem Augenblick aufhören, wo die Sozialisten tatsächlich Gedanken-, Rede- und persönliche Freiheit erhalten würden. Dann würde von neuem die Arbeit

---

1) Morosow denkt hier an die Attentate auf Alexander II. auf der Bahnstrecke und im Winterpalais, ebenso an die auf Mesenzew, Krapotkin und andere.

im Volke beginnen, die dessen allseitige Aufklärung zum Ziel habe, damit es, seine Kräfte zusammenfassend, die herrschende soziale und politische Ordnung umstoße und auf ihren Trümmern eine neue aufrichte, die allgemeine Freiheit und Gerechtigkeit zur Grundlage habe.

Unstreitig, sagt Morosow, wird die mittelbare Folge einer terroristischen Aktion in Rußland die Erringung einer Konstitution sein, die unter der Form von freiheitlichen Gesetzen die Willkür zulassen werde, wie dies auch in Deutschland der Fall sei. Auch im kaiserlich-konstitutionellen Rußland werde also der Terrorismus noch eine Notwendigkeit sein.

Morosow fand den Terrorismus also auch in konstitutionellen Ländern noch nützlich, soweit sie ihren Bürgern nicht volle Freiheit sichern.

Aus der Rede Shelabows, die dieser während des Prozesses gegen die Attentäter vom 1. März 1881 hielt, wissen wir, daß weder er, noch die „Volksfreiheit“ als Organisation alle Anschauungen teilte, die Morosow in seiner Schrift niederlegte. Sicherlich waren sie mit dem Terrorismus unter einer konstitutionellen Regierung nicht einverstanden, ebenso gewiß ist es, daß sie in ihm nicht das einzige Kampfesmittel jener Zeiten sahen.

III.

Schon 1879 war unter einzelnen Persönlichkeiten am Hofe und in den höchsten bureaukratischen Kreisen die Überzeugung verbreitet, gewisse pseudo-konstitutionelle Reformen müßten verwirklicht werden, um die Staatsordnung aufrechtzuerhalten und die ruhige Entwicklung des russischen Volkes zu sichern. Ähnliche Gedanken waren schon in der Zeit von 1863 bis 1866 in Regierungskreisen aufgetaucht.

Aus dem Tagebuch des uns schon bekannten Walujew sind wir über alle Einzelheiten der Beratungen unterrichtet, die über die von ihm und dem Großfürsten Konstantin vorgeschlagenen Reformen gepflogen wurden.

Im Juni 1879, nach der Rückkehr Alexanders II. aus der Krim, sprach Walujew während einer Audienz von der Not-

wendigkeit, Vertreter der Gesellschaft (Abgeordnete der Ziemstwos und großen Städte) zur Beratung der von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzentwürfe heranzuziehen. Der Kaiser nahm diese Ausführungen scheinbar günstig auf, tat aber keinerlei Schritte, die zu einer Verwirklichung der Walujewschen Vorschläge geführt hätten. Erst nach den mißlungenen Attentaten der Organisation „Volksfreiheit" am 18. und 19. Dezember wurde Walujews Plan systematisch durchgenommen; Beratungen fanden statt, an denen sich die Würdenträger des Staates, Kaiser Alexander II., der Großfürst Konstantin und der Thronfolger (der spätere Kaiser Alexander III.) beteiligten.

Die Beratungen kamen nur sehr langsam vom Fleck und zeitigten zunächst keinerlei Ergebnisse, um so mehr, als gleich zu Beginn ein starker persönlicher Gegensatz zwischen dem Großfürsten Konstantin und Walujew zutage trat, obgleich ihre Reformpläne viel Ähnlichkeit aufwiesen.

Im Grunde genommen handelte es sich überhaupt nicht um eine Konstitution, die die Rechte des Kaisers in irgendeiner Beziehung beeinträchtigen sollte; die Vertreter der Gesellschaft sollten lediglich eine beratende Stimme erhalten. Der Thronfolger, Großfürst Alexander, sprach sich von vornherein gegen die Reformen aus; er hielt sie für völlig überflüssig und gab der Befürchtung Ausdruck, die Advokaten würden unter den zugelassenen Vertretern die erste Geige spielen. Großfürst Konstantin schlug vor, man möge die Advokaten überhaupt von den Wahlen ausschließen.

Der Verlauf der ganzen Angelegenheit zeigt, daß die Regierungskreise in dieser Sache überhaupt keines Entschlusses fähig waren; es war klar, daß auch nicht die geringfügigste Reform von ihnen ausgehen würde. Nur unter dem Einfluß eines augenblicklichen Schreckens schienen sie zu einer gewissen Nachgiebigkeit bereit, sobald aber nur einigermaßen Beruhigung eingetreten war, gewann die Abneigung gegen alle Veränderungen wieder die Oberhand [1]).

---

1) Siehe den Aufsatz Schtschegolews mit Auszügen aus dem Tagebuch Walujews und aus den Aufzeichnungen des Großfürsten Konstantin „Aus der Ge-

Mit dem Februar des Jahres 1880 hörten die Beratungen über die von Walujew und dem Großfürsten Konstantin vorgeschlagenen Pläne ganz auf; nach dem mißglückten Attentat Chalturins trat jedoch eine neue Persönlichkeit auf den Schauplatz, die sie abermals aufgriff.

Am 7. Februar 1880, also zwei Tage nach dem Attentat im Winterpalais erließ das Exekutivkomitee einen Aufruf. Das Fehlschlagen des Attentats wird damit erklärt, daß Alexander II. später als sonst das Speisezimmer betreten hatte; das Komitee bedauert den Tod so vieler Soldaten, erklärt aber, solche Erscheinungen würden sich notwendig wiederholen müssen, solange die Armee eine Stütze des Zarismus bleiben und nicht begreifen würde, daß sie sich im Kampfe des Volkes gegen den Despotismus auf die Seite des Volkes stellen müsse; das Komitee erklärt nach wie vor Alexander II. unerbittlich den Krieg, solange er dem Volke nicht seine Macht abtrete und einer gesetzgebenden Versammlung, die aus freier Wahl hervorgehen und nach den Weisungen der Wähler handeln müßte, die Möglichkeit gäbe, die soziale Ordnung Rußlands zu ändern; endlich wird die Gesellschaft aufgefordert, die Partei in ihrem Kampf gegen den Despotismus zu unterstützen.

Der Aufruf schließt mit der Mitteilung, der Spion Sharkow, der der Regierung einige Personen und die Druckerei der Gruppe „Schwarze Aufteilung" ausgeliefert hatte, sei bereits hingerichtet worden.

Die Antwort auf das Attentat vom 5. Februar war ein Ukas Alexanders II. vom 12. des gleichen Monats, mit welchem eine „Oberste Kommission zur Wahrung der staatlichen Ordnung und gesellschaftlichen Sicherheit" gegründet wurde (Wierchownaja Komissia po ochranieniu gosudarstwiennawo poriadka i obschtschestwiennawo spokojstwia). Zum Leiter der neuen Institution wurde Graf Loris-Melikow ernannt, der sich im letzten russisch-türkischen Kriege ausgezeichnet hatte.

Der Plan, diese Kommission einzusetzen, war wahrschein-

---

schichte der konstitutionellen Verhandlungen 1879—1881". „Biloje", Dezemberheft 1906, S. 262—285.

lich von dem damaligen Thronfolger ausgegangen: eine Reihe von Repressalien sollten durchgeführt werden, deren Ziel die endgültige Unterdrückung der revolutionären Bewegung sein sollte.

Graf Loris-Melikow erhielt sehr weitgehende Vollmachten; alle seine, die Erhaltung der staatlichen Ordnung betreffenden Befehle sollten alle Behörden, einschließlich der militärischen, sofort ausführen; überhaupt sollten sämtliche Staatsorgane ihm ständige Unterstützung angedeihen lassen, wenn er sie heischte. Seine Machtbefugnis war ungeheuer, er konnte alle Anordnungen treffen, die er zur Erhaltung der staatlichen Ordnung für notwendig erachtete, konnte bei Nichterfüllung seiner Befehle Strafen diktieren und die Art der Ausführung seiner Anordnungen bestimmen; er besaß außerdem in Petersburg und Umgegend die Rechte eines Höchstkommandierenden, hatte das Recht, über regierungsfeindliche Vergehen im Gebiete des Petersburger Militärrayons unmittelbar selbst zu entscheiden; überdies unterstand ihm die Leitung derartiger Angelegenheiten im gesamten Reiche. Graf Loris-Melikow war also eigentlich ein Diktator. Die Mitglieder der Obersten Kommission, deren Vorsitzender er war, ernannte auf seinen Vorschlag der Kaiser. Die übrigen Mitglieder spielten jedoch nur eine untergeordnete Rolle, es waren: K. Pobiedonoszew, General Fürst Imeretinski, die Generale Tscherewin und Batjanow, M. Kochanow, die Senatoren Kowalewski, Schamschew und Makow und der Kanzleivorsteher des Ministeriums des Innern, Perfilejew.

Für den Würdenträger eines absolutistischen Reiches faßte Graf Loris-Melikow seine Aufgabe ziemlich großzügig auf, da er beschloß, sich nicht auf Repressalien zu beschränken, sondern neben der Bekämpfung der Revolutionäre auch Unterstützung in gewissen Gesellschaftskreisen zu suchen. Zu diesem Zwecke beabsichtigte er kleine Reformen, die die bestehende politische Ordnung keineswegs untergraben sollten. Das Programm des Grafen Loris-Melikow war also nicht von besonderer Tragweite, wurde aber rasch durchgeführt, was einen günstigen Eindruck machte.

Der „Diktator“ milderte die Zensur etwas und gab den verschiedenen Blättern die Möglichkeit, kühnere Aufsätze zu

bringen als vorher; den Ziemstwos und städtischen Behörden gegenüber zeigte er viel Entgegenkommen, verringerte die Schikanen der Verwaltung und gestattete ihnen eine Reihe von Freiheiten; auch nahm er auf verschiedenen Gebieten der Bureaukratie und an verschiedenen Punkten der Beamtenhierarchie Änderungen vor; seine wichtigste Leistung in dieser Hinsicht war die Entfernung des allgemein verhaßten reaktionären Unterrichtsministers, des Grafen Demetrius Tolstoi.

Den Revolutionären gegenüber befolgte Graf Loris-Melikow folgende Taktik: die Terroristen suchte er mit allen Mitteln ausfindig und unschädlich zu machen, dagegen war er gegen Leute, die wegen geringfügiger politischer Vergehen angeklagt waren, äußerst freundlich und gestattete vielen Personen, die auf administrativem Wege nach Sibirien verschickt worden waren, die Rückkehr. Er kürzte die Verbannung vieler Leute ab und bemühte sich, auch der Willkür der Beamten zu steuern, ihr ungesetzliches Verhalten gegen die Gefangenen zu regeln.

Die Regierung des Grafen Loris-Melikow wurde später „eine Diktatur des Herzens“ genannt, die Bezeichnung entspricht jedoch der Wirklichkeit nicht völlig; unstreitig aber bedeutete seine Zeit im Vergleich mit der vorhergehenden einen Schritt nach vorwärts; denn er milderte, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade, die pedantische und despotische Kontrolle, die die Administration über die Gesellschaft ausübte. Loris-Melikow war zwar nicht Konstitutionalist im westeuropäischen Sinne, er war jedoch bestrebt, Regierung und Gesellschaft einander näher zu bringen, was sich namentlich gegen Ende seiner Laufbahn zeigte.

Auf administrativem und politischem Gebiet suchte er das Vorgehen der Regierung einheitlich zu gestalten. Zu diesem Zwecke hob er die dritte Abteilung der Kanzlei Seiner Kaiserlichen Hoheit, die die Gendarmerie und die gesamte politische Polizei umfaßte, auf und schuf das staatliche Polizeidepartement, das er dem Minister des Innern unterstellte.

Am 20. Februar, um 2 Uhr nachmittags, verübte der Revolutionär Hippolit Mlodecki, ein Jude aus dem Gouvernement Minsk, ein Attentat auf den Grafen Loris-Melikow, als dieser aus seiner Wohnung auf die Straße trat. Die Kugel drang durch

den Wintermantel und die Uniform des Grafen, ohne ihn selbst zu verletzen.

Loris-Melikow legte in diesem Falle viel Geistesgegenwart an den Tag, indem er selbst seinen Angreifer zu verfolgen begann. Mlodecki wurde sofort verhaftet, vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Loris-Melikow mußte in eigener Person das Urteil bestätigen. Einige Personen, unter ihnen der bekannte Schriftsteller Garschin, schlugen sich für Mlodecki ins Mittel und baten den „Diktator" um Gnade; Loris-Melikow schlug jedoch alle Bitten ab und bestätigte das Urteil.

Mlodecki wurde am 22. Februar auf dem Siemionowplatz in Petersburg gehenkt.

Der Anschlag war nicht ein Werk der Organisation „Volksfreiheit" gewesen, sondern eine persönliche Tat Mlodeckis, der gerade die Diktatur Loris-Melikows für die Sache des Sozialismus in Rußland als besonders schädlich erachtete.

Die „Oberste Kommission", an deren Spitze Graf Loris-Melikow stand, existierte nur sechs Monate, dann wurde sie durch Reskript vom 6. August 1880 aufgelöst. In dem Reskript erklärte die Regierung, das Land habe sich bereits beruhigt, so daß die außergewöhnlichen Mittel von provisorischem Charakter, wenn nicht völlig eingestellt, so doch abgeschwächt werden könnten. Nach der Auflösung der Kommission wurde Graf Loris-Melikow zum Minister des Innern ernannt.

Die Liberalen und Ziemstwokreise waren zwar im allgemeinen mit dem Grafen Loris-Melikow zufrieden, nahmen ihm gegenüber jedoch auch eine kritische Stellung ein, was in der Presse dieser sozialen Schichten deutlich hervortrat, so im „Europäischen Boten", d. h. in der „Inneren Chronik" aus der Feder Arsenjews, und in der Zeitschrift „Ziemstwo", namentlich in der zweiten Nummer. Die Liberalen tadelten häufig die halben Maßnahmen des Grafen und grenzten ihr Programm sorgfältig von dem des Grafen ab[1]). Als Loris-Melikow die Macht im Staate ergriff, belebte sich die Tätigkeit der Ziemstwos ganz beträchtlich.

---

1) Kornitowet, Die soziale Bewegung unter Alexander II., in der Zeitschrift „Aus vergangenen Jahren", Jahrgang 1908, Novemberheft.

Im vorhergehenden Abschnitte ist bereits von den gescheiterten Verhandlungen zwischen den Revolutionären und den Ziemstwoleuten die Rede gewesen. Nach den Repressalien, die die Adressen der liberalen Ziemstwos zu Beginn des Jahres 1879 zur Folge gehabt hatten, trat in der Tätigkeit der Ziemstwos ein Stillstand ein, doch hörte der „Ziemstwoverband“ nicht auf zu existieren. Als Loris-Melikow die Regierung übernahm, tauchten neue Hoffnungen auf. Der „Ziemstwoverband“ berief einen Kongreß, der natürlich im geheimen abgehalten wurde und wo man beschloß, mit allen Kräften eine Volksvertretung anzustreben, die in einer einzigen gewählten Kammer bestehen sollte. Im Verlaufe der nächsten Sitzungen sollten konstitutionelle Forderungen erhoben werden.

Der Beschluß blieb nicht erfolglos; auf Ziemstwoversammlungen wurden Stimmen laut, die ernsthafte Reformen verlangten, wenn solche auch aus Rücksichten auf die Regierung nicht deutlich formuliert werden durften.

Im Ziemstwo des Gouvernements Nowgorod verlangte Rumianzew für die Teilnehmer an Ziemstwoversammlungen Immunität und stellte weiter die Forderung, Ziemstwomitglieder sollten nur von ordentlichen Gerichten nach einmal festgelegten Gesetzen zur Verantwortung gezogen werden dürfen. Ein anderes Mitglied des gleichen Ziemstwos verlangte weitere Reformen: völlige Redefreiheit der Ziemstwos, die Erweiterung ihrer Rechte, ihre Einfügung in den Mechanismus der Staatseinrichtungen; schließlich verlangte es, die ganze Lokalverwaltung möchte ihnen übergeben werden, und erklärte es in allgemeinen Worten für notwendig, daß die Regierung die Wünsche des Volkes anhöre [1]).

Das Ziemstwo des Gouvernements Tula verlangte eine Steuerreform und wollte sie in außerordentlichen Sitzungen beraten, das Ziemstwo von Twer verlangte die Reform vom 19. Februar 1861 und forderte ebenso, die späteren Regierungserlasse über die Bauern möchten einer einmaligen Revision unterworfen werden,

---

1) Bielokonskij, Die Bewegung der Ziemstwos vor der Entstehung der Organisation „Volksfreiheit“. „Biloje“ 1907, Aprilheft S. 243—244.

bei der die Vertreter der interessierten Stände, namentlich die Bauern, selbst vertreten sein müßten[1]).

Das Ziemstwo von Tschernichow mahnte an die ungesetzliche Verbannung seines Mitglieds Pietrunkiewitsch im Jahre 1879 und fügte die Bemerkung hinzu, die verschiedene Meinung, die bei der Regierung und im Ziemstwo selbst über seine Tätigkeit geherrscht habe, sei eine traurige und beunruhigende Erscheinung.

Auch andere Ziemstwos wiesen bei mannigfachen Gelegenheiten auf die Notwendigkeit verschiedener Reformen hin. Neben politischen Änderungen wurden auch wirtschaftliche mit demokratischem Anstrich verlangt, was den Zorn der rückständigen agrarischen Elemente hervorrief.

Graf Loris-Melikow ließ die Gouvernements Kasan, Ufimsk-Kijew, Tschernichow, Woronesh, Tambow, Saratow und Samara von Senatoren bereisen, die den Auftrag erhielten, die Bedürfnisse des Volkes zu untersuchen. In ihrer Instruktion hieß es, die Senatoren möchten untersuchen, ob die Klagen der Ziemstwos über den zu engen Kreis ihrer Befugnisse, die Drangsalierungen seitens der Behörden, die unzweckmäßige Zusammensetzung usw. berechtigt seien. Schon daß die Regierung sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigte, beweist, daß sie an eventuelle Gesetzesänderungen dachte.

Loris-Melikow gestattete sogar einige Zusammenkünfte von Provinzial-Ziemstwos aus dem Gebiete, das dem Charkower Generalgouverneur untersteht; die gleiche Erlaubnis erhielten die Ziemstwos der südlichen Gouvernements und im Doner Militärgebiet.

Diese Zugeständnisse, die der öffentlichen Meinung gemacht wurden, hatten die Revolutionäre der Regierung abgerungen. Sie bewiesen durchaus noch nicht die Bereitwilligkeit Alexanders II. und der Hofkreise, Rußland eine Konstitution zu erteilen, sondern nur ein Nachlassen des Absolutismus, der sich jetzt auf einen gewissen Teil der Gesellschaft stützen wollte.

---

1) Swatikow, Die soziale Bewegung in Rußland von 1700 bis 1895. Teil II, S. 123 und 124 (in russischer Sprache).

IV.

Die Revolutionäre betrachteten die Tätigkeit des Grafen Loris-Melikow mit Mißtrauen und erwarteten keinerlei gründliche politische Reformen von ihm.

Einen Tag nach dem Attentat Mlodeckis, am 23. Februar 1880, erließ das Exekutivkomitee einen Aufruf, worin der Graf Loris-Melikow angegriffen wurde, weil er das Todesurteil eines Menschen bestätigt habe, der allerdings ein Attentat auf ihn unternommen, ihn aber nicht einmal verwundet habe. Das Komitee versichert, Mlodeckis Tat sei sowohl hinsichtlich des Planes als der Ausführung sein rein persönliches Werk gewesen, welchen Umständen das Komitee denn auch das Mißlingen des Anschlags zuschreibt. Mlodecki, hieß es in dem Aufruf, habe der Partei seinen Plan unterbreitet, aber die Antwort nicht abgewartet. Der Aufruf wendet sich zum Schluß an alle diejenigen Revolutionäre, die außerhalb der verschiedenen Gruppen stehen, und fordert sie auf, sich zum gemeinsamen Werke zusammenzutun, um das ganze Regierungssystem in Trümmer zu schlagen[1]).

Im Jahre 1881 stieg die Zahl der politischen Prozesse auf 21[2]). Die Reihen der Revolutionäre wurden auf diese Weise beträchtlich geschwächt; die Lücke wurde jedoch durch den Zuzug frischer Kräfte von neuem ausgefüllt. Namentlich vom Herbst 1880 an erstarkte die Organisation „Volksfreiheit“ bedeutend. Diese Tatsache wird sowohl von den amtlichen Quellen als auch durch die Zeugnisse der Revolutionäre bestätigt.

Die Prozesse gegen die Revolutionäre wurden in unveränderter Weise fortgeführt, die Urteile waren sehr streng. In der Provinz, wo die Generalgouverneure alle Angelegenheiten allein führten und der Einfluß des Grafen Loris-Melikow nur schwach war, wurden direkt ungeheuerliche Urteile gefällt. Ein Hinweis auf den Prozeß Rosowski und Radjonow genügt. Auf der Station Zdolbunowo tauchten Proklamationen auf; es erwies

1) „Die Literatur der Volksfreiheit“. „Russische historische Bibliothek“ Nr. 6, S. 894—896.

2) „Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland von 1878 bis 1887“. Der offizielle Bericht, bearbeitet von General Schewsko, Sekretär des Ministers des Innern, S. 140.

sich bald, daß ein Mann namens Radjonow sie verteilt und von einem anderen namens Rosowski erhalten hatte. Das Gericht verurteilte beide zum Tode. Der Generalgouverneur von Kijew ermäßigte die Strafe des ersten zu sechs Jahren Zwangsarbeit, Rosowski aber wurde gehenkt. Radjonow zählte damals 18, Rosowski 20 Jahre[1]). Der Unterschied im Strafausmaß rührte wahrscheinlich daher, daß Rosowski seiner Abstammung nach Jude war und sich während der Untersuchung würdig verhalten hatte.

Auch in Petersburg selbst wurden harte Urteile gesprochen, so im Prozeß Obnorski. Obnorski war einer der Begründer des „Nördlichen Arbeiterverbandes" und durchaus kein Terrorist. Er wurde zu zehn Jahren Festungshaft und Zwangsarbeit verurteilt. Michael Dragomanow wandte sich wegen dieses grausamen Urteils in scharfen Worten gegen den Grafen Loris-Melikow. Der betreffende Aufsatz wurde in der illegalen, in Genf erscheinenden Zeitschrift „Gemeinsame Angelegenheiten" gedruckt.

Das Exekutivkomitee, das sich von dem mißglückten Attentat im Winterpalais nicht abschrecken ließ, bereitete bereits ein neues vor: im Frühjahr 1880 wurde beschlossen, in Odessa eine Mine in der Italienischen Straße zu legen, die vom Bahnhof zum Hafen führt und die Alexander II. auf dem Wege nach Livadia passieren mußte. Sophie Perowska, Wera Figner, Merkulow (ein späterer Verräter), Isajew, Sablin und Slotopolski begaben sich nach Odessa. Die Perowska und Sablin mieteten in der Italienischen Straße ein Lebensmittelgeschäft, unter dem man die Minierarbeiten begann, Isajew stellte das Dynamit her. Während dieser Vorbereitungen hörten die Revolutionäre, der Kaiser sei bereits auf dem Wege nach Odessa. Von einer Fertigstellung aller unbedingt erforderlichen Vorbereitungen konnte keine Rede mehr sein. Die Arbeiten mußten also unterbrochen und die Spuren verwischt werden, was auch gelang[2]). Im Sommer des gleichen Jahres traf man Vorbereitungen zu einem Attentat

---

1) Ebenda S. 129—130.

2) Einzelheiten dieser Vorbereitungen finden sich in den Anklageakten. Siehe den „Prozeß von 20 Mitgliedern der Volksfreiheit im Jahre 1882" „Biloje", Jahrgang 1906, Januarheft S. 54—233.

auf Alexander II. in Petersburg selbst; eine Brücke auf dem Wege zwischen dem kaiserlichen Palais in Zarskoje Siolo und dem Winterpalais wurde unterminiert. An dem Plan waren Shelabow, Presniakow, Merkulow, Barannikow, Teterka und andere beteiligt. Die plötzliche Abreise Alexanders II. aus der Hauptstadt machte auch diesen Anschlag unmöglich. Die Revolutionäre wollten die unter der steinernen Brücke untergebrachten Bomben wieder entfernen, was ihnen aber nicht gelang, sie wurden erst 1881 von der Polizei herausgeholt, nachdem diese im Laufe der Untersuchung die ganze Sache erfahren hatte [1]).

Noch in demselben Sommer wurde ein abermaliger Anschlag geplant; das Attentat auf den Kaiser sollte diesmal in der Nähe der Station Okulowo auf der Linie der Nikolauseisenbahn ausgeführt werden, die Vorbereitungen mußten aber jäh abgebrochen werden, da die Polizei den Revolutionären auf der Spur war [2]).

Die Ansicht, die Organisation „Volksfreiheit" hätte dem terroristischen Kampf gegen die Regierung wenn nicht alle, so doch fast alle ihre Kräfte geweiht und die übrige revolutionäre Tätigkeit, namentlich die Propaganda unter den Arbeitermassen vernachlässigt, ist ziemlich verbreitet, namentlich die russischen Sozialdemokraten sind davon so ziemlich überzeugt. Aber auch andere, wie z. B. Debogoria-Mokrijewitsch [3]) und die verstorbene Oschanina, die selbst dem Exekutivkomitee der „Volksfreiheit" angehörte [4]), waren dieser Ansicht. Man kann heute auf Grund eines weitläufigen Beweismaterials, das ich weiter unten anführe, ruhig den Satz aufstellen, daß diese Ansicht vollkommen irrig ist.

Schon aus dem Arbeiterprogramm der Organisation „Volksfreiheit" ersahen wir, daß die Partei der Bewegung im Fabrik-

---

1) Ebenda S. 257—260.

2) „Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland 1878—1887". Offizieller Bericht des Generals Schewski. Moskau 1907. S. 123.

3) „Erinnerungen" S. 502. Der Verfasser sagt, die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" hätten den terroristischen Kampf gegen die Regierung in den Vordergrund geschoben, aber der Terrorismus habe nur wenig Personen beschäftigt, die übrigen hätten also nichts zu tun gehabt.

4) „Biloje", Jahrgang 1907, Juniheft S. 5. „Aus der Geschichte der Partei der Volksfreiheit" von Polonska (Oschanina).

proletariat große Bedeutung beilegte und einen großzügigen Plan zu diesem Zwecke ausarbeitete. Die Frage ist also nur, ob die Partei der Tätigkeit unter der Arbeiterschaft praktisch und nicht nur theoretisch ihre Kräfte gewidmet und ob sie beträchtliche Ergebnisse erzielt hat.

Die Organisation „Volksfreiheit" begann im Sommer 1880 eine größere Tätigkeit unter den Petersburger Fabrikarbeitern zu entfalten [1]).

Die Arbeiter sollten allmählich dazu erzogen werden, sich das ganze Parteiprogramm anzueignen. Im Sommer und Herbst desselben Jahres wurde in Versammlungen, an denen auch Arbeiter teilnahmen, ein eingehender Plan für die Propaganda im Proletariat ausgearbeitet. Die Arbeiter sollten zunächst in Gruppen ersten Grades eingeteilt werden, die einen ausschließlich aufklärend-kulturellen Charakter tragen sollten; die Mitglieder sollten im Lesen, Schreiben, Rechnen und Geographie unterrichtet werden; das Lehrermaterial sollten Studenten der höheren Unterrichtsanstalten bilden; die Gruppen sollten aus 5 bis 6 Personen bestehen, bei denen die Versammlungen der Reihe nach stattfinden sollten. Bei diesem Unterricht konnte der revolutionäre Einfluß auf die Arbeiter nur ein mittelbarer sein. Die Arbeiter, die bereits ein gewisses Bildungsminimum erreicht hatten, traten in die Gruppen zweiten Grades über, wo bereits Geschichte vorgetragen und über Sozialismus gesprochen wurde, und zwar über einen Sozialismus, wie er in Westeuropa herrschte.

Diejenigen Arbeiter endlich, die diese beiden Grade der Unterweisung bereits durchgemacht hatten, bildeten die „Zentral-Agitationsgruppe"; sie gehörten bereits der Partei an und waren im Geiste der Organisation „Volksfreiheit" tätig, deren Programm sie erweiterten. In jedem Stadtteil der Residenz wurde nur je eine derartige Gruppe gebildet, der ein Agent der Partei zugeteilt war.

Es mag sonderbar erscheinen, daß die Partei in Petersburg, die viel aufgeklärte Arbeiter zählte, zunächst mit dem Elementar-

---

1) „Der Prozeß über die verbrecherische Propaganda unter den Petersburger Arbeitern". „Biloje" 1907, S. 288 ff.

unterricht der Arbeiter begann, aber die Organisation wollte offenbar nicht nur unter den gelernten Arbeitern, die bereits in beträchtlichem Maße an der Bewegung beteiligt waren, Propaganda und Agitation treiben, sondern auch die ungelernten Fabrikarbeiter heranziehen, die ganz unwissend waren und der Bewegung fernstanden.

Aus Aufzeichnungen Pankratows [1]), der zur Organisation „Volksfreiheit“ gehörte, wissen wir, daß Ende 1880 und 1881 viele gelernte Arbeiter aus der Eisenindustrie Mitglieder der Partei waren, dagegen bedeutend weniger Arbeiter anderer Gewerbe. Er spricht auch davon, daß sich die Agitatoren bemüht hätten, die ungelernten Arbeiter in die Bewegung einzubeziehen.

Der oben angedeutete Plan einer Agitation unter den Arbeitern konnte infolge der späteren Verhaftungen nicht voll entwickelt werden, womit aber nicht gesagt sein soll, die Tätigkeit der Organisation „Volksfreiheit“ im Petersburger Proletariat sei schwach gewesen. In den offiziellen Regierungsberichten über die Arbeiterbewegung in Petersburg werden die Namen von 20 Personen genannt, die sich mit der Propaganda in Arbeiterkreisen beschäftigten und die bisher gänzlich unbekannt oder wenig bekannt waren. Über jede dieser Personen bringt der Bericht einige Worte. Wir greifen folgende Namen heraus: Leo Kohan-Bernstein, der ausnahmsweise bekannt war, Podbielski, Papi, Michael Engelhardt, Peter Popowitsch, Peter Konowski, Iwan Schetalow, Josef Nagurni (die letzteren waren alle Studenten), Kokowski, Franzoli und Trigoni; Shelabow verfaßte zusammen mit Kokowski das Arbeiterprogramm der „Volksfreiheit“ und redigierte speziell für die Arbeitermassen ein populäres Blatt, die „Arbeiterzeitung“ (Rabotschaja Gaseta), von der aber nur einige Nummern erschienen.

Neben diesen Agitatoren, die der Intelligenz entstammten, waren noch etwa 20 gelernte Arbeiter tätig, die unter dem Petersburger Proletariat agitierten; einige von ihnen gehörten den oben erwähnten „Zentral-Agitationsgruppen“ an. Die Namen dieser

---

1) „Aus der Tätigkeit unter der Arbeiterschaft in den Jahren 1880 bis 1884“. „Biloje“, Jahrgang 1906, Märzheft S. 237 ff.

Agitatoren aus Arbeiterkreisen waren: Iwan Gawrilow, Kiril Ilin, Nikolaus Iwanowski, Peter Pobiedimski, Alexander Bielajew, Isaak Janow, Michael Lebiedew, Karp Koreniew, Jegor Koriakow, Alexej Skworzow, Iwan Bondarenko, Wasilij Kniasin, Theodor Artischtschew, Iwan Timin, Alexander Trapizin, Alexej Ulianow, Peter Chramow, Nikolaus Kalischnikow, Heinrich Biedrakewitsch.

Die Untersuchung brachte über die einen mehr, über die anderen weniger Nachrichten [1]), alle aber trieben unstreitig Propaganda und Agitation unter den Arbeitern und organisierten das Petersburger Proletariat.

In ständiger Beziehung zur Arbeiterorganisation standen Shelabow, der mitunter auch Vorträge für Arbeiter hielt, die Perowska und Hriniewiecki.

Um die Arbeiterorganisation vor Spionen zu wahren, wurde auf Shelabows Anregung im Herbst 1880 die „Kampfesbrüderschaft der Arbeiter" gegründet.

In dem bereits angeführten Aufsatz erwähnt Pankratow, daß in allen Eisenfabriken Arbeitergruppen bestanden, die zur Organisation „Volksfreiheit" gehörten; von besonderer Tatkraft war die Arbeitergruppe an der Fabrik von Siemiannikow, Tschugunni und Obochowski. Die Gruppe gründete eine Reihe weiterer Arbeitergruppen zunächst unter den Arbeitern an der chemischen Fabrik Pala, dann auch an vielen anderen Fabriken.

Aus einer anderen Quelle [2]) wissen wir, daß die Tätigkeit der Partei „Volksfreiheit" einen beträchtlichen Umfang unter den Arbeitern hinter dem Newskitor annahm. Das Andenken an ihre Tätigkeit überdauerte selbst den Verfall der Organisation „Volksfreiheit"; die Arbeiter sprachen später noch häufig von Sergius Lapin (einem Pseudonym des bekannten Timotheus Michajlow, der am Attentat vom 1. März beteiligt war und dann hingerichtet wurde). Es fehlte auch nicht an Beweisen einer Massenaktion von Mitgliedern der Organisation im Proletariat. Die Verwaltung der Fabrik Siemiannikow, wo Michajlow arbeitete,

---

1) „Der Prozeß über die verbrecherische Propaganda unter den Petersburger Arbeitern". „Biloje" 1907, Januarheft S. 288—294.

2) „Aus der Arbeiterbewegung hinter dem Newsker Tor in den siebziger und achtziger Jahren" (in russischer Sprache), S. 4. Genf 1900.

beschloß, eine Kapelle zum Andenken an die wunderbare Rettung der kaiserlichen Familie während des Attentats im Winterpalais vom 5. Februar 1880 zu erbauen, und wollte zu diesem Zwecke auch eine Sammlung unter den Arbeitern einleiten. Die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ widersetzten sich, und die Arbeiter gaben nichts her; die Tatsache beweist, daß die Organisation anfing einen beträchtlichen Einfluß auf die Arbeiter auszuüben. Die Polizei war über die Weigerung der Arbeiter empört, die Regierung begann eine Untersuchung, und das Ergebnis war, daß etwa 200 Arbeiter dieser Fabrik nach anderen Ortschaften verschickt wurden.

Im Jahre 1880 begann die Organisation „Volksfreiheit“ auch unter dem Proletariat in Kijew, Charkow und Odessa zu arbeiten. Wir wissen, daß auch in Moskau eine entsprechende Agitation mit großem Erfolg eingesetzt hatte; an der Spitze stand hier der begabte Agitator Tetanow, der den Kreisen der Intelligenz entstammte. Seine Tätigkeit in Moskau war ausgedehnt, wovon noch die Rede sein soll.

Am meisten gearbeitet wurde jedoch unter dem Petersburger Proletariat, wo eine Menge von Studenten und Studentinnen, die nicht einmal irgend einer revolutionären Organisation angehörten, auf eigene Faust in der Arbeiterschaft Beziehungen anknüpften, die Arbeiter unterrichteten und Propaganda unter ihnen trieben [1]).

Unsere Kenntnisse über die Propaganda und Agitation, die die Organisation „Volksfreiheit“ unter den Arbeitern entfaltete, sind bisher lückenhaft, aber die Tatsachen, die ich anführe, beweisen unstreitig, daß eine derartige Tätigkeit bestanden hat.

Die abweichende Meinung Debogoria-Mokrijewitschs läßt sich nur damit erklären, daß er sich während seines ganz vorübergehenden Aufenthaltes in Rußland, als er aus Sibirien entflohen war und sich auf dem Wege ins Ausland befand, keinen richtigen Begriff von der Tätigkeit der Organisation „Volksfreiheit“ zu bilden vermochte und sich mehr von vorübergehenden, aus Gesprächen gewonnenen Eindrücken bestimmen ließ, als von wirklichen Tatsachen.

---

1) „Der Bote der Volksfreiheit“ Nr. 4, S. 97.

Überdies fallen seine Beobachtungen in die Zeit unmittelbar nach dem 1. März 1881, als die Organisation eine Krisis durchmachte. Schwerer ist die irrige Anschauung der Polonska-Oschanina zu erklären, da sie sicherlich eine kompetente Persönlichkeit war. Der Zeitpunkt, in dem sie ihre Erinnerungen niederschrieb — 1893 —, sowie der Umstand, daß sie selbst keinen unmittelbaren Anteil an der Arbeit im Proletariat hatte, erklären vielleicht ihre Meinung. Das Jahr 1893 war ein schweres Jahr in der revolutionären Bewegung. Der nicht aufzuhaltende Verfall der „Volksfreiheit" schien mittelbar die von den Gegnern erhobenen Vorwürfe, daß die Organisation nicht mit den Massen zusammenhänge, zu bestätigen.

Der unparteiische Geschichtschreiber muß in erster Reihe mit Tatsachen rechnen und nicht mit subjektiven, unbewiesenen Urteilen, mögen sie auch von den kompetentesten und die größte Achtung verdienenden Persönlichkeiten stammen.

Die Organisation „Volksfreiheit" trieb allerdings keine Massenagitation unter den Arbeitern, wie später die Sozialdemokraten. Eine derartige Tätigkeit unterblieb aber nicht, weil der Terrorismus ihre Kräfte zuviel in Anspruch nahm, sondern weil sie im allgemeinen für den täglichen wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten keinen Sinn hatte. Und doch kann man die breiten Schichten des Proletariats nur auf diesem Wege und in diesem Kampfe ständig festhalten. Einen solchen Kampf hätten die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" neben dem Terrorismus aufnehmen können. Sie taten es nicht, weil sie sich unter dem Absolutismus von einem derartigen Vorgehen keine sonderlichen Ergebnisse versprachen, worin sie sich aber offenbar irrten. Ein großes Verdienst der Partei der „Volksfreiheit" bleibt jedoch, daß sie den politischen Kampf in der Masse der Bevölkerung populär machte.

Die Tätigkeit der damaligen Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" unter den Arbeitern mußte sich fast ausschließlich auf mündliche Propaganda und Agitation und auf den Druck und die Verteilung von Aufrufen beschränken.

Neue populäre Broschüren für die Arbeiter fehlten, die alten waren vergriffen oder entsprachen den Aufgaben der Bewegung

nicht mehr. Die „Arbeiterzeitung“ begann erst Mitte Dezember 1880 zu erscheinen.

Einer der hervorragendsten russischen Sozialdemokraten, Murtow, der eine Schrift über die russische Arbeiterbewegung unter dem Titel „Die rote Fahne“ (Krasnoje Znamia) verfaßt hat, gibt allerdings zu, die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ hätten unter den Arbeitern eine ziemlich ausgebreitete Tätigkeit entfaltet, erklärt aber gleichzeitig, ihre terroristischen Taten hätten Repressalien zur Folge gehabt und aus diesem Grunde die Agitation unter den Massen erschwert und zeitweise sogar unmöglich gemacht[1]). Sicherlich hat der Terrorismus Polizeimaßregeln und Verschärfungen zur Folge gehabt, man darf aber auch nicht vergessen, daß es der Terrorismus war, der zur Herrschaft Loris-Melikows führte, desselben Loris-Melikow, der 1880 stillschweigend die Kulturarbeit unzufriedener Elemente gestattete, ja sogar Versammlungen, gemeinsame Diskussionen usw. gleichfalls stillschweigend erlaubte. Gerade dieser Umstand ermöglichte es auch den Revolutionären, ihre Kräfte zu stärken. Die Organisation „Volksfreiheit“ gewann namentlich seit dem Herbst 1880 viele neue Mitglieder, knüpfte ausgebreitete Beziehungen in der Provinz an und erlangte einen immer größeren Einfluß auf die Gesellschaft. Sowohl die Berichte der Revolutionäre[2]) als auch die der Regierung[3]) bestätigen diese Tatsache in gleicher Weise. Das tatkräftige Vorgehen der Organisation „Volksfreiheit“ wirkte auch auf die Phantasie der Bevölkerung; ein Nimbus umgab die Partei und führte ihr sowohl aus den Reihen der Intelligenz, als auch aus der Arbeiterschaft Anhänger zu.

Die Maßnahmen der Regierung nach dem 1. März 1881 schwächten die Partei allerdings, doch scheint dies weniger eine Folge des Terrorismus, als gewisser Umstände gewesen zu sein, auf die wir noch zurückkommen.

---

1) „Die rote Fahne“ (in russischer Sprache), S. 29—30.

2) Siehe die Aussagen Wera Figners. „Biloje“, Jahrgang 1906, Juliheft S. 34—35.

3) „Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland“ von Schewski (in russischer Sprache), S. 140.

Wera Figner sagt mit Recht in den bereits angeführten Aussagen, die ungeheure Mehrzahl der Parteimitglieder habe sich mit Propaganda und Agitation befaßt, während der Terrorismus nur eine ganz kleine Zahl beschäftigte. Wir können noch unsererseits hinzufügen, daß die Terroristen in erster Reihe Menschen waren, die seit einigen Jahren politisch kompromittiert waren und also nicht ständig in größeren Versammlungen auftreten und Propaganda treiben konnten.

Als im November 1879 gleichzeitig drei Attentate auf Alexander II. vorbereitet wurden, waren an dieser Arbeit allerdings etwa 50 Revolutionäre beteiligt. Andere Attentate erheischten aber nicht so viele Kräfte, was schon aus den Versuchen im Jahre 1880 hervorgeht, von denen wir bereits wissen.

In der Zeit, die dem Attentat vom 1. März 1881 vorausging, entfaltete die Organisation „Volksfreiheit" die allerregste Tätigkeit unter den Arbeitern der Hauptstadt. Man braucht nur den Umfang der Partei zur Zeit der Zusammenkunft in Woronesh mit ihrem Umfang gegen Ende 1880 zu vergleichen, um zu sehen, wie sehr sie in der Zwischenzeit gewachsen war. Die Tätigkeit der Organisation „Volksfreiheit" mußte also doch eine Kräftigung und Vermehrung der revolutionären Kräfte herbeigeführt haben. Ende 1880 und Anfang 1881 zählte die Partei 12 Gruppen in der Provinz, die Zahl ihrer aktiven Mitglieder umfaßte fast 500 Personen. Auch in diesem Punkte stimmen die Angaben der Polizei und der Revolutionäre überein [1]).

V.

Die Organisation „Volksfreiheit" legte, wie wir bereits aus ihrem Programm und ihrer Literatur wissen, großes Gewicht auf die Beteiligung der Armee an der revolutionären Bewegung. In dieser Beziehung unterschied sie sich stark von den früheren russischen Organisationen zwischen 1872 und 1879, als im allgemeinen die anarchistisch-bakunistische Richtung herrschte. Die Anhänger dieser letzteren waren ausschließlich bestrebt gewesen,

---

1) Vgl. den bereits mehrfach angeführten „Kalender der Volksfreiheit", S. 113 mit dem ebenfalls schon mehrfach zitierten Werk „Chronik der sozialistischen Bewegung", S. 141.

Volksaufstände hervorzurufen und eine allgemeine Massenrevolution zu entfachen, an Verschwörungen dachten sie nicht, ebensowenig trachteten sie nach dem Besitze der Staatsgewalt oder der Errichtung einer Konstitution; aus all diesen Gründen suchten sie auch nicht das Heer für sich zu gewinnen, da sie dieses als eine Verkörperung des Staatsgedankens ansahen und kein Vertrauen zu ihm hatten. Wandten sich damals einzelne Personen des Heeres anarchistisch-revolutionären Anschauungen zu, so suchten sie nicht auf ihre Kameraden zu wirken, sondern traten aus dem Militärdienst aus.

Zur Zeit der Dekabristen hatten die Offiziere an der Spitze der freiheitlichen Bewegung gestanden, sie hatten neue konstitutionelle, demokratische und Verschwörungsgedanken aus dem Auslande mitgebracht. Diese Stellungnahme der Offiziere war jedoch eine Ausnahme gewesen und nur die Folge der Napoleonischen Kriege, insofern die russische Armee auf ihren Kriegszügen durch Europa mit einer höheren Kultur in Berührung gekommen war. Später spielten die Offiziere keinerlei kulturpolitische Rolle mehr. In der Zeit von 1861 bis 1864 nahmen sie allerdings noch eine wichtige, aber keineswegs mehr eine führende Stellung in der revolutionären Bewegung ein.

Nach Ansicht des Seemanns und Mitglieds der Organisation „Volksfreiheit“ Serebriakow[1]) sind Offiziere stets Anhänger des Staates; die anarchistische Revolutionsbewegung war ihnen also schon aus rein prinzipiellen Gründen fremd, nicht nur weil die damaligen Agitatoren sich nicht bemühten, unter ihnen Propaganda zu treiben. Offiziere, sagt Serebriakow, können Revolutionäre sein, sie können den Umsturz wünschen, sogar aktiv die Regierung bekämpfen, aber sie behalten stets den Glauben, daß sie dem Staate dienen. Serebriakow denkt nur an russische Offiziere, aber seine Ansicht läßt sich wohl verallgemeinern. Die Umgestaltung der russischen wissenschaftlichen Militäranstalten, die ein Werk des aufgeklärten und ziemlich liberalen Kriegsministers Milutin war, hob ihr wissenschaftliches Niveau und regte einen beträchtlichen Teil der Offiziere an, sich zu bilden und das

1) „Die Revolutionäre in der Flotte“: „Biloje“, Jahrgang 1907, Aprilheft S. 96 ff.

soziale Leben zu studieren. Bei den verschiedenen Regimentern und in Bibliotheken konnte man damals wertvolle Bücher finden, die von freiheitlichen demokratischen und liberalen Gedanken durchsetzt waren; wir denken hier freilich nur an legale Literatur. Die Offiziere bildeten aus eigenem Antriebe Gruppen, wo gelesen und diskutiert wurde und deren Mitglieder viel an der eigenen geistigen Entwicklung arbeiteten. Diese Gruppen trugen jedoch lange Zeit hindurch keinen politischen, noch weniger einen revolutionären Charakter: der Anstoß dazu mußte erst von außen kommen.

Einen solchen bildete der russisch-türkische Krieg und die neue politische Strömung im revolutionären Lager.

Wir haben bereits gesehen, von welch großem Einfluß dieser Krieg auf die verschiedenen Schichten der russischen Gesellschaft, namentlich auf die aufgeklärten, war. Auf die Offiziere und das Heer im allgemeinen mußte dieser Einfluß um so größer sein; erhielten die breiten Schichten der russischen Gesellschaft doch nur aus zweiter Hand Nachricht von den empörenden Diebstählen und Übergriffen in der Intendantur und Verwaltung, während das Heer sie sehr empfindlich am eigenen Leibe zu spüren bekam. Nach Beendigung des Krieges und dem Berliner Vertrag im Jahre 1878 herrschte denn auch in der ganzen Armee eine starke Unzufriedenheit mit der Regierung. Man kann freilich nicht behaupten, die Mehrheit der Offiziere habe damals bereits nach einer Konstitution verlangt, aber die wachsende Unzufriedenheit in ihren Reihen war immerhin ein sehr günstiger Boden für solche Bestrebungen und selbst für revolutionäre Propaganda. Auf dem Zuge durch Rumänien hatten die russischen Offiziere Gelegenheit, die damalige russische Revolutionsliteratur kennen zu lernen, da sie von Händlern, die sich davon Gewinn versprachen, kolportiert wurde. Sie konnte jedoch gerade infolge der in ihr überwiegenden anarchistischen Strömung nicht von starkem Einfluß sein.

Erst die Entstehung der Organisation „Volksfreiheit“ weckte auch unter den russischen Offizieren, die nun mit den Agitatoren der Partei in Berührung kamen und die Literatur der Organisation lasen, eine revolutionäre Bewegung.

Über diese Bewegung unter den Offizieren besitzen wir heute ziemlich ausführliche Angaben [1]), wenn auch immer noch gewisse Lücken vorhanden sind.

Die Heeresorganisation wurde von Shelabow und einem Marineoffizier namens Nikolaus Suchanow gegründet, einem gebildeten Manne, der unter den Kollegen beliebt war und sehr ausgebreitete Beziehungen im Heere besaß.

Shelabow machte Ende 1879 die Bekanntschaft Suchanows und lernte dann durch ihn die Marineoffiziere in Kronstadt, später auch die in Petersburg kennen. Im Herbst 1880 reiste er mit Kolatkiewitsch nach Kronstadt. Die Beziehungen waren ausschließlich freundschaftlicher Art und stützten sich auf Sympathien für die Partei. Die Offiziere lasen alle Drucksachen der „Volksfreiheit“, wollten jedoch, mit Ausnahme Suchanows, nicht der Organisation beitreten. Der offizielle Beitritt erfolgte erst nach der Ankunft des Marineoffiziers Baron Stromberg.

Die Zentral-Armeegruppe, die die Gesamttätigkeit in der Armee leiten sollte, bestand aus Abgeordneten der einzelnen revolutionären Heeresgruppen und zwei Vertretern des Exekutivkomitees der „Volksfreiheit“. Zu der Zentralgruppe gehörten ursprünglich Suchanow, Rogatschew, ein Artillerieleutnant und Bruder des bekannten Revolutionärs aus der Zeit der bäuerlichen Agitation, Baron Stromberg, Pochitonow, Stabskapitän der Artillerie, und der Leutnant Panin; dazu kamen noch als Mitglieder des Exekutivkomitees Shelabow und Kolodkiewitsch.

Die Ziele und Mittel der Heeresorganisation wurden in dem bereits erwähnten Programm festgelegt.

Vom Augenblick ihrer Entstehung an leistete die Organisation der Partei der „Volksfreiheit“ mannigfache Dienste. Der Heeresorganisation gehörten zunächst einige Dutzend Mitglieder

---

1) Die Hauptquellen, denen ich die Nachrichten über die damalige revolutionäre Bewegung im Heere entnehme, sind: Die Ergebnisse der Regierungsuntersuchung in „Biloje“, Jahrgang 1906, Augustheft, unter dem Titel „Zur Geschichte der revolutionären Bewegung im Heere zu Beginn der 70er Jahre“, S. 158—187; dann ein Aufsatz von Aschenbrenner, einem der Hauptorganisatoren dieser Bewegung, „Die Heeresorganisation der Partei der Volksfreiheit“: „Biloje“ 1906, Juliheft S. 434; ferner der bereits oben erwähnte Aufsatz und die Prozesse.

an, doch wuchs die Zahl bald in verschiedenen Teilen des Staates.

VI.

Die Revolutionäre vom alten Schlage, die Anarchisten geblieben waren und sich nach wie vor für die Bauern begeisterten, gründeten eine eigene Organisation: „Die Schwarze Aufteilung". Wir brauchen uns mit den Anschauungen, die diese revolutionäre Gruppe vertrat, nicht lange zu beschäftigen, da sie völlig jenen entsprachen, denen die russischen Revolutionäre zur Zeit der zweiten Organisation „Land und Freiheit" und schon vorher gehuldigt hatten, als sich die Vertreter der Intelligenz massenweise unter das Volk begaben.

Die Gruppe gab eine Zeitschrift unter dem gleichen Titel heraus, von der vier Nummern erschienen. In den beiden ersten Nummern, die vor dem Attentat auf Alexander II. vom 1. März 1881 ausgegeben wurden, zeigt sich die alte anarchistische, im Bauernkultus befangene Ideologie in ihrer ganzen Kraft und wird dem Programm und der Taktik der „Volksfreiheit" gegenübergestellt; in den beiden letzten Nummern (3 und 4) läßt sich bereits eine gewisse Wendung zum Terrorismus und zur Forderung nach politischer Freiheit beobachten.

In Nummer 1 der Zeitschrift veröffentlichte Plechanow einen Aufsatz, worin er auf den unter den Bauern sehr verbreiteten Glauben Gewicht legt, eine allgemeine Verteilung des Grund und Bodens werde bald erfolgen; aus dieser Tatsache zieht er den Schluß, die Bauern strebten eine solche Verteilung an und würden sie auch schließlich durchführen. Die Revolutionäre müßten die Tendenzen des Volkes unterstützen, sagt er, indem sie es über seine Lage aufklären und es organisieren. „Da wir die wirtschaftlichen Verhältnisse als die Grundlage aller anderen erachten" — so lesen wir hier —, „nicht nur als Ursache aller Erscheinungen des politischen Lebens, sondern auch als die der geistigen und moralischen Eigenschaften der Mitglieder jeder Gesellschaft, so muß sich jeder Radikalismus in erster Reihe in den am allerweitesten gehenden wirtschaftlichen Veränderungen äußern, ganz gleich, ob diese Veränderung auf friedlichem Wege

oder gewaltsam durchzuführen ist.“ Das russische Volksleben, heißt es weiter, enthalte Elemente eines vollständigen Kollektivismus, um sie jedoch zu entwickeln, müßte man erst die bestehende politisch-staatliche Ordnung untergraben. Es handelt sich für den Verfasser augenscheinlich nicht nur um die Vernichtung der absolutistischen Regierungsform, sondern überhaupt um die Vernichtung des Staates, in der heutigen Bedeutung dieses Wortes. Das geht deutlich aus dem Schlußsatz hervor: „wenn sich auch der Staat bemühen sollte, sich aufs beste den Bedürfnissen des Volkes anzupassen, so wird er dem Volke doch stets noch um so viel weniger geben, als das individualistische Prinzip, auf dem sich der heutige Staat sowohl anderswo als in Rußland aufbaut, niedriger ist als das Prinzip des Kollektivismus“.

In einem anderen Aufsatz der gleichen Nummer wird der Satz aufgestellt, der Kapitalismus müsse überall dort dem Sozialismus vorangehen, wo sich im Wirtschaftsleben ein starker Individualismus zeige; in Rußland aber habe sich der Individualismus in den Agrarverhältnissen noch nicht entwickelt, man könne hier also direkt zum Kollektivismus übergehen, ohne erst die Phase des Kapitalismus durchzumachen.

Charakteristisch ist auch ein Aufsatz von Aptekmann, der gleichfalls in der ersten Nummer erschien und „Ein Brief an die früheren Gefährten“ überschrieben ist. Der Verfasser sucht darzutun, rein politische Umwälzungen seien für das Volk bedeutungslos, da sie seine Lage nicht verbesserten; die Ideale politischer Freiheit, fährt er fort, der Begriff der Volksherrschaft, das allgemeine Wahlrecht, Ideale, in deren Namen noch vor kurzem politische Revolutionen ausgefochten wurden, hätten heute allen Reiz und alle Kraft verloren.

Die politische Umwälzung habe für das Volk nur Bedeutung, wenn sie Hand in Hand mit der wirtschaftlichen gehe.

Der Verfasser greift nun sehr stürmisch jene Revolutionäre an, die sich einer rein jakobinischen Taktik befleißigen, und bemüht sich, die Fruchtlosigkeit ihrer Tätigkeit nachzuweisen. Weiter sucht er die Mitglieder der Organisation „Land und Freiheit“ zu überzeugen, das Volk würde selbst dann nichts

gewinnen, wenn der Terrorismus die Regierung wirklich in Schrecken versetzen und zu einer Konstitution zwingen würde, da alle Reformen von oben fruchtlos seien und nur das Bürgertum aus einem solchen Zustande große Vorteile ziehen würde.

Die Organisation „Schwarze Aufteilung“ besaß in Petersburg und anderen Städten etwas über ein Dutzend Gruppen; sie entfaltete eine nur schwache Tätigkeit und zwar im Gegensatz zu ihrer Theorie am allerwenigsten auf dem flachen Lande. Statt dessen trieben ihre Anhänger unter den Arbeitern in Petersburg Propaganda. Gegen Ende 1880 lichteten sich die Reihen ihrer Mitglieder beträchtlich.

Das Programm der „Nordrussischen Vereinigung Land und Freiheit“ war gleichzeitig das der wichtigsten Gruppen in Petersburg; auch einige andere Gruppen im nördlichen und östlichen Rußland bekannten sich dazu.

Die Mitglieder der „Schwarzen Aufteilung“ waren Föderalisten im Bakuninschen Sinne, d. h. ihr Ideal war die freie Konföderation von Gemeinden, während die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ wenigstens damals politische Föderalisten in der heutigen Bedeutung dieses Wortes waren. Im Gegensatz zur Organisation „Volksfreiheit“ erkannte die „Schwarze Aufteilung“ die Notwendigkeit einer zentralistischen Revolutionsorganisation nicht an.

Eine Zeitlang gaben sich die Mitglieder der „Schwarzen Aufteilung“ der Hoffnung hin, es würde ihnen diesmal gelingen, im Kreise Tschigirin große Bauernaufstände ohne die früheren Mystifikationen hervorzurufen, doch schlugen diese Erwartungen völlig fehl. Gerade dieser Umstand machte einen ungeheuren Eindruck auf Michael Popow, der zuerst der Organisation „Land und Freiheit“ angehört und sich später der „Schwarzen Aufteilung“ angeschlossen hatte. Er verlor den Glauben an die Möglichkeit einer großen Bauernbewegung für die nächste Zukunft und auf Grund der bestehenden Bedürfnisse des Volkes und kam so zu der Überzeugung, die Spaltung der Revolutionäre in zwei verschiedene Lager sei schädlich und müsse einer neuen Vereinigung Platz machen.

Popow äußerte seine Gedanken Stefanowitsch gegenüber, der

ihn ohne Widerspruch anhörte und ihm versprach, die Sache noch einmal mit ihm in Odessa zu besprechen. Vor seiner Abreise hielt sich Popow in Kijew auf, um die dortigen Revolutionäre kennen zu lernen.

Er fand hier die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ Bucinski, Polikarpow, Shakow, die beiden Djakowski, Lasjanow und andere, außerdem Revolutionäre, die an dem Programm der früheren Organisation „Land und Freiheit“ festhielten; der hervorragendste unter ihnen war ein junger Mann namens Ignaz Iwanow[1]).

Popow entwickelte ihnen seine Ansichten und wies auf die Notwendigkeit einer Vereinigung sämtlicher revolutionärer Kräfte hin. Seiner Ansicht nach sollte zunächst in Kijew, später auch in anderen Städten eine Organisation geschaffen werden, die Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Mitglieder zuließ, da man sicher sein konnte, daß auch stets eine Reihe wichtiger Punkte vorhanden sein würde, über welche Einigkeit herrschte.

Die Kijewer Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ nahmen Popows Pläne an, Bucinski fuhr sogar nach Odessa, um die Meinung der dortigen Gefährten kennen zu lernen.

Den Kijewer Revolutionären waren die von der Partei 1879 unternommenen Attentate auf Alexander II. bekannt, und sie beschlossen, die dabei gewonnenen Erfahrungen in entsprechender Weise auszunützen.

Popow und seine Gefährten beabsichtigten auf einem der öffentlichen Plätze Kijews eine große Manifestation zu organisieren; einer von ihnen sollte vor der versammelten Menge, und die Revolutionäre rechneten auf eine zahlreiche Beteiligung, eine Rede über den Zarenmord und dessen Notwendigkeit halten. Die Revolutionäre wußten aus Erfahrung, daß sich die Regierung in einem solchen Falle brutal benehmen würde, und planten, den Polizisten, Gendarmen und Kosaken bereitgehaltene Bomben entgegenzuschleudern. Während der Manifestation sollte eine rote Fahne mit der Aufschrift „Land und Freiheit“ entrollt und

---

1) Siehe den Aufsatz Popows, Aus meiner Vergangenheit, in der Zeitschrift „Aus vergangenen Jahren“, Jahrgang 1908, Februarheft S. 170—204.

Ausrufe mit der gleichen Überschrift unter das Publikum geworfen werden.

Popows Pläne wurden auch in Odessa günstig aufgenommen, man wollte der neuen Kijewer Gruppe die entsprechenden technischen Hilfsmittel zur Verfügung stellen; die Revolutionäre in Odessa versprachen den Kijewern auch, sich wegen der geplanten Manifestation mit Petersburg in Verbindung zu setzen. Das Exekutivkomitee der „Volksfreiheit" erklärte sich bereit, den Aufruf zu drucken, weigerte sich aber infolge einer Abmachung mit der Organisation „Schwarze Aufteilung", auch die Überschrift „Land und Freiheit" zu setzen und überließ dies der Kijewer Gruppe. Ich erwähne diese Einzelheiten, weil sie die Beziehungen zwischen den Revolutionären charakterisieren und die Toleranz des Exekutivkomitees zeigen.

Die neuentstandene Kijewer Gruppe, der sich Revolutionäre der verschiedensten Anschauungen anschlossen, entwickelte bald eine breitangelegte propagandistische Tätigkeit, die sich auch außerhalb Kijews ausbreitete und bis in das Gouvernement Poltawa hinüberreichte. Die Revolutionäre arbeiteten nicht nur in der Intelligenz und in der Arbeiterschaft, sondern dehnten ihre Propaganda auch auf die neueingestellten Rekruten aus.

Die beabsichtigte Manifestation kam nicht zustande, da die 1879 geplanten Attentate auf Alexander II. mißlangen. Auch zwei andere Pläne, wonach die Generalgouverneure von Kijew und Odessa, Tschertkow und Totleben, umgebracht werden sollten, kamen nicht zur Ausführung; beide Beamte hatten sich den besonderen Haß der Revolutionäre zugezogen, weil sie einen gewaltigen Druck auf die Kriegsgerichte ausübten und zahlreiche Todesurteile verhängten; die Attentate sollten durch die Gruppe der „Volksfreiheit" in Odessa und die Kijewer Organisation Popows, zu der sowohl Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" als auch der Organisation „Schwarze Aufteilung" gehörten, gemeinsam ausgeführt werden.

Es kam damals nicht zu einer völligen Vereinigung der beiden Organisationen der „Volksfreiheit" und der „Schwarzen Aufteilung", da sich Deutsch, Stefanowitsch und Plechanow dem Plan widersetzten; Plechanow riet Popow, in Kijew und über-

haupt im Süden des Landes eine „Südrussische Arbeitervereinigung" nach dem Muster der Petersburger zu gründen. Der Gedanke gefiel Popow, doch wurde er erst später von Schtschedrin und der Kowalska aus eigenem Antriebe verwirklicht. Die Popowgruppe war kaum fünf Monate tätig, vom November 1879 bis zum März 1880.

Die Hauptursache ihres Verfalls war der Provokateur Sambrowski, ein früherer gemeiner Verbrecher. Isbicki und Malawski hatten ihn im Gefängnis kennen gelernt und ihm vorgeschlagen, den Revolutionären zu helfen; gleichzeitig sollte er angeblich im Dienste der Gendarmerie bleiben. Kleine Sachen sollte er der Gendarmerie hinterbringen, wichtige dagegen, die er dort erfahren sollte, den Revolutionären mitteilen. Sambrowski erklärte sich einverstanden [1]). Ein Gefängniswärter belauschte das Gespräch und teilte das Gehörte dem Gendarmerieoffizier Nowicki mit. Dieser setzte sich mit dem uns bereits bekannten Sudiejkin in Verbindung, der Sambrowskis Anerbieten bereitwillig annahm und die ganze Aktion leitete. Sudiejkin hatte bereits zur Zeit Osinskis, Debogorja-Mokrijewitschs und anderer in Kijew als Provokateur gearbeitet. In dem bereits angeführten Aufsatz versichert Popow, Sambrowski habe schließlich sowohl die Revolutionäre als auch die Gendarmerie verraten.

Die Regierung erhielt auch noch aus einer anderen Quelle Nachrichten über die Kijewer Revolutionäre; die Gattin des Revolutionärs Moses Dikowski denunzierte ihn selbst und seinen Bruder Sergius.

Der Revolutionär Polikarpow wollte Sambrowski töten und brachte ihm am 4. März 1880 über ein Dutzend Wunden bei. Als er sah, daß Sambrowski doch mit dem Leben davonkam, beging er Selbstmord.

Polizei und Gendarmerie nahmen zahlreiche Verhaftungen vor und machten gegen 21 Revolutionäre Prozesse anhängig.

Popow und Iwanow wurden zum Tode verurteilt, aber das Urteil wurde infolge einer Intervention Loris-Melikows in lebens-

---

1) „Galerie Schlüsselburger Gefangener" (in russischer Sprache), Swatikows Aufsatz über Popow, S. 164 ff.

längliche Zwangsarbeit umgewandelt. Auch andere wurden in verschiedenem Ausmaße zu Zwangsarbeit verurteilt, einige nur nach Sibirien verbannt.

Die „Südrussische Arbeitervereinigung“ wurde, wie bereits erwähnt, im Frühjahr und Sommer 1880 von Schtschedrin und Elisabeth Kowalska gegründet [1]).

Nach dem Zerfall von „Land und Freiheit“ hatten sich diese beiden Revolutionäre der Organisation „Schwarze Aufteilung“ angeschlossen; sie maßen zwar beide dem Terrorismus große Bedeutung bei, doch mußte ihrer Ansicht nach das Hauptgewicht auf die Arbeit unter dem Volke gelegt werden. Ende Januar 1880 wurde, wie wir bereits wissen, die Druckerei dieser Gruppe entdeckt, und einige Mitglieder wurden festgenommen; vier andere mußten ins Ausland fliehen. Unter denen, die im Lande verblieben, begannen Diskussionen über das Programm. Das neue Programm, das eines der Mitglieder ausarbeitete, mißfiel sowohl Schtschedrin als der Kowalska und sie beschlossen, eine neue Organisation zu schaffen. Sie gingen nach Kijew, da sie in Moskau und Petersburg infolge des Verrats von Sharkow, der später von Mitgliedern der Organisation „Volksfreiheit“ getötet wurde, von der Polizei gesucht wurden.

In Kijew mußten sie erst Beziehungen anknüpfen. Schtschedrin erhielt in den Eisenbahnwerkstätten eine Stelle als Zeichner. Er machte auf diese Weise die Bekanntschaft der dort beschäftigten Arbeiter und lernte durch sie dann auch die Arbeiter kennen, die im Arsenal und in einer Druckerei arbeiteten. Die Beziehungen, die Schtschedrin und die Kowalska in Kijew anbahnten, erweiterten sich bald sehr stark, so daß gegen Ende ihrer Tätigkeit in dieser Stadt an 700 Arbeiter abwechselnd in kleineren Gruppen zu je etwa 100 Mann die Versammlungen besuchten, in denen man propagandistische Vorträge hielt und diskutierte. Die Versammlungen wurden gewöhnlich um 11 Uhr abends hinter dem Bajkowwäldchen abgehalten.

---

1) Siehe den Aufsatz von E. Kowalska in „Biloje“, Jahrgang 1904, Nr. 6, S. 34—39.

Die „Südliche Arbeitervereinigung" knüpfte auch Beziehungen zu der ländlichen Bevölkerung an, für die Aufrufe in kleinrussischer Sprache ausgegeben wurden.

Leider sind die Nachrichten, die wir über diese Organisation besitzen, sehr mangelhaft: weder das Programm noch die zahlreichen Aufrufe sind uns erhalten geblieben. Einiges Licht auf diese revolutionäre Gruppe wirft ein Aufsatz des bekannten Nationalökonomen Molinari, der 1882 in Nummer 11 des „Journal des Économistes" erschien [1]. Der Verfasser bringt zahlreiche Auszüge aus dem Programm und den Aufrufen und hat offenbar die betreffenden Dokumente in der Hand gehabt. Nach den Berichten der Kowalska war das Programm anarchistisch. Die Auszüge im Molinarischen Aufsatz bestätigen jedoch diese Ansicht nicht. So heißt es z. B. in Punkt 3: „Die Regierungsorganisation der Zukunft wird jedermann (soll wohl heißen jedem Staatsbürger. Der Verf.) einen gleichen Anteil an den Angelegenheiten des Landes einräumen." Punkt 5 besagt: „Die Organisation der Volksmiliz wird die jetzige ständige Armee ersetzen." Die Anarchisten aber verwerfen alle Formen der Regierung und des Heeres.

Andere Punkte des Programms fordern die unbeschränkte persönliche Freiheit, Preß-, Versammlungs-, Rede- und Vereinsfreiheit.

In sozialer Beziehung stellte das Programm folgende Forderungen auf: Der Grund und Boden, die Fabriken, Werkstätten und alle Industrieanstalten gehen in den ausschließlichen Besitz des Volkes über. Punkt 2: Die Arbeit wird gemeinsam geleistet (gemeinsame Produktion). Diese Kollektivarbeit der Gesellschaft, heißt es, erheische gewisse Formen und ständige Einrichtungen, könne also den Staat nicht entbehren. Die politischen Anschauungen der Mitglieder der Organisation über die künftige Gesellschaft schwankten aber offenbar; so zitiert z. B. Molinari das soziale Reformprojekt eines Revolutionärs, der in Sachen der „Südlichen Arbeitervereinigung" verhaftet wurde. Wir lesen

1) Der Aufsatz ist in Burzews ausländischer Zeitschrift „Biloje", Jahrgang 1904, Nr. 6, S. 40—45 nochmals abgedruckt. Die Kowalska macht die Bemerkung, der Aufsatz gäbe den allgemeinen Charakter der Organisation gut wieder.

darin, „das ganze Land würde nach der Vernichtung der heutigen Regierung in freie Gemeinden zerfallen, von denen jede sich in vollkommener Freiheit ohne jede Abhängigkeit von irgendeiner Zentralregierung selbst regieren würde". Dieser Satz klingt wie einem anarchistischen Programm entnommen. Weiter lesen wir aber: „In Sachen des allgemeinen Nutzens und der allgemeinen Sicherheit werden sich die Gemeinden an spezielle Deputierte wenden, die zu allgemeinen Versammlungen zusammentreten und Beschlüsse fassen werden, die den Interessen aller am besten entsprechen." Am Schlusse dieses Absatzes findet sich eine Bemerkung über Miliz.

In einem Aufruf vom 14. März 1881 finden wir den Wunsch der „Südlichen Arbeitervereinigung", die Regierung möge einen Kredit zur Einrichtung von Werkstätten bestimmen, in denen die Arbeiter stets Beschäftigung finden sollten. Dieser Wunsch erinnert an Gedanken Louis Blancs aus dem Jahre 1848 und entspricht nicht den Theorien des Anarchismus.

Aus den obigen Zusammenstellungen geht hervor, daß das politische Programm der „Südlichen Vereinigung" undeutlich und nicht folgerichtig war und eine mittlere Stellung zwischen dem Anarchismus und Sozialismus einnahm. Den verschiedenen Formen des Terrorismus legte die Organisation in ihrer Taktik große Bedeutung bei. Sie empfahl nämlich:

1) Agrarterrorismus gegen die großen Grundbesitzer in Form von Mordanschlägen und Besitzstörungen durch Brandlegung. Die Vereinigung agitierte unter freien Bauern und solchen, die Grund in Erbpacht hatten, dafür, daß der Grund und Boden sowie die Wälder der Großgrundbesitzer in den Besitz der bäuerlichen Bevölkerung übergehen sollten.

2) Industrieterrorismus, d. h. die Direktoren und Besitzer von Fabriken sollten ermordet, die Fabriken und Werkstätten selbst angezündet werden.

3) Armeeterrorismus gegen die Offiziere, welche die Soldaten durch brutales Vorgehen bedrücken.

4) Politischen Terrorismus gegen die Vertreter der Regierung, um diese zu desorganisieren und in den Augen der Massen herabzusetzen.

Der wirtschaftliche Terrorismus, den die Vereinigung empfahl, wurde von der Organisation „Volksfreiheit“ verworfen, die nur für den politischen Terrorismus eintrat. Wird der wirtschaftliche Terrorismus, der sehr leicht durchzuführen ist, einmal anerkannt, so muß er sich in der Praxis in einen immerwährenden Kampf um materielle Interessen verwandeln und die völlige Zersetzung der wirtschaftlichen Zustände zur Folge haben. Der geringfügigigste Zusammenstoß in einer Fabrik mit dem Werkmeister, Direktor oder Besitzer könnte zu Mord, Brandlegung usw. führen. Unter solchen Umständen müßte die Gesellschaft, in deren Interesse normale Wirtschaftsverhältnisse liegen, die Regierung als ihre Retterin vor der Anarchie ansehen, mit anderen Worten, ein derartiger Kampf der Revolutionäre könnte im Volke keine Unterstützung finden. Aus diesem Grunde verwarf wahrscheinlich die Organisation „Volksfreiheit“ den wirtschaftlichen Terrorismus und weigerte sich, den Schwerpunkt des ganzen Kampfes auf ihn zu legen. Diese Stellungnahme spricht für den Scharfsinn der Führer und ihre humane Gesinnung. Sie erachteten zwar den politischen Terrorismus als eine Notwendigkeit, beschränkten ihn jedoch auf ein unerläßliches Minimum.

Gerade der wirtschaftliche Terrorismus bildete das wichtigste Hindernis, an dem die Vereinigung der „Volksfreiheit“ und der „Südlichen Arbeitervereinigung“ scheiterte.

Die Tätigkeit der Vereinigung konnte sich infolge ihrer kurzen Dauer nicht nach allen Richtungen des Programms ausbreiten. Sie war jedoch im allgemeinen intensiv und umfaßte unstreitig breite Massen sowohl in Kijew selbst als auch in der Provinz. Die Aufrufe dieser revolutionären Gruppe wurden auf Jahrmärkten und in Dorfwirtshäusern verbreitet, noch stärker freilich in Kijew selbst und den kleineren Städten in der Nähe der Hauptstadt. Es gelang der Vereinigung freilich nicht, den wirtschaftlichen Terrorismus praktisch durchzuführen, sie drohte nur mit ihm. Von welchem Erfolg derartige Drohungen waren, wissen wir nicht; nur ein Fall ist uns bekannt: der Vorstand des Arsenals in Kijew, Oberst Korobnikow, gab nach einigem Zögern nach und erfüllte alle wichtigen Forderungen der Arbeiter. Mit der Zeit wäre es wahrscheinlich zu schärferen Kämpfen gekommen.

Besondere Beachtung verdienen folgende Aufrufe der Vereinigung: 1) ein im Jahre 1881 erschienener, der sich gegen die antisemitischen Ausschreitungen wandte; 2) ein Aufruf, der nach dem erfolgreichen Attentat auf Alexander II. am 1. März ausgegeben wurde; 3) ein Aufruf, der nach dem 14. März kam und der Regierung ein Ultimatum stellte.

Diese Aufrufe sind nicht auf uns gekommen; wir besitzen nur die Auszüge in Molinaris Aufsatz. Es ist charakteristisch, daß der Aufruf vom 14. März 1881 vom Zaren nicht die Einberufung einer Volksversammlung, ja nicht einmal die Konstitution fordert, sondern nur wirtschaftliche Forderungen erhebt: Kredit zur Gründung von Arbeiterwerkstätten und gesetzliche Lohnnormierungen.

Die ersten Agitatoren und Begründer der „Südlichen Vereinigung" vermochten ihre Tätigkeit nur acht Monate auszuüben. Am 22. Oktober lieferte ein Verräter Schtschedrin und die Kowalska der Polizei aus. Andere hervorragendere Mitglieder der Organisation, wie Bogomolec, Preobrashenski, Kaszinzew und die Przysiecka, wurden vier Monate später, im Februar 1881 verhaftet; im April des gleichen Jahres fielen die Iwanowa, Doller, Kizer und die Kuzniecowa in die Hände der Polizei. Gegen all diese Personen wurde der Prozeß gemeinsam geführt. Schtschedrin, Preobrashenski und die Kowalska wurden zum Tode verurteilt, andere in die Zwangsarbeit und die Verbannung geschickt; die Kuzniecowa wurde freigesprochen. Generalgouverneur Drenteln versuchte die Todesstrafe der drei ersten in lebenslängliche Zwangsarbeit umzuwandeln.

Nach diesen Verhaftungen zerfiel die „Südrussische Arbeitervereinigung".

In seiner Vorrede zu der Broschüre Martows „Die rote Fahne" [1]) berichtet Axelrod, er habe das Programm nebst einer Begründung für die „Südliche Arbeitervereinigung" verfaßt, dieses Programm sei sozialdemokratisch gewesen, habe aber auch noch einen gut Teil Bakunismus enthalten [2]). In der an-

1) In russischer Sprache „Krasnoje Znania".

2) S. X.

geführten Broschüre [1]) aber sagt Martow: „1879 wurde die ‚Südliche Arbeitervereinigung‘ erneuert, die eine eigene Druckerei besaß und vorwiegend in Odessa und Kijew tätig war.“ Auf Grund dieser Stellen aus der Vorrede Axelrods und der Broschüre Martows macht die Kowalska die folgende Bemerkung: „Daraus würde folgen, daß die ‚Südliche Arbeitervereinigung‘ in Odessa von Axelrod begründet, dann 1879 erneuert wurde, eine Druckerei besaß usw. Wenn aber tatsächlich irgendeine Arbeitergruppe, von der Axelrod spricht, in Odessa bestanden hat, so hatte doch weder diese Gruppe noch Axelrod selbst irgendwelche Beziehungen zu der ‚Südlichen Arbeitervereinigung‘; ebensowenig war diese Organisation die Fortsetzung irgendeiner schon vorher bestehenden Gruppe [2]).“

Der Widerspruch zwischen den Aussagen Axelrods und der Kowalska klärt sich nur dann, wenn wir annehmen, daß sich die Worte des ersteren auf eine andere Organisation beziehen, die Ende 1880 und Anfang 1881 oder sogar 1882 unter dem gleichen Namen entstand. Vielleicht sollte auch nach dem Verfall der von Schtschedrin und der Kowalska begründeten Organisation eine zweite ihr entsprechende gegründet werden, die jedoch nicht zustande kam. Vielleicht irrte sich auch Martow in der Zeit. Man darf auch nicht die „Südliche Arbeitervereinigung“, die Schtschedrin und die Kowalska 1880 gründeten, als eine Fortsetzung des alten Verbandes in Odessa betrachten, der den gleichen Namen getragen hatte und 1872 und 1873 von Saslawski gegründet worden war [3]). Wir müssen uns in erster Reihe an die Mitteilungen der Kowalska halten, die 1880 in Kijew tätig war.

In der Zeit von 1879 bis 1881 entstanden in verschiedenen russischen Städten vorübergehende revolutionäre Gruppen, die wenig bekannt sind und keinerlei Rolle in der allgemeinen revolutionären Bewegung spielten.

---

1) S. 25.

2) „Auslands-Biloje“, Jahrgang 1904, Nr. 6, S. 39.

3) Aptekmann sollte eine Arbeit über die „Südliche Arbeitervereinigung in der Zeit der Volksfreiheit“ veröffentlichen, vielleicht klärt sich dann der Widerspruch auf.

Die Revolutionäre, die sich um die „Alarmglocke“ scharten, triumphierten, als die russischen Sozialisten den Terrorismus aufnahmen und erklärten, daß sie längst schon auf die Notwendigkeit einer solchen taktischen Änderung hingewiesen hätten. Gleichzeitig schrieben sie in einer Reihe von Aufsätzen, der Terrorismus müsse ständig geübt werden, damit die Regierung nicht die Zeit habe, zur Besinnung zu kommen.

Im Jahre 1879 veröffentlichte Alisow in Nummer 4, 5 und 6 der „Alarmglocke“ einen langen Aufsatz: „Alexander II., der Befreier“, der eine Art Anklageschrift gegen den Kaiser darstellte. Alisow gehörte zu den ersten, die den Terrorismus predigten, er schrieb eine große Anzahl von revolutionären Aufsätzen und Schriften, die der Agitation dienen sollten. Ich kann sie hier aus Raummangel nicht besprechen. Seine publizistische Tätigkeit beschränkte sich nicht auf die Epoche, die wir in diesem Kapitel besprechen, sondern währte auch später noch.

Die Revolutionäre, die hinter der „Alarmglocke“ standen, beschlossen diese Zeitschrift im geheimen in Petersburg herauszugeben und schickten zu diesem Zwecke 1880 eine Druckmaschine nach Petersburg. Der Buchhändler Gartie verriet sie jedoch und die Maschine wurde von der Polizei beschlagnahmt [1]). Sie mußten daher nach wie vor die Zeitschrift im Ausland drucken und die Übersiedlung nach Rußland verschieben.

Aus der Organisation „Volksfreiheit“ näherte sich einzig Morosow, als er sich im Jahre 1881 im Auslande aufhielt, der Gruppe „Alarmglocke“. Im allgemeinen stand jedoch diese Gruppe auch zur Zeit der „Volksfreiheit“ in organisatorischer Hinsicht abseits von den russischen Revolutionären. Dieser Umstand erklärt sich einerseits aus dem früheren Gegensatz, anderseits aber auch daraus, daß selbst in den Reihen der terroristischen Organisation „Volksfreiheit“ noch eine Schar von Mitgliedern den alten bauernenthusiastischen Theorien huldigte und sich in ihren sozialen und politischen Anschauungen von den Mitgliedern der „Alarmglocke“ unterschied. Selbst Mo-

1) „Alarmglocke“ von 1881, Nr. 1 vom 20. Juni, S. 1.

rosow stimmte in erster Reihe mit ihnen darin überein, daß er wie sie eine systematische terroristische Aktion für notwendig hielt; doch bekämpfte er die Staatsüberrumpelung und wollte nicht, wie diese Gruppe, sich der Staatsgewalt bemächtigen.

VII.

Neben seinen ungeheuer zahlreichen anderen Beschäftigungen knüpfte das Exekutivkomitee der „Volksfreiheit" auch unmittelbare Beziehungen mit dem berühmten Revolutionär Nietschajew an, der in dem berüchtigten Aleksejewpavillon der Peter-Pauls-Festung in Petersburg saß.

Nietschajew war unstreitig ein Mensch von erstaunlicher Energie; unter den schwersten Bedingungen, die jeden Organismus in verhältnismäßig kurzer Zeit zu brechen pflegen, schuf sein Geist fortwährend neue phantastische revolutionäre Pläne. Er besaß in ganz ungewöhnlichem Maße die Gabe, anderen seinen Willen aufzudrängen und sie seinen Zwecken dienstbar zu machen. Eine Untersuchung, die gegen einige Soldaten der Peter-Pauls-Festung eingeleitet wurde, beweist, daß Nietschajew einen mächtigen Einfluß auf sie ausübte und ihren Willen so beherrschte, daß sie sich ihm nicht zu widersetzen vermochten. Wahrscheinlich hypnotisierte er sie, da er die hierzu erforderlichen psychophysischen Bedingungen besaß. Anders kann man sich nicht erklären, daß ein Mensch, der eine Zeitlang mit Ketten eng an die Wand geschmiedet war und der strengsten Überwachung unterstand, es zuwege brachte, viele von den Wachsoldaten für sich zu gewinnen, sich durch sie mit der Außenwelt in Verbindung zu setzen, sich mit dem Exekutivkomitee zu verständigen und den phantastischen Plan auszuhecken, sich der kaiserlichen Familie in der Peter-Pauls-Festung zu bemächtigen, wenn sie sich dort zum Besuch der Familiengräber versammeln würde [1]).

Ich beschreibe hier aus Raummangel weder Nietschajews Kämpfe mit der Gefängnisverwaltung noch seinen Widerstand gegen hohe Würdenträger, die ihn von Zeit zu Zeit besuchten

---

1) Über den Aufenthalt Nietschajews im Gefängnis siehe einen Aufsatz in „Biloje" von 1906, Juliheft S. 151—183.

und ihm unwürdige Vorschläge machten. Einem von ihnen, namens Potopow, gab er einmal eine Ohrfeige. Er schrieb zwei Briefe an Kaiser Alexander II., später auch an Alexander III., in denen er sich bemühte, dem Regenten klarzumachen, daß Rußland vor einer Revolution stände, woraus die Notwendigkeit eines Wechsels im Regierungssystem folge: der Regent, so erklärte Nietschajew, müsse daher eine Verfassung geben. Mit dem Exekutivkomitee knüpfte er 1880 Beziehungen an. Die Tätigkeit der Organisation „Volksfreiheit" imponierte ihm, er lobte sie denn auch in seiner Korrespondenz mit dem Exekutivkomitee und erhob gegen die Partei nur den Vorwurf einer überflüssigen Ehrlichkeit; die Partei sollte seiner Ansicht nach der Gesellschaft eine größere Macht vorspiegeln, als sie tatsächlich besaß. Er empfahl dem Exekutivkomitee verschiedene revolutionäre Mystifikationen, wie die Verbreitung eines falschen Manifests im Namen des Zaren, durch welches die Leibeigenschaft und der Frondienst angeblich wieder erneuert werden sollten, um so einen Massenaufstand der Bauernschaft hervorzurufen, ebenso eines anderen im Namen der Synode, in dem erklärt werden sollte, der Thronfolger sei krank und nicht imstande, die höchste Macht zu übernehmen. Das Exekutivkomitee erwog ernstlich Nietschajews Befreiung aus dem Gefängnis, es wurden sogar gewisse Vorbereitungen getroffen. Es scheint, als ob Shelabow selbst auf unbekannte Weise Nietschajew besucht habe. Da die „Volksfreiheit" damals gleichzeitig die Ermordung Alexanders II. plante, überlegte man, ob man vorher Nietschajew befreien und dann den Kaiser umbringen oder umgekehrt verfahren solle. Die Entscheidung wurde Nietschajew selbst überlassen; der erklärte, man möge erst das Attentat auf den Kaiser ausüben. Es geschah denn auch tatsächlich so.

Die Regierung kam später Nietschajews Beziehungen zu den Revolutionären auf die Spur und deckte auch seine Propaganda unter der Besatzung der Peter-Pauls-Festung auf. Die Folge war eine noch strengere Überwachung des Gefangenen; viele Soldaten wurden gefangen gesetzt, schließlich wurden auch Änderungen in der Gefängnisverwaltung vorgenommen.

Aber Nietschajew fand selbst unter diesen beträchtlich verschlechterten Verhältnissen noch die Möglichkeit, Beziehungen

zu den Revolutionären zu unterhalten. Endlich begannen aber auch seine eisernen physischen und psychischen Kräfte nachzulassen. In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1883 starb er im Gefängnis eines natürlichen Todes und zwar an Schwindsucht.

Unter anderen Verhältnissen hätte die erstaunliche Energie, Ausdauer und Kraft dieses Menschen sicherlich nach den verschiedensten Richtungen hin wirken können. Die in Rußland herrschenden Zustände verzerrten Nietschajews Natur und vernichteten seine unverbrauchten Kräfte.

VIII.

Zur Zeit ihrer größten Blüte zählte die Organisation „Volksfreiheit“ etwa 500 Mitglieder. Hinter ihnen standen noch große Gruppen von Menschen, die in organisatorischer Beziehung nur lose mit der Partei zusammenhingen, aber mit dem Programm und der Taktik der Partei einverstanden und bereit waren, entweder in ihre Reihen zu treten oder der Partei wenigstens behilflich zu sein. Ich denke hier in erster Reihe an die Fabrikarbeiter (namentlich in der Hauptstadt; in manchen Fabriken sympathisierte die gesamte Arbeiterschaft mit der Partei), an die zahlreiche Intelligenz, an die Offizierskreise und die Jugend der höheren Lehranstalten in Petersburg und auch in anderen Städten; namentlich die Studenten waren revolutionär gesinnt. Auch unter den älteren Mitgliedern der Intelligenz hatte die „Volksfreiheit“ viele Anhänger und gewann ihrer immer mehr. Endlich gab es in der Bevölkerung noch weite Schichten, die zwar nicht alle Anschauungen der „Volksfreiheit“ teilten, sie vielleicht nicht einmal alle kannten, aber doch wußten, daß die Partei in erster Reihe den Regierungsdespotismus bekämpfte und politische Freiheit anstrebte.

Man kann ruhig sagen, die Partei „Volksfreiheit“ habe im Namen des Kampfes gegen den Absolutismus mehr als zehntausend Leute um sich geschart, deren Mehrzahl aus Arbeitern und jungen Leuten bestand, und ebenso muß man zugeben, daß sich der moralische Einfluß der Partei auf immer weitere Kreise ausdehnte. Sie bildete also unstreitig bereits eine beträchtliche Kraft, um so mehr, als die Verhältnisse ihre Aus-

breitung begünstigten; die Gesellschaft wünschte politische Änderungen im Geiste einer Konstitution.

Obgleich aber die „Volksfreiheit“ stärker war als alle revolutionären Parteien, die vor ihr existiert hatten, litt die Organisation doch häufig unter einem Mangel an Menschen. Darin liegt kein Widerspruch. Die Partei verfügte zwar über viele Menschen, die ihr ergeben waren, aber nur wenige von ihnen vermochten es, ihre Zeit, ihre Kraft und ihr Leben ganz in den Dienst der Partei zu stellen. Übrigens war auch nicht jede dieser Personen für die tägliche praktische Arbeit innerhalb der Partei geeignet. Die einen waren physisch und psychisch nicht dazu imstande, andere wieder konnten sich den Anforderungen des Verschwörungslebens nicht anpassen usw.

Wie schon oben erwähnt, fiel die Blütezeit der Partei in die zweite Hälfte des Jahres 1880 und in den Beginn von 1881. Die Organisation wuchs damals, sie begann in verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu wirken; die Gesellschaft rechnete bereits mit ihr.

Auch in bezug auf die Technik der Verschwörung gewann die „Volksfreiheit“ damals viel, da ein Mitglied von ihr im Polizeidepartement saß; es war Nikolaus Klietotschnikow, der ein Amt bei der Polizei bekleidete und dort großes Vertrauen genoß. Er war Ende 1878 nach Petersburg gekommen und hatte Alexander Michajlow kennen gelernt, der damals die Partei „Land und Freiheit“, die durch Verhaftungen fast auf ein Zehntel herabgesunken war, förmlich aufs neue organisierte. Michajlow redete ihm zu, in die damals bestehende dritte Abteilung der Privatkanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät einzutreten und wies ihm sogar die Wege dahin, indem er ihn auf eine bestimmte Persönlichkeit aufmerksam machte. Als diese Kanzlei aufgehoben wurde, trat Klietotschnikow in das neugegründete Polizeidepartement im Ministerium des Innern. Er erhielt bald in die geheimsten Papiere Einsicht. Klietotschnikow verriet und beobachtete niemand: er war nur ein Bureaubeamter, durch dessen Hände wichtige Papiere gingen. Auf diese Weise waren die Revolutionäre stets über die politische Polizei vorzüglich auf dem laufenden, sie wußten, wen sie verfolgte, woher sie ihre Nachrichten schöpfte

usw. Klietotschnikow warnte die Gefährten oft vor Verhaftungen, selbstverständlich konnte die Partei auf diese Weise vielen Verlusten vorbeugen.

Von einer anderen Seite aber kam ein Schlag, der sehr viel zum bald danach erfolgenden Verfall der Partei beitrug.

Noch am 14. November 1879, also einige Tage vor den mißlungenen Attentaten auf Alexander II., wurde auf dem Bahnhof in Elisabethgrad der Revolutionär Goldenberg verhaftet, der den Gouverneur von Charkow, Fürsten Krapotkin, getötet hatte. Goldenberg leistete bewaffneten Widerstand, es gelang ihm jedoch nicht, zu entfliehen. Nach einiger Zeit deckte er der Behörde alles auf, was ihm über die frühere und gegenwärtige revolutionäre Bewegung bekannt war, und berichtete Einzelheiten über die Tätigkeit einer ganzen Reihe von Personen; unter welchen Einflüssen Goldenberg diesen Verrat beging, ist bis heute unbekannt, die Polizei aber erfuhr auf diese Weise genau, auf wen sie zu fahnden habe. Sie konnte die verschiedenen Personen einzig aus dem Grunde nicht sogleich verhaften, weil sie „illegal“ waren, d. h. unter fremden Namen wohnten. Da sie aber nicht ins Ausland fuhren, sondern sich im allgemeinen in Rußland aufhielten und ein sehr tätiges Leben führten, so war es für die Regierung keine Unmöglichkeit, die verschiedenen von Goldenberg verratenen Revolutionäre allmählich ausfindig zu machen. Ihre Verfolgung war noch dadurch erleichtert, daß viele der hervorragendsten Revolutionäre bereits aus früheren Prozessen bekannt waren; von ihnen besaß die Polizei auch die Photographien. Auf diese Weise hing stets ein Damoklesschwert über den Köpfen der Revolutionäre, was ihnen übrigens genau bekannt war.

Im Juni 1880 setzten die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ wieder mit ihrer Verlagstätigkeit ein, die sie einige Monate hatten unterbrechen müssen, da ihre Druckerei beschlagnahmt worden war. Bis zum 1. März gaben sie drei Nummern einer kleineren Zeitschrift unter dem Titel „Nachrichten der Volksfreiheit“ und zwei große Nummern der „Volksfreiheit“ heraus (Nummer 4 und 5).

Da Morosow ins Ausland gereist war, erlangte Tichomirow

immer größere Bedeutung als Publizist der Partei. Er schrieb sehr unklare Aufsätze über die künftigen russischen Bauernaufstände [1]), über das soziale Verständnis der Bauern, das angeblich stärker sei als bei den übrigen Schichten der Bevölkerung [2]) usw. Diese Aufsätze hatten keinerlei praktische Bedeutung, solange die Führung der Partei in den starken Händen Shelabows ruhte; erst später, als er nicht mehr da war, begannen die Illusionen einer bevorstehenden Massenrevolution, die Tichomirow verbreitete, auf die Leiter der Organisation „Volksfreiheit" zu wirken. Das Ereignis war von großer Tragweite, da die terroristische Aktion der Partei infolge dieser Erwartungen erlahmte.

Tichomirow hatte einen sonderbar chaotischen und utopistischen Geist; er trat für eine Überrumpelung der Regierung durch eine revolutionäre Verschwörung und die Ergreifung der Staatsgewalt ein, gleichzeitig aber überschätzte er den revolutionären Instinkt der bäuerlichen Massen Rußlands und ihr angebliches soziales Verständnis.

In der Organisation „Volksfreiheit" stießen verschiedene Richtungen miteinander zusammen. Da gab es Terroristen, die gleichzeitig das russische Volk in den Himmel hoben wie Tichomirow und die mit Hilfe von Attentaten eine Bresche in die Festung des Zarentums legen wollten. Dieselben Menschen waren überzeugt, die Massen würden sich zur Revolution hinreißen lassen, die dann den Revolutionären die Macht in die Hand geben und ihnen die Möglichkeit verschaffen würde, dank den kommunistischen Instinkten des russischen Bauern den Sozialismus rasch zu verwirklichen. Andere hatten wie Morosow jede bauernvergötternde Illusion abgestreift, glaubten nicht an die baldige Verwirklichung und die Möglichkeit einer siegreichen Massenrevolution in Rußland und wollten nur durch eine terroristische Aktion und nach einer Verständigung mit den Liberalen den Absolutismus zu konstitutionellen Zugeständnissen zwingen. Endlich gab es auch Revolutionäre wie Shelabow (und sie bildeten wahrscheinlich die Majorität im Exekutivkomitee bis zum

---

1) Siehe die innere Chronik in den „Nachrichten der Volksfreiheit" Nr. 1. Ein Neudruck befindet sich in der „Literatur der Volksfreiheit" S. 253—258.

2) Leitartikel in den „Nachrichten der Volksfreiheit" Nr. 3, wie oben S. 267.

1. März 1881), die gleichfalls nicht an eine baldige Massenrevolution glaubten und gerade aus diesem Grunde auf den Terrorismus großes Gewicht legten, ohne ihn aber als einziges Kampfmittel anzusehen; diese Leute sträubten sich gegen ein Bündnis mit den liberalen Kreisen, wollten aber gleichzeitig ihre Tätigkeit auf eine breitere Grundlage, die städtische Arbeiterschaft, stützen.

In einem Aufsatz in Nummer 4 der „Volksfreiheit“ finden wir eine sehr charakteristische Stelle [1]: „Die Wirkung der Partei auf die Massen,“ — heißt es hier — „der enge Zusammenhang mit ihnen wird die Hauptbedingung unseres Erfolges sein, und nur die Notwendigkeit, mit den Mitteln zu rechnen, zwingt uns, eine gewisse Ökonomie der Kräfte zu empfehlen. In der gegenwärtigen Einleitungsepoche haben nicht alle Ortschaften die gleiche revolutionäre Bedeutung, die wichtigsten Punkte fordern natürlich auch unsere größte Aufmerksamkeit. Es sind dies im allgemeinen die städtischen Zentren. In ihnen muß auch die Kraft der Partei am stärksten sein.“ Der Verfasser führt weiter aus, in bestimmten Zeiten könnten auch infolge verschiedener Umstände ländliche Bezirke große Bedeutung haben. Zum Schluß klagt er, daß zwar die Kräfte der Partei zunähmen, daß aber gleichzeitig ihr Tätigkeitsgebiet sich so erweitere, daß ein ständiger Mangel an einer genügenden Zahl von aktiven Mitgliedern die Folge sei.

Diese wörtlich angeführte Stelle beweist, daß der Gedanke, breite Massen, namentlich in den Städten, in die Bewegung einzubeziehen, die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ auch in der Zeit, da weitläufige Vorbereitungen zu terroristischen Plänen erfolgten, ständig beschäftigte.

Als die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ sich gegen Ende 1880 endgültig davon überzeugten, daß der „neue Regierungskurs“ keine grundlegenden politischen Reformen beabsichtige, was übrigens für sie keine Überraschung bedeutete, beschlossen sie ein abermaliges Attentat auf Alexander II., dessen

---

1) „Volksfreiheit“ Nr. 4 vom 5. Dezember 1880. „Literatur der Volksfreiheit“ S. 292.

Organisation diesmal seinen Untergang unvermeidlich herbeiführen müsse. Sie verfügten zu jener Zeit über gewaltige Kräfte und rechneten daher auf ein völliges Gelingen ihres Planes.

In der Monatsschrift „Russisches Denken“ [1]) bemüht sich Bogutscharski den Nachweis zu führen, das Exekutivkomitee der Organisation „Volksfreiheit“ sei Ende 1880 und Anfang 1881 sehr schwach gewesen; er stützt sich hierbei übrigens auf die gleichen Quellen, die auch wir benutzen. Die Partei zählte damals seiner Ansicht nach außer dem Exekutivkomitee, das sich aus 28 Personen zusammensetzte [2]), kaum ein paar Dutzend Personen, während das Parteivermögen, nach Goldenbergs Aussagen, zur Zeit der Entstehung der Partei nicht mehr als 2500 Rubel betrug.

Zum Beweis dafür, daß selbst 1880, und zwar bereits nach den Attentaten auf Alexander II. von einer Partei „Volksfreiheit“ nicht die Rede sein könne, führt Bogutscharski eine Notiz zu dem in Nummer 3 der „Volksfreiheit“ veröffentlichten Programm dieser Partei an, worin die Redaktion sich mit den Ausführungen vollkommen solidarisch erklärt.

Daß die Organisation „Volksfreiheit“ bereits im Herbst 1879 existierte, geht aus den verschiedenen Aussagen verschiedener Revolutionäre hervor, die in diesem Punkte vollkommen einig sind. Selbst die Polonska-Oschanina, die, wie wir bereits wissen, nicht dazu neigt, die Kräfte der Partei zu überschätzen, sagt nicht, die Partei sei bis 1881 eine Fiktion gewesen. Wir wissen auch, daß Shelabow vom Herbst 1879 an für die Partei im Süden Anhänger warb, daß an den drei mißlungenen Attentaten auf Alexander II. an fünfzig Personen beteiligt waren, während damals gleichzeitig andere in Petersburg anwesend waren. Wir wissen auch aus den Aussagen Wera Figners, daß die Partei in der zweiten Hälfte des Jahres 1880 eine Reihe neuer Mitglieder gewann und daß viele Revolutionäre ihr beitraten, die sich bis dahin der Organisation „Schwarze Aufteilung“ zugewandt hatten. Es ist selbstverständlich, daß nicht die Namen sämtlicher Re-

---

1) Jahrgang 1910, April- und Maiheft. Der Aufsatz ist betitelt: „Aus der Geschichte des politischen Kampfes in den 80er Jahren“.

2) Der gleiche Aufsatz Aprilheft S. 47.

volutionäre bekannt sind, die der Partei angehörten; daraus läßt sich aber nicht der Schluß ziehen, die Organisation hätte keine anderen Mitglieder gehabt als eben die, deren Namen wir wissen.

Auch die Behauptung, als könnte selbst 1880 von keiner Partei „Volksfreiheit“ die Rede sein, hält keine Kritik aus.

In organisatorischer Hinsicht hat eine geheime Partei stets mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, da sich ihre Reihen beständig durch Verhaftungen lichten und das hierarchische Organisationsprinzip nicht stets streng gewahrt werden kann. Dieser Fall trat denn auch bei der Partei „Volksfreiheit“ ein.

Die erwähnte Notiz in Nummer 3 der „Volksfreiheit“, auf die sich Bogutscharski beruft, beweist nur die Solidarität der Redaktion mit dem Exekutivkomitee. Bei der Trennung der Revolutionäre in zwei größere Lager („Volksfreiheit“ und „Schwarze Aufteilung“), wozu noch die Lokalgruppen kamen, konnte dies vielleicht nötig sein.

Die Herausgabe einer Zeitschrift, das Bestehen einer Gesamttätigkeit von Gruppen in der Form von Attentaten, sind der beste Beweis dafür, daß die Revolutionäre, die das alles verübten, ein organisches Ganzes bildeten. Das Exekutivkomitee umfaßte offenbar die besten Kräfte der Partei, aber hinter ihm standen einzelne Personen und ganze Gruppen in Petersburg, Moskau, Odessa und Kijew; wahrscheinlich existierten auch in anderen Städten Gruppen, die ihm unterstanden.

Die Änderung in den Anschauungen Bogutscharskis, der bis vor kurzem noch ein heißer Verehrer der Partei „Volksfreiheit“ war, was aus der von ihm in Rußland redigierten Zeitschrift „Biloje“ hervorging, ist vielleicht ein Symptom für die jetzige Stimmung der russischen Gesellschaft, die durch die gegenwärtige Reaktion hervorgerufen wurde [1]).

IX.

Unter dem Drucke der revolutionären und auch der liberalen Bewegung, die in den verschiedenen Ziemstwos und der Presse

1) Siehe den Anhang am Schluß dieses Bandes.

zutage trat, begriff Graf Loris-Melikow die Notwendigkeit irgendeiner politischen Reform, die die Wünsche der aufgeklärten Kreise der Gesellschaft wenigstens teilweise zu befriedigen vermöchte. An eine wirkliche Konstitution dachte er nicht. Vielleicht wünschte er sie selbst nicht, vielleicht begriff er auch nur, daß Alexander II. niemals seine Einwilligung zu einer derartigen Änderung geben würde. Er wählte daher einen Mittelweg: er beschloß die Gründung einer gesetzgebenden Zentralinstitution mit beratender Stimme. Diese Einrichtung sollte den Kaiser in nichts einschränken.

Eine derartige Institution sollte dem Kaiser keinerlei Schranken auflegen, aber den Vertretern der Gesellschaft doch die Möglichkeit bieten, ihre Meinung in allgemeinstaatlichen Angelegenheiten zu äußern und ihren Wünschen Ausdruck zu geben. Sie sollte auch Hoffnungen auf eine spätere Umwandlung in ein wirkliches Parlament erwecken. Auf diese Weise sollte ein beträchtlicher Teil der aufgeklärten Schichten, ja selbst die Liberalen vorübergehend befriedigt, die Revolutionäre aber, die eine immer größere Popularität erlangten, isoliert werden. Die Zukunft würde zeigen, wie sich die politischen Verhältnisse Rußlands weiter gestalten würden.

Am 28. Januar 1881 legte Graf Loris-Melikow dem Kaiser ein Memorial über die künftige Reform vor, das dieser günstig aufnahm.

Am 4. Februar fand beim Kaiser eine Beratung statt. Außer Alexander II. nahmen an ihr teil: der Thronfolger, der Großfürst Konstantin, der Minister des Hofes Fürst Adlerberg, Graf Loris-Melikow, Fürst Urusow, Nabakow, Abaza und Walujew. Der Vorschlag des Grafen Loris-Melikow wurde im Prinzip angenommen und die Redaktion eines entsprechenden Gesetzentwurfs Personen übertragen, die an der Beratung selbst teilnahmen; die eigentliche Ausarbeitung sollte der Ministerpräsident Walujew übernehmen, der Beamte und Jurist Solski, der späterhin berühmt wurde, ihm zur Seite stehen. Es fanden noch einige Beratungen statt. Am 17. Februar 1881 endlich unterschrieb Alexander II. den Bericht über die Beratungen der erwähnten Kommission mit dem Befehl, die endgültige Veröffentlichung dieser Reform einzuleiten.

Graf Loris-Melikow beabsichtigte anfangs, sie am Jahrestage der Bauernbefreiung, d. h. am 19. Februar, zu veröffentlichen, was jedoch aus unbekannten Gründen unterblieb.

Durch die Reform wurde bestimmt: 1) Die Gründung vorbereitender Kommissionen, die aus Vertretern verschiedener Zweige der Staatsverwaltung und Sachverständigen bestehen sollten; diese sollten mit Einwilligung des Kaisers zusammenberufen werden. Die Aufgabe dieser Kommissionen sollte die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen innerhalb der vom Herrscher abgesteckten Grenzen sein.

2) Diese von den erwähnten Kommissionen ausgearbeiteten Entwürfe sollten, ehe sie auf dem gewöhnlichen Wege in den Staatsrat gelangten, einer allgemeinen Kommission vorgelegt werden. Den Vorsitz in dieser sollte eine vom Kaiser ernannte Persönlichkeit führen, ihre Zusammensetzung sollte folgendermaßen geordnet sein: a) Personen, die bereits an den vorbereitenden Kommissionen beteiligt waren und vom Kaiser ernannt wurden; b) Abgeordnete aus den Gouvernements, die Ziemstwos (Selbstverwaltungskörper) besaßen, und solche aus einigen größeren Städten; c) in bestimmter Weise ernannte Personen aus jenen Gouvernements, die keine Ziemstwoeinrichtungen besaßen.

Die Abgeordneten der Gouvernements sollten die Ziemstwos aus der Mitte ihrer Mitglieder oder aus der Zahl der zu den betreffenden Gouvernements gehörigen Personen wählen. Jedes Gouvernement sollte ein oder zwei Abgesandte entsenden. In den Städten sollte die Wahl der Abgeordneten den Stadträten obliegen; für die Hauptstädte waren zwei, für die anderen Städte je ein Abgeordneter vorgesehen. Die allgemeine Kommission sollte nur eine beratende Stimme erhalten.

Am 1. März wurde Walujew des Morgens zum Kaiser berufen; der Monarch übergab ihm den im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Plan des neuen Gesetzes, mit dem die erwähnten Kommissionen ins Leben gerufen werden sollten. Walujew sollte den Plan nochmals prüfen und, wenn er damit einverstanden wäre, eine Sitzung des Ministerrats einberufen.

Walujew sah den Plan durch und erklärte dem Grafen Loris-Melikow, er würde ihn dem Kaiser unverändert wieder zustellen.

X.

Anfang November 1880 begannen die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ Alexander II. systematisch zu beobachten, um sich zu vergewissern, um welche Zeit er gewöhnlich das Winterpalais verlasse und durch welche Straßen er fahre. Zu einer solchen Feststellung bedurften sie natürlich längerer Zeit, ebenso war die Beteiligung vieler Personen notwendig, die sich fortwährend ablösen mußten, da die Polizei sonst auf sie aufmerksam geworden wäre. An dem Unternehmen waren beteiligt: Hryniewiecki, Rysakow, Elisabeth Olowiennikowa, Titschinin, der Student S. Tirkow und die Perowska [1]).

Die Bezeichnung der Stelle, an der das Attentat unternommen werden sollte, stammte diesmal von der Perowska; sie war es auch, die die Beobachtungen der Revolutionäre mit großem Eifer aufzeichnete. Die Mitglieder der „Volksfreiheit“ waren diesmal besonders eifrig und nahmen sich vor, alles daranzusetzen, um ein Mißlingen unmöglich zu machen. Da der Kaiser häufig die Kleine Sadowastraße passierte, mieteten sie in ihr einen Laden; ein geheimer Gang wurde aus diesem unter die Straße geführt und eine Mine gelegt; die Explosion sollte im entsprechenden Augenblick mittels elektrischen Stroms herbeigeführt werden. Außerdem wurde beschlossen, am Tage des Attentats einige Revolutionäre mit Bomben in den Straßen zu postieren.

Nach Tirkow waren es Alexander Michajlow und Sophie Perowska, die den größten Haß gegen Alexander II. hegten.

Bis gegen Mitte Februar 1881 beobachteten die Revolutionäre regelmäßig die Ausfahrten des Kaisers.

Um diese Zeit wandte sich Shelabow an eine Gruppe junger, von ihm organisierter Terroristen mit der Frage, wer von ihnen bereit sei, eine Bombe gegen den Wagen des Kaisers zu schleudern. Vier junge Leute boten ihre Dienste an: Ignaz Hryniewiecki, ein Pole und Student des Technologischen Instituts, der uns bereits bekannte Arbeiter Timotheus Michajlow, Nikolaus Risakow, ein Student des Instituts für Bergbau, und Iwan Jemielianow, der Sohn eines Kirchensängers.

---

1) Ein Aufsatz Tirkows in „Biloje“, Jahrgang 1906, Maiheft S. 141—162.

In dem von den Revolutionären gemieteten Laden in der Kleinen Sadowastraße wohnten Georg Bogdanowitsch und Anna Jakimowa, die sich für ein Ehepaar namens Kobozew ausgaben. Auch andere Revolutionäre kamen häufig hin, um an dem unterirdischen Gang zu arbeiten. Das Verhalten dieser Personen ließ die Polizei Verdacht schöpfen, so daß sie am 28. Februar 1881 unter der Leitung eines Technikers eine Hausdurchsuchung in dem Laden vornahm, ohne jedoch etwas Verdächtiges zu finden.

In den revolutionären Kreisen wurde auf der ganzen Linie sehr angestrengt gearbeitet; denn alle begriffen und fühlten, daß sie vor dem seit Jahren angestrebten Ziel standen, das gleichzeitig ihrer Tätigkeit und ihrem Leben ein Ende bereiten mußte. Ein beträchtlicher Teil von ihnen wurde seit langer Zeit schon von der Polizei verfolgt. Selbst ein aufs beste und unter allen möglichen Vorsichtsmaßregeln ausgeführtes Attentat mußte der Polizei notwendig neue Anhaltspunkte geben und zu neuen Verhaftungen führen.

Die Vorbereitungen zu dem neuen Attentat beschäftigten mehr als ein Dutzend Personen [1]). Die Bomben bereiteten Isajew und Kabaltschic, an der Herstellung der Mine in der Kleinen Sadowastraße war der Marineoffizier Suchanow beteiligt. Die Revolutionäre waren überzeugt, die Regierung würde keinerlei ernsthafte Reformen vornehmen; Graf Loris-Melikow weckte einzig in den liberalen Kreisen Hoffnungen; sie erwarteten wirklich von Tag zu Tag ein neues Gesetz, das der öffentlichen Meinung gewisse Konzessionen machen sollte. In Petersburg begann die Atmosphäre schwül zu werden. Alle Welt fühlte deutlich, daß der bestehende Zustand nicht lange währen konnte, daß die augenblickliche Ruhe nur die Vorbereitung der Revolutionäre auf neue Attentate bedeutete. Auch in Handel und Industrie machte sich die schwüle Stimmung geltend: die Kapitalisten wagten keine großen Unternehmungen mehr, niemand war sicher,

---

1) Quellen für die Epoche, die dem Attentat vom 1. März unmittelbar vorausging, und das Attentat selbst finden sich in: „Prozeß vom 1. März“, ein Sonderdruck; weiter „Der Prozeß von 20 Mitgliedern der Volksfreiheit“: „Biloje“, Jahrgang 1906, Januarheft S. 233—291; „Der Prozeß der 17 Mitglieder der Volksfreiheit“: „Biloje“, Jahrgang 1906, Oktoberheft S. 193–243.

was der morgige Tag bringen würde. Immer mehr Korrespondenten auswärtiger Zeitungen tauchten in Petersburg auf, wie in der Erwartung, daß bald Ereignisse eintreten müßten, die ihnen reichlich Material bieten würden.

Die Reihen der Revolutionäre begannen sich infolge von Verhaftungen zu lichten; noch am 28. November war Alexander Michajlow, einer der tüchtigsten Revolutionäre und ein sehr befähigter Verschwörer, in die Hände der Polizei gefallen; am 25. Januar wurde Gregor Fridenson verhaftet, der das mißlungene Attentat in Odessa ins Werk gesetzt hatte; mit ihm zusammen wurde der bereits mehrfach erwähnte Barannikow gefangen genommen; am 26. Januar wurde Koladkiewitsch verhaftet, am 29. Januar Slatopolski und der uns bekannte Kletotschnikow, der als Beamter im Polizeidepartement tätig war.

Die Polizei war augenscheinlich auf die Spur der Organisation gekommen. Die Tätigkeit der Partei „Volksfreiheit" war um diese Zeit sehr vielseitig; ihre Aktion unter den Arbeitern der Hauptstadt war für jene Zeit ziemlich ausgebreitet; auch die Tätigkeit unter den Offizieren hatte sich verstärkt, die Bande zwischen ihnen und der Partei wurden damals enger geknüpft; ebenso nahm die Agitation unter der Jugend der höheren Lehranstalten eine immer größere Ausdehnung an.

Das Exekutivkomitee, das die revolutionäre Stimmung unter der Universitätsjugend noch mehr anfachen und sie in den unmittelbaren Kampf gegen die Regierung hineinziehen wollte, schickte sich an, eine Kundgebung gegen den Unterrichtsminister Saburow einzuleiten, wobei es sich in erster Reihe auf die ihm ergebene revolutionäre Studentengruppe stützte.

Wie wir bereits wissen, war Saburow vom Grafen Loris-Melikow an Stelle des allgemein verhaßten Grafen Demetrius Tolstoi berufen worden. Der neue Unterrichtsminister bedeutete also ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung, doch führte er keinerlei Änderungen in der Organisation der Unterrichtsanstalten durch. Anderseits hob er unstreitig einige Schikanen auf, die der studierenden Jugend von den Behörden in den Weg gelegt wurden.

Die Jugend aber rechnete auf eine gründliche Änderung der

Universitätsgesetze und eine weitgehende Selbständigkeit im Vereinsleben. Diese Hoffnungen verwirklichten sich nicht, Saburow zögerte mit der Reform und war offenbar selbst noch unschlüssig; von Zeit zu Zeit erließ er zweideutige Rundschreiben. Die Jugend war empört, und gerade diesen Umstand benutzte das Exekutivkomitee.

Am 8. Februar 1881 gab der Student Podbielski dem Minister im Universitätsgebäude eine Ohrfeige, ein anderer, Kohan-Bernstein, hielt eine Rede gegen ihn; gleichzeitig wurden Aufrufe verteilt.

Das Ereignis hatte nicht die von der Partei erwarteten Erfolge; nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Studentenschaft war mit der Manifestation einverstanden, wenn auch viele den Minister Saburow tadelten [1]).

Die Stimmung der Revolutionäre vor dem 1. März 1881 beschreibt die Oschanina-Polonska [2]). Sie versichert, die Partei habe sich damals ausschließlich mit den Vorbereitungen auf das Attentat auf Alexander II. befaßt, die Stellung der Organisation sei damals sehr unsicher gewesen, Shelabow selbst habe die Lage sehr pessimistisch angesehen und sogar von einem glücklichen Attentat nur wenig erhofft. Er sei der Ansicht gewesen, die Regierung würde auch nach der Ermordung Alexanders II. keinerlei Zugeständnisse machen, und hätte nur geglaubt, die Revolutionäre würden nachher in der Gesellschaft leichter und auf einer breiteren Grundlage arbeiten können. Er habe die Schattenseite des Terrorismus erkannt, der allzu viele Kräfte der Partei in Anspruch nähme, und auch die Verhaftung von vielen Mitgliedern der Organisation vorausgesehen. Die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft habe er damals auf die Moskauer Organisation gesetzt, die von Tetatow und der Oschanina-Polonska gegründet worden war und deren Fäden die Polizei noch nicht entdeckt hatte.

---

1) Über diese Ereignisse siehe Nr. 5 der „Volksfreiheit“, abgedruckt in dem Werk „Die Literatur der Volksfreiheit“ S. 374—377, und den bereits angeführten Aufsatz von Tirkow in „Biloje“, Jahrgang 1906, Maiheft, mit Bemerkungen der Redaktion, S. 141—162.

2) „Aus der Geschichte der Partei Volksfreiheit“. „Biloje“ 1906, Augustheft S. 1—8.

In der Tat konnte Shelabow, der ein sehr gescheiter Mensch war, schwerlich große Ergebnisse von einem einzigen Attentat erwarten, schon allein weil er die Notwendigkeit eines systematischen Terrorismus anerkannte. Sein Pessimismus bezog sich sicherlich nicht auf die terroristische Taktik im allgemeinen, deren eifriger Anhänger er bekanntlich war, sondern nur auf die Möglichkeit ihrer systematischen Anwendung, an der er infolge der Verhaftungen, die der Partei bevorstanden und die er herankommen sah, zweifelte.

Shelabow war der Ansicht, die terroristische Aktion, die die Regierung desorganisieren und die sie zu konstitutionellen Konzessionen zwingen sollte, dürfe auch nicht aufhören, ehe sie diese Ergebnisse erreiche. Da er nicht der Ansicht war, die Ermordung Alexanders II. würde unmittelbar zu einer Konstitution führen, so glaubte er auch, die Partei „Volksfreiheit" würde, falls die Regierung sich noch immer gegen politische Reformen sträuben und Maßregeln gegen die Partei ergreifen würde, ihre terroristische Tätigkeit fortsetzen müssen. In diesem Punkt setzten aber auch seine Zweifel ein, da er sah, daß mindestens in Petersburg die Polizei anfing, der Organisation auf die Spur zu kommen, und einige der befähigtsten und darum für die Organisation sehr wichtigen Revolutionäre aus ihrer Mitte gerissen hatte [1]).

---

1) In dem bereits angeführten Aufsatz sagt die Oschanina-Polonska, sie erinnere sich keiner besonders charakteristischen Sitzungen des Exekutivkomitees und es habe solche wohl nicht gegeben. Diese Behauptung steht jedoch mit anderen Berichten in Widerspruch, schon allein, wenn wir uns erinnern, was Olga Lubatowitsch berichtet und worauf ich bereits hingewiesen habe. Überhaupt sind die Berichte der Oschanina-Polonska nur mit großer Vorsicht aufzunehmen, da ihr Gedächtnis sie offenbar häufig täuschte. (Auch Wera Figner ist der Ansicht, die Erzählungen der Oschanina seien nicht immer richtig, sie sprach diese Meinung in einem Privatbrief aus.) Hier nur ein kleines Beispiel: Die Oschanina-Polonska sagt in „Biloje", Jahrgang 1907, Juniheft S. 6, sie sei zu der letzten allgemeinen Sitzung des Exekutivkomitees vor dem Attentat vom 1. März 1881 gefahren; unmittelbar vorher, fügt sie hinzu, sei Michajlow verhaftet worden. Michajlow aber wurde bereits am 28. November 1880 verhaftet. Es steht fest, daß von dieser Zeit bis zum 1. März 1881 wenigstens eine, vielleicht sogar mehrere Sitzungen des Exekutivkomitees stattfanden. Ende November 1880 konnten auch noch nicht alle Mitglieder mit den Vorbereitungen zum Attentat vollauf beschäftigt sein, da man damals erst anfing, Alexander II. zu beobachten.

Aus anderen Quellen wissen wir, daß Shelabow bis zuletzt, d. h. bis zu seiner Verhaftung, die Zuversicht unter den Kameraden aufrecht hielt und den Pessimismus bekämpfte [1]).

Am 27. Februar wurde Shelabow in der Wohnung Trigonis verhaftet.

XI.

Shelabows Verhaftung hielt die Revolutionäre nicht von dem Attentat zurück. Am 1. März 1881, der auf einen Sonntag fiel, wohnte Alexander II. dem Gottesdienst in der Kapelle des Winterpalais bei und fuhr dann gegen 1 Uhr mittags in einem geschlossenen Wagen nach dem Palast auf dem Michajlowskiplatz, wo er eine Truppenbesichtigung abhalten wollte. Auf dem Kutschbock neben dem Kutscher saß ein Kosakenunteroffizier, sechs Kosaken zu Pferde begleiteten den Wagen; zwei von ihnen ritten der Equipage voraus, zwei folgten ihr, je einer hielt sich zu jeder Seite des Wagens.

Nach der Heeresbesichtigung begab sich der Kaiser mit seinem Bruder, dem Großfürsten Michael, zu der Großfürstin Katharina, die im Michajlowskipalast wohnte, nahm hier das Frühstück ein und bestieg nach einer halben Stunde wieder die Equipage, um sich in das Winterpalais zurückzubegeben. Der Wagen passierte die Ingenieurstraße und lenkte in die Gasse am Katharinenkanal ein. Hinter der Equipage fuhr in einem Schlitten der Polizeimeister Dworzycki; ihm folgte noch der Gendarmerierittmeister Koch zusammen mit dem Kosakenkapitän Kulebiakin. Um halb drei Uhr passierte der Zug den gewöhnlich leeren Teil der Straße; die Gasse ist auf der einen Seite vom Kanal begrenzt, von dem ein Eisengitter sie trennt; auf der anderen zieht sich der hohe Gartenzaun hin, der den Park des Michajlowskipalastes abschließt. In der Straße befanden sich nur sehr wenige Personen: einige Polizeibeamte, ein kleiner Knabe, drei Palastdiener, die das Trottoir fegten, ein unbekannter junger Mensch von niedrigem Wuchs und einige Soldaten.

---

1) Siehe die Broschüre „Andreas Shelabow“ (in russischer Sprache). Genf, S. 60.

Die Perowska, Hriniewiecki und Risakow trafen mittags in einer Konditorei auf dem Newski-Prospekt zusammen. Einzig Hriniewiecki behielt vollkommen kaltes Blut und aß und trank mit der größten Ruhe. Sie verließen das Kaffeehaus und trafen sich von neuem in der Nähe des Katharinenkanals. Die Perowska wies nach einem vorher von ihr aufgestellten Plan jedem seinen Platz an. Timotheus Michajlow, Hriniewiecki, Risakow und Jemeljanow erwarteten, mit Bomben ausgerüstet, den Hofwagen. Sollte dieser Anschlag mißlingen, so war noch eine weitere Explosion in der unterminierten Kleinen Sadowastraße vorgesehen. Ein von der Perowska gegebenes Zeichen sollte das Signal zum Bombenwurf sein.

Timotheus Michajlow scheint der erste gewesen zu sein, der in die Nähe der Equipage kam und die Bombe werfen sollte. Er zog sich jedoch im letzten Augenblick zurück und ging fort. Die Equipage näherte sich jetzt Risakow, der seine Bombe zwischen die Füße der Pferde warf.

Ein furchtbarer Knall, als ob aus mehreren Geschützen gefeuert würde, ertönte. Ein Vorübergehender und ein kleiner Knabe wurden verwundet; der Kaiser stieg aus dem Wagen, ohne auch nur zu zittern.

Risakow wollte flüchten, stolperte aber unterwegs und fiel, so daß man ihn verhaften konnte.

Alexander II. näherte sich der Stelle, wo der von der Polizei umringte Risakow stand. Als ein hinzugekommener Sekondeleutnant sich nach dem Kaiser erkundigte, ohne ihn zu bemerken, antwortete Alexander II: „Ich bin gottlob gesund.“ Risakow rief: „Ob gottlob, bleibt noch dahingestellt.“ Bei Risakows Anblick soll der Kaiser nach einer Überlieferung gerufen haben: „Das ist ein schlechter Mensch!“, nach einer zweiten soll er gesagt haben: „Was willst du von mir, Unwürdiger?“ Dann drehte er sich um und wollte nach der Stelle zurückgehen, wo die Katastrophe stattgefunden hatte. Er hatte kaum ein paar Schritte gemacht, da warf ihm Hriniewiecki mit großer Kraft seine Bombe vor die Füße. Zwischen der ersten und dieser zweiten Explosion waren etwa fünf Minuten vergangen. Der Knall war wieder entsetzlich; ein Schneehaufen flog in die Luft.

Die Folgen der Explosion waren furchtbar.

Einige zwanzig Personen lagen verwundet umher, neben ihnen zerrissene Kleiderfetzen und menschliche Gliedmaßen, überall waren reichlich Blutspuren zu sehen.

Die ärgsten Wunden hatte der Kaiser davongetragen: die Beine waren zerschmettert, aus seinem Kopfe strömte Blut, er atmete schwer. Auch der Attentäter Hriniewiecki war tödlich verletzt.

Sofort nach der zweiten Explosion kam der Großfürst Michael. Der Kaiser wurde auf einen Schlitten gelegt und nach dem Winterpalais gebracht. Nach der einen Überlieferung soll er bewußtlos gewesen sein; andere behaupten, er habe noch ein paar Worte gesagt, sich gegen die Überführung in das nächste Haus gesträubt und erklärt, er wolle im Winterpalais sterben.

Alle Bemühungen der Ärzte blieben machtlos. Um halb vier Uhr nachmittags lebte Alexander II. nicht mehr.

Mehrere Stunden nach der Explosion starben noch einige Personen: Hriniewiecki, dessen Namen damals noch niemand kannte, der kleine Knabe und ein Kosak. Sechs Personen waren sehr schwer verwundet, unter ihnen der Polizeimeister Dworzycki, elf hatten leichte Verletzungen erhalten.

Alexander II. war ein Mensch voller Widersprüche. Manchmal weich bis zur Schwäche, konnte er auch wieder bis zur Grausamkeit hart werden. Er war bisweilen sehr subtil und imstande, die verwickeltsten Angelegenheiten zu übersehen, manchmal aber auch wieder völlig unfähig, die Lage zu begreifen; er war überdies gefühllos und oberflächlich.

Er begriff, daß vieles in Rußland abgeändert werden müsse, schreckte jedoch stets vor großen Reformen zurück, die seine Macht beschränkt hätten.

Gerade aus diesem Grunde hätten auch die Reformen des Grafen Loris-Melikow, selbst wenn sie durchgeführt worden wären, sicherlich keine tieferen Veränderungen im Staate herbeiführen können. Selbst gegen die Dienerschaft artig und zartfühlend, war der Kaiser imstande, auf seine Umgebung einen großen Reiz auszuüben, wenn er es wollte. Das sollte auch Chalturin während

seines Aufenthaltes im Winterpalais empfinden [1]): er hatte sich aus diesem Grunde auch nicht entschließen können, den Kaiser von rückwärts zu töten.

Der Kaiser war stets von einer Schar höfischer Würdenträger umgeben, die völlig überflüssig waren und viel Geld kosteten; er merkte ihre Übergriffe und Diebstähle, hatte aber nicht die Kraft, sich von ihnen zu trennen oder sie zu strafen.

XII.

Das Attentat vom 1. März machte in ganz Rußland, namentlich aber in Petersburg, einen niederschmetternden Eindruck. Ein gewisser Teil der radikal denkenden Intelligenz hatte zwar etwas Ähnliches schon seit längerer Zeit erwartet, die Art aber, wie das Attentat ausgeführt wurde, und sein Gelingen verstärkten noch die Wirkung. Die weiteren, bewußt lebenden Kreise der Bevölkerung waren aufs tiefste erschüttert, beurteilten das Ereignis aber verschieden. Diejenigen, die jedes Vertrauen zu der Regierung verloren hatten, die aufrichtig tiefgehende Reformen wünschten und sie doch nicht von Alexander II. erwartet hätten, waren über das Attentat erfreut, da sie meinten, die erwünschten Umwandlungen im Staate würden sich nun doch leichter durchführen lassen. Andere wieder, die der Regierung und namentlich dem Grafen Loris-Melikow trauten und überzeugt waren, daß Alexander II. schließlich doch nachgegeben und eine Konstitution eingeführt hätte, sprachen sich gegen das Attentat aus, in dem sie nur eine Verhinderung möglicher Reformen erblickten. Die Mehrzahl in den intelligenten Schichten jedoch, die keine ausgesprochenen politischen Anschauungen besaß, war sicherlich über das Attentat nur erschreckt; diese Menschen sahen in dem Vorgehen der Revolutionäre nicht nur eine Tatsache, die zur Desorganisation der Gesellschaft führte und diese auf den verderblichen Weg gefährlicher Erschütterungen brachte, wobei Dy-

---

1) Olga Lubatowitsch erzählt, Chalturin habe, als er einmal im Arbeitskabinett des Kaisers eine Reparatur machte, vom Schreibtisch Alexanders II. eine Kleinigkeit als Andenken genommen; doch habe er den ganz geringfügigen Gegenstand auf Zureden der Kameraden wieder zurückgestellt. „Biloje", Jahrgang 1906, Juniheft.

nastie und Staat ins Wanken kommen konnten, sie sahen in ihm auch einen Angriff auf die Familie, das Eigentum und die Religion. Die einen freuten sich also, die anderen waren gekränkt und eine dritte Gruppe fühlte sich vor den Kopf gestoßen und war ratlos. Ganz allgemein nahm man jedoch in den intelligenten Kreisen der Gesellschaft an, das Attentat würde wichtige Folgen nach sich ziehen.

Wie sich die Volksmassen in den Städten und auf dem flachen Lande zu dem Attentat verhielten, läßt sich heute nur schwer beurteilen. Nur über die Meinung unter den Petersburger Arbeitern, namentlich über die, welche bereits Fühlung mit dem Sozialismus hatten, besitzen wir einige Angaben. Auf diesen Teil des hauptstädtischen Proletariats machte die Ermordung Alexanders II. großen Eindruck; das revolutionäre Gefühl erstarkte hier, der Wunsch nach etwas ganz Neuem, nach einer gemeinsamen Tat, einer größeren Arbeiteraktion erwachte [1]). Vielleicht war der Eindruck auf jene Arbeiterkreise, die der Bewegung fernstanden, nicht so groß, aber auch die Verteidiger des russischen Absolutismus wissen nichts von Sympathiebeweisen für Alexander II. unter der Arbeiterschaft zu berichten.

Wie sich die Bauernschaft zu dem Attentat vom 1. März verhielt, wissen wir noch viel weniger. Der Glaube an den Zaren und seine Sendung war vielleicht im allgemeinen unter der Landbevölkerung noch recht stark. Trotzdem zeitigte das Attentat unter der Bevölkerung keine Bewegung, die monarchische Gefühle von besonderer Innigkeit an den Tag gelegt hätte.

In ganz Rußland wurde das Attentat als ein Symptom dafür aufgefaßt, daß sich die alte Ordnung überlebt habe. Die Gesellschaft im allgemeinen und die breiten Volksmassen verhielten sich jedoch ruhig.

Der Teil der Gesellschaft, der mit der revolutionären Bewegung sympathisierte und politische Freiheit wünschte, war damals noch nicht genügend organisiert. Aus der Vergangenheit hatten sich, wie ich schon in der Einleitung zu dem ersten Bande dieses Werkes bemerkte, keinerlei Einrichtungen erhalten,

1) „Biloje“, Jahrgang 1906, Maiheft S. 152 und Märzheft S. 238.

die einzelnen Gesellschaftsgruppen die Möglichkeit boten, sich zusammenzuscharen und gegen die Regierung aufzutreten. Die russische Staatsverfassung ließ weder theoretisch noch praktisch den Zusammenschluß einzelner zu größeren Fachgruppen oder anderen sozialen Gebilden zu, in denen die Bürger ihre Meinung hätten aussprechen und bestimmte Interessen hätten verteidigen können. Ehe sich die gesamte Gesellschaft oder auch nur ein Teil derselben organisieren konnte, mußte erst die revolutionäre Bewegung die Regierung zu Zugeständnissen dieser Art zwingen, und zwar nicht nur zu gesetzmäßigen, sondern zu tatsächlichen Zugeständnissen. Dieser Fall trat jedoch erst 23 Jahre nach dem 1. März 1881 ein, und zwar nach der Ermordung des Ministers des Innern Plehwe.

Man durfte also von vornherein nach dem Attentat keine größere Kundgebung der Liberalen erwarten, ebensowenig kann man ihnen daraus einen Vorwurf machen. Viele Personen und zwar selbst solche, die der Bewegung nahestanden, wie z. B. Michajlowski, erwarteten allerdings den Ausbruch einer Massenrevolution [1]).

Diese Erwartungen verwirklichten sich jedoch nicht.

In unseren heutigen Staaten mit ihren komplizierten und weitläufigen bureaukratisch-militärischen Organisationen ist der Ausbruch einer elementaren Revolution unendlich selten, da sich die Bevölkerung aller Schwierigkeiten und Hindernisse vollkommen bewußt ist; übrigens würde ein solcher Aufstand im offenen Kampf auch leicht vom Heere überwältigt werden.

Die Bedingungen für eine elementare Massenrevolution von unten fehlten damals. Derartige Revolutionen pflegen infolge einer ungeheuren Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den bestehenden Zuständen auszubrechen, unter dem unmittelbaren Einflusse irgendeiner Tatsache, die diese Unzufriedenheit noch schürt, und sie sind der Ausdruck für klare, genau formulierte Wünsche der Allgemeinheit nach Änderungen der sozialen und staatlichen oder der religiösen Ordnung. Die bloße Tatsache der Ermordung Alexanders II. konnte nicht den Anstoß zu einer derartigen

1) Siehe „Biloje“, Jahrgang 1906, Märzheft S. 44.

Revolution geben. Die Volksmassen auf dem flachen Lande begriffen die Bedeutung der politischen Freiheit noch nicht, sie wollten Grund und Boden haben, aber sie waren weder organisiert, noch auf den Kampf vorbereitet. Über die ungeheure Fläche des Reiches verstreut, von den Städten abgeschnitten, war die Bauernbevölkerung noch zu sehr von allen Zentren der Kultur entfernt, um derartige Bewegungen hervorzubringen; übrigens war der Landmangel damals noch nicht so groß und die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem platten Lande noch nicht so schlecht wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Eine Massenbewegung hätte nur in den großen Städten unter den Fabrikarbeitern ausbrechen können, da diese, namentlich in der Hauptstadt, bis zu einem gewissen Grade bereits in die Bewegung hineingezogen waren. Wir besitzen auch Mitteilungen von Zeitgenossen, wonach die Petersburger Arbeiter sich an einzelne Mitglieder der Partei, namentlich an die Perowska, wandten und verlangten, man möge sich ihrer zu irgendeiner Handlung bedienen. Ein Massenvorgehen der Arbeiter in Form eines Aufstandes war damals selbst in Petersburg unmöglich, da keinerlei Vorbereitungen zu einer derartigen Bewegung getroffen worden waren. Im besten Falle hätten die Arbeiter in friedlicher Weise für eine Konstitution demonstrieren können. Sie taten es jedoch nicht. Ganz Petersburg war damals voll von Polizei, Spitzeln und Militär. Eine Menge von Menschen von rechts und links wurde ohne genügende Beweise für ihre Schuld verhaftet. Im Laufe weniger Tage wurden in Petersburg allein über 800 Personen gefangengenommen.

Das Attentat vom 1. März konnte noch nicht der Vorbote einer Massenrevolution sein, es bedeutete nur die Fortsetzung eines unerbittlichen Kampfes gegen die Regierung, d. h. weitere terroristische Attentate, um eine wirkliche Konstitution zu erringen.

Die Organisation „Volksfreiheit“ war zu schwach, um eine bewaffnete Revolution hervorzurufen, die die bestehende Regierung hätte umstoßen und eine neue revolutionäre schaffen können; doch war die Partei stark genug, um die Regierung durch terroristische Anschläge, durch Agitation im Heere und unter den Arbeitern in Schrecken und Verwirrung zu setzen.

Wie die Revolutionäre selbst die Lage beurteilten, werden wir noch sehen.

XIII.

Am 1. März 1881 trat das Exekutivkomitee der Partei „Volksfreiheit" in Petersburg um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen [1]). Alle Anwesenden befanden sich in großer Erregung und waren sich der Wichtigkeit des Augenblicks vollkommen bewußt. Man besprach die Abfassung verschiedener Aufrufe, in denen die Partei die Bevölkerung über die Ursachen der Ermordung des Zaren aufklären sollte. Leo Tichomirow verfaßte sofort ein Flugblatt allgemeinen Inhalts, dessen Text von allen Anwesenden gutgeheißen und in der Geheimdruckerei der Partei gesetzt wurde. Gleichzeitig wurde der Inhalt eines zweiten Aufrufs an das Volk besprochen, der in der folgenden Versammlung angenommen und bald darauf gedruckt wurde. Später wurden noch Aufrufe an die Arbeiter und an die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" verfaßt, ebenso ein Aufruf der Partei selbst an die westeuropäische Gesellschaft und endlich das berühmte Schreiben an Alexander III. Auch dieses Schreiben verfaßte Tichomirow; Nikolaus Michajlowski erhielt es zur Durchsicht, nahm jedoch nur einige wenige stilistische Änderungen vor.

Der erste Aufruf, der vom 1. März datiert ist, beruft sich auf das Todesurteil, das die Partei am 26. August 1879 über Alexander II. fällte, erinnert an den heftigen Kampf, den die Partei zwei Jahre lang gegen den Despotismus führte, spricht von den Vergehen des toten Kaisers und warnt endlich Alexander III., nicht dem Beispiel seines Vaters zu folgen, da ihn sonst das gleiche Los ereilen würde. Der Aufruf schließt mit der Versicherung, Rußland bedürfe einer weitgehenden Freiheit, die Wiedergeburt des russischen Volkes könne sich nur nach dessen eigenem Willen vollziehen. Die Allgemeinheit wird zu selbständiger Tätigkeit aufgerufen, alle Bürger werden zum tätigen Kampf gegen den Des-

1) Siehe den Aufsatz in „Biloje", Jahrgang 1906, Juniheft S. 234—236. Die Verfasserin dieses Aufsatzes ist Anna Pribilowa-Korba, die zum Exekutivkomitee der „Volksfreiheit" gehörte.

potismus ermahnt; nur auf diese Weise würde Rußland zu einer freien, selbständigen Entwicklung gelangen.

Der zweite Aufruf vom 2. März wendet sich an die Landbevölkerung. Das Flugblatt erklärt, der Zar sei von den Sozialisten, den Vertretern des Volkes, getötet worden, dann wird Alexander II. als der Zar der besitzenden Klassen charakterisiert, der alle Staatslasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes abwälzte, der seinen Beamten erlaubte, das Volk auszusaugen, der alle hängen und in die Zwangsarbeit schicken ließ, die sich des Volkes annahmen. Der neue Zar dürfe nicht in die Fußstapfen seines Vaters treten, heißt es weiter. Man müsse von ihm die Einberufung von Vertretern aller Dörfer und Fabriken verlangen, damit sie ihm sagen, wie er regieren müsse. Er müßte einen Senat von Ratgebern haben, die vom Volke erwählt seien. Der junge Zar würde den Bauern Land geben, die Abgaben verringern und Freiheit einführen; die arbeitende Bevölkerung aus Stadt und Land möge Bittschriften einreichen, in denen sie diesen Forderungen Ausdruck geben solle. Der Aufruf ermahnt das Volk, eine kühne Haltung einzunehmen und ohne Furcht vor irgend jemand und irgend etwas die nötigen Schritte zu tun. Der dritte Aufruf, der gleichfalls vom 2. März datiert ist, war offenbar für die Bauernschaft bestimmt und enthält die gleichen Gedanken wie der zweite, ist aber populärer geschrieben; die Vorwürfe gegen Alexander II. und die Forderungen an den neuen Kaiser wurden hier wiederholt.

In dem Aufruf an die europäische Gesellschaft, der vom 8. März datiert ist, faßt das Exekutivkomitee bündig seine Anklagen gegen Alexander II. zusammen. Das Attentat wird noch einmal begründet, die öffentliche Meinung aufgefordert, zu den Taten Alexanders II. Stellung zu nehmen. Die nächsten Forderungen der Organisation „Volksfreiheit“ werden dagegen nicht gestreift.

Am 10. März erließ die Partei einen neuerlichen Aufruf, der die Form eines Briefes an Alexander III. hat. Von allen Aufrufen der Organisation „Volksfreiheit“ nach der Ermordung Alexanders II. ist dieser der ausführlichste, taktvollste und der-

jenige, der die Gegenwartsforderungen der Partei am besten ausdrückt [1]).

Der berühmte Brief beginnt mit einer Entschuldigung des Exekutivkomitees, daß es in einem für den neuen Kaiser so schweren Augenblicke schon mit Erklärungen und Forderungen an ihn herantrete. „Aber es gibt etwas Höheres", heißt es in dem Aufruf, „als das noch so gerechtfertigte Gefühl des Menschen: die Pflicht gegen das Vaterland, eine Pflicht, der jeder Staatsbürger sich selbst, seine eigenen Gefühle und selbst die der anderen opfern muß!" Das Exekutivkomitee führt nun aus, die blutige Tragödie, die sich am Katharinenkanal abgespielt habe, sei durchaus kein unerwartetes Ereignis gewesen. Nach den Vorgängen der letzten Jahre sei sie eine Notwendigkeit geworden, die der Mensch, der an der Spitze der Regierung stehe, begreifen müsse. Der Aufruf gibt nun eine Charakteristik der Regierung Alexanders II. und des rücksichtslosen Kampfes, den er gegen die Revolutionäre führte. Das Exekutivkomitee weist auf die völlige Fruchtlosigkeit dieses Kampfes hin; selbst wenn es der Polizei gelingen sollte, die stärkste der bestehenden Organisationen zu zerschmettern (gemeint ist die Organisation „Volksfreiheit"), so würden doch wieder nach kurzer Zeit neue Kämpfer aufstehen, die eine energische Aktion einleiten würden; die russische Regierung habe keinerlei sittlichen Ernst, noch erfülle sie ihre Aufgabe, da sie nicht der Ausdruck der Volksbestrebungen, sondern eine Kamarilla geworden sei und mit vollem Recht eine Bande von Usurpatoren genannt werden könne. Rußland ständen zwei Wege offen: die Revolution, die sich durch nichts zurückhalten lasse, wenn das alte Regierungssystem beibehalten werden sollte, oder eine ruhige allseitige Entwicklung, wenn die oberste Macht sich freiwillig dem Volke zuwenden, sich auf das Volk stützen und die Forderungen des Volkes erfüllen sollte. Sollte der zweite Weg gewählt werden, so könnte die Regierung ruhig der Spitzelwirtschaft, die sie selbst kompromittiert, ein Ende machen und die Galgen verbrennen, die

---

1) Sämtliche Aufrufe sind in der „Literatur der Volksfreiheit" von neuem abgedruckt. Das Werk bildet Band VI der „Russischen historischen Bibliothek" [illegible] russischer Sprache).

das Volk demoralisieren; denn das Exekutivkomitee würde dann von selbst seine revolutionäre Tätigkeit einstellen, die Menschen, die hinter ihm ständen, aber würden auseinandergehen, um sich ruhiger Kulturarbeit zum Wohle des Vaterlandes zuzuwenden. Das Exekutivkomitee wende sich an Alexander III. als Bürger und ehrlichen Menschen, in dem der Haß, den der gewaltsame Tod des Vaters hervorgerufen habe, nicht das Gefühl für Pflicht und Wahrheit ersticken dürfe. Der neue Kaiser müsse die Lage des Landes gewissenhaft beurteilen und Entschlüsse fassen, die den Interessen des Volkes entsprächen.

Der Brief stellt nun eine Reihe von Forderungen auf, die ausdrücklich nicht als die Erfindung der Revolutionäre, sondern als eine Forderung der Geschichte erklärt werden, und zwar:

1) Völlige Amnestie für alle früheren Staatsverbrecher, da ihre Taten keine Vergehen, sondern nur eine Erfüllung der Bürgerpflichten waren.

2) Einberufung von Vertretern des gesamten russischen Volkes [1]), die die bestehenden Formen des staatlichen und sozialen Lebens untersuchen und sie entsprechend den Wünschen des Volkes ändern sollen.

Nur wenn die Wahlen zur Volksvertretung in völliger Freiheit stattfinden, lesen wir in dem Schreiben, kann auch die Anerkennung der obersten Gewalt durch die Volksvertretung für das gesamte Volk rechtsgültig sein. Aus diesem Grunde müßten die Wahlen unter folgenden Bedingungen stattfinden:

a) Die Abgeordneten werden aus allen Schichten der Bevölkerung (Klassen und Ständen) entsprechend der Einwohnerzahl gewählt;

b) weder für die Wähler noch für die Abgeordneten dürfen Beschränkungen irgendwelcher Art existieren.

c) Die Wahlagitation und die Wahlen selbst müssen in voller Freiheit vorgenommen werden können. Zu diesem Zwecke muß die Regierung bis auf weiteres, d. h. bis zur endgültigen Ent-

---

1) Unter „russischem Volk“ ist hier die Gesamtheit der Bürger des russischen Staates, nicht die Angehörigen der russischen Nation zu verstehen. Die Organisation „Volksfreiheit“ war für die Gleichberechtigung der Nationen.

scheidung durch die Nationalversammlung folgende Verfügungen treffen:

a) völlige Preßfreiheit;
b) völlige Redefreiheit;
c) völlige Versammlungsfreiheit;
d) völlige Freiheit der Wahlprogramme.

Der Brief schließt mit der Versicherung, die Partei „Volksfreiheit“ würde sich den Beschlüssen einer unter den obigen Bedingungen zusammentretenden Nationalversammlung völlig unterwerfen und sich keinerlei Gewaltsamkeiten gegen eine von der Nationalversammlung bestätigte Regierung gestatten.

Der Brief fand allgemeine Anerkennung: Marx und Engels lobten ihn sehr. Die heutigen „orthodoxen“ Marxisten freilich würden ihn sicherlich „opportunistisch“ nennen, da er nichts über den Klassenkampf, die Republik usw. enthielt.

Vergleichen wir diesen Brief mit den anderen Aufrufen des Exekutivkomitees, so springt uns die Außerachtlassung zweier Forderungen der Partei in die Augen:

1) Die Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden ohne Entschädigung der Gutsbesitzer.

2) Die Verringerung der Abgaben.

Der Widerspruch ist aber leicht zu erklären; in den Aufrufen an das Volk mußte das Exekutivkomitee die wirtschaftlichen Reformen stark betonen, deren das Volk so sehr bedurfte. In dem Schreiben an Alexander III. verlangte es dagegen nur die Einberufung einer Nationalversammlung auf demokratischer Grundlage und unter völliger Freiheit. Die Partei war überzeugt, eine auf diese Weise zustande gekommene neue gesetzgebende Körperschaft werde auch alle für das Volk notwendigen wirtschaftlichen Reformen beschließen.

Aus den obigen Aufrufen ersehen wir, daß die Organisation „Volksfreiheit“ nach dem Attentat vom 1. März 1881 an die Regierung die gleichen wirtschaftlichen und politischen Forderungen stellte, die die russische Revolution auch späterhin, in den Jahren 1905 und 1906, erhob, also: 1) Einberufung einer Nationalversammlung auf Grundlage eines völlig demokratischen Wahlrechtes; 2) Zwangsenteignung der großen Grundeigentümer.

Die Agrarreform wurde in Einzelheiten von den verschiedenen neuen Parteien verschieden aufgefaßt, aber alle, selbst die demokratischen Liberalen, die sogenannten „Kadetten“, verlangten eine Erweiterung des bäuerlichen Grundbesitzes.

Die Organisation „Volksfreiheit“ arbeitete kein eingehendes Agrarprogramm aus, wahrscheinlich von dem richtigen Grundsatz ausgehend, daß dies Aufgabe der Zukunft sei.

Das Exekutivkomitee gab sich nicht der Täuschung hin, der an Alexander III. gerichtete Brief würde allein schon genügen, um diesen Monarchen zu überzeugen und ihn dahin zu bringen, die gewünschten Reformen zu gewähren. Es handelte sich für die Partei nur darum, die eigenen Forderungen klar auszudrücken und die Lage des Landes zu beleuchten. Die Briefform selbst war zu diesem Zwecke sehr geeignet, da sich gewisse Dinge so in besonders eingehender und zarter Weise behandeln ließen, was in einem Aufruf nicht möglich gewesen wäre.

Alle genannten Schriftstücke wurden in großer Anzahl in der Geheimdruckerei der Partei hergestellt und über ganz Rußland verbreitet.

Noch vor der Ermordung Alexanders II. hatten die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ durch Mittelspersonen die liberalen Publizisten Petersburgs verpflichten lassen, im Falle das Attentat gelingen sollte, kühne politische Aufsätze zu veröffentlichen, die in der deutlichen Forderung einer Konstitution gipfeln sollten. Die meisten Journalisten hielten sich jedoch nach den Ereignissen vom 1. März 1881 nicht an diese Versprechungen und erklärten ihr Verhalten mit der Stimmung der Regierungskreise; eine scharfe Opposition, versicherten sie, würde die Existenz der liberalen Presse selbst nur gefährden. Nur drei Petersburger Tageszeitungen, „Die Ordnung“ (Porjadok), „Das Land“ (Strana) und „Die Stimme“ (Golos)[1]) verlangten deutlich in einem ruhigen und ernsten Ton politische Freiheit. Die wenigen Monatsschriften sprachen sich in der gleichen Weise aus. Manche von diesen Aufsätzen wurden von den Revolutio-

1) Auszüge aus Artikeln aller drei Zeitungen bringt Bogutscharski in einem Aufsatz in „Biloje“, Jahrgang 1906, Märzheft.

nären, die als Liberale auftraten, selbst geschrieben. Sie betonten die Aussichtslosigkeit weiterer Repressalien, die Notwendigkeit für die Regierung, sich auf die Gesellschaft zu stützen, ihre Wünsche anzuhören und sich nach ihnen zu richten; sie sprachen endlich davon, daß die Verantwortung dem Monarchen genommen und der Volksvertretung zugewiesen werden müsse.

Die konservative und rückschrittliche Presse, die umfangreicher war als die fortschrittlich-liberale, verlangte die Aufrechterhaltung des Absolutismus; einige Zeitungen dieser Art griffen nicht nur die Revolutionäre, sondern auch Liberale verschiedener Richtungen an, indem sie alle politischen Reformen, selbst so unschuldige, wie die vom Grafen Loris-Melikow vorgeschlagenen, in gleicher Weise verurteilten.

Auch einzelne Persönlichkeiten traten mit Schriften hervor, in denen sie der Regierung Ratschläge erteilten: so der Markgraf Siegmund Wielopolski, der Sohn jenes großen Staatsmannes, der 1862 an der Spitze der Regierung im Königreich Polen gestanden hatte, und auch die Professoren Tschitscherin und Gradowski.

In seiner französisch abgefaßten Denkschrift empfiehlt der Markgraf Wielopolski die Aufrechterhaltung des Absolutismus bis zu einem gewissen Grade. Er tadelt die bisherige Politik der Regierung, die inkonsequent gewesen sei, der Harmonie entbehre und sich jederzeit den Umständen angepaßt habe. Die Erfahrung habe gezeigt, daß sich die konstitutionellen und revolutionären Bestrebungen nicht im ganzen Reiche einheitlich entwickelt hätten. Die zentralistische Regierungsform Rußlands würde jedoch in Zukunft der Verbreitung der schädlichen Umsturzideen über das ganze Land nur Vorschub leisten. Eine breit angelegte Dezentralisation des Landes, die sich auf lokaler Selbstverwaltung aufbauen müßte, würde jedoch dem Übel in beträchtlichem Maße steuern können. Wielopolski denkt offenbar an die Einführung der Ziemstwos und Stadtratsinstitutionen im Königreich Polen, in Litauen und Rotrußland. Er empfiehlt eine tatkräftige Politik gegen die revolutionäre Bewegung. In Zukunft würden die verschiedenen Völker des russischen Staates

unter dem Einfluß der fortschreitenden Entwicklung und auf Grund von Selbstverwaltungsinstitutionen allenfalls einander näherkommen und miteinander fühlen lernen; dann würden sie auch zur gemeinsamen Arbeit in einem Zentralparlament heranreifen.

Professor Tschitscherin greift in seiner Schrift die Revolutionäre gewaltsam an und erklärt, in einem so kritischen Augenblick, wie Rußland ihn zurzeit durchmache, könne und dürfe die Regierung nicht jene Zugeständnisse machen, zu der die Umsturzelemente sie gewaltsam zwingen wollen. Er spricht dann von der verfehlten Regierungspolitik, die von dem Mangel an Einheit im Regierungskörper selbst herrühre. Rußland brauche ein Ministerium, das eine konsequente, also einheitliche Politik führe. Ein solches Ministerium müsse sich auf die Gesellschaft stützen, sich ihr also nähern. Tschitscherin ist nicht der Ansicht, die russische Gesellschaft sei für eine konstitutionelle Verfassung absolut unreif, eine solche sei aber nur dann mit der Monarchie vereinbar, wenn sie auf dem Wege ruhiger Entwicklung und aus freiem Antrieb der obersten Gewalt entstehe. Derzeit freilich sei die Einführung solcher Institutionen unmöglich: die Würde der Regierung sei erschüttert, alle Leidenschaften seien in Gärung. Rußland bedürfe einer gesetzgebenden Institution von beratendem Charakter, die aus gewählten Vertretern des Volkes bestehe. Diese Gewählten des Volkes würden am besten ihren Platz im Staatsrat selbst erhalten, neben Personen, die auf dem Wege der Ernennung dorthin gelangen und neben denen sie ihre Meinung durch Abstimmung kundgeben würden. Sollte die Regierung eine derartige Reform allzu radikal finden, so könnte man damit beginnen, von Fall zu Fall zur Besprechung einzelner Angelegenheiten Personen zu berufen, die aus der Mitte der Gesellschaft gewählt würden.

Swatikow [1]) macht in seinem Werk die richtige Bemerkung, Tschitscherin sei zu den gleichen Schlüssen gekommen, die vor ihm schon Graf Loris-Melikow gezogen habe.

Auch Professor Gradowski sprach sich für die Beibehaltung

---

1) „Die soziale Bewegung in Rußland von 1700 bis 1895“, S. 152, Teil II (in russischer Sprache).

des Absolutismus aus, bekämpfte aber gleichzeitig die gewaltsamen Repressalien der Regierung. Er empfahl in erster Reihe, die Ursachen der Entwicklung der revolutionären Bewegung ruhig zu untersuchen. Zu diesem Zwecke riet er die Einberufung von Volksvertretern an, welche die Ursachen der Zersetzung in Staat und Gesellschaft besprechen sollten.

Alle diese Schriften waren im Grunde genommen eine Kritik des Absolutismus, sie alle empfahlen eine Politik, die, konsequent durchgeführt, schließlich zum Verfall der absolutistischen Regierung hätte führen müssen.

Wir werden noch sehen, daß die konstitutionellen Bestrebungen der Organisation „Volksfreiheit" eine für jene Zeit beträchtliche Unterstützung in den russischen Ziemstwos fanden; bildeten diese doch den einzigen legalen Boden, wo sich die liberalen Elemente, wenn auch nur vorsichtig und teilweise, aussprechen konnten.

XIV.

Die Regierung begann sehr energisch nach den Attentätern zu fahnden. Vor allem handelte es sich für sie darum, so rasch wie möglich die Organisatoren des Attentats ausfindig zu machen. Die Untersuchung wurde unter der Leitung des Staatsanwalts des Obergerichtshofs von Petersburg, Plehwe, geführt; ihm zur Seite standen sehr eifrig seine beiden Sekretäre Dobrzynski und Murawjew, sowie andere Beamte und der Gendarmerieoberstleutnant Nikolski. Die Untersuchung hätte nichtsdestoweniger keine besonderen Ergebnisse gezeitigt, wenn nicht der Revolutionär Risakow bald nach seiner Verhaftung alles ausgesagt hätte, was ihm bekannt war. Was ihn zu diesem Verrat bewog, ist nicht klar; während der Untersuchung scheinen die Gefangenen nicht gefoltert worden zu sein, da die Regierung befürchtete, Gerüchte hierüber könnten ins Publikum dringen und die Erregung in der Gesellschaft noch mehr steigern. Wahrscheinlich wollte Risakow sein Leben retten. Plehwe und seine Helfershelfer bemühten sich höchstwahrscheinlich, ihn davon zu überzeugen, die Organisation „Volksfreiheit" habe in der Gesellschaft keinerlei Stützpunkte, könne also nie ihr Ziel erreichen,

so daß es sinnlos sei, ihr das Leben zu opfern. Staatsanwälte und Gendarmerieoffiziere suchten in wichtigen politischen Prozessen häufig auf diese Weise auf die Angeklagten Einfluß zu gewinnen.

Risakow war jung und hatte sich erst kurz vorher der Bewegung angeschlossen. Er hatte sich bei verschiedenen revolutionären Angelegenheiten als mutig, geschickt und gutwillig erwiesen, war jedoch der Rolle, die ihm von den Gefährten zugewiesen worden war, offenbar doch nicht gewachsen. Risakows Geständnis war für die Regierung von ungeheurem Wert, da auf diese Weise eine Reihe hervorragender Revolutionäre in ihre Hände fiel. In der Nacht vom 2. auf den 3. März erschien die Polizei in der Wohnung von Hesia Helfmann und Nikolaus Sablin, nachdem sie die Eingangstür erbrochen hatte. Sablin tötete sich durch einen Revolverschuß, die Helfmann wurde verhaftet. In der gleichen Wohnung wurde Timotheus Michajlow festgenommen, der völlig ahnungslos Sablin hatte besuchen wollen. Michajlow leistete bewaffneten Widerstand, konnte sich aber nicht retten.

Shelabow, der noch vor der Ermordung Alexanders II. verhaftet worden war, schrieb am 2. März einen Brief an den Staatsanwalt des Obergerichtshofs, in dem er seinen Wunsch darlegte, zusammen mit den Attentätern verhört zu werden; er habe mit den anderen gemeinsam die Vorbereitungsarbeiten geführt, sei der moralische Urheber des Attentats, habe sich an allen vorhergehenden Anschlägen gegen Alexander II. beteiligt und habe sich nur zufällig infolge seiner Verhaftung am letzten Attentat nicht persönlich beteiligen können.

Die Regierung erfüllte diesen Wunsch natürlich sofort mit peinlicher Genauigkeit.

Shelabow befürchtete wahrscheinlich, Risakow werde die Partei vor Gericht nicht in geeigneter Weise vertreten können. Aus diesem Grunde vermutlich beschloß er sein Leben zu opfern.

Am 10. März wurde Sophie Perowska, die erste Mitarbeiterin und illegale Gattin Shelabows, verhaftet. Am 17. März geriet Nikolaus Kibaltschiz in die Hände der Polizei. Ich zähle die Verhaftungen weniger bedeutsamer Mitglieder nicht auf. Die

Partei „Volksfreiheit" erlitt damals schwere Verluste, nicht so sehr der Zahl, als der Art nach. Der größte Verlust waren die Perowska und Shelabow, die unermüdlich und mit ihrer ganzen Seele an der Sache hingen und unendlich geschickt und begabt waren.

XV.

In Staaten mit großer monarchischer Gewalt beeinflußt die Persönlichkeit des Monarchen in starkem Maße auch den Verlauf der politischen Ereignisse. Die abgebrauchte Phrase, die einzelnen, die eine hervorragende Stellung im Staate einnehmen, hätten keine selbständige Bedeutung, sondern seien nur der Ausdruck für die Bestrebungen der herrschenden sozialen Schichten, hält keine Kritik aus. In absoluten Staaten hat die Dynastie ihre Sonderinteressen, die sowohl in der inneren als auch in der äußeren Politik eine große Rolle spielen und sich oft von den Interessen der herrschenden Klassen unterscheiden.

Der Staat verfügt über große soziale Kräfte, die aus der Vergangenheit vererbt sind; diese Kräfte sind in der Hand der Regierung, die in absoluten oder halbabsoluten Staaten selbständig vorgeht und nur in geringem Grade der Meinung der Gesellschaft Rechnung trägt. Überschreitet die Willkür der Regierung gewisse Grenzen, so drückt die Gesellschaft ihr Mißfallen aus, das dann sogar die Formen der Revolution annehmen kann. Da eine Revolution jedoch nicht leicht ausbricht, kann die Regierung, selbst wenn sie die Mehrheit der Gesellschaft gegen sich hat, sofern sie nur über eine gewaltige Macht verfügt, auf die sie sich stützen kann und die im Heerwesen, in der Verwaltung, in der Herrschaft über die Verkehrsmittel beruht, sich lange erfolgreich derartigen Wünschen widersetzen, der Monarch jedoch, von dem die Regierung abhängt, kann der Politik in starkem Maße sein persönliches Siegel aufdrücken.

In konstitutionellen Ländern mit parlamentarischem Regierungssystem pflegt der Einfluß des Monarchen auf die innere Politik unter gewöhnlichen Bedingungen unbeträchtlich zu sein. Anders in Ausnahmefällen. So spielt in England der König bei Konflikten zwischen dem Ober- und Unterhaus eine große Rolle.

Dagegen hat in Ländern mit parlamentarischem Regierungssystem der Herrschende gewöhnlich einen großen Einfluß auf die äußere Politik. Alle Welt weiß, daß Eduard VII. der eigentliche Leiter der englischen äußeren Politik war.

Es ist klar, daß, je schärfer sich die einzelnen sozialen Gruppen im Staate organisieren, je mehr ihre Mitglieder in politische Angelegenheiten eindringen, je größer der Einfluß ist, den die Staatsverfassung den Vertretern des Volkes in Staatsangelegenheiten einräumt, desto geringer die Rolle des Monarchen oder des Staatsoberhauptes überhaupt ist.

Im Jahre 1881 und auch heute noch ist die Stellung des Monarchen in Rußland entscheidend. Nur blinde Doktrinäre, die nicht mit der Wirklichkeit rechnen, können diese Tatsache bezweifeln.

Um die weiteren Ereignisse zu begreifen, müssen wir uns jetzt mit der Person Alexanders III. beschäftigen. Er war bei seiner Thronbesteigung 36 Jahre alt (er war 1845 geboren), und seine Persönlichkeit war bereits vollkommen ausgebildet. Er war ein sehr fester Charakter und zeichnete sich in seinem Privatleben durch Eigenschaften aus, die man bei Monarchen nur selten antrifft. Er war ein guter und treuer Gatte, ein liebevoller Vater, ein Freund von Aufrichtigkeit und Einfachheit und haßte alle Falschheit. Die verkünstelte Atmosphäre des Hofes, der Prunk, der Weihrauch usw. waren ihm zuwider. Er führte die Lebensweise eines reichen russischen Landedelmanns. Er war arbeitsam und durchdrungen von der Vorstellung der hohen Pflichten, die auf ihm ruhten.

Alexander III. war der zweite Sohn seines Vaters und wurde deswegen nicht so sorgfältig erzogen wie sein älterer Bruder Großfürst Nikolaus, der einmal Kaiser werden sollte. Alexander II. wollte seine jüngeren Söhne ausschließlich für das Heerwesen ausbilden. Alexander III. beschäftigte sich daher nicht viel mit Staatswissenschaft, und selbst seine allgemeine Bildung wies bedenkliche Lücken auf. Erst als er nach dem Tode seines älteren Bruders Thronfolger wurde, ließ er sich auf Wunsch des Vaters kurze Zeit hindurch verschiedene Vorträge halten, die ihn auf die künftige Übernahme der Regierung vorbereiten sollten. Einer

seiner Hauptlehrer war Konstantin Pobiedonoszew, der später so berühmte Staatsmann und vorzügliche Zivilrechtler, ein verbissener Konservativer, den man vielleicht besser als einen richtigen Reaktionär bezeichnet.

Alexander III. interessierte sich für die Geschichte Rußlands; hohen Reiz besaß namentlich das alte Moskowiterreich für ihn. Er war ein tiefgläubiger Anhänger der orthodoxen Kirche, ein russischer Nationalist und Freund des Absolutismus. Seine Ansichten hatten überhaupt viel Ähnlichkeit mit denen seines Großvaters. Vom Standpunkt seiner wenig komplizierten Anschauungen aus betrachtete er auch die russischen Verhältnisse; Rußland existierte seiner Ansicht nach nur für die Russen, die anderen Völker hatten sich der russischen Bevölkerung zu assimilieren; er liebte die Intelligenz nicht, da die neuen geistigen Strömungen, denen sie unterlag und die im Lande Wurzeln faßten, seiner Ansicht nach einen demoralisierenden Einfluß auf das Volk ausübten; vor allem haßte er die Advokaten und Journalisten; der Absolutismus war in seinen Augen die für Rußland am besten geeignete Regierungsform, die dem Geiste seiner Einwohner am besten entsprach; die orthodoxe Kirche war ihm die Volksreligion, die sich vorzüglich dem russischen Staatswesen anpaßte.

Von Natur aus ehrlich, haßte er die diebischen Beamten und verdrängte sie tatkräftig von ihren Stellen. Er begriff nicht im mindesten, daß der Absolutismus im Kampfe gegen Übergriffe aller Art innerhalb der Staatsverwaltung machtlos ist, daß er die Gesellschaft demoralisiert und ihre Entwicklung hintanhält. Er war überzeugt, daß, wenn er nur selbst alle Berichte durchsah, er auch tatsächlich darüber wachen könnte, daß der Gerechtigkeit in Rußland Genüge geschähe.

Zur Zeit des Krimkrieges war Alexander III. ein Kind gewesen; er besaß keine Erinnerung an jene für die Zukunft Rußlands so drohenden Augenblicke, die einen Einfluß auf seinen Vater ausübten und ihn dazu brachten, eine Reihe von Reformen in Angriff zu nehmen. Die Taten der Revolutionäre erschreckten ihn, er war jedoch weder imstande, sich von der Kraft und dem Charakter dieser Bewegung Rechenschaft zu geben, noch die

Bedeutung dieser Bewegung für das Land selbst richtig einzuschätzen.

Zu Alexanders II. Lebzeiten hatte er sich mit den vom Grafen Loris-Melikow vorgeschlagenen Reformen einverstanden erklärt; als er selbst Kaiser wurde, schwankte er zunächst und änderte schließlich seine Meinung. Verschlossen und von ziemlich rauhem Wesen, besaß er auch nicht die gewinnenden Umgangsformen seines Vaters. Seinen Ratgebern gegenüber, in die er volles Vertrauen setzte, war er zugänglich und unterstützte sie ausdauernd; dies war auch der Grund, warum seine Politik konsequent war und den Eindruck der Kraft hervorrief.

Für die weiteren Bevölkerungskreise Rußlands war der neue Kaiser ein Rätsel. Die Würdenträger des Staates und Hofes kannten ihn zwar, wußten aber nicht, welchen Weg er einschlagen würde. Übrigens hing auch viel von Zufällen ab und ebenso von der weiteren Entwicklung der revolutionären Aktion.

Die ersten Schritte Alexanders III. nach der Thronbesteigung waren noch unsicher. Doch war dies, wie Schtschegolew sehr richtig bemerkt [1]), nicht die Folge der schwankenden Ansichten des Kaisers selbst, sondern nur die Konsequenz der unsicheren Stellung der Regierung.

Am 6. März erstattete Graf Loris-Melikow dem neuen Kaiser Bericht über die von ihm geplanten Reformen, zu denen Alexander II. bereits seine Zustimmung gegeben hatte. Die Denkschrift, die Loris-Melikow ausgearbeitet hatte, beschreibt alle Phasen, die das Reformprojekt bis dahin durchgemacht hatte, und schließt mit einer Art Erklärung der Regierung, worin die Überzeugung ausgesprochen wird, Alexander III. werde zwar mit aller Tatkraft die Revolutionäre bekämpfen, aber sich nicht davon abbringen lassen, jene Reformen durchzuführen, die schon sein Vater als notwendig erkannt hatte.

Der neue Kaiser nahm die Denkschrift entgegen und schrieb an den Rand „vorzüglich ausgearbeitet“. Diese Bemerkung war zwar für den Grafen Loris-Melikow schmeichelhaft, besagte aber durchaus nicht, daß sich der neue Kaiser mit dem Inhalt einverstanden erklärte.

---

1) „Biloje“, Jahrgang 1907, Märzheft S. 290.

Am 8. März trat der Ministerrat [1]) im Beisein des Kaisers zusammen, um die vorgeschlagenen Reformen abermals zu besprechen. Obgleich es zu keinem endgültigen Beschluß kam, war doch der Verlauf der Verhandlungen und das Verhalten Alexanders III. selbst so charakteristisch, daß ein scharfer Beobachter bereits die spätere Politik des neuen Kaisers und seiner Regierung voraussehen konnte.

Die Sitzung begann mit einem Bericht über die Tätigkeit der Spezialkommission, die zur Untersuchung des Reformprojekts eingesetzt worden war. Den Bericht verlas Graf Loris-Melikow. Der neue Kaiser bat nun die Anwesenden, auf seine Anwesenheit keine Rücksicht zu nehmen und aufrichtig ihre Gedanken über den Plan darzulegen. Am deutlichsten sprach sich der Kriegsminister Milutin für die Reform aus, seine Rede gipfelte in folgenden Ausführungen [1]):

Die vorgeschlagene Reform sei für Rußland, namentlich in der gegenwärtigen Zeit notwendig. Jeder neue Monarch müsse auf irgendeine Weise dem Volke seine Absichten kundtun, irgendeinen Hinweis auf seine künftige Politik geben. Die Zirkularnote, die der Minister des Äußeren eben erlassen habe, erfülle auf dem Gebiete der äußeren Politik ihre Aufgabe ganz ausgezeichnet und habe in ganz Europa einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Rußland bedürfe notwendig Reformen, die ja auch bereits unter der Regierung Alexanders II. begonnen hätten; doch sei eigentlich nur die Reform der bäuerlichen Verhältnisse, an der der verstorbene Monarch mit ganzer Seele gehangen habe, tatkräftig und konsequent erfolgt, die übrigen Reformen seien ohne Entschiedenheit und ohne Eifer durchgeführt worden, die Regierung habe beständig geschwankt; manchmal und mitunter sogar recht häufig habe die Regierung selbst Schritte unternommen, die im Widerspruch zu den bereits durchgeführten Reformen standen. Das Attentat auf Alexander II. im Jahre 1866 hätte dann die weiteren Reformen, die

---

1) Über diese historische Sitzung des Ministerrats haben wir zwei Berichte; der eine befindet sich im Tagebuch Walujews, aus dem Schtschegolew in der bereits angeführten Arbeit Zitate bringt; der andere rührt von einem anderen Würdenträger her und ist in „Biloje", Jahrgang 1906, Januarheft S. 194—199 abgedruckt.

schon damals notwendig gewesen seien, vereitelt. Infolgedessen sei das politische Leben in Rußland erstarrt, ein Stillstand habe Platz gegriffen, der eine stille, aber stetig wachsende Unzufriedenheit des Volkes zur Folge gehabt habe. Erst in der letzten Zeit habe sich in der Regierung eine neue Strömung geltend gemacht, die die Gesellschaft von neuem belebte und Hoffnungen erweckte, die an die erste Zeit der Regierung des verstorbenen Monarchen erinnerten. Nachrichten über die vom Grafen Loris-Melikow vorgeschlagenen Reformen seien aus den Regierungskreisen nach außen gedrungen und hätten die Sympathien der Wohlgesinnten gefunden. Gerüchte darüber hätten sich sogar bereits im Auslande verbreitet.

An dieser Stelle unterbrach Alexander III. die Rede Milutins mit der Mitteilung, der deutsche Kaiser Wilhelm I. habe, als Gerüchte über die bevorstehende Reform auftauchten, ein eigenhändiges Schreiben an Alexander II. gerichtet, in dem er den Kaiser um alles in der Welt beschwor, Rußland keine Konstitution zu geben; sollte sie sich aber doch nicht vermeiden lassen, so sollten die Volksvertreter so wenig und die Regierung so viel Rechte wie möglich erhalten. Milutin schloß seine Rede mit der Bemerkung, der Plan des Grafen Loris-Melikow enthalte auch nicht den Schatten einer Konstitution, sondern gäbe nur dem, was immer in Rußland der Fall gewesen sei, bestimmte und feste Formen; seien doch stets Sachverständige aus der Gesellschaft zu verschiedenen Regierungskommissionen hinzugezogen worden.

Ganz anderer Meinung war Graf Strogonow, der auf den deutlichen Wunsch des neuen Kaisers zu der Sitzung herangezogen worden war. Dieser Aristokrat betonte mit großem Nachdruck, die vorgeschlagene Reform stehe nicht im Einklang mit den Grundsätzen der Selbstherrschaft, die gegenwärtige Zeit sei auch für ihre Einführung nicht günstig; schließlich, führte er aus, bedeute sie auch nichts anderes als den ersten Schritt zu einer Konstitution, die weder für Rußland noch für den Monarchen vorteilhaft sein würde.

Alexander III. fügte hinzu, auch er sei der Ansicht, die geplante Reform sei der erste Schritt zur Einführung einer Konstitution.

Gegen die Reform sprach sich auch der Minister für Post- und Telegraphenwesen Makow und der Fürst Liren-Posjel aus.

Am heftigsten erklärte sich der Prokurator der Synode Pobiedonoszew gegen den Plan. Er sprach zunächst seine Verwunderung, ja seine Verzweiflung darüber aus, daß die Reform, die zum Verfall Rußlands beitragen könne, überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Sei sie doch nichts anderes, als der Beginn einer Konstitution. Wohin eine Konstitution aber führe, das ersähe man aus dem, was die westeuropäischen Staaten durchmachten. In schwarzen Farben malte Pobiedonoszew nun die Folgen einer Verfassung aus; sie führe zu ständigem Streit, zu Kämpfen, sie leiste der Entwicklung ehrgeiziger Bestrebungen verschiedener Politiker Vorschub. Übrigens verträten die Abgeordneten auch nicht die wahrhaften Bedürfnisse und Bestrebungen des Volkes. Die Ansicht fand offenbar Alexanders III. Zustimmung, der den Redner an einer Stelle mit den Worten unterbrach: „Ich denke das gleiche. In Dänemark haben mir die Minister mehr als einmal gesagt, die Abgeordneten, die in der Kammer sitzen, könnten nicht als die wirklichen Vorkämpfer für die Bedürfnisse des Volkes angesehen werden."

Pobiedonoszew fuhr nun fort, zu beweisen, der Konstitutionalismus sei Rußland fremd; der russische Staat sei nur dank der Selbstherrschaft stark gewesen, denn nur diese drücke die Zusammengehörigkeit von Monarch und Volk aus: das Vertrauen, das zwischen ihnen herrsche; alle Einrichtungen, die zwischen diesen beiden Faktoren vermitteln, wie die Ziemstwos, bildeten nur eine Störung ihrer Zusammengehörigkeit, die bisher vorgenommenen Reformen in Rußland seien verfehlt. Der Redner kritisierte die Reform der bäuerlichen Verhältnisse: man habe die Bauern aus der Leibeigenschaft losgelassen und sie gleichzeitig jedes Schutzes entblößt; anderen Reformen, also der Einführung der Ziemstwos und der Geschworenengerichte, warf er vor, sie seien nur ein günstiger Boden für die Geschwätzigkeit, wo sich der Ehrgeiz einzelner Genüge tun könne; endlich hätten sie auch die Straflosigkeit von Verbrechern zur Folge (Gerichtsreform). Zuletzt fiel Pobiedonoszew gewaltsam über die Presse her und schloß seine Rede mit der Erklärung: alle An-

wesenden seien vor Rußland schuldig, weil sie tatenlos den Ereignissen der letzten Jahre zugesehen hätten, als Attentat auf Attentat folgte und sie nichts unternommen hätten, um diesem Übel zu steuern. Pobiedonoszew sprach mit großem Eifer, wurde während seiner Rede ganz blaß und zitterte vor Empörung.

Alexander III. hörte die Rede an und sagte: „Das ist richtig, wir sind alle schuldig, ich klage mich selbst in erster Reihe an.“

Graf Loris-Melikow sprach sehr kurz und ohne besondere Überzeugung. Er versuchte nicht einmal, die kindische Argumentation Pobiedonoszews abzuweisen, obwohl es nicht schwer gewesen wäre, deren Oberflächlichkeit aufzudecken. Der ehemalige Diktator beschränkte sich auf die Bemerkung, alle Wohlgesinnten müßten auf seiten der Regierung stehen; die von ihm vorgeschlagene Reform könne jedoch die Erreichung dieses Ziels nur erleichtern, im übrigen würde die Reform heute noch die Allgemeinheit befriedigen, während sie in drei Monaten schon unzureichend sein könnte.

Der Großfürst Konstantin sprach sich für die Reform aus. Großfürst Wladimir erklärte, keine ausgesprochene Meinung über die Einzelheiten der vorgeschlagenen Reform zu haben, doch sei er der Ansicht, daß eine Änderung im Regierungssystem notwendig sei, da die Weiterführung der Regierungsgeschäfte im bisherigen Sinne unmöglich sei. Dieser Anschauung schloß sich auch der Onkel des jungen Kaisers, Großfürst Michael, an. Der Großfürst von Oldenburg beschränkte sich auf einige allgemeine Bemerkungen über die Notwendigkeit des Friedens und über Sparsamkeit bei Staatsausgaben. Der Unterrichtsminister Saburow und der Finanzminister Abaza äußerten sich zugunsten der Reform. Walujew erinnerte daran, daß er schon 1863 einen ähnlichen Plan entwickelt habe. Die Mehrzahl der Anwesenden war also den Plänen des Grafen Loris-Melikow geneigt; einige, so Graf Urusow, empfahlen eine neuerliche eingehende Durchberatung, andere endlich, so der Hofminister des verstorbenen Kaisers, Graf Adlerberg, schwiegen.

Das ganze Verhalten des Kaisers ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er der Reform nicht geneigt war, obgleich er

sich zu Lebzeiten des Vaters einverstanden erklärt hatte. Die ganze Angelegenheit blieb bis auf weiteres in der Schwebe.

Der Standpunkt der Reaktionäre, wie Pobiedonoszew einer war, leuchtet um so mehr ein, als diese Leute von der richtigen Erwägung ausgingen, die vorgeschlagene Reform bilde, wenn sie konsequent durchgeführt werde, einen Schritt in der Richtung auf die Konstitution. In der Tat, die von den Ziemstwos und Städten gewählten Abgeordneten mit beratender Stimme hätten mit der Zeit natürlich danach gestrebt, einen immer größeren Einfluß zu erhalten, worin die Körperschaften, aus denen sie hervorgingen, sie nur unterstützt hätten.

Die Anhänger der Reform selbst besaßen keine völlig geklärten Ansichten, keiner von ihnen hatte den Mut, die Sachlage scharf zu beleuchten, also zu sagen, Rußland müsse ein konstitutioneller Staat werden, wozu die vorgeschlagene Reform einen leichten und ruhigen Übergang biete.

Mit vollem Recht macht sich Walujew in seinem Tagebuch über die Rede Pobiedonoszews lustig, in Anwesenheit des Kaisers versuchte er jedoch keine Entgegnung. Am meisten neigten vielleicht Abaza und Graf Loris-Melikow zu einer Konstitution, aber auch sie sprachen ihre Gedanken nicht deutlich aus. Der frühere Diktator entpuppte sich überhaupt im entscheidenden Augenblick als ein schwacher Mensch, ohne starken Willen, Mut und feste Überzeugungstreue. Die ganze Sitzung bedeutete eine schlechte Prognose für die nächste Zukunft Rußlands. Den weiteren Bevölkerungskreisen wurde freilich von diesen Beratungen nichts bekannt, die Politik Alexanders III. wurde ihnen erst aus einem späteren Manifest des Kaisers klar. In den Vordergrund trat nun Pobiedonoszew, der unter Alexander II. überhaupt keine Rolle in der Politik gespielt hatte. Er fing an, hinter den Kulissen einen starken Einfluß auf den neuen Kaiser auszuüben, der ihm gern Gehör schenkte.

Pobiedonoszew war sehr unterrichtet, hatte aber eine eigentümliche geistige Verfassung, in der sich ausgebreitetes Wissen mit, man möchte fast sagen: Einfalt und der Angst vor Folgerungen aus wissenschaftlicher Forschung vereinigte. Er war von altrussischen Überlieferungen durchdrungen; die westeuropäische

Wissenschaft, die er kannte, hatte über ganze Gebiete seines Denkens keine Macht. Für das größte Glück der Menschheit hielt er ein ruhiges Sichbegnügen mit dem eigenen Schicksal in allen Lebenslagen; eine derartige Resignation aber ist nur bei tiefer Gläubigkeit möglich. Aus diesem Grunde spielte denn auch die Religion bei Pobiedonoszew die Hauptrolle. Nicht jede Religion aber gibt den Menschen diese Grundlage und die nötige Ruhe in gleichem Maße. Pobiedonoszew stellte den Protestantismus nicht sonderlich hoch, da er der Interpretation religiöser Wahrheiten auf Grund innerer Überzeugungen viel Spielraum läßt. Den Katholizismus haßte er wegen der politischen Bestrebungen dieser Kirche; einzig das orthodoxe Christentum entsprach seinem Ideal. Dem Staate gegenüber verhielt sich die orthodoxe Kirche bescheiden, sie war im Besitze einer gefestigten Dogmatik und hatte ein für allemal fertige Antworten auf Lebens- und Seinsfragen in Bereitschaft.

Für Pobiedonoszew war der Absolutismus die höchste Regierungsform, da seiner Ansicht nach unter dem Absolutismus keine Möglichkeit für soziale Kämpfe vorhanden ist und die verschiedenen Parteien nicht untereinander um die Macht streiten können. Der Herrschende steht über den Klassen und kann in allen strittigen Fragen des sozialen Lebens eine selbständige Entscheidung treffen. Pobiedonoszew begriff nicht, daß der Herrschende gemeinsam mit der ganzen Dynastie seine eigenen Interessen hat, daß die Menschen, mit deren Hilfe er seine Macht ausübt, ihrerseits zu verschiedenen sozialen Gruppen gehören, die wieder verschiedene Interessen haben usw. Er schien nicht zu sehen, daß selbst unter dem Absolutismus zwischen den einzelnen bureaukratischen und Hofkreisen der Kampf um Einfluß und Vorteile wogt.

Pobiedonoszew war ein Vertreter jenes barbarischen Typus, der zwar die höhere Zivilisation kennen gelernt hat, aber vor ihrem Reichtum erschrickt. Er hat Angst vor den Kämpfen, die sich in ihrem Schoß abspielen, vor der Tragödie des philosophischen Denkens, vor diesem nach jeder Richtung angespannten Leben, das er nicht begreift; aus dem gleichen Grunde will der Barbar die Landsleute vor diesem Strudel bewahren. Sein Ideal

ist eine Gesellschaft, die aus einfachen, keinerlei Ansprüche stellenden Leuten besteht, die der weltlichen und geistigen Gewalt Gehorsam leisten und einen naiven Glauben haben.

Da das russische Volk in jenen Schichten, die von der westeuropäischen „Seuche" noch unberührt waren, diesem Ideal zu entsprechen schien, hielt es Pobiedonoszew für das einzig Vernünftige, dem urrussischen Element in der gesamten Politik des Staates den entscheidenden Einfluß zu sichern. Nationalismus, orthodoxes Christentum und Selbstherrschaft, das war der alte Schlachtruf, den Pobiedonoszew von neuem erhob und den er im Laufe seines ganzen Lebens als Minister, Gelehrter und Publizist immer wieder zu begründen suchte.

Da die Bauernschaft die ungeheure Mehrheit des russischen Volkes bildet, so war die Erhaltung der uralten Formen des bäuerlichen Lebens nach Pobiedonoszew sehr wichtig, um das ganze Volk in seiner sozialen und politischen und ebenso in seiner geistigen und kulturellen Eigentümlichkeit zu festigen. Aus diesem Grunde trat denn auch Pobiedonoszew ebenso entschieden wie der eifrigste Anhänger des Bauernkultus für die Beibehaltung des Gemeindeeigentums an Grund und Boden ein. Nach Ansicht der Revolutionäre sollte diese Form des Eigentums dem russischen Volk den Übergang zum Sozialismus erleichtern; Pobiedonoszew und andere Konservative seines Schlags waren im Gegenteil überzeugt, die „Obschtschina" würde dem Volke nicht nur den Weg zum Sozialismus, sondern auch den zum Konstitutionalismus, zur Demokratie, zum Radikalismus und überhaupt allen Formen des sozialen, politischen und geistigen Lebens Westeuropas versperren.

Pobiedonoszew war eine zähe Natur; er besaß einen starken Willen und war konsequent. Anfangs war er seines Einflusses auf den neuen Kaiser noch nicht ganz sicher; bald aber überzeugte er sich, daß seine Stellung bei Alexander III. gefestigt war.

XVI.

Nach dem Attentat vom 1. März begann der uns bekannte „Verband der Ziemstwos" (Ziemski Sojus) eine rege Tätigkeit zu entfalten. Seine Mitglieder traten so rasch wie möglich in

Charkow zusammen; es waren im ganzen 30 Personen. Der Plan einer Konstitution für Rußland wurde ausgearbeitet, gedruckt und im Publikum verbreitet.

Einige Zeit darauf beschloß der Verband die Herausgabe eines Verbandsorgans, das im Auslande erscheinen sollte. Es war das bald darauf ins Leben tretende „Freie Wort" (Wolnoje Slowo), dessen Redaktion Dragomanow übernahm.

Für die liberale Bewegung in Rußland bedeutete diese Ausarbeitung eines Entwurfs der gewünschten Konstitution und die Gründung der liberalen Zeitschrift einen wichtigen Schritt nach vorwärts. Der Liberalismus erhielt auf diese Weise in politischen Angelegenheiten eine einheitliche Idee, und dies ist für jede Partei von großer Wichtigkeit.

Die von den damaligen Ziemstwoleuten vorgeschlagene Konstitution hatte viele Vorzüge und könnte noch heute für Rußland sehr nützlich sein. Sie sollte sich auf völliger Bürgerfreiheit und sehr weitgehender lokaler und provinzieller Selbstverwaltung aufbauen.

Die gesetzgebende Gewalt sollte in der Hand von zwei Körperschaften ruhen, während die Ziemstwos bis dahin nur eine solche verlangt hatten.

Die erste dieser Körperschaften sollte den Titel „Staatsduma" (Gosudarwstwennaja Duma) tragen und sich aus Abgeordneten zusammensetzen, die unmittelbar nach dem Prinzip des allgemeinen Wahlrechts im ganzen Lande gewählt werden sollten. Die zweite sollte die „Verbandsduma" (Sojusnaja Duma) heißen und die einzelnen Länder und Provinzen, die zum russischen Staate gehören, vertreten. Die Mitglieder dieser Körperschaft sollten von den Provinziallandtagen entsprechend der Bewohnerzahl der einzelnen Reichsteile gewählt werden.

Beide Kammern sollten ein weitgehendes Kontrollrecht über die Regierung besitzen. Namentlich sollte die „Verbandsduma" in die Tätigkeit der Verwaltung eindringen. Dieses Zweikammersystem sollte das Land vor einer übermäßigen Zentralisation schützen. Ein oberster Gerichtshof sollte darüber wachen, daß die von beiden Kammern beschlossenen Gesetze die Prinzipien der Staatsordnung nicht berührten, der Monarch sollte die „Staats-

duma“ nur mit Einwilligung der „Verbandsduma“ auflösen können. Die Rechte jeder Nationalität, die dem russischen Staat angehört, waren in dem Entwurfe sichergestellt [1]).

In dem ausgearbeiteten Plan trat Dragomanows Einfluß stark zutage, der für eine weitgehende, fast an Föderation streifende Dezentralisation eintrat.

Auch auf Versammlungen der Selbstverwaltungskörper zeigten sich liberale Bestrebungen.

Während einer Sitzung des Ziemstwos im Gouvernement Samara sprachen die beiden Ziemstwomitglieder Shdanow und Nudatow die Ansicht aus, in einem so wichtigen historischen Augenblick, wie ihn Rußland jetzt durchmache, sei es nicht das richtige, mit kleinlichen Forderungen an die Regierung heranzutreten, dagegen müsse man jetzt auf die Notwendigkeit hinweisen, die Rechte des Volkes zu erweitern und ihm durch Vertreter Anteil an der Regierung des gesamten Landes zu verschaffen.

Die Spezialkommission dieses Ziemstwos legte in ihrem Bericht dar, das Recht der Selbstverwaltungsorgane, die Ziemstwoabgaben auf die Bevölkerung des Gouvernements zu verteilen, sei von geringer Bedeutung in Anbetracht des Umstandes, daß die weit höheren staatlichen Abgaben von der Bureaukratie festgelegt würden.

Das bereits erwähnte Mitglied des Ziemstwos von Samara, Nudatow, erklärte auf einer Versammlung des im Gouvernement ansässigen Adels vom 8. März, als ein anderes Mitglied namens Teniakow den Antrag stellte, die Versammlung möge die zur Befreiung Rußlands vom revolutionären Terrorismus notwendigen Mittel besprechen, dies könne nur eine aus Vertretern des ganzen Volkes bestehende und aus freier Wahl hervorgegangene Versammlung tun, da nur eine solche Rußland aus der schwierigen Lage befreien könne, in der sich das Land befinde. Diese Adelsversammlung sandte nach dieser Rede eine Adresse an die Re-

1) Über diesen Konstitutionsentwurf siehe das Buch von Swiatikow, Die soziale Bewegung in Rußland von 1700 bis 1895, Teil II, S. 109 und 114 (in russischer Sprache) und Bialokonski, Die Ziemstwobewegung, S. 22—23 (in russischer Sprache).

gierung, worin sie die Bitte um Einberufung von Vertretern des gesamten Volkes aussprach.

Auch in einigen anderen Ziemstwos traten konstitutionelle Bestrebungen zutage: so im Ziemstwo von Kasan, Twer und anderen Gegenden. Die Liberalen bildeten damals sichtlich noch nicht in allen Ziemstwos die Mehrheit, verfügten aber bereits überall über beträchtliche Minderheiten. Vielleicht besaßen auch die ausgesprochenen Anhänger des Absolutismus keine Mehrheit in den Ziemstwos. Wahrscheinlich überwogen in diesen Körperschaften Elemente, die in bezug auf die politische Freiheit unentschieden waren, aber die Notwendigkeit der Selbstverwaltung anerkannten.

XVII.

Die Untersuchung über das Attentat vom 1. März setzte sehr rasch ein und wurde ebenso bald abgeschlossen, so daß der Prozeß schon Ende März begann.

Am 26. März trat eine Spezialabteilung des Senats zusammen (Osoboje Prisutstwje Prawitilstwujaschtschawo Senata). Mitglieder dieses obersten Gerichtshofs waren: E. Fuchs als Vorsitzender, M. Bippen, M. Pisarew, I. Orlow, A. Sinizin und A. Bialostocki als Vertreter der Stände, der Adelsmarschall des Peterhofer Kreises Baron M. Korf, der Präsident von Moskau Tretiakow und der Schulze einer der Gemeinden des Petersburger Kreises A. Gelker. Die Anklage vertrat der Unterstaatsanwalt des Petersburger Obergerichtshofs Murawjew. Angeklagt waren folgende sechs Personen: Andreas Shelabow, Sophie Perowska, Nikolaus Kibaltschiz, Hesia Helfmann, Timotheus Michajlow und Nikolaus Risakow. Der unmittelbare Mörder Alexanders II., Ignaz Hriniewiecki, starb einige Stunden nach dem Attentat an den Wunden, die er während der Explosion erhalten hatte.

Die Gerichtssitzungen waren öffentlich. Die Neugier im Publikum war gewaltig, doch konnte aus Platzmangel nur eine geringe Anzahl von Personen Einlaß in den Saal erlangen. Der Prozeß dauerte drei Tage. Das Resultat war von vornherein sicher. Nichtsdestoweniger war das Interesse, das er weckte, sehr groß, einmal, weil verschiedene interessante Angelegenheiten im Ver-

laufe der Verhandlung zur Sprache kommen mußten, dann aber auch, weil drei der Angeklagten: Shelabow, die Perowska und Kibaltschiz besonders hervorragende Persönlichkeiten waren.

Die Verteidigung hatten erstklassige Advokaten übernommen. Shelabow vertrat seine Sache selbst.

Die Anklageschrift, die Murawjew verfaßt hatte und die er mit großem Pathos vortrug, beschrieb eingehend den Verlauf der Vorbereitungen zum Attentat und das Attentat selbst, sowie die Entwicklung der revolutionären Bewegung. Der Grundgedanke des Schriftstücks gipfelte darin, die revolutionäre Bewegung habe in Rußland keinen Zusammenhang mit dem Leben, sie sei eine krankhafte Erscheinung und im Grunde genommen sehr schwach. Die Angeklagten wurden als ehrgeizige Menschen von verderbtem Charakter geschildert, die jeder sittlichen Grundlage entbehrten und von irrigen anarchistisch-terroristischen Theorien geblendet wären. Murawjew, der unstreitig ein talentierter Mensch war, suchte jedoch Publikum und Richter nicht durch allzu große Übertreibungen zu reizen, sondern im Gegenteil darzulegen, daß die Regierung selbst nur die genaue Einhaltung des Gesetzes fordere.

Den Verteidigern und Angeklagten gelang es häufig, die Ausführungen des Staatsanwalts zu widerlegen und die schlechten Seiten der bestehenden Zustände aufzudecken. Im allgemeinen machten die Angeklagten den denkbar günstigsten Eindruck. Die Perowska imponierte durch ihre Ruhe, Entschiedenheit und Logik im Denken, Kibaltschiz gab Beweise von tiefem Wissen, Shelabow zeigte die Fähigkeiten eines weitblickenden Staatsmannes. Der Eindruck, den diese drei Angeklagten auf die Zuhörer und Leser der Prozeßberichte machte, war ungeheuer groß. Selbst in den Salons von Staatswürdenträgern hörte man Ausrufe der Bewunderung über diese Menschen. Die Regierung hatte sich verrechnet, als sie glaubte, ein öffentlicher Prozeß würde den Revolutionären in der öffentlichen Meinung nur schaden.

Shelabow war es ein leichtes, die vom Staatsanwalt vertretene Ansicht zu widerlegen, wonach die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit“ Anarchisten sein sollten; er wies nach, daß sie

den Staat im allgemeinen anerkannten und nur bestimmte Staatsformen bekämpften, eine andere dagegen, d. h. eine konstitutionell-föderative Staatsordnung, anstrebten. Er erklärte, weder er noch die Partei als Gesamtheit teilten die von Morosow in seiner bekannten Broschüre niedergelegte Anschauung, daß der Terrorismus fast das einzige Kampfmittel im damaligen Rußland sei. Nur infolge der grausamen Verfolgungen der Sozialisten seitens der Regierung, erklärte Shelabow, habe die Bewegung einen terroristischen Charakter angenommen.

Kibaltschiz wies nach, wie selbst jede kulturelle Arbeit in Rußland bei der Regierung nur auf Hindernisse stoße, wodurch Menschen, die zum Wohle des Volkes tätig sein wollten, in die Reihen der Revolution gestoßen würden. „Wäre Rußland frei“, erklärte er, „so hätte ich jenen Scharfsinn, mit dem ich Explosivkörper schuf, in anderer Richtung angewendet, etwa im Ackerbau, in der Hausindustrie usw.

Die Perowska erklärte, die Organisation „Volksfreiheit“ habe dem Volke durchaus nicht von vornherein neue Formen des sozialen Lebens aufdrängen wollen, da sie überzeugt gewesen sei, daß das Volk, wenn es nur frei wäre, selbst zu den von der Partei anerkannten Anschauungen gelangen würde. Zum Schluß ihrer Rede widerlegte sie die Behauptungen des Staatsanwalts, die Revolutionäre seien unsittlich und grausam und schätzten die öffentliche Meinung angeblich gering.

Der Staatsanwalt verlangte für sämtliche Angeklagte die Todesstrafe. In einer Nachtsitzung vom 28. auf den 29. März schloß sich der Gerichtshof dieser Ansicht an und verurteilte sämtliche Angeklagte zum Tode durch den Strang.

Risakow und Michajlow schrieben Gnadengesuche an Alexander III., fanden aber kein Gehör. Die Helfmann erklärte sich schwanger, worauf die Vollziehung der Todesstrafe für sie verschoben wurde. Im Juni bat sie den Kaiser um Begnadigung. Die Todesstrafe wurde für sie in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Sie starb bald darauf.

Die Hinrichtung der Perowska, Kibaltschizs, Shelabows, Michajlows und Risakows sollte öffentlich am 3. April um 8 Uhr morgens auf dem Siemionowplatz vollzogen werden.

Nur Kibaltschiz schlief die Nacht vor der Hinrichtung ruhig die anderen verbrachten sie in gehobener Stimmung. Die Gefängnisbehörde schickte allen Verurteilten Popen. Shelabow und Perowska verwarfen die Tröstungen der Religion, Kibaltschiz empfing den Popen, jedoch nur, um mit ihm zu diskutieren, Michajlow und Risakow beichteten. Eine alte Gefängnisaufseherin, die schon zu Zeiten der Perowska und Shelabows den Dienst versehen hatte, erzählte später der Revolutionärin Tatiana Lapina, die Perowska sei der Wirkung von sehr starken elektrischen Strömen ausgesetzt worden; bald nach der Hinrichtung tauchte in Petersburg das Gerücht auf, Risakow habe, als die Angeklagten auf den Siemionowplatz geführt wurden, einen Arm, der blutüberströmt war, emporgehoben und Michajlow habe gerufen: „Wir wurden gefoltert.“ Weitere Ausrufe seien durch Musik übertönt worden.

Ehe die Verurteilten auf den Siemionowplatz gebracht wurden, verließen die Perowska einen Augenblick lang ihre Kräfte, sie erblaßte und schwankte, doch brachte sie Michajlow mit einigen Worten wieder zu sich.

Die Gefangenen wurden in zwei von Militär geleiteten Wagen transportiert. Angesichts der ungeheuren schweigenden Menge verlas der Staatsanwalt von neuem das Urteil. Ein Pope näherte sich den Angeklagten mit dem Kreuz. Die Perowska weigerte sich, an dieser Zeremonie teilzunehmen. Die Angeklagten nahmen voneinander Abschied, Shelabow, Michajlow und die Perowska küßten sich, die Hinrichtung begann.

Der Henker war ungeschickt. Michajlow stürzte zweimal vom Galgen. Um 9 Uhr 55 Minuten war alles vorüber. Der Militärarzt bestätigte den Tod der Hingerichteten.

Sie wurden sofort auf dem Platze begraben, eine Abteilung Kavallerie ritt einigemal über die Stelle, um die Spuren zu verwischen.

XVIII.

Die Lage des Grafen Loris-Melikow und anderer Minister wurde immer schwieriger; sie standen offiziell an der Spitze der Regierung, tatsächlich aber entglitt die Macht mehr und mehr ihren

Händen. Alexander III. handelte nur unter dem Einfluß Pobiedonoszews und einiger weniger hervorragender Persönlichkeiten, die ihn umgaben; so hatte der Graf Woronzew-Daschkow, der spätere Hofminister und persönliche Freund des Monarchen, viel zu sagen; der Kaiser erteilte Verfügungen ohne Wissen der Minister, Absetzungen und Ernennungen wurden hinter ihrem Rücken vorgenommen. Sie hofften anfangs noch, daß es sich um eine vorübergehende Laune des Monarchen handle, sie träumten sogar davon, daß es ihnen endlich gelingen würde, auch Pobiedonoszews Einfluß zu brechen; ihre Vermutungen sollten sich jedoch bald als Irrtum erweisen.

Am 28. Juni erhielten die Minister zu ihrer großen Verwunderung das Original des kaiserlichen Manifests, das am nächsten Tage veröffentlicht werden sollte. Dieses Schriftstück enthielt die Grundzüge einer energischen, auf der Idee der Selbstherrschaft ruhenden Politik, versprach aber gleichzeitig in undeutlichen Worten weitere Reformen.

Dieses berühmte Manifest, das bereits vom 29. April datiert war, bestimmte die hervorragendsten Minister, die sich durch ein solches Verfahren auf das äußerste beleidigt fühlten, um ihre Entlassung zu bitten. Der erste, der dies tat, war Graf Loris-Melikow; seinem Beispiel folgten Abaza und Milutin, und noch später demissionierte auch Großfürst Konstantin, der die Stelle eines Generaladmirals bekleidet hatte und der jetzt Rußland für längere Zeit verließ. Gegen diesen Onkel Alexanders III. intrigierten die Reaktionäre mit Pobiedonoszew an der Spitze, da sie ihn ganz irrigerweise bezichtigten, er sympathisiere mit den Umsturzelementen.

So hatte denn Pobiedonoszew gesiegt. Aus seiner Korrespondenz mit Tiutschew geht hervor, daß er nicht von vornherein einen entscheidenden Einfluß besaß und sogar Augenblicke der Ungewißheit hatte. Offenbar schwankte Alexander III. anfangs noch, welche Politik er der revolutionären und oppositionellen Bewegung gegenüber einschlagen solle.

An die Stelle des Grafen Loris-Melikow trat als Minister des Inneren Graf Nikolaus Ignatiew. Aus dem schon mehrfach angeführten Tagebuch Walujews ist ersichtlich, daß der neue

Minister politisch keine ausgesprochene Persönlichkeit war, daß er zum mindesten nicht ehrlich vorging; denn solange die Lage noch nicht geklärt war, arbeitete er im geheimen gemeinsam mit Pobiedonoszew; als er Minister wurde, gab er sich um der öffentlichen Meinung willen den Anschein eines gemäßigten Liberalen.

In einem Rundschreiben, das sein Programm festlegen sollte, tadelte er die Bureaukratie wegen ihrer nachlässigen Pflichterfüllung und ihrer Gleichgültigkeit gegenüber dem allgemeinen Wohl. Er warf ihr auch vor, daß sie sich in Angelegenheiten des staatlichen und kommunalen Eigentums von ihrem eigenen Interesse leiten lasse; er erklärte, die Regierung würde unter Mithilfe der Allgemeinheit dahin streben, alles zu verwirklichen, was in den von Alexander II. geschaffenen Institutionen grundsätzlich bewilligt sei, und versprach endlich, in allernächster Zeit schon Mittel und Wege ausfindig zu machen, die den Organen der Selbstverwaltung Anteil an der Ausführung der höchsten Entschließung zusichern sollten.

Das offizielle Programm des Grafen Ignatiew war also nicht reaktionär. Er versprach zwar keine neuen Reformen von größerer Tragweite, aber er gab doch mittelbar zu, daß die Grundsätze, aus deren Geist die neuen Einrichtungen unter Alexander II. entstanden waren, nicht völlig durchgeführt worden waren, und versprach ihre Verwirklichung. Die Erwähnung der Selbstverwaltungsorgane konnte nur den Sinn haben, daß die Ziemstwomitglieder stärker als bisher zur lokalen (wahrscheinlich zur Kreis-) Verwaltung herangezogen werden sollten.

Das Rundschreiben des neuen Unterrichtsministers Nikolajew erklärte, Aufgabe der Volksschulinspektoren sei es, die Fürsorge der Regierung für die Volksbildung zu verwirklichen und nicht die Selbsttätigkeit der Gesellschaft zu hindern, die vielmehr Beachtung verdiene.

Die neue Regierung, die in konstitutioneller Hinsicht keinerlei Zugeständnisse machen wollte, die aber gleichzeitig vor der immer mehr anschwellenden revolutionären Bewegung Angst hatte, wollte offenbar der Gesellschaft in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht einige Bewegungsfreiheit geben, weil sie dies als das ge-

ringere Übel ansah. Die politischen Prozesse, namentlich der letzte, hatten gezeigt, daß die Revolutionäre ihre Tätigkeit gewöhnlich mit Kulturarbeit begannen und erst, wenn sie auf Schritt und Tritt auf unüberwindliche Schwierigkeiten stießen, zu revolutionärer Betätigung übergingen. Graf Ignatiew hatte offenbar diesen Umstand im Auge, als er der nach sozialer Tätigkeit dürstenden Intelligenz ein gewisses Arbeitsfeld einräumen wollte.

Die liberalen Elemente sahen in den Kundgebungen der neuen Regierung ein, wenn auch ungenügendes Versprechen gewisser Zugeständnisse. Sie beschlossen daher, auf den nächsten Ziemstwoversammlungen wieder mit Forderungen nach politischen Reformen hervorzutreten. Eine Reihe von Ziemstwos (so das Ziemstwo von Tschernichow, Twer, Nowgorod, Tscherepowez und andere) wiesen in verschiedenen Formen auf die Notwendigkeit hin, die Vertreter des Volkes einzuberufen, die Anteil an der Gesetzgebung und der Kontrolle über die Verwaltung erhalten sollten [1]).

Der Kaiser und seine einflußreichsten Ratgeber waren über diese Forderungen erzürnt, und die Regierung verbot daher die Veröffentlichung der entsprechenden Schriftstücke. Um die öffentliche Meinung aber doch bis zu einem gewissen Grade zu beruhigen, beschloß Alexander III., aus der Mitte der Bevölkerung Sachverständige in verschiedene Regierungskommissionen zu berufen. Sie sollten jedoch nicht von den Organen der Selbstverwaltung gewählt, sondern von der Regierung ernannt werden.

Man befürchtete neue Anschläge auf den Kaiser. Alexander III. siedelte nach Gatschina über, wo einst Kaiser Paul residiert hatte.

XIX.

Gleich nach dem 1. März hatte die Partei keinerlei bestimmte Pläne. Die Perowska dachte an eine Befreiung Shelabows aus dem Gefängnis, wurde aber durch ihre eigene Verhaftung an der Ausführung gehindert, auch andere Pläne tauchten auf. Die

1) Einzelheiten siehe in dem bereits angeführten Buch von Bialokonski, Die Ziemstwobewegung, S. 26—27.

Offiziere, die mit der Organisation „Volksfreiheit" in Verbindung standen, dachten an einen Überfall der Soldaten, die die Gefangenen begleiteten, und an deren Befreiung. Die Arbeiter in der Hauptstadt verlangten von der Partei, man möge sie zu irgendeinem Unternehmen heranziehen.

Alle diese Pläne aber mußten aus zwei Gründen scheitern: 1) erfolgte Verhaftung auf Verhaftung, so daß die Partei von Tag zu Tag mehr Kämpfer verlor, 2) herrschte in Petersburg damals eine maßlose Verwirrung; die Stadt war mit Militär und Polizei überschwemmt, so daß man überhaupt nichts unternehmen konnte.

Jene Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit", die in der Hauptstadt wohnten und der Verhaftung entgangen waren, mußten abreisen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1881 gab es in Petersburg nur drei Revolutionäre, die sich unter fremden Namen verbargen: Tichomirow, der damals übrigens der revolutionären Bewegung gegenüber anfing kühler zu werden, Olga Lubatowitsch, die Frau Morosows, der noch im Januar an der Grenze verhaftet worden war; sie war gekommen, um ihm bei der Flucht aus dem Gefängnis behilflich zu sein. Und endlich die Liebiedewa, die sich selbst überlassen war und sich mit großer Mühe vor den Verfolgungen der Polizei schützte.

Eine verhältnismäßig kräftige Bewegung herrschte damals in den revolutionären Kreisen Moskaus, wo eine starke lokale Gruppe vorhanden war.

Was beabsichtigten die Revolutionäre damals? Wir können diese Frage nicht mit voller Sicherheit beantworten, da wir keinerlei Nachrichten über die damaligen Sitzungen des Exekutivkomitees haben und auch nichts von den Diskussionen wissen, die sich auf ihnen abspielten; nur mittelbar ist uns bekannt, daß sich gerade damals, d. h. einige Monate nach dem Attentat vom 1. März, in den leitenden Kreisen der Organisation „Volksfreiheit" wichtige Meinungsänderungen über die nächsten Formen des revolutionären Kampfes mit der Regierung vorbereiteten.

Vor der Veröffentlichung des berühmten Manifestes Alexanders III. vom 29. April konnte man über die Politik der Regierung noch im unklaren sein. Von jetzt ab war es klar, daß sie den Absolutismus aufrecht erhalten wollte.

Man mußte erwarten, daß die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“, entsprechend den Anschauungen Shelabows und der bis dahin von der Partei selbst gutgeheißenen Taktik, die terroristische Aktion nach einer gewissen Pause von neuem beginnen oder doch wenigstens Vorbereitungen zu einer solchen treffen würden. Nach der bisherigen Taktik war die terroristische Aktion fortzusetzen, bis die Regierung eine Konstitution geben würde. Ein notwendiger Stillstand war zeitweise dadurch geboten, daß viele Mitglieder sich vor der Polizei verbergen mußten, aber trotz der vielen Verhaftungen war die Partei „Volksfreiheit“ durchaus nicht gesprengt: außer Suchanow war eine ganze Reihe von sehr energischen Offizieren noch nicht einmal verdächtig, die Organisation breitete sich sogar im Heere noch immer mehr aus; eine ganze Anzahl geübter guter Führer, die seit langer Zeit in der Partei arbeiteten, standen ihnen zur Verfügung; die breiten Kreise der Petersburger Arbeiterschaft waren imstande, neue, zur terroristischen Tätigkeit fähige Leute zu stellen.

Nichtsdestoweniger hat weder die zweite Hälfte des Jahres 1881 noch das Jahr 1882 Anschläge auf die Zentralregierung zu verzeichnen, ebensowenig stoßen wir auf irgendeine Spur, die darauf deuten könnte, daß derartige Anschläge auch nur geplant worden wären. Überdies wissen wir positiv von Teilnehmern an der damaligen Bewegung, daß derartige Vorbereitungen nicht gemacht wurden.

Es war also offenbar etwas eingetreten, was eine Änderung in den Anschauungen des Exekutivkomitees bewirkte.

In seinem Aufsatz über Fransholi [1]) versichert Morosow mit aller Bestimmtheit, nach dem 1. März habe jede weitere bewaffnete Tätigkeit (gemeint ist wohl die terroristische) des Exekutivkomitees auf das Betreiben Tichomirows und seiner Anhänger hin aufgehört, obgleich die übrigen sich dagegen wehrten. Er berichtet jedoch nicht, welche Gründe diese Leute dazu bewogen, und nennt auch die Anhänger Tichomirows nicht. Wera Figner und Bogdanowitsch, berichtet er weiter, hätten später alles getan, was in ihrer Macht stand, um die terroristische Aktion

1) „Biloje“, Jahrgang 1907, Märzheft S. 288.

des Exekutivkomitees von neuem zu beleben, doch sei das damals bereits unmöglich gewesen: die ursprünglich freiwillige Tatenlosigkeit habe sich später infolge verschiedener Umstände in eine gezwungene verwandelt.

In der Tätigkeit von Verschwörern gegen eine absolutistische Regierung ist jeder verlorene Tag ein Triumph ihrer Feinde, sagt Morosow. Jede Stunde bringt den Verschwörern die gleiche Gefahr, ganz gleich ob sie tätig oder untätig sind: sie können jeden Augenblick entdeckt und gefangen werden, ja bei einem Stillstand der revolutionären Tätigkeit können die Diener des herrschenden Absolutismus ihre Nachforschungen um so ruhiger und gründlicher vornehmen [1]).

Diese Anschauung erwies sich in bezug auf das damalige Rußland vom Standpunkt der Revolutionäre aus als ganz besonders zutreffend. Wir haben in der Tat gesehen, daß die maßgebenden Kreise anfangs schwankten; selbst Graf Ignatiew sagte anfangs eine andere Politik zu, als sie später sein Nachfolger Demetrius Tolstoi einschlug.

Es war klar, daß die Regierung erst den Boden sondierte und eine abwartende Haltung einnahm; denn sie war nicht sicher, was die Revolutionäre nun unternehmen würden.

Das Manifest vom 29. April verlangte eine rasche Antwort der Revolutionäre. Eine solche Antwort konnte nicht in einem militärischen Aufstand bestehen, da die Tätigkeit der Partei im Heere zwar fruchtbar, aber damals noch ungenügend war; auch eine Erhebung des hauptstädtischen Proletariats konnte nicht in Frage kommen, denn auch eine solche hätte langer Vorbereitungen bedurft, die sich auf Jahre hätten erstrecken müssen und die nur unter günstigen Umständen möglich gewesen wären. Eine solche Antwort hätte einzig ein terroristischer Anschlag sein können.

Wir besitzen eine sehr wertvolle Beurteilung der damaligen Lage aus der Feder Morosows und zwar nicht nur in dem bereits mehrfach angeführten Aufsatz, den er 25 Jahre nach den Ereignissen schrieb, sondern auch in Form eines Briefes, den er

---

1) Ebenda.

im Gefängnis an seine Frau schrieb und der von der Polizei aufgefangen wurde. In diesem Schriftstück, das kürzlich einen Neudruck erfahren hat, heißt es [1]: „Unser Leben ist notwendig, wir brauchen es zur Rache gegen unsere Feinde ... laß Dich nicht von der Sehnsucht übermannen, arbeite so viel Du kannst ... Knüpfe Beziehungen an, organisiere eine Partei in der Erwartung auf mich. Denke daran, daß Du die einzige Vertreterin des Terrorismus bist (soll wohl heißen der terroristischen Strömung) und daß es Deine Pflicht ist, ihn aufrecht zu erhalten.“ Über die Massenrevolution sagt Morosow in demselben Brief: „Ich glaube, daß die Revolution eine Elementarerscheinung ist und daß unsere Intelligenz ihr Erscheinen im Volk ebensowenig hervorrufen kann, wenn sie nicht von selbst ausbrechen soll, als die Gelehrten, selbst wenn sie sich aller physischen Werkzeuge bedienen, in der Natur einen Sturm hervorrufen können.“

Aus diesen Zitaten geht hervor, daß die übrigen damals in Freiheit befindlichen Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ den Gedanken an eine Fortsetzung der terroristischen Aktion verwarfen und wieder von einer Massenrevolution träumten. Diese Annahme wird auch noch durch andere Angaben bestätigt.

Während ihres kurzen Aufenthaltes in Moskau im Frühjahr 1881 hörte Olga Lubatowitsch in den Kreisen der Organisation „Volksfreiheit“ mehrfach die Ansicht äußern, Alexander II. müsse nicht von der Hand der Revolutionäre, sondern von der Hand des Volkes selbst sterben [2], ein Beweis, daß die Revolutionäre damals keinen terroristischen Anschlag planten, sondern auf den Ausbruch einer Revolution im Lande rechneten.

Dobogoria-Mokrijewitsch berichtet in seinen Erinnerungen [3] von einem Gespräch, das er nach dem Attentat vom 1. März mit Langens in Moskau hatte, und aus dem die damaligen Bestrebungen und Pläne des Exekutivkomitees erhellen. Eine der nächsten Aufgaben der Partei war damals nach Ansicht des Exekutivkomitees die Organisierung von Aufständen in den Städten,

1) „Biloje“, Jahrgang 1907, Augustheft S. 295—296.
2) „Biloje“, Jahrgang 1906, Juniheft S. 146.
3) „Erinnerungen“ S. 514—515.

obgleich sich die Revolutionäre der Schwierigkeiten bewußt waren, auf die eine derartige Bewegung gerade in Petersburg stoßen mußte, wo die geradlinigen und sehr breiten Straßen eine rasche und leichte Unterdrückung eines Massenaufstandes ermöglichen. Für leichter zu organisieren hielten sie einen Massenaufstand in den übrigen Städten, also in Kijew, Charkow und selbst in Moskau; da die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" aber eine Umwälzung des Staates anstrebten, legten sie gerade auf einen Aufstand in der Hauptstadt besonderes Gewicht.

In dem schon angeführten Abriß der revolutionären Bewegung von 1878 bis 1887 von General Schebeko [1]) lesen wir, Wera Figner sei im August 1881 aus Odessa nach Petersburg gereist, um die Lage in der Hauptstadt zu studieren und um sich mit den dortigen Revolutionären über die weiterhin zu entfaltende Tätigkeit zu beraten. Wera Philippowna Figner sei dann im Oktober aus Petersburg zurückgekehrt und habe den Gefährten die neuen Beschlüsse und Anschauungen des Exekutivkomitees mitgeteilt.

Diese oberste Parteiinstanz habe damals den einzelnen verstreuten Gruppen Mangel an Initiative vorgeworfen. Das Exekutivkomitee habe bedauert, daß keine neuen terroristischen Tatsachen zu verzeichnen seien, habe aber gleichzeitig erklärt, man müsse den Gedanken an den Zarenmord, der im gegenwärtigen Augenblicke nicht am Platze sei, derzeit aufgeben. Nach den veränderten Ansichten des Komitees habe die wichtigste Aufgabe damals in der Werbung neuer Mitglieder bestanden, um für den Fall eines Aufstandes von neuem gefüllte Reihen zu haben, der Gedanke an den Aufstand habe damals das ganze Sinnen und Trachten der Anarchisten (d. h. der Mitglieder der Partei „Volksfreiheit") erfüllt.

Der geplante Aufstand habe gleichzeitig in Petersburg, Moskau und anderen großen Städten ausbrechen sollen. Zunächst, erklärt General Schebeko, wollten die Revolutionäre alle nötigen Vorbereitungen zu einer Massenerhebung treffen, dann erst sollte der Zarenmord erfolgen; er sollte vielleicht auch das Signal zum wirklichen Ausbruch bilden.

---

1) „Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland von 1878 bis 1889" S. 216.

Wera Figner berichtet [1]), sie sei im Oktober 1881 vom Exekutivkomitee nach Moskau berufen worden, um den Plan zu einer in Petersburg zu schaffenden Organisation zu besprechen, die den Verhältnissen, wie sie sich dort nach dem Attentat vom 1. März herausgebildet hatten, entsprechen sollte. Ebenso sollte das Programm einer neu zu bildenden Abteilung der Partei besprochen werden, die „Rotes Kreuz der Partei Volksfreiheit" heißen sollte. Sie habe sich damals an das Exekutivkomitee mit einer Klage gegen General Strelnikow gewandt, der die polizeilich-gerichtlichen Untersuchungen gegen die Revolutionäre mit besonderer Brutalität führte und eine Menge unschuldiger Personen in die Prozesse verwickelte. Wera Figner verlangte für ihn die Todesstrafe, die auch, wie wir noch sehen werden, von den Revolutionären beschlossen und vollzogen wurde.

Die Figner erwähnt an dieser Stelle nichts von veränderten Anschauungen des Komitees bezüglich des Zarenmordes, womit freilich nicht gesagt ist, daß sie nicht den Gefährten in Odessa derartige Mitteilungen gemacht habe: General Schebeko konnte seine Nachrichten auch den Aussagen anderer am Prozeß beteiligter Personen oder den vertraulichen Mitteilungen des Verräters Degajew entnehmen, die dieser Sudiejkin machte.

In allerdings sehr allgemeiner Weise waren die Vorbereitungen zu einem Aufstand bereits Mitte Februar von den Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit" auf einer Parteikonferenz besprochen worden, an der auch Mitglieder der Provinzgruppen teilgenommen hatten. Damals wurden jedoch keine bestimmten Entschlüsse gefasst. Offenbar gewannen nach dem Attentat vom 1. März jene Strömungen innerhalb der Partei, die für einen bewaffneten Aufstand in den großen Städten schon in nächster Zeit eintraten, die Oberhand über jene anderen, die eine terroristische Aktion gegen die Zentralregierung ins Werk setzen wollten.

Wie aber erklärt sich dieser Umschwung der Meinungen bezüglich der taktischen Kampfmittel? Schon auf den beiden bekannten Zusammenkünften der Revolutionäre im Sommer 1879

---

1) „Biloje", Jahrgang 1907, Juliheft S. 42.

hatte unter den Terroristen keine volle Einmütigkeit geherrscht. Die Mehrheit hatte sich damals hauptsächlich aus dem Grunde für den Terrorismus erklärt, weil sie die Ermordung Alexanders II. für notwendig hielt.

Doch ließ diese Mehrheit den Gedanken an eine Massenerhebung als wichtigstes und letztes Mittel im Kampfe gegen den Absolutismus niemals fallen. Solange Shelabow in den Reihen der Partei stand, fügten sich alle seinen taktischen Anschauungen; denn sein folgerichtiger, klarer und realistischer Geist war allen überlegen. Nach seiner Verhaftung blieben der Organisation zwar immer noch sehr viele hervorragende Revolutionäre, keiner aber vermochte die anderen geistig zu beherrschen. Die Verschiedenheit der taktischen Anschauungen trat jetzt klar und stark hervor.

Der Widerstand der Regierung nach dem Attentat und der Mangel einer starken, sichtbaren, konstitutionellen Bewegung innerhalb der Gesellschaft brachte manche Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" vielleicht auch zu der Überzeugung, nur ein bewaffneter Aufstand sei imstande, eine politische Umwälzung im Lande hervorzurufen. Mitglieder, die wie die Oschanina-Polonska der Ansicht waren, die Partei müsse sich unmittelbar der Regierung bemächtigen, legten von jeher auf eine militärische Verschwörung, die gleichzeitig mit einem bewaffneten Aufstand in der Hauptstadt ausbrechen sollte, mehr Gewicht als auf den Terrorismus, der die Regierung zu konstitutionellen Zugeständnissen zwingen wollte. Nach den Berichten der Oschanina stand aber die Mehrheit der Partei auf ihrer Seite. Vielleicht weckte auch die rüstig fortschreitende Teilnahme der Offizierskreise unter den Mitgliedern der Partei übertriebene Hoffnungen.

Tatsache ist, daß die von Tichomirow repräsentierte Richtung das Übergewicht in der Partei erhielt. Wir haben bereits gesehen, daß dieser Mann nicht immer klar dachte und noch mit einer Menge Illusionen am alten Bauernkultus festhielt.

Die Partei „Volksfreiheit" verwarf auch jetzt den Terrorismus nicht völlig, sie legte ihm nur keine so große Bedeutung mehr bei wie früher, und war jetzt geneigt, ihn weniger gegen die Zentralregierung anzuwenden, die über die Politik des gesamten

Staates entscheidet, als gegen einzelne Regierungsagenten in den Reihen der Gendarmerie, gegen Militärrichter und Verräter, lauter Elemente, die die Partei aufs höchste gefährdeten.

Gegen Ende 1881 sammelten die Revolutionäre langsam ihre versprengten Kräfte von neuem und begannen ihre Organisation namentlich unter Arbeitern und Offizieren zu erweitern. Im Süden des Landes, in Charkow, Poltawa, Kijew, Rostow am Don und Odessa wurde die Tätigkeit der Mitglieder der Partei „Volksfreiheit“ um diese Zeit immer lebhafter.

Am 22. Juli erschien Nr. 1 der „Mitteilungen der Partei Volksfreiheit“ [1]). Der Leitartikel spiegelt vorzüglich die damaligen leitenden Strömungen in der Partei wider. Das Attentat vom 1. März, heißt es gleich eingangs, habe in Rußland viele Veränderungen zur Folge gehabt, welcher Art diese Veränderungen seien, sagt der Verfasser allerdings nicht. Beobachtungen der letzten Zeit (gemeint sind wahrscheinlich die seit dem Attentat verflossenen Monate) hätten den Revolutionären viele Erfahrungen und wertvolle Fingerzeige auf dem Gebiete des sozialen Lebens gebracht, und sie in der Überzeugung gestärkt, der von ihnen gewählte Weg sei der richtige.

Eine ziemlich eingehende Charakteristik der konservativen und reaktionären Elemente Rußlands folgt, ihr Scharwenzeln vor der Regierung und ihre überraschende Unwissenheit werden geschildert, auch Alexander II. und die ihn unmittelbar beeinflussenden Personen werden gekennzeichnet. Gerade aus diesem Abschnitt geht klar hervor, daß die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit“ damals schon einen völlig klaren Begriff von der Richtung hatten, die die neue Regierung einschlug.

Am bezeichnendsten ist der Schluß des Aufsatzes.

Sowohl die revolutionären Ziele als auch die Kampfmittel ändern sich unter dem Druck der Lebensforderungen, sagt der Verfasser. Untersuchungen über die gegenwärtige Lage haben uns zu der Überzeugung gebracht, daß eine Zeit umfangreicherer

---

1) Siehe „Literatur der Partei Volksfreiheit“ S. 378—400.

und fruchtbarerer revolutionärer Tätigkeit beginnt, als bisher möglich war. Die Ergebnisse des Attentats vom 1. März übersteigen die kühnsten Erwartungen: Neues entsteht und reift. Es ist allgemein bekannt, erklärt der Verfasser, mit welcher Begeisterung die Aufrufe des Exekutivkomitees in der Bevölkerung und im Heer begrüßt wurden. Mitteilungen aus verschiedenen Gegenden des Landes erzählen von dem erwachenden Selbstbewußtsein des Volkes.

Der Sieg vom 1. März habe den tätigen Charakter des Volkes und sein kritisches Denken gestärkt. Das Volk beginne zu verstehen, daß das Zarentum eine Fiktion sei, und fange an, sich statt dessen einen neuen Begriff herauszuarbeiten, indem es bald eine neue Macht vor Augen habe, die seine Interessen vertrete, bald direkt an die Sozialisten denke, mit denen es sich solidarisch fühle.

Die antisemitische Bewegung, welche die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit“ weder hervorgerufen, noch für sich ausgenutzt hätten, sei im Grunde genommen und bei einer Betrachtung der Zusammenhänge nur ein Echo der revolutionären Tätigkeit. Die Ausschreitungen gegen die Juden, die im ganzen Lande stattfanden, hätten an vielen Orten die unerwartete Tatsache gezeitigt, daß sich das Volk revolutionärer Kampfesmittel zu bedienen beginne.

Der Aufsatz schließt mit der Versicherung, die Revolutionäre ständen nunmehr vor einer schwierigeren, aber gleichzeitig auch edleren Aufgabe. Die Organisation des revolutionären Kampfes erweitere sich, erstarke und bereite sich zu einem entscheidenden Schlag gegen den Feind vor.

Der Artikel besagt nichts anderes, als daß die Organisation „Volksfreiheit“, statt die revolutionäre Aktion gegen die Zentralregierung fortzusetzen, sich nunmehr zur Vorbereitung einer bewaffneten Massenrevolution rüste; die Volksstimmung beweise, daß eine Revolution möglich sei und bevorstehe. Der Aufstand aber würde der despotischen Regierung den endgültigen Stoß versetzen.

Dieser Optimismus des Verfassers und der leitenden Kreise der Partei, die hinter ihm standen, wird teilweise begreiflich,

wenn wir uns die wirtschaftliche Krise vor Augen halten, die damals in Rußland herrschte. In den Städten waren Scharen von Arbeitern arbeitslos; auch auf dem flachen Lande wurden die Verhältnisse immer schwieriger: der Bauer verarmte immer mehr, er hungerte direkt, viele städtische Arbeiter, die vom Lande stammten, kehrten in ihre Heimatsgemeinden zurück und lebten dort im Elend. Auf Grund dieser Verhältnisse entstanden im Frühjahr 1881 und 1882 fast im ganzen Süden Rußlands sowohl in den Städten als auch auf dem flachen Lande antisemitische Unruhen von sehr gewalttätigem Charakter. Die Ursachen waren sozialer Natur, aber die fanatische Rückschrittspresse, die seit langer Zeit schon gegen die Juden hetzte, spielte dabei unstreitig keine geringe Rolle.

Die antisemitischen Unruhen in den Städten und auf dem flachen Lande zeigten gewisse charakteristische Unterschiede; die kleinrussischen Bauern, die die Juden überfielen, schreckten auch vor dem Raub nicht zurück, das städtische Proletariat zerstörte wohl, plünderte aber nicht [1]).

Die Regierung verhielt sich zunächst diesen Unruhen gegenüber passiv, später aber begann sie aus Angst, es könnte sich ein Kampf der armen Schichten gegen die reichen daraus entwickeln, sie recht energisch zu unterdrücken. Die Zusammenstöße waren mitunter blutig. Die antisemitischen Unruhen sind als eine Entladung der verzweifelten Volksmassen in der Richtung des geringsten Widerstandes begreiflich [2]). Das Volk spürte tatsächlich den Druck, den verschiedene Beamte ausübten, nicht weniger, aber es wagte nicht, diese wie die Juden anzugreifen.

Es war also durchaus naiv, wenn manche Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ in den Judenverfolgungen revolutionäre Anzeichen finden wollten. In der Parteipresse und in Aufrufen hätten die Revolutionäre damals mit aller Kraft gegen diese

---

1) „Das rote Kreuz“ S. 32.

2) In Nummer 6 der „Volksfreiheit“ wird in einem Aufsatz eine Stelle aus den „Russischen Nachrichten“ angeführt, die erklärt, die unzufriedenen Elemente im Volke fielen über die Juden her, weil sie hier den geringsten Widerstand fänden. Aber diese nüchterne Bemerkung ging spurlos vorüber.

wilden Ausschreitungen auftreten sollen. Es geschah jedoch nicht, im Gegenteil: die Revolutionäre tolerierten die Bewegung.

Auch Reibereien zwischen Bauern und Großgrundbesitzern kamen damals vor, doch hatte es an solchen nie gefehlt, wenn ihr Umfang jetzt auch anschwoll; es handelte sich um Äcker, Wälder, Weide und die Höhe des Pachtschillings. In den Gouvernements Woronesh, Tambow und Orlow waren derartige Unruhen besonders häufig.

Das Attentat vom 1. März rief im Volk die verschiedensten Gerüchte hervor; es hieß bald, die Polen hätten den Kaiser ermordet, bald die Befreier des Volkes hätten die Tat vollbracht. Man raunte sich auch zu, der neue Zar würde den Bauern Land zuweisen.

In den städtischen und ebenso in den bäuerlichen Massen der Bevölkerung herrschte eine gewisse Erregung, doch kam es zu keinerlei bewußt-revolutionärer Bewegung gegen die Regierung. Nichtsdestoweniger erblickte die Mehrheit der damaligen Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" in diesen Erscheinungen die Vorboten einer künftigen Volksrevolution.

Obgleich der alte Bauernkultus gänzlich verschwunden schien, war dem doch nicht so; nur für kurze Zeit hatte ihn das wirkliche Leben unterdrückt; es bedurfte nur irgendeines günstigen Umstandes, und er tauchte mit der alten Kraft wieder auf.

Ein Aufsatz unter dem Titel „Vom Lande", der gleichfalls in der ersten Nummer der „Mitteilungen der Partei Volksfreiheit" erschien, ist ein deutlicher Beweis hierfür. Der Verfasser legt den Ausschreitungen gegen die Juden eine große Bedeutung bei, er idealisiert sie fast und ist bei der Beschreibung offenbar selbst von der naiven Weltanschauung der russischen Bauern durchdrungen.

Diese erste Nummer der kleinen Zeitschrift macht den Eindruck eines publizistischen Werkchens von Leuten, die keinerlei Zusammenhang mit dem realen russischen Leben hatten.

Nummer 6, 7, 8 und 9 der Zeitschrift „Volksfreiheit" sind in einem ähnlichen Ton gehalten und zeigen die gleiche Richtung. Im Leitartikel von 8 und 9 sind die taktischen Anschauungen der damaligen Leiter sehr klar auseinandergesetzt.

Das Ziel der Partei, lesen wir gleich zu Beginn dieses Aufsatzes, ist die Umwälzung des russischen Staates mittels einer Verschwörung. Dieses Ziel konnte nicht mit dem Attentat vom 1. März erstrebt werden, da sich die Partei damals noch nicht stark genug fühlte; sie war sich vielmehr bewußt, von der Gesellschaft und Bevölkerung noch nicht genügend gekannt zu werden. Die Vernichtung Alexanders II. hätte der Gesellschaft, oder besser gesagt, ihrem besten Teil die Möglichkeit geben sollen, sich auszusprechen und die zu einer menschenwürdigen Existenz notwendigen Rechte zu erringen. Die Partei habe keinen Grund gehabt, nicht an die Lebensfähigkeit einiger Kreise der Gesellschaft zu glauben, und sei der Meinung gewesen, die unbedingt notwendigen Veränderungen im Staate würden sich ohne große Erschütterungen erreichen lassen. Leider habe sich gezeigt, daß diese Elemente nichts taten, um die Freiheit zu erlangen, ja daß sie nicht einmal versuchten, irgend etwas zu tun. Diese Tatsache aber erkläre sich dadurch, daß keine der privilegierten Schichten an der Erlangung politischer Rechte interessiert sei, da es ihnen allen unter der Herrschaft des Absolutismus gut ginge. Angesichts dieser Umstände komme die Partei zu dem für die Anhänger einer friedlichen Entwicklung von Staat und Gesellschaft traurigen, für die Freunde einer gewaltsamen Umwälzung aber erfreulichen Schluß, daß es in Rußland keine Faktoren gäbe, die bereit seien, diese historische Rolle auf sich zu nehmen. Der Verfasser des Aufsatzes charakterisiert nun den Standpunkt verschiedener sozialer Gruppen aus den höheren und mittleren Schichten der Bevölkerung und sucht ihre Kraftlosigkeit darzutun. Diese Untersuchung führt ihn zu dem Schlusse, die Revolutionäre könnten eine Umwälzung herbeiführen, wenn sie sich auf das Volk und den Teil der Intelligenz stützen, der dem Volke zugetan sei.

Der Verfasser des Aufsatzes erklärt es nun weiter als die dringende Aufgabe der Partei, im gegenwärtigen Augenblick alle aktiv protestierenden Kräfte Rußlands zu vereinigen. Eine aus ihnen gebildete starke zentralistische Organisation müßte dann die Initiative ergreifen, um den Ausbruch des bewaffneten Aufstandes im entscheidenden Augenblick herbeizuführen, bis

dahin aber ohne Rücksicht auf Verfolgungen durch die Regierung eine rege Verschwörungstätigkeit entwickeln.

Diese Aufgabe erfordere aber die Konzentration der Parteikräfte an den großen Knotenpunkten der Regierungsgewalt. Gerade dies sei unbedingt notwendig, da Massenbewegungen der Landbevölkerung, ohne gleichzeitigen Aufstand in den großen Städten, wo die Verwaltung ihren Sitz habe, leicht unterdrückt zu werden pflegten.

Die Organisation „Volksfreiheit" werde aber auch weiterhin die Desorganisierung der Regierung nach Möglichkeit zu ihren Aufgaben zählen. Über die soziale Umwälzung bemerkt der Verfasser, der Haß der Volksmassen gegen die besitzenden Klassen und ihr Streben nach einer radikalen Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse würde während der Zeit, in welcher die Partei der Regierung Schlag auf Schlag versetzen würde, nur wachsen. Infolgedessen würden die Massen in dem Augenblick, da die Partei imstande sein würde, die politische Umwälzung hervorzurufen, auch die wirtschaftliche vollziehen, so daß die provisorische Revolutionsregierung die vom Volke selbst vollzogene soziale Umwälzung nur werde zu sanktionieren brauchen[1]).

Wir finden hier wieder eine Rückkehr zu den alten Revolutionsidealen, wonach die politische Umwälzung (die Vernichtung der Selbstherrschaft) und die soziale (d. h. Kommunismus in der einen oder anderen Form) gleichzeitig erfolgen würde. Diese Rückkehr zum Utopismus vollzog sich rasch: noch in Nummer 7 der „Volksfreiheit" [2]) finden wir eine Stelle, worin die sozial-wirtschaftliche Umwälzung als der zweite Schritt der Bewegung erklärt wird, deren erster die politische Umwälzung zu sein habe. Der hier kurz wiedergegebene Leitartikel aus Nummer 8 und 9 fordert die Kritik an zahlreichen Stellen heraus.

Namentlich sind die gegen die liberalen Elemente erhobenen Vorwürfe ungerecht, da gerade diese nach dem 1. März eine energische Tätigkeit entfalteten und in den Körperschaften, wo sie Einfluß hatten, so in den Ziemstwos, wie wir bereits wissen,

1) „Literatur der Partei Volksfreiheit" S. 489—495.

2) Ebenda S. 460.

mit konstitutionellen Forderungen an die Regierung herantraten. Man kann ihnen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie ihre Forderungen nicht auf die Straße trugen, hätten sie doch nichts damit erreicht. Übrigens stellten sich ja auch die Massen der bäuerlichen und Arbeiterbevölkerung nicht zum offenen Kampf gegen die Regierung, und doch entzogen die Revolutionäre ihnen keineswegs ihr Vertrauen; im Gegenteil, gerade der angeführte Aufsatz zeigt, daß die Revolutionäre damals den liberalen Elementen gegenüber zwar sehr streng, dagegen im Verhältnis zu den Volksmassen voller Optimismus waren.

Es ist auch unrichtig, wenn der Verfasser die Gleichgültigkeit der liberalen russischen Kreise für einen der Revolution günstigen Umstand hielt. Keine gewaltsame Bewegung von unten hat je durch sich selbst gesiegt, ohne bei einer Minderheit der oberen Schichten mehr oder weniger starke Sympathien zu besitzen. Selbst eine so gewaltige Massenbewegung, wie die Französische Revolution von 1789, besaß in einigen Schichten des Adels und der Geistlichkeit Stützpunkte. Sollten die liberalen Elemente in Rußland sich tatsächlich gleichgültig verhalten, so würde die revolutionäre Bewegung in diesem Lande niemals einen größeren Umfang annehmen können. Namentlich eine Verschwörungsaktion, die ja nach Ansicht des Verfassers dem bewaffneten Aufstand vorangehen sollte, verlangt die Sympathien eines beträchtlichen Teiles jener Kreise, die die mittleren und höheren Schichten bilden. Der ganze Aufsatz ist eine Sammlung von falschen Schlüssen und bedeutet einen Verfall des revolutionären Denkens. Wir werden noch sehen, daß die Taten der Revolutionäre ihren damaligen Anschauungen völlig entsprachen.

XX.

Nach dem 1. März wurde Moskau eine Zeitlang der wichtigste Punkt der Bewegung. Noch vor dem Attentat verbargen sich hier einige Revolutionäre, deren persönliche Beziehungen eine ausgedehnte Tätigkeit in Petersburg unmöglich gemacht hatten, so der Student Kohan-Bernstein, der an den Universitätsunruhen gegen den Unterrichtsminister Saburow beteiligt gewesen

war, und der Arbeiter Skworzow. Diese Revolutionäre traten einer schon früher von Tetalow gegründeten Arbeiterorganisation bei. Die betreffende Organisation hielt sich etwas mehr als ein Jahr und zählte neben anderen, deren Namen weniger bekannt sind, folgende bekannte Persönlichkeiten unter ihren Mitgliedern: Kirchner, Majnow, die Orlowa, Lisorska, Smirnicka, Kalushni, Tschikoidze, Pankratjew [1]).

Mit Hilfe von Vorträgen, Diskussionen und illegaler Literatur über die Arbeiterbewegung, die Geschichte der Revolution sowie soziale und wirtschaftliche Fragen betrieb diese Gruppe nicht nur vorübergehend, sondern ganz systematisch unter dem Moskauer Proletariat revolutionäre Propaganda. Die Mitglieder besaßen bald an dreißig Punkten Moskaus ständige Beziehungen zu etwa 120 Arbeitern. Nach einiger Zeit stießen sie auf eine alte Gruppe von Eisenbahnarbeitern, unter denen bereits 1875 die alte Moskauer Organisation agitiert hatte; es fanden sich auch Arbeiter ein, die bereits mit Dolguschin in Verbindung gestanden hatten. Die Tätigkeit der Revolutionäre unter den Arbeitern griff rasch um sich, wenn sie auch nach Pankratow in jeder Beziehung der revolutionären Propaganda unter den Petersburger Arbeitern nachstand. Die Arbeiter sollten auf eine großzügige politische Bewegung vorbereitet und mit dem Sozialismus vertraut gemacht werden.

In Moskau arbeitete auch der bekannte Chalturin eine Zeitlang, der sich jedoch in seinen Anschauungen von den dortigen Revolutionären unterschied. In einem Aufsatz über die Bewegung in Moskau berichtet Wolkow, Tetalow sei der Ansicht gewesen, nach dem Attentat vom 1. März müsse die Massenbewegung beträchtlich erweitert und dann erst der politische Terrorismus von neuem in Angriff genommen werden; Chalturin erklärte dagegen, eine große Massenbewegung sei in der nächsten Zukunft nicht zu erwarten, man müsse also den terroristischen Kampf gegen die Regierung weiterführen. Chalturin wandte sich später nach dem Süden Rußlands, wo er wahrscheinlich hoffte, eher Anhänger zu finden als in Moskau.

---

1) „Biloje“, Jahrgang 1906, Februarheft S. 177 ff.

In den Jahren 1881, 1882 und 1883 gab es in Charkow eine ziemlich lebhafte Arbeiterbewegung: schon 1881 arbeiteten Mitglieder der Partei „Volksfreiheit“ und der Partei der „Schwarzen Aufteilung“ nebeneinander unter der Charkower Arbeiterschaft. Da die Beziehungen zwischen beiden Organisationen jedoch sehr gespannt waren, machte sich ein gemeinsamer Kampf um bessere Arbeitsbedingungen oft unmöglich. Die Partei „Volksfreiheit“ hatte ihre Anhänger vorwiegend unter den Eisenbahnarbeitern, die „Schwarze Aufteilung“ in erster Reihe unter den Arbeitern der kleinen Werkstätten.

Von 1882 bis 1884 verbreitete die Gruppe „Volksfreiheit“ in Charkow ihre revolutionären Druckschriften über den ganzen Süden Rußlands. Dieser Art von Propaganda war das Werk des hervorragenden Arbeiters Peter Antonow; als ein guter Organisator und Agitator war in dieser Gruppe auch Sabko bekannt [1]).

In Rostow am Don setzte 1881 nach einem kurzen Stillstand, den die Verhaftungen im Jahre 1879 verursacht hatten, von neuem eine starke Bewegung ein. Hier waren folgende Revolutionäre tätig: Niemolowski, Kaschinzew, Rafaeli und Pieschekirow, die aus den Reihen der Intelligenz stammten, zu ihnen gesellten sich die beiden Arbeiter Karpienko und Martinow. Ihre Tätigkeit fand hier einen günstigen Boden; die Bevölkerung Rostows, die in ihrer Mehrheit aus Arbeitern, Handwerkern und Tagelöhnern ohne feste Beschäftigung bestand, zeichnete sich durch eine große Beweglichkeit aus und war gegen die Regierung, namentlich gegen die Polizei ziemlich feindlich gesinnt. Es war durchaus nicht schwer, unter diesen Menschen eine Massenbewegung mit revolutionärem Charakter hervorzurufen. Aus Rostow gelangte die sozialistische Propaganda nach den ferneren und näheren Städten und Bergwerks- und Fabriksniederlassungen. In Nowotscherkask, Elisabethgrad, Sebastopol, Taganrog und Jekaterinoslaw entstanden revolutionäre Arbeitergruppen. Die Bewegung erstarkte immer mehr; der Mangel an populärer Revolutionsliteratur wurde immer fühlbarer.

---

1) „Biloje“, Jahrgang 1906, Märzheft S. 248.

In Nikolajew und Poltawa übte der bereits erwähnte Peter Antonow eine lebhafte revolutionäre Tätigkeit aus.

Amtliche Quellen [1]) erwähnen auch zwei Arbeitergruppen in Odessa, über deren Verhältnis zur Organisation „Volksfreiheit" so gut wie gar nichts bekannt ist.

Die erste, an deren Spitze Dzwonkiewitsch und Galikow standen, war in vier Sektionen geteilt; die Mitglieder waren orthodoxe Russen. Die zweite hatte 1880 ein gewisser Hornstein gegründet, sie bestand ausschließlich aus Juden; die Leitung lag späterhin in den Händen Hretschs. Im Frühling 1881 verschmolzen beide Gruppen und gründeten eine gemeinsame Schlosserwerkstatt und eine gemeinsame Hilfskasse; auch Aufrufe sollten gedruckt werden. Verhaftungen, die General Strelnikow vornehmen ließ, machten dieser Organisation ein Ende; etwa 300 Arbeiter wurden zur Rechenschaft gezogen. Es ist übrigens wahrscheinlich, daß diese Gruppe mit der Organisation der „Schwarzen Aufteilung" in Verbindung stand.

In Odessa standen die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" unter der Führung der tätigen und besonders intelligenten Wera Figner. Eine revolutionäre Gruppe war hier schon lange Zeit vorher von Bialowiejski [2]) (der sicherlich ein Pole war) und von Jushakow gegründet worden; die Gruppe dachte an eine terroristische Aktion, namentlich träumte sie von einem Attentat auf den Zaren. Zu diesen Revolutionären gehörten auch Tretiakow, Skidane, Dubnicki und andere. Bialowiejski scheint der Figner seine Gruppe zur Verfügung gestellt zu haben, aber die Mitglieder wurden bald darauf verhaftet [3]).

In Odessa existierte in jener Zeit eine Reihe von Arbeitergruppen, über deren Tätigkeit wir nicht genau unterrichtet sind.

Auch in Petersburg regte sich einige Monate nach dem 1. März die Bewegung unter den Arbeitern von neuem und erreichte sogar die Gardesoldaten; die alten Gruppen verstärkten ihre Tätigkeit, neue entstanden. Die Bewegung begann den

---

1) „Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland 1878 bis 1887" S. 196

2) „Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland 1877 bis 1887" S. 229

3) Der noch lebende Jushakow könnte wahrscheinlich über diese Gruppe verschiedenes berichten.

Gendarmerieoffizier Sudiejkin zu beunruhigen. Um sie zu unterdrücken, fing er an, in der Arbeiterschaft Provokateure zu suchen. Einer von ihnen, Prejm, wurde am 29. Juni 1881 auf dem Smolensker Friedhof durch Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ ermordet.

Im Gouvernement Perm entstand eine sehr starke sozialistische Bewegung unter der Arbeiterschaft der in Molowischin gelegenen Fabrik des Kriegsministeriums. An der Spitze der Bewegung standen Bahnbeamte, die im Orte selbst ansässig waren, und Studenten der Kasaner Universität, von denen Pomeranzew der hervorragendste war. Die Gruppe gab in einem Dorfe bei Perm eine hektographierte Zeitschrift „Die Schule“ heraus: diese brachte es bis auf zehn Nummern, doch ist keine auf uns gekommen. General Schebeko erwähnt diese Zeitschrift, ohne etwas über ihren Inhalt zu sagen.

Wir wissen auch nicht, ob diese Gruppe zu der Organisation der „Volksfreiheit“ oder zu der der „Schwarzen Aufteilung“ Beziehungen besaß und zu was für einem Programm sie sich bekannte. Sie hielt sich nicht ganz zwei Jahre. In den Prozeß, der gegen die Mitglieder angestrengt wurde, waren 52 Angeklagte verwickelt [1]).

In Wladimir war 1881 eine sozialistische Gruppe tätig, die etwa 20 Personen umfaßte und eine einzige Nummer einer Zeitschrift unter dem Titel „Pugatsch“ (d. h. Pugatschew) herausgab. General Schebeko zählt diese Gruppe auf, ohne über ihre Anschauungen und das Programm nähere Mitteilungen zu machen [2]).

Nach dem Attentat vom 1. März warf sich die Organisation „Volksfreiheit“ mit besonderer Energie auf die Tätigkeit im Heere. Diese militärische Propaganda war für die Partei von besonderer Wichtigkeit, da sie ja von bewaffneten Aufständen in den großen Städten träumte; es war klar, daß solche nur dann von Erfolg sein konnten, wenn wenigstens ein Teil des Heeres mit der Bewegung sympathisierte.

---

1) „Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland“ S. 245.

2) Ebenda S. 199.

Die Verhaftungen nach den Ereignissen des 1. März rissen Suchanow und Baron Stromberg aus den Reihen der Heeresorganisation. Beide wurden in den letzten Apriltagen gefangen genommen. Der erstere wurde den Angeklagten eines großen Prozesses beigesellt, der erst später stattfand; der zweite wurde aus Mangel an genügenden Beweisen auf administrativem Wege nach Sibirien verschickt. Die Lücke, die die Verhaftung dieser beiden sehr energischen Männer riß, führte jedoch nicht zum Verfall der Heeresorganisation. An ihre Stelle traten in die Zentralgruppe der Heeresorganisation Sawalischin und Alexander Buzewitsch. Vertreter des Exekutivkomitees waren damals Slatopolski und Anna Korb.

Der Beitritt Buzewitschs [1]) zur Heeresorganisation war für diese von großer Bedeutung, da er eine ausdauernde und energische Natur war. Er hatte erst die Marineakademie als Ingenieur besucht, war dann in das Institut für Wegebau eingetreten und diente schließlich im Verkehrsministerium; er besaß eine Menge Bekannte in Heer und Flotte, ebenso unter den Ingenieuren und auch in der gesamten höheren Gesellschaft der Hauptstadt.

Es ist charakteristisch, daß der bekannte General Dragomirow (der spätere Generalgouverneur und Heereskommandant des Kijewer Militärrayons) ihm für das Parteiorgan einen Aufsatz über die russische Armee versprach.

Der gleiche Dragomirow, der schon damals in militärischen Kreisen eine gewichtige Persönlichkeit war, sagte 1882 in einem Gespräch mit Major Tichocki, einem Mitglied der Organisation „Volksfreiheit": „Wenn Sie Erfolg haben, meine Herren, gehe ich mit Ihnen [2])." Derartige Worte verpflichteten natürlich zu gar nichts, aber sie charakterisieren die Stimmung. Sie beweisen, daß revolutionäre Offiziere derartige Gespräche mit hohen Persönlichkeiten wie Dragomirow führen konnten und statt auf Empörung zu stoßen, solche Antworten erhielten.

Im Frühjahr 1882 ging Anna Korb nach Tiflis im Kaukasus,

---

1) Serebriakow, Die Revolutionäre in der Flotte. „Biloje" 1907, Aprilheft S. 126.

2) „Biloje", Jahrgang 1907, Septemberheft S. 199.

um unter den dortigen Offizieren die revolutionäre Propaganda zu beginnen und eine Gruppe der Heeresorganisation zu gründen. Sie erfüllte ihre Aufgabe vorzüglich; unter den Offizieren des Mingrelskischen Regiments entstand bald eine revolutionäre Gruppe, die Beziehungen zur Partei „Volkswille“ unterhielt.

Buzewitsch reiste von einer Stadt im Inneren des Landes zur andern und knüpfte Beziehungen mit den Offizieren an; in Nikolajewsk, wo er längere Zeit wohnte, hinterließ er in der Organisierung dreier Offiziersgruppen dauernde Spuren seiner Tätigkeit.

In Odessa existierten einige Gruppen von Offizieren, die mit der Gruppe der „Volksfreiheit“ unter Wera Figners Leitung in Verbindung standen. Die hervorragendste Persönlichkeit in dieser Heeresorganisation war der Sekondeleutnant Aschenbrenner.

In Kronstadt und Petersburg existierten je drei revolutionäre Offiziersgruppen. Serebriakow erwähnt Gruppen in Nowgorod, Moskau, Kijew, Orla, Minsk und Wilna; alle Gruppen zusammen zählten einige hundert Offiziere.

Über eine ungeheure Ebene zerstreut, konnten sie nicht anders als nur lose mit der Zentralgruppe der Heeresorganisation verknüpft sein. Um eine straffe Organisation zu schaffen, wurde 1882 die Gründung von Kreisgruppen beschlossen, die die Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen und der Zentralgruppe herstellen sollten. Der Beschluß ließ sich jedoch nicht durchführen.

Die größte Ausdehnung besaß die Heeresorganisation der Partei „Volksfreiheit“ von Mitte 1881 bis Mitte 1882; um diese Zeit vergrößerte sie sich von Monat zu Monat. Sie war jedoch notwendig zur Untätigkeit verurteilt, da an Aufstände in den russischen Städten noch nicht zu denken war und die Partei damals nicht die Absicht hatte, eine andere revolutionäre Aktion zu unternehmen. Die revolutionären Offiziere — Serebriakow versichert, daß sie nach Hunderten zählten — versammelten sich, diskutierten, lasen die Revolutionsliteratur, zahlten ihre Beiträge und leisteten mitunter der Organisation kleine Dienste. Aschenbrenner klagt über ihre Unvorsichtigkeit und berichtet, die Offi-

ziere hätten oft in Privathäusern und auch an öffentlichen Orten laut revolutionäre Reden geführt. Sie konnten es nur aus dem Grunde ungeahndet tun, weil in Offizierskreisen die Kameradschaft stark entwickelt war.

Unabhängig von den revolutionären Offiziersgruppen wurde die Propaganda unter den Soldaten getrieben; als Agitatoren traten unter ihnen in erster Reihe Arbeiter auf. Nur durch Zufall erfuhr manchmal ein Offizier, der selbst zur Partei „Volksfreiheit" gehörte, daß auch seine Soldaten die Revolutionsliteratur lasen.

Sicherlich waren nicht alle Offiziere, die zur Partei „Volksfreiheit" gehörten, auch bereit, an allen möglichen Unternehmungen der Partei teilzunehmen; unstreitig aber gab es einzelne unter ihnen, die zu jeder Aktion entschlossen und bereit waren.

Ende Sommer 1881 begann die Partei „Volksfreiheit" eine Reihe von revolutionären Aufrufen herauszugeben.

Am 24. August erschien ein Aufruf an die arbeitende Bevölkerung, der die verzweifelte Lage der russischen arbeitenden Klassen beschreibt. Die volksfeindliche Politik der Regierung wird besprochen und ein Massenaufstand vorausgesagt, der die alte Regierung hinwegfegen und eine neue, vom Volk gewählte einsetzen werde. Der Aufruf schließt mit einer Aufforderung an das Volk, sich zu organisieren; die bereits aufgeklärten Individuen möchten den Massen die soziale und politische Lage Rußlands auseinandersetzen und das Land für die kommende Revolution vorbereiten.

Vom 24. August datiert auch noch ein Aufruf an die Offiziere, worin ihnen auseinandergesetzt wird, daß sie nicht neutral bleiben könnten; sie müßten entweder die bestehende politische Ordnung Rußlands schützen oder sich aktiv an der Vernichtung dieser Ordnung beteiligen. Ein Zustand, wie der bestehende, könne den völligen Verfall Rußlands herbeiführen. Das große russische Volk aber würde nicht untergehen, nur die Regierung würde vernichtet werden. Die Zeit des allgemeinen Aufstandes sei nicht fern. Die Offiziere möchten sich daher in die Reihen derer stellen, heißt es zum Schluß, die für die Befreiung des Volkes kämpfen werden.

Am 3. September erließ das Exekutivkomitee einen Spezialaufruf an die Kosaken am Don, im Ural, im Gouvernement Orenburg, Kuban, Terstc, Astrachan und Sibirien.

Der Aufruf spricht von den „prachtvollen Überlieferungen“ der Kosaken, von dem Geist der Unabhängigkeit, der früher unter ihnen geherrscht hätte, von den berühmten Bauernaufständen, die sie in vergangenen Jahrhunderten organisiert hätten. Die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Partei werden auseinandergesetzt, der Brief an Alexander III. wird erwähnt und der Satz aufgestellt, die neue Regierung sei noch schlimmer als die alte. Zum Schluß werden die Kosaken aufgefordert, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen.

Am 25. September erließ die Zentralgruppe der Petersburger Universität, die eine Abteilung der Partei „Volkswille“ war, einen Aufruf, worin es heißt, die Lage der Studentenschaft sei auf das engste mit der allgemeinen politischen Lage des Landes verknüpft, die Jugend müsse sich daher an dem allgemeinen Kampf um die Freiheit und die Rechte des Volkes beteiligen. Die Notwendigkeit einer Organisation wird hervorgehoben [1]).

Am 30. September tauchte ein Aufruf auf, den nur ein Teil der Mitglieder der Partei „Volksfreiheit“ herausgegeben hatte. Da die übrigen ihn verwarfen, wurde er vernichtet. In diesem Aufrufe wurden die antisemitischen Ausschreitungen besprochen und zahlreiche Vorwürfe gegen die Juden erhoben; zum Schluß wurde der Bevölkerung empfohlen, die Juden weiter zu verfolgen und gleichzeitig Regierungsbeamte totzuschlagen [2]).

Die veränderten Anschauungen der Führer der Partei „Volksfreiheit“ bezüglich der nächsten Aufgaben der Partei, ihre Verurteilung des politischen Terrorismus gegen die Zentralregierung und die Beschäftigung mit Vorbereitungen, deren letztes Ziel ein bewaffneter Aufstand sein sollte, hatten zur Folge, daß sich

1) Alle hier angeführten Aufrufe sind in dem Werk „Die Literatur der Volksfreiheit“ S. 908—922 abgedruckt.

2) Der Text dieses Aufrufs existiert nicht mehr; der Inhalt wird in dem bereits häufig angeführten Werk „Die Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland“ S. 215 wiedergegeben.

die wichtigsten Vertreter der noch vegetierenden Partei der „Schwarzen Aufteilung“ jetzt der Organisation „Volksfreiheit“ näherten.

Im September 1881 kam Stefanowitsch nach Moskau, um mit den Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit“ über eine eventuelle Vereinigung der beiden Parteien zu verhandeln. Die Beratungen fanden im Laufe des Winters 1881 auf 1882 statt. Von seiten der Organisation „Volksfreiheit“ nahmen Bogdanowitsch, Gratschewski, Tichomirow und die Oschanina-Polonska an ihnen teil; die Verhandlungen schlossen damit, daß Stefanowitsch, die Bulanowa und fast alle Mitglieder der Partei der „Schwarzen Aufteilung“ in Petersburg sich der Partei der „Volksfreiheit“ anschlossen; dem Beispiel der Petersburger Genossen folgten bald auch die Anhänger der „Schwarzen Aufteilung“ in den übrigen russischen Städten [1]). Unstreitig wurden die Reihen der Partei „Volksfreiheit“ auf diese Weise gestärkt, aber gleichzeitig vertiefte sich auch der Gegensatz der Ideen innerhalb der Partei; die Vereinigung beider Parteien trug sichtlich zur Stärkung jener Richtung innerhalb der Organisation „Volksfreiheit“ bei, die nach dem Attentat vom 1. März anfing, die Oberhand zu gewinnen.

Ende 1881 entstand eine neue Organisation „Die Vereinigung des Roten Kreuzes der Volksfreiheit“ („Obschtschestwo krasnawo kresta Norodnoj Woli“). Die Aufgabe der neuen Organisation war, den politischen Gefangenen und Verschickten materielle und moralische Unterstützung zu leisten und ihre Flucht zu erleichtern. Die Partei „Volksfreiheit“ litt empfindlich unter dem Mangel an Mitgliedern, um so mehr, als sie sich zu bewaffneten Aufständen anschickte, die selbstverständlich viele Kräfte beanspruchten. Die Befreiung der Gefangenen und Verschickten war daher um so wichtiger.

Der Begründer des „Roten Kreuzes der Volksfreiheit“ war Bogdanowitsch, der zu diesem Zwecke sogar eine Reise nach Sibirien unternahm. Vertreter dieser Organisation waren Lawrow

---

1) Siehe die Anklageschrift im Prozeß der 17. „Biloje“, Jahrgang 1906, Oktoberheft S. 215.

und Satulitsch. Ich bespreche die Satzungen des „Roten Kreuzes der Volksfreiheit" nicht, da sie nichts Charakteristisches enthalten. Die Zeitschrift „Biloje" brachte 1906 einen Neudruck.

XXI.

Am 3. November 1881 unternahm Sankowski im Polizeidepartement ein mißlungenes Attentat gegen General Tscherewin, der Sekretär des Ministers des Innern und Leiter der Gendarmerie war.

An dem Attentat war die Partei der „Volksfreiheit" in keiner Weise beteiligt, was sie auch ausdrücklich in ihrem Organ erklärte.

Sankowski war eine in revolutionären Kreisen wenig bekannte Persönlichkeit. Er stammte aus Brzestlitewski und war polnischer Katholik. Ein buntbewegtes Leben lag hinter ihm, er hatte die Schule besucht, ohne auch nur das Untergymnasium zu absolvieren. Er trat ins Heer ein, wo er bald wegen eines Vergehens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde; nach Verbüßung seiner Strafe bemühte er sich erfolglos um eine Anstellung bei der Bahnverwaltung. Später diente er in Montenegro als Freiwilliger und wandte sich schließlich nach Westeuropa. Im Auslande lernte er die revolutionäre Gedankenwelt kennen, und der Wunsch entstand in ihm, selbst etwas für die Revolution zu leisten, doch fehlte es ihm an Verbindung mit den Revolutionären. Mit einem falschen Paß versehen kehrte er nach Rußland zurück. In Tambow, wo er ein Theaterbüfett unterhielt, machte er die Bekanntschaft Mielnikows, der gleichfalls wegen Diebstahls vorbestraft war. Nach einiger Zeit reisten beide gemeinsam nach Petersburg, um Beschäftigung irgendwelcher Art zu suchen. Sie fanden jedoch nichts und verbrachten ihre Tage in Gelagen, bei denen sie ihre spärlichen Mittel bald aufbrauchten. In der Hauptstadt führte Mielnikow seinem Gefährten einen Menschen zu, der sich für einen Revolutionär ausgab und Sankowski zu einem Attentat auf General Tscherewin überredete, den er als ein sehr gefährliches Individuum bezeichnete. Sankowski erklärte sich einverstanden und führte den Anschlag aus.

Am 8. Januar 1882 verurteilte das Petersburger Kriegsgericht

Sankowski zum Tode und Mielnikow zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit [1]. Der Sekretär des Vorsitzenden des Petersburger Militärrayons, Generals Konstanda, wandelte die Todesstrafe für Sankowski in lebenslängliche Zwangsarbeit um, weil der Angeklagte nicht zur terroristischen Partei gehört hatte.

Bezeichnend ist ein Versuch, den die Regierung damals machte, um von den Revolutionären das Einstellen des Terrorismus zu erlangen. Im Oktober 1881 wurde Olga Lubatowitsch verhaftet. Während der Untersuchung begann der Unterstaatsanwalt Dobrzynski ein politisches Gespräch mit ihr, fragte sie nach den Gründen der Ermordung Alexanders II. und stellte schließlich auch die Frage, unter welchen Bedingungen die Partei ihre terroristische Aktion wenigstens bis zu den Krönungsfeierlichkeiten einstellen würde. Die Lubatowitsch erklärte, keine Forderungen im Namen der Partei stellen zu können, doch glaube sie, die Organisation würde dafür eine allgemeine Amnestie oder Rede- und Versammlungsfreiheit verlangen.

Dobrzynski suchte sie zu überreden, einen Brief an Alexander III. zu schreiben, worin sie die Ursachen der revolutionären Bewegung und der terroristischen Aktion, sowie die Bedingungen auseinandersetzen sollte, unter denen die Partei sich bereit erklären würde, keinen neuerlichen Anschlag zu unternehmen. Die Lubatowitsch schlug es jedoch ab, auf diesen Plan einzugehen.

Einige Tage darauf vollführte Sankowski seinen Anschlag auf General Tscherewin; das Attentat machte in Regierungskreisen einen starken Eindruck. Dobrzynski besuchte abermals die Lubatowitsch und machte aus seiner starken Beunruhigung über das neuerliche Attentat kein Hehl. Sie erklärte ihm, Sankowski sei in revolutionären Kreisen völlig unbekannt, gerade dieser Umstand beweise aber, daß die Verhältnisse selbst auch außerhalb der Partei eine terroristische Aktion hervorriefen. An demselben Tage noch führte der bekannte Gendarm Sudiejkin die Lubatowitsch zu Plehwe, der damals Direktor des Polizeidepartements war.

---

1) Die revolutionären Quellen geben uns keine genauen Nachrichten über Sankowski; die obigen Mitteilungen schöpfe ich aus dem Buch des Generals Schebeko, Die Chronik der sozialistischen Bewegung, S. 198 (in russ. Sprache).

Plehwe empfing sie sehr zuvorkommend und wiederholte Dobrzynskis Vorschlag. Die Lubatowitsch möge einen Brief an Alexander III. schreiben; der Kaiser, erklärte Plehwe, liebe sein Volk und sei bereit, alles für dessen Wohl zu tun.

Am nächsten Tage erklärte Dobrzynski der Lubatowitsch, man würde sie auf Ehrenwort aus der Haft entlassen, wenn sie bereit sei, die Verhandlungen mit der Organisation „Volksfreiheit“ über das Einstellen der terroristischen Aktion zu leiten. Sie lehnte auch diesmal ab, aus Angst, Geheimagenten der Polizei würden nach jenen Mitgliedern der Partei fahnden, welche mit ihr beratschlagen würden. Überdies waren ihre Beziehungen zur Partei damals nicht gerade die günstigsten.

Da sie jedoch anderseits die Verantwortung nicht allein tragen wollte, Umstände, die der Gesellschaft und den Gefährten vielleicht Vorteile bringen konnten, nicht ausgenützt zu haben, verlangte sie eine Unterredung ohne Zeugen mit Romanienko, der gleichfalls gefangen war, und dem sie die Vorschläge, die man ihr gemacht hatte, wiederholen wollte; die Zusammenkunft wurde ihr denn auch gewährt.

Ob Romanienko Bedingungen stellte oder sich mit der Partei ins Einvernehmen setzte, weiß die Lubatowitsch nicht zu sagen. Dobrzynski, den sie darum befragte, antwortete ausweichend [1]). Die Episode führte zwar zu keinerlei praktischen Ergebnissen, ist aber ungeheuer charakteristisch. Beweist sie doch, in welchem Maße die Regierung, obgleich sie gesiegt hatte, weitere terroristische Anschläge fürchtete und wie sehr sie ihnen vorzubeugen suchte.

Wir werden noch sehen, daß dem Hofe nahestehende Kreise ihrerseits Verhandlungen mit den Mitgliedern der Organisation „Volksfreiheit“ führten.

XXII.

Die politische Bewegung in den Ziemstwos kam 1881 nicht zum Stillstand. Wir führen hier nicht die zahlreichen Beschlüsse an, die in Kreis- und Gouvernementsversammlungen der verschiedenen Ziemstwos gefaßt wurden. Sie strebten alle Reprä-

1) Siehe den Aufsatz der Lnbatowitsch. „Biloje“, Jahrgang 1906, Juniheft.

sentativvertretungen an, wo Vertreter des Volkes neue Gesetzesvorschläge beraten und die Wünsche des Volkes darlegen sollten. Bezüglich des Charakters dieser Institutionen herrschten verschiedene Meinungen, die sich in zwei Strömungen kundgaben; die einen wollten der zu schaffenden Körperschaft eine nur beratende Rolle zugestehen; die Institution sollte dem Kaiser nur die Meinungen und Wünsche der Gesellschaft darlegen, ihn aber im übrigen in seiner Macht nicht beschränken und ihm völlige Entscheidungsfreiheit in Gesetzgebung und Verwaltung sichern; die andere Strömung trat für eine wirkliche Volksvertretung und eine Konstitution ein, die die Macht des absoluten russischen Herrschers einschränken sollte.

Die Beschlüsse der Ziemstwos waren in durchaus umsichtiger und allgemeiner Weise abgefaßt und befleißigten sich eines ruhigen Tones. Nichtsdestoweniger begriff die Regierung die halbversteckte Tendenz nur allzu gut.

Im Schoße der Regierung, d. h. im Ministerrat, herrschten ebenfalls zwei Strömungen. Die eine Partei, die der Slawophilen, an deren Spitze der Minister des Innern, Graf M. Ignatiew stand, wollte nichts von einer russischen Konstitution hören, erkannte aber die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Zar und Volk an. Zu diesem Zwecke wollte sie einen beratenden Landestag und Selbstverwaltungsinstitutionen schaffen. Die zweite Partei war für ein ausschließlich absolutes Regime, ihr Führer war Pobiedonoszew. In der Presse wurde die erste Richtung durch Iwan Aksakow, den bekannten Slawophilen, die zweite durch Michael Katkow vertreten. Auch in der nächsten Umgebung Alexanders III. hatten beide Strömungen ihre Anhänger.

Graf Woronzow-Daschkow, der zum Hofminister ernannt worden war, wirkte in der Richtung des gemäßigten Liberalismus auf den Kaiser ein, indem er sich bemühte, den reaktionären Einflüssen Pobiedonoszews entgegenzuarbeiten. Sein Freund Peter Schuwalow ging, soweit man aus einigen Vorgängen schließen kann [1]), noch weiter und neigte direkt zum Konstitutionalismus.

---

1) Von ihnen soll noch anläßlich der Verhandlungen der Hofpartei mit der Organisation „Volksfreiheit“ die Rede sein.

Alexander III. selber sympathisierte mit der rein absolutistischen Richtung, wie Pobiedonoszew sie predigte. Er war jedoch nicht sicher, ob die Politik, zu der dieser Staatsmann neigte, sich immer würde aufrechterhalten lassen. Der Kaiser befürchtete neue terroristische Anschläge und verfolgte auch die Bewegung innerhalb der verschiedenen Ziemstwos mit Unruhe. Aus diesem Grunde war seine Haltung schwankend, und er konnte sich auch nach dem berühmten Manifest vom 29. April 1881 nicht entschließen, diese Richtung ganz einzuschlagen.

Die revolutionäre Bewegung hätte damals von entscheidendem Einfluß auf die Regierungspolitik werden können. Die Angriffe der Organisation „Volksfreiheit“ hätten Pobiedonoszews Stellung wahrscheinlich erschüttert, ihn vielleicht sogar ganz aus dem Sattel gehoben; gleichzeitig wäre die liberale Opposition, die dann in weitere soziale Schichten hätte dringen können, durch eine solche Taktik der Revolutionäre gestärkt worden. Gerade diesen Umstand fürchtete die Regierung Alexanders III. Wir sahen jedoch bereits, daß die Organisation „Volksfreiheit“ damals von anderen Gedanken durchdrungen war. Sie verhielt sich damals im wesentlichen, wie wir wissen, gegen eine terroristische Aktion sehr kühl und beschloß, in den Städten einen bewaffneten Aufstand, in der Armee aber eine Verschwörung anzustreben, die die Staatsmacht an sich reißen sollte.

Im Jahre 1881 jedoch und in der ersten Hälfte des Jahres 1882 waren Alexander III. und die russische Regierung über den tatsächlichen Stand der revolutionären Kräfte und die in der Partei „Volksfreiheit“ herrschende Strömung nicht genügend unterrichtet. Die Regierung erließ damals, um ihre eigene Stellung zu sichern und den Kampf gegen die revolutionäre Bewegung besser durchführen zu können, Ausnahmegesetze, die der Direktor des Polizeidepartements Plehwe ausgearbeitet hatte. Es waren dies die sogenannten „Bestimmungen zur verstärkten und außerordentlichen Schutzmaßnahme“, die Alexander III. am 6. September 1881 bestätigte und die sofort ins Leben traten. Die Verwaltungsorgane erhielten durch sie für alle von der revolutionären Bewegung bedrohten Örtlichkeiten außerordentliche Vollmachten, wodurch die ohnedies schon sehr fraglichen rechtlichen Sicher-

heiten der Staatsbürger in politischer Hinsicht völlig aufgehoben wurden.

Die Stadthauptmänner (Gradonatschalniki), Gouverneure und Generalgouverneure wurden die allmächtigen Herren der Situation. Sie konnten Personen, die sie als unzuverlässig erklärten, aus Städten und Gouvernements ausweisen, konnten Geld- und Gefängnisstrafen verhängen, Briefe mit Beschlag belegen, Vereinigungen auflösen usw.

Ich führe aus Raummangel hier nicht alle Vollmachten der Verwaltung an, die in verwickelter und unbestimmter Weise ausgedrückt, den Verwaltungsorganen die Möglichkeit gaben, völlig nach Gutdünken vorzugehen. Die neuen Bestimmungen sollten nur vorübergehend in Kraft bleiben, währen aber bis auf den heutigen Tag.

Die Regierung suchte zwar der revolutionären Bewegung durch Repressalien Herr zu werden, fühlte jedoch gleichzeitig das Bedürfnis, gewisse Reformen in der Landesverwaltung und ebenso in der Selbstverwaltung der Gouvernements und Kreise vorzunehmen, um so die öffentliche Meinung zu beruhigen. Ein bestimmtes Programm fehlte ihr jedoch hierbei.

Auf Grund eines Berichts des Ministers des Innern, des Grafen Nikolaus Ignatiew, berief der Kaiser im November 1881 eine Kommission, die einen neuen Plan für die lokale Selbstverwaltung ausarbeiten sollte; auch über die Verwaltung der Gouvernements sollte die Kommission beraten. Sie bestand aus den Senatoren Kowalewski, Potowzew, Mordwinow und Schanschin, sowie aus Vertretern der einzelnen Ministerien, die in erster Reihe Sekretäre der Minister entsandten. Den Vorsitz führte der Standessekretär Kochanow, er sollte im Einvernehmen mit dem Minister des Innern Sachverständige aus der Mitte der Gesellschaft hinzuziehen, was in der Weise geschah, daß er Personen auswählte, die keinesfalls als Träger der öffentlichen Meinung gelten konnten.

Die Ziemstwos waren über die Regierung empört, da diese in die Kommission nur „zuverlässige“ Männer berief, die je nach Gutdünken die Idee der Vertretung verzerrten. Die Ziemstwos der Gouvernements Bessarabien, Wladimir, Kasan, Kaluga, Kostroma, Nowgorod, Petersburg, Poltawa, Pskow, Smolensk, Char-

kow und Cherson erklärten trotz des Widerstandes der Administration, die von der Bureaukratie zu den Beratungen der Kommission zugezogenen Personen nicht als Vertreter des Volkes anzuerkennen. In den maßgebenden Kreisen rief dieser Protest gegen die Regierungspolitik und die sie stützenden Slawophilen Empörung hervor.

Nach einigem Zögern ernannte Alexander II. am 30. Mai 1882 den Grafen Dmitri Tolstoi, den Graf Loris-Melikow seines Amtes als Unterrichtsminister enthoben hatte, zum Minister des Innern. Tolstoi war als Reaktionär der äußersten Rechte bei einem beträchtlichen Teil der Gesellschaft, und zwar selbst bei gemäßigten Leuten stark verhaßt; er erlangte allmählich einen immer stärkeren Einfluß auf Alexander III.; in Rußland hob jetzt die uneingeschränkte Herrschaft dreier Männer an: es waren dies Graf Dmitri Tolstoi, Pobiedonoszew und Katkow. Die größte Bedeutung von ihnen hatte unstreitig Graf Tolstoi; er war ein energischer, rücksichtsloser Mann, dazu Aristokrat vom Scheitel bis zur Sohle.

Ehe aber Graf Tolstoi den entscheidenden Sieg davontrug, machten sich in der Umgebung des Kaisers verschiedene Strömungen geltend. Ein gewisser Teil der Hofgesellschaft scheute sich zu jener Zeit nicht, Verhandlungen mit den Revolutionären anzuknüpfen, die damals fast ausschließlich in agitatorisch-propagandistischer und organisatorischer Hinsicht tätig waren.

Als ganz vereinzelte Tatsache fällt in diese Zeit das Attentat auf General Strelnikow in Odessa am 18. März 1882. Der General wurde während eines Spazierganges im Boulevard durch einen einzigen gut gezielten Schuß des Revolutionärs Nikolaus Shelwakow zu Boden gestreckt und blieb sofort tot. Shelwakow versuchte zu fliehen; zu diesem Zwecke wartete in der Nähe der als Kutscher verkleidete Chalturin mit einem Wagen. Sie wurden beide, obwohl sie energisch bewaffneten Widerstand leisteten, verhaftet.

Zwei Tage später wurden beide nach Verurteilung durch ein Kriegsgericht gehenkt; erst später erfuhr die Regierung die wahren Namen der beiden Revolutionäre.

Der Tod Strelnikows rief in revolutionären Kreisen große

Freude hervor. Für die Regierung bedeutete das Attentat eine unangenehme Überraschung, ohne sie jedoch besonders zu beunruhigen, da sie eigentlich nur vor Attentaten auf ihre eigenen Mitglieder, d. h. auf die höchsten Würdenträger des Staates, Angst hatte. Die Ermordung Strelnikows wurde als ein Akt revolutionärer Selbstwehr angesehen.

Das Attentat führte zu zahlreichen Verhaftungen, da die Polizei während der Untersuchung auf die Spuren zahlreicher anderer Personen kam.

Die Petersburger Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" planten damals ein Attentat auf einen Menschen, der für sie ungleichlich schädlicher war als Strelnikow, auf den Gendarmerieoberstleutnant Sudiejkin, und trafen gewisse Vorbereitungen dazu.

XXIII.

Ende 1881 und Anfang 1882 verlor die Revolutionspartei infolge von Verhaftungen viele Mitglieder, und zwar waren es gerade bedeutende Persönlichkeiten, die ihr so entrissen wurden; ich nenne nur Lebiediew, Tetatow, Bogdanowitsch, Stefanowitsch und Slatopolski. Die Tätigkeit der Partei war auf diese Weise, namentlich in Moskau, bis zu einem gewissen Grade geschwächt, doch bedeuteten die Verluste noch keinen eigentlichen Verfall. Im Süden des Landes, in Odessa, Charkow, Rostow am Don, Kijew und vielen anderen Städten nahm die revolutionäre Tätigkeit ihren Fortgang. In Saratow existierte eine besonders energische Gruppe, die der Organisation „Volksfreiheit" mannigfache Dienste nach verschiedenen Richtungen hin leistete. Zu der Gruppe gehörte eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern und Personen aus den Reihen der Intelligenz, die sich der Bewegung schon früher angeschlossen hatten, wenn auch nicht alle Mitglieder dieser Gruppe die Anschauungen der Partei völlig teilten. Auch die Gruppe in Saratow wirkte auf die bäuerliche Bevölkerung im Gouvernement ein und zwar mittelbar, indem sie sich hierzu der auf dem Lande und in kleinen Landstädtchen lebenden Intelligenz bediente, die mit der Bewegung sympathisierte. Am stärksten war diese Einwirkung in den Kreisen Wolsk, Kamjschin und Balaschow. Die Erfolge dieser propagandistischen Tätig-

keit lassen sich heute nur schwer ermessen, doch traten sie später, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in der Bewegung vor dem Ausbruch der Revolution sichtbar zutage.

Die unter der Leitung der Organisation „Volksfreiheit“ stehende revolutionäre Bewegung gewann 1881, 1882 und auch noch in den nächstfolgenden Jahren eine große Ausbreitung und fand selbst in entlegenen Ortschaften einen Widerhall, wohin die Revolutionäre früher nie gelangt waren. Vergleichen wir die damalige Bewegung mit jener, die im Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzte, so handelte es sich allerdings immer noch nur um ein kleines Häuflein Menschen; ein Rückblick auf die siebziger Jahre zeigt uns jedoch, daß die Bewegung in jeder Beziehung erstarkt war. Nach dem Attentat von 1881 trat der Terrorismus wieder zurück, die Revolutionäre lenkten jetzt fast alle ihre Kräfte auf Propaganda und Agitation. Die Verhaftungen, von denen oben die Rede war, hatten die Heeresorganisation noch nicht berührt. Die Partei „Volksfreiheit“ bildete also immer noch, trotz der empfindlichen Lücken, die ihr die Regierung geschlagen hatte, eine ernst zu nehmende revolutionäre Macht.

Anfang 1882 hatte sich in Petersburg wieder eine Schar tatkräftiger und ausdauernder Revolutionäre zusammengefunden; es waren Gratschewski, Korba und andere.

Sudiejkin entfaltete um diese Zeit eine für die Organisation nicht ungefährliche Tätigkeit; er bemühte sich, Provokateure zu gewinnen, was ihm mitunter auch gelang. Da die Organisation hierdurch in große Gefahr kommen konnte und Personen, die mit den Revolutionären in Berührung kamen, demoralisiert werden konnten, beschloß die Partei „Volksfreiheit“ seinen Tod. Das Vorhaben war allerdings nicht leicht durchzuführen, da Sudiejkin sehr vorsichtig war; er hatte in Petersburg mehrere Wohnungen und führte ein unregelmäßiges Leben.

Einige Mitglieder der Partei „Volksfreiheit“ kannten eine gewisse Frau O., die gesellschaftliche Beziehungen zu Sudiejkin besaß. Gratschewski hoffte mit ihrer Hilfe dem vorsichtigen Gendarmen auf die Spur zu kommen und ihn zu vernichten.

Um das Attentat auszuführen, wurde in der Wohnung des

Ehepaars Pribilew ein Laboratorium eingerichtet, in dem man Bomben herstellte. Gratschewski legte auch auf den Umstand Wert, daß bei dieser Gelegenheit einige Revolutionäre die Herstellung von Sprengstoffen lernten; er war stets ein Anhänger des Terrorismus gewesen und änderte seine Ideen auch nach dem 1. März nicht, als die Mehrzahl seiner Gefährten sich von der Taktik des Terrorismus abwandten.

Die oben erwähnte Frau O. erledigte nicht nur ihre Aufgabe nicht in entsprechender Weise, sondern gab auch noch zu zahlreichen Verhaftungen Anlaß (Gratschewski, das Ehepaar Pribilew und andere). Bis auf den heutigen Tag ist unklar, ob sie die Revolutionäre durch Unvorsichtigkeit und Schwatzhaftigkeit Sudiejkin in die Hände lieferte oder ob sie bewußt eine doppelte Rolle spielte und beide Parteien aneinander verriet. Im entscheidenden Augenblick, als der Mordanschlag auf Sudiejkin bereits ausgeführt werden sollte, zog sie sich unter verschiedenen Vorwänden zurück, so daß sich der Plan gar nicht verwirklichen ließ.

Gleich darauf, in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1882, wurden Gratschewski, Korba, Buzewitsch, Klimienko und eine Reihe anderer Personen verhaftet. Am nächsten Morgen wurde um 10 Uhr vormittags eine Hausdurchsuchung bei dem Ehepaar Pribilew vorgenommen, wobei alle Revolutionäre verhaftet wurden, die sich gerade in der Wohnung befanden [1]).

Bald darauf reisten die Oschanina-Polonska und Tichomirow ins Ausland, da die Gefahr, in die Hände der Polizei zu fallen, für sie sehr groß geworden war.

Die Folge all dieser Umstände war eine beträchtliche Schwächung der Partei „Volksfreiheit"; von den früheren Führern war nur Wera Figner nicht in die Hände der Regierung gefallen. Trotz der Bitten und Vorstellungen ihrer Freunde und Gefährten war sie nicht zu bewegen, Rußland zu verlassen.

Trotz dieser zahlreichen Verhaftungen konnte jedoch von einem völligen Verfall der Partei noch immer nicht die Rede

---

1) „Biloje", Jahrgang 1906, S. 234—237: Aufsatz von Pribilew, Der Prozeß der 17.

sein. In Petersburg und Moskau war die Organisation allerdings aufgelöst, manche erprobten Kämpfer waren aus ihren Reihen gerissen. Im Süden des Landes jedoch währte die revolutionäre Bewegung immer noch, und auch die Heeresorganisation bestand noch.

Die Verhaftung Buzewitschs unterbrach für einige Zeit die Verbindung der Offiziersgruppen mit der Partei, an deren Spitze jetzt Wera Figner stand. Die Marineoffiziere gingen im Sommer 1882 auf See und verloren dadurch einige Monate hindurch den Zusammenhang mit der Organisation „Volksfreiheit“. Im Herbst des gleichen Jahres war der Kontakt zwischen den Offiziersgruppen und der Revolutionspartei jedoch von neuem hergestellt. Im September kam Digajew nach Petersburg und Kronstadt, wo er Zusammenkünfte mit den revolutionären Offizieren hatte. Rogatschew kam auch mit Wera Figner zusammen, die ihm vorschlug, er und einige seiner Kameraden möchten den Abschied nehmen, um in der Partei zu arbeiten, der es damals stark an Kräften fehlte. Rogatschew teilte seinen Kameraden in Petersburg und Kronstadt den Vorschlag Wera Figners mit, die Offiziere weigerten sich jedoch, den Dienst aufzugeben. Im Dezember kam Aschenbrenner aus dem Süden; er besuchte die Hauptstadt und die umliegenden Städte und hielt mit den Offiziersgruppen Beratungen ab. Es wurde beschlossen, die Offiziersorganisationen umzugestalten und Kreisverbände zu schaffen. An der Spitze eines derartigen Kreisverbandes sollten Offiziere als Kreisvertreter stehen, deren Pflicht es sein sollte, Rußland unausgesetzt zu durchwandern; neben ihnen sollten einige andere Mitglieder tätig sein [1]).

XXIV.

Gleich nach dem Attentat vom 1. März 1881 entstanden in Rußland zwei Geheimorganisationen von antirevolutionärem Charakter, die sich das Ziel setzten, die bestehenden Zustände und die Person des Kaisers zu schützen. Es waren dies die beiden

---

1) „Biloje“, Jahrgang 1907, S. 127—128: Sierebriakow, Die Revolutionäre in der Flotte.

Organisationen: „Heilige Schar" (Swiaschtschennaja Druschina) und „Freiwilliger Schutz" (Dobrowolnaja Ochrana). Die erste hatte den Zweck, die Regierung in mannigfaltiger Weise bei der Verfolgung und Ausrottung der Revolutionäre zu unterstützen, die zweite sollte die Person des Kaisers schützen, formulierte aber ihre eigenen ideologischen Bestrebungen nicht genau.

Die „Heilige Schar" erinnert an die späteren „Schwarzen Hundert", deren Tätigkeit uns als Zeitgenossen bekannt ist, sie entwickelte sich aber nicht in gleicher Weise wie diese und legte fast gar keine energische Tätigkeit an den Tag. Der „Freiwillige Schutz", der zunächst politisch farblos blieb, nahm später einen gemäßigtliberalen Charakter an und begann dann die reaktionären Pläne Pobiedonoszews und Tolstois zu durchkreuzen.

Der Historiker Bogutscharski ist anderer Ansicht und meint, daß die Ziele beider Organisationen dieselben gewesen seien. Er behauptet sogar, die „Heilige Schar" sei aus dem „Freiwilligen Schutz" entstanden [1]). In dem Augenblick, wo ich diese Zeilen niederschreibe, weiß ich noch nicht, welche Argumente er zur Verteidigung seiner Ansicht aufstellt, da sein bezüglicher Aufsatz noch nicht ganz erschienen ist. Meine eigenen Ansichten über die beiden oben erwähnten Organisationen stützen sich auf folgende Tatsachen: 1) Die Mitglieder des „Freiwilligen Schutzes" neigten liberalen Reformen zu, einige von ihnen wünschten sogar eine Konstitution, wofür ich noch die Beweise bringen werde; 2) macht Dragomanow, der eine besondere Gabe hatte, politische Situationen rasch zu überschauen, und überdies mit einem vorzüglichen Gedächtnis ausgestattet war, in einem bisher ungedruckten Aufsatz [2]) einen deutlichen Unterschied zwischen der „Heiligen Schar" und dem „Freiwilligen Schutz". Dragomanow besaß sehr ausgebreitete Beziehungen und stand auch in direkter

---

1) Siehe seinen unvollendeten Aufsatz in „Rietsch" (russische Tageszeitung von 1909, Nr. 307. 313. 320 und 328) sowie einen anderen Aufsatz in „Rußkaja Misl" („Russisches Denken", Monatsschrift), Juniheft 1910, S. 31. In der weiteren Fortsetzung seines Aufsatzes begründet Bogutscharski diese Ansicht; siehe die Beilage am Schluß dieses Bandes.

2) Einsicht in diesen handschriftlichen Aufsatz Dragomanows erhielt ich dank der Liebenswürdigkeit des bekannten ukrainischen Führers Michael Pawlik.

Verbindung mit einem Delegierten einer dieser Organisationen. Er versichert nun in der angeführten Arbeit, die „Heilige Schar“ habe die Regierung im Kampf gegen die Revolutionäre mit allen Mitteln unterstützen wollen, während die zweite Organisation sich den Schutz des Herrschers zum Ziel setzte und liberalen Reformen zugetan war. Bogutscharski führt ein Zitat aus dem uns schon bekannten Tagebuch Walujews an, wo dieser sagt, zuerst sei die „Heilige Schar“ entstanden, um mit Hilfe einer Geheimorganisation den verschiedenen Attentaten entgegenarbeiten zu können; der geheimen Gesellschaft hätten zunächst viele Offiziere angehört, doch habe die Organisation infolge des Leichtsinns und der Eitelkeit der Grafen Woronzow-Daschkow, Schuwalow und anderer einen anderen Charakter angenommen und angefangen, Hand in Hand mit dem Polizeidepartement zu arbeiten, worauf die anständigen Leute sich von der „Heiligen Schar“ zurückgezogen hätten.

Obgleich Walujews Zeugenschaft von einem nicht zu unterschätzenden Wert ist, scheint mir diese Ansicht doch irrig, da das spätere Verhalten der Grafen Woronzow-Daschkow und Schuwalow, auf das wir noch zurückkommen, im schärfsten Widerspruch zu diesem Bericht Walujews steht. Übrigens wiederholte dieser nur Gerüchte, wie sie damals im Umlauf waren, und stand selber nicht in unmittelbarer Verbindung mit den beiden Organisationen.

Für meine Behauptung spricht auch noch der Umstand, daß Wladimir Debogoria-Mokrijewitsch [1], der über die Verhandlungen der Hofkreise mit der Partei „Volksfreiheit“ berichtet, ausdrücklich erklärt, Doktor Nowinski, der aus Petersburg gekommen war, um mit den Revolutionären zu verhandeln, habe sich ihm und Dragomanow gegenüber im Gespräch als Mitglied des „Freiwilligen Schutzes“ bezeichnet, der bei Hofe die liberale Richtung repräsentiere. Dragomanow schrieb seinen Aufsatz mehr als ein Jahrzehnt früher, ehe Debogoria-Mokrijewitsch den seinigen verfaßte, während dieser seinerseits unmöglich die handschriftliche Arbeit Dragomanows kennen konnte, da diese bis

1) „Biloje“, Jahrgang 1907, Aprilheft S. 56.

jetzt ungedruckt geblieben ist. Die beiden Berichte sind also völlig unabhängig voneinander; da sie aber beide in einem bestimmten Punkte vollkommen übereinstimmen, sind sie für uns von hervorragender Bedeutung.

Die ersten Verhandlungen des „Freiwilligen Schutzes" mit der Organisation „Volksfreiheit" fanden im Sommer 1882, wahrscheinlich Ende Juli oder Anfang August, statt, also erst nach den großen Verhaftungen in Petersburg, über die wir oben berichteten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gerade diese Verhaftungen, bei denen ein Laboratorium zur Herstellung von Sprengstoffen entdeckt wurde, mit dazu beitrugen, daß die antirevolutionäre Organisation sich beeilte, diese Verhandlungen anzuknüpfen. In der Tat hatten die Regierungskreise damals Degajew noch nicht zur Verfügung und wußten noch nicht, in welchem Zustande sich die Organisation „Volksfreiheit" befand. Die Entdeckung des Laboratoriums brachte sie vielleicht auf den Gedanken, es sei den Revolutionären in diesem Falle nicht nur um Sudiejkin zu tun gewesen, sondern um Personen, die bedeutend höher standen als dieser. Der „Freiwillige Schutz" hatte vielleicht Angst, die Revolutionäre würden neue Attentate auf den Kaiser in Szene setzen.

In dem bereits oben angeführten Aufsatz erzählt Dragomanow, im Sommer 1882 sei in seiner Wohnung in Genf ein Mann von etwa vierzig Jahren und elegantem Äußeren erschienen und habe sich ihm als Mitglied des „Freiwilligen Schutzes" vorgestellt, einer Geheimgesellschaft, deren Mitglieder dem Hofe nahestünden und liberale Reformen, unter anderem einen „Landestag", in Rußland einführen möchten; gleichzeitig seien sie bestrebt, die Person Alexanders III. und seine Familie vor terroristischen Attentaten zu behüten. Der Unbekannte setzte Dragomanow auseinander, seine Organisation sei nicht mit der „Heiligen Schar" zu verwechseln, die ausschließlich Polizeizwecke verfolge und, im Falle ein abermaliges Attentat auf den Kaiser erfolgen sollte, bereit sei, selbst mit Attentaten auf die hervorragenden Revolutionäre zu antworten; die „Heilige Schar", berichtete der Unbekannte, habe bereits den Emigranten Hartmann umbringen wollen, doch habe sich der „Freiwillige Schutz"

diesem Vorhaben widersetzt und erklärt, im Falle der Beschluß doch ausgeführt werden sollte, der englischen Regierung die Namen der Anstifter angeben zu wollen. Der Unbekannte ging dann zu wichtigeren Angelegenheiten über und sprach sich dahin aus, das Ziel seiner Reise sei eine Verständigung mit den Leitern der revolutionären Bewegung, zu denen er irrtümlich Dragomanow zählte. Der Vorschlag der betreffenden Hofkreise ginge dahin, von den Revolutionären die Zusicherung der Einstellung aller Attentate auf Alexander III. und seine Familie zu erlangen: in diesem Falle würde der Kaiser nach ruhig vollzogener Krönung einen „Landestag“ einberufen. Er ließ noch durchblicken, daß es sich nur um das Aufhören terroristischer Anschläge gegen die kaiserliche Familie handle, im übrigen wolle die Organisation die revolutionäre Aktion nicht unterbinden. Diese Zusatzbemerkung ist meiner Ansicht nach sehr durchsichtig und sollte wohl besagen, der „Freiwillige Schutz“ habe nichts gegen Anschläge auf reaktionäre Minister einzuwenden, wie Tolstoi und Pobiedonoszew, die einen immer weitergehenden Einfluß auf Alexander III. gewannen und denen Mitglieder des „Freiwilligen Schutzes“, die Grafen Peter Schuwalow und Woronzow-Daschkow, entgegenarbeiteten. Der Abgesandte war ein Pole, namens Nowinski, der Bekannte eines anderen Polen namens Zigmund Mikowski (Theodor Thomas Jesh), der damals gleichfalls ständig in Genf wohnte.

Nowinski erklärte den Revolutionären, die von ihm vertretene Organisation sei bereit, einen Beweis ihres guten Willens zu geben, und zwar könne sie einem der Emigranten, mit Ausnahme Hartmanns, der sich an dem mißlungenen Attentat gegen Alexander II. in der Nähe Moskaus im Jahre 1879 beteiligt hatte, die Rückkehr nach Rußland erwirken; sie sei aber auch bereit, der ausländischen Organisation „Volksfreiheit“ ein Mitglied des „Freiwilligen Schutzes“, das nicht notwendig in Petersburg wohnen müsse, als Geisel zu stellen.

Dragomanow fragte darauf Nowinski, wen dieser für die Führer der revolutionären Bewegung halte. Er erhielt nun eine Antwort, die für eine ziemliche Unkenntnis der revolutionären Verhältnisse innerhalb des „Freiwilligen Schutzes“ zeugte; als

Führer bezeichnete Nowinski nämlich Hartmann, Lawrow, Dragomanow, Tkatschew und Debogoria-Mokrijewitsch.

Dragomanow setzte nun Nowinski seinen Irrtum auseinander und erklärte ihm, die genannten Personen gehörten verschiedenen politischen Lagern an; Dragomanow machte auch aus seinen Zweifeln an der Möglichkeit eines Erfolges derartiger Verhandlungen kein Hehl und fügte hinzu, er selbst sei keine geeignete Mittelsperson.

Nowinski versuchte ihn zu überzeugen, man dürfe die Ergebnisse der vorgeschlagenen Verständigung nicht von vornherein unterschätzen, der vorgeschlagene Weg sei in seiner Art eine einzig dastehende Möglichkeit. Schließlich gab Dragomanow nach und beschloß, eine Zusammenkunft Nowinskis mit den Revolutionären zu vermitteln. Er bat diesen jedoch, ein paar Tage lang niemand aufzusuchen. Er stellte diese Bedingung, weil sich unter den Genfer Emigranten Individuen sehr verschiedenen Wertes befanden, deren Zusammentreffen mit Nowinski die ganze Angelegenheit verderben konnte.

Dragomanow sprach mit dem Delegierten des „Freiwilligen Schutzes" noch über die Einberufung des „Landestages" und eine Amnestie. Nach Ansicht des ukrainischen Führers hätte eine Amnestie die Emigranten der russischen Gesellschaft und auch den Revolutionären gegenüber in eine schiefe Lage bringen können; es sei daher besser, meinte Dragomanow, dafür einen der nach Sibirien Verbannten, etwa Tschernischewski, in Freiheit zu setzen.

Dragomanow ließ Debogoria-Mokrijewitsch aus Frankreich kommen, machte ihn mit Nowinski bekannt und schickte dann beide nach Paris, wo sie mit Mitgliedern der Organisation „Volksfreiheit" verhandeln sollten. In Paris führte Debogoria-Mokrijewitsch Nowinski zu Lawrow und vermittelte auch seine Bekanntschaft mit der Oschanina-Polonska. Debogoria-Mokrijewitsch war auch bei der ersten Sitzung zugegen, wo die Verhandlungen zwischen den Vertretern des „Freiwilligen Schutzes" einerseits und den Vertretern der Organisation „Volksfreiheit" anderseits über die Einstellung der Attentate auf den Herrscher und seine Familie gegen politische Konzessionen als Gegenleistung begannen [1]).

---

1) „Biloje", Jahrgang 1907, Aprilheft S. 57—60: Aufsatz von Debogoria-Mokrijewitsch.

Nowinski erklärte, ganz Rußland wünsche eine Konstitution, es würde daher nicht schwer halten, eine solche gegen die Verpflichtung durchzusetzen, weitere Attentate gegen Mitglieder der kaiserlichen Familie und die Person Alexanders III. selbst zu unterlassen. Er wies zum Schluß darauf hin, daß ja auch die Sozialisten eine Konstitution wünschten. Lawrow erwiderte darauf, die Sozialisten seien in der Tat für politische Freiheit, aber für eine andere, als der Adel und das Bürgertum sie sich wünschen; er entwickelte nun eine bereits veraltete revolutionäre Ansicht, die schon Shelabow nicht mehr geteilt hatte, nämlich die, daß eine Konstitution nur dann Nutzen bringe, wenn sie Hand in Hand mit einer vollständigen wirtschaftlichen Befreiung der Massen gehe. Nowinski versuchte nun seinen Standpunkt zu verteidigen, die Oschanina-Polonska verhielt sich schweigend. Er wiederholte dann den Anwesenden noch einmal, was er bereits Dragomanow über den „Freiwilligen Schutz“ auseinandergesetzt hatte, und fügte noch hinzu, an ihrer Spitze stände kein anderer als der Senator Peter (offenbar nicht Paul).

Die erste Versammlung verlief ergebnislos. Debogoria-Mokrijewitsch fuhr bald darauf nach dem Osten und weiß nicht mehr zu berichten, wie viele Versammlungen noch stattfanden und wer an ihnen teilnahm. Über den Charakter dieser Zusammenkünfte und die endgültigen Ergebnisse berichtet auch in dem angeführten Aufsatz Dragomanow, der Nowinski nach seiner Rückkehr nach Paris und auch ein paar Wochen später noch sah. Nowinski erzählte Dragomanow ungefähr dasselbe, was auch Debogoria-Mokrijewitsch darüber weiß; er fügte noch hinzu, die Partei habe als Entgelt für die Einstellung von Attentaten die Einberufung eines „Landestages“ gefordert, und da eine solche erst nach einiger Zeit erfolgen konnte, gleichsam als Anzahlung die Befreiung Tschernischewskis und eine Million Franken oder Rubel (Dragomanow konnte sich der Währung nicht genau erinnern) für die Organisation „Volksfreiheit“ verlangt.

In den hinterlassenen Papieren Lawrows fand sich eine heute bereits gedruckte Notiz, worin die Forderungen der Revolutionäre genau formuliert waren [1]).

1) „Biloje“, Jahrgang 1907, Septemberheft S. 208—212.

Als Ausgangspunkt ihrer Forderungen, bei deren Erfüllung sie die Attentate gegen den Zaren und seine Familie einstellen wollten, nahmen die Mitglieder der „Volksfreiheit“ den Brief des Exekutivkomitees an Alexander III. Die Emigranten, die die Verhandlungen mit Nowinski führten, waren der Ansicht, die in diesem Brief niedergelegten Anschauungen drückten die Gedanken der gesamten Partei aus. Vor allem aber forderten sie Beweise dafür, daß der „Freiwillige Schutz“ tatsächlich aus Personen bestehe, die Einfluß auf die Regierung besäßen und auch wirklich imstande seien, Verpflichtungen zu erfüllen, die sie auf sich nähmen. Die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ verlangten daher, der „Freiwillige Schutz“ möge die Regierung dahin bringen, Schritte zu unternehmen, die dafür zeugen könnten, daß sie wirklich gesonnen sei, die in dem Brief an Alexander III. geforderten Reformen durchzuführen. Erst wenn die Regierung derartige Schritte machen würde, würde die Partei „Volksfreiheit“ sich ihrerseits verpflichten, bis zur Veröffentlichung des Krönungsmanifestes keinerlei terroristische Aktion gegen Alexander III. zu unternehmen. Sollte sich die Partei auch weiterhin überzeugen, daß die Regierung tatsächlich die übernommenen Verpflichtungen erfülle, so würden auch, solange dieser Glaube an die Aufrichtigkeit der Regierung nicht erschüttert werden sollte, seitens der Partei keinerlei feindliche Schritte gegen den russischen Monarchen unternommen werden.

In den betreffenden Notizen Lawrows, die eine Abschrift des Vertrags bilden, werden die in dem berühmten Schreiben an Alexander III. gestellten Forderungen eingehend erörtert. Wir lesen hier, daß die Partei unter einer Nationalversammlung (die als identisch mit dem „Landestag“ anzusehen ist, von dem bei den Verhandlungen die Rede war) eine Vertretung sämtlicher Schichten der Bevölkerung verstehe, in der die arbeitende städtische und ländliche Bevölkerung das Übergewicht haben und die intelligenten Gruppen (Universitäten, die Presse usw.) besonders vertreten sein sollten. Die Aufgabe der Nationalversammlung sollte die Durchführung einer neuen Staatsordnung und die Einführung von Reformen sein, um den Wohlstand der arbeitenden Klasse zu sichern.

Diesen allgemeinen Erörterungen folgen die einzelnen, scharf formulierten Punkte des Vertrags.

Die „Ziemstwo-Liga“ verpflichte sich, einen Beweis für ihre Macht und die Ehrlichkeit ihrer Ziele zu geben. Aus diesem Grunde würde die Liga entweder:

1) die Amnestie für Tschernischewski durchsetzen oder

2) Erleichterungen für die politischen Verbannten erwirken, die in Sibirien in Zwangsarbeit gehalten werden;

3) eine große Summe Geld hinterlegen, die ihr zurückerstattet wird, wenn sie allen ihren Verpflichtungen nachgekommen ist;

4) endlich in die Reihen ihrer Mitglieder Personen aufnehmen, zu denen beide Parteien volles Vertrauen haben, um so dem Exekutivkomitee der Organisation „Volksfreiheit“ die Möglichkeit zu geben, den Charakter der „Ziemstwo-Liga“ kennen zu lernen; sollte eine Persönlichkeit, die sich für diese Rolle eigne, derzeit in der Verbannung leben, so müßte die „Ziemstwo-Liga“ für deren Befreiung sorgen.

Das Exekutivkomitee würde von einer derartigen Person nicht die Enthüllung von Geheimnissen der „Ziemstwo-Liga“ fordern, sondern sich mit der Versicherung begnügen, die Ziele und Kräfte dieser Organisation seien derart, daß die Revolutionäre mit ihr in Verhandlung treten können.

In dem Augenblick, wo die „Ziemstwo-Liga“ diese Bedingungen erfüllen würde, verpflichte sich das Exekutivkomitee, den beiliegenden Aufruf zu erlassen und die in ihm aufgezählten Bedingungen genau einzuhalten. Die Revolutionäre verlangten ferner von der „Ziemstwo-Liga“ die Angabe eines ungefähren Zeitpunkts für

1) die Erteilung einer mehr oder weniger vollständigen Amnestie;

2) eine mögliche Vorbereitung der russischen Gesellschaft und Presse für die Einberufung des „Landestages“, wozu eine annähernd freie Besprechung sozialer Angelegenheiten nötig sei;

3) die Einberufung eines Landestages, der das gesamte Volk repräsentieren und die Rechte einer Konstituante besitzen sollte. Sollte die „Ziemstwo-Liga“ nicht imstande sein, die obigen

Versprechungen bis zu dem von ihr selbst gesetzten Zeitpunkt zu erfüllen, so würde sich das Exekutivkomitee an die seinerseits eingegangenen Verpflichtungen nicht länger gebunden halten.

Der erwähnte Aufruf des Exekutivkomitees, der für den Fall veröffentlicht werden sollte, daß die „Ziemstwo-Liga“ die obigen Bedingungen erfüllen würde, enthält bereits die erwähnten Forderungen der Partei und die Zusicherung, die Partei würde sich, falls Alexander diese Forderungen erfüllen sollte, aller Attentate auf ihn enthalten. Es ist charakteristisch, daß es in dem Dokument, dessen Inhalt wir eben wiedergegeben haben, stets „Ziemstwo-Liga“ statt „Freiwilliger Schutz“ heißt.

In dem schon erwähnten Aufsatz versichert Bogutscharski, es habe nie eine „Ziemstwo-Liga“ gegeben, sondern die „Heilige Schar“ — denn seiner Ansicht nach ist es diese Organisation, die die Verhandlungen mit der Partei „Volksfreiheit“ führte — habe nur diesen Namen angenommen. Dagegen berichtet Dragomanow in seinem Aufsatz, die „Heilige Schar“ und der „Freiwillige Schutz“ seien vom Publikum häufig mit der „Ziemstwo-Liga“ verwechselt worden, die ihrerseits nichts mit dem „Ziemstwoverband“, der Organisation der liberalen Ziemstwos, gemein hatte.

Jedenfalls läßt sich nur schwer erklären, warum in dem betreffenden Dokument von einer „Ziemstwo-Liga“ die Rede ist, während Nowinski sich Dragomanow und Debogoria-Mokrijewitsch gegenüber ausdrücklich als Abgesandten des „Freiwilligen Schutzes“ bezeichnete. Vielleicht zogen es die Revolutionäre selbst vor, sich dieser Bezeichnung zu bedienen, um so eine Terminologie zu vermeiden, die an die russische Staatspolizei gemahnte.

Was die Bedingungen anbetrifft, die die Mitglieder der „Volksfreiheit“ Nowinski in Paris stellten, so nahmen sie mit vollem Recht das berühmte Schreiben des Exekutivkomitees an Alexander III. zum Ausgangspunkt der Verhandlungen. Sie konnten gar nicht anders vorgehen und konnten ebenso keine anderen als konstitutionelle Zugeständnisse als Entgelt für eine Einstellung des revolutionären Kampfes gegen die Regierung fordern. Den Brief zum Ausgangspunkt wählend, hätten sie aber anderseits mit Rücksicht auf die damaligen Zustände in

Rußland und in der Partei selbst nicht erst in überflüssige Einzelheiten eingehen sollen, durch welche die Verhandlungen selbst erschwert wurden. Sie hätten sich damit begnügen müssen, ganz allgemein konstitutionelle Freiheiten und die Einberufung einer Nationalversammlung zu fordern, ohne die allmächtige Stellung einer solchen Konstituante bei der Bestimmung einer neuen Ordnung der Dinge in Rußland besonders zu betonen. Selbst die Forderung nach sozialwirtschaftlichen Reformen, die den Wohlstand der arbeitenden Klassen sichern sollten, hätten füglich wegbleiben können. Derartige allgemeine Forderungen nach sozialen Umgestaltungen besagten nichts Bestimmtes, konnten aber die gemäßigt liberalen Hofkreise abschrecken.

Unter den damaligen Verhältnissen in Rußland hätten die Revolutionäre durch ihre Angriffe gegen die Regierung im besten Falle nur eine sehr gemäßigte, von oben aufgezwungene Konstitution erreichen können. Es war also durchaus naiv, auf dem Wege derartiger Verhandlungen eine Konstitution zu fordern, wie sie ein Volk nur durch eine breite siegreiche revolutionäre Massenbewegung erreichen kann, die wenigstens einen beträchtlichen Teil des Volkes, wenn schon nicht seine Mehrheit, umfaßte.

Alle diese Beschränkungen, die von den Pariser Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit“ aufgestellt wurden, sind ein Beweis von revolutionärer Pedanterie, zeugen aber keinegswegs für ein scharfes Erfassen der tatsächlichen Verhältnisse.

Nachdem Nowinski diese Verhandlungen in Paris gepflogen hatte, kehrte er über Genf nach Petersburg heim; er kam jedoch schon nach einigen Wochen wieder und suchte Dragomanow neuerlich auf. Er brachte diesmal keine günstigen Nachrichten mit; denn alles drohte zu zerfallen. Er kam nur wieder, um den Personen, mit denen er die Verhandlungen begonnen hatte, den Grund des Mißerfolges auseinanderzusetzen. Nach seiner Rückkehr nach Petersburg, berichtete Nowinski, habe er einigen Mitgliedern des „Freiwilligen Schutzes“ die von den Revolutionären gestellten Bedingungen mitgeteilt. Die betreffenden Personen hätten sich einverstanden erklärt, so daß es sich nur noch darum gehandelt habe, das Einverständnis der Gesamtorganisation zu erlangen. Bald darauf habe man ihm jedoch erklärt, es sei ungemein

schwierig, einen ungefähren und baldigen Zeitpunkt für die Einberufung des Landestages anzugeben, doch sei man nach wie vor bereit, sich mit den Revolutionären zu verständigen. Unterdessen waren bereits in Petersburg Gerüchte über diese Verhandlungen bis in die Regierungskreise gelangt, was den Mitgliedern des „Freiwilligen Schutzes" ihre Lage erschwerte. In einer pseudorevolutionären Zeitschrift, die Klimow 1882 in Genf herausgab, erschienen bereits Anspielungen auf die ganze Angelegenheit. Die Zeitschrift wurde von einem Agenten Sudiejkins namens Klimow herausgegeben und sprach sich für scharfe Kampfmittel aus; sie setzte sich für die weitestgehenden Forderungen ein, schützte Sympathien mit dem Anarchismus vor und mit jenen Bestrebungen, die an eine sofortige Verwirklichung des Sozialismus durch Staatsüberrumpelung dachten. Die Zeitschrift trat jetzt scharf gegen den Konstitutionalismus auf.

Dragomanow setzte Nowinski auseinander, was die „Wahrheit", d. h. Klimows Zeitung sei, welche Rolle Sudiejkin spielte usw. Nowinski und wahrscheinlich auch seine Bekannten im „Freiwilligen Schutz" hatten von allen diesen Machinationen keine Ahnung. Nachdem er Dragomanow angehört hatte, fuhr Nowinski nach Petersburg zurück, um das Vorgefallene wieder gutzumachen und die abgebrochenen Verhandlungen zwischen der „Volksfreiheit" und der liberalen Hofpartei wieder aufzunehmen. Über die weiteren Erlebnisse Nowinskis ist Dragomanow nicht mehr unterrichtet, da er ihn nie mehr zu Gesicht bekam.

In seinen Erläuterungen zu der russischen Ausgabe von Thuns Werk über die russische revolutionäre Bewegung erwähnt Schischko diese Verhandlungen nur ganz allgemein. Er fügt hinzu, sie seien ganz ergebnislos verlaufen, da Graf Woronzow-Daschkow Anfang 1883 der Partei melden ließ, Graf Tolstoi habe einen entscheidenden Einfluß auf den Kaiser gewonnen, weswegen die Verhandlungen abgebrochen werden müßten [1]. Schischko hatte diesen Umstand wahrscheinlich von einem der Emigranten erfahren.

---

1) Thun, Geschichte der revolutionären Bewegung der sozialdemokratischen Partei (russische Ausgabe), S. 309.

In sehr irreführender Weise berichtete auch das „Freie polnische Wort“ [1]) über diese Verhandlungen.

Die Versuche einer Verständigung zwischen dem „Freiwilligen Schutz“ und der „Volksfreiheit“ beschränkten sich jedoch nicht auf die durch Nowinski angebahnten Verhandlungen. Die Hofpartei begann vielmehr noch einmal Verhandlungen mit den Revolutionären; über diese abermaligen Versuche sind uns Einzelheiten bekannt, die sowohl auf die Verhältnisse beim Hofe, als auch auf diejenigen innerhalb der Partei „Volksfreiheit“ manches Licht werfen.

Diese abermaligen Verhandlungen des „Freiwilligen Schutzes“ mit der Partei „Volksfreiheit“ fanden später statt; Mittelsperson war diesmal der liberale Publizist M. Nikoladze, ein Grusier von Geburt, der aber lebhaften Anteil am allgemeinrussischen kulturellen Leben und ebenso am politisch-sozialen nahm.

Nikoladze hatte bereits mancherlei Schicksale hinter sich; während des russisch-türkischen Krieges war er Zeitungskorrespondent gewesen und hatte sich mit der Armee des Grafen Loris-Melikow auf dem Kriegsschauplatz aufgehalten, wobei er in nähere Beziehungen zu dem Grafen getreten war. Während der kurzen Regierung des Grafen griff Nikoladze die Regierungsverwaltung im Kaukasus an und wurde wegen Preßvergehens für kurze Zeit verschickt. Man gestattete ihm jedoch bald die Rückkehr, denn Ende Februar 1881 und während des Attentats vom 1. März war er bereits wieder im Kaukasus. Einige Monate darauf kam der uns schon bekannte Revolutionär Bogdanowitsch (Kobozew) zu ihm und schlug ihm im Namen des Exekutivkomitees vor, im Auslande ein Blatt herauszugeben, das das Organ der „Volksfreiheit“ werden sollte. Nikoladze wies den Antrag mit der Begründung zurück, er sei kein Anhänger des Terrorismus und teile überhaupt die Anschauungen der Partei nicht.

Im Sommer 1882 kam ein alter Bekannter, K. Borosdin, zu Nikoladze und erklärte ihm, durch seine Beziehungen die Erlaub-

---

1) Jahrgang 1888, September- oder Oktoberheft.

nis zur Herausgabe eines Blattes in Petersburg erwirken zu können. Borosdin war Beamter mit spezieller Mission beim Generalgouverneur von Kutaisk gewesen. Der Vorschlag hatte viel Verlockendes für Nikoladze, doch glaubte er bei der zunehmenden Reaktion im Reiche nicht an dessen Verwirklichung und setzte Borosdin seine Zweifel auseinander. Dieser beruhigte ihn jedoch und erklärte, alle Schwierigkeiten beseitigen zu können. Borosdin fragte nun auch, welche Richtung er seiner Zeitung geben würde; Nikoladze erwiderte, er halte die Selbstherrschaft für ein Übergangsstadium im politischen Leben der Völker, das mit der Kulturentwicklung des Volkes, mit der Steigerung der Bildung und des Wohlstandes vom historischen Schauplatz verschwinden müsse, um dem Konstitutionalismus Platz zu machen; er erklärte sich weiter gegen gewaltsame Mittel, wie die Revolutionäre sie im Kampfe gegen die Regierung anwenden; dieser Kampf, fuhr er fort, sei auch ziellos, da es sich in erster Reihe darum handle, die Gesellschaft selbst zu ändern; die Regierung selber leiste aber durch ihre ungeschickte Taktik, durch allzu starke Repressalien und durch das Zurückdrängen der sozialen Initiative und Tätigkeit der revolutionären Bewegung nur Vorschub. Das Gespräch nahm jetzt eine allgemeine Wendung, Borosdin erklärte sich im allgemeinen mit Nikoladze einverstanden und redete ihm immer mehr zu, eine Zeitschrift herauszugeben.

Im September suchte Borosdin abermals Nikoladze auf, versprach ihm wieder seinen Beistand und fügte auch hinzu, er würde sich bemühen, das zur Gründung einer Zeitschrift notwendige Kapital zu beschaffen; hiergegen protestierte aber Nikoladze und erklärte, selbst ein Konsortium von Aktionären bilden zu können, das die betreffende Summe erlegen würde. Borosdin setzte ihm nun unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit auseinander, er habe seinen Plan einer hohen Persönlichkeit anvertraut, die sich mit der Gründung einer derartigen Zeitschrift völlig einverstanden erklärt habe; er fügte nach einiger Zeit hinzu, diese Persönlichkeit sei niemand anders als Graf Woronzow-Daschkow, der persönliche Freund Alexanders III., den er, Borosdin, vom Kaukasus her gut kenne und zu dem er stets freien Zutritt habe. Der Kaiser, berichtete Borosdin weiter, würde

viel darum geben, wenn es ihm gelänge, die Jugend von der revolutionären verderblichen Bewegung abzulenken. Er ließ endlich durchblicken, eine gemäßigtliberale Zeitschrift könne viel tun; sie würde einerseits die Regierung dahin bringen, den Weg der Reformen einzuschlagen, sie würde anderseits nicht ohne Wirkung auf die Revolutionäre bleiben, so daß diese in ihrem zerstörenden Kampfe innehalten würden. Schließlich lud Borosdin Nikoladze im Namen des Grafen Woronzow-Daschkow zu einer Unterredung ein, bei der alle wichtigen Angelegenheiten, über die sie beide bisher unverbindlich geplaudert hatten, nochmals beraten werden sollten.

Nikoladze verlangte, ehe er eine bindende Antwort gab, von Borosdin Bedenkzeit, worauf dieser einging. Nikoladze wandte sich nun an zwei Schriftsteller um Rat; der eine war M. Antonowitsch, ein früherer Mitarbeiter des „Zeitgenossen“, als dieser noch von Tschernischewski herausgegeben wurde, der zweite war Michajlowski; er besprach die Angelegenheit auch noch mit einer dritten Persönlichkeit, einem erfahrenen Praktiker.

Der erste, dessen Rat Nikoladze einholte, war Michajlowski, der seinen Pessimismus zu bekämpfen suchte und ihm riet, der Unterredung mit dem Grafen Woronzow-Daschkow auf keinen Fall aus dem Wege zu gehen. Der berühmte russische Schriftsteller setzte ihm auseinander, die Unterhandlungen seien schon aus dem Grunde unbedingt nötig, weil die Revolutionspartei zurzeit sehr geschwächt und daher unfähig sei, in der nächsten Zukunft irgend etwas zu unternehmen; schließlich könne eine Verständigung mit der Hofpartei der Gesellschaft auch einige reelle Vorteile verschaffen, etwa eine teilweise Amnestie oder Zensurerleichterungen. Während eines zweiten Gesprächs Nikoladzes mit Michajlowski war auch dessen vertrauter Mitarbeiter an den „Vaterländischen Annalen“ Kriwenko anwesend. Kriwenko schloß sich Michajlowskis Ansichten vollständig an. Schließlich versprach Michajlowski, nach dem Süden zu reisen, um dort mit einigen Mitgliedern des Exekutivkomitees selbst zu sprechen.

M. Antonowitsch, dessen Rat Nikoladze gleichfalls einholte, verhielt sich anfangs skeptisch; als ihm Nikoladze aber erklärte, er würde als Entgelt für seine Bemühungen Tschernischewskis

Befreiung aus der Verbannung verlangen, empfahl er ihm, auf die Zusammenkunft mit dem Grafen einzugehen und die Rolle einer Mittelsperson zwischen der Hofpartei und dem Exekutivkomitee zu übernehmen.

Eine dritte Person, an die Nikoladze sich gleichfalls wandte, kein Schriftsteller, sondern ein Mann, der praktisch im sozialen Leben tätig war, riet ihm ab, der Sache näherzutreten.

Nikoladze entschloß sich endlich, den Grafen Woronzow-Daschkow aufzusuchen, beriet jedoch vorher noch einmal mit Michajlowski, was für Bedingungen er im Namen der Organisation „Volksfreiheit" der Hofpartei zu unterbreiten habe. Die Aussagen Nikoladzes und Michajlowskis stimmen in diesem Punkte sonderbarerweise nicht ganz überein.

Nikoladze versichert [1]), der berühmte russische Schriftsteller habe ihm geraten, folgende Forderungen an die Regierung zu stellen: Durchführung wirtschaftlicher, für das Volk günstiger Reformen, Erweiterung der Ziemstwoselbstverwaltung und Zensurerleichterungen für die Presse. Diese Forderungen, die eine grundsätzliche politische Reform umgingen, wie sie das Schreiben des Exekutivkomitees an Alexander III. in erster Reihe verlangt hatte, schienen Nikoladze ungenügend, was er auch Michajlowski gegenüber aussprach. Dieser antwortete ihm jedoch, die Stimmung in der Partei sei nicht mehr die alte: die Revolutionäre seien jetzt überzeugt, politische Reformen würden nicht eine Stärkung jener Elemente bewirken, die das Wohl des Volkes wünschen, sondern der Bourgeoisie, also nur einen Rückschritt bedeuten.

Michajlowski erzählt dagegen in seinen Memoiren über diese Verhandlungen [2]), er sei damals nach Charkow gefahren, um mit Wera Figner die zu stellenden Bedingungen zu beraten. Ihr gemeinsamer Beschluß sei gewesen, von der Regierung keinerlei bestimmte Reformen zu verlangen, da erstens die Partei

1) „Biloje", Jahrgang 1906, Septemberheft S. 255—256: Aufsatz Nikoladzes, Die Befreiung Tschernischewskis.

2) Die Memoiren Michajlowskis erschienen zuerst in der Zeitschrift „Das revolutionäre Rußland"; ein Neudruck erschien in „Biloje", Septemberheft, Jahrgang 1907.

damals schwach war und man zweitens auch durchaus keine Sicherheit darüber hatte, ob die Regierung auf derartige Zugeständnisse eingehen würde; dagegen wurde beschlossen, die Befreiung Tschernischewskis und eine Untersuchung der Übergriffe zu verlangen, die sich die Gefängnisbehörden von Kara zuschulden kommen ließen.

Nikoladze versichert dagegen, er sei es gewesen, der Michajlowski erst auf den Gedanken brachte, die Befreiung Tschernischewskis zur Bedingung zu stellen.

Die Art, wie sich Michajlowski hier konstitutionellen Forderungen gegenüber verhielt, scheint im ersten Augenblick, wenn man sich seiner Aufsätze in der „Volksfreiheit“, die wir bereits besprochen haben, erinnert, fast unglaublich. Nikoladzes Aussagen werden jedoch auch von anderer Seite bestätigt. Der greise I. Pietrukiewitsch, der über 30 Jahre im Ziemstwo den Kampf um politische Freiheit führte, hatte 1878 ein Gespräch mit Michajlowski, in dem dieser erklärte, das Volk brauche Grund und Boden und keine Konstitution [1]). Dieser Ausspruch ist um so überraschender, als Michajlowski im „Flugblatt“, das am 1. April 1878 herausgekommen war, ganz anders gesprochen hatte. Offenbar waren die politischen Anschauungen des berühmten russischen Schriftstellers sogar noch in den Jahren 1878 bis 1883 schwankend oder er sprach mindestens seine Gedanken nicht immer deutlich aus.

Im Oktober 1882 fuhren Borosdin und Nikoladze nach Petersburg, wo die Zusammenkunft mit dem Grafen Woronzow-Daschkow endlich stattfinden sollte. Borosdin stellte Nikoladze dem Grafen vor und zog sich dann auf dessen Befehl in die inneren Gemächer zurück. Nikoladze entwickelte nun den Standpunkt, den Michajlowski ihm aufgedrängt hatte, und unterstützte ihn durch eigene Argumente. Woronzow-Daschkow hörte sehr aufmerksam zu und gab von Zeit zu Zeit seine Zustimmung. Nikoladze berichtet, er habe auf ihn den Eindruck eines ermüdeten, verbitterten Staatsmannes gemacht, der zu keinem Kampfe mehr fähig sei.

---

1) „Zum Gedächtnis von W. A. Golz“ S. 107 (in russischer Sprache).

Die Zusammenkunft Nikoladzes mit dem Grafen Woronzow-Daschkow fand statt, nachdem die Versuche der Hofpartei, mit den Revolutionären durch Nowinski in Fühlung zu kommen, bereits gescheitert waren; es ist nicht ausgeschlossen, daß der Verlauf dieser Verhandlungen und die begleitenden Umstände den Grafen bereits gegen die ganze Angelegenheit eingenommen hatten.

Nikoladze sprach sehr lange. Der Graf gab ihm nicht gleich eine bestimmte Antwort, sondern verschob diese auf die nächste Zusammenkunft; offenbar sollten inzwischen im „Freiwilligen Schutz" Beratungen stattfinden.

Im Oktober kam Nikoladze abermals mit dem Grafen Woronzow-Daschkow zusammen. Der Graf sagte ihm diesmal, die Regierung könnte allerdings eine Politik einschlagen, wie Nikoladze sie vorgeschlagen habe, wenn die Organisation „Volksfreiheit" unter diesen Bedingungen den Terrorismus einstellen würde; man müßte aber die Sicherheit haben, daß tatsächlich keine Anschläge auf die Person Alexanders III. gemacht würden. Besonderes Gewicht legte der Graf auf den ruhigen Verlauf der Krönungsfeierlichkeiten, zu denen damals gerade die Vorbereitungen getroffen wurden.

Sie kamen schließlich dahin überein. daß Nikoladze ins Ausland reisen sollte, um Beratungen mit den hervorragendsten Vertretern der Organisation „Volksfreiheit" zu pflegen. Er weigerte sich, das Reisegeld vom Grafen anzunehmen, obgleich auch Borosdin auf seine Kosten mitfuhr. Borosdin hatte Nikoladze gebeten, ihn mitzunehmen, und seine Bitte mit der Erklärung motiviert, es sei günstiger, wenn er und nicht Nikoladze die Korrespondenz mit dem Grafen führe.

Am 8. Dezember traf Nikoladze in Genf ein, wo er Leo Tichomirow fand. Der bekannte Publizist der „Volksfreiheit" antwortete auf den Vorschlag, die terroristische Aktion einzustellen, die Parteiführer schrieben den Mitgliedern nicht eigentlich die Taktik vor, sie unterständen vielmehr selbst der allgemeinen Stimmung; in der letzten Zeit z. B. habe das Exekutivkomitee kein einziges terroristisches Attentat durchgeführt und habe aus diesem Grunde bereits von der revolutionären Jugend

Vorwürfe zu hören bekommen. Die Jugend sei bereits auf dem Sprunge, die Führer für Menschen zu halten, die sich überlebt hätten. Tichomirow schob der Regierung die ganze Verantwortung für den Terrorismus zu. Er versprach, in kürzester Zeit eine Parteikonferenz einzuberufen, die über die der Regierung zu stellenden Bedingungen beraten sollte; die Ergebnisse wollte er dann Nikoladze nach Paris mitteilen, wohin sich dieser von Genf aus begab.

Nach Verlauf von drei Wochen kam Tichomirow selbst nach Paris und teilte Nikoladze folgendes mit:

1) würde die Organisation „Volksfreiheit“ den Terrorismus einstellen, wenn die Regierung

a) die sozialistische Propaganda, wenigstens in demselben Maße, wie sie damals in Deutschland gestattet war, freigäbe,

b) die Rechte der Presse und der Selbstverwaltung erweitern und

c) eine Amnestie erlassen würde;

2) würde die Organisation die Regierung mit aller Kraft unterstützen, wenn diese den Weg sozialer Reformen auf agrarischem Gebiet beschreiten und überhaupt an der Verbesserung der Lage des Volkes arbeiten würde;

3) stelle die Partei folgende Bedingungen, bei deren Erfüllung sie jede terroristische Aktion bis zu den Krönungsfeierlichkeiten und während derselben unterdrücken würde:

a) Untersuchung der Übergriffe der Gefängnisverwaltung in Kara,

b) die Befreiung Tschernischewskis.

Nikoladze verlangte eine eigenhändige Notiz Tichomirows, um sie dem Grafen vorzulegen. Als er nach Petersburg zurückkam, hatte sich die politische Lage jedoch wesentlich geändert.

Der Graf Woronzow-Daschkow teilte ihm mit, Graf Tolstoi habe in letzter Zeit immer mehr Oberhand bei Hofe bekommen, er könne daher nichts versprechen und ebensowenig bindende Zusagen der Revolutionäre entgegennehmen. Bezüglich der Befreiung Tschernischewskis, die Nikoladze als Entgelt für seine Bemühungen verlangt hatte, riet ihm der Graf, sich an den Flügeladjutanten Grafen Peter Schuwalow zu wenden. Graf Wo-

ronzow-Daschkow war offenbar durch seinen Mißerfolg entmutigt und wollte sich zurückziehen. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß Kaiser Alexander ihm befohlen hatte, sich in Zukunft auf seine Obliegenheiten als Hofminister zu beschränken und sich nicht mehr um Angelegenheiten der großen Politik zu bekümmern. Auf Befehl des Grafen Tolstoi wurde damals die Organisation „Freiwilliger Schutz" aufgelöst.

Graf Peter Schuwalow zeigte sich Verhandlungen geneigter als Graf Woronzow-Daschkow; er wäre vielleicht auch weiter gegangen als dieser, jedenfalls war er zu kühneren Taten bereit.

Als er mit Nikoladze zusammenkam, setzte er ihm von vornherein auseinander, die Partei „Volksfreiheit" habe bereits einen sehr günstigen Augenblick, wo die Einführung einer parlamentarischen Konstitution möglich gewesen wäre, verpaßt. Die Partei, fuhr der Graf fort, hätte nicht von ihrem Standpunkt, den sie in dem berühmten Schreiben an Alexander III. einnahm, abgehen, sondern nur die allgemeinen, verschwommenen Sätze durch scharf formulierte Paragraphen einer einzuführenden Konstitution ersetzen sollen.

Schuwalow teilte Nikoladze des weiteren mit, der Graf Woronzow-Daschkow habe bereits die Entsendung des Barons Nolde nach Kara durchgesetzt, der die Übergriffe der Gefängnisverwaltung untersuchen solle; die Befreiung Tschernischewskis sollte nach der Versicherung des Grafen nach den Krönungsfeierlichkeiten stattfinden. Offenbar wollte sich die Regierung auf diese Weise die Ruhe während der Krönungszeit sichern.

Schuwalow ließ durchblicken, der Umstand, daß die Revolutionäre ausschließlich soziale Reformen zur Bedingung stellten, hätte auch den Grafen Woronzow-Daschkow und ebenso alle verständigen Leute ihrer Gruppe geärgert. Aus dem Gespräch mit Schuwalow ersah Nikoladze übrigens, daß Borosdin ihn selbst in falschem Licht dargestellt und überhaupt nach jeder Richtung hin gelogen hatte. Man ersieht daraus, daß der Bericht Borosdins, der jetzt gedruckt vorliegt [1]) und der Einzelheiten über die Ver-

1) „Biloje", Jahrgang 1907, Oktoberheft S. 124—127.

handlungen bringt, mit denen wir uns hier beschäftigten, nur mit großer Vorsicht aufzunehmen ist. Nikoladze hielt die Beziehungen zum Grafen Schuwalow auch weiterhin aufrecht, in erster Linie, um die Befreiung Tschernischewskis durchzusetzen. Er teilte dem Grafen viele Einzelheiten über den großen Schriftsteller mit und legte ihm auch einen Bericht A. Pipins über dessen politische Angelegenheit vor. Der Bericht sollte an die maßgebenden Kreise weiterbefördert werden, wurde ihm jedoch nach einiger Zeit vom Grafen Schuwalow mit der Bemerkung zurückgestellt, das Schriftstück könne Tschernischewski nur schaden, da es tadelnde Bemerkungen über das Verhalten der Gerichtsbehörden im Tschernischewskiprozeß enthalte. Man einigte sich schließlich dahin, die Söhne des großen Schriftstellers ein Gesuch an den Kaiser unterfertigen zu lassen, dessen Entwurf Schuwalow Nikoladze übergab. In der Bittschrift wurde um die Begnadigung Tschernischewskis ersucht. Bald darauf händigte Graf Schuwalow Nikoladze eine schriftliche Erklärung des Inhalts ein, daß er sich unter Zustimmung des Kaisers verpflichte, Tschernischewskis Befreiung aus Sibirien und die Erlaubnis für ihn zu erwirken, nach seiner Heimatstadt zurückzukehren. Als Nikoladze über die Einhändigung dieses Dokuments einigermaßen überrascht war, erklärte Schuwalow, er übergebe ihm das Schriftstück, um, falls die Regierung die Befreiung Tschernischewskis ungebührlich verzögern sollte, auf die maßgebenden Kreise mit Hilfe des Dokuments einen Druck ausüben zu können.

Schuwalow bemühte sich des weiteren, die Todesurteile im Prozeß gegen die 17 Mitglieder der „Volksfreiheit" in Zwangsarbeit zu mildern, was ihm auch, vielleicht im Hinblick auf die immer näher rückenden Krönungsfeierlichkeiten, gelang. Im April 1883 suchte Graf Schuwalow einmal Nikoladze ohne bestimmten Zweck auf. Er plauderte nur mit ihm und beklagte aufs bitterste, daß Graf Tolstoi Rußland einem völligen Stillstand und Verfall entgegenführe; gleichzeitig fügte er hinzu, die Revolutionäre seien mit völliger Blindheit geschlagen, so daß man nicht auf sie rechnen könne. Rettung, erklärte der Graf, sei nur von kühnen Menschen zu erwarten, die zu allem ent-

schlossen seien. Endlich schlug er Nikoladze vor, Alexander III. mit der Versicherung, die Revolutionäre würden ihn wie seinen Vater töten, falls er Rußland keine Konstitution gäbe, in Schrecken zu versetzen; ja er versprach ihm sogar, ihm eine Audienz speziell zu diesem Zwecke zu verschaffen. Die Angst um das eigene Leben, fügte der Graf hinzu, pflegt auf die Menschen mächtig zu wirken.

Nikoladze nahm jedoch den Vorschlag nicht an und erklärte dem Grafen, man könne sich zu einem derartigen Schritte nur entschließen, wenn man entweder große soziale Kräfte hinter sich wisse oder von großem Ehrgeiz durchdrungen sei.

Nach dieser Unterredung sah Nikoladze den Grafen Schuwalow nie wieder.

Ein Jahr später benachrichtigte Graf Loris-Melikow Nikoladze, Borosdin habe ihn bei dem Direktor des Polizeidepartements, Plehwe, denunziert; er würde daher gut tun, zu diesem zu gehen, um sich hierüber mit ihm auseinanderzusetzen. Nikoladze begab sich darauf zu Plehwe, der ihn jedoch beruhigte und ihm erklärte, der Denunziation kein großes Gewicht beizulegen. Später sollte sich jedoch zeigen, daß er Nikoladze unter scharfe Polizeiaufsicht gestellt hatte.

Wir haben den Verlauf beider Versuche, die der „Freiwillige Schutz" anstellte, um Verhandlungen mit der Organisation „Volksfreiheit" anzuknüpfen, ausführlich dargestellt, einmal weil sie ungeheuer bedeutsam sind, dann aber auch, weil nur eine eingehende Beschreibung eine Vorstellung von jener Hofpartei ermöglicht, an deren Spitze die beiden Grafen Woronzow-Daschkow und Schuwalow standen.

Das gesamte Verhalten beider Würdenträger schließt, unserer Meinung nach, die Annahme aus, als wenn ihr Ziel bei den Verhandlungen mit der Organisation „Volksfreiheit" die Erforschung revolutionärer Umtriebe gewesen wäre. Sie fragten niemals nach Namen, erkundigten sich nie nach Organisationseinzelheiten, dagegen geht aus allem hervor, daß sie selbst eine Konstitution wünschten.

Borosdin verzeichnet allerdings in seinem Bericht, es sei ihm später zu Ohren gekommen, Fürst Schtscherkatow habe, als

er von der Mission Nikoladzes erfuhr, bei einer Sitzung der Hofpartei den Wunsch geäußert, die Revolutionäre auszufragen. Diese Nachricht, die aus zweiter, ja vielleicht aus zehnter Hand stammt, ist jedoch möglicherweise, wie zahlreiches anderes Geschwätz, das Borosdin mitteilt, einfach falsch.

Bogutscharski erwähnt in seinem Aufsatz, die Großfürstin Maria Pawlowna sei über den Grafen Peter Schuwalow empört gewesen, weil dieser sich mit Spionage abgäbe und gleichzeitig der Adjutant ihres Bruders Alexander III. sei. Schuwalow, berichtet Bogutscharski weiter, habe daraufhin seinen Abschied genommen, sei jedoch zwei Monate später zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt worden. Die Großfürstin konnte jedoch in einem Irrtum befangen sein, schon allein aus dem Grunde, weil man beide Organisationen, die den Schutz des Kaisers bezweckten und die beide nach dem 1. März 1881, vielleicht sogar gleichzeitig entstanden waren, leicht miteinander verwechseln konnte. Hatte doch auch Nowinski Dragomanow gewarnt, die „Heilige Schar“ mit dem „Freiwilligen Schutz“ zu verwechseln.

Die Grafen Woronzow-Daschkow und Schuwalow verhielten sich den Revolutionären gegenüber durchaus wie Gentlemen. Überhaupt ist es eine geradezu phantastische Vermutung, diese Männer, die die höchsten Stellen in der gesellschaftlichen Rangordnung einnahmen, von denen jeder ein großes Vermögen und ungeheuren Einfluß besaß, hätten sich damit beschäftigt, Jagd auf die Revolutionäre zu machen und sie in die Hände der Polizei zu liefern, um selbst Karriere zu machen [1]). Die weitere Karriere des Grafen Schuwalow ist uns unbekannt. Graf Woronzow-Daschkow, der seit einigen Jahren das Amt eines Statthalters im Kaukasus bekleidet, hat sich auf diesem hohen und verantwortungsvollen Posten in den schwierigsten Zeiten als ein humaner und ziemlich liberaler Mann erwiesen, selbst gegen Stammesfremde. Er hat sich durch sein Vorgehen den Haß fast der gesamten kaukasischen Bureaukratie, die fast durchgängig zu dem Schwarzen Hundert gehört, zugezogen.

---

1) Bogutscharski erhebt diesen Vorwurf direkt nur gegen Graf Schuwalow, doch läßt er durchblicken, daß er auch den Grafen Woronzow-Daschkow nicht frei von Schuld wähnt.

Die Tatsache selbst, daß Verhandlungen stattfanden, beweist, daß Kaiser Alexander III. die Macht der Revolutionäre nichts weniger als geringschätzte, und daß in einer gewissen Gruppe bei Hofe konstitutionelle Bestrebungen vorhanden waren, die eine große Rolle hätten spielen und mindestens zu einer gemäßigten Konstitution hätten führen können, wenn die Revolutionäre ihre terroristische Aktion fortgesetzt und die Ziemstwos Opposition entfaltet hätten. Selbst wenn man annimmt, daß eine solche von oben erlassene Konstitution, die ohne große Massenbewegung erlangt worden wäre, später Angriffe seitens der Regierung zu erleiden gehabt hätte, so wäre ihre Bedeutung für die russische Gesellschaft immer noch groß gewesen; sie hätte jedenfalls die Bahn für weitere politische Reformen frei gemacht. Graf Tolstoi spielte nicht vom ersten Augenblicke an die erste Geige bei Alexander III. Länger als ein halbes Jahr mußte er mit der liberalen Opposition der Hofkreise rechnen. Erst die vollständige Vernichtung sowohl der allgemeinen Organisation der „Volksfreiheit" als ihrer Gruppe im Heere, die Anfang 1883 erfolgte, gab dem Grafen Tolstoi die Möglichkeit, bei Hofe das völlige Übergewicht über seine Gegner zu erlangen.

Die Vernichtung der Organisation „Volksfreiheit" war das Ergebnis zweier Faktoren: der provozierenden Politik Sudiejkins und des Verrats von Sergius Degajew. Beide führten ihre Hiebe gegen die Partei fast zur gleichen Zeit, als die Hofpartei ihre Verhandlungen mit den Revolutionären begann. In der Geschichte der „Volksfreiheit" sind allerdings die Manöver von Sudiejkin und Degajew von größerer Bedeutung.

XXV.

Sergius Degajew besaß schon Ende der siebziger Jahre Beziehungen zu den Revolutionären, nahm jedoch in den ersten Jahren in der Organisation „Volksfreiheit" keine sonderlich hervorragende Stellung ein, worüber er sich gelegentlich bei den Kollegen beklagte. Erst 1881 wurde er von der Partei beauftragt, sich an den Minenarbeiten in der Kleinen Sadowastraße zu beteiligen. Bald nach dem Attentat vom 1. März wurde Sergius Degajew zusammen mit seinem jüngeren Bruder Wladimir ver-

haftet. Gegen den älteren hatte die Gendarmerie jedoch keinerlei Beweise in der Hand, bei dem jüngeren scheinen Aufrufe gefunden worden zu sein.

Sudiejkin verhörte in eigener Person Wladimir Degajew und schlug ihm eines Tages vor, ihm Mitteilungen über die Vorgänge innerhalb der Partei zu machen. Als Sudiejkin die Empörung des jungen Menschen bemerkte, fügte er hinzu, die Regierung gedenke Reformen vorzunehmen, und die terroristische Aktion der Revolutionäre würde dabei nur hinderlich sein; er verlange durchaus nicht die Namen seiner Gefährten und wisse auch ganz genau, daß sein Gefangener dazu zu ehrlich sei, es handle sich ihm nur um eine allgemeine Information über die Pläne der Partei. Er ließ zum Schluß durchblicken, daß er den jungen Menschen dann würde auf freien Fuß setzen lassen.

Wladimir Degajew erwiderte, er müsse sich die Sache überlegen, werde aber niemand verraten. Sudiejkin entließ ihn noch an demselben Tage aus dem Gefängnis. Wladimir Degajew teilte das Vorgefallene sofort seinem älteren Bruder mit, der bereits früher in Freiheit gesetzt worden war. Der ältere Degajew wiederholte Sudiejkins Vorschlag sogleich einem Mitglied des Exekutivkomitees, Slatopolski, der damals gerade in der Hauptstadt anwesend war. Die Organisation „Volksfreiheit“ genoß zu jener Zeit nicht mehr die unschätzbaren Ratschläge Kletotschnikows, der Polizeibeamter gewesen, damals aber bereits verhaftet war. Slatopolski ging daher mit Freuden auf Sudiejkins Vorschlag ein [1]), ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, ob der junge Wladimir Degajew auch imstande sein würde, die gleiche Rolle wie Kletotschnikow zu spielen. Er übersah auch den Unterschied, der darin lag, daß Kletotschnikow nur die Rolle eines Beamten zu spielen hatte, dessen Aufgabe es durchaus nicht war, der Partei nachzuspüren, während Wladimir Degajew der Polizei gerade allgemeine Nachrichen über die Pläne der Partei und die in ihr herrschenden Strömungen hinterbringen sollte.

Auch auf den jungen Degajew übte der Gedanke, Kleto-

---

1) Andere Mitglieder des Exekutivkomitees waren hierüber höchst empört.

tschnikows Nachfolger zu werden, großen Einfluß; man beschloß, er habe den Vorschlag Sudiejkins anzunehmen.

Da der junge Degajew Sudiejkin nichts Wichtiges mitteilen konnte und wollte, wurde dieser selbstredend ungeduldig und sprach einigemal seinen Unwillen aus. Natürlich verriet sich der erprobte Gendarm auch nicht vor dem jungen Revolutionär; das Ergebnis war denn auch, daß die Beziehungen Wladimir Degajews zu Sudiejkin weder den Revolutionären noch der Regierung Nutzen brachten.

Um wenigstens für eine Zeitlang der merkwürdigen Lage zu entrinnen, in die er hineingeraten war, schlug Wladimir Degajew Sudiejkin vor, er möge ihn ins Ausland senden; unter den Emigranten, versicherte er, würde er eher etwas erfahren. Sudiejkin willigte ein. Natürlich konnte und wollte der junge Mann Sudiejkin auch aus dem Auslande nichts Wichtiges mitteilen. Die Emigranten waren vom Exekutivkomitee über den ganzen Vorgang in Kenntnis gesetzt und gingen dem Jüngling aus dem Wege. Nach seiner Rückkehr merkte der junge Degajew, daß Sudiejkin im höchsten Grade unzufrieden mit ihm war; die Beziehungen zwischen beiden Männern mußten auf irgendeine Weise gelöst werden.

Als Sergius Degajew merkte, daß sein Bruder nicht das Zeug zu einem zweiten Kletotschnikow hatte, beschloß er mit Wissen der Partei, selbst sein Glück zu versuchen, und ließ Sudiejkin durch Wladimir sagen, er bedürfe irgendeiner bezahlten Beschäftigung. Sudiejkin hatte eine solche bald für ihn gefunden und ließ ihn Pläne von Gebäuden kopieren, die das Polizeidepartement irgendwo errichten sollte.

Die Bekanntschaft von Sergius Degajew mit Sudiejkin währte nur kurze Zeit und brachte nicht die gewünschten Ergebnisse. Es war zur Zeit, als Gratschewski ein Attentat gegen Sudiejkin plante (Frühjahr 1882), doch gelang es ihm nicht, mit Hilfe des älteren Degajew den findigen Gendarmen auszuforschen. Wladimir Degajew reiste damals nach Saratow, um in das Heer einzutreten. Vorher suchte er noch einmal Sudiejkin auf, der die Beziehungen zu ihm ein für allemal abbrach und ihm riet, sich in Zukunft so zu verhalten, daß die Regierung nichts über ihn

erfahre. Auch das Verhältnis von Sergius Degajew zu Sudiejkin hörte bald wieder auf.

Nach den zahlreichen Verhaftungen in Petersburg, Anfang Juni 1882, von denen bereits die Rede war, setzte Sergius Degajew seine Tätigkeit innerhalb der Organisation „Volksfreiheit“ fort; er wurde erst im Herbst des gleichen Jahres in Odessa gefangengenommen, wo er in die Angelegenheiten der Geheimdruckerei der „Volksfreiheit“ verwickelt war. Als Sudiejkin von seiner Verhaftung erfuhr, kam er sofort in eigner Person nach Odessa und schlug dem Gefangenen vor, seine noch in Freiheit befindlichen Gefährten zu verraten, um sein eigenes Leben zu retten. Degajew verlangte daraufhin eine Zusammenkunft mit seiner Frau, mit der er den Vorschlag überlegen wollte. Seine Frau war eine schöne, aber einfache und ungebildete Kleinbürgerin aus Archangelsk, die der revolutionären Bewegung völlig fern stand; Degajew hatte ihre Bekanntschaft gemacht, als er eine Zeitlang in dieser Stadt als Techniker beschäftigt war.

Das Wiedersehen fand im Gefängnissaal bei einer reich besetzten Tafel statt. Das Ehepaar war bald einig, und Degajew nahm Sudiejkins Vorschlag an. Um die Revolutionäre nicht mißtrauisch zu machen, wurde eine angebliche Flucht aus dem Gefängnis in Odessa inszeniert; Degajew wandte sich selbst an eine gewisse Dame und bat um ihre Hilfe in dieser Sache. Die Revolutionäre in Odessa waren entzückt über die „Findigkeit“, die „Tatkraft“ und den „Wagemut“ Degajews; den wahren Sachverhalt ahnte niemand.

Einmal in Freiheit gesetzt, wandte sich Degajew sofort nach Charkow, wo sich Wera Figner, die damalige Leiterin der gesamten Organisation, verborgen hielt. Degajew suchte sie auf, erfuhr von ihr alle erwünschten Einzelheiten über den damaligen Stand der Bewegung und verriet die tapfere Parteiführerin sehr bald an die Gendarmerie. Um keinen Verdacht bei den Revolutionären aufkommen zu lassen, setzte er die Gendarmerie davon in Kenntnis, wann Wera Figner ihre Wohnung verlassen würde, und empfahl einen anderen Verräter, namens Mierkulow, auf der Straße an ihr vorbeigehen zu lassen, und zwar so, daß sie sein Gesicht sehen mußte. Es geschah denn auch. Als Wera

Figner Mierkulow bemerkte, den sie vor zwei Jahren noch gekannt hatte und von dem sie wußte, daß er im Dienst der Gendarmerie stand, kam sie sofort auf den Gedanken, daß er wahrscheinlich ihreVerhaftung plane. Diese erfolgte denn auch am 10. Februar 1883. Niemand von den Revolutionären kam auch nur auf die Idee, die Gefangennahme Wera Figners könne das Werk Degajews sein, der unmittelbar nach diesen Ereignissen nach Petersburg reiste, wo er seine Vernichtung säende Tätigkeit fortsetzte.

Durch seinen Verrat fiel jetzt in erster Reihe die Heeresorganisation der Partei „Volksfreiheit", die so schöne Hoffnungen erweckt hatte.

Etwa 200 Offiziere wurden verhaftet; Degajew hinterbrachte der Polizei alle Namen und alles, was er wußte. Das Ergebnis war die völlige Vernichtung der Partei. Hier und da bestanden noch kleine Gruppen oder auch nur einzelne Personen, die lose Verbindung miteinander unterhielten, aber keine Organisation mehr im eigentlichen Sinne des Wortes bildeten. Der ärgste Schlag für die Partei „Volksfreiheit" bestand jedoch darin, daß alle älteren erfahrenen Parteigenossen verhaftet waren. Nur junge Leute hatten dem allgemeinen Zusammenbruch entgehen können; von den früheren Führern waren nur einige erfahrene, energische und zu allem bereite Arbeiter übrig geblieben: es waren dies Pankratow, Antonow und andere.

Degajew schloß sich immer mehr an Sudiejkin an, der trotz seiner Triumphe unzufrieden war, weil seine Karriere noch immer zu wünschen übrig ließ.

Er besaß allerdings ein großes Einkommen, aber nur den Rang eines Oberstleutnants, auch wurde ihm eine Audienz beim Zaren, um die er immer wieder ansuchte, nicht gewährt. Er war überzeugt, daß alles für ihn eine günstige Wendung nehmen würde, wenn es ihm erst gelänge, Alexander III. von Angesicht zu Angesicht zu sprechen. Plehwe schätzte ihn sehr und schmeichelte ihm sogar, hatte aber nicht die Absicht, ihm die Bahn zu einer großen Karriere frei zu machen. Graf Tolstoi, der Aristokrat, behandelte den Emporkömmling Sudiejkin von oben herab und fand es unnötig, ihm eine Rangerhöhung zu

verschaffen; er war also gleichfalls ein unerbittlicher Gegner der ehrgeizigen Pläne Sudiejkins. Obgleich sich aber Plehwe einer Rangerhöhung Sudiejkins widersetzte, war er es wieder, der dessen Ehrgeiz durch Bemerkungen wie die folgende aufstachelte: „Nach der Person des Monarchen ist keines Menschen Leben für Rußland so kostbar wie das Ihre.“ Als Sudiejkin ihm hierauf erwiderte, er vergesse wohl den Minister des Innern, Grafen Tolstoi, ließ Plehwe die Bemerkung fallen: „Rein menschlich genommen wäre sein Tod ja nur bedauerlich, für Rußland dagegen hätte er auch einige gute Seiten.“ Auch der Direktor des Polizeidepartements hielt den Grafen Tolstoi für einen allzu despotischen und reaktionären Staatsmann.

Sudiejkin machte aus seinen Träumen vor Degajew kein Hehl und heckte verschiedene Pläne aus. So wollte er um seinen Abschied einkommen und ihn damit erklären, daß er Grund habe, sich über seine Vorgesetzten zu beklagen. Manchmal dachte er auch daran, einen fiktiven Anschlag gegen sich selbst zu inszenieren und sich leicht zu verwunden. Nach seiner Demission sollte Degajew im Dienst des Polizeidepartements verbleiben, aber hinterrücks terroristische Attentate gegen den Großfürsten Wladimir, den Bruder Alexanders III., und den Grafen Tolstoi anzetteln. Diese Attentate, hoffte Sudiejkin, würden den Zaren in die größte Angst versetzen. Er rechnete darauf, daß die Regierung ihn dann um Hilfe anflehen und ihn zum Diktator über ganz Rußland machen würde. Degajew aber sollten diese Attentate den Weg zum Exekutivkomitee der Organisation „Volksfreiheit“ öffnen.

Sudiejkin und Degajew, träumte Sudiejkin, würden dann gemeinsam über Rußland herrschen. Er dachte alles Ernstes an die Ausführung dieser Pläne und begann bereits die Lebensweise des Grafen Tolstoi auszuforschen, um das Attentat auf ihn unternehmen zu können.

Die Energie zu einem endgültigen Entschluß brachte er jedoch nicht auf. Endlich beschloß er, um seinen Abschied zu bitten. Auf Plehwes Bitten zog er jedoch das Gesuch wieder zurück, erklärte aber gleichzeitig, nicht länger als bis Ende Mai 1883 zu bleiben. Schließlich rückte auch dieser

Termin heran, ohne daß Sudiejkin von seinem Posten zurücktrat. Er rechnete jetzt damit, daß er endlich auch ohne Risiko und ohne „heroische" Pläne die gewünschte Anerkennung finden würde.

Sudiejkin war von Natur aus nicht grausam, er war nur ein furchtbarer Egoist und bereit, alle Hindernisse niederzureißen, die ihm im Wege standen. Als es ihm z. B. wichtig erschien, den Verdacht der Revolutionäre von Degajew abzulenken, schlug er ihm selbst vor, einen anderen Agenten der Polizei zu ermorden. Der soeben erschienene Bericht des Gendarmeriegenerals Nowizki, den dieser für Nikolaus II. verfaßte, beweist, daß Sudiejkin tatsächlich in dieser Weise vorging.

Die fortwährenden Verhaftungen innerhalb der Revolutionspartei weckten schließlich den Verdacht der Revolutionäre gegen Degajew, man beschloß sogar ausdrücklich, ihn zu beobachten. Als dieser merkte, daß ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, erklärte er, ins Ausland reisen zu wollen. Gespräche mit hervorragenden Emigranten würden am leichtesten, meinte er, die Stellung aufdecken, die er innerhalb der Partei einnehme.

Sudiejkin, der ihm volles Vertrauen schenkte, hatte gegen eine solche Reise nichts einzuwenden. Das Ehepaar fuhr nach Paris; hier sprach Degajew Tichomirow und überzeugte sich bald, daß die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" nicht nur Verdacht gegen ihn hegten, sondern seines Verrats fast sicher waren. Degajew legte darauf vor Tichomirow ein völliges Geständnis ab und berichtete ihm genau über alle Einzelheiten seiner Beziehungen zu Sudiejkin [1]).

Degajews Karriere war damit freilich noch nicht abgeschlossen.

XXVI.

Nach der Vernichtung der Partei „Volksfreiheit" durch die Regierung konnte die Krönung Alexanders III. in aller Ruhe statt-

---

1) Die wichtigsten Schriften über Degajew und seinen Verrat sind die folgenden: „Sergej Pietrowitsch Degajew" von Anna Pribilowa Kort; „Biloje", Jahrgang 1906, Aprilheft S. 1—17 und „Die Degajew-Zeit" im gleichen Heft der gleichen Zeitschrift. Der betreffende Artikel ist nur ein Neudruck aus den „Mitteilungen der Volksfreiheit".

finden. Man kann aber auch nicht mit Sicherheit sagen, ob die Partei damals irgendeine terroristische Aktion unternommen hätte, wenn ihre Machtstellung eine andere gewesen wäre. In dem bereits angeführten Aufsatz erzählt Dragomanow, die „Pall Mall Gazette“, eines der angesehensten englischen Blätter, habe einen Tag vor der Krönungsfeierlichkeit auf seine Vermittlung hin einen Artikel Krawtschinskis (Stepniaks) über den Standpunkt der Organisation „Volksfreiheit“ veröffentlicht. Krawtschinski bat Dragomanow selbst um seine Vermittlung bei der Zeitung. Tichomirow sah dann den Artikel Krawtschinskis noch durch und änderte einiges an ihm. Der Inhalt des Aufsatzes war kurz folgender: Die russische Regierung brauche kein Attentat auf Alexander III. zu befürchten, da die „Volksfreiheit“ nicht mehr mit Konzessionen der Regierung rechne; ihr Plan sei jetzt vielmehr, sich der Staatsgewalt durch eine militärische Verschwörung zu bemächtigen.

Der Artikel entstand, nachdem die Vernichtung der Gesamtpartei und auch der Heeresorganisation bereits eine Tatsache war.

Selbst wenn wir annehmen, daß es sich dabei nur um eine Art Mystifikation handelte, mit der die Partei „Volksfreiheit“ ihre Untätigkeit bemänteln wollte, bleibt der Plan doch im großen ganzen tadelnswert, da er phantastische Ziele an Stelle wirklich erreichbarer setzte.

Man kann jedoch mit größerer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß der erwähnte Aufsatz ein aufrichtiges Glaubensbekenntnis Tichomirows und seiner damaligen Parteigenossen war, die sich von den ehemaligen Anschauungen Shelabows vollständig losgemacht hatten.

Alexander III. machte den oppositionellen Elementen unter seinen Untertanen anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten keinerlei Zugeständnisse. Das Manifest brachte eine beschränkte Amnestie, geringfügige Erleichterungen für jene Bauern, die Steuernrückstände hatten, usw.

Auch auf Tschernischewski wurde das Manifest nach einiger Zeit angewendet; man gestattete ihm die Rückkehr, setzte ihn jedoch nicht wieder in seine Standesrechte ein.

Die nach der Krönungsfeierlichkeit erschienenen „Mittei-

lungen der Volksfreiheit" kritisieren die Regierung Alexanders III. sehr scharf und verteidigen gleichzeitig die Partei gegen den Vorwurf der Untätigkeit. Die Revolutionäre hätten absichtlich jede gewaltsame Tätigkeit unterlassen, versichert das Blatt, um den maßgebenden Kreisen die Möglichkeit zu geben, die Lage ruhig zu beurteilen und gelassen an Reformen heranzutreten. Es sollte nicht heißen, die Regierung werde von den Revolutionären so in Atem gehalten, daß es ihr nicht möglich sei, Änderungen in liberalem Sinne vorzunehmen. Jetzt aber, erklärt das Blatt, werde von neuem ein energischer Kampf einsetzen und er werde währen, bis die Regierung zur Kapitulation gezwungen sein würde.

Ganz besonders opponieren die „Mitteilungen" gegen die Polizeipolitik des Grafen Tolstoi, die dieser schon damals predigte und auch zu verwirklichen begann, wenngleich sie ihren Höhepunkt erst viel später erreichte. Die Publizisten der „Volksfreiheit" erklärten, eine solche Politik könne nur zu agrarischem Terrorismus und zu bäuerlichen Unruhen führen.

Die „Mitteilungen" führten eine Reihe interessanter Regierungserlasse an, mit denen der Presse verboten wurde, sich über die verschiedensten Angelegenheiten und Gerüchte zu äußern. Die Regierung hatte beschlossen, ihre Tätigkeit nach verschiedenen Richtungen hin geheim zu halten, sie sorgte auch dafür, daß verschiedene Gerüchte, die die öffentliche Meinung reizen konnten, nicht verbreitet wurden.

Obgleich die Revolutionspartei vernichtet war und die Regierung es wußte, fürchtete sie doch eine abermalige Kräftigung der Partei und ließ auch nicht für einen Augenblick alle Vorsichtsmaßregeln außer acht. Nach wie vor wurde Alexander III. aufs sorgsamste behütet und hielt sich am liebsten in Gatschina auf.

Graf Tolstoi hatte jetzt völlig freie Hand und beschloß, die Reformen Alexanders II. so weit wie möglich wieder aufzuheben. Er versuchte daher, die Kompetenz der Ziemstwos einzuschränken, ihre Zusammensetzung durch Stärkung der adligen Elemente zu verändern, sie mehr als früher in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Staatsverwaltung zu pressen. Die Leibeigenschaft konnte freilich nicht von neuem eingeführt werden, aber Graf Tolstoi

versuchte wenigstens dem Adel die politisch-administrative Gewalt über die Landbevölkerung von neuem in die Hand zu geben.

Auf die staatliche Gesetzgebung und die Zentralregierung sollte der Adel nach wie vor keinen Einfluß haben. Statt dessen wollte Graf Tolstoi ihm eine beträchtliche Machtstellung in der Kreisverwaltung einräumen und ihm zahlreiche Liebesgaben in Form von verschiedenen finanziellen Erleichterungen zuteil werden lassen. Auch Kredit zu ungemein günstigen Bedingungen räumte die Regierung dem Adel ein.

XXVII.

Im Verlaufe eines ganzen Jahres, von 1882 bis 1883, fanden in Rußland, und zwar über die ganze Ebene des ungeheuren Reiches verstreut, zahlreiche elementare Ausstände in Fabriken und Bergwerken statt. Wir finden die Arbeiterbewegung in Tomsk, im Ural, im Kaukasus, in den Gouvernements Moskau, Jaroslaw, Wladimir und anderen.

Wie schon einmal erwähnt, herrschte in Rußland damals eine wirtschaftliche Krisis. Dieser Umstand war für die Arbeiter ungünstig, und so gingen denn die meisten Ausstände für die Arbeiterschaft unglücklich aus. Die Reservearmee des Proletariats war in jenen Jahren größer als sonst in Rußland, während sich das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung infolge der Krise verlangsamte.

Die Beteiligung der Partei „Volksfreiheit“ an diesen Ausständen war gering, obgleich die Organisation zu jener Zeit an vielen Punkten mannigfache Beziehungen zu Arbeitern hatte. Wahrscheinlich stand die Partei damals von der Organisierung vieler Arbeitseinstellungen ab, weil sie sich der ungünstigen Bedingungen bewußt war. Außerdem kannten die Revolutionäre den täglichen Kampf des Proletariats, d. h. die fortwährenden Reibungen zwischen Kapital und Arbeit, wohl auch nicht in genügendem Maße.

Die Lage der russischen Arbeiter war damals sehr schwierig. Die Berichte der Gewerbeinspektoren aus den nächstfolgenden Jahren malen die Verhältnisse in den schwärzesten Farben.

Rußland besaß damals noch nicht die Spur einer Fabrik-

gesetzgebung, obgleich eine solche schon von 1859 an in den Ministerien und verschiedenen Kommissionen erwogen wurde.

Fabrikanten und deren Bevollmächtigte gestatteten sich der Arbeiterschaft gegenüber verschiedene Übergriffe: sie kündigten ihnen aus den geringfügigsten Anlässen, beschnitten den Arbeitslohn unter dem Vorwand von Strafen, und zahlten ihn überdies teilweise in Naturalien aus oder verlangten, daß die Arbeiter ihre Bedürfnisse zu hohen Preisen in Kaufläden deckten, die das Eigentum des Fabrikherrn waren. Der Arbeitstag währte ungeheuer lang, oft 15 bis 16 Stunden, die hygienischen Bedingungen waren mehr als schlecht, die Arbeiterwohnungen bei den Fabriken in durchaus verwahrlostem Zustande. Mit einem Worte: die Bedingungen, unter denen die Arbeiterschaft der Fabriken, Werkstätten und Bergwerke lebte, waren mehr als ungünstig. Solange die Mehrheit der Arbeiter solcher Unternehmungen noch enge Beziehungen zum flachen Lande besaß, solange sie sich noch nicht völlig von der Landbevölkerung losgelöst hatte, ertrug die Arbeiterschaft die schweren Bedingungen, die sie noch als Ausnahme ansah, mehr oder weniger ruhig. Seit sich aber die Arbeiter in Städten und Fabrikflecken ständig niederließen, seit sie sich immer mehr von der bäuerlichen Bevölkerung loslösten, was eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands war, begannen sie sich auch gegen jene Lebensbedingungen zu sträuben, die nur unter einem völlig kulturlosen Ausbeutungssystem möglich sind, einem Ausbeutungssystem, wie es eben unter den russischen Industriellen im Schwunge war. Ein Widerhall jener Kämpfe, die die Revolutionäre mit der Regierung ausfochten, rüttelte wahrscheinlich die Energie der Arbeiter auf und ermutigte sie zu entschlossenem Vorgehen.

Selbstverständlich läßt sich nicht genau sagen, wann die russische Arbeiterschaft anfing, sich beträchtlich von der bäuerlichen Bevölkerung abzuheben. Man kann jedoch ruhig annehmen, daß dieser Prozeß in größerem Maßstabe bereits Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre einsetzte und in den folgenden Jahren einen noch größeren Umfang erhielt. Für die Regierung bildete das allmählich entstehende Proletariat eine Quelle stetiger Angst. Deutlicher als die im Bauernkultus

befangenen Revolutionäre gab sich die Regierung davon Rechenschaft, daß die Arbeiterklasse ein Vulkan sei, dessen Ausbruch auch den düsteren Palast des russischen Absolutismus einmal zertrümmern könne. Der Regierung konnte auch nicht verborgen bleiben, daß die Organisation „Volksfreiheit“ schon 1880 eine breitangelegte Tätigkeit unter den Arbeitern in Petersburg entfaltete, und daß sie später auch in anderen Städten, namentlich im Süden Rußlands, mit einer regen Agitation unter der Arbeiterschaft einsetzte. Die elementare Massenbewegung der Arbeiterschaft hatte sich zwar noch nicht mit der revolutionären, von Verschwörern geleiteten Bewegung vereinigt, eine solche Vereinigung konnte jedoch jeden Augenblick erfolgen. Die Regierung sah sich nun vor die Aufgabe gestellt, eine derartige Vereinigung zu hintertreiben oder wenigstens hinauszuschieben. Die Minister Alexanders III. begriffen die Lage vollständig und beschlossen, eine Fabrikinspektion zu schaffen. Schöpfer der neuen Institution war der Finanzminister Bunge, vorher Professor für Nationalökonomie an der Universität in Kijew.

Das Gesetz vom 1. Juni 1882 enthält folgende Punkte: 1) Kinderarbeit in Fabriken und Werkstätten unter 12 Jahren ist verboten. 2) Kinder von 12—15 Jahren dürfen nicht länger als 8 Stunden täglich arbeiten. 3) Minderjährigen ist Nachtarbeit, sowie das Arbeiten an Sonn- und Feiertagen verboten. 4) Die Besitzer von industriellen Unternehmungen müssen es ihren minderjährigen Arbeitern, die keine Elementarvolksschulen absolviert haben, ermöglichen, solche zu besuchen. 5) Zur Kontrolle der Ausübung obiger Bestimmungen werden Fabriksinspektoren eingesetzt.

Das Gesetz war nur ein erster Schritt auf dem Gebiete der Fabrikgesetzgebung, die sich in den folgenden Jahren beträchtlich erweiterte.

Tugan Baranowski hebt in seinem Werk [1]) mit Recht die große grundsätzliche Bedeutung dieses ersten Gesetzes hervor.

XXVIII.

Unter dem Einfluß der triumphierenden reaktionären Regierungspolitik einerseits und der geschwächten revolutionären Aktion

---

1) „Geschichte der russischen Fabrik“ (Berlin 1900, deutsch).

anderseits mußte auch die liberale Bewegung eine andere Form annehmen. Die verschiedenen Ziemstwos konnten nicht mehr öffentlich den Wunsch nach einer Konstitution oder auch nur nach einem „Landestag" von beratendem Charakter äußern. Die liberalen Elemente mußten ihre Arbeit zunächst nur im stillen fortsetzen. Nicht nur in den Ziemstwos, sondern auch in den Städten, namentlich um Universitäten und wissenschaftliche Gesellschaften, scharten sich die Liberalen und trieben eine geheime Propaganda. Das „Freie Wort", das Organ des „Ziemstwoverbandes", das im Auslande herausgegeben wurde, stellte allerdings Mitte 1883 sein Erscheinen ein. Unter dem Einfluß der sieghaften Reaktion hatten die Liberalen den Glauben verloren, in ihrer Zeit irgend etwas tun zu können. Die Zusendung der Zeitschrift nach Rußland war überdies schlecht organisiert gewesen, das Blatt gelangte gewöhnlich zu spät und unregelmäßig in die Hände des Publikums.

Dragomanow versichert [1]), die Liberalen hätten die Schuld auf die Revolutionäre geschoben und ihnen den Terrorismus als Fehler ausgelegt. Die Regierung, erklärten die Liberalen, wurde durch die fortwährenden Attentate zu Repressalien gedrängt und verrammelte sich selbst auf diese Weise den Weg zu einer freiheitlichen politischen Aktion, deren Endresultat die Konstitution gewesen wäre.

Diese Meinung der Ziemstwoleute entspricht jedoch den Tatsachen nicht, da die Regierung auch ihre friedfertigen Kundgebungen unterdrückt hatte, und zwar zu einer Zeit, als es eine terroristische Aktion in Rußland überhaupt noch nicht gab. Übrigens hatte die Organisation „Volksfreiheit" den Terrorismus ja nach dem 1. März 1881 eingestellt. Das Attentat auf Strelnikow war, wie bereits erwähnt, eine vereinzelte Tatsache gewesen. Die ganze Zeit vom 1. März 1881 bis zum Mai 1883, d. h. bis zur Krönung, war also eigentlich von terroristischen Attentaten ganz frei.

Wie schon oben angedeutet, lagen die Verhältnisse in Wirk-

---

1) „Sammlung politischer Aufsätze" (in russischer Sprache), Bd. II, S. 826 bis 827.

lichkeit gerade umgekehrt, die Voraussetzungen der liberalen Ziemstwoleute trafen in keiner Weise zu. Die Schwächung der revolutionären Bewegung hatte gerade zur Folge, daß die Regierung die liberale Opposition der Ziemstwos um so energischer zurückwarf. Nur während einer starken revolutionären Bewegung hatte die Regierung die politische Aktion der Selbstverwaltungsorgane als das kleinere Übel geduldet. Nicht der Terrorismus hatte die konstitutionellen Bestrebungen geschädigt, sondern gerade der Umstand, daß die Revolutionäre von ihrer Taktik abkamen und an eine direkte Ergreifung der Macht und Staatsüberrumpelung dachten, unterband auch die Entwicklung des russischen Konstitutionalismus.

In der Zeit von 1879 bis 1883 machte allerdings die politische Bewegung in den Ziemstwos, wie Dragomanow mit Recht betont, im Vergleich mit der analogen Bewegung der vorhergehenden Periode beträchtliche Fortschritte; es fehlte jedoch an Zusammenhalt und Ausdauer. Dieser Umstand findet seine Erklärung in der Tatsache, daß der „Ziemstwoverband“ damals noch eine sehr junge Organisation war.

Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die liberale Bewegung in den Ziemstwos von 1879 bis 1883 zwei verschiedene Strömungen aufwies: eine streng konstitutionelle und eine slawophile, die nichts anderes als einen beratenden „Landestag“ verlangte. Diese beiden Richtungen traten noch 1905 zutage, kurz ehe das konstitutionelle Manifest vom 30. Oktober veröffentlicht wurde.

Dragomanow entwickelte noch immer im „Freien Wort“ und ebenso in einzelnen Broschüren seine Anschauungen über die wichtigsten in Rußland vorzunehmenden Veränderungen. Nach wie vor predigte er ein konstitutionell-autonomes Programm; das für seine Zeit mögliche Ideal sah er in der Föderation.

In seiner Arbeit „Der freie Verband“ (Wolnaja Spitka-Wolnij Sojuz), die sich in erster Reihe an die Ukrainer wandte, aber auch von allgemeiner Bedeutung für das russische Volk und alle übrigen Nationen war, die zum russischen Reiche gehören, setzte er ein eingehendes konstitutionelles Projekt für Rußland und ein soziales Programm auseinander. Der Plan hat viel Ähnlichkeit

mit jenem anderen, den der „Ziemstwoverband“ angenommen hatte und von dem bereits die Rede gewesen ist. Ich gehe daher nicht erst auf ihn ein [1]).

Von der sozialistischen Propaganda, deren Nutzen er durchaus anerkannte, erklärte Dragomanow ausdrücklich, sie müsse in der jeweiligen Muttersprache der Nationen geführt werden, die das russische Reich bewohnen. Er war der erste, der für eine Propaganda im jüdischen Jargon für die israelitische Bevölkerung eintrat. Er vertrat auch die Ansicht, in Rußland müßten einzelne sozialistische Parteien, nach Nationen getrennt, organisiert werden und nicht eine einzige zentralistische.

Namentlich bei den Russen, aber auch bei den Polen stieß diese Ansicht Dragomanows auf Widerspruch; die Polen, die ein selbständiges mächtiges Reich gebildet hatten und unter denen die Tradition davon äußerst lebendig war, standen vorwiegend auf dem Standpunkt, es sei unnötig, für die einzelnen nationalen Gruppen, namentlich für die kleinen, gesonderte Gruppen zu bilden.

Dragomanow selbst war kein Anhänger des Terrorismus; er gab jedoch seine Notwendigkeit für Rußland zu, wo keine öffentliche Aktion möglich war und die Regierung sich entsetzliche Übergriffe und Grausamkeiten zuschulden kommen ließ. Er betrachtete den Terrorismus als eine natürliche Erscheinung der revolutionären Bewegung, bekämpfte ihn jedoch als System. Er trat auch sehr energisch gegen alle Arten von Expropriationen auf, nicht nur gegen die von privatem, sondern auch von Staatseigentum.

Als nach dem 1. März 1881 in der Organisation „Volksfreiheit“ die Richtung Tichomirows über diejenige Shelabows den Sieg davontrug und die Revolutionäre den Gedanken an eine Staatsüberrumpelung und eine Ergreifung der Macht in den Vordergrund schoben, wandte sich Dragomanow mit aller Schärfe gegen die Revolutionäre. Eine Polemik entstand, bei der oft ein unstatthafter Ton angeschlagen wurde. Man muß gerechterweise

1) Abgedruckt im ersten Band der Gesamtausgabe der Schriften Dragomanows.

zugeben, daß Dragomanow in diesem Streit häufiger der war, dem Unrecht geschah, als derjenige, der Unrecht tat.

XXIX.

Nachdem Degajew Tichomirow seine Schuld gestanden hatte, schlug er den Revolutionären die Organisierung eines Attentats auf Sudiejkin vor, um auf diese Weise sein Leben zu retten. Die Führer der Organisation „Volksfreiheit“ — es waren dies nach der Vernichtung der Partei in Rußland die hervorragendsten Emigranten im Auslande — beschlossen, Degajew sein Leben zu schenken und Sudiejkin durch seine Hilfe umzubringen.

Degajew ließ seine Frau im Auslande und kehrte allein nach Petersburg zurück, um die neuübernommene Aufgabe auf irgendeine Weise zu erledigen. Da die Angelegenheit sich in die Länge zog, beriefen die Emigranten ihn von neuem ins Ausland und verlangten kategorisch seine Hilfe bei der Ermordung Sudiejkins; darauf schickten sie ihn abermals nach Petersburg, diesmal aber nicht allein, sondern in der Begleitung Hermann Lopatins. Dieser, ein überzeugter und gewiegter Revolutionär, sollte ihn bewachen, bis er seine Aufgabe erfüllt hatte.

Zweimal suchte Sudiejkin Degajew in seiner Wohnung auf, ohne daß der Mord erfolgen konnte. Der Besuch war zwar jedesmal vorher bekannt, aber kleine Hindernisse störten die Ausführung. Am 15. Dezember 1883 erschien Sudiejkin abermals in Degajews Wohnung, diesmal in Begleitung seines Vetters Sudowski, der im Dienst der Geheimpolizei stand. In der Wohnung hatten sich zwei Revolutionäre, Starodworski und Konaschewitsch, verborgen. Beide waren mit eisernen Stangen bewaffnet. Degajew feuerte einen Revolver gegen Sudiejkin ab, traf ihn jedoch nicht und verließ darauf sofort die Wohnung. Als Starodworski, der sich in Degajews Schlafzimmer versteckt hielt, den Schuß fallen hörte, verließ er seinen Schlupfwinkel und fand im Nebenzimmer Sudiejkin. Er holte sofort mit seiner Eisenstange aus, vermochte ihm aber nichts anzutun, da Sudiejkins Stellung einem Angriff ungünstig war. Sudiejkin flüchtete, die eine Hüfte mit dem Arm schützend, ins Vorzimmer, wo Konaschewitsch eine Reihe von starken Hieben gegen Sudowski,

Sudiejkins Vetter, führte. Starodworski holte von neuem gegen Sudiejkin aus, der zu Boden stürzte und einen Augenblick lang den Eindruck machte, als ob er tödlich getroffen sei. Er sprang jedoch wieder auf und stürzte ins Klosett, die Tür innen mit beiden Händen festhaltend. Starodworski hinderte ihn daran, die Tür hinter sich einzuziehen, und schlug wieder mit seiner Stange gegen ihn. Sudiejkin stürzte abermals und erhielt jetzt von Starodworski den Todesstoß. Sudowski lag auf dem Boden und machte den Eindruck einer Leiche. Konaschewitsch verließ nun die Wohnung, Starodworski blieb noch einige Zeit zurück, um verschiedene Sachen Degajews an sich zu nehmen. Dann ging auch er fort und zog die Wohnungsschlüssel ab, die er dann auf der Straße fortwarf. Das alles geschah in der belebtesten Straße Petersburgs, dem Newskiprospekt. Sudiejkins Ermordung machte einen gewaltigen Eindruck, am Begräbnis beteiligten sich sämtliche Minister, mit dem Großfürsten von Oldenburg an der Spitze.

Sudiejkins Vetter war nicht tödlich verwundet worden, und von ihm erfuhr denn auch die Regierung den Hergang. Degajew wurde gesucht und ein Preis auf seinen Kopf gesetzt.

Die Revolutionäre verhalfen Degajew zur Flucht ins Ausland. Er kam bald darauf nach Paris, wo er seine früheren Parteigenossen zum letztenmal sah. Die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" beschlossen, die ganze Angelegenheit zu veröffentlichen und Degajew zu verbieten, sich jemals wieder an der revolutionären Bewegung zu beteiligen. Degajew begab sich für kurze Zeit nach London und später nach Amerika, wo er geraume Zeit unter der Aufsicht eines Revolutionärs stand. Starodworski und Konaschewitsch gelang es, sich eine Zeitlang zu verstecken, nach einigen Monaten wurden sie jedoch verhaftet.

Degajew starb 1909 in Amerika; es ist wahrscheinlich, daß er interessante Papiere über seine eigene Beteiligung an der revolutionären Bewegung und seine früheren Gefährten hinterließ.

Die Autorität der Partei war durch das geglückte Attentat auf Sudiejkin eine Zeitlang wieder gehoben; ihre Wiederbelebung war jetzt möglich und am Platze; an Revolutionären mangelte

es nicht: es handelte sich nur darum, sie zu vereinigen und ihnen ein einheitliches Programm zu geben.

XXX.

Im Januar 1884 fand in Paris eine Zusammenkunft von Mitgliedern der Organisation „Volksfreiheit" statt. Neben Emigranten wie die Oschanina-Polonska, Lopatin, Tichomirow, Serebriakow und die Tscherniawska waren auch Abgesandte einiger Gruppen der Partei „Volksfreiheit" in Rußland anwesend, so Suchamlin, Karaulow und andere [1]).

Die Versammlung wählte eine aus drei Personen bestehende Organisationskommission, die sich nach Rußland begeben und an die Spitze der neuen Organisation treten sollte. Man beschloß auch die Gründung einer Zentralgruppe in Rußland, die sich teils aus Personen, die Rußland kürzlich verlassen hatten, und teils aus solchen, die in Rußland lebten, zusammensetzen sollte. Zu Mitgliedern der Organisationsgruppe wurden Lopatin, die Salowa und Suchomlin gewählt, die Hauptrolle war dabei Lopatin zugedacht. Zu Mitgliedern der Zentralgruppe ernannte die Zusammenkunft: Sergius Iwanow, Stiepurin, Owtschinnikow und andere, im ganzen sollten es 17 Personen sein.

Die Wahl Lopatins zum Leiter der neuen Organisation war eine überaus glückliche. Selten vereinigte unter den Revolutionären eine Person so viele gute Eigenschaften wie er. Er stand in der Blüte seiner Kraft, war allseitig gebildet und kannte die sozialen und politischen Verhältnisse Westeuropas genau; mit Marx und Engels verband ihn innige Freundschaft, eine reiche revolutionäre und Lebenserfahrung stand ihm zu Gebote. Dank seinem einnehmenden Wesen, seinem reichen Wissen und seiner großen Beobachtungsgabe gewann er leicht starken Einfluß auf seine Umgebung. Seit 1867 stand er mit den russischen Behörden auf dem Kriegsfuß und hatte bereits die mannigfachsten Konflikte ausgetragen. Er unternahm oft gefährliche Wagnisse, so die Befreiung Tschernischewskis, und legte stets Geistesgegenwart, Umsicht und Entschlossenheit an den Tag.

---

1) Siehe die Beilage Schischkos zu der russischen Ausgabe von Thuns „Geschichte der revolutionären Bewegung".

Die Lage der revolutionären Gruppen in Rußland war damals schwierig, aber durchaus nicht hoffnungslos. Wir haben bereits gesehen, daß die mehrjährige Tätigkeit der Organisation „Volksfreiheit“ die revolutionäre russische Bewegung beträchtlich erweitert und die Propaganda in Ortschaften getragen hatte, wo die Bevölkerung vorher keine Ahnung von revolutionärem Geist besaß. Selbst nach den großen Verhaftungen, die Degajews Verrat zur Folge gehabt hatte, hörte die revolutionäre Tätigkeit in Rußland auch nicht für einen Augenblick auf, sie wurde vielmehr von Gruppen aufrechterhalten, die vorwiegend in der Provinz bestanden und die sich sämtlich zum Programm der „Volksfreiheit“ bekannten. Am stärksten waren die revolutionären Kräfte im Süden, namentlich in Kijew und Rostow am Don. In beiden Städten existierten mehrere Gruppen; die sozialistisch-revolutionäre Propaganda unter der Arbeiterschaft wurde hier systematisch und auf breiter Grundlage geführt; Zeugnis hiervon geben Bach [1]), der vorwiegend über die Tätigkeit in Kijew berichtet, ein unbekannter Verfasser [2]), der sich mit den Geschehnissen in Rostow am Don beschäftigt, und endlich Pankratow in seiner bereits mehrfach angeführten Arbeit über die Tätigkeit der Organisation „Volksfreiheit“ unter den Arbeitern. Die in diesen Städten eifrig betriebene Propaganda strahlte auch auf andere aus. Neben diesen Zentren gab es noch tätige revolutionäre Gruppen in Charkow, Odessa, Elisabethgrad, Jekaterinoslaw, Jaroslaw, Kasan, Woronesh, Saratow, Nishni-Nowgorod und anderen Ortschaften. In Petersburg und Moskau stand es schlimmer, aber auch hier drängte sich die Jugend immer wieder von neuem in die Scharen der Revolutionäre.

Es waren vorwiegend junge, frische, vielversprechende, aber noch nicht eingearbeitete Kräfte; sie dürsteten nach revolutionärer Tätigkeit, aber was ihnen fehlte, war ein klares Programm und Erfahrung. Die „Volksfreiheit“ erschien seit langer Zeit nicht mehr, die „Mitteilungen“ vermochten sie nicht zu

---

1) „Biloje“, Jahrgang 1907, Januarheft S. 116—147, Februarheft S. 190 bis 216, Märzheft S. 200—237.

2) „Biloje“, von Burzew im Auslande herausgegeben, Jahrgang 1903, Nr. 3, S. 13—20.

ersetzen, und auch sie erschienen nicht häufig. Der im Auslande von der Partei herausgegebene „Bote der Volksfreiheit“ enthielt viel Aufsätze und interessante Mitteilungen, erschien jedoch eine Zeitlang nur einmal jährlich und erfüllte unter der Redaktion Lawrows und Tichomirows seine Aufgabe nur unvollkommen. Lawrow war unstreitig eine durch und durch lautere Natur, überdies besaß er eine hohe und allseitige Bildung. Alles, was er schrieb, trug jedoch einen sehr abstrakten Charakter und vermochte keine Grundlage für die politischen und sozialen Angelegenheiten des Tages zu bieten. Tichomirow wieder besaß einen phantastischen und unklaren Geist, alle seine Aufsätze waren im höchsten Grade verworren. Die „Volksfreiheit“ trug daher damals nicht dazu bei, unter den Revolutionären ein einheitliches, folgerichtiges soziales und politisches Programm zu verbreiten; die Jugend, die sich um die Fahne der Organisation „Volksfreiheit“ scharte, tat dies aus einem natürlichen Gefühl der Ehrfurcht vor der glänzenden Vergangenheit dieser Partei und ihrer Energie. Diese Jugend war überzeugt, daß ein entscheidender Kampf mit der Regierung nötig sei, und glaubte, daß nur die Organisation „Volksfreiheit“ ihn durchführen könne. Sie fühlte sich schon aus diesem Grunde zu der Partei hingezogen. Ein Exekutivkomitee war damals tatsächlich nicht vorhanden. Unter den bedeutenderen Mitgliedern der Organisation „Volksfreiheit“, die ihre Freiheit nicht verloren hatten oder im Auslande als Emigranten lebten, herrschte nicht jene Einheitlichkeit in bezug auf Programm und Taktik, die für eine revolutionäre Bewegung so überaus notwendig ist. Tichomirow bemühte sich, wie wir wissen, die Anschauungen Shelabows auszurotten. Auch unter der revolutionären Jugend in Rußland herrschte keine Einheitlichkeit der Anschauungen.

Um die Zeit, von der wir jetzt sprechen, entstand eine Gruppe, die sich die „Junge Volksfreiheit“ nannte. An der Spitze stand ein junger Schriftsteller, Peter Jakubowitsch, der damals seine ersten Schritte auf dem Gebiete der Literatur machte und später unter dem Pseudonym Mielschin sehr bekannt wurde. Um ihn scharten sich Mannilow, Outschinnikow, Starodworski und andere; in Kijew schloß sich Schabalin dieser Richtung an.

Die Gruppe stellte zwei Forderungen: erstens wollte sie in die Taktik der Partei den agrarischen und Fabriksterrorismus aufnehmen, der sich gegen Grundbesitzer und die Eigentümer industrieller Unternehmungen, sowie gegen deren Verwalter wenden sollte; zweitens wünschte sie eine Änderung in der Organisationsform der Partei; die Entscheidung sollte nicht mehr in den Händen eines Anordnungen treffenden Exekutivkomitees liegen, sondern von Zusammenkünften Delegierter der verschiedenen revolutionären Gruppen ausgehen.

Diese Forderungen, namentlich die erste, waren unerfüllbar. Der agrarische und industrielle Terrorismus hätte die ganze Bewegung auf Irrwege bringen müssen, alle Konflikte der Bauern und Arbeiter mit Grundbesitzern und Fabrikanten hätten unweigerlich zu einer Ermordung dieser letzteren geführt. Auf die Gesellschaft hätten derartige Zustände einen höchst ungünstigen Einfluß ansüben müssen, eine starke Reaktion gegen die Revolutionäre wäre die natürliche Folge gewesen. Ebenso wäre die Leitung der Partei durch Kongresse von Abgesandten der einzelnen Gruppen, statt durch eine ständige Parteileitung, einem völligen Anarchismus gleichgekommen. In der Tat muß jede Geheimorganisation, und namentlich eine in Rußland tätige, eine ständige und geschmeidige Lenkung haben, da es ganz unmöglich ist, im Handumdrehen Zusammenkünfte zu organisieren, wenn etwa eine Änderung der Verhältnisse ein plötzliches Einschreiten erheischt. Außerdem ist es ein Gebot der Klugheit, daß gerade diejenigen Personen, die die Bewegung leiten sollen, sehr vorsichtig gewählt werden. Wenn aber jede, vielleicht erst im Entstehen begriffene Gruppe durch einen von ihr gewählten Delegierten über die revolutionäre Aktion auf Kongressen mitentscheiden sollte, könnten leicht auch sehr Unberufene für die Entwicklung der Bewegung ausschlaggebend werden.

Lopatin war kein Anhänger der programmatisch-taktischen Anschauungen, wie Tichomirow sie predigte; dagegen erklärte er sich, wie wir noch sehen werden, mit dem Inhalt der von ihm redigierten zehnten Nummer der „Volksfreiheit“ einverstanden, d. h. mit einer Richtung, die zur Zeit der beginnenden Erstarkung der Partei Shelabow vertreten hatte.

Lopatin dachte weder daran, sich durch eine militärische Verschwörung des Staates zu bemächtigen, noch das gleiche Ziel durch eine Massenrevolution zu erreichen; was ihm für die nächste Zeit vorschwebte, war die Erlangung einer Konstitution, die der Regierung durch eine speziell gegen die Zentralregierung gerichtete terroristische Aktion und durch sozialistische Propaganda unter den Arbeitern abgetrotzt werden sollte. Zunächst plante er ein Attentat gegen den Leiter der Gesamtregierung, den Minister des Innern Grafen Tolstoi.

In Rußland setzten unterdessen die revolutionären Gruppen ihre gewöhnliche Tätigkeit unter Arbeitern und Mitgliedern der Intelligenz fort. Am 8. Januar 1884 tötete Antonow in Charkow den Spitzel Schkriabe; am 4. März des gleichen Jahres leisteten Pankratow und Borisowitsch bei ihrer Verhaftung in Kijew bewaffneten Widerstand.

Nach seiner Ankunft in Rußland bestand Lopatins erste Aufgabe darin, die über verschiedene Gegenden des Landes verstreuten revolutionären Gruppen kennen zu lernen und sie untereinander in Verbindung zu bringen. Behilflich war ihm hierbei Bach, der seit 1882 in der revolutionären Bewegung in Kijew, wie im Süden des Landes überhaupt tätig war.

Mit der Gruppe „Junge Volksfreiheit“ war die Verständigung nicht leicht. Lopatin dachte nicht daran, dieser Gruppe irgendwelche Zugeständnisse zu machen, sein Plan war vielmehr ihre Vernichtung, die dadurch erfolgen sollte, daß er sich bemühte, die einzelnen Mitglieder von der Fruchtlosigkeit und Schädlichkeit des von ihnen erwählten Weges zu überzeugen. Endlich gelang es ihm denn auch dank seinem taktvollen Wesen und seiner besonderen Begabung als Debatter, Jakubowitsch und dessen Gefährten für die Mitarbeiterschaft [1]) innerhalb der alten Organisation zu gewinnen. Wahrscheinlich begriff Jakubowitsch, daß er den kürzeren gegen Lopatin ziehen mußte, und wollte im Interesse der Partei eine Trennung vermeiden. Nach der Verhaftung Lopatins versuchte Jakubowitsch jedoch von neuem

1) „Biloje“, Jahrgang 1907, Aprilheft S. 298—299. Lopatin stellt hier in einem Aufsatz einige Unklarheiten in den Aufsätzen Bachs fest.

mit den Postulaten der „Jungen Volksfreiheit“ hervorzutreten, kam aber bald selbst ins Gefängnis. Tätigen Anteil an dem Wiederaufbau der Partei hatte auch Sergius Iwanow, der in erster Reihe im Süden arbeitete. Eine der hauptsächlichsten Aufgaben war zunächst die Herausgabe einer neuen Nummer der „Volksfreiheit“. Bald darauf begann der Druck. Die Nummer wurde gleichzeitig in zwei Geheimdruckereien hergestellt. Es war dies die zehnte Nummer des Blattes; sie enthielt einen sehr gut geschriebenen Leitartikel aus der Feder Lopatins. Da er wegen seines programmatisch-taktischen Inhalts von Wichtigkeit ist, wollen wir kurz auf den Inhalt eingehen.

Fehler innerhalb der revolutionären Partei und von Verrätern begangene Verbrechen können den allgemeinen Lauf der Geschichte nicht ändern, erklärt der Verfasser, wohl aber können sie zeitweilig der Gesellschaft großen Schaden zufügen. Wir haben schwerwiegende, unglückliche Erfahrungen gesammelt, fährt er fort, vom Angriff mußten wir zur Verteidigung übergehen. Aber auch in den schwersten Augenblicken waren wir von unserem endlichen Sieg überzeugt. Der Verfasser weist nun auf die Leichtfertigkeit hin, mit der die Regierung stets der Gesellschaft ihren Triumph über die Revolution kundtat, da die Tatsachen diese billigen Siege oft schon Lügen gestraft hätten.

Die Selbstherrschaft, heißt es weiter, die in jeder Handlung eines jeden Gouverneurs und eines jeden Landpolizisten (Uriadnik) ebenso zutage träte wie im Vorgehen des Kaisers, beweise selbst dem Volke eben durch die Folgen, die sie nach sich ziehe, tagtäglich ihre Unmöglichkeit. Die Selbstherrschaft aber mache gerade jetzt einen Zersetzungsprozeß durch, der bewirke, daß die Volksmassen selbst den Schauplatz der Geschichte betreten und eine dem Sozialismus vorausgehende Volksherrschaft einführen würden; im Sozialismus aber finde das Volk die Verwirklichung seiner wirtschaftlichen und freiheitlichen Interessen.

Es ist von Wichtigkeit, daß der Verfasser hier deutlich erklärt, die Volksherrschaft, mit anderen Worten die völlige Demokratisierung des gesetzlich-staatlichen Zustandes müsse der Verwirklichung des Sozialismus vorangehen, während erst dieser die Wege zur vollständigen Freiheit bahne, indem er die ar-

beitenden Klassen und mit ihnen die Allgemeinheit befreie. Eine solche Anschauung ist weit entfernt von den phantastischen Träumereien Tichomirows und anderer, für welche die politische Freiheit mit einer sozialistischen Umwälzung identisch war. Doch sind die weiteren Ausführungen des Verfassers über die nächste Zukunft weniger nüchtern, da er versichert, die sozialen Folgen der Volksherrschaft würden in Rußland infolge des Solidaritätsgefühls der Bevölkerung in Gemeindeangelegenheiten und auch infolge des bevorstehenden Triumphs des Sozialismus in Westeuropa größer und deutlicher sein als im übrigen Europa.

Er bemüht sich nun den Nachweis zu führen, die von der „Volksfreiheit“ vertretene Richtung sei keine willkürliche Erfindung der Revolutionäre, sondern eine Folge ihres richtigen Verständnisses für die Entwicklungstendenzen der russischen Gesellschaft. Die Mißgeschicke der Partei in den letzten Jahren erklärt der Verfasser aus zwei Faktoren: aus der Unvorsichtigkeit der Revolutionäre und dem Verrat einzelner. Er beschreibt mit großem Geschick und psychologischem Verständnis den allmählichen Fall schwacher Personen, die in die Bewegung eintraten, ohne die richtigen Fähigkeiten hierfür zu besitzen. Bei der Besprechung des neu aufzunehmenden Programms und der einzuschlagenden Taktik beruft er sich auf die Aufsätze in den ersten Nummern der „Volksfreiheit“, auf das Programm des Exekutivkomitees, auf „Die vorbereitenden Arbeiten der Partei“ und auf „Das Programm für Arbeiter“, lauter Dokumente, die dem Leser bereits bekannt sind.

Es war also eine Rückkehr zu den Ideen Shelabows. Damit soll aber nicht gesagt sein, Lopatin habe blind die Taktik jenes großen Parteiführers übernommen, im Gegenteil, aus dem Aufsatz geht hervor, daß er selbständig in Programm- und Taktikfragen eindrang, daß er seine Gedanken originell auszudrücken vermochte und mehr als eine treffliche Idee als erster aussprach.

So stellte er den Satz auf, die Partei müsse vor allen Dingen wieder zum Angriff übergehen, die Arbeit unter den Volksmassen sei zwar auch in Zukunft sehr wichtig, aber doch nicht die einzige Aufgabe; ein großer Teil der Kraft müsse auf den unmittelbaren und energischen Kampf gegen die Regierung verwendet

werden, mit anderen Worten auf den politischen Terrorismus, der selbst wieder ermutigend auf die Massen wirke, da er ihr Vertrauen zur Partei stärke.

Die Organisation „Volksfreiheit", versichert der Verfasser, müsse bestrebt sein, die Selbstherrschaft so bald wie möglich zu vernichten, da die ganze Zukunft Rußlands, d. h. die Umwälzung der bestehenden Verhältnisse, hiervon abhänge.

Die revolutionäre Bedeutung der Partei liege darin, daß sie zur demokratischen Umwälzung Rußlands beitrage, die selbst wieder eine Hauptbedingung der Wiedergeburt des Landes sei. Die Revolutionäre gehen nicht nur für das Volk in den Kampf, sagt der Verfasser, sondern auch mit dem Volk. Die Partei müsse vielerlei Dinge auf sich nehmen, die eine unorganisierte Masse nicht ausführen kann; sie muß Folgerungen verwirklichen, die das Volk noch gar nicht zu formulieren vermag.

Mit diesen Worten weist der Verfasser mit Recht auf die Aufgabe der Partei hin, die sowohl in ihren Handlungen als auch in ihren Ideen nicht nur den unorganisierten, sondern auch den organisierten Massen vorangehen muß.

Selbst wenn wir den höchsten Grad von Verständnis voraussetzen, dessen Volksmassen für ihre eigenen Interessen fähig sind, wird es unserer Ansicht nach doch immer einen Kreis von Ideen und Handlungen geben, die zur weiteren Entwicklung der Massen notwendig sind, die aber aus den oder jenen Gründen wenigstens zeitweise nicht den Massen selbst überlassen werden können. Jeder Fortschritt wird zunächst von einer über der Mehrheit stehenden Minderheit begriffen und ausgeführt. Auch der andere Faktor muß in Betracht gezogen werden, daß nämlich gewisse besondere soziale und politische Funktionen überhaupt nicht von Massen ausgeführt werden können.

Für das damalige Rußland gelten diese Worte mehr als für irgendein anderes Land. Die revolutionäre Partei, fährt der Verfasser fort, ist eine Notwendigkeit für das Volk. Ohne sie, d. h. ohne eine genügende Anzahl von intelligenten Kräften könne sich das Volk selbst in einer Revolutionsepoche zersplittern und betrogen werden. Sie sei namentlich jetzt für das Volk unersetzlich, fügt er hinzu, da die nächste Aufgabe in der Vernichtung

der absoluten Regierung und der Schaffung einer nicht gerade großen, aber schmiegsamen Organisation liege, die in die revolutionäre Bewegung Ordnung bringen und die Revolution vor dem Chaos retten müsse.

Die Partei sei ein notwendiger Faktor für das Volk, das gegen die feindlichen Mächte ankämpfen müsse; aber auch die Partei könne im Augenblick der entscheidenden Umwälzung ohne die Hilfe des Volkes, d. h. ohne seine Kraft, nichts erreichen. Ein Verschmelzen der Volkskraft mit einer planmäßig bewußten Aktion sei daher die erste Voraussetzung für den Triumph der Revolution. In der nächsten Zeit jedoch würde eine solche Verschmelzung noch nicht erfolgen.

Eine öffentliche Agitation unter den Volksmassen und deren Organisierung sei in Rußland verboten; daraus folge mit Notwendigkeit der Verschwörungscharakter jener Tätigkeit, die sich die Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse zum Ziel setze. Es läge aber in der Natur der Dinge, daß eine Geheimgesellschaft nicht zahlreich sein, daß sie noch weniger die Massen umfassen könne. Eine Verschwörung verlange an sich Menschen, die sich der Sache der Revolution ganz weihen, die in gewisser Hinsicht durch ihre qualitativen Eigenschaften die Quantität ersetzen müssen, also hochentwickelte und bewußte Menschen. Derartige Persönlichkeiten seien aber im russischen Volk nicht häufig anzutreffen, und dieser Umstand mache es der Organisation unmöglich, unter den bestehenden Bedingungen große Massen zu gewinnen.

Die Aufgabe der Verschwörer beschränke sich daher im gegenwärtigen Augenblick darauf, Vorbereitungen zu treffen, um beim Ausbruch der Revolution sofort eine Organisation zu schaffen, die dann die heutigen revolutionären Kämpfer und die breiten Volksmassen umfassen würde. Unter den herrschenden Zuständen lasse sich nur ein gewisser Zusammenhang zwischen der Partei und den Volksmassen herstellen, der nur teilweise organisatorischer, weit mehr aber moralischer Art sei. Man dürfe sich nicht dem Wahne hingeben, als wenn heute schon eine breite Massenorganisation möglich sei, ein derartiger Irrtum könne der Bewegung nur schaden. Notwendig sei vor allem eine ständige,

entschlossene revolutionäre Organisation und zwar dort, wo man einen entscheidenden Schlag gegen die Regierung führen könne. Unter den städtischen Arbeitern, die weitgehende Beziehungen zu der übrigen Masse des Proletariats und womöglich auch der Bauernbevölkerung haben sollten, müßten revolutionäre Kader von nicht allzu großem Umfange geschaffen werden. Was die Tätigkeit unter ihnen anlange, so müsse man sich darauf beschränken, die einzelnen Bauern zu bewußten und systematischen Mitarbeitern der Revolutionäre zu erziehen. Solche Individuen könnten in der Tat, meint der Verfasser, nur Agenten der städtischen Organisationen sein.

Eine weitere wichtige Aufgabe aber sei die sozialistische Propaganda; ebenso müsse die Partei ihre unmittelbaren Ziele in möglichst großen Kreisen bekanntmachen, um auf diese Weise ein moralisches Band zwischen der Partei und den Massen herzustellen, das ein Zusammenarbeiten von Volk und Organisation beim Ausbruch der Revolution ermögliche.

Zum Schluß bespricht der Verfasser noch die äußerst wichtige Unzufriedenheit der Massen, die geweckt werden und durch Agitation und andere Mittel gestärkt werden müsse. Er macht die richtige Bemerkung, daß schon das Regierungssystem und die soziale Ordnung durch ihre Vertreter, d. h. die Regierenden und Ausbeutenden die Unzufriedenheit der Massen nähre. Seiner Ansicht nach ist es ein Fehler der Revolutionäre, wenn sie es für ihre wichtigste Aufgabe halten, die Unzufriedenheit der Massen erst zu wecken. Die Revolution könne allerdings nicht ausbrechen, wenn diese Unzufriedenheit der Massen fehle, die Revolutionäre aber hätten in erster Reihe die Ursachen der sozialen Mängel aufzudecken, die in den Massen bereits bestehende Unzufriedenheit zu verallgemeinern und sie in die richtigen Wege zu leiten.

Die Unzufriedenheit der Massen, fährt der Verfasser fort, wendet sich zunächst gegen einzelne Personen, mit denen die Massen in Berührung kommen. Die sozialistische Partei habe nun die Aufgabe, diese Unzufriedenheit gegen das herrschende System, nicht gegen einzelne zu lenken. Aus diesem Grunde wendet sich der Verfasser auch gegen den agrarischen und industriellen Terrorismus.

Man könnte glauben, daß sich diese Argumentation auch gegen den politischen Terrorismus wendet, den der Verfasser jedoch nicht nur nicht bekämpft, sondern anerkennt und empfiehlt, wenn er dies auch nicht mit klaren Worten ausspricht.

Ein tieferes Eindringen in die Anschauungen des Verfassers wird uns jedoch begreiflich machen, warum sich die obigen Vorwürfe nicht auch gegen den politischen Terrorismus wenden. Wir begreifen dann nämlich, daß er in den Personen, die an der Spitze der Regierung stehen, die die Macht in ihren Händen haben und die angedeutete Politik führen, die Verkörperung des bestehenden Systems erblickt. Die Personen, die die Regierung bilden, stehen an der Spitze der Staatsorganisation, die ihrerseits die Lenkung der Gesellschaft bedeutet: der Kampf gegen sie ist daher für Lopatin mehr als ein Kampf gegen Individuen.

Der Aufsatz tadelt auch die antisemitischen Unruhen.

In der gleichen Nummer der „Volksfreiheit“ findet sich in der „Inneren Chronik“, die offenbar von einem anderen Verfasser herrührt, eine Stelle, die in einem gewissen Gegensatz zum Leitartikel steht und an die phantastischen Pläne Tichomirows mahnt.

Wir sind überzeugt, erklärt der unbekannte Verfasser, daß eine Staatsreform in Rußland nicht einzig die Form einer politischen Konstitution haben kann; sie wird auch alle jene agrarischen und allgemein wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen mit sich bringen, die dem gegenwärtigen Stand der geistigen Entwicklung der Menschheit entsprechen [1]).

Der Verfasser bezeichnet diese Umwälzungen nicht näher; er bemüht sich jedoch zu beweisen, daß die politische Umwandlung in Rußland Hand in Hand mit einer sozialen erfolgen müsse. In der gleichen Nummer finden wir auch die Wiedergabe eines Dokuments, das anläßlich eines Abkommens zwischen der Partei „Volksfreiheit“ und der polnischen sozialrevolutionären Partei „Proletariat“ verfaßt wurde. Die Bedingungen und die Bedeutung dieses Abkommens werden wir im dritten Bande in dem Abschnitte über die polnische Bewegung besprechen.

1) „Literatur der Partei Volksfreiheit“ S. 689 (in russischer Sprache).

Lopatin war fortwährend unterwegs, erstens um die über ganz Rußland verstreuten revolutionären Gruppen zu einer Einheit zu verbinden, zweitens um neue zu gründen. Seine Arbeit war nach dieser Richtung fruchtbar. Nach den amtlichen Quellen [1]) gelang es ihm, Beziehungen unter den revolutionären Gruppen in folgenden Städten herzustellen: Charkow, Jekaterinoslaw, Kasan, Kijew, Moskau, Odessa, Nowotscherkask, Urupunsk (Provinz Don), Orla, Perm, Kasan, Rostow am Don, Saratow, Tula, Tschernichow und Petersburg. Natürlich waren die Gruppen in diesen verschiedenen Städten sowohl in qualitativer als in quantitativer Hinsicht von sehr ungleichem Wert und setzten sich in erster Reihe aus ganz jungen Leuten und Arbeitern zusammen. Doch unterlag es anderseits keinem Zweifel, daß die Organisation „Volksfreiheit" einer Wiedergeburt entgegenging und sich wieder zu einer mächtigen revolutionären Macht entwickeln konnte.

Die Partei schickte sich zu einer neuen terroristischen Aktion gegen die Zentralregierung an. Die Sprengstoffe wurden bereits hergestellt und das Leben des Grafen Dmitri Tolstoi hing bereits, wie Lopatin sich später vor Gericht ausdrückte, „an einem Haar".

Unterdessen traten Umstände ein, die alle Pläne zunichte machten und den Verfall der eben von neuem entstehenden Organisation zur Folge hatten.

Im Sommer 1884 saß im Moskauer Gefängnis ein gewisser Belino-Brzosowski, Pole und Edelmann von Geburt, der irgendein gemeines Verbrechen begangen hatte. Er machte bald die Bekanntschaft der gleichzeitig inhaftierten Revolutionäre und wurde die Mittelsperson zwischen ihnen und den in Freiheit befindlichen Gefährten, da er von Zeit zu Zeit das Gefängnis für einige Stunden verließ, ohne je eine Erklärung darüber abzugeben, wie ihm dies gelang. Im Gefängnis selbst provozierte er ein Attentat auf den Staatsanwalt des obersten Gerichtshofs, Murawjew. Der politische Gefangene Kowalow sollte auf sein Zureden in irgendeiner Angelegenheit eine Rücksprache mit dem Staatsanwalt verlangen und ihn während der Zusammenkunft mit

1) Schebeko, Die Chronik der sozialrevolutionären Bewegung in Rußland von 1878 bis 1887, S. 264 (in russischer Sprache).

einem Revolverschuß töten; die Waffe wollte ihm Belino-Brzosowski durch die Revolutionäre draußen verschaffen. Die Organisation erklärte sich mit dem Plan einverstanden. Belino-Brzosowski sprach in dieser Angelegenheit sogar Lopatin selbst. Das Attentat mißlang, da Kowalow beim Eintritt in das Zimmer, wo Murawjew auf ihn wartete, einer Leibesvisitation unterworfen wurde; der versteckte Revolver wurde natürlich gefunden und ihm abgenommen. Nichtsdestoweniger war Belino-Brzosowski dadurch noch nicht in den Augen aller Revolutionäre in Moskau entlarvt. Manchen von ihnen sagte er, er sei allerdings kein Sozialist und könne ihnen auch nicht sagen, warum er seine Gefängnisstrafe verbüße; er bekämpfe aber die Regierung, um sich und sein Volk zu rächen. Später kam allerdings zutage, daß Belino-Brzosowski ein Spitzel und Provokateur war, der Lopatin ausforschte und dessen Verhaftung in Petersburg am 5. Oktober 1884 auf dem Newski-Prospekt veranlaßte. Lopatin hatte elf Bogen ganz dünnen Papiers mit den Adressen der verschiedenen Revolutionäre bei sich. Da er ein Mensch von ungeheurer Körperkraft war, hatte er damit gerechnet, daß es ihm bei einer Verhaftung stets möglich sein würde, diese Papiere zu vernichten. Die Polizeiagenten griffen ihn jedoch von rückwärts an; Lopatin riß sich zweimal los, um die Papiere zu vernichten, aber es mißlang ihm doch. Im Gendarmerielokal, wohin er nach der Verhaftung gebracht wurde, wollte er die Papiere zum drittenmal vernichten und versuchte sie zu verschlucken. Die Gendarmen packten ihn jedoch an der Gurgel und zogen ihm die Papiere aus dem Schlund heraus.

Bald darauf wurden die Salowa, Suchemlin, Jakubowitsch und andere verhaftet. Auch bei der Salowa wurden einige Adressen gefunden.

Etwa 500 Revolutionäre, die alle mit dem Prozeß Lopatin in Verbindung standen, wurden verhaftet. Es war ein furchtbarer Schlag für die Organisation „Volksfreiheit“.

XXXI.

Auch nach den eben geschilderten Ereignissen, die so viele Hoffnungen zerstörten, hörte jedoch die russische revolutionäre

Bewegung nicht auf. Trotz der ungeheuren Verluste existierten immer noch viele Gruppen, die unter den Arbeitern und Mitgliedern der Intelligenz propagandistisch tätig waren; manche von ihnen setzten auch sogleich alles in Bewegung, um die verstreuten Revolutionäre wieder zu vereinigen.

Unter den Revolutionären, die der Verhaftung entgingen, waren die hervorragendsten: Sergius Iwanow, Kohan-Bernstein, der schon zur Organisation „Volksfreiheit" gehört hatte, als diese ihre besten Zeiten durchmachte, Orzych, Bogoraz, Jazewitsch und die beiden Arbeiter Antonow und Karpienko.

In diesen revolutionären Gruppen überwog jetzt die Richtung Shelabows. Den Gedanken, sich mittels der Organisation der politischen Macht im Lande zu bemächtigen, verwarfen sie als utopisch und beschlossen, die terroristische Aktion gegen die Zentralregierung von neuem aufzunehmen und die Tätigkeit im Proletariat zu erweitern. Als nächstes Ziel setzten sie sich die Erlangung einer Konstitution. Die Jugend drängte immer noch, wenn auch nicht mehr in solchen Scharen wie früher, zur revolutionären Bewegung; doch verloren die Revolutionäre in immer stärkerem Maße ihre ehemaligen hervorragenden Führer, und zwar nicht nur jene Individuen, die mit besonderen Geistesgaben ausgestattet gewesen waren, sondern auch solche, die besondere technische Fähigkeiten besessen hatten. Für die Bewegung war dies ein schwerwiegender Umstand, um so mehr, als gerade der Terrorismus eine spezielle Begabung und ungeheure Vorsicht erfordert. In den breiteren Schichten der Bevölkerung, ja selbst unter der Jugend zeigten sich Ende 1884 bereits Anzeichen einer beginnenden Reaktion. Diese Reaktion besaß zunächst noch keinen ausgesprochenen Charakter, aber sie begann langsam und allmählich immer deutlicher hervorzutreten.

Zunächst zeigte sich ein gewisses Nachlassen, möchte man sagen, gegenüber sozialen Fragen; eine gewisse Rückkehr zu den Interessen des individuellen inneren Lebens trat ein, aber auch eine gewisse Erschöpfung machte sich fühlbar. Gerade der empfänglichere Teil der Jugend und der Intelligenz war ermüdet und fing an, in Pessimismus zu verfallen; die gleiche seelische Verfassung machte sich in allen Teilen der Gesell-

schaft bemerkbar, die in den letzten Jahren so viele Hoffnungen und Enttäuschungen, also Erschütterungen im Übermaß durchgemacht hatten.

Neue geistige Strömungen entstanden. Eine Wendung zum Metaphysischen machte sich bemerkbar, ethische Fragen gewannen neues Interesse, Mystizismus und Religion traten von neuem in den Vordergrund. Es war zwar noch nicht die Mehrheit der empfänglichen und tätigen Intelligenz, die sich diesen Strömungen hingab, sondern nur ein Teil; jedenfalls aber waren es charakteristische Erscheinungen, die eine neue Epoche einleiteten.

Ende 1884 machte sich unter den Studenten der höheren wissenschaftlichen Lehranstalten eine starke Unzufriedenheit mit den Universitätsbehörden geltend. Der Unwille der Studentenschaft wendete sich auch gegen die Politik der Regierung. In Kijew und Moskau nahm diese Unzufriedenheit sogar scharfe Formen an.

Die Kijewer Universität sollte damals gerade ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiern. Kurator für wissenschaftliche Angelegenheiten des Kijewer Kreises war Golubkow, Rektor der Universität Rennenkampf; beide waren reaktionär und von einem wahren Polizeigeist erfüllt. Bei der Jugend waren sie infolgedessen höchst unbeliebt. Die Jubiläumsfeierlichkeiten sollten am 7. und 8. September stattfinden.

Rennenkampf befürchtete eine regierungsfeindliche Demonstration der Studentenschaft und beschloß daher nur einen Teil der Hörer zu den Festlichkeiten zuzulassen. Zu diesem Zwecke lud er sechzehn Studenten, die im Rufe der Loyalität standen, zu einer Besprechung ein; mit ihnen wollte er bestimmte Punkte des Programms festlegen.

Aber selbst mit der ruhigen und loyalen studentischen Jugend vermochte Rennenkampf sich nicht zu verständigen, da auch dieser Teil der Studentenschaft zur Überzeugung gekommen war, daß die Behörden sie betrügen und ihre Wünsche nicht erfüllen wollten. Kurz vor der Abhaltung der Feierlichkeiten hatten sich die Beziehungen zwischen der Studentenschaft und dem Rektor derart zugespitzt, daß Rennenkampf von einer Beteiligung der Studenten an der Universitätsfeierlichkeit über-

haupt absehen wollte. Die empörten Studenten beschlossen nun ihre Unzufriedenheit in entsprechender Weise an den Tag zu legen.

Der erste Tag der Feierlichkeiten verlief ruhig, um so stürmischer gestaltete sich dagegen der zweite. Die Eingangstür zu Rennenkampfs Wohnung wurde mit Teer beschmiert; die Studenten stellten sich in Gruppen vor einem Gymnasium auf und beobachteten von dort die Auffahrt der verschiedenen Würdenträger vor der Universität. Unter ihnen befand sich auch Pobiedonoszew; er war nach Kijew gekommen, um einer Zusammenkunft griechisch-orthodoxer Geistlicher beizuwohnen, die gleichzeitig in Kijew abgehalten wurde und auf der Maßnahmen gegen eine rationalistische Studentensekte beschlossen werden sollten, die sich im Süden des Landes damals ungemein verbreitete. Pobiedonoszew wurde mit lauten Pfiffen und feindseligen Ausrufen begrüßt, sein Wagen mit Steinen beworfen und die Scheiben zertrümmert.

Ebenso feindlich und stürmisch wurde der Kurator für Wissenschaft im Kreise Kijew empfangen. Die Feierlichkeit war mißlungen. Nicht nur die gesamte Kijewer Intelligenz, sondern auch ein beträchtlicher Teil der offiziellen Gäste aus Regierungskreisen verurteilte das Vorgehen der Universitätsbehörden. Der Metropolit von Kijew sogar schob in seine Rede einen Tadel ein.

Am gleichen Abend noch warfen die Studenten die Fenster in Rennenkampfs Wohnung ein, der eben die vornehmsten Gäste bei sich empfing.

Der Kurator und ebenso der Rektor waren aufs höchste empört; sie wandten sich nach Petersburg mit Anklagen gegen die Studentenschaft und die lokalen Behörden, die sich angeblich den Ausschreitungen der Universitätshörer gegenüber völlig passiv verhalten hatten. Aus Petersburg kam hierauf der Befehl, die Universität eine Zeitlang zu schließen. Im Januar 1885 begann von neuem die Aufnahme jener Studenten, die als loyal galten.

Den nachhaltigsten Widerhall fanden diese Ereignisse in Moskau, und zwar im Oktober 1884. Die Studenten veranstalteten eine feindliche Demonstration vor Katkows Wohnung, stießen

Rufe gegen ihn aus und schlugen die Fenster seiner Wohnung ein; 150 Studenten wurden verhaftet.

Die Unzufriedenheit der studierenden Jugend sprang auch auf andere Städte über; da die Behörden jedoch von vornherein Gegenmaßregeln trafen, konnten die Äußerungen des Unmuts nirgends mehr derartig scharfe Formen annehmen.

In den Jahren 1884 und 1885 hielt die industrielle Krisis in Rußland noch immer an. Die Lage der Arbeiter war schwierig, in vielen Städten kam es zu Ausständen. Von großem Umfang und großer Bedeutung war namentlich der Streik in der Weberei des bekannten Millionärs Sawwa Morosow im Städtchen Nikolskoje.

Im Jahre 1885 standen in der Fabrik 8000 Mann in Arbeit, die auf furchtbare Weise ausgebeutet wurden. Für Vergehen der geringfügigsten Art machte die Fabriksverwaltung große Abzüge, die sämtlich in Morosows Tasche flossen. Vom Jahre 1882 bis 1884 fanden fünfmal Lohnherabsetzungen statt. Die letzte betrug 25 Prozent des bis dahin ausgezahlten Lohnes. Da es in dem Städtchen an Wohnungen fehlte, waren die Arbeiter gezwungen, sich in Häusern einzumieten, die Morosow gehörten und wo sie unerhört viel für kleine Kammern zahlen mußten; der gleiche Fall lag bei der Benützung der Bäder, beim Einkauf des Brennholzes usw. vor.

Die Arbeiter waren zwar aufs höchste unzufrieden und gereizt, hatten aber keinerlei Aktionsplan, sie waren mit anderen Worten noch ganz unaufgeklärt. Das gemeinsame Vorgehen von 8000 Leuten ist keine leichte Sache, und so rafften sich denn auch die Arbeiter der Morosowschen Fabrik lange Zeit hindurch zu keinerlei einheitlichem Vorgehen auf.

Die Fabrik bestand seit dem Jahre 1833; Aufstände hatten zwar schon zweimal in den Jahren 1865 und 1871 stattgefunden, da aber jedesmal nur etwa 400 Mann die Arbeit niedergelegt hatten, war auch der Ausstand jedesmal ergebnislos verlaufen.

Im November 1884 fanden der Weber Peter Mosiejenok und seine Frau Arbeit in der Fabrik. Mosiejenok war ein Petersburger Arbeiter; er hatte in der Hauptstadt bereits mehrere Ausstände organisiert, hatte aus diesem Grunde siebzehn Monate Gefängnis abgesessen und war dann auf administrativem Wege nach Si-

birien verschickt worden. Nach dem Manifest anläßlich der Krönung Alexanders III. war er nach Rußland zurückgekehrt und hatte nun Arbeit in der Morosowschen Fabrik gefunden.

Mosiejenok war ein intelligenter Mensch und hatte auch viel von den Revolutionären gelernt, mit denen er in Petersburg zusammengekommen war. Aus seinem späteren Verhalten erhellt, daß er in Kreisen verkehrt haben muß, wo eine systematische Propaganda getrieben wurde.

Als er in der Morosowschen Fabrik zu arbeiten begann, knüpfte er Beziehungen mit zahlreichen Arbeitern an, namentlich befreundete er sich mit einem namens Wasili Wolkow. Er sammelte abends Gefährten um sich, las ihnen verschiedene Bücher vor und besprach mit ihnen die Lage der Arbeiterschaft. Er war zu der Überzeugung gekommen, daß nur ein großer Streik die Lage der Arbeiter in der Morosowschen Fabrik verbessern konnte, und setzte den übrigen seine Gedanken auseinander. Sein Einfluß wuchs rasch. Da er von besonderer Intelligenz war und einen reichen Schatz an Wissen hatte, nannten ihn die anderen den „Studenten".

Die Arbeiter beschlossen nach verschiedenen Beratungen, vor Weihnachten 1884 in den Ausstand zu treten, verschoben die Angelegenheit jedoch dann bis nach den Feiertagen.

Am 5. Januar 1885 begannen die intelligentesten Arbeiter der Fabrik Beratungen abzuhalten; die Arbeit sollte unter der Führung von Mosiejenok und Wolkow niedergelegt werden.

Am 7. Januar begann endlich der Streik und dauerte eine ganze Woche. Die Arbeiter legten eine große Solidarität an den Tag; von 8000 arbeiteten höchstens 800. Die Leiter des Ausstandes wollten die Ruhe aufrecht erhalten und keinerlei Ausschreitungen zulassen; doch gelang ihnen dies nicht, da die Arbeiter über das Vorgehen der Fabrikleitung aufs äußerste empört waren. Sie machten auf die Wohnungen zweier Direktoren und eines besonders verhaßten Werkmeisters Überfälle und schlugen alles kurz und klein. Sie bemühten sich auch, sich den Zutritt zum Fabriksbureau zu erzwingen, blieben hierbei aber erfolglos.

Der Gouverneur und der Staatsanwalt des Kreisgerichts kamen nach Nikolskoje. Truppen wurden zusammengezogen.

Morosow machte den Arbeitern zunächst scheinbare Zugeständnisse. So versprach er ihnen, alle Strafgelder, die vom 1. Oktober 1884 bis zum 1. Januar 1885 eingezogen worden waren, zurückzuerstatten. Doch erklärte er vorher alle entlassen zu wollen und sie dann neuerlich zu jenen Bedingungen aufzunehmen, die am 1. Oktober 1884 in Kraft gewesen waren.

Die Arbeiter wollten auf diese Vorschläge nicht eingehen und stellten andere Bedingungen auf, die in der Geschichte des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit in Rußland große Bedeutung erlangen sollten, da sie die Fabrikgesetzgebung beeinflußten.

Ich führe hier nur die wichtigsten Forderungen der Arbeiter an, die einen allgemeinen Charakter hatten, und zwar:

1) die Bedingungen des Lohnverhältnisses sind durch das Gesetz festzulegen;

2) der Fabrikant muß den Arbeitern die Lösung des Arbeitsverhältnisses 15 Tage vorher bekanntmachen, das gleiche Kündigungsrecht haben die Arbeiter;

3) Geldstrafen, die über die Arbeiter verhängt werden, dürfen in keinem Falle mehr als 5 Kopeken vom Rubel betragen;

4) die Lohnauszahlung erfolgt zu Anfang jedes Monats oder am ersten Sonnabend nach dem 15.

5) die Arbeiter wählen ihre eigenen „Starosten“, d. h. Bevollmächtigte, die die Angelegenheiten der Arbeiter vertreten.

Der Streik wurde schließlich dadurch gebrochen, daß 600 Arbeiter gefangengenommen und an ihre Heimatsbehörden zurückgeschickt wurden.

Einige Dutzend Arbeiter wurden gerichtlich belangt und zu diesem Zwecke in zwei Gruppen geteilt. Die erste Gruppe wurde beschuldigt, den Streik geleitet und sich am Ausstand und ebenso an Schlägereien beteiligt zu haben; sie wurden dem Kreisgericht ohne Hinzuziehung von Geschworenen zugewiesen und erhielten Haftstrafen von zehn Tagen bis zu drei Monaten; ein Teil von ihnen wurde freigesprochen. Die zweite Gruppe wurde angeklagt, Fabrikgebäude, Wohnungen und die Habe einzelner Privatpersonen zerstört zu haben, Vergehen, auf die nach dem Gesetz 15 bis 20 Jahre Zwangsarbeit und die Ent-

ziehung aller Rechte stand. Unter Mitwirkung von Geschworenen sprach das Gericht diese Angeklagten frei [1]. Die Regierung verschickte aber Mosiejenok und Wolkow auf administrativem Wege nach dem Gouvernement Archangelsk; das Vorgehen war durchaus ungesetzlich und entsprang der Furcht der Behörden, beide Männer könnten ihre Tätigkeit in den großen Industriezentren fortsetzen. Der Streik war von ungeheurer allgemeiner Bedeutung gewesen. In der nächsten Zeit schon mußten die Industriellen der Umgegend ihren Arbeitern verschiedene Zugeständnisse machen, und die Regierung mußte die Fabrikgesetzgebung ausdehnen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine eingehende Geschichte der damaligen und der späteren Arbeiterbewegung in Rußland die Tatsache aufdecken würde, daß die Organisatoren von Ausständen in ihrer ungeheuren Mehrheit solche Arbeiter waren, die in revolutionären Gruppen verkehrt und unter dem propagandistischen Einfluß von Revolutionären, namentlich von Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit" gestanden hatten. Gerade die letztere Partei entfaltete eine rege Tätigkeit im Proletariat und breitete sich über Gebiete aus, wo niemand von den Revolutionären vor ihr gearbeitet hatte.

Ein großes Verdienst der Mitglieder der „Volksfreiheit" um die russische Arbeiterbewegung besteht eben darin, daß sie eine Reihe von Proletariern zu bewußten Arbeitern erzogen. Diese wurden später die natürlichen Führer der Massen im Kampfe der Arbeit gegen das Kapital. Die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" waren es auch, die durch ihren heldenmäßigen Kampf in den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung die richtige Stimmung erst schufen und den Arbeitern Mut zu kühnem Vorgehen einflößten.

Die Bedeutung dieser Tätigkeit der Partei „Volksfreiheit" läßt sich heute nur schwer ermessen. Sicherlich lassen sich auch verschiedene Vorwürfe gegen die Organisation gerade in dieser Richtung erheben; es fehlte an populärer Literatur, die

---

1) Einzelheiten über den Streik finden sich in einer Broschüre „Der zehnjährige Gedenktag des Morosow-Streiks", Genf 1894 (in russischer Sprache).

Partei war auch nicht imstande, den täglichen Kampf der Arbeiter gegen die Fabrikanten zu leiten. Wir werden jedoch noch sehen, daß auch die russischen Sozialdemokraten in der ersten Zeit ihrer Tätigkeit von derartigen Mängeln nicht frei waren.

Der eigentliche Leiter der Regierung, Graf Dmitri Tolstoi, wandte nach dem Streik in der Morosowschen Fabrik seine Aufmerksamkeit dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu. In einem Memorial an den Finanzminister vom 5. Februar 1885, also einen Monat nach dem Streik, schrieb er, die Erhebungen der lokalen Behörden hätten diese zur Erkenntnis gebracht, der Grund von Arbeiterunruhen sei darin zu suchen, daß die russische Gesetzgebung keine entsprechenden Normen für die Anstellung von Lohnarbeitern und andere Seiten des Fabriklebens aufweise. Fabrikanten und ihre Vertreter ließen sich den Arbeitern gegenüber Übergriffe und Ausbeutungen zuschulden kommen, worüber diese völlig mit Recht unzufrieden seien. Nähme diese Unzufriedenheit scharfe Formen an, so käme es zu Tumulten, bei denen Militär einschreiten müsse. Aus diesem Grunde erachte er die Weiterentwicklung der entsprechenden Gesetzgebung in Rußland als ein dringendes Bedürfnis.

Am 3. Juni 1885 kam das Verbot der Nachtarbeit für Frauen in einigen wichtigen Produktionszweigen. So wurde sie in der Baumwollindustrie und der Weberei verboten. Der Erlaß war eine Vervollständigung des Gesetzes von 1882.

Auf Veranlassung des Grafen Dmitri Tolstoi wurde auch eine Kommission unter dem Vorsitz des Senators Plehwe einberufen, die ein Gesetz betreffend das Arbeitsverhältnis und andere Normen für die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern ausarbeiten sollte.

In Plehwes Stelle als Direktor des Polizeidepartements wurde Peter Durnowo berufen. Er wurde bald darauf Sekretär des Ministers des Innern.

Die Kommission beendigte ihre Arbeit sehr bald, so daß das Projekt einer neuen Fabrikgesetzgebung schon im Jahre 1886

dem Staatsrat vorgelegt werden konnte; am 2. Juni des gleichen Jahres wurde es von Alexander III. bestätigt.

Die Bedeutung des Gesetzes beruht darin, daß es allgemein und genau sowohl das Zustandekommen, als auch die Lösung des Arbeitsverhältnisses regelt:

Die Lohnauszahlung hat ein- oder zweimal monatlich zu erfolgen, je nach Verabredung. Schuldforderungen dürfen nicht vom Lohn abgezogen werden, für Vorschüsse, die die Arbeiter erhalten, dürfen keine Prozente berechnet werden.

Abzüge für ärztliche Hilfe, für die Beleuchtung der Werkstätten und die Benutzung der Arbeitswerkzeuge dürfen nicht gemacht werden.

Der Vertrag kann seitens der Fabrikleitung gelöst werden, wenn die Arbeiter frech sind und sich schlecht aufführen, so daß die Vermögensinteressen des industriellen Unternehmens gefährdet erscheinen, oder einem Mitglied der Geschäftsleitung persönliche Gefahr droht. Die Arbeiter können den Vertrag lösen, wenn der Lohn nicht ausgezahlt wird, wenn ihnen schwere Beleidigungen zugefügt werden, wenn der Unternehmer die eingegangenen Bedingungen bezüglich Nahrung und Wohnung nicht einhält, endlich wenn die Arbeit ihre Gesundheit schädigt.

Strafgelder, die den Arbeitern abgezogen werden, sollten von jetzt ab nur zu ihren Gunsten verwendet werden dürfen. Das Ergebnis dieser Maßregel war, daß die Fabrikanten von nun ab weniger darauf ausgingen, den Arbeitern Lohnabzüge zu machen, ein Umstand, den später die Fabrikinspektoren bestätigten.

Das neue Gesetz legte alle jene Fälle fest, in denen Lohnabzüge gemacht werden durften. Es nahm so die Arbeiterschaft unter seinen Schutz, vergrößerte aber gleichzeitig die Verantwortung für Arbeitseinstellungen.

Der Tätigkeitskreis der Fabrikinspektoren wurde beträchtlich erweitert und ihre Zahl vergrößert. Sie bestätigten die von den Fabrikanten erlassenen Arbeitsordnungen und erhielten so die Möglichkeit, ihre Kontrolle auf die inneren Angelegenheiten der industriellen Unternehmungen auszudehnen. Zu ihren Pflichten gehörte es auch, Vergehen und Ausschreitungen vorzubeugen,

die infolge von Streitigkeiten zwischen Arbeit und Kapital auszubrechen drohten.

Das an sich sehr bedeutsame Gesetz wurde in der Praxis häufig umgangen, wie alle anderen Verfügungen des absolutistischen Staates, wodurch seine Tragweite natürlich geschwächt wurde. Man muß jedoch gerechterweise zugeben, daß es den Arbeitern im allgemeinen beträchtliche Vorteile brachte, und daß sich unter den Inspektoren, namentlich in der ersten Zeit, vielfach durchaus ehrliche und energische Männer befanden.

Solange die Regierung eine neuerliche Aktion der Revolutionäre befürchtete, so lange achtete sie auch auf die genaue Einhaltung der Fabrikgesetzgebung. In ruhigeren Zeiten, d. h. nach dem Verfall der Organisation „Volksfreiheit“, entwickelte sich nicht nur ihre Tätigkeit nach dieser Richtung nicht weiter, sondern erfuhr sogar Einschränkungen. Erst als eine Arbeitermassenbewegung zu entstehen begann und bald einen großen Umfang annahm, wurde auch die russische Arbeiterschutzgesetzgebung wieder verbessert.

Die Petersburger und Moskauer Industriellen verhielten sich gegenüber dieser späteren Aktion der Regierung verschieden. Die ersteren, deren Fabriken dem Stand der Technik ihrer Zeit entsprachen, hatten nichts gegen eine gesetzliche Festlegung der Arbeitsbedingungen einzuwenden, da für sie die Produktivität der Arbeit der wichtigste Punkt war. Das Arbeitsangebot war in Petersburg geringer als in Moskau, das in der Mitte des Reiches liegt und schon allein deswegen von jeher eine Menge Bauern vom flachen Lande anzog. Die Petersburger Fabrikanten mußten aus diesem Grunde schon bessere Arbeitsbedingungen zugestehen, als die Industriellen Moskaus. In Moskau legte man auf die Produktivität der Arbeit geringeren Wert, hier widersetzten sich daher die Unternehmer der Einführung einer Fabrikgesetzgebung.

Der damals allmächtige Graf Dmitri Tolstoi, staatlicher Würdenträger und Agrarier in einer Person, war den Einflüssen des Moskauer Unternehmertums, das über Millionen verfügte, nicht leicht zugänglich. Überdies war es ihm in erster Reihe darum zu tun, dem Lande die Ruhe zu sichern. Er ließ

sich denn auch in der Ordnung der Fabrikverhältnisse nicht stören.

In den Jahren 1884 und 1885 kam es zu ziemlich häufigen bäuerlichen Unruhen, über die Nummer 11 und 12 der „Volksfreiheit" eingehende Berichte brachten. Immer enger hockten die Bauern auf dem eigenen Grund und Boden, während gleichzeitig der Pachtschilling immer mehr stieg, und zwar weil der Grund und Boden nicht mehr ausschließlich zur Stillung der Bedürfnisse der Pächter selbst gesucht wurde, sondern auch zur Erzeugung der Marktware. Die großen Grundbesitzer gaben jetzt ihren Boden in Pacht.

Die damaligen agrarischen Bewegungen waren zusammenhangslos, von den großen Städten entfernt und hatten keinerlei politische Bedeutung. Die Regierung rechnete mit ihnen nicht im gleichen Maße wie mit den Fabrikunruhen. Wir sehen denn auch in jener Zeit bei der Regierung keinerlei Neigung, den immer mehr verarmten russischen Bauern zu Hilfe zu kommen.

Im Jahre 1885 beschloß der Revolutionär Boris Orzych, die verstreuten organisierten Gruppen zu einer Einheit zusammenzuschweißen. Zu diesem Zwecke bereiste er den Süden Rußlands, wo sich damals verhältnismäßig viele Revolutionäre aufhielten, und berief im Oktober 1885 eine Zusammenkunft nach Jekaterinoslaw.

Die Delegierten von vier lokalen Gruppen, und zwar der Gruppen in Odessa, Jekaterinoslaw und Rostow am Don traten zusammen. Neben ihnen fand sich noch eine Reihe sogenannter „illegaler" Revolutionäre ein, die nicht Mitglieder dieser Gruppen waren. Die Zusammenkunft sah das zahlreiche Material für die Nummern 11 und 12 der „Volksfreiheit" durch und redigierte die Doppelnummer endgültig.

Die Zusammenkunft beschloß eine Geheimdruckerei in Taganrog einzurichten, Verbindungen mit Nordrußland anzuknüpfen und neuerliche Angriffe auf die Regierung mittels terroristischer Attentate zu unternehmen, um so eine Konstitution zu erzwingen. Auch die Propaganda unter den städtischen Fabrikarbeitern sollte bedeutend erweitert werden [1]).

---

1) Schischko, Beilagen zur russischen Ausgabe von Thuns Werk, S. 346.

Die Doppelnummer 11/12 der „Volksfreiheit" erschien im Oktober 1885. Sie enthält weder neue Gedanken, noch eine originelle Begründung alter. Der Leitartikel behandelt die damaligen Zustände in Rußland, der Ton spricht deutlich für die schwierige Lage, in der sich die Revolutionäre damals befanden. Die Chronik der Ereignisse ist sehr reichhaltig und interessant.

Die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" bereiteten sich zu neuen terroristischen Attentaten vor, denen Orzych und seine Genossen große Bedeutung beilegten; selbst Bomben wurden bereits angefertigt.

Allein neue Verhaftungen machten allen diesen Vorbereitungen ein Ende. Ein ständiges Mißgeschick, das Ergebnis von Unvorsichtigkeit und Verrat, schien die Revolutionäre jetzt zu verfolgen.

Sudiejkins Provokationspolitik, die nach seinem Tode andere Gendarmen aufnahmen, demoralisierte schwache Naturen. Überdies hatte der krampfhafte Wille, die immer mehr verfallende Bewegung zu retten und von neuem eine mächtige Organisation zu schaffen, eine starke Denervierung der Revolutionäre zur Folge; daher beherrschten sie sich weniger als früher und ließen sich oft zu unvorsichtigen Schritten hinreißen.

Der Zufluß an neuen revolutioären Kräften nahm ab; es fehlte an einer einheitlichen Idee. Die Emigranten Plechanow, Axelrod und Wera Sasulitsch stellten ein neues, streng sozialdemokratisches Programm auf, das in Rußland bis dahin völlig unbekannt gewesen war und nur langsam Anhänger fand; daneben entstanden revolutionäre Gruppen, die nur das alte Programm der Organisation „Volksfreiheit" anerkennen und zu dem alten Schlachtruf zurückkehren wollten. Eine solche Gruppe existierte z. B. in Charkow.

In Petersburg entstand eine neue Heeresorganisation, die aber bald infolge von Verhaftungen ihr Ende fand.

In den weiteren sozialen Schichten, die früher den Revolutionären freundlich gegenübergestanden hatten, machte sich jetzt Gleichgültigkeit, vielfach sogar Unwille geltend; die Gründe lagen zum Teil in den Mißerfolgen der Revolutionäre: man glaubte nicht mehr recht an ihre Kraft und ihre geistige Stärke, auch die Angst vor Verrat war groß.

Zu Beginn des Jahres 1886 setzten die Verhaftungen jener hervorragenden Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ ein, die bis dahin dem Gefängnis entgangen waren. Sergius Iwanow, Boris Orzych, Andreas Karpenko und viele andere wurden gefangen genommen. Die Taganroger Geheimdruckerei und die fertigen Bomben wurden in der Wohnung der Revolutionärin Sigida gefunden.

Von den oben genannten Führern hielt sich Natan Bogoras am längsten, der später als Schriftsteller unter dem Pseudonym Tan bekannt wurde. Seine Tätigkeit entfaltete er in erster Reihe in Moskau, daneben gründete er eine Geheimdruckerei in Tula, wo er Nummer 3 der „Mitteilungen der Organisation Volksfreiheit“ sowie eine Anzahl Broschüren für Arbeiter druckte. Er war der Verfasser einer in Taganrog herausgegebenen Broschüre „Der Kampf der sozialen Kräfte in Rußland“, die das Glaubensbekenntnis der letzten Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ enthielt.

Seine Bemühungen, die Organisation von neuem aufzubauen, machte seine Verhaftung zunichte.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1886 hatte die Organisation „Volksfreiheit“ nicht nur tatsächlich, sondern auch offiziell zu existieren aufgehört. Niemand trat mehr im Namen der Organisation auf. Die letzte Nummer der „Mitteilungen der Organisation Volksfreiheit“ wurde im Auslande gedruckt und erschien noch im Jahre 1885.

In der Gesellschaft selbst machte sich jetzt die Reaktion geltend, neue Strömungen entstanden.

Die Regierung triumphierte und ging immer rücksichtsloser auf dem Wege, den sie erwählt hatte, weiter.

XXXII.

Der Prozeß gegen Shelabow, die Perowska und Genossen war der letzte gewesen, zu dem die Regierung die Öffentlichkeit zuließ. Alle folgenden Verhandlungen fanden hinter geschlossenen Türen statt; nur staatliche Würdenträger hatten Zutritt.

Im Februar 1882 fand ein Prozeß gegen 20 Mitglieder der

Organisation „Volksfreiheit" statt (und zwar gegen Michajlow, Morosow, Trigoni, Suchanow, die Lebiedewa, die Jakimowska, Barannikow, Isajew und Genossen).

Zehn Personen wurden zum Tode und zwar durch Henkershand verurteilt, über die übrigen wurde meist lebenslängliche oder zwanzigjährige Zwangsarbeit verhängt.

Alexander III. milderte alle Todesurteile in lebenslängliche Zwangsarbeit um. Nur Suchanow wurde dabei übergangen; er wurde einzig statt des Stranges zu Pulver und Blei begnadigt. Die Regierung war gegen ihn, der Offizier gewesen war, besonders empört. Ein Gnadengesuch seiner Mutter und auch seine eigenen Bitten blieben unberücksichtigt.

Im März 1883 wurden 17 Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" vor Gericht gestellt (Bogdanowitsch, Tetalow, die Korb, Buzewitsch und Genossen). Sechs wurden zum Tode verurteilt, die übrigen zu Zwangsarbeit und Verbannung. Alexander III. wandelte auch diesmal die Todesurteile in lebenslängliche Zwangsarbeit um; ebenso wurden den übrigen kleine Erleichterungen zuteil.

Im gleichen Jahre und Monat fand ein weiterer Prozeß gegen 20 Revolutionäre statt (Dej, Dzwonkiewitsch, Moses Popow und Genossen); sie wurden zu Zwangsarbeit und Verbannung verurteilt.

Am 20. März des gleichen Jahres wurden Chalturin und Shetwakow in Odessa von einem Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

Im Oktober 1884 wurden 14 Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit" vor Gericht gezogen (Wera Figner, Rogatschew, Stromberg, Aschenbrenner, Ludmilla Wolkenstein und Genossen). Einige Personen wurden zum Tode verurteilt, die übrigen zu Zwangsarbeit. Alexander III. wandelte die Todesstrafe für einige von ihnen in lebenslängliche Zwangsarbeit um; unter den so Begnadigten fand sich auch Wera Figner. Dagegen bestätigte der Kaiser die Todesurteile gegen Rogatschew und Stromberg.

In den Jahren 1885 und 1886 fanden nur kleinere politische Prozesse statt. Im Jahre 1887 wurden Lopatin, Starodworski, Konaschewitsch und Genossen verurteilt, im ganzen 21 Personen.

Sie wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und anderen leichteren Strafen verurteilt.

Nur der kleinere Teil jener Revolutionäre, die der Regierung in die Hände fielen, wurde überhaupt vor ein Gericht gestellt; bei den meisten begnügte sich die Regierung mit verschiedenen administrativen Strafen.

Die Energie, mit der die Organisation „Volksfreiheit" ihren rücksichtslosen Kampf gegen die Regierung führte, hatte zur Folge, daß jene Revolutionäre, die nicht unmittelbar an terroristischen Attentaten beteiligt waren, verhältnismäßig leichter bestraft wurden als bis dahin. So waren die Angeklagten im Prozeß der 193 einzig wegen sozialistischer Propaganda aller Vorrechte verlustig erklärt und zur Verbannung, ja selbst zur Zwangsarbeit verurteilt worden. Seit den Zeiten der Organisation „Volksfreiheit" fing die Regierung an, die Revolutionäre in zwei Gruppen zu teilen: in die mehr und die weniger gefährlichen. Da sie in erster Reihe terroristische Anschläge befürchtete, begann sie die propagandistische und teilweise auch die agitatorische Tätigkeit der Revolutionäre als das kleinere Übel anzusehen und derartige Vergehen verhältnismäßig leicht zu bestrafen.

Die hervorragendsten revolutionären Führer, die zu lebenslänglicher oder langjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurden, kamen in ein Spezialgefängnis nach Schlüsselburg, wo sie lange Jahre in völliger Einsamkeit und unter furchtbar schweren Bedingungen verbrachten.

Vom 1. Juli 1881 bis zum 1. Januar 1888 gingen 1500 politische Angelegenheiten, in die 3040 Angeklagte verwickelt waren, durch die Hände des Polizeidepartements. Die Daten beziehen sich auf die revolutionäre Bewegung seit dem Attentat vom 1. März 1881. In dieser Zeit wurden 224 gerichtliche und 2822 administrative Urteile ausgesprochen und vollstreckt [1]. Selbstverständlich war die Zahl der Personen, die sich an der revolutionären Bewegung beteiligten, noch viel größer. In den

---

1) Schebeko, Die Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland 1878 bis 1887, S. 323.

Zeiten der Organisation „Volksfreiheit“ hatte sich die Regierung damit abgefunden, daß in der Gesellschaft Unzufriedenheit herrschte, und sah bei leichteren Kundgebungen dieser Unzufriedenheit und regierungsfeindlichen Handlungen, die nicht besonders schwer wogen, durch die Finger.

In den Jahren 1874, 1875 und 1876 hätte jedermann für das kleinste Vergehen oder wenn er nur mit den Revolutionären in Berührung gekommen wär, leicht für längere Zeit ins Gefängnis wandern können. Das änderte sich später. Man muß auch zugeben, daß die Urteile, wenn es sich nur um revolutionäre Propaganda handelte, gelinder ausfielen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß jene sozialen Elemente, die mit der revolutionären Bewegung sympathisierten, zur Zeit der Organisation „Volksfreiheit“ zahlreicher waren als vorher. Die Tätigkeit dieser Partei erweiterte und vertiefte die revolutionäre Bewegung und stärkte auch noch die liberale Opposition.

XXXIII.

Am 18. November 1886 fand in Petersburg anläßlich des 25jährigen Todestages Dobrolubows eine Kundgebung statt, an der sich vorwiegend die studierende Jugend der höheren Lehranstalten und einige Professoren beteiligten. Scharen von jungen Menschen begaben sich mit Kränzen nach dem Friedhof, wo ein Trauergottesdienst für Dobrolubow abgehalten werden sollte. Die Regierung ließ jedoch die Tore des Friedhofs absperren und mit einem starken Aufgebot an Polizisten besetzen, die niemand einließen. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde endlich einer kleinen Deputation gestattet, den Friedhof zu betreten und die Kränze auf dem Grabe niederzulegen.

Die Manifestanten waren mit diesem Zugeständnis jedoch nicht zufriedengestellt; sie begannen feindliche Rufe gegen die Regierung auszustoßen und revolutionäre Lieder zu singen. Schließlich erkletterte der Student der militärischen Akademie für Medizin, Andreas Feit, einen Laternenpfahl und hielt eine Rede gegen die Regierung. Auf dem Rückweg in die Stadt beschlossen die Manifestanten, in die Kasaner Kirche zu gehen und dort den Trauergottesdienst abzuhalten, da ihnen ein solcher

auf dem Friedhof unmöglich gemacht worden war. Auf dem Wege begegnete ihnen das Stadtoberhaupt von Petersburg, Gresser, und bat sie, auseinanderzugehen. Sie kümmerten sich jedoch nicht um ihn und gingen weiter. Gresser fuhr davon. Bald darauf umringten Kosaken die Manifestanten und ließen nur einzelne durch; schließlich wurden alle, die sich geweigert hatten, einzeln weiterzugehen, freigelassen. Im Laufe des Tages wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Die Organisatoren der Manifestation erließen einen Aufruf an die Gesellschaft. Unter ihnen befanden sich einige der späteren Revolutionäre, die jetzt beschlossen, den von der Organisation „Volksfreiheit" aufgenommenen Kampf gegen die Regierung weiterzuführen [1]).

Die stetig zunehmende Reaktion innerhalb der Regierung weckte bei empfänglichen und kühnen Menschen, die nach politischer Freiheit dürsteten und nicht weniger eine soziale Umwälzung Rußlands herbeisehnten, den Wunsch nach einem raschen und entscheidenden Kampf gegen den Absolutismus.

Unter den Studenten der höheren Petersburger Lehranstalten fand sich ein Häuflein zusammen, das den Entschluß faßte, eine terroristische Aktion gegen die Regierung aufzunehmen. Die hervorragendsten unter diesen jungen Leuten waren Peter Schewirew und Alexander Uljanow.

Mitte Dezember 1886 beschlossen diese jungen Leute eine Gruppe zu bilden, deren Zweck der Kampf gegen den Absolutismus sein sollte. Sie entwarfen auch ein Programm; leider ist nichts davon erhalten geblieben. Im allgemeinen handelte es sich wahrscheinlich um das alte Programm des Exekutivkomitees der Organisation „Volksfreiheit", das nur einige wenige Veränderungen erfuhr. Ende Dezember des gleichen Jahres arbeitete die Gruppe einen endgültigen Plan zur Ermordung

1) Über die Manifestation bringt „Biloje", Maiheft 1907 den Artikel eines Teilnehmers unter dem Titel „Die Dobrolubow-Demonstration" S. 306—309. Der Aufruf, der nach der Demonstration herausgegeben wurde, erschien als Neudruck in „Biloje", Jahrgang 1908, S. 187—189.

Alexanders III. aus. Sie rechnete damit, daß sich der junge Kaiser am Todestage Alexanders II. in die Peter-Pauls-Festung begeben und dabei die Stadt passieren würde.

Ein Teil der Revolutionäre machte sich daran, die Gewohnheiten und die Tageseinteilung des Kaisers zu erforschen, andere waren mit der Herstellung von Bomben beschäftigt, wobei ihnen einige Verschwörer in Wilna behilflich waren.

Am 25. Februar 1887 fand in der Wohnung Kantschers und Horkuns eine letzte Sitzung statt, bei der alle Teilnehmer einander kennen lernten und die Einzelheiten des Anschlags besprachen. Außer den beiden Hausherren waren anwesend: Uljanow, Andrejuschkin, Genieralow, Osipanow und Wolochow. Am Tage des Anschlags sollten diejenigen, die den Kaiser beobachtet hatten, und ebenso jene, die die Bomben angefertigt hatten, sich um 11 Uhr vormittags auf dem Newskiprospekt treffen.

Nach der Versammlung las Uljanow noch Osipanow das Programm der „Volksfreiheit“ vor, damit dieser die Ziele und Anschauungen der Revolutionäre leichter vor Gericht auseinandersetzen könne. Am 26. Februar 1887 gingen die Verschwörer zum erstenmal probeweise über den Newskiprospekt, zwei Tage darauf wiederholten sie diese Probe. Inzwischen war das Polizeidepartement auf das lebhafteste durch einen Brief beunruhigt worden, der an einen Studenten der Charkower Universität namens Nikitin gerichtet war. Der Brief, der der Polizei in die Hände gefallen war, kam aus Petersburg. In sehr entschiedenen und energischen Worten war in dem Schriftstück der Gedanke ausgeführt, die terroristische Aktion müsse in Rußland von neuem aufgenommen werden. Die Charkower Polizei nahm sofort Nikitin gefangen, der das Geständnis ablegte, der Brief sei von einem Studenten der Petersburger Universität namens Andrejuschkin verfaßt. Andrejuschkin wurde seit längerer Zeit bereits von der Polizei beobachtet, da man hinter seine Beziehungen zu verdächtigen Personen gekommen war. Am 28. Februar wurde er auf dem Newskiprospekt in Begleitung von fünf anderen Männern bemerkt. Andrejuschkin und ebenso einer seiner Gefährten trugen irgendwelche Gegenstände unter ihren Mänteln,

ein anderer hielt ein dickes Buch in der Hand. Am 1. März 1887 bemerkte die Polizei die gleichen Personen um 11 Uhr auf dem Newskiprospekt und verhaftete sie auf der Stelle. Der Anschlag war so von vornherein vereitelt.

In den Wohnungen der verhafteten Revolutionäre fanden sich verschiedene Gegenstände, die ihre Absichten und Beziehungen deutlich kundtaten. Kantscher und Horkun verrieten ihre Gefährten, so daß die Regierung auch alle nur mittelbar Beteiligten erreichen konnte. Goworuchin, Gnatowski und Rudiewitsch gelang die Flucht ins Ausland, wodurch sie ihr Leben retteten. Die übrigen wurden verhaftet.

Am 19. April fand die Verhandlung gegen sie statt. Uljanow hielt eine Rede, in der er die Gesamtpolitik der Regierung einer scharfen Kritik unterzog und auf die Notwendigkeit der terroristischen Aktion hinwies. Weder er noch seine Gefährten fürchteten den Tod, so schloß er: würden doch andere nach ihnen kommen und den Despotismus schließlich stürzen.

Der Gerichtshof verurteilte alle 15 zum Tode, empfahl aber gleichzeitig einige von ihnen der kaiserlichen Gnade, teils weil ihre Schuld geringer war, teils weil sie die Gefährten verraten hatten. Der Kaiser zeigte sich diesem Vorschlag willfährig und ließ einigen von ihnen aus eigenem Antrieb sogar größere Erleichterungen zuteil werden. Noworuski und Lukaschewitsch wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Schlüsselburg, Bronislaw Poilsudski und Paschkowski zu 15 und 10 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt; die Verräter Kantscher und Horkun zu 10 Jahren, Sierdinkow zu 3 Jahren Gefängnis, die übrigen wurden nach Sibirien verschickt.

Bezüglich Uljanows, Genieralows, Osipanows, Andrejuschkins und Schiwerews bestätigte der Kaiser das Todesurteil, das am 8. März 1887 in der Festung Schlüsselburg an ihnen vollzogen wurde. Sie waren alle Männer von hervorragender Bedeutung, namentlich Uljanow hatte viele Hoffnungen erweckt. Unter den Verschwörern befanden sich vier Polen: Pilsudski, Gnatowski, Lukaschewitsch und Paschkowski.

Der geplante Anschlag war nicht von einer starken Organisation ausgegangen; es war der Plan einer Gruppe von Menschen,

die sich erst kurz vorher zur Ausführung ihrer Idee vereinigt hatten und die sich sogar in ihren politischen und sozialen Anschauungen voneinander unterschieden. Nur die Überzeugung, daß eine terroristische Aktion gegen die Regierung notwendig sei, hielt sie zusammen. Sie waren überzeugt, daß die Regierung nur auf diese Weise von weiteren reaktionären Maßnahmen zurückgehalten und zu Zugeständnissen gezwungen werden könne [1]. General Schebeko vergleicht in seinem Werk diesen Anschlag auf Alexander III. mit jenem, bei dem dessen Vorgänger gefallen war, und fügt hinzu: „Das Attentat von 1881 war das Ergebnis einer weitverzweigten Verschwörung ..., einer ausgearbeiteten terroristischen Aktion und einer Reihe ihm vorausgegangener Anschläge. Das Attentat wurde von einer Organisation ausgeführt, die schon acht und neun Jahre vorher eine hohe Stufe der Entwicklung erreicht hatte. Das Verbrechen von 1881 ... war ein organisches Erzeugnis der Bewegung und kein vereinzeltes Unternehmen.“

Im Jahre 1887 wurden noch einige andere politische Prozesse erledigt; so wurde in diesem Jahre das Urteil über einige Offiziere gefällt, wovon schon die Rede war, und ebenso über die Gruppe von Meißner und Chrapowski in Charkow.

Die Gendarmerie triumphierte. Gegen Schluß seines Buches spricht General Schebeko mit Befriedigung von den großen Resultaten der scharfen Regierungspolitik gegen die Revolutionäre, er malt auch den künftigen Frieden Rußlands aus und träumt von dem Augenblick, wo Rußland das einzige Reich in ganz Europa sein würde, wo der Sozialismus und die Revolution keine Stätte haben.

Die russische Regierung hatte in der Tat den Sieg davongetragen, aber er sollte nicht von langer Dauer sein.

---

1) „Die Chronik der sozialistischen Bewegung in Rußland 1878 bis 1887“, S. 318 (in russischer Sprache). Über die Angelegenheit siehe Schebeko in dem schon angeführten Buche S. 310—319. Über die zum Tode Verurteilten schreiben auch die Uljanowa und Noworußki in dem Buch „Galerie der Schlüsselburger Gefangenen“ S. 200—221 (in russischer Sprache).

XXXIV.

Nicht nur in Rußland selbst, sondern auch außerhalb der Grenzen erwarb sich die Organisation „Volksfreiheit" die Sympathie jener, die im radikalen und sozialistischen Lager standen. Die Ausländer bewunderten die Energie und den Takt, den die Partei zur Zeit ihrer größten Blüte entfaltete. Durch Mitteilungen der Partei war das Ausland über den Charakter der Bewegung stets eingehend in Kenntnis gesetzt. So erließ das Exekutivkomitee im Jahre 1881 nach der Ermordung des Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Aufruf an die Amerikaner, in dem es ihnen ihr Mitgefühl ausdrückte, aber gleichzeitig aufs schärfste den Terrorismus in einem Lande verurteilte, das eine auf Bürgerfreiheit im vollen Sinne dieses Wortes aufgebaute Konstitution besaß.

Auch Marx und Engels schätzten die Partei „Volksfreiheit" hoch. In einem Brief vom 5. November 1880 an Sorge spricht Marx seine Meinung über die damaligen Mitglieder der beiden Organisationen „Volksfreiheit" und „Schwarze Aufteilung" aus, wobei er das Exekutivkomitee der Partei „Volksfreiheit" ein Zentralkomitee nennt. Marx sympathisierte sichtlich mit der Richtung, die noch Shelabow der Partei gegeben hatte, und erkannte die terroristische Taktik völlig an. Über die Partei der „Schwarzen Aufteilung" äußerte er sich ziemlich wegwerfend. Er warf ihr ihre Gegnerschaft gegen die politische Aktion vor und nannte ihre Mitglieder Doktrinäre, die mit einem Sprunge die kommunistisch-anarchistische Gesellschaft erreichen wollten. Seine Ansichten über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Rußlands legte Marx in einem Brief an die Redaktion der „Vaterländischen Annalen" nieder, deren Leiter damals Michajlowski war. Der Brief wurde nicht an die Zeitschrift abgeschickt und erst später gedruckt [1]). Anlaß zu dem Schreiben hatte ein Aufsatz Michajlowskis unter dem Titel „Karl Marx als Angeklagter vor Shukowski" gegeben. Wenn Rußland, heißt es in diesem Schreiben, jener Richtung treu bleiben werde, die es nach

1) Der Brief ist in einer Broschüre Gordienins abgedruckt unter dem Titel „Dem Andenken Michajlowskis" S. 84—87 (in russischer Sprache).

der Befreiung der Bauern im Jahre 1861 eingeschlagen habe, so würde es eine ausgezeichnete Gelegenheit verlieren, alle Phasen der kapitalistischen Wirtschaft zu umgehen. In dem Abschnitt über „ursprüngliche Akkumulation“ im „Kapital“ habe er nur die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände Westeuropas vom Feudalzustand, der sich auf einer Naturalwirtschaft aufbaute, zur kapitalistischen Ordnung dargestellt und durchaus nicht behauptet, alle Völker müßten die gleichen Entwicklungsphasen durchmachen.

Wenn Rußland ein kapitalistischer Staat werden soll, sagt Marx, muß sich vorher ein beträchtlicher Teil des Bauerntums in Proletariat umwandeln; einmal auf dem Wege der kapitalistischen Entwicklung würde das Land aber auch allen Gesetzen des Kapitalismus unterliegen. Wir wissen nicht genau, wie sich Marx eine solche Umgehung der kapitalistischen Phase in Rußland vorstellte. Wahrscheinlich war er der Meinung, daß bei einem baldigen Ausbruch einer Agrarrevolution die Tatsache, daß der Grund und Boden teilweise Gemeindebesitz war, eine große Rolle spielen würde. Er dachte wahrscheinlich, die großrussische Ackergemeinde könnte der Ausgangspunkt für eine Neugestaltung der sozialen Zustände werden. Diese Anschauungen Marxens entsprachen jedoch schon damals der Wirklichkeit nicht; übrigens fehlte es in dem damaligen Rußland auch an sozialen und politischen Kräften, die eine solche Umwälzung hätten durchführen können. Westeuropa stand damals gleichfalls nicht vor einer nahen sozialen Revolution, und Rußland mußte in den allgemeinen Wirbel der Entwicklung der wirtschaftlichen Zustände hineingezogen werden.

Sehr interessante Einzelheiten über die Ansichten von Marx und Engels bezüglich der Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland enthält ein Brief Lopatins am M. N. aus dem Jahre 1883. Marx und Engels waren der Ansicht, die Aufgabe der Partei „Volksfreiheit“ beruhe zunächst nicht in der Propaganda sozialistischer Ideale, die noch gar nicht im einzelnen formuliert seien, nicht einmal im Bestreben, diese Ideale dadurch zu verwirklichen, daß sich die Parteimitglieder der Gewalt im Staat bemächtigten; die Aufgabe der Partei sahen sie vielmehr

darin, daß diese den russischen Kaiser zur Einberufung eines Landestages zwingen müsse, entweder dadurch, daß die Partei ihn in Schrecken versetzen würde, oder durch die Hervorrufung gewaltiger Unruhen im Lande. Ein unter solchen Umständen einberufener „Landestag" würde nicht nur politische, sondern auch soziale Umwälzungen bringen müssen. Engels [1]) glaubte an die ungeheure Bedeutung der Wahlagitation, die dem Landestag hätte vorausgehen müssen, und war der Meinung, im Leben des Volkes hätten sich Elemente genug angesammelt, die eine Umgestaltung der Gesellschaft auf neuen Grundlagen ermöglichen würden. Er war nicht der Meinung, die kommunistische Gesellschaftsordnung oder eine ihr angenäherte würde sich in der nächsten Zukunft verwirklichen lassen; doch glaubte er, das russische Volk würde, einmal aus seiner Stumpfheit aufgerüttelt und vom Despotismus befreit, auch imstande sein, einen Weg zur Befriedigung seiner wichtigsten Bedürfnisse ohne vorher festgelegten Plan zu finden. Rußland, sagt Engels, befindet sich heute in der gleichen Lage, in der Frankreich im 18. Jahrhundert war; Rußland werde aber auch den Anstoß zu neuen sozialen Veränderungen geben. Der Fall des Zarismus werde die letzten Stützen der Monarchie in Europa vernichten, werde der Eroberungspolitik Rußlands ein Ende machen, den Haß Polens gegen das russische Reich aufheben, Österreich in Stücke schlagen und in allen Staaten das Bestreben nach inneren Umwälzungen auslösen. Den Deutschen fehle jede revolutionäre Initiative. Obgleich sich die Verhältnisse bei ihnen in mancher Hinsicht sogar günstig gestalteten, würden sie doch den Weg der Revolution nur beschreiten, wenn ihnen andere Völker, gegenwärtig die Russen, hierzu den Ansporn gäben. In bezug auf die terroristische Taktik in Rußland ist Engels der Meinung, alle Anschläge müßten sich gegen die Person des Kaisers richten, da nach dem Anschlag vom 1. März alle anderen Attentate nur geringfügig erscheinen könnten. Das Schreiben des Exekutivkomitees an Alexander III. fand bei Marx und Engels die größte Zustimmung.

Lopatin erinnert in seinem Brief daran, Marx habe bei ver-

---

1) Gordienin, Dem Andenken Michajlowskis, S. 88—91.

schiedenen Gelegenheiten betont, er sei nicht Marxist. In der Tat, die Marxisten und besonders die russischen waren und sind Gegner des Terrorismus, Marx hingegen war ein heißer Anhänger dieser Revolutionsmethode in Rußland und spornte, wie Lawrow in einem Privatzirkel erzählte, Hartmann an, Experimente mit Sprengstoffen zu machen, um diese Technik zu vervollkommnen.

Die russischen Marxisten sind grundsätzlich gegen Verschwörungen jedweder Form; Marx und Engels legten einer Verschwörung in Rußland, wie die Organisation „Volksfreiheit“ sie anbahnte, große Bedeutung bei; verband diese Organisation doch den terroristischen Kampf mit einer propagandistischen Tätigkeit unter der Arbeiterschaft, namentlich in der Hauptstadt. Jedoch sind im allgemeinen jene Fälle häufiger, wo die russischen Marxisten sich in völliger Übereinstimmung mit ihren Meistern befinden.

Die Ansichten von Marx und Engels über die Möglichkeit einer bevorstehenden sozialen Veränderung in Rußland waren allzu optimistisch. Sie übersahen die Tatsache, daß die russische revolutionäre Intelligenz noch zu schwach ist, um eine soziale Reorganisation durchzuführen, während das Volk selbst noch nicht die Fähigkeit hierzu hat. Übrigens ließen sie selbst sich nie darüber aus, welcher Art diese Reorganisation sein solle. Komplizierte soziale Veränderungen auf Grund bereits gefestigter sozialer Zustände pflegen sich nicht elementar, sondern planmäßig zu vollziehen; in Rußland besaßen aber nicht einmal die Anhänger der Bewegung ein solches Programm tiefgehender sozialer Reformen, geschweige denn die Bauernschaft.

Die Tatsache, daß so nüchterne und klarsehende Köpfe wie Marx und Engels an die Möglichkeit einer Umwälzung nicht nur politischer, sondern auch sozialer Art für Rußland in der allernächsten Zukunft schon glaubten, erklärt bis zu einem gewissen Grade die Phantastereien von Tichomirow und seinen Anhängern. Aber die im Lande selbst tätigen russischen Revolutionäre hätten sich eher über die Lage klar sein müssen und die schöpferischen Instinkte der russischen Landbevölkerung und ebenso die Kräfte der sozialistischen Intelligenz nicht überschätzen dürfen.

Zwischen den Täuschungen, denen sich Männer wie Marx und Engels hingaben, und jenen, die in den Köpfen Tichomirows und seinesgleichen spukten, bestand jedoch ein großer Unterschied. Marx und Engels hatten eine vollständig ausgearbeitete Anschauung bezüglich des Zusammenhangs zwischen den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen, den Tendenzen ihrer weiteren Entwicklung und den zu erwartenden sozialen und politischen Umwälzungen. Von Tichomirow und seinen Anhängern läßt sich das gleiche nicht behaupten. Als Ausgangspunkt ihrer Ideen diente ihnen nicht eine gewissenhafte Untersuchung der in Rußland bestehenden Verhältnisse, sondern phantastische Träumereien, die einzig auf einer Verhimmlung früherer russischer Volksaufstände und auf den Wünschen der Revolutionäre aufgebaut waren.

Schlußbetrachtungen.

Infolge von Ursachen, von denen in der Einleitung zu diesem Werke die Rede gewesen ist, entstand in Rußland ein ausgedehnter Staat mit einer mächtigen absolutistischen Zentralgewalt. Dieser Staat beherrschte völlig die Gesellschaft, die keine starken und politisch selbständigen Stände hervorbrachte. Dem Staate stand keinerlei starke und organisierte gesellschaftliche Macht gegenüber, die mit ihm hätte wetteifern können. Die russische Gesellschaft bildete der Regierung gegenüber nie eine Einheit und blieb so dem Staate gegenüber völlig machtlos.

Die lange Isolierung, in der sich Rußland vom übrigen Europa befand, festigte diesen Zustand der Dinge nur. Die staatliche Entwicklung Rußlands, namentlich seit der Regierung Peters des Großen, führte jedoch im Laufe der Zeit zu mannigfachen Berührungen mit Westeuropa: das russische Reich wurde allmählich in den Wirbel der internationalen politischen Verhältnisse hineingezogen. Dieser Umstand hatte wichtige Folgen. Wollte Rußland seine Machtstellung behalten und sogar noch festigen, so mußte es bestrebt sein, wenigstens in militärischer, administrativer und diplomatischer Hinsicht mit den übrigen westeuropäischen Staaten Schritt zu halten. Zu diesem Zwecke mußte es Bildungsstätten wenigstens für gewisse soziale Schichten im eigenen Lande gründen, mußte es seine fähigsten Leute zur weiteren Ausbildung ins Ausland schicken, die Entwicklung der Industrie unterstützen, Techniker aus dem Auslande kommen lassen und aus der Mitte der eigenen Untertanen solche heranbilden.

Alle diese Schritte führten jedoch zu weitergehenden und größeren Konsequenzen, als den russischen Regierungskreisen erwünscht war.

Ein angewandtes Wissen ist nur in Verbindung mit einem theoretischen möglich, dieses aber schärft den kritischen Geist in jeder Hinsicht; der alte Glaube wird auf diese Weise geschwächt, alte Autoritäten, unter ihnen auch die Autorität der Regierung werden untergraben.

Die Entwicklung der Technik und der Industrie brachte langsam, aber stetig ein Proletariat hervor; es war zunächst eine leibeigene, dann eine freie Bevölkerung, die sich über die großen städtischen Zentren und Ansiedlungen verstreute. Die russische Intelligenz kam mit dem Westen in Berührung, und gerade ihre besten Vertreter waren es, die die neuen geistigen Strömungen aufnahmen. Diese Leute brachen mit der heimischen traditionellen Ideologie, die im allgemeinen nichts Anziehendes hatte, und waren schon aus diesem Grunde um so geneigter, sich die radikalsten westeuropäischen Ideen zu eigen zu machen. Ein ungeheurer Abgrund entstand zwischen dem herrschenden Zustand der Dinge und den Idealen des besten Teils der russischen Intelligenz. Dieser Gegensatz hinderte selbstverständlich auch das Aufkommen einer breiteren sozialen und politischen Bewegung, unter deren Fahnen sich sowohl die Intelligenz, als auch die Volksmassen hätten vereinigen können.

Die Dekabristen haben allerdings später ein Programm ausgearbeitet, das unter bestimmten Bedingungen ebensogut einen beträchtlichen Teil des fortschrittlichen Adels als die Volksmassen hätte anziehen können. Aber solche Bedingungen fehlten damals. Das Volk lebte in völliger Unwissenheit und ohne jeden Zusammenhang mit den höheren Schichten, denen es mißtraute. Der beste und aufgeklärteste Teil dieser höheren Schichten konnte oder wollte das Volk nicht in den Kampf einbeziehen; vielleicht war es in erster Reihe Furcht vor dem Volke, was sie davon abhielt.

Nach dem mißlungenen Versuch der Dekabristen wurde der Abgrund zwischen der Ideologie der russischen radikalen Intelligenz und dem bestehenden Zustand der Dinge noch größer. Diese Intelligenz fühlte sich jetzt durch die Ideen des westeuropäischen utopischen Sozialismus angezogen, der die sozialen, staatlichen, kulturellen und Familienverhältnisse von Grund aus ändern wollte.

Eine Anpassung dieser Anschauungen an die russischen bestehenden Verhältnisse war schwierig, alle derartigen Versuche mußten mißlingen, wie die Zeiten Pietraschewskis nur allzu deutlich erwiesen.

Irgendein Ausweg mußte gefunden werden. Die radikale russische Intelligenz sah zwei Wege vor sich: sie mußte entweder von den Höhen ihres Ideals in die Wirklichkeit hinabsteigen und um die Erlangung „bourgeoishafter" Freiheit und Gleichheit und um die Aufhebung der Leibeigenschaft kämpfen, die sie tatsächlich anstrebte, und die durch ähnliche Reformen hätte erlangt werden müssen, wie sie in Westeuropa Platz gegriffen hatten. Sie konnte aber auch in ihren Höhen verbleiben und in den bestehenden russischen Zuständen wirkliche oder vermeintliche Elemente ausfindig machen, deren Entwicklung die kühnsten sozialen Träume hätte verwirklichen können.

Zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts (1861 und 1862) schlug die radikale russische Intelligenz unter der Führung des Sozialisten Tschernischewski zunächst den ersten Weg ein, indem sie in erster Reihe bestrebt war, für Rußland eine föderative Konstitution zu erreichen. Der Emigrant Herzen stand bereits am Scheidewege; die Idealisierung einiger Seiten des russischen Volkslebens und sein übertriebener Pessimismus hinsichtlich der „bourgeoishaften" Zustände Westeuropas trübten bereits sein nüchternes Urteil über die Dinge, wie sie in Wirklichkeit lagen. Noch später schlug die russische Intelligenz endgültig den zweiten Weg ein. Tschernischewski, seine Genossen und Nachfolger nahmen lange nicht alle ihre Ideale in das Programm der Partei auf, die sie bildeten. Wollten sie doch die Bewegung auf breiteren Grundlagen aufbauen und die liberalen Elemente, die gerade damals in den mittleren und höheren Schichten ziemlich zahlreich, aber nicht organisiert waren, zu sich hinüberziehen. Diese Bemühungen blieben jedoch, wie wir wissen, erfolglos. Die liberalen Kreise konnten sich zu einem Kampf gegen die Regierung auf illegalem Boden nicht entschließen; nach den berühmten Bränden und dem polnischen Aufstand zog sich überdies ein beträchtlicher Teil dieser liberalen Schichten von der Politik zurück oder ging auch in das konservative, ja selbst in

das reaktionäre Lager über. Ein anderer Teil wieder, der seinen Grundsätzen treu blieb, hatte noch nicht die Hoffnung verloren, Alexander II. würde, wie sie gern sagten, das von ihm selbst errichtete Gebäude der Reformen durch eine letzte Reform krönen.

So blieben die sozialistischen und radikalen Elemente sich selber überlassen. Wir sehen denn auch bald die Anhänger Karakosows mit einem Programm hervortreten, das weit radikaler war als das Programm Tschernischewskis. Ihnen folgte Nietschajew mit seinen anarchistischen Bestrebungen und einer barbarischen Taktik.

Die Gründung der Internationalen und die Pariser Kommune bildeten später die Elemente, die lange Jahre hindurch für die Richtung der russischen revolutionären Bewegung ausschlaggebend waren.

Wie schon mehrfach erwähnt, fühlten sich die radikalen Elemente der russischen Intelligenz stets durch die Parteien der äußersten Linken angezogen. In dem Augenblicke, wo in der Internationalen zwei Strömungen entstanden, die der Marxisten und Bakunisten, stellten sich die russischen Revolutionäre in ihrer ungeheuren Mehrheit auf die Seite Bakunins, dessen Anarchismus sie mehr anzog, als der Sozialismus. Die Pariser Kommune, ihr Verfall und die bürgerliche Reaktion, die dann eintrat, hatten bei den russischen Revolutionären Mißtrauen und Widerwillen gegen den Konstitutionalismus und Parlamentarismus zur Folge, um so mehr, als im damaligen Westeuropa mit Ausnahme Englands die konstitutionellen Staatsformen, freilich nur auf den ersten Blick, sozialen Reformen nicht günstig zu sein schienen. In Rußland selbst gab es noch kein Bürgertum als streng zusammenhängende soziale Klasse mit ausgesprochener politischer Physiognomie.

Konstitutionelle Bestrebungen traten nur in den Ziemstwos in bestimmten Schichten des Adels hervor, wurden jedoch von der Regierung unterdrückt. Die russischen Revolutionäre waren sich nicht darüber klar, daß die mittleren Schichten Rußlands nur zeitweise unorganisiert und in politischer Hinsicht unbestimmt waren. Sie glaubten nicht an eine Entwicklung dieser Schichten und waren überzeugt, nur das Volk selbst, namentlich die Bauern-

schaft, sei jene soziale Macht, mit denen sie, die Revolutionäre, verschmelzen müßten, um eine soziale Änderung herbeizuführen.

Die Idealisierung der russischen Agrarverhältnisse und des russischen Bauern, die bei Herzen sehr stark war und die Bakunin, allerdings in schwächerem Maße, teilte, nahm nach dem Jahre 1870 eine noch größere Ausdehnung an und vereinigte sich mit dem Wunsche nach einer raschen Verwirklichung entfernter Ideale. So entstand der Ausgangspunkt für das anarchistische, kollektivistische Programm der damaligen revolutionären Anhänger des Bauernkultus.

Die ungeheure Mehrheit der russischen Revolutionäre verwarf in den Jahren 1870 bis 1879 den politischen Kampf, der die Erringung politischer Freiheit anstrebte. Sie erkannten nur zwei Kräfte an: das Volk und die revolutionäre Intelligenz. Die Regierung war ihnen ein krankhafter Auswuchs am gesunden Organismus des Volkes, der sich mit Leichtigkeit würde entfernen lassen.

Ehe die industrielle, Handels- und Finanzbourgeoisie als geschlossenes soziales Ganzes in Rußland den Schauplatz der Geschichte betrat, war schon der Rasnotschiniez da, jener Vertreter der russischen Intelligenz ohne ausgesprochene Klassenphysiognomie. Zur Zeit der Reformen Alexanders II. spielte diese Intelligenz mit ihrer demokratischen und radikalen Ideologie im Staatsleben sogar eine bedeutende Rolle; sie repräsentierte damals den fortschrittlichen Teil der Bureaukratie und der Publizistik. Als Klasse existierte das Bürgertum, wie wir wissen, auch damals noch nicht. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß die russischen Revolutionäre in der Zeit von 1870 bis 1885 die Rolle der fortschrittlich-radikalen Intelligenz im Staatsleben überschätzten.

Auch in Westeuropa hatte die fortschrittliche Intelligenz in der Bureaukratie zur Zeit des „aufgeklärten Absolutismus" eine wichtige Rolle gespielt. Dort aber hatte ein enger Zusammenhang zwischen ihr und der industriellen Handels- und Finanzbourgeoisie bestanden, die sich aus den mittelalterlichen Gilden und Zünften heraus entwickelt hatte, während in Rußland derartige Einrichtungen, wie wir schon wissen, nie bestanden hatten.

Diese Intelligenz stand in Westeuropa dem Bürgertum auch schon deswegen näher, weil ihre Ideologie von der des „dritten Standes“ nicht allzu entfernt war; das Proletariat hatte sich noch nicht als eigene Klasse herausgebildet und besaß noch keine selbständige Ideenwelt. In der Zeit der großen Französischen Revolution nahmen Intelligenz, Bourgeoisie und Proletariat einmütig den Kampf gegen den Absolutismus auf und führten diesen Kampf bis zur völligen Vernichtung des Gegners.

Als in Rußland die revolutionäre Intelligenz den Schauplatz der Geschichte betrat, hatte im Westen der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie bereits begonnen; es besaß bereits seine eigene Ideologie, während die vom Bürgertum erkämpften Einrichtungen nicht jene Hoffnungen erfüllten, die man an sie geknüpft hatte.

Die revolutionäre russische Intelligenz, die in hohem Maße klassenlos war, holte sich ihre Ideologie beim westeuropäischen Proletariat; sie modifizierte diese Ideologie nur dadurch, daß sie ihr noch den Bauernkultus aufpfropfte. Während der Zeit von 1870 bis 1886 genoß diese revolutionäre Intelligenz in ihrem Kampf gegen die Regierung weder die Unterstützung des Bürgertums, das sich damals noch nicht als politische Klasse gruppiert hatte und noch keine eigenen Ideale besaß, noch die Unterstützung des Proletariats, das sich überhaupt noch nicht als eigene selbständige Schicht herauskristallisiert hatte und nicht organisiert war. Endlich konnte sich diese Intelligenz auch nicht auf eine genügend aufgeklärte und kultivierte Bauernschaft stützen. Unter solchen Umständen war auch eine politische und soziale Umwälzung unmöglich.

Statt ihre Tätigkeit in den Städten auf die Arbeiterschaft und die Intelligenz zu konzentrieren, statt nach dem Beispiel Tschernischewskis politische Forderungen in den Vordergrund zu schieben und in den mittleren Schichten Unterstützung für diese Forderungen zu suchen, hielten es die russischen Revolutionäre, von den Mißerfolgen in den Jahren 1861 und 1862 entmutigt und unter dem Einfluß von Umständen, die wir bereits aufgezählt haben, für ihre Pflicht, die unmittelbare Verwirklichung einer anarchistisch-kollektivistischen Gesellschaftsordnung anzustreben.

Sie waren zunächst in Städten unter Arbeitern tätig, da sie selbst ja in den Zentren des geistigen Lebens wohnten und Studien an den höheren Lehranstalten betrieben. Da sie aber theoretisch in der Landbevölkerung den eigentlichen Boden für ihre Tätigkeit sahen, kamen sie auch sehr bald zu dem Schlusse, es sei ihre Pflicht, aufs flache Land hinauszuziehen und dort den Anarchismus Bakunins zu predigen. Welche Resultate dieses Vorgehen hatte, wissen wir.

Trotz der traurigen Erfahrungen in den Jahren 1873 und 1874 verlor die alte Ideologie nicht ihren Einfluß; die Veränderungen, die die revolutionäre Bewegung in den Jahren 1876 und 1877 durchmachte, betrafen nicht so sehr die Prinzipien als die Taktik und wurden von den Verhältnissen aufgedrängt.

Erst 1876 erstarkte jene Strömung, die politische Veränderungen anstrebt. Im Jahre 1879 erfolgt der Bruch mit den alten Traditionen. Morosow und Shelabow traten mit einem neuen Programm auf, das schon Osinski anstrebte.

Die Organisation „Volksfreiheit“ erhob konstitutionelle Forderungen und stellte gerade diese in den Vordergrund. Shelabow versicherte immer wieder von neuem, die Sozialrevolutionäre müßten in Rußland zunächst durchsetzen, was die Bourgeoisie im Westen erreicht habe, ohne deswegen auf ihre weiteren Ziele Verzicht zu leisten.

Nach dem 1. März 1881 verlangte die Organisation „Volksfreiheit“ in ihrem Schreiben an Alexander III. noch die Einberufung einer Nationalversammlung. Aber die Partei verharrte nicht lange auf diesem Standpunkt. Der Widerstand der Regierung war schwächer, als die Revolutionäre zunächst erwarteten, die Liberalen traten hervor, gewisse Anzeichen von Unzufriedenheit der bäuerlichen Massen auf dem platten Lande, der Arbeiter und der Kleingewerbetreibenden in den Städten machten sich geltend und das Ergebnis war, daß die Revolutionäre sofort umschwenkten und zum großen Teil zu ihren alten Idealen zurückkehrten.

Statt an die Erlangung einer Konstitution dachten die Mitglieder der Organisation „Volksfreiheit“ jetzt daran, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen. Sie kehrten zu den alten Illusionen

des Bauernkultus zurück, wieder tauchte die Furcht auf, die Bourgeoisie würde in einem konstitutionellen Staate die Macht völlig an sich reißen; alle Erscheinungen irgendeiner Bewegung innerhalb der bäuerlichen Massen, so auch die antisemitischen Ausschreitungen, wurden mit Jubel begrüßt.

Nur in einer Hinsicht blieb die Partei „Volksfreiheit" ihrem alten Programm und ihrer alten Taktik treu, wie sie sie vor dem Attentat vom 1. März 1881 befolgt hatte: sie verwendete immer noch viel Kraft auf die Propaganda innerhalb der Arbeiterschaft.

Im Jahre 1880 erstarkte zunächst die liberale Bewegung in den mittleren und höheren Schichten. Verschiedene Anzeichen sprachen dafür, daß auch die Volksmassen mit den bestehenden Zuständen immer unzufriedener wurden und zu einer Massenaktion neigten. Das städtische Proletariat war erregt und zeigte immer deutlicher seine Bereitwilligkeit, den Kampf gegen die Regierung und das Bürgertum aufzunehmen; es fing an, seine eigene Lage immer klarer zu überschauen.

Zur selben Zeit aber, da die breiteren sozialen Schichten in Rußland aus ihrer Gleichgültigkeit zu erwachen begannen, und da die Neigung in ihnen entstand, sich zu organisieren, als Masse vorzugehen, begann auch der Verfall der revolutionären Bewegung.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind recht kompliziert und wurzeln sowohl in dem allgemeinen Charakter der Bewegung als in einzelnen und sogar zufälligen Erscheinungen.

Infolge der verfehlten Taktik der Partei nach dem 1. März 1881, die der Reaktion eines Pobiedonoszew und Tolstoi nichts entgegenzusetzen wußte, verlor die „Volksfreiheit" bei den weiteren sozialen Schichten immer mehr an Ansehen. Eine Zeitlang war der Zufluß an jugendlichen Kräften noch recht stark, aber die alten Veteranen der Bewegung fielen einer nach dem anderen der Regierung zum Opfer, neue Führer kamen nicht. Degajews Verrat hatte zahlreiche Lücken in der Organisation zur Folge und wirkte demoralisierend; endlich ereilte auch Sudiejkin, der Degajew zum Verrat gebracht hatte, das Strafgericht der Partei. Eine kurze Spanne Zeit wuchs jetzt ihre Macht. Lopatin knüpfte von neuem an die Überlieferung Shelabows an, die Partei schien

einer Wiedergeburt entgegenzugehen. Lopatins Tätigkeit währte jedoch nicht lange, und bei seiner Verhaftung fielen der Polizei Adressen in die Hände. In den Kreisen, die mit der Bewegung sympathisierten, entstand eine Panik. Das Ansehen und die Bedeutung der Partei sanken neuerlich. Die Versuche der Organisation „Volksfreiheit", sich auf die Massen zu stützen, schlugen fehl. Den jungen Revolutionären fehlte es an den Erfahrungen, wie die alten sie im Laufe von Jahren gewonnen hatten; überdies demoralisierte das Provokationssystem der Regierung die schwächeren Naturen unter ihnen. Die Politik der Repressalien, die die Regierung jetzt konsequent verfolgte, feierte Triumphe und hatte selbst bei der jungen Generation Pessimismus in bezug auf die Revolution zur Folge; endlich entstanden auch unter dem Druck der Mißerfolge der letzten Jahre neue soziale und politische Richtungen. Alle diese Erscheinungen forderten zum Nachdenken, zum Stehenbleiben auf, alle hielten die Jugend davon zurück, sich leidenschaftlich in einen Kampf zu stürzen, der immer noch die alte Richtung beibehielt.

Mißerfolg ist der größte Feind von Menschen und Parteien. Die jüngste und empfänglichste Generation, die 1884, 1885, 1886 und ebenso in den folgenden Jahren der Bewegung nur aus der Ferne zusah, war nicht imstande, alle positiven, oft versteckten Folgeerscheinungen der revolutionären Bewegung richtig einzuschätzen; was ihr dagegen in die Augen fiel, war die Tatsache, daß die verschiedenen Formen des revolutionären Kampfes, von der friedfertigen Propaganda bis zum Terrorismus, nicht nur nicht zu den erwünschten sozialen und politischen Veränderungen führten, sondern seitens der Regierung Repressalien und Reaktion zur Folge hatten. Unter den ganz Jungen entstanden Zweifel, bei den Älteren machte sich eine Ermattung geltend. Immer häufiger wurden Stimmen laut, die von der Notwendigkeit sprachen, neue Wege zu suchen. Das Finden dieser neuen Wege war freilich schwerer.

Immer häufiger tauchte auch in der gesamten Gesellschaft und ihren verschiedenen Schichten der Gedanke an Kulturarbeit auf. Freilich legte die Regierung auch hier jeder Tätigkeit Hindernisse in den Weg, immerhin war diese Arbeit leichter und weniger

gefährlich. Selbst unter der schärfsten Regierungsaufsicht ließ sich auf kulturellem Gebiete immer etwas machen. Die großen sozialen und politischen Fragen verschwanden vom Schauplatz, ihre Stelle nahmen jetzt kleine kulturelle und wirtschaftliche Angelegenheiten des Tages ein. Die Revolutionäre hatten sich zu spät konstitutionellen Bestrebungen zugewandt, und als sie diesen Weg endlich einschlugen, verblieben sie nicht lange und nicht konsequent genug auf ihm.

Die damalige soziale Konstellation machte den russischen Revolutionären die Erreichung einer sozialen Umwälzung unmöglich, ebenso unmöglich war eine auf demokratischen Prinzipien und weitgehenden Bürgerfreiheiten aufgebaute Konstitution. Doch ist es denkbar, daß die Revolutionäre nach dem Jahre 1870 bei einer anderen Taktik eine sehr gemäßigte Konstitution erreicht hätten und zu größeren Ergebnissen ihrer Tätigkeit innerhalb des Proletariats und der Arbeiterschaft gekommen wären.

Die Organisation „Volksfreiheit" verfiel, doch hinterließ sie unvertilgbare Spuren: sie schuf eine starke revolutionäre Überlieferung, sie bildete einen beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft heran, sie weckte in der Gesellschaft den Wunsch nach energischem Kampf gegen die herrschenden Zustände, sie ermutigte die Menschen zu diesem Kampfe.

Als Männer der Tat zeichneten sich die Führer der Partei „Volksfreiheit" durch besonders hervorragende Charaktereigenschaften aus. Mit einer ungewöhnlichen Energie verbanden sie ebenso ungewöhnlichen Opfermut; Heldenmut paarte sich bei ihnen mit großen Eigenschaften des Herzens. Sie waren wahrhaft großzügige Menschen, denen alles Kleinliche fernlag. Auch hier gab es freilich einzelne Ausnahmen, die der allgemeinen Charakteristik jedoch keinen Abbruch tun.

Die Organisation „Volksfreiheit" war die erste in Rußland, die einen entschiedenen, unerhört kühnen und ausdauernden Kampf gegen die herrschenden Zustände im Zarenreiche führte.

Beilage.

Zu Seite 361. Bogutscharski hat die Fortsetzung seines Aufsatzes in Nummer 8 und 9 der Zeitschrift „Rußkaja Myslj" (Russischer Gedanke) Jahrgang 1910 veröffentlicht. Er bespricht hier die Beziehungen, die die Organisation „Volksfreiheit" zur Studentenschaft und zur Gesellschaft hatte, ebenso die liberalen Strömungen innnerhalb der Ziemstwos.

Nach Ansicht des Verfassers besaß die Partei keinen erheblichen Einfluß auf die Gesamtheit der studierenden Jugend an den höheren Lehranstalten: keinerlei Versuche seien bekannt, die Forderungen der Studentenschaft in Petitionen an die Regierung kundzugeben, wie es 1878 der Fall war, ebensowenig sei es damals zu Studentenstreiken gekommen, die später, nach dem Verfall der Partei, häufig vorkamen. Doch gibt Bogutscharski zu, die Organisation „Volksfreiheit" sei in ständigem Kontakt mit Studenten gewesen, die mit der Bewegung sympathisierten, und habe aus ihrer Mitte Personen für die Organisation selbst gewählt. Der Verfasser scheint sich aber über die Tragweite dieser Tatsache, die er selbst anführt, nicht genügend Rechenschaft zu geben.

Die Organisation unterhielt nicht nur ständige Beziehungen zu einzelnen Studenten, sondern besaß auch in den verschiedenen Städten, wo es höhere Lehranstalten gibt, eine Reihe von Studentengruppen, die mit der Partei in Verbindung standen und ihr materielle Mittel, Personen für die ständige Arbeit innerhalb der Partei und ebenso für kleinere Dienste zur Verfügung stellten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß derartige Gruppen in Moskau, Petersburg, Kijew, Odessa und in anderen Städten bestanden; Tatsachen aus der Geschichte der Organisation „Volks-

freiheit", die sowohl in den Memoiren verschiedener Parteimitglieder als in dem mehrfach angeführten Werk des Generals Schebeko verzeichnet sind, besagen das gleiche.

Auch Debogoria-Mokrijewitsch berichtet, ein beträchtlicher Teil der Studentenschaft an den höheren Lehranstalten habe aus den Sympathien für die Organisation „Volksfreiheit" so gut wie kein Hehl gemacht.

Die Tatsache, daß die Partei keine Massenkundgebungen der Studentenschaft organisierte, beweist noch nicht, daß sie keinen großen Einfluß auf die Studenten hatte; sie ist nur ein Beweis dafür, daß namentlich in den ersten Jahren ihres Bestehens andere Angelegenheiten ihre Tätigkeit in Anspruch nahmen. Übrigens legte die Organisation Petitionen der Studentenschaft an die Regierung nie eine besondere Bedeutung bei.

In den letzten Jahren der Partei begann die Studentenschaft in ihr eine größere Rolle zu spielen als vorher, was auch Bogutscharski zugibt.

Bezüglich der liberalen Bewegung in den Ziemstwos und des Einflusses der Partei „Volksfreiheit" auf die Gesellschaft im allgemeinen sucht der Verfasser darzulegen, die konstitutionelle Bewegung sei in den Organen der Selbstverwaltung sehr schwach und von sehr unbestimmtem Charakter gewesen, während der Einfluß der Organisation auf die Gesellschaft im allgemeinen sehr gering gewesen sei.

Diese Darlegungen entsprechen jedoch nicht den Tatsachen.

Es steht fest, daß damals zahlreiche Ziemstwos Forderungen nach Reformen verlauten ließen. Wir haben hierfür eine Reihe von Beweisen: so eine Notiz von Alexander III. in eigner Person und das Zeugnis Dragomanows, der als Redakteur des Organs der liberalen Ziemstwos die politische Bewegung in diesen Organen der Selbstverwaltung auf das eifrigste verfolgte. Schon auf den Rapport des Gouverneurs von Wiatka über die „schädlichen" d. h. liberalen Tendenzen des dortigen Ziemstwos schrieb Alexander III. mit eigner Hand: „Traurig", „Fast überall das gleiche" (Bialokonski: Die Bewegung in den Ziemstwos S. 30). Dragomanow betont die Tatsache, daß von 35 Gouvernementsziemstwos, die es damals in Rußland gab, 17 sich deutlich

für die Einberufung eines Landestages erklärten. Das war zur Zeit der Regierung Ignatiews. Neben den Ziemstwos sprachen sich im gleichen Sinne die Adelsversammlungen der Gouvernements Petersburg und Tschernichow aus und ebenso die Stadtverwaltungen von Kasan und Tschernichow (Dragomanow, Sammlung seiner politischen Schriften, Band II, S. 815).

Die Forderung nach Einberufung eines Landestages ist allerdings nicht mit der Forderung nach einer genau umschriebenen Konstitution identisch. Tatsache ist ferner, daß kein einziger Ziemstwo sich des Ausdrucks „Konstitution" bediente. Wenn wir jedoch bedenken, daß die Adressen der Ziemstwos nach dem 1. März 1881 ausgearbeitet und sie zu einer Zeit eingereicht wurden, wo die Revolutionäre die Einberufung eines „Landestages" verlangten, der den Charakter einer Konstituante haben sollte, müssen wir zugeben, daß auch die Adressen der Ziemstwos hierdurch einen ausgesprochen liberalen Charakter erhielten.

Man kann natürlich nicht die Behauptung aufstellen, alle Versammlungen, die damals einen „Landestag" forderten, hätten auf einem konstitutionellen Standpunkt gestanden. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß ein Teil von ihnen unstreitig slawophilen Idealen huldigte und für eine Volksvertretung eintrat, die die monarchische Gewalt in keiner Weise beschränken sollte. Unstreitig aber trat ein beträchtlicher Teil der Ziemstwos für eine Konstitution ein. Das Wort selbst wurde zwar nicht ausgesprochen, aber auch die Regierung wußte ganz genau, um was es sich handelte.

Die Bedeutung der Partei „Volksfreiheit" lag nicht in der Zahl der Revolutionäre, die zur Organisation gehörten, ebensowenig in den ständigen Beziehungen, die sie zu gewissen Gruppen der Gesellschaft unterhielt; die Bedeutung dieser Revolutionspartei lag vielmehr darin, daß sie einen unmittelbaren Kampf gegen die Regierung führte und ihre höchsten Vertreter angriff, die Regierung desorganiserte und die anderen sozialen Gruppen anfeuerte, in eine freiheitliche Bewegung einzutreten.

Die Partei „Volksfreiheit" brachte ein Ferment in die Gesellschaft, das freiheitliche Bestrebungen zur Reife bringen konnte. Ihre Bedeutung, die eng mit dem Verlauf des von ihr geführten

Kampfes verknüpft war, konnte rasch zunehmen, aber auch ebenso rasch sinken, jedenfalls aber war sie eine für die Regierung höchst gefährliche Partei.

Selbst in der polnischen Gesellschaft, die keinerlei geistigen Zusammenhang mit der russischen hatte, war in der Zeit von 1879 bis 1883 das Interesse für die Partei „Volksfreiheit" sehr groß. Man setzte selbst in Polen Hoffnungen auf die Organisation: um wie viel stärker muß die Wirkung der Organisation auf die russische Gesellschaft gewesen sein!

Die Regierung, die sich offenbar über die Bedeutung dieser Partei besser Rechenschaft gab, als Herr Bogutscharski, schätzte denn auch ihre Macht und ihre Rolle in einer der Wahrheit besser entsprechenden Weise ein. General Schebeko betrachtete die „Volksfreiheit" als eine gefährliche und weitverbreitete Verschwörung.

Herr Bogutscharski kennt die Tatsachen und die Geschichte der Partei, aber es fehlt ihm der historische Blick. Er urteilt allzu einseitig über die theoretische und Verschwörungsaktion im Gegensatz zur Massenbewegung.

Der Schluß seiner Arbeit ist zurzeit noch nicht erschienen.

Zu Seite 491. Soeben erscheint Nummer 1 des Jahrgangs 1911 von „Rußkaja Mislj" (Russisches Denken), in der sich unter anderem die Fortsetzung der bereits von uns herangezogenen Arbeit Bogutscharskis findet. Der Verfasser zitiert wörtlich einen äußerst wichtigen Bericht eines Mitglieds der „Heiligen Schar" an die Vereinsverwaltung, um den Beweis zu erbringen, Nowinski oder Niwinski, wie ihn Bogutscharski nennt, mit dem die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" verhandelten, sei nicht der Abgesandte einer konstitutionellen Hofpartei, sondern einer Organisation von Spitzeln gewesen. Dieses Dokument ist von einem Mitglied der „Heiligen Schar", dessen Namen der Verfasser jedoch verschweigt, verfaßt und bestätigt, Niwinski sei von dem Mitglied Nummer 8 (Graf Schuwalow) empfohlen und habe sich bereit erklärt, bei den Verhandlungen mit den Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit" zu vermitteln, da er glaubte, Woronzow-Daschkow, Graf Schuwalow und der Berichterstatter gehörten zur konstitutio-

nalen Partei und beabsichtigten, den Terrorismus zu bekämpfen und die politische Freiheit Rußlands zu erringen. Der Berichterstatter gesteht auch, er selbst habe Niwinski in dieser Ansicht bestärkt, um ihn zu gewinnen; er gibt auch den Inhalt des Gespräches mit ihm wieder und ebenso die Versprechungen, die er ihm machte, erwähnt aber nichts von einer kategorischen Zusage, Alexander III. in konstitutioneller Hinsicht zu beeinflussen. Offenbar wollte der Berichterstatter, obgleich er zugab, daß er vor Niwinski die Rolle eines Konstitutionalisten gespielt hatte, nicht zugestehen, daß er sich Niwinski und den Revolutionären gegenüber in weitgehender Weise verpflichtet hatte. Er fügt auch vorsichtig hinzu, daß man seine Erklärungen, falls er zu weit gegangen sein sollte, jederzeit mit der Begründung zurückziehen könne, er habe seine Vollmacht überschritten.

Aus einem Absatz dieses Schriftstücks geht deutlich hervor, daß Niwinski anfangs im Verdacht stand, selbst mit den Revolutionären zu sympathisieren, daß man aber diese Mutmaßung bald fallen ließ. In dem Schriftstück finden sich auch ganz phantastische Mitteilungen, so General Wrublewski habe aus Warschau aufständische Gendarmen von 1863 empfohlen, die den russischen Revolutionären zu Hilfe kommen sollten.

Es zeigt sich auch, daß die Bezeichnung „Ziemstwo-Liga“ erfunden worden war, um in Niwinski den Glauben aufkommen zu lassen, es bestände tatsächlich eine konstitutionelle Partei, die ihn zu den Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit“ schicke.

Auf den ersten Blick scheint nun wirklich alles geklärt, man erhält tatsächlich den Eindruck, die Grafen Schuwalow und Woronzow-Daschkow seien nichts als freiwillige Spione gewesen; man glaubt, eine liberale Hofpartei habe nie existiert und sämtliche Verhandlungen mit der Partei „Volksfreiheit“ seien nur ein Manöver gewesen, um die Revolutionäre auszuforschen. Diesen Schluß zieht denn auch Bogutscharski.

Ich meinerseits bezweifle die Richtigkeit des angeführten Dokuments durchaus nicht, ich erkenne sogar dessen große Bedeutung an, bleibe aber doch bei der Ansicht, die ich auf den vorhergehenden Blättern ausgesprochen habe.

Ich glaube also nach wie vor, daß die Grafen Schuwalow

und Woronzow-Daschkow für Rußland eine gemäßigte Konstitution wünschten, Gegner des Grafen Tolstoi waren und nicht die Absicht hatten, sich mit dem Fang von Revolutionären abzugeben. Um diese meine Ansicht zu rechtfertigen, muß ich einige Bemerkungen zur Sache selbst machen. Es ist durchaus erklärlich, daß in Hof- und Beamtenkreisen nach dem 1. März 1881 Mißtrauen gegen die Polizei entstand, die es nicht verstanden hatte, das Leben Alexanders II. zu schützen, und daß infolgedessen der Gedanke um sich griff, die Verteidigung des Thrones gegen die Revolutionäre als, man möchte sagen, private Unternehmung zu führen. Verschiedene Individuen und ganze Gruppen dachten an die Rettung des neuen Kaisers und Rußlands vor den Revolutionären. Die einen wollten die Revolutionäre ausrotten, die anderen sie nur in Schach halten; die dritten dachten an gewisse Änderungen in der Verwaltung und Politik des Landes, um so den Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit" ihre Tätigkeit unmöglich zu machen. Es wäre nur seltsam, wenn sich die beiden jungen Aristokraten Schuwalow und Woronzow-Daschkow, die dem Hofe sehr nahe standen und mit Alexander III. sogar persönlich befreundet waren, dieser Verteidigungsaktion gegen die Revolutionäre nicht angeschlossen hätten.

Bildeten nun alle diese „Verteidiger von Hof und Vaterland" einen geschlossenen Kreis? Oder waren es einige nur lose zusammenhängende Gruppen? Und war in dem einen oder anderen Falle die Tätigkeit all dieser Personen eine harmonische? Gab es Reibungen zwischen ihnen? Auf all diese Fragen vermögen weder Schreiber dieses noch Bogutscharski eine klare Antwort zu geben. Ich gestatte mir nur die folgende Hypothese aufzustellen, die den mir bekannten Tatsachen am meisten zu entsprechen scheint.

Zwischen den einzelnen Individuen und den Gruppen, die den Kampf gegen den Terrorismus aufnehmen wollten, mögen von Anfang an wesentliche Unterschiede bestanden haben. Im Laufe der Zeit mußten sie sich aus zwei Gründen noch verschärfen:

1) mußte die reaktionäre Politik der Regierung, die unter dem Einfluß Pobiedonoszews und Katkows und späterhin auch

unter dem des Grafen Tolstoi immer stärker hervortrat, in den aufgeklärteren Köpfen bei Hofe immer größere Zweifel wecken;

2) mußten in der nächsten Umgebung des jungen Monarchen und ebenso in den Regierungskreisen, die mit ihm in Berührung kamen, bedeutsame persönliche Gegensätze entstehen, da verschiedene Parteien und Persönlichkeiten bemüht waren, auf den jungen Kaiser Einfluß zu gewinnen.

Alle diese Kreise, die Alexander III. retten wollten, wußten höchstwahrscheinlich voneinander und mögen sich bis zu einem gewissen Grade sogar gegenseitig kontrolliert haben. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß sie als eine Art Geheimorganisation eine gemeinsame Leitung besaßen.

Es ist daher durchaus möglich, daß die Grafen Schuwalow und Woronzow-Daschkow dieser Organisation zwar angehörten, aber durchaus nicht die Absicht teilten, die Revolutionäre auszurotten oder sie auch nur auszuhorchen, daß sie aber mit ihrem Programm nicht deutlich hervortreten konnten, um nicht als allzu liberal zu gelten. Es ist auch durchaus möglich, daß diese beiden Aristokraten in dem Augenblicke, da Tolstoi Minister wurde und die Zeit der Krönungsfeierlichkeiten sich näherte, beschlossen, gewissermaßen auf eigene Faust zu handeln, indem sie einerseits die Revolutionäre von Angriffen auf den Kaiser und seine Familie, aber eben auch nur auf diese Personen, zurückhalten, anderseits den Kaiser zu Zugeständnissen bewegen wollten.

Sie mußten jedoch für ihre Verhandlungen mit der Partei „Volksfreiheit" vor den übrigen Mitgliedern der „Heiligen Schar" einen Vorwand haben, und so entstand vielleicht zu ihrer Rechtfertigung vor jenen das von Bogutscharski angeführte Dokument. Für diese Annahme habe ich folgende Gründe:

1) aus dem ganzen Verhalten der Grafen Woronzow-Daschkow und Schuwalow bei den zweimaligen, in diesem Buch beschriebenen Verhandlungen mit den Revolutionären läßt sich auch nicht auf die geringste Absicht schließen, die Revolutionäre ausforschen zu wollen;

2) auf Grund der gegenwärtigen, persönlichen Tätigkeit des Grafen Woronzow-Daschkow läßt sich auch nicht im mindesten annehmen, daß er ein besonderer Reaktionär oder gar

ein Verräter sei; im Gegenteil, seine Regierung ist recht gemäßigt und den kaukasischen Völkern gegenüber ziemlich entgegenkommend und wäre ohne den Widerstand der Bureaukratie noch bedeutend liberaler; und doch sind die Zeiten heute furchtbar;

3) beweist das ganze Vorgehen des Grafen Schuwalow gegen Nikoladze, daß Schuwalow tatsächlich für Rußland eine Konstitution wünschte; hätte der Graf nur die Revolutionäre ausforschen wollen, welchen Zweck hätte es dann gehabt, Nikoladze zu einer Audienz bei Alexander III. zu überreden, bei welcher Nikoladze dem Kaiser vor neuen Anschlägen Angst machen sollte, falls der Kaiser keine Konstitution gäbe? warum spielte er dann ferner deutlich auf ein terroristisches Attentat an, das wahrscheinlich dem Grafen Tolstoi gelten sollte, und warum sprach er sein Bedauern darüber aus, daß Rußland infolge der reaktionären Politik der Regierung einem Abgrund entgegengehe?

Bogutscharskis Hypothesen stehen in schneidendem Widerspruch zu all diesen Tatsachen.

Dieser Historiker vermag auch nicht einen Fall anzuführen, wo irgendein Revolutionär auf Grund dieser Unterhandlungen festgenommen worden wäre, obgleich ja gerade das der angebliche Zweck dieses Unternehmens war.

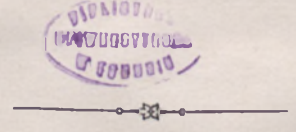
Sämtliche Gerüchte, auf die sich Bogutscharski sonst stützt, stammen aus sehr trüben Quellen. Das einzige Dokument, das er anführt, eben jener Bericht, kann dem Wunsch entsprungen sein, sich vor der Leitung der „Heiligen Schar“ zu rechtfertigen.

Der Bericht entstand möglicherweise erst zu jener Zeit, da nach Niwinski die Gerüchte über jene Verhandlungen sich in Petersburg bereits in weiteren Kreisen zu verbreiten begannen und als die in Genf von Sudiejkins Agenten herausgegebene „Wahrheit“ bereits darüber berichtete. Bogutscharski könnte diesen Argumenten gegenüber freilich noch einen anderen Einwand erheben. Er könnte die Frage aufwerfen, ob es denn natürlich erscheine, daß wahrhaft liberale Männer, wie Schuwalow und Woronzow-Daschkow es nach unserer Darstellung waren, mit einer Spitzelgesellschaft wie die „Heilige Schar“ überhaupt etwas Gemeinsames gehabt hätten. Ich gestatte mir diesbezüg-

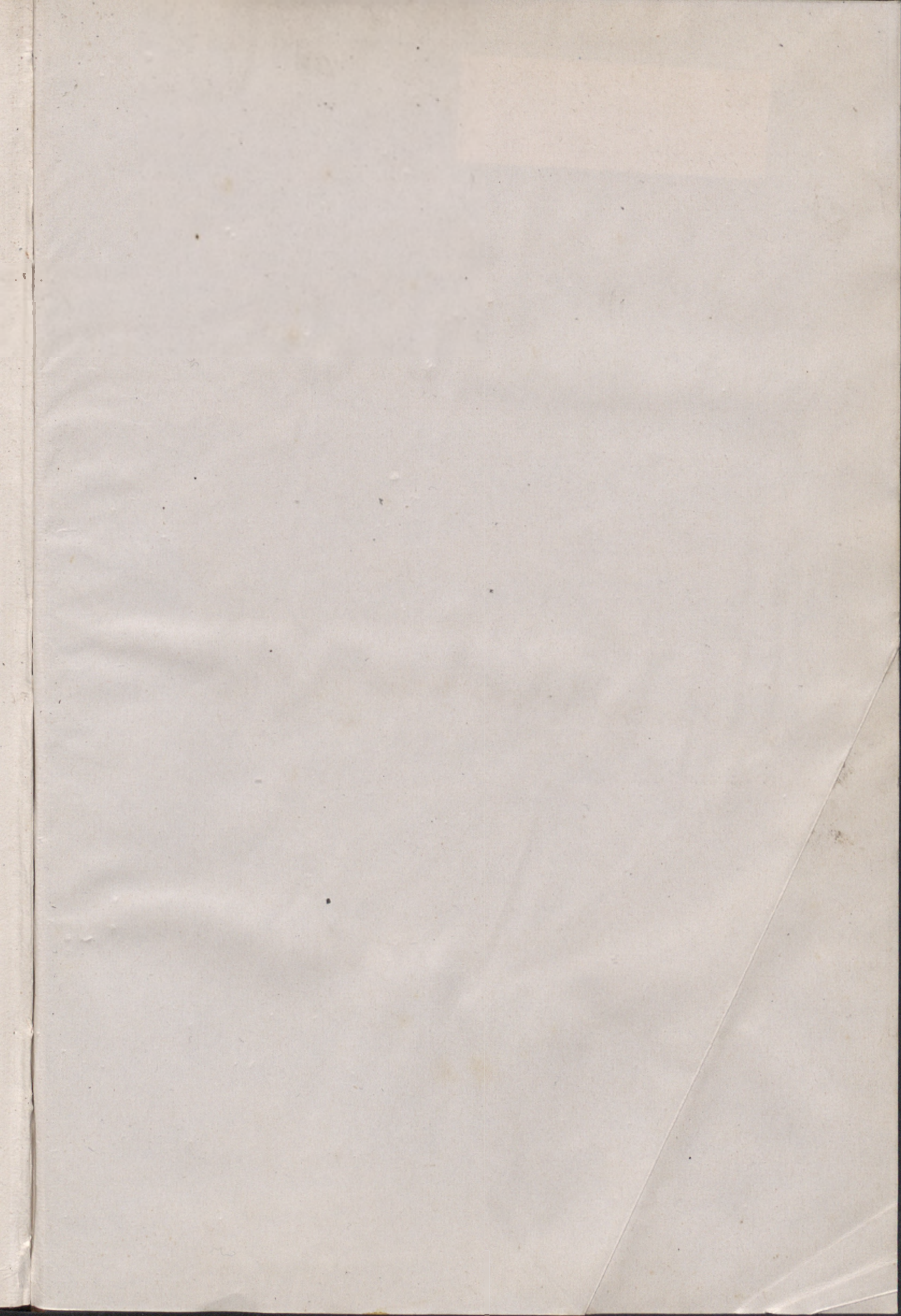
lich die Bemerkung, daß man in russischen Hof- und Beamtenkreisen auf Schritt und Tritt auf Widersprüche stößt.

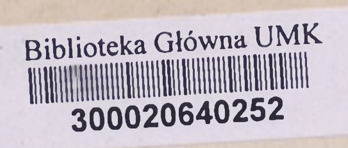
Ich habe von Richtern der Militärgerichtshöfe gehört, die mit der revolutionären Bewegung sympathisieren, von Gattinnen von Staatsanwälten, die den Umsturzparteien technische Dienste leisten, von Ministern, die mit sibirischen Verbannten befreundet sind, usw.

Was nun Schuwalow und Woronzow-Daschkow anlangt, so waren beide offenbar weder versteckte Revolutionäre, noch von vornherein entschiedene Liberale; sie waren vielmehr Männer aus der Umgebung des Kaisers, die diesen retten und ihrem Vaterlande eine gemäßigte Konstitution verschaffen wollten. Es waren Menschen, die sich schrittweise und immer deutlicher liberalen Reformen zuwandten. Mit ihrer Umgebung konnten sie jedoch nicht brechen, wollten es wohl auch nicht. Sie kämpften daher nach zwei Fronten, was das Verständnis für ihre Rolle natürlich erschwert. Der Schluß von Bogutscharskis Aufsatz, an dem nebenbei bemerkt seit Jahren gedruckt wird, obgleich er nicht sehr umfangreich ist, liegt auch jetzt noch nicht vor. Ich mußte die Arbeit jedoch bei der Drucklegung dieses Buches erwähnen. Sollte der Verfasser in Heft 2 von „Russischem Denken" neue Beweise für seine Hypothese beibringen, so werde ich sie in den Beilagen zu Band III besprechen. Mögen nun die erwähnten Aristokraten aufrichtige Konstitutionalisten oder Spitzel gewesen sein, Tatsache ist, daß sie die Tätigkeit der Partei „Volksfreiheit" bis zum Jahre 1883 als gefährlich für die herrschenden Zustände Rußlands erachteten, und daß die Partei selbst in ihren Augen eine Macht war, mit der gerechnet werden mußte.



Druck von Friedrich Andreas Perthes, Aktiengesellschaft, Gotha.





Biblioteka Główna UMK
300020640252

